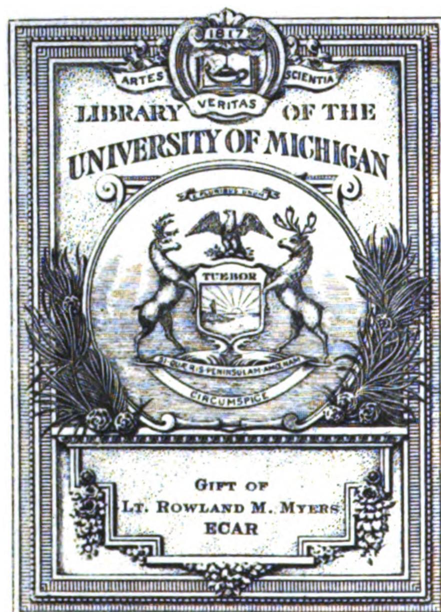

1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE
GIFT OF
LT. ROWLAND M. MYERS
ECAR


Preussische Strafanstalt
Rheinbach

Der Führer



Gerd Rühle
Regierungsrat, M. d. R.

Das Dritte Reich

Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation

Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs

Das zweite Jahr
1934

Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten
sowie einem Sachregister

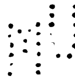
2. Auflage

Hummelverlag

Verlag und Versand für Deutsche Literatur
Hans Eugen Hummel
Berlin NW 7

Bild und Dokumente: Schriftleiter **Rolf Heller**

Die Aufnahmen lieferten: **E. Bieber, Hans Bittner, Rolf Heller, Kreis-propagandastelle des Kreises Niederbarnim,** Ulrich Mohr, Christian Nicolai, Pressebildzentrale, Pressephoto, Presseillustration Hoffmann, Aug. Scherl, Schirner, Robert Sennecke, Tempofot, Transocean G. m. b. H., Weltbilderdienst.



„Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben."

Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums. Berlin, 27. 10. 35

Druck: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt G. m. b. H., Berlin SW 61.

All denen, die mir bei der Gestaltung dieser dokumentarischen Darstellung durch Zurverfügungstellung von Dokumenten, Berichten, Auskünften und in anderer Weise halfen, sage ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Herren

Prof. Dr. Astel, Präsident des Thüringischen Landesamtes für Rassewesen

Bofinger, Diplom-Volkswirt, Beauftragter des Reichsjugendführers im persönlichen Stabe des Reichsbauernführers

Dr. Bretzler, Reichsstand des Deutschen Handwerks

Diewerge, Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Dr. Hunke, M. d. R., Gauamtsleiter der NS-Hago, Gauwirtschaftsberater der NSDAP

Dr. Kern, Oberregierungsrat, Pressereferent im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

Knöpfel, Referent in der Pressestelle des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen

Kramarz, SA-Sturmhauptführer, stellv. Reichsgruppenleiter der Jungjuristen im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen

Ludwig, Magistratsrat

Dr. Medicus, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

Dr. Müsebeck, Direktor, stellv. Präsident des Reichsarchivs

Dr. Rogge, Archivrat im Reichsarchiv

Schönleben, Baurat in der Generalinspektion für das deutsche Straßenwesen

Dr. Zelle, Pressestelle des Reichsstandes des Deutschen Handwerks

Ebenso sage ich allen Mitarbeitern Dank, die bei der Schaffung dieses Buches geholfen haben, insbesondere meinem Bruder Klaus Rühle.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

Deutschlands Kampf um Recht und Frieden

Das Jahr 1934

Es wird vielleicht erst späteren Generationen vorbehalten sein, die weittragende welthistorische Bedeutung des Jahres 1933 in vollem Umfange zu erkennen. Aber auch wir als zeitgenössische Betrachter und Mitkämpfer konnten nicht allein gefühlsmäßig die gewaltige Umwälzung miterleben, sondern auch deren Bedeutung an ihren Folgeerscheinungen ermessen, die an Gestaltungskraft und Aufbauenergien einzigartig waren und sind. Das Jahr 1934 hat diese Tatsache allen, dem deutschen Volke und seinen Freunden und Feinden, in verstärktem Maße bewiesen. Wenn mit der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland am 30. Januar 1933 die Aufbauarbeit für *das* einsetzte, wofür der Führer Adolf Hitler mit seiner Bewegung einen vierzehnjährigen opfervollen Kampf um die Macht im Staate ausgefochten hatte, so fand dieser Aufbau im Jahre 1934 seine zielbewußte und erfolgreiche Fortsetzung. Ueber alle Quertreibereien und Gegnerschaft hinweg wurden auf allen Lebensgebieten der Nation Erfolge errungen in der Bewältigung deutscher Aufgaben, deren Erfüllung jahrhundertelang versäumt worden war. Der Führer übernahm die gesamte Macht im Staate. Die geschichtliche Mission des von ihm geschaffenen und durch ihn verkörperten Nationalsozialismus kam in zahlreichen Werken und Leistungen des Jahres 1934 zum Ausdruck — historische Geschehnisse, die sonst in der Geschichte der Völker und Staaten Zeiträume von Jahrzehnten und Jahrhunderten in Anspruch nehmen.

Die Außenpolitik des Jahres 1934

Auch das Jahr 1934 wurde zu einem inhaltsreichen und schicksalsvollen Jahr — im Innern wie im Aeußeren — für Deutschland und die anderen Völker. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten standen selten so im Brennpunkt des Interesses der ganzen Welt wie in dieser Zeit. Der Jahresbeginn fand hier eine Fülle offener und zum Teil drohender Fragen vor, die ihrer Lösung harrten. Das Jahr 1933 war nicht ein „harmonisches", wohl abgerundetes Stück Geschichte gewesen, hinter das der zeitgenössische Betrachter einen Punkt

setzen konnte, um dann eine kleine Atempause zu machen. Das „Stirb und Werde" der Neujahrsglocken traf die große Politik in stärkster Aktivität an. Die deutsch-französischen Besprechungen waren auf dem Höhepunkt angelangt, der Besuch des britischen Außenministers Sir John Simon in Rom und die Ernennung Edens zum Großsiegelbewahrer, zum „zweiten Außenminister", zeigten die rege Tätigkeit der englischen Diplomatie am Jahreswechsel. Die Ermordung des rumänischen Ministerpräsidenten Duca in Sinaja am 29. Dezember 1933 warf ihre Schatten in das neue Jahr hinüber, das so viele politische Opfer forderte. In Kairo begann der bedeutungsvolle Judenprozeß, in dem die deutsche Kolonie den Kampf um die Ehre des neuen Deutschlands aufnahm. Eine Unzahl außenpolitischen Stückwerks, ungelöster Probleme, noch nicht erfüllter Wünsche und Hoffnungen, folgenschwerer Entschlüsse und Mißgriffe wurde vom neuen Jahre als Erbe übernommen. Man wird bei einem außenpolitischen Rückblick auf das Jahr 1934 nicht sagen können, daß es dieses nicht allzu erfreuliche Erbe in sehr günstiger Weise verarbeitet hat. Aber immerhin glauben wir, daß es über alle Mißverständnisse und Irrtümer hinweg dazu beigetragen hat, jene Klarheit zu schaffen, die die berufenen Führer Europas brauchen, um ihren Völkern das Glück aufbauender Zusammenarbeit und den notwendigen Frieden zu schenken.

Deutschlands Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik hat es besonders schwer gehabt. Nicht nur mußte sie auch im zweiten Jahre der nationalsozialistischen Revolution gegen das Mißtrauen und die böswillige Verleumdung des Auslandes und dort ansässig gewordener „Deutscher" ankämpfen. Belastet mit Wunden, die zwangsläufig einmal aufbrechen mußten auf Grund einer verfehlten und instinktlosen Diktatur (Oesterreich), Wunden, die der Versailler Vertrag geschlagen hatte und deren Vernachlässigung sich rächen mußte, wenn nicht die Vernunft der Völker Wege des Ausgleichs und der Verständigung fand (Saargebiet, Memelgebiet), geriet sie ohne ihre Schuld zeitweise in eine sehr isolierte Lage. Aber gerade in solchen Augenblicken kam die Größe unseres Führers und die durch seine Hand geschützte Würde des deutschen Volkes besonders leuchtend zum Ausdruck. — Wir wissen, daß neben den erwähnten Belastungen die Hauptursache für die Schwierigkeiten darin zu suchen ist, daß die Verständigungs- und

Deutschland und Frankreich

Versöhnungsbereitschaft des deutschen Volkes in Frankreich nicht den Widerhall fand, den sie verdiente und den Europa brauchte, um wieder aus der Kriegspsychose herauszukommen, in der es seit vielen Monaten steckte. Wenn sich in den letzten Wochen des Jahres die drohenden Wolken etwas zerstreuten, so berechtigte das zu der be-

stimmten Hoffnung, daß auch das französische Volk die verstaubte und überlebte Diplomatenvorstellungswelt der Vorkriegsgeneration ablehnen und den Männern sein Vertrauen aussprechen werde, die in die offen dargebotene Rechte des deutschen Volkes einschlagen wollen.

Am Anfang des Jahres sah es nicht so aus, als ob die Neujahrs-Forderung Mussolinis, 16 Jahre nach dem Weltkriege müsse nun endlich die Erbschaft des Krieges liquidiert und das Werk des Aufbaues aufgenommen werden, langsam wahr werden könnte. Die Aide mémoire informatorischen deutsch-französischen Besprechungen fanden am 1. Januar mit der Ueberreichung des sogenannten „Aide mémoire" in Berlin ihre Fortsetzung. Diese französische Denkschrift stellte die Antwort auf die „Deutschen Punktationen" (siehe Band 1933, Seite 323) dar, die am 19. Dezember 1933 der französischen Regierung unterbreitet worden waren. Das „Aide mémoire", das am 2. Februar veröffentlicht wurde, beschäftigt sich zunächst mit den Vorschlägen der Reichsregierung. Es übt scharfe Kritik an den beschränkten deutschen Rüstungsforderungen (300 000 Mann Reichswehr und Luftwaffe) und behauptet, daß die Polizeikräfte ebenso der deutschen Effektivstärke eingerechnet werden müßten, wie die „militärischen Organisationen". Es bezeichnet die letzteren als ein „militärisches Problem" und versucht den Beweis zu führen, daß diese Organisationen von der Reichswehr und parallel zu ihr ausgebildet würden, was von den zuständigen Stellen oft genug widerlegt worden ist. Die Denkschrift befaßt sich dann mit der Kontrollfrage, um schließlich zu der eigentlichen „Abrüstung" (wie man sie in Paris versteht) zu kommen. In einem „ersten Stadium", dessen Laufzeit nicht näher bestimmt ist, verpflichtet sich Frankreich, „den gegenwärtigen Stand seiner gesamten Rüstungen nicht zu überschreiten". Dem „zweiten Stadium" soll dann die „allmähliche Abschaffung des über die festgesetzten qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials" vorbehalten sein, wobei Frankreich bezüglich der Luftwaffe eine „Internationalisierung" vorschlagen und eine Herabsetzung des im Dienst befindlichen Materials um 50 vom Hundert „in Aussicht nehmen" würde (um sie in Reserve zu stellen). Nach diesem „generösen" Vorschlag heißt es wörtlich weiter:

> „Dieses Programm, dessen Einzelheiten Frankreich mit Deutschland und den beteiligten Mächten zu erörtern bereit ist, dürfte in seinen großen Umrissen genügen, um darzutun, wie unzutreffend die Auffassung war, von der die Reichsregierung ausging, um die Unterhandlungen in die Richtung der Aufrüstung zu lenken."

Immer und immer wieder war das Verlangen Deutschlands nach Einlösung des Versailler Abrüstungsversprechens (auch von den

Großmächten England und Italien anerkannt) unerfüllt geblieben, weil alle realen Vorschläge an der französischen Halsstarrigkeit gescheitert waren. Auch die neuen Vorschläge des Quai d'Orsay enthielten dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vor und verschoben den Beginn der allgemeinen Abrüstung auf unbestimmte Zeit. Und während dieses vorbereitenden „ersten Stadiums" sollte Deutschland weiter wehrlos allen Angriffen ausgesetzt sein, sollte warten und einsehen, „wie unzutreffend die Auffassung" war, die es vertreten hatte und die es immer wieder vertreten wird: daß wir für den notwendigen Schutz unserer Grenzen zu Land und zur Luft Sorge tragen müssen, solange die von uns geforderte Abrüstung nur hohle Phrase bleibt. — Das „Aide mémoire" schließt mit dem Hinweis darauf, daß der **Völkerbund** die Stelle sei, wo die Gleichberechtigung, die Deutschland so nachdrücklich fordere, ihre praktische Anwendung finde (quod erat demonstrandum). Wir lesen aber auch folgenden Absatz der Denkschrift, die die Tür nicht ganz ins Schloß fallen, sondern einen kleinen Spalt offen läßt:

> „Wie groß im übrigen die Meinungsverschiedenheit auch sein mag, die durch die Mitteilung des Kanzlers über eine wesentliche Frage zutage getreten ist und die nicht unüberbrückbar erscheint, wenn die deutsche Regierung sich davon überzeugen will, daß der Weg zur Herabsetzung der Rüstungen nach wie vor durchaus offen steht, **die Regierung der Republik würde es dennoch bedauern, wenn die diplomatischen Besprechungen, die die deutsche Regierung mehrfach gewünscht hat, nicht weitergeführt würden.**" —

Rosenberg-Interview im „Paris-Midi"

Alfred **Rosenberg** hat in seiner Neujahrs-Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „**Paris-Midi**", Philippe Boegner, dargetan, daß die deutsche Regierung den Wunsch nach Verständigung mit Frankreich nicht aufgeben wird. Rosenberg erklärte u. a.:

> „. . . Ich persönlich glaube, daß die Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich viel Tragisches enthält. Vieles, was beiden Völkern auf dem Gebiete der Wissenschaft, Philosophie, Kunst usw. gemeinsam war, ist durch die politische Konflagration zerstört worden. Wenn die Gefahr politischer Gegensätze überwunden werden kann, wird Deutschland nicht Nein sagen. **Der Führer hat die Initiative ergriffen, es hängt jetzt von Frankreich ab, in diesem Sinne fortzufahren**. . . . Die Stimmung ist durchaus nicht franzosenfeindlich, wie sie z. B. 1923 und später infolge der schweren Tribute war, die immer von Frankreich gefordert wurden. Wenn es gelingt, auf dem Fuße der Gleichberechtigung eine Verständigung herbeizuführen, so wird die Stimmung sich noch weiter bessern und eine große Befriedigung eintreten. . . ."

Heß-Interview in der „Solothurner Zeitung"

Auch das Interview, das der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf **Heß**, dem Vertreter der „**Solothurner**

Zeitung", Ludwig Hürter, gewährte, präzisiert den deutschen Standpunkt. Nachdem Rudolf Heß gegen die falsche Meinung, Deutschland mache seine Sympathien gegenüber anderen Völkern von deren Staatsform abhängig, Stellung genommen und den berüchtigten „Durchmarschplan" (siehe Band 1933, Seite 305), der immer noch in den Köpfen mancher uneinsichtigen und leichtgläubigen Schweizer Bürger herumspukte, als völlig unsinnig erklärt hatte, kam er mit folgenden Worten auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen:

„.... Nicht Blut und Opfer im gegenseitig zerfleischenden Kampf können eine Kraftverteilung auf zentraleuropäischem Raum so herbeiführen, daß die beiden großen Völker ihre nationale Existenz und Eigenart sich erhalten, sondern lediglich ein ehrenhafter Frieden auf einer Basis der Vernunft und der Einsicht."

Der Stellvertreter des Führers beantwortete dann noch verschiedene Fragen über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ansichten des neuen Deutschlands und äußerte sich über das Verhalten des Nationalsozialismus zu ihm verwandten Ideen im Ausland folgendermaßen:

Heß über dem Nationalsozialismus verwandte Ideen im Ausland

„Wir haben erlebt, daß bei anderen Völkern Ideen zum Durchbruch kamen, die denen des Nationalsozialismus verwandt sind, wenn sie sich auch keineswegs mit ihnen decken, sondern geopolitisch abgewandelt sind. Dieser weltpolitische Prozeß scheint auch durchaus nicht beendet zu sein, wie die innerpolitischen Kämpfe in europäischen und überseeischen Ländern zeigen. Es wäre ja nicht verwunderlich, daß in anderen Völkern politische Ideen siegreich werden, die den unseren ähnlich sind, wenn wir in Deutschland ein gutes Beispiel geben. Wir beobachten diesen Prozeß, aber wir greifen keineswegs in die innere Politik nichtdeutscher Länder zu seiner Beschleunigung ein; wir nehmen keinerlei Beziehungen zu nichtdeutschen Parteistellen in fremden Staaten auf. Noch viel weniger können wir ausländischen nationalsozialistischen Parteiorganisationen praktische Unterstützung zuteil werden lassen; denn wir achten in jedem Volke erst das eigene Werden." —

Im Hinblick auf die laufenden Besprechungen zwischen Berlin und Paris kam dem vom 3. bis 6. Januar in Berlin stattfindenden deutsch-französischen Jugendtreffen des Sohlbergkreises besondere Bedeutung zu. Die französischen Gäste, die unter Führung von Bertrand de Jouvenel der Einladung Folge geleistet hatten, konnten sich davon überzeugen, daß es dem jungen Deutschland mit seiner Verständigungsbereitschaft Ernst ist. Der Präsident der Reichsschrifttumskammer, Hans Friedrich Blunck, rief am Schlusse seiner Rede an das junge Deutschland und Frankreich den Gästen zu:

Deutsch-französisches Jugendtreffen in Berlin

„Erzählen Sie, daß wir auf Ihre Antwort warten, nachbarlich mit dem Willen und mit der Hoffnung, daß unsere Völker einmal als

Freunde nebeneinander stehen möchten, aber auch mit dem Willen zum Wettkampf um Preis und Kranz in der Dichtung Europas." —

Deutsche Antwort auf das Aide mémoire

Am 19. Januar empfing der Reichsaußenminister den französischen Botschafter und übergab ihm die deutsche Antwort auf das Aide mémoire vom 1. Januar. Am gleichen Tage überreichte Freiherr von Neurath dem britischen Botschafter die deutsche Beantwortung des letzten englischen Memorandums betreffend Abrüstungsfragen.

Die deutsche Antwortnote an Frankreich, die dem Wunsche der französischen Regierung nach Fortsetzung der informatorischen Abrüstungsbesprechungen entgegenkam, setzt sich im ersten Teil mit dem Zweiphasen-Programm des Aide mémoire auseinander und stellt fest:

„Auf dem wichtigen Gebiet des Kriegsmaterials würde die Abrüstung um mehrere Jahre hinausgeschoben. Während dieser Zeit würden die hochgerüsteten Staaten ihr gesamtes schweres Landmaterial auch insoweit unvermindert behalten, als es in erster Linie für Angriffszwecke in Betracht kommt. Es fragt sich, ob es demgegenüber vom Standpunkt der allgemeinen Sicherheit erheblich ins Gewicht fallen würde, wenn die hochgerüsteten Staaten während dieser Zeit auf die Neuherstellung schwerer Angriffswaffen verzichten. Deutschland würde seinerseits auf die im Versailler Vertrag vorgesehenen, völlig unzureichenden Waffenarten beschränkt bleiben, hätte aber während dieser Periode gleichwohl die Umbildung der Reichswehr vorzunehmen. Wie soll jedoch die Umbildung eines Heeres praktisch durchgeführt werden, wenn ihm nicht von vornherein das für seine Verwendungsmöglichkeit notwendige Material zur Verfügung steht? Wie kann bei einer derartigen Umbildung der Reichswehr die deutsche Sicherheit auch nur einigermaßen gewährleistet werden?"

Die deutsche Note kommt dann kurz auf die französische Kolonialarmee zu sprechen, von der ein erheblicher Teil sich ständig im Mutterland befindet, der andere Teil binnen kurzer Zeit dorthin gebracht werden kann.

„Liegt unter diesen Umständen", heißt es, „nicht die Annahme nahe, daß die Herabsetzung der Heimattruppen stets durch Heranziehung von Ueberseetruppen wieder wettgemacht werden könnte, sofern nicht auch die letzteren in das System der Herabsetzung der Personalbestände einbezogen werden?"

Zu dem Luftabrüstungsvorschlag des Aide mémoire bemerkt die deutsche Antwort, es „würde auch die vorgeschlagene Herabsetzung der Luftstreitkräfte der anderen Staaten an dem Zustand der radikalen Ungleichheit und der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Luft praktisch nichts ändern". Ueber die Kontrollfrage lesen wir u. a. folgendes:

„... Die Kontrolle soll zwar grundsätzlich in gleicher Weise auf alle Staaten angewendet werden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die

Voraussetzung der Parität der Kontrolle nicht mehr gegeben wäre, wenn sich die Kontrolle infolge der radikalen Verschiedenheit der Rüstungsbeschränkungen praktisch in den bereits auf Grund der Friedensverträge abgerüsteten Ländern in ganz anderer Weise als in den übrigen Ländern auswirken würde. Würde sie nicht, da sie in den bereits abgerüsteten Ländern ein viel weiteres Anwendungsgebiet hätte, hier, auch bei loyalster Vertragserfüllung, viel leichter als in den anderen Ländern zu Differenzen Anlaß geben, die dazu ausgenutzt werden könnten, das Regime der zweiten Phase noch weiter hinauszuzögern? Selbst wenn sich diese Gefahr beseitigen läßt, bleibt aber für Deutschland die Frage entscheidend, ob seine Diskriminierung noch um eine weitere Reihe von Jahren verlängert werden soll. Können die anderen Mächte für einen solchen, mit der Ehre und Sicherheit Deutschlands unvereinbaren Plan irgendeinen stichhaltigen Grund anführen? Das ist nach der festen Ueberzeugung der deutschen Regierung völlig ausgeschlossen. Die Behauptung des Aide mémoire, daß die Gleichberechtigung Deutschlands hinsichtlich des Materials nach der Erklärung vom 11. Dezember 1932 die vorherige Durchführung der Umwandlung der Reichswehr zur Voraussetzung habe, findet weder in dieser Erklärung noch in anderen Abmachungen oder Tatsachen eine Stütze."

Im zweiten Teil der deutschen Antwortnote legt die Reichsregierung noch einmal den unveränderten Rechtsstandpunkt Deutschlands dar:

„... Nicht weil sie den Gedanken der Abrüstung aufgegeben und statt dessen eine Aufrüstung Deutschlands fordern wollte, hat die deutsche Regierung ihren Vorschlag gemacht. Sie muß immer wieder mit allem Nachdruck betonen, daß Deutschland von sich aus nichts dringender wünscht, als eine möglichst weitgehende allgemeine Abrüstung. Die deutsche Regierung würde es noch immer für die beste Lösung halten, wenn alle Länder ihre Rüstungen entsprechend der im Versailler Vertrage vorgesehenen Entwaffnung herabsetzen. Damit würde auch die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands die einfachste Regelung finden. Jedenfalls gibt es keine noch so weitgehende Maßnahme auf dem Gebiet der quantitativen oder der qualitativen Abrüstung, die Deutschland nicht sofort anzunehmen bereit wäre, wenn sie in gleicher Weise auch von allen anderen Staaten ausgeführt würde. Schon diese oft wiederholte, eindeutige Erklärung gibt der deutschen Regierung das Recht, die Behauptung, als sei das eigentliche Ziel ihrer Politik die Aufrüstung Deutschlands, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen."

Aber es habe sich während des Verlaufs der nun bald acht Jahre andauernden Verhandlungen klar gezeigt, daß die hochgerüsteten Mächte zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind. Auch das Aide mémoire stelle eine derartige Abrüstung nicht in Aussicht.

„... Sieht man dieser Realität ins Auge, dann bietet sich, um überhaupt zu einer baldigen vertraglichen Regelung zu kommen, kein anderer Ausweg, als die Abrüstungsmaßnahmen, über die eine Einigung im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, festzulegen, im übrigen aber die Rüstungen der hochgerüsteten Staaten für die Dauer der

ersten Konvention auf den gegenwärtigen Stand zu begrenzen und die Gleichberechtigung Deutschlands durch eine gewisse Anpassung seiner Rüstungen an das Rüstungsniveau der anderen Länder zu verwirklichen.....

....Es ist auch nicht abzusehen, inwiefern die Durchführung des deutschen Vorschlags ein Wettrüsten zur Folge haben könnte. Es würde sich für Deutschland nur um die Schaffung einer Verteidigungsarmee handeln, die nicht im entferntesten eine Bedrohung für irgendein anderes Land darstellen könnte. Ueberdies geht der deutsche Vorschlag ja dahin, daß für alle Staaten bestimmte Rüstungsgrenzen vertraglich festgelegt werden sollen, wodurch die Möglichkeit eines Wettrüstens von vornherein ausgeschlossen werden würde...."

Die Note geht dann näher auf die mehr als bescheidenen Forderungen Deutschlands auf ein Verteidigungsheer von 300 000 Mann mit kurzfristiger Dienstzeit ein, die sie mit den Rüstungen der Nachbarländer vergleicht. Sie widerlegt die immer wiederkehrende Behauptung von der Militärähnlichkeit der SA- und SS-Formationen, wobei Deutschland bereit ist, diese ebenso einer geplanten allgemeinen internationalen Kontrolle zu unterstellen, wie die Polizeikräfte. Nochmals wird betont,

„daß die Umwandlung der Reichswehr in eine Armee mit kurzer Dienstzeit praktisch nicht durchführbar ist, wenn dieser Armee nicht gleichzeitig mit der Umwandlung die notwendigen Waffen gegeben werden".

Die deutsche Antwortnote vom 19. Januar schließt:

„Auch wenn die künftige deutsche Armee mit kurzer Dienstzeit 300 000 Mann stark ist, und wenn sie gleichzeitig mit der Umwandlung der Reichswehr in den neuen Armeetypus die notwendigen Verteidigungswaffen erhält, behalten Frankreich und die anderen hochgerüsteten Staaten einen gewaltigen Vorsprung auf dem Gebiete der Rüstungen. Unter diesen Umständen könnte die Ablehnung der deutschen Forderungen nur bedeuten, daß man die Gleichberechtigung Deutschlands in Wahrheit nicht anerkennen will. Die deutsche Regierung hofft deshalb, daß sich die französische Regierung, wenn sie alle bei dem Problem zu berücksichtigenden Momente noch einmal in Erwägung zieht, dem deutschen Standpunkte nicht verschließen und daß sie so den Weg zu der von Deutschland dringend gewünschten Verständigung finden wird.

Die deutsche Regierung teilt selbstverständlich die Auffassung, daß das Abrüstungsproblem nicht allein durch Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich gelöst werden kann, daß dazu vielmehr Verhandlungen mit allen beteiligten Staaten notwendig sind. Diese allgemeinen Verhandlungen werden aber durch eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich über die prinzipiellen Fragen wesentlich erleichtert werden, da eine solche Einigung eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Zustandekommen der Abrüstungskonvention bildet.

Daß und in welchem Geiste Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem Angebot des Abschlusses von Nichtangriffspakten. Die äußere Form, in der sich eine solche Zusammenarbeit künftig am besten verwirklichen kann, erscheint der

deutschen Regierung als eine Frage, die späterer Beantwortung vorzubehalten sein wird. Das dringendste Gebot des Augenblicks ist die Regelung der Abrüstungsfrage, deren Gelingen den Weg für die Lösung der anderen offenen politischen Probleme freimachen wird."

Der Note, die dank ihrer Klarheit und Eindeutigkeit eines Kommentars nicht bedarf, sind 13 ebenso klar formulierte Fragen angefügt: Deutsche Fragen an Frankreich

1. Auf welche Höchststärke sollen die gesamten französischen Personalbestände in Heimat und Uebersee herabgesetzt werden?

2. In welcher Weise sollen bei der in dem französischen Aide mémoire vorgesehenen Regelung die Uebersetruppen und die ausgebildeten Reserven Frankreichs in Rechnung gestellt werden?

3. Ist Frankreich bereit, falls die Umwandlung der Heere in Verteidigungsheere mit kurzer Dienstzeit sich nicht auf die im Heimat- wie im Ueberseegebiet stehenden Ueberseestreitkräfte erstreckt, eine Verpflichtung zu übernehmen, Ueberseetruppen in Kriegs- und Friedenszeiten im Heimatgebiet weder zu stationieren noch zu verwenden?

4. Was soll mit den das Kaliber von 15 Zentimeter überschreitenden Geschützen der beweglichen Landartillerie geschehen? Sollen sie zerstört werden? Soll auch weiterhin die Ausbildung an diesen Geschützen zulässig sein?

5. Welche Höchsttonnage soll für Tanks vorgesehen werden, und was soll mit den diese Höchsttonnage überschreitenden Tanks geschehen?

6. Denkt die französische Regierung für alle Länder an eine zahlenmäßige Beschränkung einzelner Waffengattungen, und zwar unter Einschluß der lagernden Bestände. Welche Waffengattungen sind dies?

7. Mit welchem Material sollen die französischen Truppen, die der Vereinheitlichung der Heere nicht unterworfen werden, ausgerüstet werden?

8. Binnen welcher Frist würde die Herabsetzung der im Dienst befindlichen Flugzeuge um 50 Prozent durchgeführt werden? Soll die Beseitigung der ausscheidenden Flugzeuge durch Zerstörung erfolgen oder auf welche andere Weise?

9. Worauf soll sich die Kontrolle der Zivilluftfahrt und der Flugzeugherstellung erstrecken, die nach dem französischen Vorschlag die Voraussetzung für die Herabsetzung der im aktiven Dienst befindlichen Militärflugzeuge sein soll?

10. Soll die allgemeine Abschaffung der Militärluftfahrt in der Konvention für einen bestimmten Zeitpunkt endgültig festgelegt werden und für welchen?

11. Soll das Bombenabwurfverbot, das die französische Regierung anzunehmen bereit ist, allgemein und absolut sein, oder welchen konkreten Einschränkungen soll es unterworfen werden?

12. Sind die Ausführungen des Aide mémoire über die Kontrolle des Kriegsmaterials so zu verstehen, daß Frankreich für sich nur die Kontrolle der Fabrikation und der Einfuhr anzunehmen bereit ist, oder soll sich diese Kontrolle auch auf die Bestände an im Dienst befindlichen und lagerndem Material erstrecken?

13. Welche Stellung nimmt die französische Regierung hinsichtlich der Rüstungen zur See ein? —

Führerrede in Lippe

Wo Deutschland heute außenpolitisch steht, geht am besten aus den Worten hervor, die der Führer in seiner Rede zum Kampfappell in Lippe am 15. Januar der Außenpolitik widmete:

„... Langsam sind wir wieder im Begriff, uns den internationalen Respekt zu erwerben. Gewiß, allzuviel Liebe ist wohl nicht dabei, allein im menschlichen Leben muß man oft um der Achtung willen auf die Liebe verzichten. Mindestens im Völkerleben ist es so. Es ist jedenfalls nützlicher, geachtet zu werden als starkes Volk, denn geliebt zu werden als Schwächling.

Wenn wir unser Volk wieder zur Höhe emporführen wollen, dann können wir es nur, wenn wir ihm die Gleichberechtigung in der Welt sichern. Gleiches Recht und gleiche Ehre, das sind die beiden Gesichtspunkte, die ich seit dem 30. Januar 1933 fanatisch verfolgt habe. Ich bin der Ueberzeugung, daß nur auf dieser Basis ein wirklicher Völkerfrieden entstehen kann, nicht indem man einen Teil der Völker zu Heloten und Sklaven stempelt und anderen Rechte gibt, die ihnen nicht zukommen. Wir wollen keinem Volk an seinem Recht rütteln, kein Volk in seinen Lebensmöglichkeiten beschränken, kein Volk unterdrücken, unterwerfen, unterjochen. Aber die Welt muß auch aufhören, uns zu unterdrücken.

Sie mögen zur Kenntnis nehmen, daß die Zeit nicht mehr da ist, das deutsche Volk zu unterdrücken, zu unterjochen und zu entbehren, und daß diese Zeit auch niemals wiederkehrt. Damit kommen wir einem wirklichen Frieden der Welt näher, als wenn wir reden und verhandeln, dabei aber es an der Achtung vor dem anderen fehlen lassen. Ich habe die große Hoffnung, daß auch die anderen Völker allmählich verstehen werden, daß eine wirkliche Freundschaft nur dann entstehen kann, wenn sie gleichberechtigte Staaten umfaßt, aber nie entstehen wird auf der Basis der Unterdrückung. Das deutsche Volk kann heute wirklich mit Stolz bekennen, daß es diese Politik verstanden hat.

Der Tag des 12. November wird ein Ruhmesblatt in seiner Geschichte sein. Es ist an diesem Tage geschlossen eingetreten für seine Ehre, für seine Freiheit, für sein gleiches Recht und damit für die Zukunft seines Lebens, eine außenpolitische Entwicklung, die außerordentlich ist."

Am 12. November 1933 hatte sich das deutsche Volk einmütig hinter seinen Führer gestellt. Und wenn der Führer nun am 15. Januar 1934 in Lippe sprach — bei der Erinnerungsfeier zur einjährigen Wiederkehr der Lipper Landtagswahlen, die am Vorabend der nationalsozialistischen Revolution von so ausschlaggebender Bedeutung gewesen waren — so konnte er gleichzeitig mit Stolz auf die Leistung eines Jahres zurückblicken und auf das Vertrauen, das ihm dieses Jahr gebracht hatte. Der Führer sagte in Lippe:

„Wenn ich heute, nach fast einem Jahre, vor die Nation trete, dann kann ich dem deutschen Volk ins Auge blicken. Ich habe damals nichts Unmögliches versprochen. Ich habe vier Jahre Zeit gefordert. Ein Jahr davon ist verflossen, ein Jahr der größten Umwälzungen in Deutschland, aber auch ein Jahr der größten Sammlung der deutschen Kraft, ein Jahr größter Entschlüsse und auch großer, sehr großer Erfolge. Das, was vor zwei Jahren noch niemand von unseren Gegnern für möglich gehalten hat, das, was ich ihnen so oft prophezeit

hatte, ist eingetroffen: Ich habe den Marxismus zertrümmert, das Zentrum dazu und die bürgerlichen Parteien ebenfalls. Deutschland ist aus dem Unglück dieser Parteien erlöst. Die deutsche Nation hat nun, wie ich hoffe, für lange, lange Zeit den Weg zu einer weltanschaulichen Einigung gefunden. Ich bin mir auch klar darüber, daß dieser Prozeß nicht im Jahre 1934 oder 1935 abgeschlossen werden wird, denn wir haben diese Parteien beseitigt, in der Ueberzeugung, daß alles, was in der Welt Großes geschaffen wird, nur aus dem Wert der Persönlichkeit kommt, daß aber das parlamentarisch-demokratische System die Persönlichkeitswerte vernichtete oder nicht zur Geltung kommen ließ. Dieses System hat 40 Jahre die Qualität der Persönlichkeiten gebeugt zugunsten eines unbrauchbaren Begriffes der Masse.

Es ist klar, daß wir selbst dabei die Leidtragenden waren, und daß wir Jahre benötigen werden, um aus unserem Volke wieder Führer heranzubilden. Allein ich rechne nicht mit den Jahren 1934 und 1935. Ich rechne mit der ewigen Qualität unseres Volkes! Ob sie sich heute auswirkt oder morgen oder übermorgen, in zehn, in zwanzig Jahren oder meinetwegen in 50 Jahren, das ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß die Gesetzgebung nicht erfolgt, um der Erhaltung einer Regierung zu dienen, sondern um der Geltung eines Volkes, seinem Bestehen und seiner Erhaltung zu dienen. Danach ist unsere gesamte Gesetzgebung zu prüfen, nicht danach, ob in diesem Jahre, im nächsten Jahre oder im übernächsten Jahre sich dieses Gesetz auswirkt.

Und darum mußten wir uns von den bisherigen Methoden abwenden und zu dieser gesunden Gesetzgebung zurückkehren, wenn das Volk für die Zukunft leben soll, wenn die starken und gesunden Kräfte des Volkes sich durchsetzen sollen...."

Vergebliche Bemühungen um den Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund

Während der Reichskanzler in seiner gleichen Rede von dem unbeugsamen Willen des deutschen Volkes sprach, im Kampf um seine Ehre und sein Recht nicht müde zu werden, machte man in Genf den aussichtslosen und beleidigenden Versuch, Deutschland seinen Entschluß vom 14. Oktober, der am 12. November die einmütige Billigung der Nation gefunden hatte, vergessen zu machen. Deutschland sollte sich „aus Gründen der Loyalität und des Fair Plays" (wie es im Kommuniqué des Völkerbundssekretariats heißt) wieder im Völkerbund vertreten lassen — ohne daß daran gedacht wurde, die Ursache des damals erfolgten Austritts zu beseitigen! Dieser höchst unfaire Versuch mußte mißglücken. —

Die Saarfrage im Jahre 1934

Wie ein roter Faden zieht sich das Saarproblem durch das ganze Jahr hindurch. Wenn auch der Tag der Abstimmung erst 1935 fällig werden sollte, so war das Jahr 1934 doch das eigentlich entscheidende Kampfjahr. Die Vorbereitungen zur Volksabstimmung mußten jetzt den Bestimmungen des Vertrages von Versailles gemäß getroffen werden — das war die Aufgabe, vor die sich der Völkerbund gestellt sah. Gewiß keine leichte Aufgabe! Es bedurfte dazu neben unbestechlicher Objektivität und einer großen Portion guten Willens auch geeigneter Persönlichkeiten mit Mut und Takt. Es gehörte weiter dazu ein

großes Maß von Zurückhaltung und politischer Einsicht seitens der interessierten Staaten Deutschland und Frankreich — woran es Deutschland jedenfalls sicher nicht hat fehlen lassen. Am schwersten hatte es aber naturgemäß die Saarbevölkerung selbst. Für sie galt es, unter allen Umständen Disziplin zu wahren. Es hätte ihr das wesentlich erleichtert werden können, wenn an der Spitze der Regierungskommission ein Mann gestanden hätte, der mit dem unbedingten Willen zur Objektivität auch die Fähigkeit, ihr ungetrübten Auges

Präsident Knox

Geltung zu verschaffen, in sich vereinigt hätte. Präsident **Knox** kann man dieses Zeugnis leider in keiner Hinsicht ausstellen. Zugegeben, daß seine Mission nicht leicht war, daß ihm die wenig dankbare Rolle zufiel, dem verfehlten Vertragswerk nach 17 Jahren Gültigkeit bis zum letzten i-Punkt zu verschaffen. Das entschuldigt aber nicht die bedauerliche politische Instinktlosigkeit, um nicht zu sagen Unkenntnis, die der Präsident immer wieder bewiesen hat. Man kann es kaum begreifen, daß Knox die Lage im Saargebiet so völlig mißdeuten konnte, daß er mit solch restlosem Mißverständnis den Gefühlen der erdrückenden Mehrheit des Saarvolkes gegenüberstand, daß er nicht sah, wie **deutsch** diese Bevölkerung war und wie sie sich nach der endlichen friedlichen Heimkehr ins Reich sehnte. Wenn sich dieses deutsche Land fast das ganze Jahr hindurch in krampfhafter Hochspannung befand, obwohl die „**Deutsche Front**“ alles tat, um eine Entspannung und Beruhigung zu erreichen (was die Aufgabe der Regierungskommission gewesen wäre), so fällt die Schuld auf Knox zurück. Und wenn anderseits kurz vor Torschluß schließlich doch noch jene Atmosphäre geschaffen werden konnte, die die Voraussetzung für einen ruhigen Verlauf der Volksabstimmung ist, so wird wohl niemand dem Präsidenten Knox ein besonderes Verdienst daran zusprechen können. —

Emigranten in der saarländischen Polizei

Von Anfang des Jahres an hat der Präsident eine unglückliche Hand bewiesen. Schon die Einstellung mehrerer deutscher Emigranten in die saarländische Polizei „zur besonderen Verwendung“ war eine grobe Taktlosigkeit. Sie mußte auf das Saarvolk provokatorisch wirken. Den eigentlichen Auftakt zur politischen Hochspannung aber bildete

Denkschrift Knox' an den Völkerbund

die Denkschrift, die Kommissar Knox dem Völkerbund in Beantwortung der Beschwerde der „Deutschen Front“ vom 19. Dezember 1933 (siehe Band 1933, Seite 314) übermittelte und die gleichzeitig am 9. Januar der saarländischen deutschen Presse als **Auflagenachricht** anbefohlen war. In dieser Denkschrift wird versucht, die Maßnahmen der Regierungskommission mit dem Hinweis auf eine angeblich zunehmende terroristische Aktivität der **Nationalsozialisten** zu rechtfertigen. Es liefen täglich Klagen aus den verschiedensten Teilen

der Bevölkerung ein, heißt es weiter, und man dürfe die Verantwortung für diese Ausschreitungen nicht sogenannten unverantwortlichen Elementen zuschieben. Die Kommission beschwert sich dann über die versuchte Umgehung des Verbots politischer Versammlungen für die „extremen Parteien". Die NSDAP veranstalte unter der Bezeichnung „Elternabende", „Heimatabende" usw. Parteiversammlungen. Die Denkschrift betont am Schluß die Ueberzeugung der Regierungskommission, daß sie mit ihren Notverordnungen richtig gehandelt habe, und daß sie auch weiterhin die Lage meistern werde. Das erstere brauchen wir nicht in Zweifel zu ziehen und ist überdies nicht so sehr von Belang, die zweite Ansicht aber mußte als übertrieben optimistisch gelten; und heute wissen wir, daß von einer „Meisterung der Lage" durch die Regierungskommission keinesfalls die Rede sein konnte. — Der Anhängerschaft der „Deutschen Front" bemächtigte sich damals eine starke Erregung. Neben den Rechtsverdrehungen, die in besagter Denkschrift enthalten sind (die sich u. a. auf Dokumente posthumen Charakters stützte), nahm sie Knox die persönliche und unsachliche Polemik gegen die Spitzenvertreter des Deutschtums, Staatsrat Spaniol, besonders übel. Auch die verständnislose Bezeichnung „Geheimbündelei" für die große deutsche Volksbewegung machte viel böses Blut. In einem offenen Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes erhob die „Deutsche Front" schärfsten Protest gegen die Verhöhnung der bitter leidenden Bevölkerung. Es ist der anklagende Satz zu lesen:

Offener Brief der „Deutschen Front" an den Generalsekretär des Völkerbundes

„... Schon der letzte Vierteljahresbericht der Regierungskommission an den Völkerbund zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, daß der Regierungskommission der Blick für die Realitäten politischen Geschehens an der Saar außerordentlich getrübt ist." —

Denkschrift der „Deutschen Front" gegen den Terror der französischen Grubenverwaltung

Gegen den Terror der französischen Grubenverwaltung wandte sich eine Denkschrift der „Deutschen Front", die in den ersten Tagen des Januar die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates erneut auf den unzulässigen Druck lenken sollte, der auf die deutschen Bergleute dahingehend ausgeübt wurde, daß deren Kinder zum Besuch der französischen Domanialschulen gezwungen wurden. — Den gleichen Gegenstand behandelte der am 10. Januar veröffentlichte Briefwechsel Kommerzienrats Röchlings mit dem Generaldirektor der französischen Saargrubenverwaltung, Guilleaume, der jede Diskussion über die Schulfrage abgelehnt hatte. Röchling, der durch seinen bekannten Prozeß (siehe Band 1933, Seite 312) zum mutigen Vorkämpfer für die deutsche Schule geworden war, schloß den Briefwechsel mit den Worten:

Veröffentlichung des Briefwechsels Röchling—Guilleaume

„.... Ich bedauere diese Haltung ganz außerordentlich, denn wer für so viele Menschen fremder Nationalität und für persönliche Schicksale die Verantwortung trägt, sollte doch dafür sorgen, daß nicht die nachgeordneten Beamten nach Willkür die Möglichkeit haben, einen Teil der Belegschaft mit Frau und Kindern vor die Wahl zu stellen, entweder zu hungern oder ihr Vaterland zu verraten. Es ist mein starkes Bedauern, daß ich nunmehr erkennen muß, daß Sie heute nicht mehr in der Lage oder willens sind, den Weg zu beschreiten, der nach unserer Meinung allein das Ansehen und die Ehre Frankreichs hier im Grenzgebiet zu wahren imstande ist. Nachdem Sie als oberster Vertreter Frankreichs in den Fragen des Schicksals und des persönlichen Schutzes der deutschen Bergleute mir als Deutscher die Türe gewiesen haben, bleibt mir nur der Weg, unseren Briefwechsel der Oeffentlichkeit zu übergeben. Diese mag dann das Urteil über Ihre Haltung und die meinige abgeben." —

Antwortdenkschrift der „Deutschen Front" gegen Denkschrift Knox

Am 15. Januar nimmt die „Deutsche Front" ihrerseits zu der Antwortschrift der Regierungskommission in einer Denkschrift an den Völkerbundsrat Stellung, die namens der 19 Fraktions-Mitglieder von Baltes, Levacher und Röchling unterzeichnet ist. Sie bittet eingangs den Rat darum, eine eingehende Untersuchung der verschiedenen Vorfälle vornehmen zu lassen, da die Antwortnote der Regierungskommission eine Fülle entstellender Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten enthalte. Es werden dann mehrere totgeschwiegene Grenzzwischenfälle aufgezählt, die eindeutig Uebergriffe französischer Beamter zeigten, und damit verglichen die energische Haltung, die die Regierungskommission in einem Vorfall an der saarländisch-deutschen Grenze eingenommen hatte. Das Schreiben der „Deutschen Front" beschäftigt sich dann mit dem über die NSDAP verhängten Versammlungsverbot, stellt fest, daß es dem Landesführer der NSDAP-Saargebiet und der „Deutschen Front", sowie der gesamten deutschen Saarbevölkerung mit der Einhaltung der Gesetze und der Wahrung strengster Disziplin im Interesse der legalen Rückgliederung des Saargebietes zum Reich bitter Ernst sei. Die Verantwortung für einzelne Disziplinlosigkeiten treffe den Präsidenten der Regierungskommission, der im Gegensatz zu dem Verbot der geschlossenen Mitgliederversammlungen der Saardeutschen, die zu ihrem Vaterlande zurück wollten, die Versammlungen der Separatisten und frankophilen Autonomisten erlaubt habe. Es heißt dann weiter, es dürfte der Regierungskommission nicht unbekannt sein, daß fast alle Terrorakte von Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie von Autonomisten und Separatisten begangen würden, während Nationalsozialisten meist nur wegen angeblichen Tragens von Uniformteilen vor Gericht ständen. Die Denkschrift wendet sich dann gegen die persönlichen Angriffe, mit denen die Regierungskommission den sachlichen Boden verlasse, indem sie

glaube, eine Trennung vornehmen zu dürfen zwischen den älteren Politikern des Saargebiets und den „jungen Leuten ohne jegliche Erfahrung". Es sei ein vergebliches Bemühen, einen Zwiespalt in die deutsche Bevölkerung zu säen, die unter einheitlicher deutscher Führung stehe. Am Schluß der Denkschrift wird die Bitte ausgesprochen, der Rat möge für die Herbeiführung von Zuständen Sorge tragen, die sowohl dem Interesse des Saargebietes als auch dem Ansehen des Völkerbundes dienen könnten. —

Soweit die Denkschrift der „Deutschen Front" an den Völkerbundsrat. Dieser befaßte sich am 19. und 20. Januar mit der Festsetzung des Saarabstimmungstermins, der wie üblich hinausgezögert wurde. Immerhin wurde Baron Aloisi mit den Vorbereitungen beauftragt: Die Saarabstimmung 1935 sollte demnach stattfinden. Aloisi verlas am 20. Januar den endlich zustande gekommenen Bericht. Er begann mit der Wiedergabe des Wortlauts des Artikels 34 des Abschnitts IV des Versailler Vertrages. Sodann gab er der Ansicht Ausdruck, die ersten Maßnahmen zur Vorbereitung der im nächsten Jahre stattfindenden Volksbefragung müßten bereits jetzt getroffen werden. Weiterhin bat er, ihm zur „minutiösen Vorbereitung der Volksabstimmung" zwei Kollegen zur Seite zu geben, die ihrerseits technische Sachverständige in Abstimmungsangelegenheiten nach Bedarf hinzuziehen sollten, um dem Rat bis zur nächsten Tagung im Mai Vorschläge bezüglich der Vorbereitung der Abstimmung zu machen. Baron Aloisi schlug eine Entschließung folgenden Inhalts vor:

Verhandlungen über den Saarabstimmungstermin

Aloisi-Bericht

1. Der Rat bezeigt seinen Willen, alle ihm zufallenden Pflichten hinsichtlich der Vorbereitung und Ausführung der Volksbefragung im Jahre 1935 zu erfüllen, damit diese frei, geheim und aufrichtig vor sich gehen kann.
2. Er beauftragt das ernannte Dreierkomitee, alle Maßnahmen zu studieren, die geeignet sind, die Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung zu verbürgen;
3. insbesondere zu prüfen, welche Mittel notwendig sind, um die Bevölkerung vor jeder Pression und Gefahr in der Ausübung ihres Wahlrechtes uud der Aufrichtigkeit der Abstimmungen zu sichern;
4. die Vorschläge zu studieren, welche ihr die Regierungskommission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Abstimmungsperiode machen wird.
5. Für diese Arbeit werden 20000 Franken aus dem Völkerbundsbudget für unvorhergesehene Spezialausgaben politischen Charakters vorgestreckt.

Der Bericht Aloisis wurde einstimmig angenommen. Das Dreierkomitee wurde aus Aloisi (Italien), Cantilo (Argentinien) und Madariaga (Spanien) zusammengesetzt. Man sah seiner Arbeit mit großer Hoffnung entgegen. Und man sah sich — wie sich bald zeigen sollte — in diesen Hoffnungen auch nicht enttäuscht. —

Das Dreierkomitee

Kairoer Judenprozeß

Am 24. Januar fand ein Prozeß von historischer Bedeutung seinen Abschluß. Seit Ende Dezember 1933 stand Kairo im Zeichen jenes Judenprozesses, der dazu ausersehen war, das nationalsozialistische Deutschland moralisch vor aller Welt zu verurteilen.

Zur Vorgeschichte kurz folgendes: In Abwehr eines auch in Aegypten vom Judentum aufgezogenen antideutschen Boykotts hatte der deutsche Verein in Kairo eine Broschüre unter dem Titel „Die Ausbreitung des Judentums in Deutschland" erscheinen lassen, die an Hand einwandfreien statistischen Materials den oft gegen den Antisemitismus erhobenen Einwand der „Höherwertigkeit des jüdischen Menschen" widerlegte und das Gegenteil bewies. Von diesen Feststellungen aus kommentierte die Schrift den tieferen Sinn der neuen deutschen Ariergesetzgebung. Ein jüdischer Wechselagent strengte daraufhin eine Schadenersatzklage auf Zahlung von etwa 1500 Reichsmark gegen den Herausgeber und Buchdruckereibesitzer an, weil er sich als Jude durch die „Beleidigungen und Verleumdungen, die gegen seine gesamte Rasse gerichtet seien, selbst getroffen" fühlte. Die von dem Herausgeber betriebene Rassenpropaganda, die für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Aegypten außerordentlich gefährlich sei, wolle den ägyptischen und in Aegypten lebenden Juden einen unmittelbaren sehr schweren Schaden zufügen.

Die „Weltliga zur Bekämpfung des Antisemitismus" glaubte hier die Gelegenheit gefunden zu haben, das werdende Dritte Reich in den Augen der Welt zu richten. Sie zog den Prozeß im großen Stile auf. Neben dem Zionistenführer Léon Castro wurden die berühmten und berüchtigten französischen Anwälte De Moro-Giafferi und Torrès zur Vertretung des unbekannten kleinen Wechselagenten aufgeboten. Wir wollen aus der Begründung der klägerischen Anwälte einen kurzen Abschnitt zitieren, der eindeutig die Absichten der Weltliga enthüllt:

> „. . . . Neben dem Vermögen des einzelnen, gibt es moralisches Vermögen, dasjenige der Gesamtheit, zu der er gehört. Die jüdische Rasse, oder was man so nennt, hat ein Gesamtvermögen von moralischer Größe, Traditionen und Geschichte, deren Nutznießer oder Besitzer jeder Jude auf eine gewisse Zeit ist. Wenn die jüdische Rasse, oder was man so nennt, angeschwärzt, verleumdet, fälschlich angeklagt oder diffamiert wird, so spürt jeder Jude notwendigerweise die unmittelbaren Folgen."

Deutschland entsandte zu seiner Verteidigung den in Aegypten lebenden Rechtsanwalt Dahm und Professor Grimm, M. d. R. Nach endlosen Vertagungsmanövern mußten sich die „Kläger" schließlich doch am festgesetzten Termin (22. Januar) den „Angeklagten" vor dem gemischten Gericht in Kairo stellen. Die Situation entbehrte nicht einer gewissen Komik. Monatelang war

von jüdischer Seite ein systematischer Angriff auf die Ehre des neuen Deutschlands betrieben worden. Als es dann aber soweit war, als das vielgeschmähte Dritte Reich auf neutralem Boden vor die Schranken eines internationalen Gerichtshofes (Präsident war ein Italiener, Beisitzer ein Engländer und ein Aegypter) trat, um zu den Beschuldigungen Stellung zu nehmen — da waren die französischen Anwälte plötzlich mangels genügender Vorbereitung nicht in der Lage, pünktlich zu erscheinen. Und dann liefen von seiten der Kläger Vertagungsanträge am laufenden Band ein, die von dem objektiven internationalen Gerichtshof natürlich abgelehnt wurden. Der zweite Tag des Prozesses brachte die Plaidoyers der deutschen Anwälte, wobei für Deutschlands Vertretung übrigens auch der Vizepräsident der ägyptischen Anwaltschaft, Kemal Sidki Bey, gewonnen worden war. Schon hier zeigte sich klar, auf wessen Seite das Recht und auf wessen Seite die hetzerische Verleumdung war. Die sachliche, juristisch einwandfreie Beweisführung Professor Grimms stand im krassen Gegensatz zu dem würdelosen und beleidigenden Auftreten Léon Castros am Vortage. Am 24. Januar erfolgte dann die Verkündigung des Urteils, das folgenden Wortlaut hat: Das Urteil

Das Gericht hat nach Beratung entsprechend dem Gesetz als Zivilgericht folgendes Urteil verkündet:

Durch Schriftsatz vom 27.—28. Juni 1933 hat Herr Umberto Jabès gegen die Herren v. Meteren, Präsident des Deutschen Vereins in Kairo, und Safarowski, Buchdrucker, Klage auf Zahlung von 101 ägyptische Pfund Schadensersatz wegen Veröffentlichung einer Broschüre, die die ganze jüdische Rasse beleidigt habe, erhoben.

Dieser Klage haben sich die Herren L. Bousso, J. A. Amiel und D. Saporta als Nebenintervenienten angeschlossen.

Die Schriftsätze, Eingaben und Abträge der Parteien sind berücksichtigt.

In den ersten Tagen des Monats Juni 1933 hat der Deutsche Verein in Kairo eine Broschüre in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht und verbreitet, die durch Herrn Safarowski gedruckt war und den Titel trug „Zur Judenfrage in Deutschland" und „L'extension du judaisme en Allemagne".

Die französische Ausgabe, die unstreitig für einen größeren Kreis bestimmt war, kündigte auf der Titelseite an, daß die Veröffentlichung, herausgegeben durch „Die deutsche Liga gegen die jüdischen Angriffe" zum Ziel habe, auf gewisse Kritiken gegen die antijüdische Bewegung in Deutschland zu antworten, welche gewisse örtliche Zeitungen gebracht hatten, ohne nähere Gründe anzugeben, aber mit dem Zweck, eine antideutsche politische Propaganda zu betreiben.

Die betreffende Broschüre erörterte in 18 Paragraphen auf Grund von statistischen Unterlagen, daß die letzten Ereignisse in Deutschland auf die jüdische Invasion zurückzuführen seien, namentlich auf die neu eingewanderten Juden, die in der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltung und dem Unterrichtswesen in Deutschland eine vorherrschende Rolle spielten, und die Broschüre richtete sich gegen den Schaden, der infolge der moralischen und physischen Fehler der jüdischen Rasse aus diesem

jüdischen Einfluß entstand. Dies war durch Statistiken über die Kriminalität und Moralität der deutschen Juden belegt.

Gegen diese Veröffentlichung wandte sich Herr Jabès. Er behauptete, daß die beleidigenden Anschuldigungen gegen die ganze jüdische Rasse gerichtet seien und ihn dadurch persönlich beträfen und ihm Schaden zufügten, und zwar in seiner Eigenschaft als Jude von Rasse und Religion. Er verklagte den Präsidenten des Deutschen Vereins und den Drucker auf Zahlung von 101 ägyptische Pfund Schadensersatz wegen Verleumdung und erklärte, diese Summe der Gesellschaft de l'Hôpital Al Moassat anzubieten. Auch verlangte er Veröffentlichung des Urteils in acht Zeitungen nach seiner Auswahl, die in Aegypten erschienen.

Ihm schlossen sich im Wege der Nebenintervention die Herren L. Bousso, J. A. Amiel und D. Saporta an.

Die Hauptverhandlung wurde auf die Frage der Zulässigkeit der Klage, die durch die Beklagten angezweifelt wurde, beschränkt, indem das Gericht abgesonderte Verhandlung anordnete....

Die Rechtswissenschaft und die Rechtsprechung haben ständig an dem Grundsatz festgehalten, daß ein zivilrechtlicher Schadensersatzanspruch nur dann gegeben ist, wenn eine Person in ihrem physischen, moralischen, wirtschaftlichen Bestand verletzt ist; ferner, daß bei Beleidigungen einer Kollektivität die Individualklage nur dann zulässig ist, wenn der Kläger persönlich berührt wird oder zu einer eng umgrenzten bestimmten Kollektivität gehört, deren sämtliche Mitglieder ohne Ausnahme Opfer der beleidigenden Aeußerungen sind.

Im vorliegenden Falle ist keine dieser Voraussetzungen verwirklicht.... Die Veröffentlichung in Aegypten hat nur stattgefunden, um dem Angriff entgegenzutreten, der aus Anlaß der deutschen Politik in mehreren örtlichen Zeitungen stattgefunden hat.

Alles dies beweist, daß Jabès und Genossen, nichtdeutsche Juden, wohnhaft in Aegypten, keineswegs durch die Broschüre persönlich betroffen sind, und daraus folgt, daß der Schmerz, den sie als Mitglieder des Weltjudentums durch die Anschuldigungen gegen die Rasse in der Broschüre erlitten haben mögen, nicht einer Beleidigung gleichgestellt werden kann, die sie selbst in ihrer Ehre und ihrem Ansehen trifft.

Da der moralische Schaden damit entfällt, ist von einem materiellen Schaden keine Rede. Der Kläger und die Nebenintervenienten haben ja selbst nicht einmal einen solchen Schaden behauptet.

Infolgedessen kommt auch die Streichung der Sätze aus Seite 14 §§ 7 und 15, §§ 2 und 3 aus dem Schriftsatz der Beklagten vom 18. 12. 1933 nicht in Frage, die, wenn sie auch unangenehm für die Kläger sein mögen, doch nicht beleidigend sind. Damit ist auch der Hilfsantrag des Klägers zurückzuweisen, ebenso auch der Antrag auf Ausgleich der Kosten wegen böswillig erhobener Klage und Widerklage auf Schadensersatz, da die Beklagten keinen weiteren Schaden erlitten haben, als die Kosten der Rechtsverteidigung.

Aus diesen Gründen wird die Klage des Herrn Umberto Jabès und der Nebenintervenienten auf Kosten des Klägers und der Nebenintervenienten für unzulässig erklärt und abgewiesen. Diese haben auch die Honorare der Anwälte der Beklagten in Höhe von 100 L. E. zu tragen.

So verkündet in der öffentlichen Sitzung der ersten Zivilkammer von Kairo am Mittwoch, den 24. Januar 1934. —

„... Mit diesem Urteil ist ein Erfolg erstritten worden, der weit über die Grenzen Aegyptens hinausgeht. Zum ersten Male nach der nationalsozialistischen Revolution hatte ein wahrhaft internationales Gericht sich

mit einem Prozeß zu beschäftigen, in dem die Juden das neue Deutschland mit Schimpf und Schande übergießen wollten. Daß dieser Versuch mißglückt ist, bedeutet eine entscheidende Niederlage des Weltjudentums, deren Größe man besonders dann richtig beurteilt, wenn man sich die Propaganda vor Augen hält, mit der die Juden diesen Prozeß angekündigt und durchgeführt haben. Mit diesem Urteil eines international zusammengesetzten Gerichts steht fest, daß die jüdischen Lügen über das Deutschland Adolf Hitlers vor unparteiischen Menschen nicht bestehen können...“

Diese Worte aus der Rundfunkrede, die der Sonderberichterstatter des „Völkischen Beobachters“ W. Diewerge am 31. Januar von Kairo aus über alle deutschen Sender hielt, charakterisierten am besten die Bedeutung des deutschen Sieges über das Weltjudentum. —

In der Welt mehrten sich wieder die Stimmen, die für das immer noch verleumdete nationalsozialistische Deutschland eintraten. Lord Rothermere stellt in einem Artikel, der im „Sunday Pictorial“ (21. Januar) und in der „Daily Mail“ (22. Januar) erschien, die Frage:

Rothermere über das neue Deutschland

„Kann ein vernünftiger Mensch wirklich nur einen Augenblick lang glauben, daß ein Parteiführer, wenn er auch rücksichtslos ist, in der Lage sein kann, 67 Millionen Deutsche in eine aktive Zusammenarbeit hineinzupeitschen?“

Und er findet die Antwort:

„Nein, die Mehrheit der Bevölkerung gehorcht nicht aus Furcht, sondern mit freudigem Vertrauen.“

Weiter stellt Rothermere fest:

„Es mag sein, daß in Deutschland einzelne Uebergriffe vorgekommen sind, aber im Vergleich mit anderen Revolutionen, die viel kleiner waren, haben die Deutschen der Welt ein Beispiel der Mäßigung gegeben.“

Und ein anderer Engländer, Mr. Skeels, Mitglied der Royal Empire Society, stellt in einem Bericht über seine Eindrücke in Deutschland die aufrüttelnde Frage: „Warum wollen wir uns nicht die Hände reichen und in gemeinsamer Arbeit das Werk des Friedens schaffen?“

Skeels über seine Eindrücke in Deutschland

Der bekannte italienische Journalist Philippo Bojano, Berliner Korrespondent des „Popolo d'Italia“, äußerte in einer Rede, die er im „Circolo Filogio“ in Mailand über das Thema „Ein Jahr Nationalsozialismus in Deutschland“ hielt, der Nationalsozialismus habe seine Aufgabe mit größter Tatkraft und mit einer Schnelligkeit begonnen und durchgeführt, wie dies selbst in der Geschichte des Faschismus kaum zu finden sei. Er hob die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes hervor und bezeichnete die Erfassung der Jugend, die Neuordnung der Verbände und die Schaffung der Arbeitsfront

Bojano über den Nationalsozialismus

als Zeichen des Willens der Regierung, den deutschen Menschen auf allen Gebieten des nationalen Lebens zu erziehen. Bojano wandte sich dann der Außenpolitik zu. Der Kampf Hitlers sei ein Kampf um die Ehre und die Gleichberechtigung eines 65-Millionen-Volkes. Man müsse feststellen, daß der Nationalsozialismus von aufrichtigem Friedenswillen beseelt sei. Die bündische Zusammenfassung der Jugend diene nicht militärischen Absichten, sondern lediglich dem Erziehungswerk. Dieser Geist, der für Europa eine Friedensgarantie und zugleich ein Gleichgewicht darstelle, solle lieber gestärkt als bekämpft werden.

Englische Antwortnote an Deutschland

Am 29. Januar empfing der Reichskanzler den britischen Botschafter Sir Eric Phipps, der ein Memorandum der englischen Regierung als Antwort auf die deutsche Note vom 19. Januar übergab. Sie erfuhr in Frankreich, wo inzwischen Daladier das Erbe Chautemps — wenn auch nur für eine knappe Woche — angetreten hatte, schärfste Kritik und fast geschlossene Ablehnung: der beste Beweis dafür, daß England — unabhängig von der Schein-Abrüstungskonferenz, die inzwischen (20. Januar) wieder einmal schlafen gegangen war — einen gerechten Ausgleich zwischen der französischen Sicherheitsthese und den mehr als berechtigten deutschen Forderungen nach Gleichberechtigung suchte. Es handelte sich also bei dem englischen Memorandum um einen Kompromißvorschlag, der davon ausging, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die wesentlichste Voraussetzung für eine allgemeine Einigung in Europa sei. Daher sei das Zustandebringen einer Konvention, selbst unter Verzicht auf eine ideale Lösung, ein unermeßlicher Gewinn. Es werden dann positive Vorschläge von der englischen Regierung gemacht, ausgehend von dem englischen Konventionsentwurf vom März 1933 (siehe Band 1933, Seite 164), an dem gewisse Aenderungen vorgenommen werden. So soll die Konventionsdauer auf 10 statt 5 Jahre festgesetzt werden. Wichtig ist, daß die Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember 1932, wonach die Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit für alle Nationen verwirklicht werden soll, auch jetzt noch für maßgebend erklärt wird. Die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung sei für eine internationale Einigung über die Rüstungsfrage ebenso wichtig wie die Frage der Sicherheit. Wie im englischen Konventionsentwurf vom März 1933 ist auch diesmal eine Heeresgesamtstärke von 200 000 Mann für Deutschland vorgesehen, wobei die Ansicht vertreten wird, daß eine Einigung über die Differenz zwischen dieser und der von Deutschland geforderten Zahl von 300 000 Man gefunden werden wird. Die Umwandlung der bestehenden

Heere in solche mit einer Gesamtdienstzeit von acht Monaten soll in vier Jahren abgeschlossen sein. Den Verbänden außerhalb des Heeres soll jede militärische Ausbildung untersagt werden. Bezüglich des Kriegsmaterials, das allgemein eine Begrenzung erfahren soll, ist bemerkenswert, daß die englische Regierung sich bereit erklärt, Deutschland die verlangten Tanks mit einer Höchsttonnage von 6 Tonnen zuzugestehen. In der Frage der Militärluftfahrt werden Deutschland allerdings auch in dieser englischen Note bis zur endgültigen Regelung (in zwei Jahren) keinerlei Verteidigungsflugzeuge zugebilligt. In der Frage der Flottenrüstungen macht das Memorandum keine näheren Angaben. Auch in der Kontrollfrage erklärt sich England nur mit dem „Prinzip der dauernden automatischen Ueberwachung" einverstanden. Abschließend wird bemerkt, daß einzige Ziel der Vorschläge sei, eine allgemeine Verständigung zu erreichen. Wenn diese zustande käme und die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und in die Abrüstungskonferenz zur Folge hätte, was eine wesentliche Bedingung für eine Verständigung sei, so würde die Unterzeichnung des Abkommens eine neue Perspektive internationaler Zusammenarbeit eröffnen und eine neue internationale Friedensordnung vorbereiten. —

Dieses Memorandum bot ebenso eine Grundlage der Verständigung, auf der sich weiterbauen ließ, wie das italienische Kommuniqué, das die „Agenzia Stefani" am 31. Januar veröffentlichte und das die Fixierung des Standpunktes darstellt, den Mussolini in seinen Besprechungen mit Sir John Simon zu Jahresbeginn eingenommen hatte. Wir bringen folgende charakteristische Stellen daraus im Wortlaut: Italienisches Kommuniqué

„. . . Es ist unleugbar, daß Deutschland und den anderen durch die Verträge entwaffneten Staaten die Gleichberechtigung feierlich zuerkannt worden ist. Die Unmöglichkeit, in der sich die bewaffneten Unterzeichnermächte der Verträge befinden, sofort ihre materiellen Rüstungen auf ein Niveau herabzusetzen, das sich dem der deutschen Abrüstung in vernünftigem Maße nähert, verleiht den deutschen Forderungen nach Erhöhung des Rüstungsstandes eine juristisch-moralische Kraft, deren Vorhandensein nicht leicht zu leugnen ist, und man kann darlegen, daß auch die Frage der Sicherheit zugunsten Deutschlands spricht. . . .

Die italienische Regierung kann nicht umhin, den Friedenserklärungen des Präsidenten Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler die größte Beachtung zu schenken. Abgesehen davon, daß Abkommen nicht auf Mißtrauen aufgebaut werden können, muß man zugeben, daß die wiederholten gleichlautenden Erklärungen des deutschen Regierungschefs ein sicheres Unterpfand dafür sind, daß klare und freiwillig angenommene Abkommen nicht nur nicht gebrochen, sondern nicht einmal für die Dauer ihrer Geltung durch weitergehende und auf Abänderung zielende Forderungen diplomatisch verfälscht würden. . . ."

Es wird dann folgender Entwurf eines Abkommens, das bis zum 31. Dezember 1940 gelten soll, vorgeschlagen:

1. Abschaffung des chemischen Krieges mit Kontrolle über Vorbereitung und Ausbildung.

2. Verbot des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung, wobei zu bemerken ist, daß auf dem Gebiet der Abschaffung des Luftbombardements noch radikalere Maßnahmen erreicht werden können. Diese Maßnahmen würden die Lösung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Luft sehr erleichtern.

3. Beschränkung der Militärausgaben der durch die Friedensverträge nicht beschränkten Mächte auf ihren gegenwärtigen Stand.

4. Beschränkung des Heeresmaterials derselben Mächte auf den gegenwärtigen Stand.

Deutschland soll auf verschiedenen Waffengebieten das Recht haben, eine Defensiv-Rüstung vorzunehmen, soweit sie zu seinem Schutze notwendig ist. Ohne sich ziffernmäßig festzulegen, gibt das italienische Kommuniqué — genau wie das englische Memorandum — der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Gegenwert, den Deutschlands Rückkehr nach Genf darstelle, die berechtigten Zugeständnisse, die man ihm mache, mehr als aufwiege. — Die englischen und die italienischen Vorschläge waren der letzte Versuch, ein allgemeines Wettrüsten zu verhindern, und dem deutschen Volke sein Recht nicht länger vorzuenthalten. Wie das deutsche Volk über seine Beziehungen und Verflechtungen mit dem Auslande dachte und fühlte, ergab sich aus den großzügigen Ausführungen, die der Führer am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution im Reichstag machte. Der außenpolitischen Umschau des Reichskanzlers ist nichts hinzuzufügen:

Die außenpolitischen Ausführungen des Führers am Jahrestage der nationalsozialistischen Revolution

„....Der nationalsozialistische Rassengedanke und die ihm zugrunde liegende Rassenerkenntnis führt nicht zu einer Geringschätzung oder Minderbewertung anderer Völker, sondern vielmehr zur Erkenntnis der gestellten Aufgabe einer allein zweckmäßigen Lebensbewahrung und Lebensforterhaltung des eigenen Volkes.

Er führt damit zwangsläufig zu einer natürlichen Respektierung des Lebens und des Wesens anderer Völker. Er erlöst damit die außenpolitischen Handlungen von jenen Versuchen, fremde Menschen zu unterwerfen, um sie regieren zu können oder um sie gar als reine Zahlenmasse durch sprachlichen Zwang dem eigenen Volke einzuverleiben. Dieser neue Gedanke verpflichtet zu einer ebenso großen und fanatischen Hingabe an das Leben und damit an die Ehre und Freiheit des eigenen Volkes, wie zur Achtung der Ehre und Freiheit anderer. Dieser Gedanke kann daher eine wesentlich bessere Basis abgeben für das Streben nach einer wahren Befriedung der Welt, als die rein machtmäßig gedachte und vorgenommene Sortierung der Nationen in Sieger und Besiegte, in Berechtigte und rechtlos Unterworfene...."

„... Als ich am 30. Januar von dem Herrn Reichspräsidenten mit der Führung der neuen Regierung betraut wurde, bewegte mich und mit mir nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern das ganze deutsche Volk das einzig brennendheiße Gebet, der allmächtige Gott möge es uns

geben, dem deutschen Volke die Ehre und Gleichberechtigung vor der Welt wieder zurückzuerringen. Als aufrichtige Anhänger einer wirklichen Politik der Versöhnung glaubten wir dadurch am besten beitragen zu können zu einem wahrhaftigen Frieden der Völker. Diese Gedanken haben wir zum Prinzip unseres ganzen außenpolitischen Handelns gemacht. Das neue Deutsche Reich trat grundsätzlich allen Völkern und Staaten gegenüber, beseelt nur von dem einen Wunsch, in Frieden und Freundschaft mit ihnen zu leben. Wir waren überzeugt, daß es auf dieser Welt wieder möglich werden muß, über Differenzen im Völkerleben zu sprechen, ohne immer sofort an die Gewalt zu denken.

Es ist eines der schlimmsten Ergebnisse des Friedensvertrages von Versailles, durch die Verewigung des Begriffes von Sieger und Besiegten zwangsläufig auch die Gefahr einer Verewigung des Gedankens herbeigeführt zu haben, daß Meinungsdifferenzen und Interessengegensätze im Völkerleben vom schwächeren Teil entweder überhaupt nicht geäußert werden dürften oder vom stärkeren mit der Gewalt der Waffe zu beantworten seien. Der Gedanke, auf dem Wege vertraglich zu duldender Sanktionen dem einen erst einmal rechtlos Gemachten immer neues Unrecht zufügen zu können, kann für die Moral des Zusammenlebens der Völker nur zu grauenhaften Verwüstungen führen. Denn erfahrungsgemäß pflegt die demütige Unterwürfigkeit der Besiegten immer weniger die Sieger zu besänftigen, als vielmehr zu stets neuen Uebergriffen zu reizen. 14 Jahre lang hat das deutsche Volk auf dem Wege einer wahrhaft selbstmörderischen Erfüllungspolitik versucht, unversöhnliche Feinde zu versöhnen und zur Aufrichtung einer neuen europäischen Staatengemeinschaft seinen Teil beizutragen. Die Ergebnisse waren tieftraurige. Der Hinweis auf eingetretene Milderungen in der Reparations-Politik beweist nicht das Gegenteil. Denn erst nach dem Ruin nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern in einem hohen Umfange auch der Weltwirtschaft entschloß man sich, vertraglich ein Verfahren zu beenden, das sachlich mangels einer in Deutschland noch irgendwie vorhandenen Substanz ohnehin schon seine Beendigung und Erledigung gefunden hatte. Indem die neue deutsche Regierung entschlossen war, den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung auch auf dem politischen Gebiete aufzunehmen, war sie überzeugt, damit erst recht einen Beitrag zur Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu liefern. Denn ohne eine vollständige Entgiftung der politischen Beziehungen der Völker zueinander und damit der politischen Atmosphäre überhaupt, kann es auch wirtschaftlich zu keiner vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen. Diese aber wird nötig sein, wenn man in den kommenden Jahren ernstlich daran gehen will, die großen Probleme zu meistern, die sich aus den Verlagerungen und Veränderungen der Absatzmärkte der Welt einerseits und dem gleichgebliebenen Exportzwang bestimmter Nationen anderseits ergeben. Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken aus, daß es für die Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Ländern selbstverständlich belanglos ist, welcher Art die Verfassungs- und Regierungsform sein mag, die die Völker sich zu geben belieben. Es ist dies eines jeden Volkes ureigenste Angelegenheit, sein inneres Leben zu bestimmen nach seinem eigenen Ermessen. Es ist daher auch die eigenste Angelegenheit des deutschen Volkes, den geistigen Gehalt und die konstruktive Form seiner Staatsorganisation und Staatsführung nach eigner Empfindung zu wählen.

Wir haben noch viele Monate hindurch schmerzlich feststellen müssen, daß die Differenz, die sich zwischen unserer Weltauffassung und

der anderer Völker zeigt, zum Anlaß genommen wurde, das deutsche Volk und Deutsche Reich nicht nur mit zahlreichen ungerechtfertigten Vorwürfen zu überschütten, sondern ihm auch mit einem durch nichts begründeten Mißtrauen zu begegnen.

Wir haben uns diese Auffassungen nicht zu eigen gemacht. Es war in den vergangenen 12 Monaten unser aufrichtigstes Bestreben, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen übrigen Staaten im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigungsbereitschaft zu pflegen, auch dann, wenn zwischen den Staatsauffassungen dieser Länder und uns große, ja unüberbrückbare Unterschiede bestehen.

Sowohl den Staaten demokratischer Fassung als auch den Staaten antidemokratischer Tendenz gegenüber beherrschte uns die gleiche Absicht, Mittel und Wege zu finden zum Ausgleich der Gegensätze und zur internationalen Zusammenarbeit.

Nur so war es verständlich, daß trotz der großen Differenz der beiden herrschenden Weltanschauungen, das Deutsche Reich sich auch in diesem Jahre bemühte, seine freundschaftlichen Beziehungen Rußland gegenüber weiter zu pflegen. Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß genau so wenig wie in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird! Je klarer und eindeutiger diese Tatsache in Erscheinung tritt und von beiden Staaten respektiert wird, um so natürlicher kann die Pflege der Interessen sein, die den beiden Ländern gemein sind. Wir begrüßen daher auch das Bestreben nach einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten durch ein System von Pakten, wenn die leitenden Gesichtspunkte dabei weniger taktisch politischer Natur sind, als vielmehr der Verstärkung des Friedens dienen sollen.

Aus diesem Grunde und um diesen Absichten zu entsprechen, hat sich die deutsche Regierung auch vom ersten Tage an bemüht, ein neues und besseres Verhältnis zum polnischen Staate zu finden.

Als ich am 30. Januar die Regierung übernahm, schienen mir die Beziehungen zwischen den beiden Ländern mehr als unbefriedigend zu sein. Es drohte die Gefahr, daß sich aus zweifellos vorhandenen Differenzen, die ihre Ursache einerseits in den Territorialbestimmungen des Versailler Vertrages, anderseits in der daraus resultierenden beiderseitigen Gereiztheit hatten, allmählich eine Feindschaft erhärtete, die nur zu leicht bei längerer Fortdauer den Charakter einer beiderseitigen politischen Erbbelastung annehmen könnte.

Eine solche Entwicklung würde, abgesehen von den drohenden Gefahren, die sie latent birgt, für die ganze Zukunft einer segensreichen Zusammenarbeit der beiden Völker hinderlich sein. Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz gegenseitig abfinden müssen. Es ist daher zweckmäßiger, einen Zustand, den tausend Jahre vorher nicht zu beseitigen vermochten und nach uns genau so wenig beseitigen werden, so zu gestalten, daß aus ihm für beide Nationen ein möglichst hoher Nutzen gezogen werden kann.

Es schien mir weiter erforderlich, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß ohne Zweifel bestehende Differenzen nicht verhindern dürfen, im Völkerleben jene Form des gegenseitigen Verkehrs zu finden, die dem Frieden und damit der Wohlfahrt der beiden Völker nützlicher ist, als die politische und am Ende auch wirtschaftliche Lähmung, die zwangsläufig aus einem dauernden Lauerzustande gegenseitigen Mißtrauens sich ergeben muß.

Es schien mir weiter richtig zu sein, zu versuchen, in einem solchen Falle durch eine freimütige und offene Aussprache zu zweit die nun einmal die beiden Länder betreffenden Probleme zu behandeln, als dauernd Dritte und Vierte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen den beiden Ländern sein, wie sie wollen: Der Versuch, sie durch kriegerische Aktionen zu beheben, würde in seinen katastrophalen Auswirkungen in keinem Verhältnis stehen zu dem irgendwie möglichen Gewinn! Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates, Marschall Pilsudski, dieselbe großzügige Auffassung zu finden und diese beiderseitige Erkenntnis in einem Vertrage niederzulegen, der nicht nur dem polnischen und dem deutschen Volke gleichermaßen nützlich sein wird, sondern auch einen hohen Beitrag zur Erhaltung des allgemeinen Friedens darstellt. Die deutsche Regierung ist gewillt uud bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit folgen kann.

Daß es in diesem selben Jahr auch der nationalsozialistischen Regierung in Danzig möglich wurde, zu einer ähnlichen Klärung des Verhältnisses zum polnischen Nachbarstaate zu kommen, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Zum großen Bedauern der deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reiches zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden.

Allein, es ist selbstverständlich, daß eine, die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark durch viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja, dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein, und dessen Soldaten noch im Weltkrieg Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten.

Aber auch davon abgesehen, ist diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistig-revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde.

Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen uud für sie einstehen. Die deutsche Regierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick die Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Oester-

reich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden. Es kann der deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken.

So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen und Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird. Denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten!

Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst dem einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindlich gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufige Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich wären. Denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und zu selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde, oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausende politischer Flüchtlinge aus Oesterreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzustellen.

Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Oesterreich stattfände, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird.

Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Regierung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern. Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenauflagen gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Protest vor, da es nicht erklärlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen.

Wie schwer Einwirkungen politischer Emigranten in das Mutterland zu unterbinden sind, geht am einwandfreiesten daraus hervor, daß selbst dort, wo der Völkerbund in eigener Hoheit die Geschäfte eines Landes wahrnimmt, die Einwirkungen emigrierter Kreise in das frühere Mutterland ersichtlich nicht unterbunden werden können. Erst vor wenigen

Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebiets 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich zu schmuggeln versuchten. Wenn aber so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Reichsregierung stellt auch keine weitere Anklage gegen die umliegenden Staaten wegen der dort gegen Deutschland geduldeten Emigrantenpropaganda, die sich sogar bis zur Bildung einer zur Verhöhnung des obersten deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justizkomödie steigerte und ihren letzten Ausdruck auch heute noch in einer wüsten Boykotthetze findet. Die deutsche Reichsregierung kann auf die Anklage verzichten, weil sie sich als die nicht zu erschütternde Repräsentantin und Vertrauensträgerin des Willens der deutschen Nation fühlt. Sie hat diese innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Oesterreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Wollen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einmengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen.

Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch, das eine sagen zu müssen: Nur mit der Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine erste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung. Und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten. Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfte. Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt.

Möchte das Schicksal es fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.

Ich kann in dieser außenpolitischen Betrachtung nicht die freudige

Empfindung übergehen, daß in diesem Jahre die vom Nationalsozialismus stets gepflegte, ja geradezu traditionelle Freundschaft zum faschistischen Italien und die hohe Verehrung, die der große Führer dieses Volkes auch bei uns genießt, in den Beziehungen der beiden Staaten zueinander eine weitere vielfältige Festigung erfahren hat. Das deutsche Volk empfindet dankbar die vielen Beweise einer ebenso staatsmännischen, wie objektiven Gerechtigkeit, die es sowohl innerhalb der Genfer Verhandlungen, als auch späterhin durch das heutige Italien erfahren hat.

Der Besuch des italienischen Staatssekretärs Suvich hat uns zum ersten Male die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diesen Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahestehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann einen schwachen Ausdruck zu geben.

So wie sich die nationalsozialistische Regierung des Reiches in diesem Jahre bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, so war es auch unser ehrliches Bemühen, die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern und wenn möglich durch eine Generalbereinigung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, der von uns als Kampf um die Ehre und das Recht unseres Volkes niemals aufgegeben werden wird, könnte meines Erachtens keine bessere Beendigung finden, als durch eine Aussöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch wesentliches zu ändern.

Ich glaube daher auch, daß dieses Problem nicht ausschließlich durch die Brille kalter Berufspolitiker und -diplomaten gesehen werden kann, sondern daß es seine endgültige Lösung nur finden wird durch einen warmherzigen Entschluß derer, die sich vielleicht früher als Feinde gegenübergestanden haben, aber in der auf der beiderseitigen Tapferkeit begründeten Hochachtung eine Brücke finden könnten in eine Zukunft, die eine Wiederholung vergangener Leiden so oder so nicht mehr kennen darf, wenn nicht Europa tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll. Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen. Deutschland fordert seine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern.

Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts fernerliegend als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgendeinen Zusammenhang zu bringen mit dem etwaigen Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte der beiden Völker auf dem Schlachtfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Aus diesen Empfindungen heraus habe ich auch versucht, im Geiste der angestrebten notwendigen Zusammenarbeit der beiden Nationen schon jetzt die Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die ansonsten nur zu leicht geeignet sind, eine neue Erhitzung der Leidenschaften zu fördern.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt das Saar-Problem bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen:

1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen den beiden Ländern noch offen steht. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-Paktes auch innerlich zu akzeptieren, da es dann für sie zwischen Frankreich und Deutschland keine territoriale Frage mehr gibt.

2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, trotzdem die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch — besonders geschürt durch unverantwortliche Kreise der Emigration — im Zuge der Vorbereitung zur Abstimmung eine propagandistische neue Aufstachelung nationaler Leidenschaften stattfindet, die angesichts des ohnedies feststehenden Endresultates nicht notwendig wäre und daher bedauert werden muß.

3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausgehen würde, sie wird in jedem Fall bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen. Und wenn auch in Deutschland dann Freudenfeuer brennen werden, so würden wir doch vom Gesichtspunkt der Versöhnung der beiden Länder es mehr begrüßen, wenn schon vorher eine beide Seiten gleichmäßig befriedigende Lösung gefunden werden könnte.

4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf geregelt und entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch der Saarbevölkerung auf die Abgabe ihres Votums seine Erfüllung gefunden hätte, ohne daß eine der beiden interessierten Nationen den Ausgang der Abstimmung als Sieg oder Niederlage zu empfinden brauchte und ohne daß der Propaganda die Möglichkeit einer solchen neuen Störung einer sich anbahnenden gegenseitigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk gegeben wäre.

Ich bedaure daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesem Gedanken nicht folgen zu können, ich gebe aber dennoch die Hoffnung nicht auf, daß trotzdem *in beiden Nationen der Wille zu einer wahrhaften Aussöhnung und endgültigen Begrabung des historischen Kriegsbeils zu kommen, immer mehr sich verstärken und endlich durchsetzen wird.*

Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerschütterlich geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung *Großbritanniens* sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen in dem Geiste geprüft werden, den ich in meiner Rede im Mai als den unsere Außenpolitik beherrschenden darzulegen mich bemühte.

Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen mußte, aus der *Abrüstungskonferenz und dem Völkerbunde* auszuscheiden, dann geschah dies nur, weil die Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegenden Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsfestsetzung nicht mehr mit dem zu vereinen war, was ich im

Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte. Und ich kann in diesem Augenblick nur noch einmal der Welt gegenüber wiederholen, daß keine Drohung und keine Gewalt das deutsche Volk jemals bewegen werden, auf jene Rechte Verzicht zu leisten, die einer souveränen Nation nicht bestritten werden können. Ich kann weiter aber versichern, daß diese souveräne Nation keinen anderen Wunsch hat, als die Kraft und das Gewicht ihrer politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte freudig einzusetzen nicht nur zur Heilung der Wunden, die eine vergangene Zeit den menschlichen Gemeinwesen geschlagen hat, sondern auch im Dienste der Zusammenarbeit jener gesitteten Kulturnationen, die, wie ein englischer Staatsmann mit Recht sagt, durch ihre Werke des Geistes und der Arbeit das Sein auf dieser Welt erst schön und wahrhaft lebenswert gestalten.

Nach einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Uebernahme des Teiles der Verantwortung am Gedeihen und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorsehung zugewiesen ist, und daher von Menschen nicht bestritten werden kann.

Die Bereitwilligkeit zu dieser wahrhaft internationalen Pflichterfüllung kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden, als in der Person des greisen Marschalls, der als Offizier und siegreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unseres Volkes Größe kämpfte, und heute als Präsident des Reiches ehrwürdigster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden."

Die Weltpresse zur Führerrede

Die große Rede des Führers fand in der Weltpresse stärkste Beachtung. Im Mittelpunkt der Erörterung standen natürlich die ausführlichen Aeußerungen Adolf Hitlers zur österreichischen Frage und zum deutsch-polnischen Verhältnis. Auf den österreichischen Fragenkomplex wird an anderer Stelle näher eingegangen werden. Die deutsch-polnischen Beziehungen hatten wenige Tage vor Abgabe der Regierungserklärung durch den deutsch-polnischen Verständigungsvertrag vom 26. Januar ihre Krönung erfahren. Die Vorgeschichte dieses Vertragswerkes läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Vom Augenblick des Regierungsantritts Adolf Hitlers an war das Bemühen Deutschlands auf eine Entspannung und größtmöglichste Klärung des unerträglichen Zustandes an der Grenze im Osten gerichtet. Es führt ein gerader Weg von der ersten Fühlungnahme des Reichskanzlers mit dem damaligen polnischen Gesandten Wysocki (3. Mai 1933) über die Besprechungen des Führers mit Lipski (15. November 1933) zur Erklärung vom 26. Januar. Und wenn es auch in Marschall Pilsudski, Oberst Beck, dem polnischen Außenminister, und anderen verantwortlichen Leitern des polnischen Staates Männer mit gesundem Blick für politische Realitäten und Notwendigkeiten gab, so war es doch nicht

Deutsch-polnischer Verständigungsvertrag

leicht, angesichts der Deutschenhetze eines Großteils der polnischen Presse und angesichts einer systematischen Entdeutschungspolitik, wie sie z. B. der Woiwode Dr. Grazsynski in Polnisch-Oberschlesien trieb, den Weg für eine langsame Aussöhnung zu finden. In einer Unterredung des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels mit dem Sonderberichterstatter des „Krakauer Illustrierten Kuriers", Klemens Ritter von Dunin-Replicz erklärte Dr. Goebbels am Vorabend des Vertragsabschlusses:

Goebbels-Interview im „Krakauer Illustrierten Kurier"

„. . . Das Wort Mussolinis: „Der Faschismus ist kein Exportartikel", läßt sich sinngemäß auch auf den Nationalsozialismus anwenden, da jeder Export eine Initiative des Exporteurs voraussetzt — der Nationalsozialismus jedoch eine solche Initiative ausdrücklich ablehnt."

Womit der Vorwurf, Deutschlands Minderheiten betrieben eine Germanisierungspolitik, deutlich zurückgewiesen worden war. Dr. Goebbels antwortete dann unter anderem noch auf die Frage: „Was halten Sie von der Verständigung zwischen Polen und Deutschland?":

„Eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen ist der Wunsch des Reichskanzlers Adolf Hitler, dem er nicht nur in seinen Reden, sondern auch in zwei Aussprachen mit dem hiesigen polnischen Gesandten besonderen Ausdruck verliehen hat. Die auf dieser Grundlage eingeleiteten diplomatischen Besprechungen haben die Aufgabe, die Ursachen bisheriger Mißverständnisse zu beseitigen und mit einer Atmosphäre des Vertrauens auch die Basis für ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen. Ein gemeinsamer Wille zur Erreichung dieses Zieles muß trotz der Kompliziertheit der Probleme, die die Interessen beider Völker berühren, zu einem guten Ergebnis führen." —

Dieses gute Ergebnis wurde dann am 26. Januar (Ratifizierung am 27. Juni) in der auf zehn Jahre befristeten Verständigungserklärung erzielt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Wortlaut der deutsch-polnischen Erklärung

Erklärung.

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese

Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Ueberzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, daß nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Das Welt-Echo auf den deutsch-polnischen Verständigungsvertrag

Das Welt-Echo auf diese staatsmännische Tat war außerordentlich stark. Fast überall fand sie Anerkennung und Bewunderung. Zum mindesten gab man zu, daß es Deutschland gelungen war, eine Bresche in die von Frankreich und seinen Vasallenstaaten betriebene Isolierung Deutschlands zu schlagen. Lloyd George schrieb im „Pester Lloyd" vom 4. März:

„... Hitler scheint der einzige zu sein, der in der allgemeinen Erregung einen ruhigen Kopf behält. Er bemüht sich eifrig, jeder Ursache zu Reibungen mit den Nachbarn Deutschlands aus dem Wege zu gehen. Sein Pakt mit Polen ist ein bemerkenswertes Ereignis. Er ist die Tat eines kühnen Politikers ..." —

Nur die österreichischen, tschechischen und besonders die französischen Blätter nahmen den deutsch-polnischen Pakt mit Kühle und Zurückhaltung auf. Zwar erklärte Außenminister Paul-Boncour gegenüber Pressevertretern:

„Wie sollte ich über diesen Pakt nicht zufrieden sein; er regelt in sehr friedlicher Art die deutsch-polnischen Beziehungen und hält nicht nur die früheren Verbindungen zwischen uns und Polen aufrecht, sondern auch die aus dem polnisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag hervorgehenden Bindungen und die Verpflichtungen des Völkerbundspaktes. Der neue Pakt trägt damit zur Wiederkehr internationaler Zusammenarbeit bei, die an der Wurzel der französischen Politik liegt."

Aber diese Stellungnahme konnte doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die französische Diplomatie hier eine Schlappe erlitten hatte.

Oberst Beck über den deutsch-polnischen Pakt

In seiner großen außenpolitischen Rede vor der Außenkommission des Senats am 5. Februar erklärte Oberst Beck über den deutsch-polnischen Pakt unter anderem, es sei ein neues Friedensdokument geschaffen worden, das die Deklaration über die Nichtanwendung von Gewalt enthält. Dieses Dokument übersteige in seiner Bedeutung eine gewöhnliche Regelung gutnachbarlicher Beziehungen.

„Beide Seiten haben in dem Text des Dokuments zum Ausdruck gebracht, daß sie damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens leisten wollen,"

stellte Beck fest. Und dieser Feststellung können wir uns nur anschließen. —

Debatte im englischen Unterhaus über die Abrüstung

Die Debatte des englischen Unterhauses am 6. und 7. Februar stellt eine wichtige Etappe in der Entwicklung nicht nur der englischen, sondern der europäischen Politik des Jahres 1934 schlechthin dar. Im Kreuzfeuer der konservativen Radikalen, die Aufrüstung um jeden Preis forderten, und der englischen Linksparteien, die jede Aufrüstung ablehnten, gab Baldwin im Namen der Regierung die Erklärung ab:

„Sollten die Abrüstungsverhandlungen scheitern, so sieht es die britische Regierung als ihre Pflicht an, zu allererst an die Interessen des eigenen Landes zu denken, und zwar sofort."

Großbritannien sah also in seinem Memorandum vom 29. Januar den letzten Versuch einer dem Frieden dienenden internationalen Vereinbarung. Würde auch dieser Versuch mißglücken, so folgerte Baldwin weiter, dann würde es geradezu die Pflicht jedes Landes sein, soweit als möglich bis zu der für jede Nation vereinbarten Grenze zu rüsten — um „fit" zu sein. Soweit die nüchternen, logischen und erfreulich ehrlichen Feststellungen des englischen Politikers, die man in Deutschland nicht ohne Bitterkeit vernahm.

Innerpolitische Verwicklungen in Frankreich

Während die Blicke Europas auf Paris gerichtet waren, in Erwartung des erlösenden Wortes, das endlich das Eis des Mißtrauens durchbrechen sollte, war man dort mit ernsten innerpolitischen Verwicklungen beschäftigt. Das parlamentarische System schien am Ende, als Gaston Doumergue dem Ruf der Nation nochmals nachkam.

Barthou französischer Außenminister

Er brachte Louis Barthou als Außenminister mit. Dieser 71jährige Mann war zweifellos ein guter französischer Patriot, sicher aber war er auch der Mann, der mit seiner starrsinnigen und unzeitgemäßen Politik Frankreich und Europa den schlechtesten Dienst erwiesen hat. —

Französische Antwortnote an Deutschland

Die „Abrüstungs“-Note der französischen Regierung, die der deutschen Regierung am 14. Februar vom französischen Botschafter François Poncet in Berlin überreicht wurde, verriet deutlich den „neuen“ Geist, der am Quai d'Orsay an der Arbeit war. Es erübrigt sich, näher auf die Pariser Antwortnote einzugehen. Sie übergeht die englischen und italienischen Vorschläge mit Stillschweigen, läßt die präzisen deutschen Fragen unbeantwortet, erhebt die alten, längst widerlegten Vorwürfe gegen die SA und SS, bleibt mit Hartnäckigkeit bei der Kontrollfrage hängen und zieht sich schließlich völlig auf die Stellung vom 1. Januar (Aide mémoire) zurück. Von Abrüstung ist kaum mehr die Rede.

So stand es Mitte Februar mit der deutsch-französischen „Verständigung“. Einer der wenigen jungen Franzosen, die immer wieder helfen wollen, die Brücke zwischen den beiden großen Völkern zu schlagen, François de Brinon, stellt in seinem Buche über Deutschland und seinen Kanzler, einem Buche, das Brinon den Kameraden von 1914, die im Kriege gegen Deutschland fielen, gewidmet hat, die aufrüttelnde Frage: „Werden sich die jungen Männer Frankreichs und Deutschlands immer erst in den Gräbern versöhnen?“

Diese Frage ist eine bittere Anklage gegen die Verblendung jener französischen Politiker, die im neuen Deutschland immer noch den Friedensstörer erblicken. Sie sind der Hemmschuh! —

Der Neubau des Reiches

Während das Jahr 1934 bei seinem Anbruch eine außenpolitisch mit gegnerischen Spannungen und bedrohlichen Mißverständnissen geladene Atmosphäre in der Welt antraf, fand es in Deutschland ein willensmäßig geeintes Volk vor. Sinn und Ziel der Neubildung des Reiches — die Bildung einer wirklichen deutschen Nation — waren in jeder Maßnahme des durch die nationalsozialistische Revolution geschaffenen Staates zu erkennen. An Stelle der trennenden Parteien hatte der Führer die Einheit des Volkes gesetzt, an Stelle des Mißbrauchs der politischen Macht durch marxistische Klassen-

kampforganisationen und großkapitalistische Syndikate eine **wirkliche Führung**. Das Erlebnis des 30. Januar 1933 stand auch bestimmend über dem Weg des Jahres 1934. Das im Jahre 1933 in hartem Ringen Erkämpfte — Form und Inhalt — fand im neuen Jahre seine naturnotwendige und konsequente Weitergestaltung. Auf den 1933 erstmalig geschaffenen Grundlagen mußte weitergebaut werden — an dem gewaltigen Bau des Dritten Reiches. Während früher jeder Jahreswechsel in Deutschland ein mutloses Volk in immer trostloserer Lage vorfand — ohne Ziel und ohne Idee —, standen jetzt Aufgaben von beglückender Wucht und Größe vor der gesamten Nation.

Die Aufgabe des Jahres 1934

Den neuen Staat in Form und Inhalt zu festigen und seinem Geiste gemäß weiterzuentwickeln, war eine dieser großen Aufgaben. Und das Jahr 1934 brachte auf diesem Gebiete Gesetze und Maßnahmen, die im Hinblick auf die deutsche Zukunft von so entscheidender Bedeutung sind, daß es kaum faßlich erscheint, daß derart wesentliche geschichtliche Entwicklungen sich in so kurzen Zeiträumen abspielen konnten.

Wenn die Entwicklung in Deutschland auf diese Art und Weise so ungeheuer absticht von dem zerrissenen Bild, das die Deutschland umgebende Welt darbietet, so allerdings **auch** deshalb, weil man es in **Deutschland** nicht mehr zuläßt, daß zerstörende Elemente den geschlossenen Willen und Weg der Gemeinschaft sprengen, — weil man es in Deutschland nicht mehr als ein Gebot der „Freiheit" ansieht, Verbrecher ihre Freiheit mißbrauchen und die Freiheit anderer zerstören zu lassen, — weil man in Deutschland den Quertreibern das Handwerk gelegt und den Aposteln von Liberalismus, Marxismus, Bolschewismus, religiöser Verhetzung, Standesdünkel und Klassenkampf ihre volkszerstörende Tätigkeit unterbunden hat, — weil in Deutschland nicht mehr die Vertreter des Parlamentarismus, der Feigheit, Entschlußlosigkeit und Instinktlosigkeit regieren, sondern **der Führer!** —

Unnachsichtlich wurde Gemeinnutz über Eigennutz gestellt, die Liebe zum Volke über ein falsch verstandenes Mitleid mit Volksschädlingen. Mörder und Brandstifter, Landes- und Hochverräter konnten nicht mehr auf Begnadigung rechnen, und am 10. Januar büßte der bolschewistische Reichstagsbrandstifter **van der Lubbe** sein Verbrechen mit dem Tode durch das Fallbeil — gemäß dem Urteil des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 (siehe Band 1933, Seite 355).

Hinrichtung van der Lubbes

Wenn der nationalsozialistische Staat unnachsichtlich gegen Volksverhetzer, marxistische Drahtzieher und Verbrecher vorging, so machte er es sich auf der anderen Seite zur Aufgabe, die Verführten, die noch nicht aus ihrer Umnebelung erwacht waren, zur Nation zurückzuführen und sie zu gewinnen. Sogar manchen Emigranten gegenüber zeigte er

Erlaß über die Rückwanderung von Emigranten

Milde, wie z. B. durch einen Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Chef der Geheimen Staatspolizei vom 16. Januar bewiesen wurde. Der Erlaß befaßte sich mit der Rückwanderung von Emigranten, mit der insofern zu rechnen war, als sich das nationalsozialistische Deutschland als dauerhafter erwiesen hatte als die Emigranten-Lügen es hatten wahrhaben wollen, — und als anderseits die „Gastländer" die Emigranten bereits als sehr lästig empfanden und anfingen, ihnen die Arbeitsmärkte zu sperren. — Der genannte Erlaß wandte sich allerdings mit Entschiedenheit gegen die marxistischen Zersetzer und Greuelpropagandisten und bezeichnete eine Rückwanderung der zahlreichen kriminellen Elemente, Staatenlosen, Ostjuden usw. als höchst unerwünscht. Dagegen stellte er fest, daß gegen eine Rückwanderung von solchen nichts einzuwenden sei, die durch die Greuelpropaganda eingeschüchtert über die Grenze gegangen seien, ihr Unrecht eingesehen und vor ihrer Rückkehr gegen diese infame Greuelhetze Stellung genommen hätten. Der nationalsozialistische Staat habe so vollkommen gesiegt, daß er solchen Volksgenossen vergeben könne.

Anordnung an die Landeslogen in Preußen

Zur gleichen Zeit erging eine Anordnung Görings an die Landeslogen in Preußen (Große Nationale Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln" — Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland, Deutschchristlicher Orden — Große Loge von Preußen, genannt „Zur Freundschaft"), die eine Satzungsänderung hinsichtlich der einzelnen Logen befahl. (Auflösung kann durch Beschluß der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgen; die Mitgliederversammlung ist auf Anforderung eines Mitgliedes einzuberufen.) Die Anordnung sollte dazu beitragen, das Verschwinden des ebenso schädlichen wie überflüssigen Freimaurertums in Deutschland zu beschleunigen und ging in ihrer Begründung von der treffenden Ueberzeugung aus, daß

> „bei der jetzigen, durch die nationalsozialistische Bewegung geschaffenen Einheit des deutschen Volkes jedenfalls keinerlei Bedürfnis mehr für die Erhaltung dieser Logen und für die besondere Förderung, die ihnen bisher von Staats wegen zuteil geworden ist, anerkannt werden kann."

Monarchistische Propaganda

Autorität und Totalität des nationalsozialistischen Staates lassen es nicht zu, nicht mit seinem Geist in Einklang stehende politische Tendenzen organisatorisch zu dulden und damit die unter so großen Opfern erkämpfte Einheit der Nation zu gefährden. Als solche unverantwortliche Gefährdung der Einheit mußte es auch angesehen werden, wenn reaktionäre Kreise glaubten, nun im Schutze des Dritten Reiches monarchistische Propaganda treiben zu können. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß es schon charakter-

lich mehr als unerfreulich wirkte, wenn Elemente sich jetzt für die Monarchie einzusetzen bemühten, die am 9. November 1918 zu feige gewesen waren, sich der roten Flut entgegenzustellen, und die nun versuchten, den vierzehnjährigen heroischen Kampf des Nationalsozialismus für sich auszunutzen und auf den Leibern von Hunderten gefallener Nationalsozialisten (die sich für den nationalen Sozialismus geopfert hatten) eine Monarchie zu errichten. Die Schuld derer, die seit dem 9. November 1918 Deutschland ins Elend führten, ist — historisch gesehen — nicht wesentlich größer als die Schuld derer, die schwach und energielos genug waren, ihnen das Feld zu überlassen. Und jene, die am 30. Januar 1933 schmählich die Flucht ergriffen und außer Landes gingen, haben nicht weniger versagt und abgewirtschaftet als die anderen, die bereits am 9. November 1918 sich selbst erledigten. —

Gegenüber solchen monarchistischen Quertreibereien reaktionärer Kreise erklärte daher auch der Reichsminister des Innern Dr. Frick sehr deutlich, daß die Frage der „Staatsform" in keiner Weise aktuell sei, daß „Republik" und „Monarchie" lediglich staatsrechtliche Begriffe seien und daß in Wirklichkeit der Inhalt entscheide. Diesen Inhalt bestimme allein der Führer!

Auflösung der monarchistischen Organisationen

Und als reaktionäre Elemente gar die geschichtswidrige Geschmacklosigkeit besaßen, um die Zeit des 27. Januar eine neue monarchistische Agitation zu versuchen, sah sich Ministerpräsident Göring genötigt, am 30. Januar beim Reichsminister des Innern die Auflösung sämtlicher monarchistischer Organisationen und Verbände zu beantragen. Pg. Göring erklärte dazu unter anderem:

> „So wie ich in Preußen den Kommunismus niedergeschlagen habe, will ich mit gleicher Rücksichtslosigkeit und gleicher Härte auch mit anderen, mit der nationalsozialistischen Staatsführung unzufriedenen Elementen aufräumen, auch wenn sie sich nationalsozialistisch verbrämt haben. Der neue Staat kennt keinen Streit der Staatsformen. Monarchie und Republik liegen beide fern. Beide haben versagt. Die einen haben die Aufrichtung des neuen Staates zu verhindern getrachtet, die anderen haben nichts zu seiner Förderung getan. Die Achtung vor den Verdiensten großer preußischer Könige bleibt dadurch unberührt."

In der Tat wurde das ehrenvolle Andenken großer Fürsten der Vergangenheit wie des Großen Friedrich und seines Vaters durch niemand mehr geschädigt als durch solche lächerlichen monarchistischen Splittervereine, die in ihrem Standesdünkel, ihrer Instinktlosigkeit und ihrem Mangel an völkischem Gemeinschaftsgeist das Gegenteil dieser großen Vorbilder darstellten.

Am 2. Februar richtete der Reichsminister des Innern an sämtliche Landesregierungen das Ersuchen um sofortige Auflösung und

Verbot sämtlicher monarchistischen Verbände. Damit wurden diese Organisationen, die sowohl dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 (siehe Band 1933, Seite 202) als auch dem Geist des nationalsozialistischen Staates widersprachen, beseitigt.

Regierungserklärung des Führers — Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution

„Was gewesen, wird niemals wiederkommen!", sagte der Führer in seiner einzigartigen Regierungserklärung am 30. Januar, dem Jahrestage der nationalsozialistischen Revolution. Und für uns Nationalsozialisten gibt es weder Monarchie noch Republik, sondern nur eins: Die Treue zu Adolf Hitler, dem größten Führer der Deutschen!

Die Worte, die Adolf Hitler am 30. Januar 1934 zum deutschen Reichstag sprach, sind derart umfassend und grundlegend, daß keine sonstigen innen- oder außenpolitischen, wirtschafts-, sozial- oder kulturpolitischen Ausführungen dies alles in derart erschütternder Klarheit zu sagen vermöchten. Diese Regierungserklärung des Führers hatte folgenden Wortlaut:

„Abgeordnete!

Männer des Deutschen Reichstages!

Wenn wir heute rückblickend das Jahr 1933 das Jahr der nationalsozialistischen Revolution nennen, dann wird dereinst eine objektive Beurteilung seiner Ereignisse und Vorgänge diese Bezeichnung als gerechtfertigt in die Geschichte unseres Volkes übernehmen. Es wird dabei nicht als entscheidend angesehen werden die maßvolle Form, in der sich diese Umwälzung äußerlich vollzog, als vielmehr die innere Größe der Wandlung, die dieses Jahr dem deutschen Volke auf allen Gebieten und in allen Richtungen seines Lebens gebracht hat. In knappen zwölf Monaten wurde eine Welt von Auffassungen und Einrichtungen beseitigt und eine andere an ihre Stelle gesetzt. Was sich in dieser kurzen Spanne Zeit vor unser aller Augen vollzog, war noch am Vorabend des denkwürdigen 30. Januar 1933 von der sicher überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und insbesondere den Trägern, Wortführern und Repräsentanten des früheren Zustandes als phantastische Utopie angesehen und bezeichnet worden.

Ein so wunderbares geschichtliches Ereignis wäre aber auch wirklich undenkbar, wenn es den Befehl zu seinem Geschehen nur dem Einfall irgendeines launischen Menschengeistes oder gar dem Spiel des Zufalls zu verdanken gehabt hätte. Nein.

Die Voraussetzungen für diesen Vorgang haben sich aus der Entwicklung langer Jahre zwangsläufig gebildet und ergeben. Eine furchtbare Not schrie um Abhilfe. So, daß die Stunde nur des Willens harrte, der bereit war, den geschichtlichen Auftrag zu vollstrecken.

Es verstärkt die Kraft dieser Behauptung die Tatsache, daß seit Jahrzehnten ähnliche Spannungen fast die ganze Welt erfüllten und sich in ununterbrochenen, bald aufflackernden, bald aufbrausenden Feuern und Stürmen entladen, nach Lösungen suchend, die den Bedingtheiten der einzelnen Völker entsprechend und passend sind. Auch die Periode der äußerlichen bürgerlichen Wohlfahrt, die seit dem Ausklingen der Fanfaren der revolutionären Marseillaise bis zum Beginn unseres Jahr-

hunderts der Welt den Stempel einer scheinbar zufriedenen Sattheit aufzuprägen schien, war erfüllt von dauernden Anzeichen einer inneren nervösen Unsicherheit, eines unruhigen Suchens nach befriedigenderen Fundierungen des inneren Lebens der Völker. Denn was früher die Menschheit durch viele Jahrhunderte lang an revolutionären Vorgängen kannte, war, abgesehen von den Auseinandersetzungen religiöser Art, nur das wechselvolle Spiel des Ringens der Kräfte um die äußere Macht: Der Kampf um die Führung innerhalb der Staaten oder höchstens um die Erweiterung ihrer Herrschaft nach außen. Seit aber die religiösen Kämpfe, wohl infolge des Versiegens einer wahrhaft lebendigen vorwärtsdrängenden Kraft der Konfessionen, ihre aufwühlende und alles in den Bann schlagende faszinierende Gewalt verloren hatten, begann das Suchen nach anderen zeitgemäßen, die Menschheit weltanschaulich erfüllenden Erkenntnissen und Ideen.

Und während noch die bürgerliche Welt von der Wirtschaft als der alleinigen Herrin und Regentin aller Lebensvorgänge träumte und in ihr die ausschließliche Wurzel jeglichen irdischen Glückes sah, suchte der im Tiefsten davon nicht mehr befriedigte Mensch nach einer besseren Sinngebung seines Lebens und begann so das Zeitalter höchster bürgerlicher Wohlfahrt und Behaglichkeit mit heftigsten weltanschaulichen Kämpfen zu erfüllen.

Die Inkonsequenz des wirtschaftlichen und politischen Ideals der bürgerlichen Demokratie rief zwangsläufig die konsequente marxistische Theorie auf das Spielfeld dieser Kräfte. So kam es, daß, während noch die Völker von den materiellen Früchten des bürgerlichen und liberalen Individualismus zehrten, die Apostel der neuen Lehre politisch die Gleichheit aller Werte predigten. Die parlamentarische Demokratie mußte aber auf die Dauer zwangsläufig in Todfeindschaft zum Persönlichkeitswert auch auf dem reinen Wirtschaftsgebiet geraten.

Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, wann endlich die rücksichtslos vorstoßende Lehre der marxistischen Gleichheitsidee die letzten bürgerlichen Bollwerke der Politik vor der Wirtschaft überrannt haben würde, um dann der politischen und ökonomischen Ideologie des bürgerlichen Zeitalters endgültig den Garaus zu machen. Auch ohne den Weltkrieg wäre diese Entwicklung eingetreten. Er hat aber ohne Zweifel den Ablauf der Ereignisse wesentlich beschleunigt.

Die Berücksichtigung zweier Erscheinungen ist wichtig für das Verständnis der Vorgänge dieses Jahres in Deutschland.

Erstens untergräbt der furchtbare Krieg die Festigkeit der Autorität der Führung des damaligen Reiches und führt endlich, indem er diese beseitigt, nicht nur zum Zusammenbruch nach innen, sondern auch nach außen. Aktiver Träger dieser Entwicklung ist der Marxismus, passiv mitverantwortlich dafür die bürgerliche Demokratie.

Zweitens vernichtet das Diktat von Versailles die Unabhängigkeit und Freiheit des Reiches nach außen durch die Auflösung und Zerstörung jeder Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit. Das Ergebnis ist jene endlose Folge politischer und wirtschaftlicher Erpressungen, die mithelfen an der Entwicklung der chaotischen Zustände in Deutschland.

Daraus ergab sich folgende Lage:

Innenpolitisch: Die Novemberrevolution des Jahres 1918 fegte mit einem Schlage die sogenannte Staatsautorität des bürgerlich-legitimistischen Kompromisses hinweg.

Die beispiellos klägliche Kapitulation der verantwortlichen Staatsträger vor dem international-marxistischen Deserteur-Putsch erschütterte das Volk in seiner bis dorthin sicher in mehr als 90 v. H. gegebenen Anhänglichkeit sowohl

an die alte Staatsform als auch an deren repräsentative Vertreter. Nachdem sich die Nation ob des ungeheuerlichen Vorgangs gefaßt hatte, begann sie, die von jeher zum Gehorsam in irgendeiner Form erzogen worden war, sich den neuen Gewalthabern gegenüber wenigstens zu passiver Duldung verpflichtet zu fühlen.

Die zahlenmäßige und sachlich gegebene Schwäche des neuen Regiments führte zu jener einzigartigen Verbindung zwischen marxistischen Theoretikern und kapitalistischen Praktikern, die zwangsläufig in der Folge sowohl dem politischen als auch dem wirtschaftlichen Leben die wesenseigenen Charakterzüge dieser selten korrupten Mesalliance aufprägen mußte.

Ueber das Zentrum hinweg verbindet sich die mehr oder weniger national verbrämte bürgerliche Demokratie mit dem unverhüllten marxistischen Internationalismus und zeugt nun jene parlamentarischen Regierungen, die in immer kürzeren Zeiträumen einander ablösend das ersparte wirtschaftliche und politische Kapital der Nation verkaufen und verprassen. Vierzehn Jahre lang erleidet Deutschland damit einen Verfall, der geschichtlich seinesgleichen sucht.

Es setzt eine Umkehrung aller Begriffe ein. Was gut war, wird nun schlecht und was schlecht war, gut. Der Held wird verachtet und der Feigling geehrt. Der Redliche bestraft und der Faule belohnt. Der Anständige hat nur noch Spott zu erwarten, der Verkommene aber wird gepriesen. Die Stärke verfällt der Verurteilung, die Schwäche dafür der Verherrlichung. Der Wert an sich gilt nichts. An seine Stelle tritt die Zahl, d. h. der Minder- und Unwert. Die geschichtliche Vergangenheit wird genau so infam besudelt wie die geschichtliche Zukunft unbekümmert abgeleugnet.

Der Glaube an die Nation und an ihr Recht wird mit schamloser Dreistigkeit angegriffen, lächerlich oder schlecht gemacht. An die Stelle der Liebe zum Schönen tritt ein bewußter Kult des Minderwertigen und Häßlichen. Alles Gesunde hört auf, Leitstern für das menschliche Streben zu sein, und die Mißgeburt, das Kranke und Verkommene tritt in den Mittelpunkt einer sogenannten neuen Kultur.

Alle tragenden Pfeiler der Existenz des Volkes werden unterminiert und zum Einsturz gebracht. Und während die Millionenmasse mittlerer und bäuerlicher Existenzen dem bewußt geförderten Ruin verfällt, hilft ein gutmütig-dumm geworbenes Bürgertum in eifrigen politischen Handlanger-Diensten mit, den allerletzten Einsturz vorzubereiten. Denn wer kann ernstlich glauben, daß eine Nation im Zustand eines solchen Verfalls ewig zu halten sei, ohne daß sich eines Tages die äußersten und allerletzten Konsequenzen ergeben? Nein! Dies muß zum kommunistischen Chaos führen!

Denn in eben dem Maße, in dem sich die Führung der Nation bewußt von allen Erkenntnissen und Gesetzen der Vernunft entfernte und statt dessen dem marxistischen Wahnsinn verschrieb, mußte die Gemeinschaft des Volkes eine sich fortgesetzt steigernde Auflockerung erfahren. Die positiven Kräfte der Erhaltung begannen nachzulassen und auseinanderzufallen und nur die negativen Kräfte der Zerstörung verschmolzen zu einer furchtbaren Einheit in ihrem allgemeinen Angriff gegen die letzten Rechte des Bestehenden.

Die Atomisierung des politischen und kulturellen Lebens, der sich immer schneller vollziehende Verfall des organischen Aufbaues der Nation, die Lähmung ihrer Funktionen führte zu einer Erschütterung des Vertrauens in die Berufung und damit in die Autorität derer, die es unternahmen, das Volk führen zu wollen. Aus dem allge-

meinen Verfall aller Grundauffassungen über die wesentlichsten Bedingungen unseres nationalen und gesellschaftlichen Gemeinschaftsvertrages ergab sich ein Sinken des Vertrauens und damit aber auch zwangsläufig des Glaubens an eine noch mögliche bessere Zukunft. Unter diesen Umständen aber mußte dem politischen und kulturellen Verfall zwangsläufig der wirtschaftliche Zusammenbruch folgen. Es ist ein einzigartiges und ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zuzuschreibendes Verdienst, wenn dieser wirtschaftliche Verfall mit seiner grauenhaften Verelendung der Massen nicht fortzeugend ein weiterer Antrieb für die Beschleunigung der politischen Katastrophe wurde, sondern vielmehr zu einer Sammlung der bewußten Kämpfer für eine neue aufbauende und damit wahrhaft positive Weltanschauung führte.

Seit dem Jahre 1930 konnte es daher nur mehr ein Entweder-Oder geben: Entweder der Sieg fiel in logischer Fortsetzung der angebahnten Entwicklung dem Kommunismus zu, mit all den nicht für Deutschland, sondern für die ganze Welt eintretenden unabsehbaren Folgen, oder es gelang dem Nationalsozialismus noch in letzter Stunde, seinen internationalen Gegner zu bezwingen.

Es bewies nur die Verständnislosigkeit der bürgerlichen Welt für das Wesen dieses Kampfes, der gebieterisch nach einer klaren Entscheidung drängt, daß sie noch bis vor zwölf Monaten in Deutschland ernstlich glaubte, aus diesem vom äußersten Vernichtungswillen erfüllten Ringen zweier Weltanschauungen miteinauder, am Ende selbst als stiller Neutraler siegreich hervorgehen zu können.

Die Anforderungen, die dieser Kampf an unsere Bewegung stellte, waren gewaltige. Es gehörte ebensoviel stolzer Mut dazu, den Hohn und Spott zu ertragen, wie Heroismus und Tapferkeit, sich der täglichen Verleumdungen und Angriffe zu erwehren. Zehntausende nationalsozialistischer Kämpfer sind in dieser Zeit verwundet und viele getötet worden. Zahlreiche wanderten in die Gefängnisse, Hunderttausende mußten ihren Arbeitsplatz verlassen oder verloren sonst ihre Existenz. Aus diesen Kämpfen aber erwuchs die unerschütterliche Garde der nationalsozialistischen Revolution, die Millionenschar der Politischen Organisation der Partei, die SA und SS der Partei.

Ihnen allein verdankt das deutsche Volk seine Befreiung aus einem Wahnsinn, der, wäre ihm der Sieg zugefallen, nicht nur 7 Millionen in der Erwerbslosigkeit erhalten, soudern bald 30 Millionen dem Verhungern ausgeliefert hätte.

Außenpolitisch: Als das deutsche Volk im November 1918 ergriffen und befangen von den ihm gegebenen Zusicherungen des Präsidenten Wilson im Vertrag von Compiègne die Waffen senkte, lebte es genau so wie heute noch in der inneren, durch nichts zu erschütternden Ueberzeugung, daß es am Ausbruch dieses Krieges schuldlos war. Auch die schwachen Menschen gegen ihr eigenes besseres Wissen abgepreßte Unterschrift zu einem behaupteten deutschen Schuldbekenntnis ändert nichts an dieser Tatsache. Daher gab sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes damals dem festen Glauben hin, daß seine Waffenstreckung nicht nur das Ende dieses Krieges, sondern die Verhütung jeder ähnlichen Not für alle menschlich absehbare Zukunft bedeute.

Würde dieses eine Mal nicht der Haß die Vernunft betäubt haben, so hätte das zurückliegende grauenhafte Erleben für alle eine heilsame Lehre sein müssen, in der Zukunft durch eine bessere gemeinsame Zu-

sammenarbeit eine Wiederholung von Aehnlichem zu verhüten. Und dann allein wären am Ende die ungemessenen Opfer dieses furchtbarsten Krieges aller Zeiten wenigstens für spätere Geschlechter noch von Segen gewesen.

Der Friedensvertrag von Versailles hat diese Hoffnungen gründlich und brutal zerstört.

Durch seinen Versuch, das sich am Ende des Krieges ergebende Kräftebild für alle Zukunft als Basis der Rechtsordnung im Völkerleben festzulegen, verewigte er den Haß auf der einen und die grimmige Verbitterung auf der anderen Seite. Unter Ablehnung der bisherigen menschlichen Erfahrungen und der Einwände wahrhaft weiser Warner glaubte man der Zukunft besser zu dienen, indem man sie mit den Flüchen der Vergangenheit belastete. Nur dadurch wird es verständlich, daß nach dieser härtesten Lehre des Menschengeschlechtes dank einem solchen Friedenswerk kein wahrhafter Friede, sondern nur erhöhter Unfriede kommen konnte.

Die wahnwitzigen politischen und wirtschaftlichen Lasten dieses Vertrages haben das Vertrauen des deutschen Volkes in jede instanzielle Gerechtigkeit dieser Welt gründlich zerstört.

Bei vielen Millionen Menschen wurden aber dadurch zwangsläufig Gefühle des Hasses gegen eine Weltordnung geschürt, in der die dauernde Diffamierung und Diskriminierung eines großen Volkes einfach deshalb möglich sein soll, weil es einmal das Unglück hatte, in einem ihm aufgezwungenen Krieg nach heroischem Widerstand zu unterliegen.

Ohne weiteres erkannten die Drahtzieher der kommunistischen Revolution die unerhörten Möglichkeiten, die sich aus diesem Vertrag und seinen praktischen Auswirkungen für die Revolutionierung des deutschen Volkes ergaben. Indem die kommunistische Partei den Kampf gegen Versailles auf die eigenen Fahnen schrieb, gelang es ihr, Menschen zu mobilisieren, die in ihrer letzten Verzweiflung allein im Chaos einen Ausweg finden zu können glaubten. Die Welt aber schien nicht zu bemerken, daß, während sie verblendet auf der buchstabenmäßigen Erfüllung unbegreiflicher, ja, geradezu toller Unmöglichkeiten bestand, sich in Deutschland eine Entwicklung vollzog, die als Auftakt zur kommunistischen Weltrevolution den sogenannten Siegermächten in kurzer Zeit an Stelle eines nutzbringenden Vertrags-Sklaven einen pestkranken Bazillenträger vorstellen mußte.

So hat die nationalsozialistische Bewegung nicht nur gegenüber dem deutschen Volk, sondern auch gegenüber der europäischen und außereuropäischen Umwelt sich ein Verdienst erworben, indem sie durch ihren Sieg eine Entwicklung verhinderte, die den letzten Hoffnungen auf eine Heilung der Leiden unserer Zeit ansonsten endgültig den Todesstoß gegeben haben würde.

Angesichts dieser Tatsache eines drohenden völligen Zusammenbruchs ergaben sich von selbst Aufgaben von einer wahrhaft geschichtlichen Größe. Nicht einer der obligaten Regierungswechsel konnte die Nation vor dem Abgrund zurückreißen, sondern nur mehr eine innere Reformation größten Ausmaßes und tiefster Eindringlichkeit. Nicht äußerliche politische und wirtschaftliche, sondern weit darüber liegende seelische und völkische Aufgaben waren zu lösen.

Der vom Zerfall bedrohte Volkskörper mußte durch einen neuen Gesellschaftsvertrag die Voraussetzung zur Bildung einer neuen Gemeinschaft erhalten. Die Grundthesen dieses Vertrages aber konnten nur

gefunden werden in jenen ewigen Gesetzen, die dem aufbauenden Leben zugrunde liegen.

In klarer Eindringlichkeit mußte man über alles Nebensächliche die Bedeutung der volklichen Substanz an sich und ihrer Erhaltung stellen.

Es war dabei klar, daß im Wesen dieser Substanz die besonderen, für uns zutreffenden Bedingungen liegen, die ihrer Erhaltung nützlich und förderlich sind oder umgekehrt schädlich.

Der Wille der Erhaltung dieser Substanz aber muß jenen geeigneten Ausdruck finden, der als Volkswille sichtbar und lebendig in Erscheinung tritt und praktisch auch wirksam wird. Der Begriff der Demokratie erfährt damit eine eingehende Prüfung und Klärung. Denn die neue Staatsführung ist ja nur besserer Ausdruck des Volkswillens gegenüber dem der überlebten parlamentarischen Demokratie.

Der neue Staat selbst kann aber dann keine andere Aufgabe kennen, als die sinngemäße Erfüllung der zur Forterhaltung des Volkes notwendigen Bedingungen. Indem er sie aus allen rein formalen republikanischen, legitimistischen oder demokratischen Vorstellungen löst, wird seine Regierung ebensosehr Volksführung sein, wie die aus den inneren völkischen Bedingungen erwachsene Führung des Volkes Regierung des Staates ist. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben sind damit nur von einem Standpunkt aus zu sehen, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu behandeln und zu lösen. Dann wird dieser völkische Gedanke nicht nur zur Ueberbrückung aller bisherigen Klassengegensätze führen, die gegenüber den ewigen rassischen Grundlagen nicht nur dauernd veränderlich, sondern belanglos, weil vergänglich sind, sondern auch zu einer grundsätzlichen Klärung der Einstellung zu den außenpolitischen Problemen....

Das deutsche Volk hat eine Millionenzahl bester Menschen ohne Arbeit, die arbeiten wollen.

Es hat eine Millionenmasse von Menschen hoher geistiger und manueller Fähigkeit und Fertigkeit.

Es hat weiter in der Millionenmasse seiner Menschen den Wunsch nach höheren Lebens- und Kulturgütern.

Und es hat endlich in seinem Boden die Möglichkeit einer Steigerung der Produktion seiner Nahrungsmittel und in seinen Bodenschätzen die Möglichkeit der Steigerung seiner Gütererzeugung.

Es ist also ein Problem der Einsicht, des Willens und der Entschlossenheit, diesen Schrei nach Gütern und die Möglichkeit ihrer Produktion miteinander in Uebereinstimmung zu bringen.

Wenn die Autorität eines Regiments und das Vertrauen eines ganzen Volkes sich zu einem entschlossenen Handeln gemeinsam verbinden, werden sie auch dieses schwerste Problem lösen können, weil sie es lösen müssen.

Und wir sind entschlossen, vor der Lösung dieser Aufgabe nicht zurückzuweichen, sondern sie anzufassen.

Als am 30. Januar vor einem Jahr unser Generalfeldmarschall, der hochehrwürdige Herr Reichspräsident, mich durch einen nach all dem Vorhergegangenen wahrhaft großherzigen Entschluß mit der Bildung und Führung der deutschen Reichsregierung betraute, erfolgte die Belastung der nationalsozialistischen Partei mit einer Verantwortung, die um so größer war, als ihre sichtbare Beteiligung und damit ihr Einfluß zunächst nicht der Größe des Umfangs der Verantwortung zu entsprechen schienen. Mit nur zwei Ministern trat ich damals in einem mir persönlich und der Bewegung zunächst fremd gegenüberstehenden Kabinett vor die Nation mit dem Versprechen, die uns von der Geschichte

und der Vorsehung gestellten Aufgaben in Angriff zu nehmen und nach großen Gesichtspunkten zur Lösung zu bringen.

Ich habe mich in dieser Stunde nur als Vertreter und Kämpfer meines Volkes gefühlt. Ich war überzeugt, daß, wenn auch das Verständnis für den inneren Sinn der Mission unserer Bewegung in diesem Augenblick noch bei Unzähligen fehlen mußte, unser tatsächliches Handeln in kurzer Zeit die intuitive Zustimmung der Nation finden würde. So habe ich seit dieser geschichtlichen Stunde in keinem Augenblick den mir gewordenen Auftrag anders aufgefaßt, denn als einen Auftrag des gesamten deutschen Volkes, auch wenn bewußt oder unbewußt Millionen Menschen sich damals über diese Tatsache nicht klar geworden waren oder sie nicht wahr haben wollten.

Ich habe daher auch niemals in der rein äußeren Macht einen irgendwie möglichen Ersatz für das Vertrauen der Nation gesehen, sondern mich redlich bemüht, die in der Macht liegende Autorität in die Stärke des Vertrauens zu verwandeln. Ich darf daher mit Stolz bekennen, daß so wie die nationalsozialistische Partei ausschließlich ihre Wurzeln im Volke hatte, wir auch als Regierung niemals anders dachten als im Volk, mit dem Volk und für das Volk.

Und nur aus dieser tiefinneren Verbundenheit mit dem deutschen Volk erwuchs uns die Kraft, die Erscheinungen zu bekämpfen und zu beseitigen, in denen wir nicht nur äußere Belastungen, sondern auf die Dauer die endgültige Vernichtung unseres Volkes erblicken mußten.

Wenn ich in 14 langen Jahren des Kampfes um die Macht immer wieder die kompromißlose Vernichtung der bürgerlichen und marxistischen Parteienwelt als Voraussetzung für den deutschen Wiederaufstieg proklamiert hatte, dann erschien diese Zielsetzung nicht nur der großen Mehrheit meiner politischen Gegner als die Ausgeburt eines wahnsinnigen Phantasten, als Torheit!

Männer des Deutschen Reichstages!

Ueber 70 Jahre lang haben diese Parteien am deutschen Volkskörper gelebt, und wenn sie auch im einzelnen Veränderungen unterworfen waren, im wesentlichen schienen sie unsterblich zu sein. Ja, ihre Bedeutung wuchs dauernd! Seit dem Jahre 1918 baute sich das Verfassungsleben der Nation auf ihnen auf und proklamierte sie — die Fermente der staatlichen Dekomposition — zu Bausteinen des staatlichen Lebens. Siebzig Jahre lang haben sie ihre Bedeutung im Staate steigend gehoben und endlich die Macht als das ausschließliche Objekt ihres Wollens und ihrer Interessen untereinander ein- und ausgetauscht. Sie haben die deutsche Gesetzgebung in ihrem Sinne beherrscht. Dieser Sinn aber hat das Reich zum Büttel ihrer Interessen erniedrigt. Und mochte dieses Reich auch einen Krieg verlieren, die Parteien wurden davon kaum bewegt. Und mochte das deutsche Volk um seine Freiheit kommen, die Parteien pochten nur verstärkt auf ihre Rechte. Und als das deutsche Volk endlich dem trostlosen Elend, ja, der Vernichtung entgegenging, erhoben sich die Parteien noch mehr als vordem erst recht zu einer wahren Tyrannis des öffentlichen Lebens.

Nun, meine Männer des Deutschen Reichstags! In einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gestürzt. Nicht nur ihre Macht gebrochen, nein, wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk. Sie alle, die als Trabanten um die Zweite und um die Dritte Internationale kreisten, die den bürgerlichen Mittelstand, die Interessen des Katholizismus, die Aufgaben eines evangelischen Sozialismus, die Ziele der Finanzokratie vertraten, bis

zur jämmerlichen Repräsentanz unseres wurzellosen Intellektualismus, sie alle sind weg.

Siegreich hat sich in diesem Jahr über den Trümmern dieser versunkenen Welt erhoben die Kraft des Lebens unseres Volkes.

Was bedeuten alle gesetzgeberischen Maßnahmen von Jahrzehnten gegenüber der Gewalt dieser einzigen Tatsache?

Man hat früher neue Regierungen gebildet, seit einem Jahr aber schmieden wir an einem neuen Volk!

Und so wie wir die Erscheinungen der politischen Zersetzung unseres Volkes überwunden haben, nahmen wir schon in diesem Jahr den Kampf auf gegen die Erscheinungen des wirtschaftlichen Zerfalles.

Als ich am 24. März an die Parteiorganisationen den Befehl gab, am 2. Mai, am Tage nach der Feier der nationalen Arbeit, die Häuser der Gewerkschaften zu besetzen und diese Hochburgen des internationalen Klassenwahnes zu Bollwerken der nationalen Arbeit umzuwandeln, geschah es nicht, um dem deutschen Arbeiter eine für ihn wertvolle Einrichtung zu rauben, sondern um dem ganzen deutschen Volk den Weg zu einem Arbeitsfrieden zu ebnen, der in der Zukunft allen zugute kommen wird.

Denn gleichlaufend mit diesem Schritt schlugen wir auch der anderen Seite die Waffe des wirtschaftlichen Klassenkampfes aus den Händen.

In einer einjährigen, im großen abgeschlossenen Gesetzgebung haben wir nunmehr endgültig die Grundzüge eines Zustandes niedergelegt, indem an Stelle des Faustrechtes des wirtschaftlich Stärkeren die höheren Interessen der Gemeinschaft aller schaffenden Menschen ausschlaggebend treten werden.

Denn wir sind uns darüber klar, daß die gigantischen Aufgaben, die uns nicht nur die wirtschaftliche Not der Gegenwart, sondern auch der prüfende Blick in die Zukunft zeigt, nur dann gelöst werden können, wenn über dem egoistischen Sinn des einzelnen der Sprecher der Interessen aller das Wort hat und sein Wille als letzte Entscheidung gilt.

In klarer Voraussehung dieser einzigartigen Entwicklung haben wir Nationalsozialisten in langer Arbeit auch auf diesem Gebiet in unserer Betriebszelleneinrichtung die organisatorische Voraussetzung geschaffen, um die Armeen der deutschen Arbeiterschaft nicht durch die Zerschlagung des Alten in ein führerloses, desorganisiertes Durcheinander zerfallen zu lassen, sondern geschlossen mit fester Hand hineinzuführen in die Welt der neuen Tatsachen.

Und wir sind dabei überzeugt, daß dieses gewaltige Werk der Ueberwindung der politischen und wirtschaftlichen Klassen-Organisationen keineswegs seinen inneren Abschluß gefunden hat, sondern als lebendige Aufgabe uns in den künftigen Jahren genau so erfüllen wird wie in den zwölf Monaten hinter uns. Nur etwas ist unabänderliche Tatsache:

Was gewesen, wird niemals wiederkommen!

Nicht weniger einschneidend ist die **Auseinandersetzung des neuen Staates mit den beiden christlichen Konfessionen.**

Erfüllt von dem Wunsch, die in den beiden christlichen Konfessionen verankerten großen religiösen, moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern, haben wir die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen Institutionen aber gestärkt. Denn ein Vertrag mit dem nationalsozialistischen kraftvollen Staat ist für eine Kirche wertvoller, als der Kampf konfessioneller politischer Verbände, die in ihrer koalitions-bedingten Kompromißpolitik personelle Vorteile für Parteianhänger stets erkaufen müssen mit der ideellen Preisgabe einer wirklich religiösen Erziehung und Festigung des Volkes.

Wir alle leben aber in der Erwartung, daß der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirche und Bekenntnisse zu einer deutschen evangelischen Reichskirche dem Sehnen jener eine wirkliche Befriedigung geben möge, die in der Zerfahrenheit des evangelischen Lebens eine Schwächung der Kraft des evangelischen Glaubens an sich befürchten zu müssen glaubten.

Indem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der Stärke der christlichen Bekenntnisse seine Achtung erwiesen hat, erwartet er dieselbe Achtung der Bekenntnisse vor der Stärke des nationalsozialistischen Staates!

Das geschichtliche Werk der Zusammenführung von Bauern, Arbeitern und Bürgern in eine Volksgemeinschaft würde sinnlos sein, wenn das Wollen dieser Gemeinschaft seine Befehle und Aufträge erhielte von politischen Erscheinungen anderer Herkunft, anderen Wesens und vergangener Zeiten. Es war die Stärke der nationalsozialistischen Partei, daß sie auch in ihrer eigenen inneren Gliederung niemals die Wurzel ihrer Existenz vergessen hat. Nicht für einzelne Länder und einzelne Stämme wurde sie einst gegründet, sondern für die deutsche Nation und für das deutsche Volk.

Sie hat daher von allem Anfang für ihren Aufbau nur die Bedingungen anerkannt, die sich, sachlich gesehen, aus den Lebenserfordernissen des deutschen Volkes ableiten. Sie kann daher heute unter keinen Umständen vergangene dynastische Interessen und die Ergebnisse der Politik dieser Interessen als für alle Zukunft zu respektierende Verpflichtungen des deutschen Volkes und seiner Organisation des staatlichen Lebens anerkennen.

Die deutschen Stämme sind gottgewollte Bausteine unseres Volkes. Sie sind ein Teil seiner Substanz und werden daher bleiben, solange es ein deutsches Volk gibt.

Die politischen Gebilde der Einzelstaaten aber sind Ergebnisse eines zum Teil wohl guten, zum Teil aber auch sehr schlechten Handelns von Menschen vergangener Zeiten. Sie sind Menschenwerk und daher vergänglich. So wie es keinen Zustand auf dieser Welt geben wird, der nicht neben schlechten Eigenschaften wohl auch gute aufzuweisen hat, so wird es auch hier ohne weiteres möglich sein, selbst in den Geschichtsbüchern schlechter dynastischer Hauspolitik verdienstvolle Seiten aufzustöbern. Allein entscheidend ist nicht, was diese Gebilde zu ihrer Rechtfertigung im einzelnen an Nützlichem aufzuführen vermögen, sondern entscheidend ist die Frage, was sie dem deutschen Volke, im gesamten gesehen und seiner Geschichte an Schaden zugefügt haben. Und entscheidend ist dabei wohl auch die Feststellung, daß diese Gebilde einst nicht geschaffen worden sind aus dem Gefühl, einen Beitrag liefern zu wollen zur deutschen Größe, sondern fast ausschließlich aus der egoistischen Vertretung einer rücksichtslosen Hausmacht-Politik.

Wenn dann dank vieler Korrekturen des Schicksals diese Politik am Ende Deutschland nicht endgültig als Nation vernichten konnte, war es nicht das Verdienst derer, die von Zeit zu Zeit, teils als bewußte, teils als unbewußte Werkzeuge der Vorsehung gegen solche künstliche Gebilde die ewigen Rechte der Völker proklamierten und verteidigten.

Auch wenn sich diese Hausmacht-Politik schlummernder Stammeseigenschaften bediente, hat sie damit nicht die Stämme in ihrer Bedeutung der Welt gegenüber gehoben und so in ihren Lebensmöglichkeiten bereichert, sondern vielmehr nahezu, immer im großen gesehen, zu einer entwürdigenden Bedeutungslosigkeit verdammt.

Der Nationalsozialismus stellt diesen Prinzipien einer

nur fürstlichen Hausmacht-Politik gegenüber das Prinzip der Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes auf, jener Millionen an Bauern, Arbeitern und Bürgern, die zu einem gemeinsamen Schicksal auf dieser Welt bestimmt, zum gleichen Glück gesegnet oder zum gleichen Unglück verflucht sind.

Ich möchte daher an dieser Stelle Protest einlegen gegen die jüngst erneut vertretene These, daß Deutschland nur wieder glücklich sein könnte unter seinen angestammten Bundesfürsten.

Nein! Ein Volk sind wir und in einem Reiche wollen wir leben.

Und was sich früher in der deutschen Geschichte so oft dagegen versündigte, konnte seine Berufung nicht auf Gottes gnädigen Willen beziehen, sondern, wie die Geschichte lehrt, leider nur zu häufig auf die zweckdienliche Huld und Förderung schlimmster Feinde.

Wir haben daher in diesem Jahre bewußt die Autorität des Reiches und die Autorität der Regierung jenen gegenüber durchgesetzt, die als schwächliche Nachfahren und Erben der Politik der Vergangenheit glaubten, auch dem nationalsozialistischen Staat ihren traditionellen Widerstand ansagen zu können.

Es war eine der glücklichsten Stunden meines Lebens, in der es sich offenbarte, daß das ganze deutsche Volk dieser Politik der ausschließlichen Vertretung seiner Interessen seine Billigung gibt.

Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte, steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion. Wie immer aber auch die Nation und ihre Führer dereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen:

Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das deutsche Volk und ist ihm ausschließlich verpflichtet!

Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur Durchführung jener Reformen, die es ihm einst ermöglichen werden, die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches zu treffen.

Dieses gewaltige Unternehmen der Formung unseres Volkskörpers und der Bildung unseres Neuen Reiches wird auch in der Zukunft die höchste Aufgabe der nationalsozialistischen Staatsführung sein. Was in den letzten zwölf Monaten hier an Vorarbeit geleistet wurde, ist wahrhaftig eine geschichtliche Revolution!

Im Rahmen dieser Revolution erfolgte die Umstellung und Anpassung zahlreicher Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens, immer im Blick auf das angegebene Grundziel: Erhaltung und Stärkung unseres Volkstums. Eingriffe in unsere Verwaltung waren ebenso notwendig wie Eingriffe in die Justiz. Die Säuberung unseres öffentlichen Lebens von Erscheinungen des Verfalls führt zu einer Reform unseres Pressewesens, des Film- und Theaterlebens. Ueberhaupt wurde versucht, das kulturelle Leben mit einem edleren Sinn zu erfüllen, die Kunst dem deutschen Volke zurückzugeben, die Wissenschaft und Erziehung dem neuen Geist anzugleichen.

Die Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung auf das Gebiet der Wirtschaft zu übertragen, war um so schwerer, als hier zunächst drei vordringliche Aufgaben sofort in Angriff genommen werden mußten.

1. Es war notwendig, zur Rettung des dem vollständigen Ruin ausgesetzten Bauerntums durch handels- und preispolitische Maßnahmen einzugreifen, durch Gesetz aber dem Bauerntum wieder einen starken und unzerstörbaren Rückhalt zu geben.
2. Die immer mehr um sich greifende allgemeine Korruption zwang zur sofortigen gründlichen Säuberung unseres wirtschaftlichen Lebens von den Erscheinungen eines gewissenlosen Spekulanten- und Freibeutertums.
3. Die Aufgabe, sechseinhalb Millionen Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder in die Berufe zurückzuführen, verbot von selbst die Hingabe an Theorien, die in ihrer schillernden Schönheit nur zu leicht ihre heutige Unwirklichkeit und damit Zwecklosigkeit übersehen lassen. Denn: Im Augenblick der Uebernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Revolution traf in Deutschland auf je zwei in Arbeit befindliche Menschen ein Arbeitsloser. Wenn die Zahl dieser Erwerbslosen, was nicht nur zu befürchten, sondern zu erwarten war, zugenommen hätte, wäre in kurzer Zeit eine Umkehrung dieses Verhältnisses eingetreten und damit ein hoffnungsloser Zustand.

   Diese sechseinhalb Millionen Erwerbslosen werden nicht satt, nach marxistischer Praxis durch das Vormachen schöner Theorien, sondern nur durch das Verschaffen tatsächlicher Arbeit.

Und so haben wir in diesem Jahre schon den ersten Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit geführt. In einem Viertel der Zeit, die ich mir vor der Märzwahl ausbedungen hatte, ist ein Drittel der Erwerbslosen wieder in eine nützliche Tätigkeit zurückgeführt worden. Der Angriff erfolgte konzentrisch von allen Seiten und ermöglichte nur dadurch den Erfolg.

Indem wir auf das abgeschlossene Jahr heute zurückblicken, schicken wir uns, ausgerüstet mit den in ihm gewonnenen Erfahrungen an, den neuen Angriff gegen diese Not zu beginnen. Das Zusammenspiel von staatlichem Antrieb und privater Initiative und Energie war aber nur möglich dank dem wiederkehrenden Vertrauen des Volkes in seine Führung und in die Stabilität einer gewissen Wirtschafts- und Rechtsordnung und Sicherheit.

Mancher Gegner glaubt den Ruhm unserer Arbeit schmälern zu müssen durch die Bemerkung, daß ja das ganze Volk dabei mitgeholfen habe. Jawohl, dies ist der höchste Stolz, der uns erfüllen kann, daß es uns wirklich gelungen ist, das ganze Volk zusammenzufassen und in den Dienst seiner Erneuerung zu stellen. Denn nur so konnten wir Aufgaben meistern, an denen viele frühere Regierungen gescheitert sind, weil sie mangels dieses Vertrauens scheitern mußten.

Und endlich wurde es auch nur dadurch möglich, diese aus dem Handgelenk zum Teil heraus unternommene gigantische praktische Arbeit in innere Beziehung zu bringen mit unseren ideellen Grundsätzen.

Die primitive Formel, daß nicht das Volk für die Wirtschaft da sei und die Wirtschaft für das Kapital, sondern daß das Kapital der Wirtschaft und diese dem Volke dienen müsse, schwebte schon in diesem Jahr als oberstes Leitmotiv über allen Maßnahmen des Regiments.

Und dem war es in erster Linie mit zuzuschreiben, daß es gelang, die großen praktischen und tatsächlichen Anregungen der Regierung verständnisvoll und freudig weiterzuführen. So wurde es möglich, durch Mittel der steuerlichen Entlastung und durch klug angewendete staatliche Zuschüsse auch die natürliche Produktion in einem Umfang anzu-

reizen, wie ihn noch vor zwölf Monaten die meisten unserer Kritiker für gänzlich ausgeschlossen hielten.

Manche der dabei eingeleiteten Maßnahmen werden in ihrer ganzen Bedeutung erst in der Zukunft eine Würdigung finden. Insbesondere die Förderung der Motorisierung des deutschen Verkehrs im Zusammenhang mit dem Bau der Reichs-Autobahnen. Die alte Rivalität zwischen Reichsbahn und Kraftwagen hat hier eine Lösung gefunden, die dem ganzen deutschen Volk einst von höchstem Nutzen sein wird.

Wir waren uns klar, daß die Ingangsetzung unserer Wirtschaft in diesem ersten Jahr zunächst ausgehen muß von der Ermöglichung einer primitiven Beschäftigung, um mittels der dadurch gesteigerten Konsumkraft breitester Massen, die Produktionen in der höheren Gütererzeugung allmählich anlaufen zu lassen.

Bei alldem wurde versucht, das vollkommen zerrüttete Finanzleben des Reiches, der Länder und der Kommunen durch großzügige Maßnahmen einerseits und brutalste Sparsamkeit andererseits in Ordnung zu bringen.

Der Umfang des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs ergibt sich am eindeutigsten durch die gewaltige Verminderung unserer Arbeitslosenzahl und durch die nunmehr statistisch feststehende nicht minder bedeutsame Erhöhung des gesamten Volkseinkommens.

Um der Notwendigkeit willen, unter allen Umständen die nationale Produktion in Gang zu bringen und die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern, mußte auf manches sonst Wünschenswerte Verzicht geleistet werden.

Daß unsere Tätigkeit in diesem Jahre trotzdem von zahllosen Feinden angegriffen wurde, ist selbstverständlich. Wir haben diese Belastung ertragen und werden sie auch in der Zukunft zu ertragen wissen. Wenn verkommene Emigranten, die zum weitaus größten Teil nicht aus politischen, sondern aus kriminellen Gründen das ihnen nunmehr bedenklich erschienene Klima ihres ehemaligen Operationsfeldes verlassen hatten und gegen Deutschland mit echter Spitzbubengewandtheit und Verbrechergewissenlosigkeit eine leichtgläubige Welt zu mobilisieren versuchen, so werden deren Lügen um so kürzere Beine haben, als steigend aus den übrigen Ländern Zehntausende achtungs- und ehrenwerte Männer und Frauen nach Deutschland kommen und mit eigenen Augen die Schilderungen dieser internationalen „Verfolgten“ mit der tatsächlichen Wirklichkeit vergleichen können.

Daß weiter auch noch ein Teil kommunistischer Ideologen glaubt, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu müssen und sich dabei eines Untermenschentums bedient, das den Begriff der politischen Freiheit verwechselt mit dem Ausleben verbrecherischer Instinkte, wird uns desgleichen wenig bekümmern. Wir sind mit diesen Elementen fertig geworden, als sie an der Macht und wir in der Opposition waren. Wir werden mit ihnen um so sicherer in Zukunft fertig, als nunmehr sie in der Opposition und wir an der Macht sind.

Auch ein Teil unseres bürgerlichen Intellektualismus glaubt sich mit den harten Tatsachen nicht abfinden zu können. Allein es ist wirklich nützlicher, diese wurzellose Geistigkeit als Feind zu besitzen, denn als Anhänger. Denn von allem Gesunden wenden sie sich ab, und nur das Krankhafte erregt ihr Interesse und erfährt ihre Förderung.

Und zu diesen Feinden des neuen Regiments möchte ich auch die kleine Clique jener unverbesserlichen Rückwärtsschauer rechnen, in deren Augen die Völker nichts anderes sind, als besitzlose Faktoreien, die nur

auf einen Herrn warten, um unter solch gottesgnädiger Führung dann die einzig mögliche innere Befriedigung zu finden.

Und endlich rechne ich dazu noch jenes Grüppchen völkischer Ideologen, das glaubt, die Nation wäre nur dann glücklich zu machen, wenn sie die Erfahrnngen und die Resultate einer zweitausendjährigen Geschichte vertilgt, um im vermeintlichen Bärenfell aufs neue ihre Wanderung anzutreten.

All diese Gegner zusammen umfassen in Deutschland ziffernmäßig noch keine 2,5 Millionen Menschen gegenüber mehr als 40 Millionen, die sich zu dem neuen Staat und seinem Regiment bekennen. Diese zwei Millionen sind gar nicht als Opposition zu werten, denn sie sind ein wüstes Konglomerat der verschiedensten Meinungen und Auffassungen, völlig unfähig, irgendein gemeinsames positives Ziel zu verfolgen, und nur fähig zu einer gemeinsamen Ablehnung des heutigen Staates.

Gefährlicher als diese sind aber zwei Kategorien von Menschen, in denen wir eine wirkliche Belastung des heutigen und künftigen Reiches erblicken müssen.

Es sind dies erstens jene politischen Wandervögel, die stets dort auftauchen, wo sommerszeit gerade geerntet wird. Charakterlich schwache Subjekte, die sich aber als wahrhafte Konjunkturfanatiker auf jede erfolgreiche Bewegung stürzen und durch überlautes Geschrei und hundertzehnprozentiges Betragen die Frage nach ihrer früheren Herkunft und Tätigkeit von vornherein zu verhindern oder zu beantworten trachten.

Sie sind gefährlich deshalb, weil sie unter der Maske des neuen Regiments ihre rein persönlichen egoistischen Interessen zu befriedigen suchen und dabei zu einer wirklichen Belastung einer Bewegung werden, für die Millionen anständige Menschen jahrelang die schwersten Opfer gebracht hatten, ohne vielleicht auch nur je in Gedanken geglaubt zu haben, es könnte ihnen jemals vergolten werden, was sie an Leid und Entbehrungen für ihr Volk auf sich nahmen.

Von diesen aufdringlichen Parasiten den Staat und die Partei zu säubern, wird besonders für die Zukunft eine wichtige Aufgabe sein. Dann werden auch viele innerlich anständige Menschen, die aus oft verständlichen, ja, zwingenden Gründen früher nicht zur Bewegung kommen konnten, den Weg zu ihr finden, ohne befürchten zu müssen, mit solchen obskuren Elementen verwechselt zu werden.

Und eine weitere schwere Belastung ist das Heer jener, die aus Erbveranlagung von vornherein auf der negativen Seite des völkischen Lebens geboren wurden.

Hier wird der Staat zu wahrhaft revolutionären Maßnahmen greifen müssen.

Es ist ein großes Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie schon in diesem vergangenen Jahre auf dem Wege der Gesetzgebung zum Erstangriff gegen diesen drohenden langsamen Verfall des Volkes vorging. Wenn dabei besonders von konfessioneller Seite Bedenken vorgebracht werden und gegen diese Gesetzgebung opponiert wird, so habe ich darauf folgendes zu antworten:

Es wäre zweckmäßiger, aufrichtiger und vor allem christlicher gewesen, in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu denen zu halten, die das gesunde Leben bewußt vernichteten, statt gegen jene zu meutern, die nichts anderes wollen als das Kranke vermeiden.

Das Geschehenlassen auf diesem Gebiet ist nicht nur eine Grausamkeit gegen die einzelnen unschuldigen Opfer, sondern auch eine Grausamkeit gegen die Gesamtheit des Volkes. Wenn die Entwicklung so weitergehen würde wie in den letzten hundert Jahren, würde die Zahl der der öffentlichen Fürsorge Unterstellten dereinst bedrohlich an die heranrücken, die am Ende dann die einzigen Träger der Erhaltung der Gemeinschaft wären.

Nicht die Kirchen ernähren die Armeen dieser Unglücklichen, sondern das Volk muß es tun.

Wenn sich die Kirchen aber bereit erklären sollten, diese Erbkranken in ihre Pflege und Obsorge zu nehmen, sind wir gern bereit, auf ihre Unfruchtbarmachung Verzicht zu leisten. Solange aber der Staat dazu verdammt ist, von seinen Bürgern jährlich steigende Riesenbeträge aufzubringen — die heute in Deutschland bereits die Summe von 350 Millionen insgesamt jährlich überschreiten — zur Erhaltung dieser bedauerlichen Erbkranken der Nation, dann ist er gezwungen, jene Abhilfe zu schaffen, die sowohl verhütet, daß sich in der Zukunft so unverdientes Leid weitervererbt, als auch verhindert, daß damit Millionen Gesunden oft das zum Leben Nötigste entzogen werden muß, um Millionen Ungesunde künstlich am Leben zu erhalten.

Männer des Deutschen Reichstags! So groß die Ergebnisse des Jahres der nationalsozialistischen Revolution und Staatsführung sind, so ist doch noch bemerkenswerter die Tatsache, daß diese große Umwälzung in unserem Volk stattfinden konnte erstens in einem geradezu blitzschnellen Tempo und zweitens fast ohne jedes Blutvergießen.

Es ist das Schicksal der überwiegenden Mehrzahl aller Revolutionen, in der Eile des Vorwärtsstürmens den festen Boden ganz unter den Füßen zu verlieren, um endlich irgendwo an den harten Tatsachen doch wieder zu zerschellen.

Wir aber haben diese nationale Erhebung im großen so mustergültig führen können, wie dies außer bei der faschistischen Revolution in Italien wohl kaum jemals zuvor der Fall war.

Die Gründe liegen in der Tatsache, daß nicht ein zur Verzweiflung getriebenes, aber im übrigen desorganisiertes Volk die Fahne des Aufruhrs erhob und die Brandfackel an den bestehenden Staat legte, sondern eine glänzend organisierte Bewegung mit in langen Jahren disziplinierten Anhängern, kämpfte. Dies ist das unvergängliche Verdienst der nationalsozialistischen Partei und ihrer Organisationen, es ist das Verdienst der braunen Garde. Sie hat die deutsche Erhebung vorbereitet, fast ohne Blutvergießen mit beispielloser Programmäßigkeit durchgeführt und abgeschlossen.

Dieses Wunder war weiter aber auch nur denkbar durch die freiwillige und restlose Zustimmung derer, die als Führer ähnlicher Organisationen gleiche Ziele anstrebten oder als Offiziere die deutsche Wehrmacht repräsentierten.

Es ist ein einzigartiger geschichtlicher Vorgang, daß zwischen den Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer auf das äußerste disziplinierten Wehrmacht solch herzliche Verbundenheit im Dienste des Volkes in Erscheinung trat, wie zwischen der nationalsozialistischen Partei und mir als ihrem Führer einerseits und den Offizieren und Soldaten des deutschen Reichsheeres und der Marine andererseits.

Wenn der Stahlhelm in diesen zwölf Monaten mehr und mehr zum Nationalsozialismus stieß, um endlich in einer Verschmelzung dieser Verbrüderung den schönsten Ausdruck zu geben, dann hat die Armee

und ihre Führung in der gleichen Zeit in bedingungsloser Treue und Gefolgschaft zum neuen Staat gestanden und uns vor der Geschichte überhaupt erst den Erfolg unserer Arbeit ermöglicht.

Denn nicht ein Bürgerkrieg konnte Deutschland retten, sondern nur die einmütige Zusammenfassung all jener, die auch in den schlimmsten Jahren den Glauben nicht verloren hatten an das deutsche Volk und an das Deutsche Reich.

Ich darf zum Abschluß dieses Jahres der größten innerpolitischen Revolution und als besonderes Zeichen der gewaltigen einigenden Kraft unseres Ideals noch darauf hinweisen, daß in einem Kabinett, dem im Januar 1933 nur drei Nationalsozialisten angehörten, auch heute noch alle Minister in Tätigkeit sind, ausgenommen ein Mann, der aus eigenem Willen ging, und den ich zu meiner großen Freude als wirklichen deutschen Patrioten auf unserer Liste gewählt weiß. So haben die Männer der am 30. Januar 1933 gebildeten Regierung auch unter sich das erfüllt, was sie vom ganzen deutschen Volk forderten: Unter Hintansetzung früherer Differenzen gemeinsam zu arbeiten für unseres Volkes Wiederauferstehen und unseres Reiches Ehre und Freiheit.

Der Kampf um die innere Neugestaltung des deutschen Volkes und Reiches, der seinen höchsten Ausdruck in der Verschmelzung von Partei und Staat, von Volk und Reich erhielt, ist nicht abgeschlossen.

Getreu der Proklamation beim Antritt unserer Regierung vor einem Jahr, werden wir ihn weiterführen. Auch in der Zukunft sind die Aufgaben unseres innerpolitischen Wollens und Handelns damit schon vorgezeichnet: Stärkung des Reiches durch die Zusammenfassung aller Kräfte in einer organisatorischen Form, die endlich das nachholt, was durch Eigensucht und Unfähigkeit in einem halben Jahrtausend versäumt wurde. Förderung der Wohlfahrt unseres Volkes auf allen Gebieten des Lebens und einer gesitteten Kultur.

Der Deutsche Reichstag wird noch in diesen Stunden durch Verabschiedung eines neuen Gesetzes der Regierung die weitere legale Ermächtigung zu geben haben, zur Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution."

Es folgten dann die umfassenden außenpolitischen Ausführungen des Führers, die wir bereits im vorhergehenden ersten Abschnitt brachten. —

Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

Am gleichen Tage nahm der Deutsche Reichstag einstimmig das bedeutungsvolle „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" an. (Es wurde gleichfalls einmütig vom Reichsrat gebilligt.) Und am gleichen Tage trat es in Kraft und machte damit eine vielhundertjährige Sehnsucht zur Wirklichkeit: Es gibt nur noch eine Staatsgewalt, die Staatsgewalt des Reiches. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

„Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen,

das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1.

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2.

Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.
Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel 3.

Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Artikel 4.

Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Artikel 5.

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel 6.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Dieses Gesetz wurde zur legalen Grundlage für die Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution gemäß dem Willen des Führers — dem Willen, von dem sämtliche Regierungstätigkeit in Deutschland ausgeht.

Durch Artikel 1 wurde die bereits 1933 durchgeführte tatsächliche Beseitigung der Länderparlamente verfassungsrechtlich als endgültig festgestellt.

Der Artikel 2 beseitigte die Länder als staatsrechtliche Begriffe überhaupt und machte sie zu Verwaltungseinheiten des Reiches, die Landesregierungen zu Reichsbehörden. Während sowohl im Zweiten Reich wie im Unstaat der Weimarer Republik Hoheitsrechte der Länder (auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Justiz, Verwaltung usw.) gegen Hoheitsrechte des Reiches standen und damit ein trostloses Gegeneinanderregieren ermöglichten, verschwand dieser groteske Zustand jetzt endlich. Der augenblickliche Umfang der Länder blieb vorläufig noch unberührt; die einer späteren Zeit vorbehaltene Neugliederung wurde ausschließlich Angelegenheit des Reiches. Das Reich, dem jetzt sämtliche Hoheitsrechte übertragen worden waren, übertrug seinerseits die Aufgaben den Ländern, die sie im Auftrage des Reiches auszuführen haben. Die Gesandtschaftsfähigkeit der Länder — ein anachronistisches Ueberbleibsel — verschwand endlich. Die Landesminister wurden den zuständigen Fachministern des Reiches unterstellt. Die Länderbeamten wurden mittelbare Reichsbeamte. Ihre Ernennung erfolgte jetzt im Namen des Reiches.

Der Artikel 3 weist den Reichsstatthaltern eine neue Stellung zu. Durch das Gesetz sind mehrere Befugnisse der Reichsstatthalter (Reichsstatthaltergesetz vom 7. Juli 1933, siehe Band 1933, Seite 106) gegenstandslos geworden, da es keine Hoheitsrechte der Länder mehr gibt. — (In einer Sitzung der Reichsstatthalter am 22. März faßte der Führer die Aufgaben der Reichsstatthalter dahingehend zusammen, daß sie nicht Sachwalter der einzelnen Länder seien, sondern Träger des Willens der obersten Führung des Reiches.)

Durch Artikel 4 erhielt jetzt die Reichsregierung die endgültigen und uneingeschränkten Vollmachten, sämtliche materiell- und formalrechtlichen Bestimmungen zu erlassen.

Der Aufbau des deutschen Einheitsstaates war damit grundlegend begonnen worden.

Erste Verordnung über den Neuaufbau des Reiches

Gemäß Artikel 5 erließ der Reichsminister des Innern, Pg. Dr. Frick, am 2. Februar die „Erste Verordnung über den Neuaufbau des Reiches" mit folgendem Wortlaut:

§ 1

Die Wahrnehmung der Hoheitsrechte, die von den Ländern auf das Reich übergegangen sind, wird den Landesbehörden zur Ausübung im Auftrage und im Namen des Reiches insoweit übertragen, als das Reich nicht allgemein oder im Einzelfalle von diesen Rechten Gebrauch macht.

§ 2

Die von den Ländern untereinander oder mit dem Reich geschlossenen Verträge und Verwaltungsabkommen werden durch den Uebergang der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich nicht berührt.

§ 3

Landesgesetze bedürfen der Zustimmung des zuständigen Reichsministers.

Der zuständige Reichsminister kann für seinen Geschäftsbereich anordnen, daß ihm Rechtsverordnungen vor Erlaß vorgelegt werden.

§ 4

Die obersten Landesbehörden haben im Rahmen ihres Aufgabenbereichs den Anordnungen der zuständigen Reichsminister Folge zu leisten.

§ 5

Landesbeamte können in den Reichsdienst, Reichsbeamte in den Landesdienst versetzt werden.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. Januar 1934 in Kraft.

Erlaß über die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Länderbeamten

In Ergänzung zu diesen Bestimmungen übertrug der Erlaß des Reichspräsidenten über die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Landesbeamten vom 3. Februar die Ausübung dieses Rechtes in Preußen dem Reichskanzler und der Landes-

regierung, in den übrigen Ländern den Reichsstatthaltern und den Landesregierungen. (Durch einen weiteren Erlaß übertrug der Reichspräsident das Begnadigungsrecht in gewissem Umfange auf die Reichsstatthalter.) —

Rede Dr. Frick über den Neubau des Reiches

Mit Recht konnte Pg. Dr. Frick am 31. Januar in seiner Rede über den Neubau des Reiches feststellen, daß mit dem neuen Gesetz alle separatistischen und föderalistischen Tendenzen geschlagen worden sind und ein völkisches Ziel jahrhundertelanger deutscher Geschichte durch Adolf Hitler erreicht wurde. Er sagte dabei wörtlich:

„Unsere Generation, deutsche Volksgenossen, ist berufen, endlich den nationalen Einheitsstaat zu schaffen! Was unseren Vätern nicht gelang, wir sollen es schaffen und als vollendetes Werk denen hinterlassen, die nach uns kommen! Seien wir glücklich, daß uns das Schicksal dieser gewaltigen Aufgabe für würdig befunden hat! Seien wir uns klar, daß mit dem heutigen Tag eine neue Epoche deutscher Geschichte beginnt, die in ihrer ganzen Größe und Tragweite erst spätere Generationen richtig erkennen werden.

Mit dem heutigen Tag, meine Hörer und Hörerinnen, beginnt ein neues Blatt der deutschen Geschichte. Ich rufe Sie alle auf, an diesem herrlichen Werk mitzuarbeiten!

Lassen Sie die Vergangenheit und richten Sie den Blick gläubig und pflichtbewußt in die Zukunft!

Seien Sie stolz, daß Sie eine so gewaltige Zeit miterleben dürfen, daß Sie berufen sind, an der Gestaltung des neuen deutschen Schicksals mitzuarbeiten. Deutschlands Zukunft braucht die Mitarbeit aller! Und alle, die Deutschland lieben, müssen heute ihre ganze Kraft einsetzen, damit das Werk vollendet werden kann zum Segen des deutschen Volkes.

Im Glauben an Deutschlands Kraft und an das unsterbliche Leben des deutschen Volkes hat der Führer vor fünfzehn Jahren an der Spitze von sechs Mann seinen heroischen Kampf begonnen. Heute am Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes ist sein und seiner Regierung oberster Grundsatz der gleiche wie damals: Deutschland, und nichts als Deutschland!“

Der 30. Januar, der Jahrestag der entscheidenden nationalsozialistischen Revolution, konnte nicht würdiger gefeiert werden als durch diese gewaltige staatsrechtliche Tat. Nicht rauschende Feste gaben diesem denkwürdigen Tag das Gepräge, sondern der Aufbauwille der erwachten Nation — und gleichzeitig fand der Tag die wahrhaftige Unterstreichung seiner Bedeutung dadurch, daß er — nach dem Willen des Führers — zu einer Kundgebung der sozialen Hilfsbereitschaft wurde (ähnlich dem Geburtstage des Führers im Jahre 1933). —

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit

In folgerichtiger Weiterentwicklung des in dem Gesetze über den Neuaufbau des Reiches zum Ausdruck kommenden Zieles erließ der Reichsminister des Innern auf Grund des Artikels 5 dieses Gesetzes

am 5. Februar die „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit", deren § 1 lautet:

„Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort. Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)."

Ein weiteres lächerliches und in zahllosen Fällen hemmendes Ueberbleibsel einer überwundenen Zeit ist damit gefallen. Die Trennung von mittelbarer und unmittelbarer Staatsangehörigkeit ist beseitigt. Endlich sind wir staatsrechtlich nicht mehr Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberger, Hessen, Schaumburg-Lipper usw., sondern das, was wir auch dem Blute und der Gesinnung nach sind: — Deutsche! —

Erlaß an die Landesjustizverwaltungen

Der Uebergang der Länderhoheitsrechte auf das Reich bahnte den Weg zur deutschen Einheit auf allen Gebieten. Auch zur Gestaltung einer einheitlichen Reichsjustiz war damit der erste Anfang gemacht. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag bereits am 6. Februar in einem Erlaß des Reichsjustizministers Dr. Gürtner an die Landesjustizverwaltungen:

„Mit den Hoheitsrechten der Länder ist auch die Justizhoheit auf das Reich übergegangen. Seit dem 30. Januar dieses Jahres gibt es nur noch eine Justiz im Deutschen Reich. Hiermit stehen wir auch im Rechtsleben der Nation an einer Wende von geschichtlicher Bedeutung. Für die Landesjustizverwaltungen hat der letzte Abschnitt ihrer jahrhundertelangen Entwicklung und Arbeit begonnen. Blicken wir zurück auf ihr Wirken, so erkennen wir die Größe dessen, was sie für das Vaterland geleistet haben. Wohl hat es auch an unerfüllten Wünschen nicht gefehlt, und darin hat sich naturgemäß die Zeit mit Lichtern und Schatten gespiegelt, aber alle Unvollkommenheiten werden überstrahlt von dem Ruhm, in selbstloser und treuer Hingebung, beseelt von Gerechtigkeitsliebe, Hüter und Wahrer des Rechtes gewesen zu sein. Wenn die deutsche Justiz — von trüben Zeiten abgesehen — das Vertrauen genoß, unbestechlich und mit Gerechtigkeitssinn zu walten, wenn die deutsche Justiz auch im Auslande in hohem Ansehen und in dem ehrenden Rufe unerschütterlicher Zuverlässigkeit stand, so ist dies überwiegend das Verdienst der Rechtspflege in den Ländern. Dies in der jetzigen Stunde vor aller Welt anzuerkennen, ist der Reichsregierung eine ehrenvolle Pflicht.

Die Tradition, die sich in den Landesjustizverwaltungen und in der Rechtspflege der Länder verkörpert, findet mit dem Uebergang der Justiz auf das Reich keineswegs ein Ende; sie wird in dem gemeinsamen Ganzen fortgesetzt werden, wenn auch im Interesse einer einheitlichen Justiz auf diese oder jene liebgewordene Eigenart wird verzichtet werden müssen.

Damit, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 30. Januar dieses Jahres das Reich Träger der Justizhoheit geworden ist, ist eine einheitliche Reichsjustiz noch nicht geschaffen. Ihr das Haus zu bauen, in dem sie hinfort heimisch sein soll, ist Aufgabe der nächsten Zeit. Für diese Aufgabe ist das Reichsjustizministerium gerüstet. Bei seiner Arbeit wird es sich auf die reichen Erfahrungen der Lan-

desjustizverwaltungen stützen. Die Schwierigkeiten, die die Vereinheitlichung der Justizverwaltung bietet, dürfen nicht unterschätzt werden. Leitender Gesichtspunkt wird und muß bleiben, die Justiz vor jeder Erschütterung zu bewahren. Erst wenn das Reichsjustizministerium das einheitliche Justizverwaltungsrecht geschaffen und, soweit notwendig, eine weitere Vereinheitlichung des materiellen Rechts vorgenommen haben wird, kann das neue Haus bezogen werden. Bis dahin führen die Landesjustizverwaltungen die Geschäfte als Auftragsverwaltungen nach dem Gesetz vom 30. Januar dieses Jahres und den Durchführungsvorschriften weiter.

Das Ziel bleibt das alte: Dem deutschen Volke ein deutsches Recht und eine volksnahe Rechtsprechung! Heil Hitler!"

Erstes Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich

Am 16. Februar folgte das „erste Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich", das bestimmte, daß nunmehr das Recht „im Namen des deutschen Volkes" zu sprechen sei. Die Freizügigkeit der Rechtsanwälte und die Gültigkeit der notariellen Urkunden im Reichsgebiet wurden festgelegt, — das bisherige Recht der Länder, Strafverfahren niederzuschlagen, auf den Reichspräsidenten übertragen.

Zusammenkunft der Länderjustizminister in Dresden

Auf Grund einer Zusammenkunft der Länderjustizminister in Dresden am 12. Februar wurden zur Schaffung eines einheitlichen Verfahrens zunächst drei Ländergruppen (Norddeutschland unter Führung Preußens, Mitteldeutschland unter Führung Sachsens, Süddeutschland unter Führung Bayerns) zusammengefaßt, die rein technische Bedeutung haben sollten und mit der Sammlung und Sichtung der einschlägigen Bestimmungen sämtlicher Landesjustizverwaltungen beauftragt wurden. Diese Vorarbeit sollte dazu dienen, zunächst einmal alle Verwaltungsbestimmungen zu vereinheitlichen, um so dem Ziele einer einheitlichen Reichsjustizverwaltung näherzukommen. —

Aufhebung des Reichsrats

Als weitere notwendige Maßnahme auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat erfolgte am 14. Februar die Aufhebung des Reichsrats, der die „Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches" zur Aufgabe hatte. Das „Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats" bestimmte gleichzeitig, daß in den Fällen, wo eine selbständige Tätigkeit des Reichsrats gesetzlich vorgesehen war, an Stelle des in Wegfall geratenen Reichsrats jetzt der zuständige Fachminister des Reiches oder eine von ihm (im Benehmen mit dem Reichsinnenminister) hierzu bestimmte Stelle tritt. —

Ueberall wurde am Neubau des Staates gezimmert — im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden. Dem staatlich aufbauenden Geist gab auch Ausdruck der Deutsche Gemeindetag, der durch das Gesetz über den Deutschen Gemeindetag vom 15. Dezember 1933 (siehe

Band 1933, Seite 345) als Körperschaft des öffentlichen Rechts geschaffen worden war:

Einweisung des Vorstandes des Deutschen Gemeindetages

Am 14. Februar erfolgte die **Einweisung des Vorstandes des Deutschen Gemeindetages** (Vorsitzender wurde der Münchener Oberbürgermeister Pg. Karl **Fiehler**, Leiter des Kommunalpolitischen Amtes der NSDAP) durch den Reichsminister des Innern. Dr. Frick sagte in seiner Rede:

„Ein Band umschließt heute alle 50000 deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Führergedanke des Dritten Reiches läßt keinen Raum mehr für eine kommunale Interessenvertretung, und zwar schon deshalb nicht, weil es überhaupt keine kommunalen Interessen gibt, die denen des Reiches entgegengesetzt wären. Reich und Gemeinden sind schicksalsverbunden und bilden eine Einheit. . . . Der Deutsche Gemeindetag ist Bürge und Symbol der neuen kommunalen Gesinnung im nationalsozialistischen deutschen Einheitsstaat. . . . Die Einheit der neuen Organisation und der in ihr gesetzlich veranderte Führergedanke geben auch die sicherste Garantie gegen ein Auseinanderfallen des Einheitsverbandes in einzelne nach Gemeindearten oder nach Landschaften getrennte Gruppen. Klar sind die Aufgaben des Deutschen Gemeindetages festgelegt und von denen der Reichsverwaltung geschieden. Einzig und allein bei der Reichsregierung liegt die Befehlsgewalt; diese reicht im Zuge des Neuaufbaues der Reichsverwaltung bis in das kleinste Dorf."

Aenderung des Gesetzes über den Provinzialrat

Am darauffolgenden Tage wurde eine **Aenderung des deutschen Gesetzes über den Provinzialrat** beschlossen. Dieses Gesetz vom 15. Februar ist auch insofern bedeutsam, als es das erste Gesetz ist, das vom preußischen Ministerpräsidenten mit der Eingangsformel

„Im Namen des Reiches verkünde ich für den Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat."

verkündet wurde. Es bestimmte, daß dem Provinzialrat kraft Amtes neben dem Oberpräsidenten, den in der betr. Provinz wohnenden Staatsräten, den Regierungspräsidenten und dem Landeshauptmann künftig auch der Vizepräsident des Oberpräsidiums angehört; es bestimmte weiter, daß der Provinzialrat in seiner Zusammensetzung dem wirtschaftlichen Aufbau der Provinz Rechnung tragen soll. Das Gesetz regelte außerdem die Amtsdauer der Provinzialräte. —

Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung

Das „**Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung**" vom 27. Februar stellte fest, daß der Reichsverkehrsminister über die Zusammenarbeit der einzelnen Verkehrszweige entscheidet, — es sicherte gleichzeitig den Einfluß des Reiches bei der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Post und brachte neben anderen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung die Aufhebung mehrerer Oberpostdirektionen und Landesfinanzämter. (Die dadurch

notwendig gewordene Neueinteilung der Bezirke wurde im Hinblick auf die kommende Reichsgestaltung besonders sorgfältig vorgenommen.)

Außerdem wurden durch ein Gesetz vom 22. März die Fristen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (siehe Band 1933, Seite 112) verlängert. —

Einen wesentlichen Ausschnitt aus der Aufbauarbeit in der Verwaltung stellte auch die Neuregelung dar, die hinsichtlich der Hauptstadt Berlin getroffen wurde. (Im März 1933 war Pg. Dr. Lippert zum Staatskommissar für die Reichshauptstadt bestellt worden. Durch das Gesetz über die Aenderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin vom 15. Dezember 1933 wurde dann bestimmt, daß jetzt der Staatskommissar die staatliche Aufsichtsbehörde über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und unmittelbares Organ des Ministerpräsidenten wurde — während vorher der Oberpräsident von Brandenburg die Aufsicht über Berlin geführt hatte.) Jetzt schuf das „Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben des Staatskommissars der Hauptstadt Berlin" (28. März) eine klare Abgrenzung sämtlicher Zuständigkeiten und übertrug auch die Geschäfte der Landesverwaltung auf das Staatskommissariat. Die Aufgaben und Zuständigkeiten des brandenburgischen Oberpräsidenten hinsichtlich Berlins gingen auf den Staatskommissar über (mit einigen Ausnahmen: Landeskulturangelegenheiten, Angelegenheiten des höheren Schulwesens, Luftverkehr, Luftpolizei usw.). Der Staatskommissar wurde dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt; ein Vizepräsident und die erforderlichen Staatsbeamten wurden ihm beigegeben. Und als Ministerpräsident Göring am 30. April im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes den Staatskommissar Dr. Lippert in sein neues Amt einführte, stellte er in seiner Rede fest, daß die Kommunalaufsicht die wesentliche Aufgabe des Staatskommissars sei, — daß die Aufgabe des Staatskommissars in diesem Zusammenhange nicht lediglich darin bestehe, die Kontrolle der Gesetzmäßigkeit vorzunehmen, sondern auch darauf zu achten, daß die Gemeinde im Sinne der Staatsführung geleitet wird. (Erwähnenswert ist außerdem, daß dann am 30. Juni das „Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin" die Berliner Verwaltung neu regelte. Das Gesetz stellte eingangs fest, daß die Gemeinde Berlin die Reichs- und Landeshauptstadt ist und daß sie auch die Aufgaben einer Provinz hat. Die bisherige weitgehende Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Bezirksverwaltungen in Berlin gegenüber der Berliner Zentralverwaltung wurde stark eingeschränkt.) —

Hauptstadt Berlin

Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben des Staatskommissars der Hauptstadt Berlin

Einführung Dr. Lipperts

Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin

Aber auch auf allen anderen Gebieten finden wir am Jahresanfang

Preußisches Jagdgesetz 1934 wesentliche Fortschritte. Das Preußische Jagdgesetz vom 18. Januar regelte grundlegend alle mit der Jagd zusammenhängenden Fragen, auch alle die Fragen, die in dem bisherigen Jagdrecht (insbesondere der Jagdordnung von 1907) keine Beantwortung gefunden hatten. Das bisherige Jagdrecht hatte weder eine Verpflichtung gekannt, Wild zu hegen und zu pflegen — noch eine Verhinderung des übermäßigen Abschusses von Wild — noch auch Eingriffsmöglichkeiten gegen eine die Land- und Forstwirtschaft schädigende übermäßige Wildvermehrung. Diese Mängel wurden jetzt beseitigt. Die Jagd als altes Recht des deutschen Mannes muß waidgerecht sein. Der Grundsatz, daß der Jäger als Treuhänder für die Volksgemeinschaft die freilebende Tierwelt zu schützen und zu erhalten hat, fand in dem neuen Gesetze seine Verwirklichung. Durch Gründung der Fachschaft der Jäger sollte die Möglichkeit geschaffen werden, alle jene wieder von der Jagd auszuschalten, die nicht aus waidmännischen Gründen Jäger geworden waren. Das Gesetz brachte in erfreulicher Klarheit den Grundsatz zur Geltung, daß der Jäger nicht ein roher „Schießer" zu sein, sondern im Tier den Schöpfer zu ehren hat. Gleichzeitig fand der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Jäger und Bauer, wie er schon zur Zeit der Bauernkriege zum Ausdruck gekommen war, seine endliche Bereinigung durch eine sinnvolle Abgrenzung der verschiedenen Bedürfnisse vom Standpunkt der Volksgesamtheit aus. In der Einleitung des Gesetzes ist daher gesagt:

> Solange es Deutsche gibt, gilt die Jagd als das Recht des freien deutschen Mannes. Er jagte nicht nur, sondern er hegte auch und pflegte das Wild als das ihm anvertraute Gut seines Volkes.
>
> Die Hege des Wildes findet ihre Grenze an den Bedürfnissen der Landeskultur, insbesondere der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft.
>
> Die Erhaltung eines artenreichen, in seinen einzelnen Stücken kräftigen und gesunden Wildstandes von angemessener Zahl und die Sorge für eine waidgerechte Jagdausübung auf Grund eines für ganz Preußen einheitlichen Gesetzes ist daher die Aufgabe des neuen Staates. Er erfüllt diese Aufgabe durch das Preußische Jagdgesetz.

Den Erfordernissen der Landeskultur wurde dadurch Rechnung getragen, daß der Abschuß des stärkeren Wildes in jedem Revier zahlenmäßig festgelegt wurde. — Gleichzeitig wurde die Schaffung großer Naturschutzgebiete und Wildparks ins Auge gefaßt.

Neue Jagdbehörden und Jagdorganisationen wurden durch das Gesetz gestaltet. — Der alte deutsche Jägermeister wird wieder eingeführt (Landesjägermeister, Provinzjägermeister, Kreisjägermeister, denen der Landesjagdrat und der Provinzjagdrat zur Seite steht. Den Jagdräten gehören die Vertreter der Bauernschaft an.) Oberste

Jagdbehörde ist jetzt der Ministerpräsident als Chef der Landesforstverwaltung. Er ernennt den Landesjägermeister. — Eine Eigenverwaltung für das gesamte Jagdrecht war damit geschaffen worden.

Dem Ministerpräsidenten Pg. Göring ist es gelungen, durch dieses Gesetz den deutschen Wald und das deutsche Wild auch unseren Nachkommen zu erhalten — eine Kulturtat ersten Ranges!

Reichsjagdgesetz

(Das „Gesetz zur Ueberleitung des Forst- und Jagdwesens auf das Reich“ vom 3. Juli und das „Reichsjagdgesetz“ vom gleichen Tage bauten auf den Grundlagen und Grundsätzen des Preußischen Jagdgesetzes auf und schufen eine einheitliche Regelung des Jagdrechts im gesamten Reiche. Und der Mann, der sich so hervorragende Verdienste um die deutsche Jagd erworben hatte, Pg. Hermann Göring, wurde Reichsjägermeister.)

Preußische Straßenordnung

Auch auf anderen Gebieten ging Preußen bahnbrechend vor, z. B. durch die Preußische Straßenordnung vom 1. April, die zum erstenmal an Stelle eines Wirrwarrs örtlicher Vorschriften ein einheitliches Straßenverkehrsrecht setzte. — (Am 28. Mai folgte die Reichsstraßenverkehrsordnung, die mit Wirkung vom 1. Oktober den gesamten Straßenverkehr in großzügiger und einheitlicher Weise reichsrechtlich regeln sollte.)

Reichsstraßenverkehrsordnung

Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung

Hinsichtlich der Straßenverwaltung schuf ein „Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung“ ein Aufsichtsrecht des Generalinspekteurs für das deutsche Straßenwesen (siehe Band 1933, Seite 234) über sämtliche deutsche Straßen und half damit der bisherigen ungeheuren Zersplitterung der Straßenverwaltung ab. Das Gesetz, das alle deutschen Straßen in Kraftfahrbahnen, Reichsstraßen und Landstraßen I. und II. Ordnung einteilte, hatte zum Ziel, den mangelhaften Zustand des deutschen Straßennetzes und der Straßenunterhaltung zu beseitigen. (Durch einen Lastenausgleich soll jetzt das Reich an der Kostentragung für das deutsche Straßennetz beteiligt werden.)

Landgewinnungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein

Die Folgerichtigkeit und Schnelligkeit, mit denen der nationalsozialistische Staat Aufgaben in Angriff nimmt und sie bewältigt, die er als notwendig erkannt hat, zeigt sich in hervorragender Weise an dem Beispiel der Landgewinnungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein. Ende Juli 1933 hatte der Ministerpräsident Göring bei einer Besichtigung der Insel Sylt dem Oberpräsidenten Pg. Lohse den mündlichen Auftrag gegeben, alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewinnung von Neuland und zur Schaffung zahlreicher neuer Bauernstellen zu treffen, um damit gleichzeitig die Nordseeprovinz vor Sturmschäden zu sichern, die Seemarschen und das Eidergebiet zu entwässern und verlorengegangene Landflächen wieder-

zugewinnen. Um jede mögliche Behinderung dieser großen Aufgabe durch den umfangreichen Behördenapparat unmöglich zu machen, richtete der Preußische Ministerpräsident am 25. Januar einen Erlaß an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, in dem er ihn ermächtigte, den Instanzenzug hinsichtlich der preußischen Behörden den Notwendigkeiten entsprechend zu treffen. Einer Kulturtat von ausschlaggebender Bedeutung wurde damit der Weg geebnet. —

Weltanschauliche Aufgaben

Wenn der Nationalsozialismus und der von ihm geschaffene Staat es möglich machten, in derart kraftvoller Weise auf allen Gebieten des Lebens der Nation Neues zu gestalten, so lag das zutiefst daran, daß der Führer Geist und Richtung der Arbeit bestimmte. Der Führer hatte dem deutschen Volke eine neue Weltanschauung gegeben. Aus ihr kam die Kraft, die jetzt Volk und Staat zu so außerordentlichen Leistungen befähigte. Und in diesem Sinne ist die allmähliche Durchbringung des gesamten deutschen Volkes mit der nationalsozialistischen Weltanschauung die ausschlaggebendste Aufgabe auch im Rahmen des Neubaus des Reiches, der ja ohne einen Neubau des Volkes nicht denkbar ist.

Daß dieser weltanschauliche Neubau nicht eine Angelegenheit von wenigen Monaten sein konnte, bedarf keiner weiteren Darlegungen. — Wenn im Jahre 1933 auch alle gegnerischen Organisationen zerschlagen worden waren, so war damit das geistige Erbe der Verfallszeit noch keineswegs ausgerottet. Die zusammengeschmolzenen Kräfte der Vergangenheit versuchten im Gegenteil nunmehr — an Stelle des unmöglich gewordenen offenen Angriffs auf das nationalsozialistische Regiment — sich mit politischer „Loyalität" zu tarnen und in mehr oder weniger merklicher Form den Angriff auf die nationalsozialistische Weltanschauung zu eröffnen. Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung wurde es, nicht nur diese Angriffe zurückzuweisen, sondern den begonnenen gewaltigen Kampf um die weltanschauliche Gewinnung von Millionen deutscher Volksgenossen fortzusetzen und ihn zu einem restlosen Siege zu führen. Aufgabe wurde es, den Geist der nationalsozialistischen Kämpfer dem ganzen Volke einzuimpfen — aus dem geistigen Zusammenbruch des gegnerischen Widerstandes und der im Sturm eroberten Anerkennung der Massen ein tiefes und leidenschaftliches Bekenntnis zur Weltanschauung des Nationalsozialismus zu gestalten — das Volk zur geistigen Einheit, zur Nation zu erziehen! Der Kampf um die Weltanschauung wurde so zur im letzten Grunde wichtigsten politischen Aufgabe.

Kampf um die Weltanschauung

Am 24. Januar beauftragte der Führer einen seiner ältesten

Kampfgefährten, Pg. Alfred Rosenberg, mit der Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, aller gleichgeschalteten Verbände, sowie der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude". Alfred Rosenberg war von Anbeginn der nationalsozialistischen Bewegung mit den kulturellen Aufgaben betraut gewesen. Der „Kampfbund für Deutsche Kultur" war von ihm geschaffen worden. Von gewissen konfessionellen Volksverhetzern bekämpft und gehaßt, hatte er sein gewaltiges Werk, den „Mythos des 20. Jahrhunderts", geschaffen und damit der Nation ein unvergängliches Dokument deutscher seelischer Haltung geschenkt. Die auf Blut und Rasse aufbauende Idee des Nationalsozialismus hatte in ihm einen geistigen Vorkämpfer von stärkstem Format gefunden. Völkische Instinktsicherheit, reiches Wissen und kämpferische Erfahrung machten ihn zum geeignetsten Mann für das verantwortungsvolle Amt, mit dem ihn der Führer am 24. Januar beauftragte.

Beauftragung Rosenbergs mit der Ueberwachung der Schulung und Erziehung

Alfred Rosenberg

Wie sehr der Kampf um die Weltanschauung ein Gebot der Stunde war, wurde gerade im Anfang des Jahres 1934 zur Genüge bewiesen. Es sei zum Beispiel besonders auf die mehr oder weniger offenen Angriffe hingewiesen, die von Kräften ausgingen, die sich vom Geiste der Zentrumspolitik noch nicht trennen konnten.

Konfessionelle Angriffe

Die Adventspredigten 1933 und vor allem die Silvesterpredigt des Münchener Kardinals Faulhaber, die die Behauptung aufstellten, daß die Germanen erst durch die Einführung des Christentums aus der Barbarei erlöst und einer höheren Kultur teilhaftig geworden seien, bedeuteten nicht nur eine völlige Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen, sondern einen tatsächlichen Angriff gegen die nationalsozialistische Ueberzeugung von der kulturellen Schöpferkraft des Germanentums. — Unter dem Kampfruf „Gegen das christusfeindliche Neuheidentum" verbargen sich in zahlreichen Spielarten Angriffe gegen das nationalsozialistische Gedankengebäude. Ebenso zahlreiche Beispiele lassen sich aus den praktischen Auswirkungen dieser Haltung anführen: Wenn die Hinrichtung von sechs kommunistischen Mördern in Köln für den Geistlichen einer württembergischen Kleinstadt Anlaß war, für die Mörder eine heilige Messe zu lesen — wenn das Münchener Sondergericht am 24. Januar drei Geistliche wegen Verbreitung von Greuellügen zu Freiheitsstrafen verurteilen mußte — wenn sich am 22. Januar bei der Heiligjahrfeier in Stuttgart ein Tübinger Professor zu maßlosen Angriffen gegen den Nationalsozialismus verleiten ließ und die Geschmacklosigkeit besaß, die jüdische Geschichte als ein einzigartiges Erlebnis zu feiern — so sind das nur einige

wenige Beispiele einer geistigen Haltung, deren antinationalsozialistische Tendenz ebenso eindeutig ist wie die Tatsache, daß sie ein Schlag ins Gesicht jeder wirklich christlichen Gesinnung bedeuten. Und wenn dann am 31. März der Berliner katholische Bischof Bares in einer Predigt erklärte, man müsse in der heutigen Zeit, den Tagen der Furcht und des Bangens (!), wo jeder mit Bangen in die Zukunft sehe, jenes frommen Mannes gedenken, der noch bei seinem Tode ausgerufen habe: „Mein Herz gehört Rom!" — so bewies das um so deutlicher die Notwendigkeit des Kampfes um die Weltanschauung und der Arbeit eines Mannes wie Rosenberg. (Die historische Treue verbietet es, die bemerkenswerte Tatsache zu verschweigen, daß der päpstliche „Osservatore Romano" am 16. Februar ein Dekret veröffentlichte, in dem unter Billigung des Papstes Pius XI. das Buch Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts" verdammt und auf den Index, das Verzeichnis der für den Katholiken „verbotenen" Bücher, gesetzt wurde. Es soll allerdings nun auch nicht verschwiegen werden, daß dies bedeutende Werk sich dort keineswegs in schlechter Gesellschaft befindet, wie z. B. der Bücher eines gewissen Goethe!)

Rosenbergs Rede über den Kampf um die Weltanschauung

Am 22. Februar hielt Rosenberg vor den wichtigsten Trägern von Partei und Staat, vor den Vertretungen des Auslandes, der Wehrmacht, Schule und Kirche seine große Rede über den „Kampf um die Weltanschauung". Diese Rede war nicht nur eine vernichtende Antwort auf gegnerische Unterminierversuche, sondern vor allem auch eine bedeutsame Manifestation des Geistes, aus dem heraus das neue Reich gestaltet wurde. Er stellte fest, daß wir in einer ungeheueren Zeiten- und Weltenwende leben, in einer Epoche, die einen bis in die Wurzeln gehenden Umbruch nicht nur auf einigen Gebieten des Daseins, sondern für unser ganzes Lebensgefühl bedeutet. Der Frontalangriff des Nationalsozialismus war nicht nur politisch und gesellschaftlich, sondern vor allen Dingen weltanschaulich begründet. Neben Formen des Mittelalters stritten Liberalismus und Marxismus um die Seele eines jeden einzelnen Deutschen. Die politische Niederwerfung des Gegners macht die Auseinandersetzung mit seiner Theorie nicht überflüssig. Besonders die innere und äußere Ueberwindung des Kommunismus ist ein Problem, das von allen Völkern gelöst werden muß und dessen Lösung in Deutschland ein Erstgeburtsrecht des Nationalsozialismus darstellt. Allerdings ist nur die staatspolitische Revolution zu einem Abschluß gelangt; die geistig-seelische Verschmelzung steht erst am Anfang. Die für den Nationalsozialismus bezeichnende heroische Haltung geht von dem Bekenntnis aus, daß Blut und Charakter,

Rasse und Seele letzten Endes nur verschiedene Bezeichnungen für das gleiche sind. Hieraus ergibt sich als weitausholender Versuch der deutschen Selbstbesinnung und als neue Wissenschaft die Rassenkunde, deren Recht jetzt auch durch die Hakenkreuzbanner an den Gotteshäusern von den Kirchen bestätigt wurde. Das Erbe der Forschungsfreiheit wird vom Nationalsozialismus hochgehalten, aber er nimmt für sich in Anspruch, zu Lehrern unserer Jugend auf deutschen Hochschulen Vertreter unseres Geistes zu machen. — Erste Konsequenz der neuen Anschauung ist die Verkündung einer neuen Geschichtsbetrachtung, die die Größe der Männer und Frauen der Vergangenheit an der Kraft und Vollkommenheit mißt, mit der sie Blut und Boden der Nation erhielten und in welchem Ausmaße sie die hohen Werte germanischen Ehrgefühls schirmten. In diesem Licht betrachtet, ist für uns nicht Karl „der Große" Träger der Reichsidee, sondern sein erbittertster Gegner, der Sachsenherzog Widukind. Auf dem Gebiet der Kunst vollzieht sich die gleiche Umwandlung der geistigen und weltanschaulichen Haltung. Sie stellt in den Mittelpunkt ihres Formens nicht mehr den problematischen, zerquälten Menschen, der täglich seine Seelenwunden betastet, sondern den Starken und Gesunden, seinen Kampf und seinen Sieg, aber auch seine heroische Niederlage. Auch auf dem Gebiet der Philosophie und des religiösen Lebens spielen sich augenblicklich tiefgehende Kämpfe und Erschütterungen ab. Der Nationalsozialismus ist nicht schuld daran, daß es in Deutschland mehrere religiöse Bekenntnisse gibt. Er anerkennt und schützt jedes religiöse Bekenntnis, das den germanischen Werten nicht widerspricht, aber er kann anderseits nicht Handlanger irgendeiner Konfession sein. Wenn ein Nationalsozialist das Braunhemd anzieht, dann hört er auf, Katholik, Protestant, Deutschkirchler usw. zu sein; er ist dann ausschließlich ein kämpfendes Glied der deutschen Nation. Der Streit um Dogmen ist für uns zu Ende, das große Ringen der Werte aber hat seinen Anfang genommen. Die Kirchen und alle anderen geistig-kulturellen Institutionen haben im übrigen alle Ursache, dem Führer ihren tiefsten Dank dafür auszusprechen, daß sie vor der bolschewistischen Vernichtung bewahrt worden sind und daß es ihnen möglich ist, ungehindert in ihren Kirchen zu predigen. — Der höchste Wert, um den heute gekämpft wird und der die geheimnisvolle Kraft der nationalsozialistischen Bewegung ausmacht, ist die nationale Ehre. Von diesem Kerngedanken der nationalen und sozialen Ehre aus hat sich die nationalsozialistische Weltanschauung gestaltet.

Dieser Kerngedanke wird dem Nationalsozialismus auch in seiner

staatlichen Gestaltung die aufbauende Kraft verleihen. Wir sind der Ueberzeugung, daß — wie immer wir metaphysisch zu Fragen des Diesseits und Jenseits Stellung nehmen mögen — wir auf dieser Welt nicht mehr tun können, als den höchsten und edelsten Wert in uns zu entwickeln und uns als ganze Menschen in den Dienst der deutschen Gesamtheit zu stellen.

Vereidigung der politischen Leiter, Führer der HJ und Führerinnen des BdM

Und wenn die politischen Leiter der NSDAP, die Hitlerjugendführer und die Führerinnen des BdM (Bund deutscher Mädchen) im ganzen Reiche am 24. Februar den Eid leisteten:

„Ich schwöre Adolf Hitler unverbrüchliche Treue, ihm und den mir von ihm bestimmten Führern unbedingten Gehorsam."

— so schwuren sie damit auch, sich im besten Sinne in den Dienst der deutschen Gesamtheit zu stellen.

Ehrentage der Bewegung

Die Tage vom 23. bis zum 27. Februar wurden als Ehrentage der Bewegung begangen. (Am 23. Februar 1930 starb Horst Wessel; am 24. Februar 1920 sprach der Führer in der ersten großen Versammlung der NSDAP und verkündete die 25 Punkte des Parteiprogramms; am 26. Februar 1925 erschien der „Völkische Beobachter" zum ersten Male wieder seit dem Parteiverbot vom 9. November 1923; am 27. Februar 1925 sprach der Führer wieder zum ersten Male nach seiner Festungshaft und rief die NSDAP von neuem ins Leben.) Diese Ehrentage der Bewegung erhalten von 1934 an ihre besondere Weihe dadurch, daß in jedem Jahre am 24. Februar im ganzen Reiche die Vereidigung der politischen Leiter der NSDAP, der HJ-Führer und der BdM-Führerinnen stattfindet.

Die Ehrentage der Bewegung im Jahre 1934 wurden zu einer Kundgebung der Treue, wie sie in der Geschichte der Völker einzig dasteht. Der Führer leitete den Tag des Treueschwurs durch eine

Führerrede in München

große Rede vor seiner alten Garde an der Geburtsstätte der Bewegung ein — im großen Saale des Münchener Hofbräuhauses, wo er am 24. Februar 1920 das Programm der NSDAP verkündet hatte, in dem Saale, von dem er jetzt in seiner Rede sagte:

„Und so, wie einst die Bewegung von diesem Saal ihren Ausgang nahm in die deutsche Nation, so nahm von diesem Saal aus ein Jahr später ihren Ausgang auch die SA. Es ist wirklich ein historischer Saal. Nicht bloß die erste Versammlung hat hier stattgefunden, auch der erste Kampf bis aufs Messer und mit der Pistole wurde hier ausgetragen. In diesem Saal waren zum erstenmal junge Nationalsozialisten als Parteigenossen zu einer Gemeinschaft vereint, die unmißverständlich einen Entschluß proklamiert hat: mit dem Geist wollen wir die Nation erobern, aber mit der Faust jeden bändigen, der es wagt, den Geist durch Terror zu vergewaltigen. Das war die Gründung der SA, des großen Kraftarmes der Partei."

Der Führer schloß seine Rede, die von Millionen deutscher Volksgenossen im Reiche mitgehört wurde, mit den Worten:

„Wir wollen in dieser Stunde, in der wir uns gemeinsam als erste Repräsentanten der nationalsozialistischen Bewegung fühlen, auch derer gedenken, die aus unseren Reihen den heutigen Tag nicht mehr erleben können. Die Saat, die sie mit ihrem Opfer persönlich dem deutschen Volke geschenkt haben, ist als Ernte aufgegangen. Ihre Not und ihr Leid ist zum Unterpfand der deutschen Zukunft geworden. Ihre Opfer müssen uns aber lehren, daß keiner auch nur eine Sekunde zögert, wenn das Schicksal von uns dasselbe Opfer fordern sollte. Ein deutsches Volk, ein deutsches Reich, eine einmütige deutsche Nation, stark, frei, geachtet, lebensfroh, weil ihr das Leben wieder möglich geworden ist — so wollen wir in dieser Stunde wieder unseren alten Kampfruf erheben: „Unserer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, unserem deutschen Volk und unserem Deutschen Reich: Sieg-Heil!"

Am darauffolgenden Tage fand die Vereidigung vieler Zehntausende Politischer Leiter, Jugendführer und -führerinnen gleichzeitig im ganzen Reiche statt. Bei der Vereidigung auf dem Königsplatz in München sprach der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, nach ihm der Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Robert Ley und der Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Die Reden wurden durch den Rundfunk auf sämtliche Vereidigungsplätze im ganzen Reich übertragen. Die Vereidigung in ganz Deutschland bot ein einzigartiges Bild wuchtiger Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Pg. Rudolf Heß sprach: Die Vereidigung

„Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jungens, deutsche Mädel, die ihr zu dieser Stunde allerorts im ganzen Deutschen Reich in einer Zahl von weit über einer Million zusammengekommen seid! Ihr werdet anläßlich des Jahrestages der Programmverkündung gemeinsam den Schwur der Treue und des Gehorsams auf Adolf Hitler ablegen und damit in aller Form vor der Welt bekräftigen, was euch längst Selbstverständlichkeit war und was ihr in eurem Handeln meist schon Jahre hindurch und oft unbewußt zum Ausdruck brachtet.

Ihr schwört euren Eid an einem Tage, der zugleich erstmals als Heldengedenktag in Deutschland begangen wird. Wir senken die Fahnen zur Weihe dieses Tages und gedenken allem voran und mehr denn je derer, die als Helden lebten und als Helden starben. Die Fahnen sind geneigt vor den Großen unserer Geschichte, vor den Kämpfern für Deutschland, vor den Millionen des Weltkrieges, vor denen, die starben als wegbereitende Opfer für das neue Reich. Ich nenne Horst Wessel, weil sein Name uns zum Symbol wurde und ich in ihm aller gedenke, die „Rot-Front und Reaktion erschossen".

Wehe dem Volk, das keine Heldenverehrung mehr kennt! Es wird auch einst keine Helden mehr kennen, mehr hervorbringen, denn auch der Held entsteht aus der Wesenheit eines Volkes. Ein Volk ohne Helden ist aber ein Volk ohne Führer, denn nur der heldische Führer ist ein wahrer Führer und wird in schweren Zeiten stand-

halten. Aufstieg oder Untergang eines Volkes kann bestimmt werden durch das Vorhandensein oder Fehlen eines Helden.

Wir ehren das Heldentum an sich und können daher auch jenen die Achtung nicht versagen, die in Oesterreich für Idee und Pflicht ihr Leben ließen. Zwar ist die Idee von uns als falsch erkannt, aber das Sterben derer, die ihr opfernd folgten, war nicht weniger heroisch wie der Tod der Männer, die in soldatischer Pflichterfüllung, vielleicht gegen ihre bessere Ueberzeugung einen gegebenen Befehl befolgend, tapfer stritten und starben. Kaum einer auf beiden kämpfenden Seiten wird sich voll bewußt sein, daß er das Werkzeug unsichtbarer Kräfte im Hintergrund war. Wir aber hegen die Hoffnung, daß auch hier im deutschen Bruderkrieg in Oesterreich wieder ein Teil jener Kraft wirkte, die „stets das Böse will und stets das Gute schafft". Erfüllt sich unser Hoffen, dann sind auch diese Opfer nicht umsonst gebracht worden.

Wir wollen nicht vergessen die Mütter, Frauen und Kinder, die ihr Liebstes — oft ihren Ernährer — hingaben und im stillen Heldentum ihr Schicksal tragen.

Dem ehrenden Erinnern an kampfstarkes männliches Heldentum und dem Gedenken des schweigenden Opfertums der Mütter und Frauen gilt uns Deutschen die Treue gleich in der Heiligkeit des Begriffs. Die Fahnen, die wir wieder erheben, sind die Symbole dieser Treue, die für den nordischen Menschen nur Lebenskraft hat in enger Verbundenheit mit Heldentum.

Der Held germanischer Prägung ist treu bis zur Selbstaufgabe.

Seid euch dessen bewußt, indem ihr Treue schwört am Tage des Heldengedenkens.

Nicht allein Treue in der Tat, auch Treue in der Gesinnung wird von euch gefordert. Treue in der Gesinnung verlangt oft nicht weniger heldische Selbstzucht als Treue in der Tat. Treue in der Gesinnung bedeutet unverbrüchliche Treue, Treue, die kein Wenn und Aber, die keinen Widerruf kennt. Treue in der Gesinnung bedeutet unbedingten Gehorsam, der nicht fragt nach dem Nutzen des Befehls, der nicht fragt nach den Gründen des Befehls, sondern der gehorcht um des Gehorsams willen. Der Gehorsam wird dann zum Ausdruck heldischer Gesinnung, wenn die Befolgung des Befehls dem Gehorchenden zum persönlichen Nachteil zu gereichen oder dessen eigenster Ueberzeugung zu widersprechen scheint.

Es ist Adolf Hitlers Führerstärke, daß er in der Politischen Organisation fast stets durch die Kraft seiner Ueberzeugung wirkt und nur selten befiehlt.

Er muß aber wissen, daß, wenn er befiehlt oder befehlen läßt, der Befehl auch unbedingt befolgt wird bis herab zum letzten Blockwart. Die Schlagkraft und Wirkungsmöglichkeit einer an sich guten Organisation ist um so größer, je größer ihre Disziplin. Je mehr ihr Gehorsam übt bis ins kleinste, je klarer ihr rechtsum oder linksum nach dem Befehl des Führers macht, je sicherer ihr der Weisung zum Kurztreten oder Langausschreiten nachkommt, desto sicherer kann der Führer Schritt für Schritt die Voraussetzungen schaffen zur Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms.

Unter seinem Befehl arbeiten wir Nationalsozialisten alle an dieser Verwirklichung des Programms, wie wir einst alle arbeiteten, die Macht im Staate zu erringen, wir, die Kämpfer um die Seele des Bauern, um die Seele des Arbeiters, um die Seele des Bürgers, um die Seele des Mannes, um die Seele der Frau, um die Seele der Alten, um die Seele der Jungen. Wir, die direkten Träger der Haupt-

formationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, so wie die Männer im Arbeitsdienst, die Unterführer in den Nebengliederungen der Partei wie die nationalsozialistischen Frauen in ihren Organisationen. Im gleichen Wollen streben die Jungens und Mädels zum gleichen Ziel als die Werdenden eines Geschlechts, das uns einst als Gestalter des deutschen Geschickes folgt.

Hitler-Jungen! Ihr habt euch dem Führer in jener bedingungslosen Hingabe an Deutschland unterstellt, die vor zwanzig Jahren von Deutschlands jüngster Kampftruppe, die von den Freiwilligen von Langemarck das große gemeinsame Heldensterben für Volk und Reich verlangte. Ihr selbst habt euch diese Jugend von Langemarck zum Vorbild gestellt. Ihr habt das Glück, in einem Reich zu leben, das den besten Stürmern von 1914 nur als Hoffnung und Ahnung vorschwebte, ein Reich, das für die Ewigkeit zusammengeschmiedet, eine untrennbare Einheit bleibt, wenn ihr eure Pflicht tut. Für euch heißt Pflicht tun: des Führers Befehlen wortlos folgen! In lebendigem Erinnern ehrt ihr eure toten Kameraden des ersten Kriegsjahres am stärksten, wenn ihr deren Disziplin in euren Reihen wachhaltet. Für den Hitlerjungen-Führer muß Disziplin um so mehr erstes Gebot sein, je mehr Disziplin er von seinen Jungen verlangt. Disziplin muß er aber um so mehr von ihnen verlangen, je mehr die Jugend von Natur in schönem Freiheitsdrang zur wilden Ungebundenheit sich sehnt. Um so leichter aber müssen Disziplin und Unterordnung gepaart mit Achtung vor der Leistung der führenden Generation den Jungen von heute fallen, als die führende Generation großenteils die Generation des Weltkrieges ist.

Ich weiß, wie ihr verfolgt, geschmäht, verachtet und verhöhnt worden seid wegen eures Glaubens an den Führer. Ich weiß um euren Opfermut und kenne die Gefahren, die euch täglich bedrohten und die vielen Kameraden aus euren Reihen das junge Leben raubten. Das alles weiß ich.

Ich weiß aber auch, daß alle Gefahren und Leiden, denen ein Hitler-Junge in den rötesten Gebieten in den Jahren vor der Machtergreifung ausgesetzt war, nicht vergleichbar sind mit den Gefahren und Leiden eines einzigen Tages Trommelfeuer, den ein Angehöriger der Frontgeneration durchlebte. Vergeßt das nie, wenn euer Führer, den dieses Trommelfeuer für uns verschonte, harte Selbstzucht von euch verlangt.

Den Politischen Leitern wiederhole ich, was ich ihren Kameraden vom Gau Thüringen vor der Vereidigung im letzten Jahre zurief: Seid treu im Geiste Hitlers! Fragt in allem, was ihr tut: Wie würde der Führer handeln, gemäß dem Bilde, das ihr von ihm habt, und ihr werdet nicht fehlgehen!

Treu sein Hitlers Geist nenne ich, sich bewußt sein, daß ein Führer nicht nur Rechte, sondern vor allem Pflichten hat. Treu sein Hitlers Geist nenne ich, stets der ganzen Welt Vorbild sein. „Führer sein heißt vorleben!“, so wie Adolf Hitler euch und der Mitwelt vorlebt.

Treu sein Hitlers Geist heißt zurückhaltend und unabhängig von Aeußerlichkeiten bleiben.

Treu sein Hitlers Geist heißt, in guten und in bösen Tagen Nationalsozialist bleiben durch und durch. Nationalsozialist durch und durch sein heißt, immer nur an das ganze nationalsozialistische deutsche Volk denken, es heißt: In welchem Kleide auch immer Diener des totalen Nationalsozialismus Adolf Hitlers sein, bewußt und von ganzem Herzen zuerst und zuletzt des Führers Gefolgsmann sein!

Seid stets Diener am Ganzen auch in der Bewegung und wisset, daß die Bewegung in Ganzheit, nicht aber ein Teilglied den Sieg bewahren und die Eroberung der Zukunft bringen kann. Seid nicht dünkelhaft, weil ihr in hohem Amte steht; seid nicht eifersüchtig, weil andere ein höheres Amt bekleiden. Seid euch stets bewußt, wo ihr auch stehen möget, ihr steht dort dank dem Führer, weil seine Führung allein den Sieg ermöglichte.

Wo ihr auch stehen möget, ob hoch oder niedrig, jeder wirkt für seine Bewegung und damit für Deutschland, so wie Adolf Hitler euch sagte, daß es gleichgültig ist, ob jemand als Straßenkehrer oder als Hochschullehrer arbeitet, wenn er nur arbeitet für die Gesamtheit und seine Pflicht tut. Der Lohn eures Handelns sei das Gefühl erfüllter Pflicht für die Bewegung, für Adolf Hitler, für Deutschland. Dünkel hat nichts zu tun mit Stolz. Stolz dürfen wir sein, stolz müssen wir sein auf das, was wir alle — Politische Leiter und SA — unter der Führung Adolf Hitlers geleistet haben und auf das, was wir unter seiner Führung — wir wissen es — noch leisten werden für Deutschland. Denn dessen seien wir uns bewußt: Der geistige Kampf des Nationalsozialismus hat erst begonnen!

Schafft nicht an Stelle des schwindenden Standesdünkels in eurem Volk einen Standesdünkel in eurer Bewegung. Fühlt euch nicht zuerst als Angehörige einer Sondergruppe innerhalb der NSDAP, nicht als Angehörige einer Teilorganisation, sei es der PO, sei es der SA, sei es einer anderen Formation. Dünkt euch nicht mehr als eure Brüder. Eure Aufgaben sind so groß, die Bereitschaft, die Deutschland von euch verlangt, so immerwährend, die Arbeit so lebenfüllend, daß ihr in euch nicht Raum habt für kleines Formationsdenken, nicht Zeit für die Verfolgung kleiner Ziele statt des einen großen! Bleibt ihr immer dem großen Ziele treu: Deutschland für alle Zukunft mit Hitlers Nationalsozialismus zu erfüllen, so habt ihr euch nicht allein den Dank des Führers erkämpft — in den Herzen der Deutschen von morgen werden euch Altäre der Dankbarkeit brennen.

Ihr kämpft in der großen historischen Bewegung, die Deutschlands Schicksal bestimmt, weiter in alter Kampfgemeinschaft mit dem SA-Mann, wie sie sich einst schloß, als er kämpfte und opferte und litt, wie ihr kämpftet und opfertet und littet. Gemeinsam ehrt euch alle, Politische Leiter, SA, SS und Jugend der eine Stolz:

Angehörige zu sein der NSDAP Adolf Hitlers.

Einst zu Beginn des großen Kampfes waren sie meist personengleich, die Politischen Leiter und SA-Führer. Das Wachsen der Bewegung erzwang eine Arbeitsleistung mit verschiedenen Aufgaben. Nach der Machtergreifung blieben die Aufgaben in der großen Linie für die beiden Hauptglieder der Bewegung die gleichen von einst: Hier politische Kämpfer, Verbreiter der Idee, Streiter des Wortes, Erzieher des Volkes, dort die reale Macht der SA, unter deren Schutz die politische Erziehung des Volkes ermöglicht wird.

Niemand wird behaupten wollen, daß die politische Erziehung des Volkes, die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes abgeschlossen ist — viele, die sich Nationalsozialisten nennen, müssen erst erfahren, was wirklicher Nationalsozialismus ist.

Und niemand wird behaupten wollen, daß diese Erziehung des deutschen Volkes ungestört möglich wäre, wenn nicht im Hintergrund schirmend die SA stünde und jeden Gegner, gleichgültig ob rechts

oder links, die Lust nähme, auch nur den Versuch zu machen, dem Nationalsozialismus die Macht durch Schaffung eines neuen „Bodens der Tatsachen" streitig zu machen.

Wer glaubt, der Gedanke an einen „Putsch" einer energischen Minderheit sei absurd und die SA demgemäß überflüssig, dem sei erwidert, daß der Gedanke nur deshalb so absurd ist, weil die SA mit ihrem Millionengewicht bereitsteht, in einem einzigen schnellen Schlage jedem Gegner des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland ihre allen Feinden der Idee furchtbare Kraft zu beweisen.

Die politische Organisation unserer Bewegung schuf in langen mühevollen Jahren den einheitlichen Volkswillen der Deutschen. Die SA schützt Volk und Staat vor Kräften, die es wagen wollten, mit brutaler Gewalt diesen Volkswillen zu überrennen und zu unterdrücken.

Als Künder und Schirmer des Nationalsozialismus sind beide, der SA-Mann und Politische Leiter, die Armee der Bewegung. Beide sind nach wie vor unentbehrlich und gleichwertig. Beide sind so erstmalige und einmalige Erscheinungen in der Geschichte wie der Nationalsozialismus selbst. Beide sind typisch nationalsozialistisch. Die Politischen Leiter haben so wenig mit dem Begriff des Beamten zu tun, wie die SA mit dem Begriff einer militärischen Truppe.

SA und Politische Leiter haben ihre gemeinsame Tradition, die verkörpert ist in der „Alten Garde". Sie umschließt alle, die früh ihr Leben einsetzten oder gaben für Deutschlands Wiederaufstieg im Nationalsozialismus. Sie haben die Ehre, mit ihrem Blut und ihren Opfern unsere volkliche Zukunft erkämpft zu haben. Ihnen gebührt der Dank aller, die das Glück ihres Lebens empfinden, in einem neuen Reich leben zu dürfen, in einem Reich, das Männer führen, deren Wille zur nationalen Freiheit, zur sozialistischen Gemeinschaft, zum Frieden in Würde und Ehre unbändig ist.

Das Fortbestehen der Kampfgemeinschaft, wie sie euch die „Alte Garde" vorgelebt hat, findet heute darin seinen Ausdruck, daß eine Unzahl alter SA-Männer und Führer unter uns ist, die als Politische Leiter, HJ- oder Arbeitsdienstführer Dienst tun. Andererseits hat eine große Zahl von euch das Recht, ehrenhalber das Dienstkleid der SA zu tragen.

Mit Stolz kann ich darauf hinweisen, daß ich selbst einst zum ersten Dutzend SA-Männern gehörte, in den Reihen der SA blutete und lange Zeit SA-Führer war. Und mit Stolz bekenne ich, daß ich — mit der ehrenvollen und schweren Aufgabe, „Stellvertreter des Führers" zu sein, betraut — im Denken und Fühlen und Handeln genau so politischer Führer und SA-Mann bin und bleibe, wie damals, als mich der erste Schlag für meinen Führer traf. Ich müßte sonst nicht Nationalsozialist sein.

Ihr werdet den Schwur ablegen auf den Führer, der damals und heute tatsächlich sowohl wie symbolisch Oberster Politischer Leiter und Oberster SA-Führer in einer Person war und ist.

Wir schwören nicht auf einen Formalismus. Wir schwören nicht auf einen Unbekannten. Wir schwören nicht auf eine Hoffnung, sondern auf eine Gewißheit. Das Schicksal hat es uns leicht gemacht, unbedingt und rückhaltlos den Eid auf einen Mann zu leisten. Kaum je in der Geschichte brachte ein Volk einem Führer, der einen Schwur forderte, so restlos Vertrauen entgegen, wie das deutsche Volk Adolf Hitler. **Wir haben das unendliche Glück, den Schwur ablegen zu dürfen auf den, der für uns Inbegriff des Führers an sich ist.** Wir schwören auf den Kämpfer, der über ein Jahrzehnt sein

Führertum bewies, der stets recht behielt und stets den rechten Weg ging, auch wenn bisweilen der größte Teil seiner Anhänger ihn nicht mehr verstanden haben mochte.

Wir dürfen dem Manne unseren Schwur ablegen, von dem wir wissen, daß er nach dem Willen eines Gesetzes der Vorsehung, dem er gehorcht, unabhängig von allen Einflüssen irdischer Gewalten das deutsche Volk recht führen und deutsches Schicksal recht gestalten wird. Wir binden im Schwur erneut unser Leben an einen Mann, durch den — das ist unser Glaube — höhere Kräfte schicksalsmäßig wirken. Sucht Adolf Hitler nicht mit den Hirnen, mit der Kraft eures Herzens findet ihr ihn alle. Adolf Hitler ist Deutschland, und Deutschland ist Adolf Hitler. Wer für Hitler schwört, schwört für Deutschland.

Schwört auf das große Deutschland, dessen Söhnen und Töchtern überall in der Welt die Heimat jetzt durch mich ein feierliches Gedenken sendet.

Bevor ich zur Vereidigung schreite, bitte ich jeden, vor seinem Gewissen zu prüfen, ob er sich stark genug fühlt, den Eid auf Adolf Hitler in seinem Geist zu halten. Kein Nachteil soll dem erwachsen, der nicht mit schwört und dann offen und ehrlich sein Amt niederlegt, weil er sich für zu schwach hält. Wehe aber dem, der schwört und seinen Schwur bricht!

Wir kommen zum Eide. Sprecht hier und in allen Gauen des deutschen Vaterlandes mir nach:

„Ich schwöre Adolf Hitler unverbrüchliche Treue, ihm und den mir von ihm bestimmten Führern unbedingten Gehorsam."

Die größte Eidesleistung der Geschichte ist geschehen!

Dem Führer Sieg-Heil!"

Vorher hatte der Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Ley gesprochen:

„Unserer Generation ist es vergönnt, die größte Revolution unseres Volkes miterleben zu dürfen. Und wir, die Politischen Leiter, sind vom Schicksal berufen, die Träger des politischen Willens unseres Führers zu sein.

Ein namenloser Frontsoldat, Adolf Hitler, nahm in der schwersten Stunde unseres Volkes die Fahne der Freiheit aus den Niederungen der Schande, Entehrungen und Demütigungen auf, um sie mit einem heiligen Feuer der Begeisterung, mit einer unerhörten Zähigkeit vorwärts zu tragen.

Während wir damals alle verzagten und mit bitterem Grimm und Haß alle die Entwürdigungen über uns ergehen ließen, sagte Adolf Hitler den Verbrechern und Landesverrätern des Jahres 1918 den unerbittlichen Kampf an. Noch nie in der Geschichte der Völker sah man ein ähnliches Beispiel.

Sein Feuer war es, das auch uns entfachte. Eine kleine Gemeinde sammelte sich um den Führer, und seine Begeisterung riß uns alle mit, sein Beispiel gab uns Hoffnung, seine Energie und sein Wille machte uns zu Männern, seine Entscheidungen wurden uns Dogma, aber vor allem war es seine unerschütterliche Treue und Kameradschaft, die uns zu jener verschworenen Gemeinschaft machte, die allein befähigt war, jenen Kampf aufzunehmen, wie ihn die Weltgeschichte bis dahin nie gekannt hat.

Ohne Mittel, ohne Organisation standen wir gegen eine Welt von Feinden, die ausgerüstet war mit allem, was zu einem politischen Kampf gehört.

Man hielt uns für Wahnsinnige, man nahm uns nicht ernst, man beschimpfte und beleidigte uns, man warf uns in die Gefängnisse, man nahm uns das Brot und den Beruf. Alles erduldeten wir freudig, weil wir wußten, daß alles das der Führer weit mehr ertragen hatte.

Jeder einzelne dieser alten Kämpfer könnte ein Buch schreiben über das, was er und seine Getreuen erlebten.

Ungeheuerlich waren die Opfer, die jeder einzelne bringen mußte. Posten, Ehre und Ruhm, Dank und Versprechungen konnten wir nicht geben und wollten es auch nicht, weil uns das Opfer zum Lebensinhalt geworden war. Während die Angehörigen aller Parteien dem nackten Materialismus huldigten und jedem das Paradies auf Erden versprachen, forderten wir von den Menschen, die zu uns kamen, Entbehrungen, Arbeit, völlige Hingabe an die Idee und den Führer. Die Nachwelt wird von einem der größten Wunder sprechen, das je ein Volk erfaßt hat.

Wenn wir zuerst wähnten, wir seien Freiwillige, so mußten wir bald erkennen, daß über uns allen ein ehernes „Muß" hing, das die letzte und höchste Kraft von uns verlangte. Wie oft kamen wir zerschlagen und müde aus den Versammlungen zurück, um am nächsten Tage wiederum denselben Kampf aufzunehmen. Manchmal wollten wir verzweifeln, und Hoffnungslosigkeit zog in unser Herz, und wir fragten uns oft genug, ob dieses Volk überhaupt noch wert sei und ob unsere Opfer einen Sinn und einen Zweck hätten, und immer wieder riß uns der Führer hoch, und immer wieder war es die unsichtbare Hand des Schicksals, die uns auf diesem Wege der Freiheit weiter vorwärts trieb. Wäre es sonst denkbar, daß Hunderte und aber Hunderte junger Männer freudig ihr Leben für den Führer und die Bewegung hingaben und noch im letzten Atemzuge „Heil Hitler" und „Heil Deutschland" riefen?

Politische Leiter! Es ist notwendig, daß wir heute, in der Stunde des Sieges, uns all dieser ungeheuerlichen Opfer erinnern, und es ist vor allem notwendig, den neu hinzugekommenen Politischen Leitern und Amtswaltern immer wieder diese unerhörten Opfer ins Gedächtnis zu rufen.

Wenn wir heute die größte und gewaltigste Revolution erleben und den Sieg der deutschen Freiheit in unserer Hand tragen, so wollen wir unserem Volk und der Welt sagen, daß das Schicksal noch lange nicht den Wechsel eingelöst hat, den wir als Politische Leiter, SA, SS und Hitlerjungen ihm durch unsere Opfer gegeben haben. Und wenn man sagt, wir sollten nun endlich Ruhe geben, wir hätten die Macht, wir hätten den Staat, alle Parteien seien zertrümmert, alle Organisationen seien in unserer Hand, so antworten wir jenen:

„Wir können nicht eher Ruhe geben, bis wir das gesamte Volk von der Richtigkeit und Größe unserer Idee überzeugt und dafür gewonnen haben."

Deshalb soll auch der heutige Tag, wo wir dem Führer ein heiliges Gelöbnis der Treue geben, verbunden sein mit dem Schwur:

„Wir wollen nicht ruhen und rasten, bis Deutschland und sein Volk nationalsozialistisch geworden ist."

Wir erheben für unsere Weltanschauung den Anspruch auf die absolute Totalität.

Wir glauben allein an unseren Führer und seine Idee und können deshalb nicht dulden, daß neben ihm andere Führer anderer Weltanschauungen ebenso den Anspruch erheben, vom Schicksal zur Führung dieses Volkes berufen zu sein.

Wir werden deshalb weiterkämpfen, denn der Kampf ist unseres Lebens Inhalt.

Wir wollen erklären, daß wir heute genau so wie gestern zu jedem Opfer bereit sind.

Revolution ist für uns der Inbegriff der Erneuerung unseres Volkes, deshalb sind wir, die Politischen Leiter, dazu berufen, dieses Volk im wahrsten Sinne des Wortes zu führen, und wir erklären, daß wir nie und nimmer die Verbindung mit dem Volke verlieren werden, damit uns der sichere Instinkt, der durch den Kampf in uns erweckt und geschärft wurde, nie wieder verloren gehe.

Wir sind Soldaten und Werber zugleich.

Wir werden in allem und jedem dem Führer blind gehorchen und im Predigen und Werben nie erlahmen.

So werden wir den Eid leisten, der für die alten als die Bestätigung ihrer Treue, die sie durch die Opfer bewiesen haben, zu gelten hat, und für die neuen Politischen Leiter als das Bekenntnis, dieselben und, wenn notwendig, noch größere Opfer und Hingabe an den Führer auf sich zu nehmen, wie es ihnen die alten als Beispiel vorgelebt haben."

Der Reichsjugendführer Pg. Baldur von Schirach sprach:

„Heute vor vier Wochen haben wir in Potsdam an der Gruft Friedrichs des Großen unsere neuen Fahnen geweiht. An diesem Tage nun sollt ihr, Führer und Führerinnen der deutschen Jugend, das Gelöbnis, das ich für euch am Sarge unseres größten Toten gesprochen habe, persönlich wiederholen. In allen Gauen Deutschlands steht ihr so wie hier in München bereit, um Rudolf Heß, dem Stellvertreter des Führers, den Eid unverbrüchlicher Treue zu Adolf Hitler und seinem Werk zu leisten.

Ich brauche euch über die Bedeutung dieser Feierlichkeit keine besonderen Belehrungen zu geben, denn jeder Junge und jedes Mädel, das durch die Schule unserer Gemeinschaft gegangen ist, fühlt die Bedeutung dieser Stunde.

Ihr seid die Jugend Adolf Hitlers. Die Jugend, die freiwillig, selbstlos und gläubig zu ihm gegangen ist, und dies zu einer Zeit, als noch Millionen von Volksgenossen die in ihm ruhende Zukunft nicht begreifen konnten. Wir gingen zu Hitler, weil der Weg zu ihm der Weg zu Deutschland war. In unserem Bund der jungen Millionen ist kein einziger, der nicht mit der Person des Führers besonders herzlich verbunden wäre. Denn für einen jungen Deutschen gibt es keine größere Ehre als jene, die darin besteht, daß er als Zugehöriger der deutschen Jugeud den Namen des Führers tragen darf.

Die Tatsache, daß die Leiter der Politischen Organisationen und die Führer der Hitler-Jugend gleichzeitig am heutigen Tage dem Führer des neuen Deutschlands Treue geloben, ist bedeutungsvoll. Der deutsche Zusammenbruch war nicht zuletzt durch das Fehlen einer wirklichen politischen Leitung bedingt; die nationalsozialistische Bewegung brachte mit der Forderung nach einer solchen Leitung zugleich ihre Erfüllung, und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gab dem deutschen Volk in der PO ein Korps von weltanschaulich durchgebildeten Funktionären. Gleichzeitig erstand in der SA das Instrument zur Durchsetzung des politischen Willens der Nation, eine heroische Garde der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Beide Organisationen, PO und SA, ergänzen sich aus einer einzigen Gemeinschaft, der Hitler-Jugend, in der die gesamte männliche und weibliche Jugend Deutschlands in einem einzigen großen Weltanschauungsbund zusammengefaßt ist. Die Hitler-Jugend ist sich der Verantwortung vor Volk und Geschichte bewußt, die in dieser Tatsache begründet liegt. Sie ist bereit und entschlossen, sich in harter Zucht für ihre zukünftigen Aufgaben einzusetzen, um so das Recht zu erringen, dereinst das Werk der politischen Soldaten Adolf Hitlers fortsetzen zu dürfen.

Wir wissen, daß wir keine Rechte besitzen, sondern nur Pflichten. Vor der Feldherrnhalle in München brachen am 9. November 1923 die Bannerträger des neuen Deutschlands in ihrem Blut zusammen. Wir selbst opferten 21 unserer Besten für die Freiheit der Nation. Also wissen wir, die wir in der Hitler-Jugend an der Zukunft unseres ganzen Volkes arbeiten, daß wir nur durch Opfer und Pflichterfüllung Unsterbliches zu leisten vermögen.

Der Kampf der Hitler-Jugend ist nicht zuletzt ein Ausdruck des gesunden Dranges der deutschen Jugend zur Disziplin und zur Anerkennung der echten Autorität. Das ungebundene Schwärmen, dem sich früher einmal die Jugend ergeben hatte, und das dennoch in seiner Zeit gut und richtig war, ist vorüber. Was wir deutschen Jugendführer heute wollen, ist nicht wirklichkeitsfremde Romantik, sondern junges Sparta.

Freiwillig beugt sich das ganze junge Deutschland unter ein Gesetz. Der Wille eines einzigen bestimmt den Marschtritt unserer Kolonnen. Unser Führer und unsere Pflicht sind die treibenden Momente unseres Handelns und Denkens.

Wo einer von uns von ihnen abweicht, schließt er sich von selbst aus unseren Reihen, denn in unserer Gemeinschaft hat nur der Platz, der dem ewigen Deutschland dient.

Keine deutsche Jugend war glücklicher als ihr. Not und Entbehrung sind nichts vor der Tatsache eurer geschichtlichen Sendung. In diese Zeit hineingeboren worden zu sein, ist an sich schon etwas Gewaltiges. Wer aber wie wir so gesegnet ist, daß er als Dienender am gemeinsamen Werk mitbauen darf am Reich der Zukunft, hat mehr Gnade erfahren, als alle vor ihm.

Stellvertreter des Führers! Die in ganz Deutschland angetretenen Hitler-Jugend-Führer haben den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung mitgestritten und sind Schulter an Schulter mit den anderen Kämpfern der nationalsozialistischen Partei durch Verfolgung und Gefahr hindurchgeschritten. Es ist für jeden einzelnen dieser alten und doch so jungen Kämpfer eine Ehre, heute durch Sie, den vertrautesten Mitarbeiter Adolf Hitlers, dem Führer das Gelübde selbstloser Hingabe und Treue aussprechen zu dürfen. Es ist nicht die Art der neuen Jugend, die erhabene Feierlichkeit einer solchen Stunde mit schönen Worten zu schmücken; die Tat ist stumm, wie unsere Toten es sind, die mit dem Namen „Adolf Hitler“ auf den Lippen klaglos und gleichsam selbstverständlich in ihre ewige Heimat gingen.

Diese Jugend, die hier vor Ihnen steht, Rudolf Heß, besteht nur aus solchen entschlossenen Kämpfern, wie diese es waren. Sie alle dienen Adolf Hitler an höherer oder minderer Stelle. Jeder von ihnen hat eine andere Funktion, und sie unterscheiden sich alle untereinander durch die Verschiedenheit ihrer Fähigkeiten und ihrer Leistungen — in einem aber sind sie alle gleich, und eines können sie alle, der oberste Jugendführer wie der unterste: alle können für diesen einen Adolf Hitler schweigend sterben, als Diener ihrer harten Pflicht. Melden Sie das dem Führer als die Botschaft seiner treuesten Jugend.“

Am gleichen Tag wurde der Heldengedenktag durch einen feierlichen Staatsakt der Reichsregierung in der Staatsoper eingeleitet. Der Reichspräsident von Hindenburg legte in der Ehrenhalle Unter den Linden einen Kranz nieder. Ein ganzes Volk gedachte Heldengedenktag

seiner Toten und schwur ihnen die Treue auf dem Weg in eine bessere und größere Zukunft. Es gedachte dabei in gleicher Weise der Opfer des Weltkrieges wie der Opfer, die in jahrelangem Kampfe um die nationalsozialistische Erhebung gebracht worden waren (wie es auch am 28. Februar in dem Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung zum Ausdruck kam, das diese Opfer in der Versorgung mit den Opfern des Krieges gleichstellte). Denn diese Kämpfer waren es, die ihr Wertvollstes gaben, um den Grundstein des Neubaues des Reiches zu legen.

Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung

Arbeitsdienst und Volk

Wenn die geistige Durchdringung des gesamten deutschen Volkes mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus die innerlich größte Aufgabe des Neubaus war, so war einer der wichtigsten Faktoren bei der Bewältigung dieser Aufgabe der Arbeitsdienst. Der Arbeitsdienst hatte sich nicht nur zum Ziel gesetzt, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufzunehmen und Hunderttausende junger Deutschen von der Straße weg wieder zu Arbeit und Brot zu bringen — sondern auch das Verhältnis dieser Menschen zu ihrer Arbeit von Grund auf neu zu gestalten, gegen die Entseelung der Arbeit anzukämpfen, der Arbeit wieder ihren Sinn zurückzugeben, Freude an der Arbeit zu schaffen. Darüber hinaus wurde der Arbeitsdienst zu einem sozialistischen Erziehungsmittel, wie es stärker nicht denkbar ist, und erfüllte damit seine wichtigste Aufgabe, die der Führer am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Felde in Berlin so klar gekennzeichnet hatte (siehe Band 1933, Seite 224). Junge Deutsche aller Stände leben und arbeiten hier in geschlossener Kameradschaft — für die Volksgemeinschaft! Sie werden hier nicht theoretisch, sondern praktisch zum Geist und zur Haltung des neuen Staates erzogen — zum Sozialismus der Tat! In Disziplin und Kameradschaft arbeiten hier Führer und Gefolgschaft für die deutsche Zukunft.

Die Aufgabe des Arbeitsdienstes im Rahmen des Neubaus

Der Arbeitsdienst als sozialistisches Erziehungsmittel

Die wahre Volksgemeinschaft muß von unten her wachsen. Und die Arbeitslager unseres Arbeitsdienstes sind für dieses Wachstum Keimzellen von unerhörter Bedeutung.

Neben den großen seelischen Werten, die der Arbeitsdienst schafft, werden wirtschaftliche Werte geschaffen, die für die gesamte Nation bestimmt sind. Auch im Arbeitsdienst kämpft das deutsche Volk seinen gewaltigen Kampf gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit!

Bei der Besichtigung eines Arbeitsdienstlagers in Westdeutschland erklärte der Führer am 28. Juni:

„Unser Arbeitsdienst ist heute das Zeichen des Gelingens eines großen Gedankens. Sein weiterer Erfolg hat eine Voraussetzung: die Beharrlichkeit. Das, was bis jetzt geleistet wurde, wird mit dem Namen Hierl auf immer verbunden sein!" Reichsarbeitsführer Hierl

In der Tat ist die Organisation des auf den Gedanken des Führers aufgebauten Arbeitsdienstes vor allem das Werk des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst, des Staatssekretärs Pg. Konstantin Hierl, der sich seit 1929 mit den geistigen Vorarbeiten für den Arbeitsdienst beschäftigt hatte. — Und als beim Parteitag 1934 auch der Arbeitsdienst aufmarschierte und ein Bild von seltener Wucht und Geschlossenheit bot, konnte Pg. Hierl mit Stolz auf dieses Werk sozialistischer Volkserziehung blicken. —

In der parteiamtlichen Korrespondenz — „Nationalsozialistische Korrespondenz" (NSK) — erschien am 17. November ein Artikel „Was der Arbeitsdienst heute ist", der in knappen, sachlichen Sätzen Organisation und Aufgabe des Arbeitsdienstes folgendermaßen umriß: Organisation des Arbeitsdienstes

Die Organisation.

An der Spitze steht der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst und Führer des NS-Arbeitsdienstes, Pg. Staatssekretär Hierl.

Ihm zur Seite steht die Reichsleitung des Arbeitsdienstes.

Ihre wesentlichsten Aemter sind:

Das Dienstamt,
das Planungsamt,
das Personalamt,
die Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens,
sowie das Verwaltungs- und Wirtschaftsamt.

In diesen Aemtern werden die Richtlinien für die gesamte Arbeit in den unteren Gliederungen des Arbeitsdienstes ausgearbeitet.

Hier wird zentral der Arbeitsdienst an den volkswirtschaftlich wichtigsten Stellen angesetzt, hier die Erziehungsarbeit organisiert und kontrolliert, ihre klare Linie überwacht.

Unter der Reichsleitung des NS-Arbeitsdienstes stehen als oberste provinzielle Dienststellen die Arbeitsgaue mit einem Arbeitsgauführer an der Spitze, dem wiederum der Gau-Planer, die Gau-Unterrichtsleiter usw. zur Seite stehen.

Das ganze Reichsgebiet umfaßt 30 Arbeitsgaue. Der Arbeitsgau gliedert sich in 5 bis 8 Gruppen, die nun schon unmittelbar mit der einzelnen Spezialaufgabe zu tun haben.

Jede Gruppe besteht aus vier bis acht Abteilungen, den eigentlichen Arbeitslagern.

Ueberall in Deutschland arbeitet heute täglich der Nationalsozialistische Arbeitsdienst, in über 1000 Lagern leben junge Menschen jeder Herkunft, jedes Standes, jedes Berufes dem Begriff der Arbeit.

Bereits im Jahre 1933 haben sie über 68 Millionen Tagewerke geleistet.

Die Arbeit am deutschen Boden.

Drei Millionen Hektar deutschen Bodens liegen heute noch unberührt, das ist ein Zehntel des ganzen deutschen Bauernlandes. Das heißt: auf neun Hektar Ackerland fällt ein Hektar Brachland.

Zehn Millionen Hektar deutschen Bodens leiden in ihrem Ertrag durch mangelnde Entwässerung.

Eine Million Hektar steht unter Hochwassergefahr.

In diesen wenigen Zahlen steht die ungeheuere volkswirtschaftliche Aufgabe des Arbeitsdienstes geschrieben.

Der Leiter des Planungsamtes der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, Gauarbeitsführer Tholens, hat diese Aufgabe mit den Worten gekennzeichnet: „Die große Arbeitsaufgabe des Arbeitsdienstes ist, das deutsche Bauernland zu mehren und zu verbessern; so Platz zu schaffen für neues Bauerntum, und den Platz zu stärken für das Bestehende."

Durch die Arbeitsleistung des Arbeitsdienstes ist nach den Berechnungen des Planungsamtes eine **jährliche Bodenertragssteigerung von 30 Millionen Mark** erzielt worden.

Dazu kommen die anderen volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten, wie insbesondere die des **Wirtschaftswegebaues**, Forsterschließung usw.

Alle diese Anträge laufen als „Arbeitsvorhaben" im Planungsamt der Reichsleitung des Arbeitsdienstes zusammen, werden dort geprüft und genehmigt.

Hier ist die große Kontrolle über die Gesamtarbeitsleistung. Hier wird dafür gesorgt, daß wirklich bis in das kleinste Glied des großen Apparates volkswirtschaftlich richtiger Arbeitseinsatz betrieben wird.

Die Arbeit am deutschen Menschen.

Die zweite große Aufgabe des Arbeitsdienstes, die Erziehung der jungen Menschen, die im Arbeitsdienst dienen, untersteht dem Inspekteur für das Erziehungs- und Bildungswesen, Dr. **Decker**.

Drei Hauptmitarbeiter stehen ihm zur Seite: der Inspekteur für das Unterrichtswesen, der Inspekteur der Lehrabteilungen und der Inspekteur für Leibeserziehung.

Sie gestalten den Arbeitsdienst als nationalsozialistisches Erziehungsinstrument, sie bauen auf auf der Tatsache, daß die Arbeit an sich, die Arbeit am deutschen Boden mit dem Spaten in der Hand, die gemeinschaftliche Arbeit ohne Unterschied der Herkunft und des Standes, der wichtigste Faktor dieser nationalsozialistischen Erziehung ist.

Dazu aber gilt es, das Führerkorps des Arbeitsdienstes mit den besten und fähigsten Führerpersönlichkeiten laufend zu ergänzen und außerdem dem Leben der Arbeitsmänner in den Lagern durch Feierabendgestaltung, durch kulturelle Maßnahmen den Stil und den Stempel unserer Ideenwelt aufzuprägen.

Führerschulung

Führerauslese.

Der ersten dieser Aufgaben, der Führerausbildung, dienen heute die Reichsschule in Potsdam, 12 Bezirksschulen (je eine für zwei bis drei Arbeitsgaue), sowie die Reichsschule für Arbeitstechnik im Rhinluch bei Berlin.

In einer Verfügung des Reichsarbeitsführers heißt es über den Arbeitsdienstführer:

„Nicht Spezialausbildung ist das wesentliche der Arbeitsdienstschulung, sondern die universale Ausbildung des Führers, der im Arbeitsdienst sowohl ein staatspolitischer Jugenderzieher als auch ein sportliches Vorbild, ebenso ein einwandfreier wirtschaftlicher Verwalter des ihm an-

vertrauten Gutes an Menschen und Werten als auch ein technischer Könner, zuletzt aber nicht zum wenigsten ein menschliches Vorbild an Haltung, Zucht und Disziplin sein soll."

Diesen Richtlinien entspricht die Arbeit der Arbeitsdienstschulen.

Ihre Lehrgänge umfassen die Gebiete sowohl der staatspolitischen und Leibeserziehung, der Ordnungsübungen und des inneren Dienstes, wie auch die technische Arbeitsausbildung.

Die Auswahl der Führer erfolgt von unten nach oben, d. h. die tüchtigsten Männer der Lager werden zu Truppführern und Obertruppführern ausgebildet, von diesen die besten in den Lehrabteilungen der Bezirksschulen zu Unterfeldmeistern und so fort zu den höheren Führern.

Die Führerstellen werden heute grundsätzlich nur noch mit Männern und Führern aus dem Arbeitsdienst selbst besetzt.

Der Reichsarbeitsführer hat dazu durch eine eigene Verfügung bestimmt, daß Beförderungen nur nach dem Gesichtspunkt der Eignung und der Führereigenschaft und nicht nach Altersgesichtspunkten vorgenommen werden. Dadurch sind gerade junge Kräfte unter den Arbeitsdienstführern stark vertreten.

Die zweite der oben gekennzeichneten Erziehungsaufgaben im Arbeitsdienst, die nationalsozialistische Lebensgestaltung der Arbeitsmänner, wird ebenfalls nach klaren Gesichtspunkten von oben her durchgeführt.

Erziehung

Staatspolitischer Unterricht.

Der staatspolitische Unterricht ist weniger auf Vorträgen aufgebaut, als auf die lebendige nationalsozialistische Feierabendgestaltung im Lager und auf Arbeitsgemeinschaften, in denen bestimmte zeitgemäße und grundsätzliche Fragen behandelt und besprochen werden. Kein theoretisches „Einpauken" ist der Grundsatz der staatspolitischen Erziehung, sondern lebendiges Mitdenken und Miterleben. Grundsätzlich wird der staatspolitische Unterricht nur von Führern geleitet, die selbst im Lager stehen....

Dazu wird bei den Männern die handwerkliche Kunst gefördert. Manches Können wird im Arbeitslager wieder geweckt und gestaltet sich weiter zu fruchtbarer Betätigung. Auch das ist ein Teil staatspolitischer Erziehung.

Leibeserziehung.

Hand in Hand damit geht die Leibeserziehung, die ebenfalls von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes einheitlich überwacht und gestaltet wird. Das Ziel ist hier nicht die reine Sportausbildung, sondern vor allem eine Charaktererziehung; nicht um Höchstleistungen geht es, sondern um die Freude aller an der Durchbildung des Körpers.....

Verwaltungsrechtlicher Aufbau des Arbeitsdienstes

Hierzu ist noch folgendes festzustellen: Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes unter Pg. Hierl und die ihr unterstehenden Arbeitsgauleitungen und Meldeämter stellen die staatliche Verwaltungssäule des Arbeitsdienstes dar, die folgende Aufgaben hat: die Verteilung und Ueberweisung der Mittel, die Arbeitsplanung, die Anerkennung der Arbeitsdienstmaßnahmen, die Einstellung und Entlassung der Arbeitsmänner. Daneben steht als nationalsozialistische parteiamtliche Verwaltungssäule der „Träger des Dienstes": der „Nationalsozialistische Arbeitsdienst e. V.", dessen Führung ebenfalls in der Hand des Staatssekretärs und Reichs-

arbeitsführers Hierl liegt und dessen Aufgabe in der erzieherischen und wirtschaftlichen Betreuung der Arbeitsmänner und in der Auswahl und Ausbildung des Führer-, Lehr- und Verwaltungspersonals beruht. Wie auf anderen Gebieten des Lebens der Nation, so ist damit auch hier ein Einbau nationalsozialistischer Organisation in den Staatsapparat vollzogen worden, dessen Einheitlichkeit durch die Einheit in der Führung gesichert ist. Der Reichsarbeitsführer erklärte auf dem Parteikongreß 1934 in Nürnberg:

„Die nationalsozialistische Partei gibt die weltanschauliche und politische Richtung an, aus der nationalsozialistischen Bewegung kommt die lebendige Kraft, die immer neue Impulse gibt und eine Erstarrung in Formalismus und Bürokratie verhindert.

Der nationalsozialistische Staat gewährleistet die Stetigkeit und Festigkeit der Einrichtungen, sichert Autorität und Disziplin, er ist der Hüter von Recht und Gesetz und der Träger der Macht nach innen und außen.

Nationalsozialistische Bewegung und nationalsozialistischer Staat gehören zusammen wie Seele und Leib, beide zusammen haben eine gemeinsame Aufgabe: Dem Bestand und Gedeihen des deutschen Volkes zu dienen.

So ist auch für den nationalsozialistischen Arbeitsdienst Sinn und Zweck seines Daseins: Dienst am Volke."

Der NS-Arbeitsdienst ist also eine halbstaatliche Rechtseinrichtung, die als Vorstufe für eine kommende allgemeine Arbeitsdienstpflicht angesehen werden kann.

Verwaltung

Die Verwaltung einer derart gewaltigen Organisation stellt naturgemäß sehr hohe sachliche Anforderungen. Eine klare, saubere und wirtschaftliche Verwaltung dient dem Bestand dieser einzigartigen Gemeinschaft des NS-Arbeitsdienstes — gemäß der unbürokratischen und kämpferischen Auffassung, die Pg. Hierl einmal über die Aufgabe der Verwaltung geäußert hat:

„Führung und Verwaltung im Arbeitsdienst müssen eine Einheit bilden. Ihre Zusammenarbeit soll sich vollziehen wie die des Familienvaters und der Hausfrau in der harmonischen Familie.

Der Geist, der dem Arbeitsdienst sein besonderes Gepräge gibt, muß in den im Verwaltungsdienst eingesetzten Führern ebenso lebendig sein wie in allen Führern.

Alle tragen die gleiche Ehrentracht des Arbeitsdienstes, alle müssen sich als dienende Glieder einer Gemeinschaft fühlen mit dem gleichen Ziele, die hohen ethischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben des Arbeitsdienstes zu erfüllen und das Wohl der anvertrauten deutschen Jugend nach Kräften zu fördern."

Wirtschaftlichkeit des Arbeitsdienstes

Bei einer Behandlung der Fragen des Arbeitsdienstes muß aber noch eins erwähnt werden: Die gewaltigen seelischen und wirtschaftlichen Erfolge dieser Organisation werden nicht etwa durch staatliche Mittel „erkauft", die die hierdurch geschaffenen wirtschaftlichen Werte

übersteigen. Die „Wirtschaftlichkeit" des Arbeitsdienstes ist im Gegenteil eindeutig nachgewiesen: Die vom Arbeitsdienst erstellten wirtschaftlichen Werte übersteigen wesentlich die Summe der für ihn aufgewandten öffentlichen Mittel. Dazu kommt aber noch ein weiterer Umstand, über den der Leiter des Planungsamtes der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, Pg. Tholens, im November 1934 (im Heft 56 der „Nationalsozialistischen Monatshefte") schrieb:

„Der Aufwand, der heute, wo wir noch über zwei Millionen Arbeitslose haben, für den Arbeitsdienst geleistet wird, geht nicht zu Lasten irgendwelchen anderen Arbeitsertrages oder Einkommens, sondern wird einzig bestritten durch die Arbeit derer, die andernfalls ohne Arbeit wären. Infolgedessen führt dieser Aufwand auch nicht zu irgendwelcher Steuererhöhung. Das für ihn vom Staate ausgegebene Geld fließt vielmehr, soweit es nicht in der Arbeitslosenunterstützung erspart wird, infolge der so vermehrten Steuereingänge allmählich wieder voll zum Staate zurück.

Die für den Arbeitsdienst aufgewendeten öffentlichen Mittel sind somit, solange Arbeitslosigkeit besteht, lediglich ein Vorschuß auf die hieraus entstehenden Mehreingänge an Steuern (und Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützung); somit können sie auch, solange Arbeitslosigkeit besteht, nur „nominell" als Kosten gewertet werden.

Da für die mit dem Werk des Arbeitsdienstes erzielte Ertragssteigerung unseres Bodens gleichzeitig gilt, daß sie einer ebenso großen Einfuhrersparnis gleichzusetzen ist und hiermit unserer gegenwärtig größten Wirtschaftsnot gesteuert wird, fordert daher das Wohl von Volk, Staat und Wirtschaft, daß dieses Werk seine Begrenzung einzig in der Leistungsfähigkeit des Arbeitsdienstes selbst findet."

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Erziehung eines Volkes sich nicht auf die jungen Männer beschränken kann. Eine solche Erziehung müßte letzten Endes immer scheitern, da das geistige Gesicht eines Volkes in seinen Kindern in erster Linie von den Frauen gestaltet wird. Das innere Leben einer Nation wird in hervorragendem Maße von seinen Frauen bestimmt — nicht aus Zufall, sondern aus Naturgesetzlichkeit. Die sozialistische Erziehung auch der deutschen Mädchen im Arbeitsdienst wurde so zur unabweislichen Notwendigkeit. Im Deutschen Frauenarbeitsdienst, der in der Spitzenorganisation mit dem männlichen Arbeitsdienst verbunden ist, arbeiteten seit dem 1. Januar laufend 10000 Mädchen. Frauenarbeitsdienst

Bei dem V. Internationalen Kongreß für Hauswirtschaftsunterricht (am 25. und 26. August in Berlin) führte die Parteigenossin Gertrud Scholtz-Klink, die Führerin des Deutschen Frauenwerkes, über den Frauenarbeitsdienst u. a. folgendes aus:

„Auch das deutsche Mädchen muß zum Dienst am Volk in einer Form herangezogen werden, die alles andere in den Hintergrund stellt, und die den Mädchen zugleich die Besinnung auf sich selbst, auf ihr künftiges Frauentum bringt.....

Es wird Ihnen nun vielleicht klar, warum der Arbeitsdienst für unser deutsches Leben unentbehrlich ist. Es sind nicht wirtschaftliche Voraussetzungen, die uns den Arbeitsdienst notwendig machen, sondern es ist die Formung des jungen deutschen Menschen zum bewußten Deutschen der Gegenwart. Es ist die Formung der deutschen Frau zur bewußten deutschen Frau der Gegenwart, und wir stellen ganz bestimmte Ansprüche an die deutsche Frau der Gegenwart. Wir machen uns ein Bild von ihr; und ich möchte Ihnen auch das einmal ganz kurz umreißen. Die deutsche Frau, wie wir sie uns denken, muß, wenn es die Lage des Volkes fordert, verzichten können auf Luxus und Genuß, sie muß arbeiten können, geistig und körperlich gesund sein, und sie muß aus dem harten Leben, das wir heute zu leben gezwungen sind, ein schönes Leben machen können; sie muß zum letzten innerlich um die Nöte und Gefahren, die das Leben unseres Volkes bedrohen, wissen. Sie muß so sein, daß sie alles, was von ihr gefordert wird, gern tut. Sie muß, ich fasse es in einem Wort zusammen, politisch denken können, nicht parteipolitisch, nicht politisch im Sinne des politischen Kampfes mit anderen Nationen, sondern politisch so, daß sie mitfühlt, mitdenkt, mitopfert mit dem ganzen Volk.....

Die erste Form ist das Zusammenfassen von jungen Mädchen im Lager in Form eines hauswirtschaftlichen Betriebes, eines großen Haushalts, um sie durch die Bearbeitung dieses Betriebes in die Arbeiten des Haushaltes einzuführen; die zweite Art ist dieselbe Form, verbunden mit einem landwirtschaftlichen Betrieb. Diese Lager arbeiten zumeist Hand in Hand mit der NSV in der Betreuung von bedürftigen Kindern, in der Hilfe bei kinderreichen Familien, also in unserer großen Aktion der Hilfe für „Mutter und Kind"; die dritte Art ist die Hilfeleistung bei Siedlern und Bauern. Auch hier geht Hand in Hand mit der NSV die Einrichtung von Erntekindergärten, die von den arbeitsdienstwilligen Mädchen betreut werden.

Die arbeitsdienstwilligen Mädchen sind zum größten Teil in einer Zahl von durchschnittlich 35 bis 50 auf dem Lande in leerstehenden Gutshäusern untergebracht. Sie werden von pädagogisch geschulten Frauen zum Leben im Arbeitsdienst und zum Zusammenleben geführt. Gearbeitet wird in allen Fällen sechs Stunden täglich; die übrige Zeit wird mit einer gründlichen staatspolitischen Schulung, weltanschaulichen Erziehung, mit Sport und Gymnastik ausgefüllt.

Die hauswirtschaftliche Schulung geht also im Rahmen der Arbeit ganz automatisch auf das Mädchen über und ist somit eben eine Grundvoraussetzung für die künftige Ausrichtung der Frau, wenn sie einmal in der Familie steht. Dieses Erleben der Gemeinschaft, dieses ganz auf sich selbst Gestelltsein während eines halben Jahres wandelt unsere jungen Mädchen vollkommen innerlich um...."

Ein lebendiges Bild dieser Arbeit vermittelte der Film „Ich für dich — du für mich", der zu Beginn des Winters in Berlin seine Uraufführung erlebte. Die Volksgemeinschaft, die der Arbeitsdienst schafft, fand hier einen Ausdruck von vorbildlicher Gestaltungskraft und Wahrhaftigkeit.

Arbeitsdank

Das Jahr 1934 brachte auch die Entstehung der Organisation „Arbeitsdank E. V.", deren Ehrenvorsitz der Reichsarbeitsführer Pg.

Hierl übernahm. Der „Arbeitsdank" wurde geschaffen, um alle Kreise zu erfassen, denen durch den Arbeitsdienst neue Werte geschaffen werden — denen aus dem Arbeitsdienst Menschen vermittelt werden (wie der freien Wirtschaft), die eine neue Haltung gegenüber der Arbeit besitzen und damit wertvolle Kräfte bedeuten, darüber hinaus alle jene,

> „die die hohen Aufgaben und Ziele des Arbeitsdienstes anerkennen und sich für seine Idee einsetzen durch tatkräftige Mitarbeit bei der Eingliederung der aus dem Dienst ausscheidenden Freiwilligen in das Wirtschaftsleben",

wie es in einem Artikel der NSK vom 29. Juni hieß. Der „Arbeitsdank" setzte sich als Aufgabe: Die Vorbereitung und Umschulung der Arbeitsmänner für den späteren Beruf — die Arbeitsvermittlung für die ausscheidenden Arbeitsmänner, ihre Beratung usw. — die Fürsorge für im Dienst verunglückte Arbeitsmänner — die allgemeine fürsorgliche Betreuung der Arbeitsmänner — die Rückkolonisation von geeigneten Arbeitsmännern auf das Land. Und bereits im ersten Jahre seines Bestehens zeigte sich die segensreiche Auswirkung des „Arbeitsdankes". —

Der Arbeitsdienst im Spiegel des Auslandes

Daß der deutsche Arbeitsdienst eine Organisation darstellt, die in der Welt einzig dasteht und die als vorbildlich anerkannt werden muß, ist unstreitig. Daß es anderseits genügend ausländische Kreise und Kräfte gab, die über den Arbeitsdienst Verleumdungen ausstreuten, ist angesichts der bekannten deutschfeindlichen Greuelhetze im Ausland nicht verwunderlich. Um falschen Darstellungen entgegenzuwirken, hat der Arbeitsdienst im Laufe des Jahres 1934 zahlreichen einflußreichen Männern fremder Staaten Gelegenheit gegeben, sich Einblick in den deutschen Arbeitsdienst zu verschaffen. Und alle jene, die diese Gelegenheit hatten, stellten einmütig die Unsinnigkeit der gegnerischen Behauptungen fest.

Tschechische Kerkerurteile wegen Beteiligung am Arbeitsdienst

Als Beispiel für die völlige Abwegigkeit mancher ausländischen Vorstellungen sei die Tatsache angeführt, daß in der Tschechoslowakei Sudetendeutsche mit Kerker bestraft wurden, die auch nur den Versuch gemacht hatten, in den deutschen Arbeitsdienst einzutreten, und daß diese Urteile damit begründet wurden, daß der Arbeitsdienst eine „militärische Formation" des Auslandes sei!

Präsident Knox gegen den deutschen Arbeitsdienst

Auf der gleichen unsinnigen Ebene bewegten sich die Behauptungen des Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebiets, des Herrn Knox, die darin gipfelten, der deutsche Arbeitsdienst bilde Saarländer militärisch aus, um sie zu Gewaltmaßnahmen im Saargebiet zu erziehen — Behauptungen, die am 8. September

durch eine Verbalnote des Auswärtigen Amtes widerlegt wurden, in der es hieß:

Deutsche Stellungnahme

„Die Regierungskommission des Saargebiets hat sich in einem an den Herrn Generalsekretär des Völkerbundes gerichteten Schreiben vom 17. August mit dem Deutschen Freiwilligen Arbeitsdienst befaßt. Sie sucht den Eindruck zu erwecken, als ob die in deutschen Arbeitslagern untergebrachten Arbeitsfreiwilligen aus dem Saargebiet eine militärische Ausbildung erhielten und deshalb die Ordnung im Saargebiet bedrohten.

Das Auswärtige Amt stellt fest, daß die Regierungskommission tatsächliche Beweise für ihre Behauptung nicht erbringt, sondern sich lediglich auf eine Schlußfolgerung stützt, die sie aus einem Schreiben der Reichsleitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes vom 6. Oktober 1933 ziehen zu können glaubt. Diese Schlußfolgerung ist aber in keiner Weise berechtigt.... Ebensowenig kann militärische Ausbildung deshalb vermutet werden, weil das Schreiben von einer „besonderen Betreuung und Unterrichtung für den Saarkampf" spricht. Es scheint, als ob die Regierungskommission dem der deutschen Sprache seit fünfzehn Jahren geläufigen Wort „Saarkampf" einen Sinn beilegt, den es niemals gehabt hat. Welche Bedeutung dieses Wort in der deutschen Sprache tatsächlich besitzt, ist beispielsweise daraus zu ersehen, daß ein bekanntes Werk über das Saarproblem den Titel „Die Grundlagen des Saarkampfes" führt. Das Auswärtige Amt erlaubt sich der Regierungskommission ein Stück dieser Druckschrift zu übersenden.

Tatsächlich hat, entsprechend dem völlig unmilitärischen Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes, niemals ein Arbeitsfreiwilliger aus dem Saargebiet eine militärische Ausbildung erhalten, und niemals haben derartige Pläne bestanden.... Was die „besondere Betreuung und Unterrichtung für den Saarkampf" betrifft, so besteht diese ausschließlich in Vorträgen über geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Fragen, soweit diese die Verbundenheit des Saargebiets mit der deutschen Heimat zum Gegenstand haben....

Das Auswärtige Amt muß hiernach Verwahrung einlegen gegen die Methoden der Regierungskommission, die unter Verwertung vereinzelter Schriftstücke und mit Hilfe unrichtiger Schlußfolgerungen ein völlig falsches Bild von dem auf hohen sozialen und sittlichen Ideen beruhenden Freiwilligen Arbeitsdienst hervorzurufen geeignet sind.

Wenn die Regierungskommission an dem Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes etwa noch zweifeln sollte, lädt das Auswärtige Amt sie ein, deutsche Arbeitsdienstlager im ganzen Deutschen Reich nach freier Wahl und in beliebiger Zahl, insbesondere solche, in denen sich Saardeutsche befinden, zu besichtigen."

Während so auf der einen Seite versucht wurde, die Arbeitslager als „militärisch" zu verdächtigen, ging man auf der anderen Seite daran, die Lager in sozialer Hinsicht zu verleumden. Mit welcher Frechheit gelogen wurde, bewies zum Beispiel eine Notiz der Korrespondenz „Impreß", Paris:

Lügen der Korrespondenz „Impreß"

„Nürnberg, September (Impreß). Aus der Rede Hierls, des Reichsarbeitsführers, auf dem Nürnberger Parteitag verdient ein Satz be-

sonders hervorgehoben zu werden: „Im kommenden Jahre müsse man es dahin bringen, daß die Arbeitsleistungen des Arbeitsdienstes künftig als die Norm für Arbeitsleistungen bei Erdarbeiten allgemein bestimmend anerkannt werden.“ Nach zuverlässigen Mitteilungen aus dem Arbeitsdienst ist die „Norm“ so beschaffen, daß die Arbeitsdienstler, je nach der Witterung, von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr, also elf Stunden, ohne warme Mahlzeit arbeiten müssen. Sie sind während der Arbeitsstunden nur berechtigt, zwischendurch ihre Butterbrote zu essen.“

Dem Leser beibringen zu wollen, elf Stunden schwerer Handarbeit ohne Essen — das sei deutscher Arbeitsdienst, ist eine Lüge von geradezu faustdicker Unverschämtheit, zumal ja Tausende von Ausländern in den deutschen Arbeitsdienst Einsicht genommen haben und solche Falschmeldungen ohne weiteres widerlegen können. Zahlreiche Ausländer haben auch mit Genehmigung der Reichsleitung selbst Dienst im Arbeitslager getan, um den Arbeitsdienst kennenzulernen. Ausländer im deutschen Arbeitsdienst

So der Engländer Christopher Jowett im Lager Oppenwahn, der später schrieb:

„Das lächerliche und vollkommen ungerechtfertigte Bild eines deutschen Arbeitslagers als einer Militärschule kann sofort widerlegt werden....

Für mich ist es eine Ehre und Freude gewesen, die Gelegenheit gehabt zu haben, an der großen Bewegung teilgenommen zu haben, die für eine bessere und herrliche Zukunft kämpft. Und zum Dank wird es mir eine freudige Pflicht sein, allen meinen Bekannten die Wahrheit zu berichten, so daß auch sie den wahren Zweck des neuen Deutschlands erkennen.“

Oder der französische Student René Hallard im Lager Bernau, der sich bei seinem Abschied mit einem Brief bedankte, in dem es hieß:

„In dem Augenblick, wo ich das Lager verlasse, halte ich mich für verpflichtet, meiner vollendeten Hochachtung und großen Freude Ausdruck zu geben.... Ich habe so Gelegenheit gehabt, selbst festzustellen, welch ausgezeichneter Geist der Gemeinschaft zwischen allen Arbeitsmännern herrscht. Ich habe mich ganz als einer der Ihren gefühlt, und ich bedauere lebhaft, gezwungen zu sein, das Lager zu verlassen.“

Oder der amerikanische Student Henry Eliot Scott im Lager Benediktbeuren, der nach seinem Ausscheiden in einem Bericht wörtlich erklärte:

„Eines bedauere ich aufrichtig, daß ich nicht längere Zeit im deutschen Arbeitsdienstlager arbeiten und leben kann, weil ich so bald abreisen muß. Außer den sozialen und erzieherischen Vorteilen, die ich glaube schon wirklich wirkend gesehen zu haben, und die ich für eine so sehr kurze Zeit erleben und beobachten konnte, bewundere ich vor allem den kameradschaftlichen Geist und den Willen zur Selbstdisziplin, die ich gern mit einem längeren Aufenthalt vertiefen würde. Obwohl ich stolz bin, reiner Amerikaner zu sein, beneide ich Deutschland um den Geist, der im Arbeitslager Benediktbeuren besteht.“

Oder der bekannte amerikanische Journalist und Radiosprecher Brinkley, der seinen Bericht mit den Worten schloß:

„Ich möchte aus meiner eigenen Erfahrung feststellen, aus meinem Studium, dem Besuch und meiner Arbeit als Arbeiter in einem Arbeitsdienstlager, daß ich gesehen habe, daß diese Arbeitsdienstlager ein weiteres Beispiel für die großen Errungenschaften sind, die Deutschlands Führer und Kanzler im Interesse der Menschheit und für die Wiedergenesung aller Volksschichten macht. Ich kann ohne Zögern erklären, daß diese Arbeitsdienstlager ein Beispiel für den sozialen Wiederaufstieg bedeuten, das in vielen anderen Ländern der Welt, die heute an Problemen sozialer Unruhe und Unzufriedenheit leiden, Nachahmung finden wird. Deutschland hat den anderen Nationen ein Vorbild gegeben."

Und es konnte als ein erfreuliches Beispiel der Anerkennung und des Verständnisses gebucht werden, daß die bekannte jugoslawische Zeitung „Vreme" in Belgrad im Juli einen sehr objektiven Bericht über den deutschen Arbeitsdienst brachte und ihn mit den Worten ausklingen ließ:

„Ein Staat, in welchem die Jugend ein solches Pflichtbewußtsein besitzt, braucht nicht um seine Zukunft zu bangen."

Vereinbarung zwischen PO, Arbeitsfront und Arbeitsdienst

Daß der Arbeitsdienst seine erzieherischen Aufgaben in glänzender Weise bewältigte, daß er sich in kürzester Zeit als sozialistisches Erziehungsmittel ersten Ranges bewährt hatte, bewies wohl am eindeutigsten die Anerkennung, die ihm durch die NSDAP zuteil wurde. Diese einzigartige Anerkennung kam am 6. Oktober in einer Vereinbarung zwischen der Politischen Organisation (PO) der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront auf der einen Seite und dem NS-Arbeitsdienst auf der anderen Seite zum Ausdruck — einer Vereinbarung, die folgendes besagte:

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß der Nationalsozialistische Arbeitsdienst die durch keine andere Einrichtung zu ersetzende Erziehungsschule zur nationalsozialistischen Auffassung von dem Werte und der Würde der Arbeit und zum nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeiste bildet, ist zwischen dem Stabsleiter der PO und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Ley, einerseits und dem Führer des Nationalsozialistischen Arbeitsdienstes, Reichsarbeitsführer Pg. Hierl, andererseits folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Der gesamte Führernachwuchs der PO und der DAF muß zukünftig durch die Schule des Arbeitsdienstes gehen. Für alle nach dem 31. Dezember 1914 geborenen Führeranwärter der PO und der DAF ist der Arbeitsdienstpaß die unerläßliche Voraussetzung für die Zulassung zur Führerlaufbahn.

   Für die in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1914 geborenen Führeranwärter ist die Arbeitsdienstzeit nachzuholen, soweit die Aufnahmefähigkeit der Organisation des Arbeitsdienstes dieses ermöglicht.

2. Die Arbeitsdienstzeit beträgt künftig ausnahmslos ein Jahr; für die vor dem 1. Januar 1915 Geborenen ein halbes Jahr.
3. Die Einstellung erfolgt erstmals zum 1. November 1934 auf Grund der von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes dem Stabsleiter der PO und Führer der DAF eingereichten Bedarfsanzeige.
   Ueber das Einberufungsverfahren erfolgen Ausführungsbestimmungen.
4. Die aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden Führeranwärter erhalten eine eingehende abschließende Beurteilung mit besonderer Würdigung ihrer voraussichtlichen Führereignung.
5. Der Führer der Arbeitsfront trifft Anordnung, daß die nach beendigter Arbeitsdienstzeit ausscheidenden Führer und Arbeitsmänner des Arbeitsdienstes möglichst sofort Arbeitsplätze in der Wirtschaft erhalten.

Diese Vereinbarung bedeutete nicht nur einen weiteren Schritt vorwärts zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht — auch nicht nur, daß die Arbeitsfront sich bemühen wird, die aus dem Dienst scheidenden Arbeitsmänner möglichst sofort in Arbeit und Brot zu bringen —, sondern vor allem auch die ausschlaggebende Tatsache, daß der gesamte Führernachwuchs der Politischen Organisation der NSDAP sowie der Arbeitsfront von jetzt an durch den Arbeitsdienst gehen muß! Wie eng die deutsche Volkwerdung mit dem Schaffen des Arbeitsdienstes verbunden ist, wird hier eindeutig klar.

Der Weg des deutschen Bauerntums

Bei dem Dienst an der Volkwerdung der Deutschen mußte naturgemäß die Gesundung des deutschen Bauerntums, des Lebensquells der Nation (siehe die grundsätzlichen Ausführungen im Band 1933, Seite 135), vordringlichst weitergeführt werden. Die grundlegenden Arbeiten des Jahres 1933 auf diesem Gebiete fanden nach dem Jahreswechsel ihre sinngemäße Fortsetzung.

Die Erste Verordnung über den Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 hatte dem Reichsnährstand die Form einer Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts verliehen und bestimmt, daß der Reichskanzler den Reichsbauernführer als Führer und gesetzlichen Vertreter des Reichsnährstandes zu ernennen hat. Entsprechend dieser Bestimmung ernannte der Führer Adolf Hitler am 12. Januar den Reichsernährungsminister Pg. Darré zum Reichsbauernführer und bestätigte ihn damit ausdrücklich in dem schon bisher von ihm verwalteten Amte.

Ernennung des Reichsbauernführers Darré

Der landwirtschaftliche Vollstreckungsschutz war durch ein Gesetz vom 27. Dezember dahingehend erweitert worden, daß

Vollstreckungsschutz

auch Landarbeitereigenheime, landwirtschaftliche Nebenbetriebe und Fischereibetriebe einbezogen wurden. Am 19. Januar stellte ein weiteres Gesetz über den allgemeinen landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz den Vollstreckungsschutz im Entschuldungsververfahren nach der Osthilfegesetzgebung und nach dem Schuldenregelungsgesetz auf eine neue Grundlage. Es brachte eine erfreuliche Vereinfachung und schuf eine völlig klare Rechtslage. (Für jeden landwirtschaftlichen Betrieb, der nach Osthilfegesetzgebung oder Schuldenregelungsgesetz entschuldet wird, gilt die neue Bestimmung; für Erbhöfe gilt der Vollstreckungsschutz nach dem Reichserbhofgesetz, soweit dieser Schutz stärker ist; Betriebe, die sich im Sicherungsverfahren befinden, behalten den bisherigen Vollstreckungsschutz. Der Vollstreckungsschutz kraft Gesetzes beginnt mit der Eröffnung des Verfahrens. Zwangsversteigerungen von Grundstücken können nicht durchgeführt werden. Sie sind kraft Gesetzes einstweilen eingestellt. Das gleiche gilt für Zwangsvollstreckungen in Gegenstände des beweglichen Vermögens wegen einer Geldforderung.)

Erster Reichsbauerntag in Weimar

Am Tage nach dem Erlaß dieses Gesetzes — am 20. Januar — wurde der Erste Reichsbauerntag in Weimar eröffnet. In mehreren Referaten (Pg. Dr. Reischle, Pg. Dr. Saure, Pg. Freiherr von Kanne, Pg. Staatssekretär Willikens) wurden die grundlegenden Fragen deutschen Bauerntums und insbesondere auch die nationalsozialistischen Schöpfungen auf diesem Gebiete besprochen.

Rede Darré

Im Mittelpunkt der Tagungen stand die große Rede, die der Reichsbauernführer Pg. Darré am 21. Januar hielt, und in der er feststellte, daß die Totalität des nationalsozialistischen Führungsanspruches bisher auf keinem Gebiete derart vollkommen in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte wie in der Agrarpolitik. Pg. Darré erinnerte daran, daß sich vor drei Jahren hier in Weimar zum erstenmal die Bauernvertreter der NSDAP versammelt haben, und stellte fest, daß der Erste Reichsbauerntag somit auch ein Tag des stolzen Rückblicks der agrarpolitischen Revolution der NSDAP sei.

Aber auch geschichtlich betrachtet sei der erste Reichsbauerntag der Abschluß einer unseligen Epoche der deutschen Bauerngeschichte und zugleich der Beginn einer neuen Zeit. Aus dem letzten Jahrtausend der deutschen Geschichte rage immer wieder der Gegensatz des deutschen Bauern zu den Repräsentanten der eindringenden Ueberfremdung hervor.

Unserer Jugend aber habe man die deutsche Geschichte als ein glanzvolles oder düsteres Bilderwerk ohne jeden organischen Zusammenhang dargestellt. Auch hätten unsere Geschichtsschreiber im Interesse der Ausbreitung eines territorialen Fürstentums und nicht zuletzt im politischen Sonderinteresse deutscher Kirchenfürsten bewußt das Wesen der deutschen Bauerngeschichte verfälscht.. Solange die deutschen Kaiser noch im

Mittelpunkt des Reiches ihre Pfalzen aufschlugen, schlossen die Grenzen das Bauerngebiet deutscher Zungen mit ein.

Als aber die Hohenstaufen vergaßen, daß der Schwerpunkt ihrer Macht in der deutschen Heimat lag, habe der Elendsweg des deutschen Bauerntums begonnen. Als dann die Kaiserkrone an die Habsburger überging, die ihren Schwerpunkt im Südosten suchten, seien die Schweizer und Niederländer aus dem Reichsverband ausgeschieden, um ihre alten bäuerlichen Freiheiten zu wahren. Diese Abkehr von ihrem Blut und Boden hätten die Staufen damit bezahlt, daß der letzte Hohenstaufe unter dem Henkersschwert in Italien gestorben sei. Auch in der jüngeren Geschichte, als Bismarck, der in seiner Politik immer bäuerlich dachte, gehen mußte, und ein junger Kaiser einen „neuen Kurs" unter Caprivi verkündete, da habe zum zweitenmal in der deutschen Geschichte jener Weg der Hohenstaufen begonnen, der unzweifelhaft über kurz oder lang in innerpolitischem Chaos enden mußte.

Pg. Darré dankte dem Führer, daß er das nationalsozialistische Deutschland bewußt auf dem Bauerntum als Grundlage errichte, und beschäftigte sich dann in seiner Rede mit den wirtschaftspolitischen Fragen des Bauerntums. Er ging von den durch die Einigung der Bauernschaft und durch die Errichtung des Reichsnährstandes geschaffenen Grundlagen aus, die die Voraussetzung waren für ein Gesetz wie das Gesetz zur Sicherung der Getreidepreise vom 13. September 1933 (siehe Band 1933, Seite 274), das die Landwirtschaft von der kapitalistischen Marktwirtschaft befreit und das liberalistische System ins Mark getroffen habe. Auf der gleichen Grundlage seien dann die Marktregelungen für Fette, Milch, Butter, Käse und Eier erfolgt. Der Bauer sei durch Festpreise von den Preisschwankungen befreit und die kapitalistische Spekulation damit ausgeschaltet worden. Aus den gleichen Erkenntnissen heraus sei auch das Reichserbhofgesetz (siehe Band 1933, Seite 276) geschaffen worden, das den Gedanken der Unteilbarkeit, Unveräußerlichkeit und Unverschuldbarkeit des bäuerlichen Bodens verwirklichte. So erkenne man im Bauerntum den Aufbau einer völlig neuen, unkapitalistischen, nationalsozialistischen Wirtschaft! — Pg. Darré schloß seine große Rede, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß auch unsere Nachfahren einmal erklären werden:

„Die Bauernführer aus der Zeit der großen deutschen Revolution haben in hingebungsvoller Arbeit ihrem Volke und Landstande gedient und haben sich dabei erwiesen als das unerschütterliche Fundament unseres Führers Adolf Hitler."

Eingliederung der Landjugend in die HJ

Der Reichsbauerntag, in dessen Verlauf auch der Reichsjugendführer der NSDAP, Pg. Baldur von Schirach, über die Bedeutung der Eingliederung der Landjugend in die Hitlerjugend sprach, wurde zu einer Kundgebung der Treue des deutschen Bauerntums zum Führer.

Grüne Woche — Wenige Tage später — am 26. Januar — eröffnete der Reichsbauernführer Pg. Darré die Grüne Woche in Berlin, die erste Grüne Woche im neuen Staat. Er bewies den Gegensatz dieser Ausstellung zu ihren Vorläufern, den „Grünen Wochen" vergangener Jahre, die typische Erscheinungen liberalistischer Wirtschaftsauffassung gewesen sind. Diese Grüne Woche trage ein anderes Gesicht. Sie solle bewußt unsere nationalsozialistische Agrarpolitik und ihre völkischen Voraussetzungen betonen. Der Bauer, der heute weiß, daß er mit seinem Volksgenossen in der Stadt auf Gedeih und Verderb verbunden ist, möge mit Stolz auf seine Ahnen von der Ausstellung zurückkehren, die zum ersten Male einen wirklichen Ueberblick über die Entwicklung des Bauerntums gebe. Und der Städter möge sich bewußt sein, daß auch er auf die gleichen Ahnen zurückblickt und daß sein und seiner Kinder Geschick von dem Schicksal des deutschen Bauerntums niemals zu trennen ist. —

Kontingentierung der Verarbeitung aller deutschen Mühlen — In welchem Maße der Nationalsozialismus immer mehr planmäßige Ordnung in die Agrarwirtschaft einführte, kam auch im Mai 1934 zum Ausdruck, als der Verwaltungsrat der Wirtschaftlichen Vereinigung der Roggen- und Weizenmühlen eine **Kontingentierung der Verarbeitung aller deutschen Mühlen** anordnete, um die Mehlerzeugung dem Mehlverbrauch anzupassen. (Durch Festsetzung eines Grund- und Verarbeitungskontingents wurde der Beschäftigungsgrad jeder Mühle geregelt.)

Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft — Einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeutete aber vor allem das „**Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft**" (Getreidegrundgesetz) vom 27. Juni, das am 1. Juli in Kraft trat und folgenden Wortlaut hat:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt vorzuschreiben, in welcher Weise und in welchem Umfang

1. Erzeuger von inländischem Roggen und inländischem Weizen solches Getreide für Zwecke der menschlichen Ernährung zu festgesetzten Preisen abliefern dürfen oder müssen;
2. Genossenschaften, Händler und sonstige Verteiler Roggen und Weizen für Zwecke der menschlichen Ernährung erwerben oder weiterveräußern dürfen oder müssen;
3. Mühlen und sonstige Verarbeiter Roggen und Weizen für Zwecke der menschlichen Ernährung erwerben oder in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand weiterveräußern dürfen oder müssen.

§ 2

Die Gesamtmenge an Brotgetreide, deren Ablieferung zur Deckung des Bedarfs für die menschliche Ernährung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes notwendig ist, wird getrennt für Roggen und Weizen fest-

gestellt. Dieser Feststellung entsprechend soll die Liefermenge über Liefergebiete, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt, auf die Erzeuger verteilt werden. Dabei sollen bei der Festsetzung der Liefermengen für die Liefergebiete und die Erzeuger die eigenen berechtigten Bedürfnisse der Erzeuger und die bisherigen Ablieferungen der Liefergebiete und der Erzeuger angemessen berücksichtigt werden.

§ 3

Die Vorschriften über Roggen und Weizen, der für Zwecke der menschlichen Ernährung verwendet werden soll, gelten auch für solchen Roggen und Weizen, der für technische Zwecke verwendet werden soll.

§ 4

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, dieselbe oder eine ähnliche Regelung auch für anderes Getreide als das Getreide zu treffen, für das nach den §§ 1 bis 3 Vorschriften getroffen werden können. Er kann insbesondere den Verkauf, die Ablieferung und die Verwendung von inländischem Roggen und inländischem Weizen regeln, der nicht für Zwecke der menschlichen Ernährung oder technische Zwecke bestimmt ist.

§ 5

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, Vorschriften über die Ausmahlung von Getreide und im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Vorschriften über die Herstellung von Backwaren zu erlassen.

Er wird ferner ermächtigt vorzuschreiben, daß Getreide und Getreideerzeugnisse nur durch eine von ihm bestimmte Reichsstelle in den Verkehr gebracht werden dürfen.

§ 6

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft werden ermächtigt, das Zolltarifgesetz und die gesetzlichen Vorschriften über Ausfuhrscheine zu ändern, sofern es die Zwecke einer auf Grund der §§ 1 bis 5 getroffenen Bestimmung erfordern.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, die gesetzlichen Vorschriften über die Vermahlung von Inlandsweizen, über die Sicherung der Getreidepreise und den Zusammenschluß von Mühlen, sowie die Vorschriften des Maisgesetzes zu ändern, sofern es die Zwecke einer auf Grund der §§ 1 bis 5 getroffenen Bestimmung erfordern, und den Wortlaut dieser Vorschriften in fortlaufender Paragraphenfolge bekanntzumachen.

§ 7

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers des Innern, bestimmen, daß mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Reichsmark oder mit einer dieser Strafen, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus und mit Geldstrafe von unbeschränkter Höhe, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft wird, wer den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt. Er kann ferner bestimmen,

1. daß neben einer Freiheitsstrafe bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden kann;

2. daß neben einer Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören;
3. daß auf die Einziehung selbständig erkannt werden kann, sofern keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden kann, im übrigen aber die Voraussetzungen für die Einziehung vorliegen;
4. daß neben einer Strafe die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung auf Kosten des Schuldigen angeordnet werden kann;
5. daß neben einer Strafe die Fortführung des Betriebes auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden kann.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann bestimmen, daß, soweit nicht im Strafverfahren auf Untersagung der Fortführung des Betriebes erkannt ist, die zuständige Verwaltungsbehörde die Fortführung des Betriebes untersagen kann, wenn wegen einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschrift rechtskräftig auf Strafe erkannt worden ist.

§ 8

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erläßt, soweit erforderlich mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers des Innern, die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Hierbei sind Abweichungen von bestehenden gesetzlichen Vorschriften zulässig.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann zur Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen Bestimmungen über die Anwendung von polizeilichem Zwang nach Maßgabe der Landesgesetze treffen.

§ 9

Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1934 in Kraft.

Durch dieses Grundgesetz wurden auf Jahre hinaus die Voraussetzungen geschaffen, um dem Bauern den Absatz der Ernte zu gerechten Preisen und dem gesamten deutschen Volk die Versorgung mit Brot zu gewährleisten. Da somit die Durchführung dieses Gesetzes für das Gesamtwohl des ganzen Volkes von so ausschlaggebender Bedeutung ist und gegebenenfalls von geradezu lebenswichtigem Interesse werden kann, verlangte auch das Wohl der Nation die Androhung schwerer Strafen für die Nichteinhaltung dieser Anordnungen.

Stand der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft

Wie sehr im übrigen die deutsche Landwirtschaft auf dem Wege der Gesundung war, zeigte sich auch im August, als die Landwirtschaft zur Einbringung der Körnerernte derart viel Neueinstellungen von Arbeitskräften vornahm, daß die Arbeitslosenzahl in der Landwirtschaft um rund 50 Prozent niedriger war als im Vorjahre um die gleiche Zeit. Die Arbeitslosenzahl in der Landwirtschaft konnte auf den absolut niedrigsten Stand gebracht werden (gegenüber anderen Berufen). —

Neubildung deutschen Bauerntums

Von größter Bedeutung für das gesamte deutsche Volk mußte aber die Neubildung des deutschen Bauerntums sein. (Siehe das

„Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums“ vom 14. Juli 1933 im Band 1933, Seite 272). Im Frühjahr 1934 betrug der zur Schaffung neuer Bauernstellen zur Verfügung stehende Landvorrat 830000 Morgen, von denen 500000 Morgen sich fest in der Hand der Siedlungsgesellschaften befanden — zur Neubildung deutschen Bauerntums im Jahre 1934. Weitere 330000 Morgen standen auf Grund der Landabgabe-Auflagen im Zuge der Osthilfe-Entschuldung zur Verfügung, um nach Bedarf zur Siedlung zu kommen.

Darré über den Großgrundbesitz

Zu der in diesem Zusammenhange auftauchenden Frage des **Großgrundbesitzes** sagte der Reichsbauernführer Pg. Darré in seiner Rede bei einem großen Bauernaufmarsch in Pommern am 12. Mai folgendes:

„Der heutige Tag der Ehrung alteingesessener Bauernfamilien soll dazu dienen, einmal grundsätzlich zu der Frage der **geschichtlichen Entwicklung des Großgrundbesitzes und der Verdrängung des Bauerntums leidenschaftslos Stellung zu nehmen.**

Agrarische Strukturwandlungen, wie sie gerade Pommern aufzuweisen hat, sind nur möglich, wenn es das geltende Recht erlaubt. Die Gesetze der Wirtschaft allein sind niemals imstande, Veränderungen in der Bodenbesitzverteilung auszulösen. Katastrophen und Kriege können auch nur vorübergehend zerstörend eingreifen, aber niemals grundsätzlich das Bild ändern. **Ostelbien ist ursprünglich ein Bauernland gewesen** wie die anderen Gebiete Deutschlands auch. Es hatte einen gewissen Prozentsatz größerer Güter, um die sich in reicher Vielgestaltigkeit Bauerndörfer gruppierten.

Die heute vielfach beliebte Darstellung, daß das Bauerntum Ostelbiens von Anfang an „hörig“ gewesen sei, hat keine geschichtliche Unterlage. Die Freibauern Ostelbiens sind die nachgeborenen Söhne westdeutscher Freibauern.

Ursprünglich war genau wie in Süddeutschland das **Verhältnis der größeren Besitzungen zu den bäuerlichen Höfen durchaus gesund.** In diese Entwicklung griff zunächst von Mecklenburg ausgehend und dann auf Schwedisch-Pommern übergreifend, eine Vorstellung um sich, nach der der Besitzer eines großen Gutes durchaus das Recht habe, zur wirtschaftlichen Vervollkommnung seines Besitzes sich das Land der ihm verwaltungsmäßig zur Betreuung zugewiesenen Bauern anzueignen.

In den übrigen Gebieten Ostelbiens vermochten die bauernfreundlichen Preußenkönige eine gleiche Entwicklung einigermaßen in Schach zu halten, obwohl adlige Grundbesitzer dieser Zeit für diese Bauernfreundlichkeit der Preußenkönige nicht viel Verständnis aufgebracht haben.

Friedrich Wilhelm I. und auch Friedrich der Große haben eine Bauernbefreiung erstrebt, die aber am grundsätzlichen Widerstand ihres Adels scheiterte. **Da der adlige Gutsbesitzer gleichzeitig der Gerichtsherr der Bauern war, konnte sich der Bauer praktisch nicht gegen seine Legung zur Wehr setzen.** Diese Entwicklung sollte aber besonders reißende Fortschritte machen, als nach der Bauernbefreiung des Freiherrn vom Stein die von Hardenberg begünstigte **Wirtschaftsordnung des Liberalismus** es ermöglichte, mit wirtschaftlichen Mitteln sich das Land des Bauern anzueignen.

Insgesamt beträgt die Fläche des Bauernlandes, das im 19. Jahrhundert — im wesentlichen auf Grund der Agrargesetzgebung — an den Großgrundbesitz übergegangen ist, schätzungsweise 4320000 Morgen.

Die in den östlichen Provinzen des Preußens nach Versailles an den Großbetrieb übergegangene Bauernlandfläche ist mit etwa 3200000 Morgen anzunehmen.

Unter Einschluß der Erwerbungen, welche die Gutsherrschaft schon in früheren Jahren gemacht hat, ist der gesamte Zuwachs auf reichlich ein Drittel der heutigen Gutsfläche zu veranschlagen.

Nimmt man eine durchschnittliche Betriebsgröße der Bauernbetriebe von 60 Morgen an, so entspricht die an den Großbetrieb übergegangene Fläche von 3200000 Morgen einer Zahl von 50000 bis 60000 bäuerlichen Betrieben.

Wenn man diese Zahlen würdigt, wird klar, warum das gewerbliche Leben der Kreis- und Landstädte dieser Gebiete zwangsläufig schrumpfen mußte. Zogen die ersten Kolonisatoren des Ostens Bauern ins Land, so wurde dieses gesunde Wachstum durch das Einführen des Liberalismus nicht nur zerstört, sondern in das Gegenteil, in eine allgemeine Landflucht, umgewandelt.

Die Bewertung des einzelnen Geschlechtes adliger Rittergutsbesitzer Ostelbiens wird von der nationalsozialistischen Regierung nicht mehr einseitig von dem Standpunkt aus zu betrachten sein, welche Blutverluste dieses Geschlecht in der preußischen Geschichte erlitten hat, sondern auch danach, ob es sich bauernverantwortlich gezeigt hat im Sinne des bauernfreundlichen Willens der preußischen Könige und vom Standpunkt der Lebensgesetze des gesamten deutschen Volkskörpers aus."

Der Reichsbauernführer legte dann weiter dar, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen des ostelbischen Großgrundbesitzes nicht mehr vorhanden sind, da nämlich die Zeit des hemmungslosen Industrieliberalismus vorbei ist, die die eigentliche Voraussetzung war. Pg. Darré führte weiter aus:

„Je früher sich die Kreise ostelbischer Großgrundbesitzer auf diese Erkenntnis umstellen, um so früher werden sie auch aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen.

Dort, wo der einzelne Großgrundbesitzer aus eigener Kraft aus einem gesunden Betrieb wirtschaftet, soll dieser Besitz auch erhalten bleiben. Auf der anderen Seite muß aber der wirtschaftlich nicht mehr zu erhaltende Großgrundbesitz einer Wirtschaftsstruktur weichen, die lebensfähig ist.

Das bedeutet die weitgehende Wiederauffüllung Ostelbiens mit deutschen Bauern.

Wenn die nationalsozialistische Regierung darüber hinaus im Reichserbhofgesetz erklärt, daß alter ostelbischer Familienbesitz, der also noch vor der liberalistischen Wirtschaftsordnung des 19. Jahrhunderts bereits im Besitze einer Familie gewesen ist, Erbhof werden kann, dann stellt die nationalsozialistische Regierung damit unter Beweis, daß sie die politischen und militärischen Blutopfer der auf diesen alten Sitzen ansässigen, reinblütigen Geschlechter zu würdigen weiß.

Ohne die nationalsozialistische These von Blut und Boden wäre das Schicksal über die Frage, ob alteingesessene Geschlechter auf ihrer Scholle verbleiben können, längst zur Tagesordnung übergegangen.

Der ostelbische Großgrundbesitz von heute kann sich als Geschlecht auf der Scholle halten, wenn er den Geist der Zeit erkennt.

Beim überschuldeten Großgrundbesitz wird die Schuldenhöhe im wesentlichen den Umfang des Erbhofes bestimmen, der jedoch nicht unter 500 Morgen betragen wird.

Die Millionen Morgen Bauernland werden auf diesem Wege einer natürlichen Rückentwicklung langsam aber sicher wieder in die Hände von Bauern gelangen."

(Der Reichsbauernführer ging abschließend auf die Landarbeiterfrage ein. Durch die vom Nationalsozialismus betriebene Strukturänderung Ostelbiens werde es möglich sein, einen großen Teil von Landarbeitern wieder zu Bauern zu machen. Derjenige Teil der Landarbeiterschaft, der Landarbeiter bleiben wolle, werde auf der Grundlage des nordwestdeutschen Heuerlingswesens auf dem Gutsland des Gutsherrn auf einem Stück Land und mit einem eigenen Häuschen wieder seßhaft werden.) —

So erlebten wir auch nach dem Jahreswechsel eine folgerichtige Weiterführung der nationalsozialistischen Bauernpolitik — im Geiste der tiefen Erkenntnis, daß das Bauerntum der „Lebensquell der nordischen Rasse" ist.

Das Ausland zur nationalsozialistischen Bauernpolitik

Und auch das Ausland konnte trotz aller Emigrantenlügen und jüdischen Greuelhetze seine Hochachtung vor dieser Tatsache nicht verbergen. Eine Tat, wie das Reichserbhofgesetz, das so grundlegend kapitalistisch-liberalistische Vorstellungen beseitigte und aus völlig neuem Geiste schöpfte, erregte selbstverständlich größtes Aufsehen in der gesamten Welt. Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet" schrieb in einem Artikel über „Das neue Deutschland und der Bauernstand":

„Das Dritte Reich und seine Führer haben bisher Proben von einer Energie abgelegt, welche die Bezeichnung „imponierend" verdienen."

Und „La Presse Libre" (Algier) veröffentlichte am 2. Januar einen Artikel „Die Rettung der deutschen Landwirtschaft", in dem es hieß:

„. . . . . Hitler hat, als er zur Macht kam, die Landwirtschaft mitten in der Krise vorgefunden, und zwar aus den gleichen Gründen, die das Absterben der französischen Landwirtschaft bedingen. Anstatt in dem Irrtum zu verharren, wie wir es in Frankreich machen, hat er die Notwendigkeit eines zusammenhängenden und praktischen Programms zur Wiedergesundung erkannt. Das Reichserbhofgesetz verhindert nicht nur die Zerstückelung des Bodens, sondern bindet den Bauer an den Boden und sichert seine Zukunft. . .

Es ist, wie man zugeben muß, ein großer Unterschied zwischen einer solchen Gesamtheit von gleichzeitig wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen und den unglücklichen hingepfuschten Gesetzen, mit denen die französische Regierung alle sechs Monate „mit einem Semester Verspätung" unsere Landwirtschaft beschenkt. Hitler hat einfach eingesehen, daß der Bauer in Deutschland die erste Stelle einnehmen muß, und weil er es eingesehen hat, arbeitet er daran, dieses Ideal zu verwirklichen. . ."

„Victoire" (Paris) schrieb in einem Artikel über die deutsche Arbeitsschlacht:

„Die Rückkehr zum Boden ist ein ausgezeichnetes Kampfmittel gegen die Arbeitslosigkeit und ihre verheerenden Folgen für das Land, und wir sind überzeugt, daß es Frankreich besser ginge, wenn die Regierenden sich dazu entschließen würden, auf diesem Gebiet vom Reden zum Handeln überzugehen."

Auch die englische Presse erkannte die aufbauende Kraft der nationalsozialistischen Agrargesetzgebung. So schrieb „The Times":

„...in der Tat, Land wird nicht länger als Ware behandelt, sondern als ein besonderes Heiligtum bewertet. Ein Bauerngeschlecht wird sich über Deutschland ausbreiten und die Basis und das Fundament seiner sozialen Struktur bilden, und zwar als eine Quelle der Gesundheit, der Kraft und der Bevölkerungsziffer."

Und die „Daily Expreß" erklärte:

„Deutschland schafft sich für die verlorenen Märkte neue innerhalb der eigenen Landesgrenzen durch vollkommen neuartige agrarpolitische Maßnahmen. Die Stabilisierung der Preise führte zu einer vollkommenen Abschaffung der Spekulation, das Erbhofgesetz hat Stabilität und Sicherheit geschaffen. Der deutsche Bauer erhält gute Preise und gibt seit Jahren zum ersten Male wieder Geld aus."

Der „Schweizer Bauer" schrieb:

„Vom Gesichtspunkt der bäuerlichen Standespolitik ... sind deshalb die landwirtschaftlichen Pläne des deutschen Reichsernährungsministers und Reichsbauernführers Darré höchster Beachtung wert. Mag man sich sonst zu den staatspolitischen Ideen des neuen Deutschlands aus demokratisch-freiheitlicher Ueberzeugung heraus noch so zurückhaltend oder ablehnend verhalten, hier hat man es gerade angesichts der neuen Notlage der Landwirtschaft und der Unzulänglichkeit der herkömmlichen, freiwirtschaftlichen Mittel zu ihrer Befreiung aus der würgenden Krisenzange mit einer wahrhaft großen Idee zu tun. Der Hauptzweck unseres Hinweises auf die bauernpolitische Neuschöpfung in Deutschland liegt aber darin, zu zeigen, wie man anderwärts das Gebot der Stunde erkennt und keine Anstrengungen und Opfer scheut um den Bestand eines gesunden Bauernstandes..."

Und in dem christlich-nationalen „Oesterreichischen Beobachter" fanden wir einen Leitartikel „Bauerntum und Judentum", in dem wörtlich gesagt wurde:

„Durch das deutsche Reichserbhofgesetz (bereitet auch Oesterreich ein ähnliches vor?) ist...das Bauernland nahezu ganz dem Zugriff jüdischer Hände entzogen. Damit ist eine alte Entwicklung hoffentlich für immer abgeschlossen. Denn Judentum und deutsches Bauerntum sind zwei Begriffe, die einander ausschließen, miteinander keine wesenhafte Beziehung haben...Die Juden sind das Volk des Geldes, der wucherischen Ausbeutung schlechtweg geworden. Das hat unser Bauerntum in der hinter uns liegenden liberalkapitalistischen Zeit, die auch für das Judentum eine Zeit der Hoch-

blüte war, reichlich zu spüren bekommen. Wie viele Bauern sind durch den jüdischen Geldverleiher, durch den jüdischen Händler, den jüdischen Güterschlächter von Haus und Hof vertrieben worden! Dieser Zeit ist in Deutschland mit dem Reichserbhofgesetz Gott sei Dank ein Ende gemacht und wird hoffentlich auch in Oesterreich bald ein Ende gemacht werden....“

Diesen Worten braucht kaum etwas hinzugefügt werden, es sei denn der Hinweis auf die unverrückbare Tatsache, daß das deutsche Erbhofrecht bei allen mit ihm verbundenen gewaltigen wirtschaftlichen und sonstigen Vorteilen in erster Linie dient: der rassischen Neugeburt und der Erhaltung des wertvollen rassischen Bestandes des deutschen Volkes!

Organischer Aufbau der deutschen Wirtschaft

Finanzpolitische Auswirkungen des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches

Das bereits im zweiten Abschnitt unseres Buches behandelte Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar brachte auch grundlegende Aenderungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung mit sich. Die Finanzminister der Länder waren von jetzt an unmittelbar dem Reichsfinanzminister unterstellt — ohne daß ihre Verantwortlichkeit eingeschränkt worden wäre. Ihre Verantwortlichkeit ist im Gegenteil insofern gestiegen, als sie selbst nunmehr uneingeschränkt dem Reich für die Finanzen der Länder verantwortlich sind. — In einem Schreiben des Reichsfinanzministers ist u. a. gesagt:

„Die Haushaltspläne sind rechtzeitig aufzustellen. Die Ausgaben sind mit der äußersten Sparsamkeit, die Einnahmen unter Ausnutzung jeder Möglichkeit anzusetzen. Ausgleich von Fehlbeträgen ist mit allen Mitteln anzustreben. Es ist in keinem Fall damit zu rechnen, daß ein Fehlbetrag auf andere Weise als durch eigene Anstrengung des Landes schließlich abgedeckt wird. Vermögensminderung und Schuldenmehrung kommen nur als letztes Mittel und nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsministers der Finanzen in Betracht.“

Die Länder dürfen Anleihen und Kassenkredite nur aufnehmen, soweit das mit einer gesunden Finanzgebarung vereinbar ist. Anleihen bedürfen außerdem in jedem Falle der Zustimmung des Reichsministers der Finanzen — eine Bestimmung, die auf die Kassenkredite nicht ausgedehnt wurde, um die Bewegungsmöglichkeit der Länder nicht zu sehr einzuengen. (Die für die Länder geltenden Vorschriften gelten entsprechend auch für die Gemeinden.) Landes- und Gemeindesteuern werden in immer stärkerem Maße in Reichssteuern aufgehen — nicht nur im Interesse der Steuervereinfachung,

sondern vor allem auch aus der Erkenntnis heraus, daß die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden letzten Endes ein unteilbares Ganzes sind.

Die Finanzpolitik im Jahre 1934

Die **Finanzpolitik** verfolgte von Jahresbeginn an die gleichen Grundsätze, die bereits im Jahre 1933 die Grundlage abgaben (und die wir im Band 1933 dargestellt haben). Der nationalsozialistische Staat hatte erkannt, daß ein sinnloses Anziehen der Steuerschraube (wie wir es beim Steuerbolschewismus der Verfallsjahre erlebt hatten) keineswegs eine Erhöhung der Einnahmen bedeutet, sondern lediglich eine systematische Vernichtung der Wirtschaft und damit auch der staatlichen Finanzen bewirkt. Schon im Jahre 1933 hatten daher Steuererleichterungen der verschiedensten Art tatsächlich eine **Erhöhung des Steueraufkommens** bewirkt. Und der als richtig erkannte Weg wurde im Jahre 1934 konsequent fortgesetzt:

Anpassung von Steuern an inzwischen eingetretene Wertrückgänge

Ein „**Gesetz über die Anpassung der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und der Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge**“ vom 13. Januar half dem Uebelstand (der sich mitunter recht katastrophal für den Steuerzahler ausgewirkt hatte) ab, daß bisher in keiner Weise berücksichtigt worden war, daß das besteuerte Objekt infolge von Wertminderungen durchaus nicht mehr dem bei der Besteuerung angenommenen Werte entsprach.

Reform der Einkommensteuergesetzgebung

Die dringend notwendige **Reform der Einkommensteuergesetzgebung** wurde in Angriff genommen. Das „Gesetz über die Einkommensbesteuerung für das Jahr 1933“ vom 21. Dezember 1933 hatte bereits eine wesentliche Vereinfachung dadurch bewirkt, daß dem Gesetzestext eine Tabelle beigefügt war, aus der die Steuerbeträge von jedem Steuerzahler unmittelbar abgelesen werden konnten — eine Vereinfachung, der sich in früheren Jahren scheinbar „unüberwindliche“ Schwierigkeiten entgegengestellt hatten. Aus dieser Tabelle wurde auch ersichtlich, wie stark die Einkommensteuer jetzt gestuft worden war und damit bevölkerungs- und sozialpolitischen Forderungen Rechnung trug.

(Z. B. hatte bei einem Einkommen von 3000 RM. ein Lediger 365 RM. Steuern zu zahlen, eine Familie mit 4 Kindern 211 RM., eine Familie mit 6 Kindern 66 RM.)

Die Einkommensteuer wurde zunächst für das Jahr 1934 durch ein neues Gesetz geregelt, das u. a. besagte, daß Krisensteuer, Zuschläge für große Einkommen und Abgaben für Ehestandsbeihilfe mit der Einkommensteuer einheitlich bemessen werden. Auch dies eine Vorarbeit für die kommende Steuerreform.

Ueber die Einkommensteuer sagte der Reichsfinanzminister Graf

Schwerin von Krosigk am 26. März in einer Rede in Münster über „Oeffentliche Finanzen und Wirtschaft", daß er der Ueberzeugung sei, daß diese Steuer wesentlich herabgesetzt werden könne, und daß er dennoch auf einen Mehrbetrag rechne — nicht zuletzt infolge zunehmender Steuerehrlichkeit.

Schwerin von Krosigk über die Einkommensteuer

In der gleichen Rede wies der Minister darauf hin, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage sehr klar aus dem Ergebnis der äußerst konjunkturempfindlichen Umsatzsteuer zu ersehen sei, die im Haushaltsjahr 1933 statt 1350 Millionen 1500 Millionen gebracht habe. Aus dem Erfolg der Regierungsmaßnahmen ergebe sich erneut die Tatsache, daß die Belebung der Wirtschaft nur bei Senkung der überhöhten Lasten zu erreichen sei. Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Regierung (Steuergutscheine, Mittel zur Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms usw. — siehe Band 1933) seien in fünf Jahren abzudecken und bedeuten damit freilich eine erhebliche Vorbelastung — aber da wir keine „Reserven aus guten Jahren" haben, sei dieser Weg der einzig mögliche. Der Erfolg dieses Weges und die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit beweisen die Richtigkeit dieser Maßnahmen.

Erhöhtes Steueraufkommen der Umsatzsteuer

Hinsichtlich der Steuererleichterungen ist im übrigen auf ein ausführliches Rundschreiben des Reichsministers der Finanzen vom 27. Januar hinzuweisen, in dem „Richtlinien zur Veranlagung der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer für 1933" enthalten sind. Hier wurden die Steuererleichterungen besonders aufgeführt und behandelt (Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen, Steuerermäßigungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an gewerblichen Betriebsgebäuden, Luftschutz, Arbeitsspende, Spenden zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken). —

Steuererleichterungen

Am 22. März konnte das Reichskabinett nach vierstündiger Beratung den ausgeglichenen Reichshaushaltsplan 1934/35 beschließen, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 6,4 Milliarden Reichsmark abschloß und damit gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von rund 500 Millionen aufwies — eine Steigerung, die auf die zahlreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen ist.

Reichshaushaltsplan

Das Reichskabinett verabschiedete gleichzeitig noch eine Anzahl weiterer Gesetze finanzpolitischen Inhalts. Zu erwähnen wäre noch das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe von Aufsichtsratsmitgliedern vom 24. März, das bestimmte, daß Mitglieder des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrats von Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten oder öffentlichen Rechts einer Abgabe (in Höhe von 10 Prozent) unterliegen für Vergütungen jeder Art, die ihnen die Unternehmung nach dem 31. März 1934

Gesetz über die Erhebung einer Abgabe von Aufsichtsratsmitgliedern

gewährt (es sei denn, daß die Vergütung für den einzelnen jährlich nicht 100 RM. übersteigt). —

Kündigung der Reichsanleihe von 1929

Dem wichtigen wirtschaftspolitischen Ziel der Senkung des Kapitalzinsniveaus diente u. a. im Januar die Kündigung der Reichsanleihe von 1929 bei Rückzahlung zum Nennwert und gleichzeitigem Angebot neuer, niedriger verzinslicher Anleihestücke.

Fortfall der Beamtenzwangssparkasse

(Deutlicher Ausdruck der neuen Finanzpolitik war auch der völlige Fortfall der „Beamtenzwangssparkasse" ab 1. April. Die so beseitigte Einrichtung war eine verschleierte Gehaltskürzung gewesen, die vom verflossenen System eingeführt worden war, das ja oft die letzte Rettung darin gesehen hatte, ein Loch im Etat durch Kürzung der Beamtengehälter zuzustopfen.)

Gesetz zur Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

Das „Gesetz zur Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes" vom 28. März sah die Streichung des § 19 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 11. April 1933 (siehe Band 1933, Seite 227) vor, das Steuererleichterungen und Steuerbefreiungen für aus dem Ausland kommende Kraftfahrzeuge nur unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zugelassen hatte. Um den Besuch von Automobilisten in Deutschland zu erleichtern, wurde jetzt Steuerfreiheit bis zu drei Monaten vorgesehen. (Ausgenommen blieben Fahrzeuge, die der entgeltlichen Beförderung von Personen oder Gütern dienen.) —

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Ausland

Ueber den Stand der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Ausland hatte das Reichswirtschaftsministerium am Jahresende 1933 eine Uebersicht veröffentlicht, die bewies, daß trotz der bewußten Stützung der deutschen Binnenwirtschaft die zwischenstaatlichen Beziehungen weitgehendst aufrechterhalten worden waren. Auch die bestehenden Handelsverträge konnten in der Hauptsache aufrechterhalten werden, und lediglich bei den Verträgen mit Schweden, Jugoslawien und Finnland waren Außerkraftsetzungen bzw. Kündigungen notwendig geworden.

Ausfuhrpolitik

Ueber die Ausfuhrpolitik stellte der geschäftsführende Präsident des Hansabundes, Dr. Danielcik, u. a. folgendes fest:

„... Die Grundlagen nationalsozialistischen Außenhandels sind kürzlich mehrfach, insbesondere von Daitz, sowie bei den Bremer und Hamburger Tagungen herausgestellt:

Sicherheit und Anständigkeit des kaufmännischen Verkehrs,
Einordnung des Außenhandels in die Nationalwirtschaft,
Ablehnung der Meistbegünstigung und Ausfuhrsteigerung um jeden Preis,
geschlossener Einsatz der Kaufkraft des deutschen Volkes,
gemeinsames Arbeiten von Industrie und Handel.

Auf diesen Grundsätzen müssen positive Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels aufbauen, die sich den allgemein-wirtschaftlichen Strukturwandlungen der Welt, dem Uebergang vom statischen zum dynamischen Prinzip in der Wirtschaft anpassen.

Deutschland will fairen Austausch und kameradschaftliche Ergänzung in gesteigertem Maße, aufbauend auf der eigenen Kraft der einzelnen Nationalwirtschaften. Hiermit ist weder ein völlig freies Spiel der Kräfte im liberalistischen Sinne noch die wirtschaftliche Nachwirkung des Versailler Vertrages, noch ein dauerndes gegenseitiges Unterbieten und Dumping vereinbar, wohl aber eine größtmögliche Freiheit innerhalb der organischen Bindungen."

Handelsbilanz

Der Januar 1934 brachte einen Einfuhrüberschuß von 31 Millionen Reichsmark (wobei die rückläufige Bewegung der Ausfuhr im Januar als Saisonerscheinung anzusehen ist), während die Ausfuhr bis zum März wieder soweit stieg, daß bereits der März 1934 wieder eine aktive Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß von 3 Millionen aufwies. —

Außenhandel und Landwirtschaft

In der Außenhandelspolitik des nationalsozialistischen Staates mußte naturgemäß das Interesse der deutschen Landwirtschaft in hervorragendem Maße berücksichtigt werden. Durch die nationalsozialistische Agrarpolitik waren die Grundlagen hierzu weitgehendst geschaffen worden. Daß der Handel in der Weltwirtschaft nicht mehr weiter die ausgetretenen Pfade der liberalen Wirtschaft beschreiten kann, bewiesen die Krisen in aller Welt zur Genüge. Daß Handels- und Agrarpolitik zusammengehören, und daß es unmöglich ist, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten, in dem entweder nur die Exportindustrie oder nur die Landwirtschaft leben kann, ist einleuchtend. Das brachte auch der Reichsernährungsminister Pg. Darré bei einer Arbeitstagung aller deutschen Außenhandelsstellen in Bremen am 12. April klar zum Ausdruck und stellte die Tatsache fest: Der Nationalsozialismus gibt die Lösung des Problems durch den Zusammenschluß der Binnenmarktproduktion und des Verbrauchs in einer Art Zwangssyndikat, um zunächst den Ertrag aus dem eigenen Lande unterzubringen, sodann den darüber hinausgehenden Bedarf aus dem Auslande hereinzuholen und zu diesem Zwecke mit den anderen Ländern Handelsverträge abzuschließen, die für die Vertragspartner zweckmäßig sind. Durch die innere Marktverordnung (siehe den 4. Abschnitt unseres Buches, sowie Band 1933) ist nicht nur der Reichsnährstand auf eigene Füße gestellt worden — durch sie ist auch die außenpolitische Freiheit wiederzugewinnen. (Auf diese Frage wird im 19. Abschnitt im Rahmen der „Erzeugungsschlacht" noch näher eingegangen werden.)

Arbeitstagung der deutschen Außenhandelsstellen; Rede Darrés

Internationaler Landwirtschaftskongreß in Budapest

Wie bahnbrechend die deutsche Agrarpolitik in der ganzen Welt erscheint, kam auch am 14. Juni beim Internationalen Landwirtschaftskongreß in Budapest zum Ausdruck, wo Pg. Dr. Winter (der gleichzeitig Vizepräsident des Internationalen Agrarkomitees

ist) die Grüße des Reichsbauernführers Pg. Darré überbrachte und den Wunsch des deutschen Bauerntums übermittelte, mit den Bauern aller Länder zusammenzuarbeiten, um in letzter Stunde die europäische Wirtschaft wieder aufzurichten. Deutschland habe durch seine Marktordnung den Spekulationspreis beseitigt, und statt dessen seinem Bauern den volkswirtschaftlich gerechten Preis gesichert; es habe damit gleichzeitig den Versuch gemacht, den Lebensstandard des europäischen Bauern zu heben und Europa den Weizenstandard zu erhalten, durch den die Schäden der liberalen Entwicklung des letzten Jahrhunderts geheilt werden könnten. —

Handelsverträge mit dem Ausland

In der Tat wären die Handelsverträge, die in den ersten Monaten des Jahres 1934 geschlossen wurden, ohne Zusammenarbeit des deutschen Bauerntums mit den Bauern des Auslandes nicht denkbar gewesen (Belebung der deutschen Ausfuhr in Richtung einer Hebung der effektiven Konsumkraft der agrarischen Völker des europäischen Ostens, Nordostens und Südostens, womit sich die — für die Ausfuhr nach Uebersee notwendige — erhöhte Rohstoffeinfuhr von selbst ergibt). Und nur die straffe Zusammenfassung der wichtigsten bäuerlichen Erzeugnisse (Marktordnung) gab die Möglichkeit, Erzeugnisse ausländischer Bauernarbeit in tragbarem Umfange am deutschen Markt unterzubringen. — Bereits der Jahresanfang 1934 brachte wesentliche Handelsverträge:

Deutschland und Chile

Am 22. Januar wurde ein vorläufiges Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und Chile unterzeichnet.

Deutschland und Dänemark

Am 1. März folgte die Unterzeichnung des Abkommens zwischen Deutschland und Dänemark, dessen Abschluß lediglich deshalb möglich war, weil die nationalsozialistische Agrarpolitik (wie oben ausgeführt) die Voraussetzungen dafür geschaffen hatte, landwirtschaftlichen Ausfuhrinteressen anderer Länder entgegenzukommen, ohne die deutsche Landwirtschaft zu schädigen.

Deutschland und Frankreich

Ein neues Handelsabkommen mit Frankreich kam dagegen noch nicht zustande. Der „Völkische Beobachter" schrieb darüber in einem Aufsatz über „Die Grundlage eines neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich" am 31. Januar:

> „Es gibt mit Frankreich Verständigungsmöglichkeiten. Auch Frankreich tritt jetzt in den Bannkreis des Zwanges, der uns veranlaßte, unsere Wirtschaft nach neuen Grundsätzen aufzubauen. Kommen wir mit Frankreich zu einem neuen Vertrage auf der neuen Grundlage ehrlicher Verständigung und wirklicher Zusammenarbeit, so rechtfertigen wir vor der ganzen Welt unsere Handelspolitik, die so vielfach angegriffen worden ist. Erkennen wir die Lage Frankreichs an, so zwingen wir alle dazu, auch unsere Lage anzuerkennen.

Eine Verständigungsmöglichkeit mit Frankreich wäre die Absatzregelung mit Preisgarantie. Darüber hinaus gibt es aber noch viel weiterreichende Möglichkeiten. Deutschland und Frankreich sind die beiden wichtigsten Wirtschaften des europäischen Kontinents. Die endgültige Gesundung dieser beiden Wirtschaften geht parallel mit der wirtschaftlichen Gesundung Europas. Die wirtschaftliche Gesundung Europas kann organisiert werden. Der Aufbau Europas bietet beiden Ländern so großen Raum zur Entfaltung, ein planmäßiges Zusammenarbeiten eröffnet für beide Länder und alle europäischen Staaten soviel neue Wohlstandsquellen, daß keine untergeordneten Interessen hier ein Zusammenarbeiten stören können. Man muß nur aus dem imperialistischen Denken, das mit politischer Gewalt und wirtschaftlicher Uebertölpelung spekuliert, heraustreten und die Tatsachen ins Auge fassen..."

Dagegen konnte durch Unterzeichnung des Deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens am 8. März der Wirtschaftskrieg mit Polen seinen endlichen Abschluß finden. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut: Deutschland und Polen

Die Reichsregierung und die Polnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, den anormalen Zustand in ihren gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu beenden und durch die vorliegende Vereinbarung die Grundlage für einen weiteren vertraglichen Ausbau ihres Handelsverkehrs zu schaffen, haben folgendes vereinbart:

I. Die gegenseitigen Kampfmaßnahmen werden aufgehoben, und zwar:

Von deutscher Seite:

Die Anwendung des Obertarifs auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse polnischen Ursprungs, soweit diese Anwendung nicht bereits durch die Verordnungen vom 14. März 1932 (Reichsgesetzblatt 1932 Teil I Seite 142) und vom 26. März 1932 (Reichsgesetzblatt 1932 Teil I Seite 166) aufgehoben worden ist.

Von polnischer Seite:

a) Die Anlage 3 der Verordnung des Ministerrats vom 11. Oktober 1933 über das Einfuhrverbot einiger (deutscher) Waren (Dziennik Ustaw Nr. 79, Pos. 561).

b) Die Anwendung von Maximalzollsätzen auf deutsche Waren nach der Verordnung vom 11. Oktober 1933 (Monitor Polski Nr. 236, Pos. 256).

c) Die Bekanntmachung vom 10. März 1926, betreffend die Verweigerung der Durchfuhr für einfuhrverbotene Waren über deutsche Häfen und Eisenbahnen (Monitor Polski Nr. 56) sowie die weiteren diesbezüglichen Anordnungen.

II. Der Ursprung der Waren im deutschen oder polnischen Zollgebiet soll in Zukunft keinen Anlaß geben zu irgendwelcher Benachteiligung bei Anwendung und Gewährung der autonomen Zollvergünstigungen, d. h. solcher Zollvergünstigungen, welche im deutschen oder im polnischen Zollgebiet allgemein gelten.

III. Die Reichsregierung wird auf die Einfuhr aus dem polnischen Zollgebiet die Sätze des allgemeinen Einfuhrzolltarifs anwenden.

Die polnische Regierung wird auf die Einfuhr aus dem Deutschen Reich die Sätze der Spalte II des Einfuhrzolltarifs anwenden.

IV. Die besonderen Vorteile, die Deutschland bei der Anwendung der Verordnung des Polnischen Ministerrats vom 11. Oktober 1933

(Dziennik Ustaw Nr. 79, Pos. 561) gewährt werden, bilden den Gegenstand einer Sondervereinbarung.

V. Die Reichsregierung sagt zu, bei der Einfuhr von Butter die polnischen Interessen in angemessener Weise zu berücksichtigen.

VI. Die Reichsregierung wird Ausfuhrbewilligungen für Schrott der Ausfuhrnummer 843 des Statistischen Warenverzeichnisses nach dem polnischen Zollgebiet nach Maßgabe der Vereinbarungen zwischen den Vertretern der polnischen und der deutschen Eisenindustrie vom 19. Oktober 1933 erteilen.

VII. Für die Durchfuhr von aus dem polnischen Zollgebiet stammenden lebenden Tieren, tierischen Teilen und tierischen Erzeugnissen gelten im Deutschen Reich die in der Anlage besonders vereinbarten Bestimmungen.

VIII. Beide Regierungen werden in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen von Diskriminierungen jeder Art, die als Folge des Wirtschaftskonfliktes entstanden waren, absehen.

IX. Wenn nach der Inkraftsetzung dieses Protokolls durch ungünstige Auswirkung desselben oder wegen von dem anderen Teile ergriffener Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ein Teil sich benachteiligt fühlen sollte, oder wenn einer der beiden Teile nicht mehr in der Lage sein sollte, die in diesem Protokoll enthaltenen Vereinbarungen einzuhalten, werden auf sein Verlangen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden mit dem Ziele, Abhilfe zu schaffen. Wenn diese Verhandlungen im Laufe eines Monats vom Tage des Eingangs des Antrages an gerechnet nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, so soll der Teil, der sich benachteiligt erachtet, das Recht haben, das vorliegende Protokoll zu kündigen. In diesem Falle tritt es einen Monat nach der Kündigung außer Kraft.

X. Dieses Protokoll, das in doppelter Urschrift in deutscher und in polnischer Sprache ausgefertigt ist, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Das Protokoll tritt am zehnten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Das Abkommen ist an sich kein regulärer Handelsvertrag, da es weder eine Meistbegünstigungsklausel noch Zollabreden enthält. Aber die erste Etappe in der Schaffung günstiger Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen konnte als erreicht angesehen werden.

Deutschland und Finnland

Am 24. März folgte ein neuer Handelsvertrag zwischen Deutschland und **Finnland**.

Deutschland und Bulgarien

Sehr positiv gestalteten sich auch die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu **Bulgarien** (mit dem im Jahre 1933 ein Handelsvertrag geschlossen worden war). Der bulgarische Ministerpräsident **Muschanoff** erklärte im April 1934, daß Bulgarien mit Freude feststelle, daß Deutschland an erster Stelle im bulgarischen Außenhandel stehe (und zwar mit rund 38 Prozent der Einfuhr und 36 Prozent der Ausfuhr).

Deutschland und Jugoslawien

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und **Jugoslawien** konnten gleichfalls ein positives Ergebnis zeitigen, und am 1. Mai konnte ein neuer deutsch-jugoslawischer Handelsvertrag unterzeichnet

werden, der außerdem ein Reiseverkehrs- und Konsularabkommen enthält.

Das Ordnungsprinzip im Außenhandel

Das Wichtigste aber sind die **Grundsätze**, nach denen das neue Deutschland seine Handelsverträge abschloß. Im **Ordnungsprinzip** erkennt der Nationalsozialismus einen wesentlichen Grundsatz der Wirtschaft. An die Stelle des hemmungslosen Konkurrenzkampfes der liberalistischen Wirtschaft setzt er die Idee der geordneten Wirtschaft, in deren Rahmen ein Auswirken der privaten Initiative zum Nutzen der Allgemeinheit erst gewährleistet ist. Jede Ordnung setzt Führung voraus. Die einheitliche Zusammenfassung des Außenhandels ist somit eine unabweisliche Notwendigkeit. — Die von Deutschland geschlossenen Handelsverträge dienen der gegenseitigen **Bedarfsdeckung** und bedeuten so die erste durchgreifende Maßnahme zur Gestaltung einer wirklichen **europäischen Großraumwirtschaft**, die auf den Lebensnotwendigkeiten aller Völker fußt, an Stelle einer utopischen, von allen nationalen Grundlagen losgelösten Wirtschaft. — Gleichzeitig sah die neue deutsche Handelspolitik ihre Aufgabe in der **Regelung der Rohstoffbewirtschaftung** (innerhalb der Einfuhrseite des Außenhandels), nachdem die Agrarpolitik bereits die Marktordnung in der Landwirtschaft geschaffen hatte.

Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft

Das Ordnungsprinzip der Wirtschaft fand vor allem starken Ausdruck in dem am 27. Februar erlassenen „**Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft**“, das folgenden Wortlaut hat:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der **Reichswirtschaftsminister** wird zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft **ermächtigt**,

1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;
2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;
3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;
4. die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberufen;
5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.

Wirtschaftsverbände sind solche Verbände und Vereinigungen von Verbänden, denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Unternehmern und Unternehmungen obliegt.

§ 2

Der Reichswirtschaftsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern zur Durchführung dieses Gesetzes Rechtsverord-

nungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen; auch kann er im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Vorschriften ergänzenden Inhalts erlassen.

§ 3

Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Anordnung zuwiderhandelt, die der Reichswirtschaftsminister auf Grund dieses Gesetzes oder seiner Durchführungsvorschriften getroffen hat, wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Reichswirtschaftsministers ein. Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 4

Wegen eines Schadens, der durch eine Maßnahme auf Grund dieses Gesetzes entsteht, findet eine Entschädigung nicht statt.

§ 5

Verbände von Angehörigen des Reichsnährstandes mit Ausnahme der Angehörigen gemäß § 1 Ziffer 1 bis 10 unter b der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 16. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 100) und Verbände von Angehörigen der Reichskulturkammer fallen nicht unter dieses Gesetz.

Soweit es sich um Verbände von Angehörigen des Reichsnährstandes gemäß § 1 Ziffer 1 bis 10 unter b der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und um Verbände des Verkehrs handelt, übt der Reichswirtschaftsminister die Befugnisse der §§ 1 bis 3 im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister aus; er kann die Befugnisse an den zuständigen Fachminister übertragen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt über das neue Gesetz

Ueber dieses grundlegende Gesetz sprach am 14. März vor Vertretern des Handels, der Industrie, des Handwerks, des Reichsnährstandes usw. der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt und stellte fest, daß endlich organisatorisch Klarheit geschaffen worden sei. Es handle sich hier nicht um Fragen des ständischen Aufbaus — wohl aber darum, daß Staatsauffassung und Wirtschaftsführung in Einklang zu bringen seien. Ohne den ehrlichen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf selbständiger Unternehmer zu beseitigen, soll dafür gesorgt werden, daß dieses freie Spiel der Kräfte in gesunden Bahnen bleibt und durch eine starke Führung geordnet wird. Ehrengerichte sollen entscheiden, wo die loyale und anständige Konkurrenz verlassen wurde. Verantwortungsbewußte und tüchtige Männer, die vom Geiste des Staates Adolf Hitlers beseelt sind, sollen die Wirtschaft führen — gestützt auf einen Führerrat, der die gleiche geistige Haltung besitzt. Führer können auch ohne Kartelle die Ordnung schaffen und erhalten.

Die neue Wirtschaftsorganisation

Und die neue Wirtschaftsorganisation, deren Referate in Verbindung mit den zuständigen Stellen des Ministeriums stehen sollen, ermöglicht ein wesentlich besseres Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und erspart sehr viel Kleinarbeit. — Die neue Organisation besteht in ihrer obersten Gliederung aus zwölf Hauptgruppen (von denen die ersten sieben die Industrie ausmachen):

Gruppe 1 Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung,
Gruppe 2 Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik und Feinmechanik,
Gruppe 3 Eisen-, Blech- und Metallwaren,
Gruppe 4 Steine und Erden, Holz-, Bau-, Glas- und keramische Industrie,
Gruppe 5 Chemie, technische Oele und Fette, Papier und Papier verarbeitende Industrie,
Gruppe 6 Leder, Textilien und Bekleidung,
Gruppe 7 Nahrungsmittelindustrie,
Gruppe 8 Handwerk,
Gruppe 9 Handel,
Gruppe 10 Banken und Kredit,
Gruppe 11 Versicherungen,
Gruppe 12 Verkehr.

Am gleichen Tage noch bestimmte der Reichswirtschaftsminister die Männer, denen diese Organisation anvertraut werden sollte:

Gruppe 1: Krupp von Bohlen und Halbach, Essen;
Gruppe 2: Staatsrat Blohm, Hamburg;
Gruppe 3: Erich Hartkopf, Solingen;
Gruppe 4: Dr. Vögler, Dortmund;
Gruppe 5: Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Pietzsch, München;
Gruppe 6: Gottfried Dierig, Langenbielau;
Gruppe 7: Brauereidirektor Schüler, Dortmund;
Gruppe 8: Reichshandwerksführer Schmidt, Berlin;
Gruppe 9: Handelskammerpräsident Luer, Frankfurt a. M.;
Gruppe 10: Fischer, Reichskredit A.-G.;
Gruppe 11: Hildegard, Allianz und Stuttgarter Verein;
Gruppe 12: (Wurde in diesem Augenblick noch nicht besetzt.)

Aufgabe der Industrie- und Handelskammern

Der Reichswirtschaftsminister führte weiter aus, daß die Industrie- und Handelskammern nach wie vor das örtliche Zusammenwirken der Industrie- und Handelsunternehmungen zu fördern haben und vor allem im Hinblick auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirks dem Interessenausgleich dienen sollen. Zwischen ihnen und der fachlichen Organisation der Wirtschaft solle eine lebendige Verbindung geschaffen werden. —

Durch diese neuen Grundlagen der Wirtschaft, die das Gesetz brachte, wurde die Frühjahrsoffensive gegen die Arbeitslosigkeit, so führte Pg. Keßler (der Leiter des Gesamtverbandes) aus, wesentlich erleichtert. Höchstes Ziel dieser Neuordnung sei die Schaffung der Voraussetzungen für eine Gemeinschaftsarbeit.

Ueberwachungsstellen zur Verteilung der Rohstoffe

Das Ordnungsprinzip kam auch zum Ausdruck in einem neuen Gesetz, daß die Einrichtung von Ueberwachungsstellen für be-

stimmte Warenarten veranlaßte, um eine richtige Verteilung der lebenswichtigen Rohstoffe für die Industrie zu sichern. —

Rede Dr. Schacht vor den Bankiers

Und am 24. Februar betonte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht (in einer Rede vor den Bankiers) die Notwendigkeit eines straffen Aufbaus im Bankengewerbe, das nur dann dem Gemeinwohl wirklich dienen könne, wenn es richtig geführt sei.

Leipziger Frühjahrsmesse

Der Erfolg der neuen Grundsätze in der Wirtschaft zeigte sich sehr deutlich in der Leipziger Frühjahrsmesse, die am 5. März vom Reichspropagandaminister Pg. Dr. Goebbels eröffnet wurde (die von 12000 Firmen mehr beschickt worden war als im Vorjahre, und die außerdem eine Steigerung der Nachfrage von durchweg 50 Prozent und eine Steigerung der Aufträge von 30 Prozent gegenüber

Automobilausstellung

1933 aufwies) — vor allem aber auch in der Automobilausstellung, die am 8. März wiederum vom Führer mit einer bedeutenden Rede eröffnet wurde. Sie legte gleichzeitig Zeugnis ab von dem großen Erfolg der kraftfahrzeugfördernden Wirtschaftspolitik Adolf Hitlers.

Tag der Deutschen Technik

Am 11. und 12. März versammelten sich in Leipzig 12000 Techniker zum ersten Tag der Deutschen Technik (zu dem aufgefordert hatten: Kampfbund der deutschen Architekten und Ingenieure, Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeiter, Deutscher Technikerverband in der Deutschen Arbeitsfront, Reichsbund deutscher Techniker und das Leipziger Messeamt) und gaben der Gesinnung Ausdruck, daß die Technik Dienerin am gesamten Volke sein muß. (In der Fachtagung der Architekten stellte der Danziger Professor Pg. Dr. Kloeppel fest, daß die Baukunst stets der deutlichste Spiegel des Gesamtkulturstandes eines Volkes gewesen sei.) In einer gewaltigen Schlußkundgebung sprach der bekannte Kommerzienrat Dr. Röchling über die Technik im Saargebiet und betonte gleichzeitig, daß der für die ganze Welt entscheidende Erfolg der nationalsozialistischen Revolution die Ueberwindung des Materialismus bedeute. Der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, schloß die Kundgebung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Errichtung einer „Kammer der Technik". —

Aufhebung des Reichswirtschaftsrats

Im gleichen Monat — am 23. März — erfolgte noch die Aufhebung des Reichswirtschaftsrats (der durch das Gesetz über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 5. April 1933 als Zwischenlösung bestimmt worden war), da er jetzt entbehrlich geworden war.

Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft

Der darauffolgende Tag (24. März) brachte das wichtige „Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft". In seinem ersten Abschnitt (Beitragegesetz) bewirkt es eine genau festgelegte Kontrolle der Finanzgebarung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts

(Körperschaften, Stiftungen und Anstalten). Der Abschnitt II (Spendengesetz) bestimmt, daß die Erhebung von Spenden der Genehmigung des Stellvertreters des Führers der NSDAP (im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister) bedarf. Der Abschnitt III (Arbeitslosenhilfeabgabegesetz) endlich regelt im einzelnen die Abgaben zur Arbeitslosenhilfe und bestimmt in seinem § 3:

Von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe sind befreit:

1. Steuerpflichtige, denen Kinderermäßigung für drei oder mehr Kinder nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes,
2. Steuerpflichtige, denen Kinderermäßigung für ein Kind oder zwei nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 500 RM. nicht übersteigt,
3. alle übrigen Steuerpflichtigen, wenn der Arbeitslohn den Betrag von 100 RM. im Monat nicht übersteigt.

Gesetz über die Bildung eines Anleihestocks bei Kapitalgesellschaften

Erwähnenswert ist außerdem das „**Gesetz über die Bildung eines Anleihestocks bei Kapitalgesellschaften**" vom 29. März, nach dem diese einen Anleihestock zu bilden haben, wenn für ein Geschäftsjahr, das zwischen dem 1. Oktober 1933 und dem 31. Dezember 1934 endet, ein höherer Gewinn (im Verhältnis zum Grund- und Stammkapital) ausgeschüttet wird und wenn dieser Gewinn außerdem wenigstens 6 Prozent des Grund- und Stammkapitals beträgt. Das Gesetz behandelt die einzelnen Fälle und bestimmt im einzelnen die jeweilige Höhe des Anleihestocks, der **aus Anleihen des Reiches, der Länder oder der Gemeinden zu bilden ist.**

Zusammenfassung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten

Die ordnende Kraft nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zeigte sich im April 1934 wieder in der **Zusammenfassung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten** in einem Reichsverband, im Mai 1934 in der Zusammenfassung des gesamten Transportgewerbes in einer Zwangsorganisation (Spitzenverband wurde die **Reichsfachschaft des Deutschen Speditions- und Lagereigewerbes**). Um der Schaffung eines Ausgleichs zwischen Stein- und Braunkohlenbergbau näherzukommen, wurde im gleichen Monat zur **Neuregelung der Kohlenwirtschaft** ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der prüfen sollte, ob der Weg der Absatzkontingentierung in diesem Falle praktisch gangbar ist. --

Reichsfachschaft des Deutschen Speditions- und Lagereigewerbes

Neuregelung der Kohlenwirtschaft

Daß die ordnende Hand der neuen Wirtschaftspolitik sich tatsächlich nicht hemmend, sondern **fördernd** auf die Volkswirtschaft auswirkte, läßt sich durch viele Tatsachen belegen, von denen wir nur einige als Beispiele herausgreifen wollen:

Umsatzsteigerung im Einzelhandel

Der Jahresanfang 1934 brachte eine weitere **Umsatzsteigerung im Einzelhandel**. Die Umsätze im Januar und Februar haben zu-

sammen das Vorjahresniveau um 9% überschritten, der Februar allein um 23%.

Steigerung der Roheisenerzeugung

Die deutsche Roheisenerzeugung stieg im März von 549962 to auf 650389 to (arbeitstäglich also von 19642 auf 20980).

Steigerung des Arbeitseinkommens

Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung ist das Arbeitseinkommen des deutschen Volkes im Winter 1933/34 gestiegen, obwohl nach sonstiger früherer Erfahrung das Arbeitseinkommen im Winter regelmäßig abnimmt. Es betrug im letzten Vierteljahr 1933 6,77 Milliarden, im ersten Vierteljahr 1934 6,8 Milliarden. Es war also eine Steigerung von 1% zu verzeichnen (während die Vorjahre stets einen erheblichen Rückgang im Winter gebracht hatten). Seit dem Tiefpunkt der Krise war damit das Arbeitseinkommen um rund 14% gestiegen!

Die Arbeitsschlacht

Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Arbeitsschlacht

Von ausschlaggebender Bedeutung aber wurde die neue Etappe der Arbeitsschlacht! Der erfolgreiche Kampf im Sommer 1933 (siehe Band 1933, Seite 226 bis 238) hatte in zähem Ringen Millionen deutscher Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot gebracht. Die Arbeit des Winters 1933/34 galt den gewaltigen Anstrengungen, den eroberten Stand im wesentlichen zu halten, während jetzt im Frühling 1934 die ganze Nation zu einem erneuten Sturm gegen Hunger und Elend der Arbeitslosigkeit gerufen werden sollte, zur dritten Etappe der Arbeitsschlacht!

Vierteljahresbericht des Internationalen Arbeitsamts

Was ein Volk vermag, das an seiner Spitze einen Adolf Hitler hat und das eine geschlossene nationalsozialistische Willenseinheit bildet, bewies ein Vergleich zu anderen Staaten: Das dem neuen Deutschland keineswegs sehr freundlich gesonnene Internationale Arbeitsamt in Genf gab über das letzte Vierteljahr 1933 einen Bericht über Zunahme und Abnahme der Arbeitslosigkeit heraus, in dem Deutschland im Rückgang der Arbeitslosigkeit an erster Stelle steht.

Rückgang der Arbeitslosigkeit im Januar

Als günstiger Auftakt der neuen Arbeitsschlacht konnte im Februar gemeldet werden, daß die Arbeitslosigkeit im Januar um 285000 Erwerbslose im Reich zurückgegangen war.

Mit einer bisher einzig dastehenden Zähigkeit wurde auch in den kalten Wintermonaten der Krieg gegen die Erwerbslosigkeit weitergeführt. Zahlreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeugten von der nationalsozialistischen Energie und der Kraft des deutschen Volkes:

Grundsteinlegung der Dietrich-Eckart-Siedlung

Am 12. Februar fand in der kurmärkischen Industrie-Großgemeinde Finow die Grundsteinlegung der „Dietrich-Eckart-Siedlung“ durch den Gauleiter und Oberpräsidenten Kube statt, einer Arbeitersiedlung, in der jährlich 200 Stellen errichtet werden sollen und mit deren Hilfe im Laufe eines 5-Jahresplanes 1000 Arbeiterfamilien bodenständig gemacht werden sollen.

Wohnungsbau im Jahre 1933

(Am 15. Februar konnte das Statistische Reichsamt melden, daß im Jahre 1933 rund 200000 neue Wohnungen geschaffen worden waren.)

Siedlungen in Ostpreußen

Im März leitete Gauleiter und Oberpräsident Koch den Bau von 4000 Stadt- und Dorfrandsiedlungen in Ostpreußen ein. (Es handelt sich um Arbeitersiedlungen mit je zwei Morgen Land.)

Umschulungslager

Am 16. März wurde das zweite Umschulungslager in Rathsdemnitz (Ostpommern) eröffnet, wo deutsche Arbeiter nach langer Arbeitslosigkeit zur Arbeit an der deutschen Scholle oder anderen Berufen „umgeschult“ werden sollen.

Preußische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Im gleichen Monat führte Preußen in beispielgebender Weise umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch (Inangriffnahme von zahlreichen Brückenbauten, Erweiterungsbauten an Brücken und Häfen, Instandsetzungsarbeiten, Beteiligung am Bau des Rügendammes mit 2,7 Millionen RM. usw.).

Landgewinnungsmaßnahmen

Viele Tausende von Arbeitern fanden im gleichen Monat Arbeit an der Küste von Schleswig-Holstein (siehe die Ausführungen über die Landgewinnungsmaßnahmen im 2. Abschnitt). Die Kultivierung von 7000 Hektar in den weiten Niederungen der Eider wurden in Angriff genommen. —

Deutschland bietet ein Bild des Lebens und Schaffens, des friedlichen Aufbaus. Nach langen, langen Jahren des Dahinsiechens regt sich unbändige gesunde Kraft. Jeder fühlt das einfache und große Wunder: Deutschland ist erwacht!

Staatssekretär Reinhardt über die Arbeitsschlacht

Die bisherigen sieghaften Etappen der Arbeitsschlacht sind am übersichtlichsten in kurzer Form zusammengefaßt in einem Aufsatz des Staatssekretärs Pg. Reinhardt über die „Siegreiche Durchbruchsschlacht im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit“ (NSK, 23. Februar), in dem es heißt:

> Am 1. Juni 1933 wurde der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Der Name dieses Gesetzes war etwas Neues. Dieser Name entsprach dem Inhalt des Gesetzes. Es bestand aus Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Daß diese Bezeichnung treffend war, ist inzwischen in aller Eindeutigkeit erwiesen. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit hat auf der ganzen Linie zu einem vollen Erfolg geführt.
>
> Am 21. September 1933 wurde die Winterschlacht gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah durch das Zweite Gesetz zur Ver-

minderung der Arbeitslosigkeit. Auch diese Winterschlacht führte auf der ganzen Linie zu vollem Erfolg. Dieser bestand darin, daß im Oktober und im November 1932 eine Zunahme der Arbeitslosenziffer um 252423 zu verzeichnen war und im gleichen Zeitraum des Jahres 1933 eine Abnahme um 134828. In früheren Jahren hatte die jahreszeitlich bedingte Zunahme der Arbeitslosenziffer bereits Anfang Oktober eingesetzt. Im Jahre 1933 war im Oktober und im November noch nicht eine Zunahme, sondern noch immer eine sehr beträchtliche Abnahme der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen.

Erst im Dezember stieg, bedingt durch den außergewöhnlich starken Frost, die Arbeitslosenziffer wieder an. Dieser Wiederanstieg bedeutete jedoch keineswegs einen Stillstand oder gar einen Rückschlag in der Entwicklung; denn die Zunahme betrug 343000 gegenüber 418000 im Dezember 1932. Der Unterschied von 75000 stellte den Fortschritt der Winterschlacht im Dezember 1933 dar. Dieser war um so beachtlicher, als die Zahl der Arbeiter in den Außenberufen im Sommer und im Herbst 1933 um etwa 1 Million größer war als im Sommer und Herbst 1932.

Anfang Dezember 1933 wurde durch das Reichsfinanzministerium die Durchbruchsschlacht im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah insbesondere durch den Runderlaß betreffend Flüssigmachung rückständiger Steuern vom 28. November 1933, durch den Runderlaß betreffend Steuerfreiheit für Weihnachtsgeschenke vom 2. Dezember 1933, durch die Ausgabe von 50 Millionen Reichsmark in Bedarfsdeckungsscheinen an die Bezirksfürsorgeverbände zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für Hilfsbedürftige und durch den Einsatz erheblicher Summen aus dem Aufkommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Durch alle diese Maßnahmen wurden die Mittel, die Ende September für die Winterschlacht zur Verfügung gestellt worden waren, erheblich verstärkt. Diese Verstärkung war erfolgt, um dem jahreszeitlich bedingten Anschwellen der Arbeitslosenziffer in den Monaten Dezember und Januar mit aller Wucht entgegenzuwirken, und zu verhindern, daß die Arbeitslosenziffer im Durchschnitt des Winters 1933/34 4 Millionen wieder übersteigt.

Heute können wir mit Stolz darauf hinweisen, daß diese Durchbruchsschlacht zu dem erwünschten vollen Sieg geführt hat. Die Zunahme der Arbeitslosenziffer war im Dezember 1933 geringer als im Dezember 1932 und im Januar trat bereits wieder ein Rückgang der Arbeitslosenziffer, und zwar in der Riesengröße von 285000 ein. Die Arbeitslosenziffer hatte Ende Dezember die 4-Millionen-Grenze etwas überschritten; sie betrug 4059000. Sie war jedoch bis Ende Januar bereits wieder auf 3774000 gesunken. Es steht außer Frage, daß sie nunmehr, nachdem bereits der Januar vorbei ist, 4 Millionen nicht wieder übersteigen wird.

Im Januar 1933 hatte die Arbeitslosenziffer um 241000 zugenommen, im Januar 1934 hat sie um 285000 abgenommen. Die Verbesserung im Januar 1934 gegenüber Januar 1933 beträgt demnach 241000 + 285000 = 526000.

Für den Monat Januar der letzten fünf Jahre ergibt sich das folgende Bild:

Januar	1930	Zunahme	von	367 000,
Januar	1931	Zunahme	von	503 000,
Januar	1932	Zunahme	von	374 000,
Januar	1933	Zunahme	von	241 000,
Januar	1934	Abnahme	von	285 000.

Die Arbeitslosenziffer ist Ende Januar 1934 um 2240000 niedriger gewesen als am 31. Januar 1933, um 2 268 000 niedriger als am 31. Januar 1932, und um 1113000 niedriger als am 31. Januar 1931. Ein Vergleich des 31. Januar 1934 mit dem gleichen Tag der Vorjahre ergibt das folgende Bild:

31. Januar 1933	6 014 000
31. Januar 1934	3 774 000
Rückgang = 37,5 v. H.	2 240 000

31. Januar 1931	4 887 000
31. Januar 1934	3 774 000
Rückgang = 22,7 v. H.	1 113 000

31. Januar 1931	4 887 000
31. Januar 1932	6 042 000
31. Januar 1933	6 014 000
31. Januar 1934	3 774 000

Die Entwicklung von Ende September bis Ende Januar zeigt das folgende Bild (in 1000):

	1932/33	1933/34
Stand Ende September	5 103	3 849
Stand Ende Januar	6 014	3 774
	+ 911	− 75

Dieses letzte Bild zeigt in aller Eindeutigkeit, daß der Durchbruch im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit gelungen ist. In den gleichen Wintermonaten, in denen im Vorjahr eine Zunahme der Arbeitslosenziffer um 911 000 eingetreten war, hat im gegenwärtigen Winter die Arbeitslosenziffer um 75000 abgenommen.....

Die 10 Punkte Reinhardts zur Arbeitsschlacht

Zum Programm der Arbeitsschlacht 1934 gab Pg. Reinhardt in einem Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik am 13. Februar 10 Punkte bekannt. Sie sind von derart **ausschlaggebender Wichtigkeit**, daß wir sie im folgenden im Wortlaut (NSK, 17. Februar) wiedergeben:

1. **Arbeitsvorrat aus 1933. Stand Ende Januar 1934.**

a) Aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen 1095 Millionen RM. Davon 818 Millionen aus dem Programm vom 1. Juni 1933.

b) Aus dem Gebäudeinstandsetzungsgesetz etwa 1200 Millionen RM. Das ist die Summe, die nach dem 31. Januar 1933 auf Grund des Gebäudeinstandsetzungsgesetzes etwa noch in Bewegung kommen wird in Form von Barzuschüssen, Zinsvergütungsscheinen und Selbstaufbringungsbeträgen.

Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden werden auch nach dem 31. März 1934 noch vorgenommen werden; denn erstens kann unter bestimmten Voraussetzungen die Frist für die Beendigung der Arbeiten bis zum 30. Juni 1934 verlängert werden, und zweitens besteht nach wie vor der § 1 des Gesetzes über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933, wonach Ermäßigung der Einkommensteuer oder Körperschaftssteuer um 10 v. H. der Aufwendungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die einem gewerblichen

Betrieb des Steuerpflichtigen dienen, unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird. Außerdem werden das Baugewerbe und die damit verbundenen Nebengewerbe dadurch in Schwung gehalten werden, daß viele Kleinwohnungen und Eigenheime gebaut werden. Der Förderung solcher Bauten dient das Gesetz über Steuerbefreiung für neuerrichtete Kleinwohnungen und Eigenheime vom 21. September 1933. Die Nachfrage nach Kleinwohnungen wird in Auswirkung des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen immer größer werden.

2. Autobahnen und andere Kraftfahrstraßen.

Dafür werden im zweiten Hitlerjahr wahrscheinlich mehr ausgegeben werden als im ersten Hitlerjahr etwa 500 Millionen RM.

3. Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden und Gebäudeteilen, die einem gewerblichen Betrieb dienen.

Solche sind auch im Jahre 1934 noch steuerbegünstigt durch § 1 des Gesetzes über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933, der sich auf alle Instandsetzungen und Ergänzungen erstreckt, die vor dem 1. Januar 1935 beendet werden.

4. Ersatzbeschaffungen von Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals.

Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen wird dem Gesetz vom 1. Juni 1933 gemäß für alle Gegenstände gewährt, die nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 angeschafft oder hergestellt werden. Es steht außer Frage, daß von dieser Möglichkeit im Jahr 1934 in wesentlich größerem Ausmaß Gebrauch gemacht werden wird als im Jahr 1933, weil die wirtschaftliche und finanzielle Bewegungsmöglichkeit der Unternehmungen und die Aussichten auf Besserung des Auftragseingangs im Jahre 1934 im allgemeinen größer sein werden als im Jahre 1933.

5. Bau von Kleinwohnungen und Eigenheimen.

Die Steuerbefreiung für neuerrichtete Kleinwohnungen und Eigenheime, die dem Gesetz vom 21. September 1933 gemäß gewährt wird, erstreckt sich auf Kleinwohnungen, die in den Haushaltsjahren 1934 und 1935 errichtet werden, und auf Eigenheime, die in den Haushaltsjahren 1934 bis 1938 errichtet werden. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß in Auswirkung dieser Steuerbefreiungsvorschriften und gleichzeitig in Auswirkung der Maßnahmen zur Förderung der Eheschließungen der Bau von Kleinwohnungen und Eigenheimen im Jahre 1934 und in den folgenden Jahren ein sehr reger werden wird. Dadurch wird auf die Dauer Arbeit geschaffen: erstens auf den Baustellen und dann durch die laufend erforderlichen Instandsetzungen und Ergänzungen der Kleinwohnungen und Eigenheime.

6. Ausbauten, Herrichtungen und Beschaffungen zu Zwecken des zivilen Luftschutzes und Anschaffungen zu Zwecken des zivilen Sanitätsdienstes in Industrie- und Werksbetrieben.

Aufwendungen für alle diese Dinge können bei der Ermittlung des Einkommens aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft und aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen für Zwecke der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer im Steuerabschnitt der Ausgabe voll abgesetzt werden, die einen auf Grund des Runderlasses des Reichsministers der Finanzen, betreffend Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Luftschutzes vom 10. Oktober 1933, die anderen auf Grund des Erlasses, betreffend Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Sanitätsdienstes, vom 27. Januar 1934. In keinem der beiden Runderlasse ist eine Fristbegrenzung enthalten. Die Inanspruchnahme dieser beiden Runderlasse bedeutet Teilnahme am Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Sie wird belohnt durch Freistellung

eines entsprechenden Einkommensteils von der Einkommensteuer oder Körperschaftssteuer.

7. Vermehrung der Zahl der Hausgehilfinnen und dadurch Entlastung des Arbeitsmarktes der weiblichen Arbeitskräfte. Diese Vermehrung der Zahl der Hausgehilfinnen ist die zwangsläufige Folge des Gesetzes zur Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft vom 1. Juni 1933, wonach für die Einstellung von Hausgehilfinnen eine Erhöhung der Familienermäßigung bei der Berechnung der Einkommensteuer gewährt wird.

8. Zunahme der Eheschließungen und dadurch bedeutende Entlastung des Arbeitsmarktes, unmittelbar durch Freiwerden von Arbeitsplätzen der künftigen Ehefrauen und mittelbar durch Erhöhung des Beschäftigungsgrades in der Möbel-, Hausgeräte- und dergleichen Industrie. Diese Entwicklung ergibt sich zwangsläufig aus dem Gesetz zur Förderung der Eheschließungen vom 1. Juni 1933 und aus dem Runderlaß des Reichsministers der Finanzen, betreffend Steuerfreiheit für Heiratsbeihilfen, vom 13. Februar 1934. Beide sind unbefristet. Die Entlastung des Arbeitsmarktes, die sich aus der Förderung der Eheschließungen ergibt, wird im zweiten Hitlerjahr mindestens 300 000 betragen.

9. Verbesserung der finanziellen Lage der Unternehmer um etwa 150 Millionen Reichsmark aus Steuergutscheinen.

Diese Verbesserung ergibt sich daraus, daß ab 1. April 1934 das Reich bei der Entgegennahme von Steuerzahlungen rund 300 Millionen Reichsmark in Steuergutscheinen in Zahlung nehmen muß. Von diesen 300 Millionen Reichsmark werden noch mindestens 150 Millionen Reichsmark im Besitz der Steuerzahler sein. Für diese bedeutet die Bezahlung von Steuern durch Steuergutscheine statt in barem Geld eine Erhöhung ihrer finanziellen Beweglichkeit. Sie gewinnen 150 Millionen Reichsmark, die sie für Instandsetzungen, Ergänzungen, Ersatzbeschaffungen, Lagerauffüllung oder dergleichen verwenden und auf diese Weise in den Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit einsetzen können.

10. Senkung der Abgaben zur Arbeitslosenhilfe.

Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erbringt im laufenden Rechnungsjahr 1934 rund 550 Millionen Reichsmark. Es wird erwogen, diese Abgabe im Laufe des Jahres 1934 wesentlich zu senken. Das Ausmaß der Senkung wird sich nach der Größe des Rückgangs der Arbeitslosenziffer im Laufe des Jahres 1934 bestimmen. Es steht zu erwarten, daß die Arbeitslosenziffer weiter stark sinken wird. Durch die Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird die Kaufkraft der Massen gehoben und damit der Verbrauch der Massen belebt werden. — Die Frist für die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit läuft am 31. März 1934 ab. Die Spende ist infolgedessen nur noch im März 1934 zu leisten. Die Spende hat rund 120 Millionen Reichsmark erbracht. Diese Summe ist bestimmt gewesen und bestimmt, im gegenwärtigen Winter in den Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit eingesetzt zu werden. Die Spende hat ihren Zweck erreicht, denn auch auf den Einsatz dieser Mittel ist die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes im Januar und im Februar 1934 zurückzuführen. Ein großer Teil der Spendenmittel wird sich erst in den kommenden Wochen voll auswirken. Ab 1. April 1934 werden den Spendern die Teile ihres Einkommens, mit denen sie sich bisher an der Arbeitsspende beteiligt hatten, für Zwecke ihres persönlichen Verbrauchs zur Verfügung stehen.

Beginn der Frühjahrsoffensive in der Arbeitsschlacht

Der 21. März wurde der Beginn dieser gewaltigsten Arbeitsschlacht, die die Welt bis dahin gesehen hatte. Im ganzen Reich

setzte der Kampf mit gigantischer und feierlicher Wucht ein. Der 21. März, dieser erste Jahrestag des denkwürdigen Staatsaktes von Potsdam, wurde zu einem einzigartigen Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes zur Kameradschaft der Arbeit:

An der Baustelle Unterhaching der Reichsautobahn stehen die Arbeiter angetreten, als der Führer erscheint. Nach einigen einleitenden Worten des bayerischen Innenministers, Gauleiter Pg. Adolf Wagner, meldet der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Pg. Dr. Todt, dem Führer 15000 Arbeiter, die im gesamten Reich an 22 Baustellen der Reichsautobahn angetreten sind. Der Rundfunk hat ganz Deutschland zu einer miterlebenden und mithörenden Gemeinschaft verbunden. Auf Anruf des Pg. Dr. Todt melden sich die Abordnungen der 22 Baustellen im Reiche mit einem „hier"! Reichsarbeitsführer Pg. Hierl meldet dem Führer, daß an diesem Tage 130 Arbeitslager im ganzen Reiche neu in Dienst gestellt und die Kultivierung von 280000 Hektar Moor und Oedland in Angriff genommen werden. Reichspropagandaminister Dr. Goebbels gibt dann einen Ueberblick über die Arbeit der Regierung Hitler und schließt mit den Worten:

„So wollen wir denn in brüderlicher Kameradschaft den Kampf aufs neue aufnehmen gegen die große Not, die uns prüfen will und vor der wir bestehen müssen. Unsere Stärke und Kraft liegt in uns selbst, und Gott hilft uns nur, wenn wir uns selber helfen!"

Führerrede in Unterhaching

Und dann spricht der Führer zum ganzen deutschen Volk! Diese Rede Adolf Hitlers gibt Geist, Methode und Ziel der Arbeitsschlacht in unvergleichlicher Weise wieder. Es ist ein feierlicher Augenblick für das ganze Volk, als der Führer spricht:

„Deutsche Volksgenossen und Genossinnen!
Meine deutschen Arbeiter!

Ich glaube nicht, daß jemals eine Regierung eine schlimmere Erbschaft übernommen hat, als wir am 30. Januar 1933.

Seit der Revolte des November 1918 war unser Volk Schritt für Schritt dem Untergang entgegengeeilt. Alles, was dieser geraden Linie in das Verderben hinein zu widersprechen schien, erwies sich nach kurzer Zeit stets als Trugschluß und Täuschung. Jede schwache Frühlingsbelebung wurde von den Regierungen als Erfolg gepriesen und war doch immer wieder nur eine Station im Wechsel der Konjunktur eines dem Zusammenbruch entgegentreibenden Systems und seiner Wirtschaft.

Es ist notwendig, sich die Lage im Januar des vergangenen Jahres in das Gedächtnis zu rufen.

Der deutsche Bauernstand war dem Untergang ausgeliefert, der Mittelstand zum großen Teil bereits ruiniert, der Steuerdruck unerträglich. Die Zahl der Konkurse nahm dauernd zu. Eine Armee von Vollstreckungsbeamten war tätig, um staatliche und private Forderungen auf dem Zwangswege einzutreiben. Die Finanzen des Reiches, der

Länder und der Kommunen waren durch und durch zerrüttet, die Konsumkraft des Volkes sank immer mehr. **Ueber allem aber erhob sich als drohende Gefahr die Geißel der Not, die Erwerbslosigkeit.**

Ueber sechs Millionen Deutsche hatten keinen Verdienst! Das heißt aber praktisch: daß zwei in Arbeit stehende deutsche Menschen einen dritten mit zu ernähren hatten.

Dazu kam aber als **Allerschlimmstes** das Fehlen jeglichen Vertrauens in eine Wandlung dieser Zustände. Zuversicht und Glaube auf eine bessere Zukunft waren so gut wie vollständig abhanden gekommen. **In trostloser Verzweiflung stierten die Millionenmassen unserer von wirtschaftlichem Unglück verfolgten deutschen Menschen in die graue leere Zukunft.** Ueber all dem aber ein Parteiengezänk, ein ewiger Streit und Hader, Korruption, Bestechlichkeit, Unzuverlässigkeit und Disziplinlosigkeit, wohin man blickte. Je größer die Not wurde, um so gefährlicher waren die politischen Parteien und ihre Leiter, die als schlimmste Schwindler und Pfuscher am deutschen Leibe herumdokterten.

Ein Wirrwarr von Anschauungen und Auffassungen, von Meinungen und Ueberzeugungen zerriß das deutsche Volk und bedingte die Hoffnungslosigkeit dieser Zeit.

So stand das Schlimmste bevor, als wir am 30. Januar des vergangenen Jahres nach 14jährigem, opferreichem Kampf gegen die Zerstörer unseres Reiches und Volkes endlich die Macht erhielten.

Was sollte man nun tun, und wie mußte man es anfangen? Meine Volksgenossen! Wie viele haben damals das deutsche Volk vor dem Nationalsozialismus gewarnt, mit der Behauptung, wir hätten vor allem keine Köpfe, und unser Sieg würde gerade die deutsche Wirtschaft vollends vernichten.

Wenn wir aber heute am Beginn des zweiten Jahresangriffs gegen die deutsche Wirtschaftsnot vor die Nation hintreten, können wir trotz aller Kritiker und Besserwisser **auf Leistungen hinweisen, die diese selbst vor einem Jahre noch als unmöglich erklärten.**

Wie aber wurde das möglich?

Dies waren die Ueberlegungen, die uns damals beherrschten und die Entschlüsse, die wir faßten und verwirklichen wollten:

1. Wenn in der Zeit eines so grauenhaften allgemeinen und besonders wirtschaftlichen Zusammenbruches eine staatliche Umwälzung vorgenommen wird, darf sie unter keinen Umständen zu einem Chaos führen.

Wir haben eine Revolution machen wollen, und es wurde eine Revolution gemacht.

Allein nur der kleinste Geist kann das Wesen einer Revolution ausschließlich in der Vernichtung sehen. **Wir sahen es im Gegenteil in einem gigantischen Neuaufbau.**

Wenn wir heute überhaupt mit Vertrauen in die Zukunft blicken dürfen, dann nur, weil es uns **dank der Disziplin der nationalsozialistischen Partei, ihrer Kämpfer und Anhänger gelungen war, eine der größten Umwälzungen der Weltgeschichte planvoll und geordnet durchzuführen.**

Es ist ein größerer Ruhmestitel, eine Welt beseitigt zu haben, ohne die Begleiterscheinungen eines alles verzehrenden Feuerbrandes, als eine Revolution in das Chaos und damit in die Selbstvernichtung zu führen.

Das deutsche Volk aber hat uns nicht gerufen, um von uns erst recht

in den Tod gestoßen zu werden, sondern um den Weg zu finden in ein neues und besseres Leben.

Die Disziplin der nationalsozialistischen Revolution war damit die Voraussetzung für das Gelingen der politischen und wirtschaftlichen Rettungsaktion unserer Bewegung.

2. Die Größe der Not zwang zu ganz großen Entschlüssen. Große Entschlüsse können aber nur auf weite Sicht gefaßt werden. Ihre Verwirklichung erfordert, wie alles Große auf dieser Welt, Zeit. Es war damit aber notwendig, dem neuen Regiment eine unerhörte Stabilität zu geben, denn nur stabile, von ihrer Existenz und deren Dauer überzeugte Regierungen vermögen sich zu wirklich tiefgreifenden und weitreichenden Entschlüssen aufzuraffen.

3. Die innere Stabilität eines Regiments wird stets zur Quelle des Vertrauens und der Zuversicht eines Volkes. Indem die Millionenmassen sehen, daß über ihnen eine von sich selbst überzeugte Regierung steht, überträgt sich auf sie ein Teil dieser Ueberzeugung. Die Kühnheit der Pläne einer Staatsführung erhält damit erst die analoge Kühnheit der Bereitwilligkeit zu ihrer Ausführung und Durchführung.

Zutrauen und Vertrauen sind aber grundsätzliche Bedingungen für das Gelingen jeder wirtschaftlichen Wiedergeburt.

4. Man mußte dabei entschlossen sein, nicht nur einsichtsvoll, sondern, wenn notwendig, auch hart zu handeln.

Wir waren bereit, zu tun, was Menschen überhaupt tun können. Wir wollen tun, was wir nach bestem Wissen und Gewissen zu tun vermögen. Wir sind daher aber auch nicht bereit und gewillt, jeden Schädling und gewissenlosen inneren Feind unseres Volkes seine Tätigkeit der Zerstörung weiter ausüben zu lassen.

Um kritisieren zu können, muß man selbst etwas gelernt haben. Was man aber gelernt hat, beweist man durch die Tat.

Den Männern vor uns hat das Schicksal vierzehn Jahre lang Zeit gegeben, durch Taten ihr wirkliches Können zu erweisen. Wer aber vierzehn Jahre lang so versagt hat wie diese, ein gesundes Volk so ruinierte, dem Elend und der Verzweiflung entgegentrieb, hat kein Recht im fünfzehnten Jahre plötzlich den Kritiker derer zu spielen, die es besser machen wollen und es auch besser gemacht haben. Sie hatten Gelegenheit, vierzehn Jahre lang zu handeln.

Wir geben ihnen keine Gelegenheit, heute noch lange zu schwätzen.

5. Wir können dies auch nicht tun, denn das große Werk kann ja nur gelingen, wenn alle mithelfen; es ist ein Irrtum zu meinen, daß eine Regierung allein das Wunder einer Erneuerung vollbringen könne. Es muß ihr gelingen, das Volk in den Dienst ihrer Mission zu stellen.

Die ewigen Pessimisten und die grundsätzlichen Nörgler haben noch kein Volk gerettet, wohl aber zahlreiche Völker, Staaten und Reiche zerstört.

Wir waren daher entschlossen, uns nicht um sie zu kümmern, sondern mit denen zu rechnen, die unverzagt bereit sind, mit uns den Kampf für die deutsche Wiederauferstehung aufzunehmen und durchzuführen!

6. Und dies mußte ein Kampf werden.

Denn es gibt kein Wunder, das dem Menschen von oben herunter oder von außen her etwas schenkt, das er nicht selbst verdient.

Der Himmel hat zu allen Zeiten nur dem geholfen, der sich selbst redlich mühte, nicht auf andere baute, sondern sein Vertrauen setzte auf die

eigene Kraft. Dies alles aber erforderte dann den Mut, mit der Zeit zu rechnen, die für eine solche Arbeit notwendig ist.

Wenn man in 14 Jahren ein Volk zerstört, kann nur ein Narr annehmen, daß schon in wenigen Wochen oder Monaten die Heilung all der zugefügten Schäden gelingen könnte!

7. Wir waren überzeugt, daß die Rettung des deutschen Volkes ihren Ausgang nehmen muß von der Rettung des Bauernstandes. Denn wenn irgendein anderer Mensch seine Dienststelle verlassen muß oder selbst sein Geschäft verliert, so kann er eines Tages einen neuen Platz wiederfinden, durch Fleiß und Tüchtigkeit ein neues Unternehmen gründen. Der Bauer aber, der erst einmal seinen Hof verloren hat, ist meist für immer verloren.

Wehe aber, wenn in einem Volke dieser Stand vernichtet wird! Jede Not kann man leichter meistern, eine allein kann ein Volk zugrunde richten: sowie die Broternährung fehlt, hören alle Experimente und alle Theorien auf.

Die Bitte um das tägliche Brot ist nicht umsonst eingeschlossen in das Gebet der Christenheit.

8. Der Kampf zur Rettung des Mittelstandes ist in erster Linie mit ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Dies aber ist das Riesenproblem, das uns zur Lösung gestellt ist, und demgegenüber alles andere zurücktritt.

Wir waren vom ersten Tage der Machtübernahme an überzeugt, daß wir dieser Not Herr werden müssen, und wir waren entschlossen, dem Kampf gegen diese Not alles andere rücksichtslos unterzuordnen.

An sich schon ist der Gedanke entsetzlich, daß in einem Volk Milliarden an Arbeitsstunden nutzlos vergeudet und vertan werden! Millionen Menschen haben Bedarf an Bekleidung, an Schuhen, an Wohnung, an Einrichtungen und an Nahrung, und Millionen andere möchten arbeiten und möchten schaffen.

Die einen können ihren Bedarf nicht befriedigen, und die anderen finden keine Möglichkeit zur Herstellung dieses Bedarfs.

Die Vorsehung hat uns als intelligentes Volk geschaffen, wir sind fähig, die größten Probleme zu lösen, unser Volk ist fleißig und gewillt zu jeder Arbeit. Der deutsche Ingenieur und Techniker, unsere Physiker und Chemiker, sie gehören zu den Bahnbrechern auf dieser Welt.

Der deutsche Arbeiter wird von keinem anderen übertroffen, und uns soll es nicht möglich sein, dem einen Arbeit zu beschaffen und die Not der anderen zu beheben?

Wir sollen dazu verdammt sein, daß Millionen Menschen keine Gebrauchsgegenstände und Lebensgüter schaffen können, die Millionen andere benötigen? Wir werden dieses Problem lösen, weil wir es lösen müssen.

Das deutsche Volk der Zukunft soll keinem seiner Bürger Renten für das Nichtstun geben, aber jedem die Möglichkeit, durch redliche Arbeit sein eigenes Brot zu verdienen und so mitzuhelfen und beizutragen zur Erhöhung des Lebensstandards aller. Denn keiner kann etwas verbrauchen, was nicht andere mit ihm geschaffen haben.

Wir aber wollen, daß unser Volk in allen seinen Schichten in seinem Lebensstandard emporsteigt, und wir werden daher dafür sorgen müssen, daß die Voraussetzungen hierzu sich in unserer Produktion verwirklichen!

Wenn es gelingt, fünf Millionen unserer Erwerbslosen einer praktischen Produktion zuzuführen, dann heißt dies, daß wir die gesamte Konsumkraft des deutschen Volkes zunächst monatlich um mindestens 400 Millionen, das sind im Jahre über fünf Milliarden, stärken. In Wirklichkeit wird das Ergebnis aber noch höher sein.

Eine ungeheure Aufgabe, deren Lösung gegenüber alles andere zurückzutreten hat!

Wir waren uns klar, daß die Einkommensverhältnisse im einzelnen traurige sind, allein das Einkommen ist letzten Endes das Auskommen, und das Auskommen eines Volkes wird bestimmt durch die Gesamtsumme der von ihm produzierten und ihm daher zur Verfügung stehenden Lebensgüter.

So sehr wir daher den festen Entschluß haben, die Konsumkraft der Masse im Rahmen der Steigerung unserer Gesamtproduktion zu heben, so sehr ist unsere heutige Aufgabe nur darauf gerichtet, auch den letzten Mann in diese Produktion zu bringen.

Ich bin glücklich, daß der deutsche Arbeiter, trotz der zum Teil geradezu unmöglichen Lohnsätze dies begriffen hat. Es ist aber traurig, daß manche Unternehmer dergleichen Fragen verständnislos gegenüberstehen. Anscheinend in dem Glauben, der heutigen Epoche der Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft in einer besonderen Dividendenhöhe Ausdruck verleihen zu müssen.

Wir werden von jetzt ab jedem Versuch, diese Steigerung herbeiführen zu wollen, mit allen und den entschlossensten Mitteln gegenüberzutreten wissen.

Dies waren aber die Erkenntnisse, die uns im vergangenen Jahre als Leitgedanken für unser Handeln dienten. Sie zeichneten den Weg vor, den wir nun auch tatsächlich gingen.

Zunächst machten wir Schluß mit allen Theorien. Es ist sehr interessant, wenn sich Aerzte über die möglichen Wege zur Heilung einer Krankheit unterhalten; allein es ist für den Kranken zunächst das wichtigste, daß er wieder gesund wird. Die Theorie, die das fertigbringt, ist für ihn nicht nur die wichtigste, sondern damit auch die richtige.

Wir haben daher begonnen, die Wirtschaft auf der einen Seite von den Theorien freizumachen und auf der anderen Seite aber auch von dem Wust drückender Verordnungen, einengender Bestimmungen, über deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit man sich gar nicht streiten kann, weil zunächst auf alle Fälle die Wirtschaft darunter erstickt wird.

Wir haben weiter die Produktion Schritt für Schritt von jenen Belastungen zu befreien versucht, die als unvernünftigste Steuerverordnungen das wirtschaftliche Leben abwürgten. Wir haben hier auf einem Gebiete, dem der Motorisierung, vielleicht den größten und durchschlagendsten Erfolg erzielt, auf zahlreichen anderen kaum weniger bedeutungsvolle.

Wir waren weiter entschlossen, grundsätzlich an die Wirtschaft keine Geschenke mehr auszuteilen, sondern alle verfügbaren Mittel nur für die praktische und positive Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

Der intelligente, tüchtige und ordentliche Wirtschaftler wird sich dabei betätigen können, der faule, unintelligente oder gar unordentliche und unehrenhafte soll zugrunde gehen. Entscheidend ist, daß man die Mittel, die der Staat mobil zu machen vermag, nicht als Geschenk verteilt, sondern als praktische Befruchtung für die Produktion einsetzt und damit nützlich anlegt. Dies haben wir in einem großen Umfang mit durchschlagendem Erfolg getan. Die Initiative, die dabei der Staat ergriff, hatte immer nur den Zweck und die Absicht, die wirtschaftliche private Initiative zu erwecken und damit das wirtschaftliche Leben langsam wieder auf eigene Füße zu stellen.

Um der künftigen Verkehrsentwicklung großzügig die Voraussetzungen

zu sichern, wurde das Riesenwerk der neuen deutschen Reichs-Autostraßen projektiert und begonnen.

Wir haben darüber hinaus aber versucht, eine bessere soziale Ordnung herbeizuführen, indem wir u. a. auch durch staatliche Maßnahmen die Bildung neuer Ehen in gewaltigem Ausmaße ermöglichten und damit unzählige Mädchen aus der Produktion nahmen, in die Familie und das Heim zurückführten.

Alles das war aber nur möglich durch die Sicherung unserer Währung, denn nicht durch leichtsinnige Experimente haben wir diese Maßnahmen ermöglicht, im Gegenteil: in derselben Zeit ist es uns gelungen, die finanzielle Lage des Reiches, der Länder und der Kommunen entscheidend zu bessern und in Ordnung zu bringen. Das Ergebnis dieser Tätigkeit kann in einem Satz zusammengefaßt werden und in ihm die Rechtfertigung erfahren:

Ueber 2,7 Millionen Erwerbslose sind im ersten Arbeitsjahr der nationalsozialistischen Volks- und Staatsführung wieder in die Arbeit und damit in die Produktion gebracht worden.

Für den deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust beginnt nun heute, am 21. März, der neue Kampf.

An die Spitze möchte ich wieder stellen die Forderungen des vergangenen Jahres:

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit! Schafft Arbeit und damit Brot und Leben!

Wir müssen in diesem vor uns liegenden Jahr den Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit mit noch größerem Fanatismus und mit noch größerer Entschlossenheit führen als im vergangenen. Mit rücksichtsloser Schärfe müssen wir jeden zurückweisen, der sich an diesem Gedanken und seiner Erfüllung versündigt. Möge jeder in Deutschland begreifen, daß nur eine wahrhaft sozialistische Auffassung dieser Gemeinschaftsaufgabe ihre Lösung ermöglicht.

Möge sich jeder über seinen Egoismus erheben und seine Ichsucht überwinden.

Lohn und Dividende, sie müssen, so schmerzlich es in diesem ersten Falle auch sein mag, zurücktreten gegenüber der überlegenen Erkenntnis, daß wir erst die Werke schaffen müssen, die wir dann zu verzehren gedenken.

Möge besonders jeder Unternehmer begreifen, daß die Erfüllung der uns wirtschaftlich gestellten Aufgaben nur möglich ist, wenn sich alle in den Dienst dieser Aufgabe stellen unter Hintansetzung ihrer egoistischen Eigensucht. Mögen sie aber weiter einsehen, daß ein Scheitern an dieser Aufgabe nicht nur einige Millionen neue Arbeitslose bringen würde, sondern das Ende und den Zusammenbruch unserer Wirtschaft und damit vielleicht des deutschen Volkes.

Nur ein Wahnsinniger kann sich daher an dieser gemeinsamen Not und ihrer Behebung unanständig, zum eigenen Vorteil versündigen. Wenn dies unterbleibt, dürfen wir mit unbedingter Zuversicht in die Zukunft blicken, denn das Riesenprogramm der nationalen Arbeitsbeschaffung, das wir im vergangenen Jahre projektierten und niederlegten, benötigt zum Teil viele Monate, um vom Projekt zur Verwirklichung zu reifen.

Ungeheuere Voraussetzungen mußten erst geschaffen werden, um endlich an die Arbeit selbst gehen zu können. Wir haben ein Beispiel in den Reichs-Autostraßen: eine Armee von Vermessungsbeamten und Ingenieuren, von Zeichnern und Arbeitern ist ja nötig, um allein die

Planung vorzunehmen. In immer schnellerer Folge aber wird nun eine Strecke nach der anderen in Bau genommen werden.

Schon in diesem Jahre werden rund zwei Drittel Milliarden Reichsmark der Verwirklichung dieses Werkes dienen, das von den kommenden Generationen dereinst als ein Standardwerk der menschlichen Verkehrsentwicklung angesehen werden wird.

So aber sind allein im vergangenen Jahr für das Jahr 1934 Arbeitspläne vorbereitet worden, für deren Durchführung weit über eine Milliarde Reichsmark veranschlagt und sichergestellt sind.

Parallel damit werden gewaltige Summen angewendet für die Ermäßigung produktionstötender Steuern, rund 300 Millionen Steuergutscheine kommen der nationalen Wirtschaft in diesem Jahre zugute.

Um weiteren 200 000 Mädchen den Eintritt in die Ehe zu ermöglichen, werden rund 150 Millionen RM. für Ehestandsdarlehen bereitgestellt. Umgekehrt soll die Zahl der Hausgehilfinnen eine Steigerung erfahren durch nicht minder große staatliche Maßnahmen.

Gewaltige Millionenbeträge werden zu Abgabesenkungen dienen, sowie zur Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer.

Das im einzelnen bereits festliegende Programm der Reichsregierung wird das größte Arbeitsbeschaffungsprogramm sein, das Deutschland bisher kannte.

Es wird weiter sein das Programm einer gewaltigen Entlastung unserer Wirtschaft.

Es wird aber dabei zugleich sein ein Programm der Ordnung unseres gesamten finanziellen Lebens.

Denn so gewaltig die nötigen Mittel sind, so können und werden sie nicht aus der Notenpresse kommen. Eine Inflation nach Art der Novemberregierung ist für uns undenkbar. Alle laufenden Ausgaben werden aus dem ordentlichen Etat bestritten. Dauernde Anlagen werden zu gegebener Zeit aus dem Anleiheetat finanziert.

Um diese Mittel zu beschaffen, ist das Vertrauen des Volkes und die Hilfe der Sparer die allererste Voraussetzung. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß sich im abgelaufenen Jahre die Spareinlagen allein um rund eine Milliarde in Deutschland erhöht haben.

Es ist uns weiter gelungen, die festverzinslichen Werte in ihrem Kurs so zu steigern, daß damit eine Senkung des Zinsniveaus praktisch eintrat.

Wir werden auch in der Zukunft fortfahren, die Schuldenlasten zu erleichtern, die Kapitalbildung zu fördern, und wir werden uns dabei keiner Mittel bedienen, die irgendwie die Achtung vor Eigentum oder Vertragsrechten hintansetzen.

Das Vertrauen der deutschen Sparer wird auch in Zukunft von der Regierung durch keinerlei willkürliche Eingriffe und durch keinerlei leichtsinnige Finanzgebarung enttäuscht werden. Wir schützen den Ertrag jeder ehrlichen Arbeit, redliche Ersparnisse und redliches Eigentum, allein etwas ist nötig zum Gelingen dieses großen Werkes, nämlich die gemeinsame Zusammenarbeit aller und die Hilfe eines jeden einzelnen.

Wenn sich aber 40 Millionen erwachsene Menschen einem einzigen Willen verschreiben und einen Entschluß zur Tat werden lassen, dann kann aus dieser unermeßlichen Kraft nichts anderes als der Erfolg kommen.

Wir stehen heute wieder vor einem symbolischen Akt, meine deutschen Arbeiter.

Die Frühjahrsschlacht gegen die Not unserer Arbeitslosigkeit hat begonnen.

In der Stunde, in der wir hier vereint sind, wird im Norden des Reiches, in Niederfinow, ein Riesenwerk deutscher Ingenieurkunst und deutscher Arbeit und Schaffenskraft der Benutzung übergeben: das größte Schiffshebewerk der Welt. Sie sind hier angetreten an der Baustelle eines der gewaltigen neuen Straßenzüge, die bestimmt sind, der deutschen Wirtschaft neue und modernste Verkehrswege zu geben. Gewaltig ist dieser Plan und symbolhaft für die Größe der uns gestellten Aufgabe.

Die Regierung hat das Werk erdacht und beschlossen. Ingenieure, Vermessungsbeamte, Baumeister und Konstrukteure schaffen die Vorarbeiten. Eine Armee von deutschen Arbeitern wird es verwirklichen. Sein Nutzen aber wird einst allen Deutschen zugute kommen. Daran wollen wir denken, die uns das Schicksal bestimmt hat, an diesem Werk mitschaffen zu dürfen, ganz gleich, an welcher Stelle. Denn es ist ein schönes Bewußtsein, an einem Werke mithelfen zu dürfen, das nicht den Interessen eines einzelnen dient, und nicht im Besitz des einzelnen ist, sondern allen gehört, und viele Jahrhunderte lang allen dienen wird.

Ich weiß, meine Arbeiter, daß Worte und Reden verhallen und die Mühe und Plage bleibt. Allein, es ist auf der Welt noch nichts vom Himmel gefallen. So und nicht anders wird es sein in der Zukunft. Aus Sorgen und Mühen erwächst das Leben.

Und wenn wir uns heute sorgen, um Millionen Menschen wieder Arbeit und Verdienst zu verschaffen, dann wird unsere Sorge morgen sein, ihre Konsumkraft zu erhöhen und ihren Lebensstandard zu verbessern. Nichts aber werden wir erreichen, wenn wir nicht mit zusammengebissenen Zähnen unsere ganze Kraft immer auf eins konzentrieren, mit dem Entschluß, die nächste Aufgabe dann genau so anzupacken.

Möge endlich die Einsicht der anderen Völker und ihrer Staatsmänner begreifen, daß der Wunsch und Wille des deutschen Volkes und seiner Regierung kein anderer ist, als in Freiheit und Frieden mitzuhelfen am Aufbau einer besseren Welt.

So wollen wir denn mit dieser großen Gemeinschaftsleistung die neue Arbeitsschlacht des Jahres 1934 beginnen. Das Ziel ist uns gesetzt.

„Deutsche Arbeiter! Fanget an!"

Inbetriebnahme des Schiffshebewerks Niederfinow

Am gleichen Tage wurde in der Kurmark das Schiffshebewerk Niederfinow in Gegenwart des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, und des Diplomatischen Korps feierlich in Betrieb genommen. Das größte Schiffshebewerk der Welt, ein Wunderwerk deutscher Technik, das an die Stelle einer zweistündigen Schleuszeit eine Hebezeit von 20 Minuten setzte, wurde in die gewaltige deutsche Arbeitsgemeinschaft eingeschaltet. Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach sprach über die hier geleistete Arbeit. Der Umfang dieses Werkes erhellt auch aus den Angaben:

Das Bauwerk einschließlich der Brücke enthält 72 000 Kubikmeter Beton und 14 000 To. Stahl. Das Hebewerk kostet einschließlich der Vorhäfen etwa 27½ Millionen RM.

Dann hörte man die Rede des Führers aus Unterhaching. — Und darauf sprach Pg. Hermann Göring über die Arbeitsschlacht.

Göring und Kube an der Baustelle Finowfurt

Pg. Göring begab sich dann noch nach Finowfurt, das nicht weit von Finow liegt. Hier — an einer Baustelle der Reichsautobahnen — hatte der Gauleiter und Oberpräsident Kube zum ersten Spatenstich des Bauabschnitts Berlin—Stettin gesprochen. Nach ihm ergriff nun Pg. Göring das Wort und sprach:

„Auf Befehl unseres Führers eröffne ich auf kurmärkischem Boden heute für ganz Preußen die Arbeitsschlacht zusammen mit dem Oberpräsidenten der Kurmark, als äußeres Zeichen dafür, daß wir gewillt und entschlossen sind, auch die künftige Arbeitsschlacht zum Siege zu führen."

Zu gleicher Zeit sprachen an 22 Baustellen im Reiche die Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP. 1500 km der Reichsautobahnen waren zum Bau freigegeben worden, und die Presse konnte melden:

Fortschreitender Bau der Reichsautobahnen

Im Bau befinden sich ab 21. März teils im ganzen, teils in Teillosen, folgende Strecken:

Bremen—Hamburg—Lübeck	169	km
Hannover—Magdeburg	135	km
Duisburg—Dortmund	66	km
Düsseldorf—Köln	24	km
Frankfurt—Heidelberg—Mannheim	100	km
Stuttgart—Ulm	85	km
München—Landesgrenze	100	km
Halle—Leipzig	20	km
Meerane—Dresden	105	km
Breslau—Liegnitz	70	km
Elbing—Königsberg	110	km
Stettin—Berlin	92	km
	1076	km

In Bauvorbereitung stehen die Strecken:

Düsseldorf—Duisburg	25	km
Frankfurt/M.—Eisenach (Teilstrecke)	30	km
Heidelberg—Karlsruhe	41	km
Bayreuth—Leipzig	162	km
Beuthen—Hindenburg—Gleiwitz	20	km
Fürstenwalde—Frankfurt/O.	30	km
Stettin—Augustwalde	44	km
Brandenburg—Berlin	35	km
Ostteil des Berliner Ringes	30	km
	417	km

Zur gleichen Zeit rief das Wort des Führers „Deutsche Arbeiter! — Fanget an!" die gesamte Nation zum Werk.

Auslandspresse und Arbeitsschlacht

Zur Auslandspresse sprachen am 28. März der Reichsarbeitsminister Seldte und die Staatssekretäre Reinhardt, Funk und Posse über das zweite Kampfjahr gegen die Arbeitslosigkeit und

führten den Beweis dafür, daß das Ausland allen Grund habe, mit der neuen deutschen Wirtschaftspolitik einverstanden zu sein. —

Zur weiteren Bekämpfung der Erwerbslosigkeit kündigte Reinhardt im April die Fortsetzung der Gewährung der Ehestandsdarlehen (nach denen übrigens die Nachfrage alle Erwartungen überstieg) an. Ehestandsdarlehen

Insbesondere aber wurden überall weitere neue Arbeitsvorhaben in Angriff genommen, von denen nur einige genannt seien:

Die Reichsbahn führte ihr größtes Bauvorhaben in Berlin mit dem Bau der Nord-Süd-Stadtbahn durch. 11000 Arbeiter fanden hier Beschäftigung. Aufträge in Höhe von 20 Millionen RM. wurden im Jahre 1934 vergeben. Und in vier Jahren wird endlich die Lücke zwischen den nördlichen und den südlichen Stadtbahnlinien geschlossen sein. Nord-Süd-Stadtbahn in Berlin

Im Nienhagener Oelgebiet wurden im März zahlreiche neue erfolgreiche Bohrungen begonnen. Oelbohrungen

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten stellte im April einen Darlehensfonds in Höhe von 5 Millionen RM. für Erdölbohrungen zur Verfügung, der etwa 60 Bohrungen ermöglichte.

(Am 7. April wurde als Arbeitsbeschaffungsprojekt der Bau eines Schiffsliegehafens [für 500 Schiffe] am Finowkanal mit angegliederter Schiffswerft mitgeteilt.)

Am 3. Mai fand in Berlin die Grundsteinlegung für den gewaltigen Erweiterungsbau der Reichsbank statt, wobei der Reichsbankpräsident die Festansprache hielt und zum Schluß eine Urkunde in den Grundstein einmauern ließ, die vom Reichspräsidenten und vom Reichskanzler unterzeichnet war und folgenden Wortlaut hatte: Erweiterungsbau der Reichsbank

> Anschließend an die Stätte, wo der große Preußenkönig die Vorgängerin der Reichsbank gegründet und erstellt hat, wird 169 Jahre später der seit langem geplante, durch die Not des Krieges und das Elend der Nachkriegspolitik immer wieder verzögerte Erweiterungsbau der Reichsbank nunmehr nach dem inneren Wiederaufbau eines willenseinigen Deutschlands unter nationalsozialistischer Führung in Angriff genommen.
>
> Der neue Bau soll Zeugnis ablegen von der unerschütterlichen Lebenskraft des deutschen Volkes und von dem unbeugsamen Willen zur Erhaltung der geistigen und seelischen Güter der deutschen Volksgemeinschaft.
>
> In diesem Geiste wurde heute am 5. Mai 1934 unter der Reichspräsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und unter der Reichskanzlerschaft des Führers Adolf Hitler vom Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht der Grundstein zu diesem Erweiterungsbau der Reichsbank nach den Plänen des Reichsbankbaudirektors Heinrich Wolff gelegt.
>
> Als ein Vorbild dessen, was vaterländischer Wille in schwerer Zeit

vermag, als ein Mahnmal für hingebende Arbeit am Volksganzen möge der Bau in kommende Zeiten ragen.

Der Allmächtige gebe dazu seinen Segen!

Reinhardt beim Richtefest der Mustersiedlung Rammersdorf

Beim Richtefest der Mustersiedlung Rammersdorf bei München am 19. April sprach der Schöpfer dieser Siedlung, Staatssekretär Pg. Reinhardt, und machte wesentliche Ausführungen zur Arbeitsschlacht. Aus seiner Rede entnahm man unter anderem die wichtigen Feststellungen:

Gegen eine der elementarsten Grundauffassungen des Nationalsozialismus und damit gegen die allgemeinen Interessen des Volksganzen verstoßen in der Regel:

1. jeder Unternehmer in der Stadt, der eine Arbeitskraft einstellt, die aus der Landwirtschaft kommt. Ausgenommen sind die wenigen Fälle, in denen es sich um einen Posten handelt, der nur durch einen Landwirt ausgefüllt werden kann;
2. jeder Volksgenosse, der bisher in der Landwirtschaft tätig gewesen ist und sich um eine Beschäftigung in einem industriellen oder gewerblichen Unternehmen bewirbt;
3. jeder Volksgenosse, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt auf dem Lande hat, wo Arbeitskräfte seines Berufs gebraucht werden, und sich um eine Beschäftigung in der Stadt bewirbt....

Die Zahl der ungelernten Arbeiter wird in den nächsten Wochen und Monaten noch wesentlich abnehmen. Den ungelernten Arbeitern, die nicht in den nächsten Wochen Arbeit finden, kann nicht dringend genug empfohlen werden, entweder,

1. sich bestimmte Fachkenntnisse anzueignen; denn der Mangel an Fachkräften wird in einigen Berufszweigen fortgesetzt größer werden, oder
2. sich aufs Land zu begeben. Dort besteht in der Landwirtschaft fast überall Mangel an Arbeitskräften.

Gesetz über die Regelung des Arbeitseinsatzes

Die Konsequenzen aus diesen Feststellungen wurden bereits am 15. Mai in dem „Gesetz über die Regelung des Arbeitseinsatzes“ gezogen. Man ging hier von der erwiesenen Tatsache aus, daß die größeren und größten Städte an der Abnahme der Arbeitslosigkeit nicht in dem gleich hohen Maße beteiligt waren wie das Land und die kleineren Städte. Gegen Ende März kamen auf 1000 Einwohner in den Städten mit einer Einwohnerzahl von 50000 bis 100000 noch 59 Arbeitslose, in den Städten über 100000 Einwohner sogar noch 81 Arbeitslose, während es in den übrigen Gemeinden des Reiches nur noch 23,6 waren. Das Gesetz ermächtigte daher den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung (Dr. Syrup), in Bezirken mit noch verhältnismäßig hoher Arbeitslosenzahl den Zuzug von Arbeitern und Angestellten in der Weise zu sperren, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an alle diejenigen, die in diesem Augenblick in dem betreffenden Bezirk keine feste Wohnung haben, hier nur mit Zustimmung der Reichsanstalt (Arbeits-

amt) eine bezahlte Beschäftigung annehmen dürfen. Damit wurde dem Widersinn gesteuert, daß in den Großstädten immer noch zahlreiche Arbeitslose waren, während in der Landwirtschaft bereits Mangel an Arbeitskräften eintrat.

Die neuen entsprechenden Anordnungen traten zunächst in Berlin in Kraft.

Die Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt wurde in erster Linie im Rahmen des Göring-Planes (17. Mai) durchgeführt. Dieser Plan des preußischen Ministerpräsidenten richtete sich in einprägsamen neun Geboten an die Berliner Bevölkerung — unter dem Motto: „Zunächst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz!" Der Göring-Plan umfaßte im wesentlichen folgende Maßnahmen: Göring-Plan

1. Verhinderung des Zuzuges Arbeitsuchender nach Berlin.
2. Die Inangriffnahme großer werteschaffender Arbeiten, die Zehntausenden neue Arbeitsplätze geben.
3. Unterbindung jeder Schwarzarbeit.
4. Besetzung von Frauenarbeitsplätzen, die für Frauen ungeeignet sind, durch verheiratete Männer.
5. Rückführung Jugendlicher in Land- und Hauswirtschaft.

Die Finanzierung der unter 2. genannten Projekte erfolgte im wesentlichen durch die städtischen Gesellschaften, in Höhe von 40 Millionen RM., allerdings auch aus Etatsmitteln, und in Höhe von 30 Millionen RM. durch die Reichsanstalt. Im ersten Jahr stellte die Berliner Stadtverwaltung 110 Millionen RM. zur Verfügung, und die Arbeitslosigkeit der Reichshauptstadt ging um 244000 Mann zurück. —

Ueberblickt man die Fülle der von der Regierung Adolf Hitlers ergriffenen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, so ergibt sich damit das achtunggebietende Bild einer noch nie dagewesenen Energie und Kraftentfaltung zur Erreichung eines für notwendig erkannten friedlichen Zieles. Und diejenigen jenseits unserer Grenzen, die stets das neue Deutschland in erstaunlicher Ahnungslosigkeit kritisieren zu müssen glauben, täten gut daran, angesichts solcher Leistungen zu schweigen und sie als Vorbild friedlicher Aufbauarbeit in nutzbringender Weise auch im eigenen Lande anzuwenden. Böswillige Kritik gegenüber den unerhörten Anstrengungen des deutschen Volkes um Arbeit und Brot wirken — an den Tatsachen gemessen — klein und lächerlich. —

Der Erfolg dieser Anstrengungen zeigte sich bereits in Kürze. Nationalsozialistische Gesinnung und Leistung hatten bereits die Winterarbeitsschlacht erfolgreich geschlagen. Im ersten Vierteljahr 1934 hatte die Zahl der Arbeitslosen um nahezu 1,3 Millionen ab- Erfolg der Arbeitsschlacht

genommen und betrug am 31. März 2799000. Das war nur noch halb soviel wie am gleichen Tage des Vorjahres. Jetzt brachte die Frühjahrsoffensive neue Erfolge. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg. Die Zahl der Arbeitslosen ging im April um weitere 190000 Mann zurück. Ein Beschäftigungsstand von 15326000 wurde erreicht (das liegt um 3839000 über dem Tiefstand des Januar 1933). Die großen Auswirkungen sollten sich jedoch erst im Laufe des Sommers zeigen — unter ständig und unermüdlich fortgesetzter Arbeitsschlacht.

Die gesamte deutsche Wirtschaft war im Angriff. Das Gegenteil der von jüdischen Boykotthetzern im Ausland verbreiteten Prophezeiungen und „Hoffnungen" zeigte sich. Die deutsche verarbeitende Industrie war im wirtschaftlichen Vormarsch. Wie bereits erwähnt (siehe 5. Abschnitt) bewies die Leipziger Frühjahrsmesse eine erhebliche Steigerung der Aufträge, aus der sich eine Vergrößerung der Belegschaften der ausstellenden Firmen um etwa 10 Prozent errechnen ließ. Steigender Umsatz, steigender Güterverkehr und steigende Zahl der Beschäftigten bewiesen, daß Deutschland auf dem richtigen Wege war.

Wirtschaftliches Ringen um das deutsche Lebensrecht

Neben der Arbeitsschlacht, neben der Bewältigung gewaltiger Aufgaben im Innern, mußte aber die deutsche Wirtschaftspolitik gleichzeitig dem Auslandsschuldenproblem ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zuwenden — nicht zuletzt, um die Arbeitsschlacht zu ermöglichen.

Transferproblem

Es wurde bereits im Band 1933 (Seite 189 und 190) dargetan, welche entscheidende Bedeutung den Transfer- und Devisenfragen im Rahmen des nationalsozialistischen Aufbauprogrammes zukam. Die deutsche Auslandsverschuldung stellte einen gefährlichen Hemmschuh der beschleunigten Wirtschaftsbelebung dar. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das „Ankurbeln" des Wirtschaftsmotors, die allgemeine Konjunktursteigerung bedingten naturgemäß auch einen verstärkten Importbedarf. Der Abfluß von Gold und Devisen ins Ausland mußte daher unbedingt abgebremst und der zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft notwendigen Rohstoffeinfuhr vorbehalten bleiben. Um der Gesundung der deutschen Volkswirtschaft

willen, die letztlich auch im Interesse der Auslandsgläubiger liegen mußte, war es dringend notwendig, von diesen bezüglich ihrer finanziellen Forderungen einen großzügigen Kredit zu erhalten. Ein neues — das vierte — Stillhalteabkommen vom 16. Februar, das zwischen Vertretern der deutschen Regierung und solchen der englischen und amerikanischen Gläubiger geschlossen wurde, trug diesen Erfordernissen Rechnung und zeigte, wie es in einer offiziellen Verlautbarung der Reichsbank hieß,

Viertes Stillhalteabkommen

> „allseitiges Einverständnis darüber, daß die endgültige Lösung der Außenverschuldung Deutschlands abhängig ist von einer Zunahme des Welthandels und seiner entsprechenden Verteilung, sowie darüber, daß nur eine loyale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Gläubigern die Voraussetzungen schaffen kann für eine Ueberbrückung der gegenwärtigen Transfer-Schwierigkeiten und für die Aufstellung eines Schuldenzahlungsplanes, der gleicherweise den Realitäten, wie sie in der Lage Deutschlands gegeben sind, und den vertraglichen und moralischen Rechten der Gläubiger Rechnung trägt."

Die Gläubiger verzichteten in dem Abkommen bis auf weiteres auf Devisen-Kapitalrückzahlungen und — in Anbetracht der gewaltigen Verminderung der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands — auf eine Verminderung der noch bestehenden kurzfristigen Auslandsschuld in Höhe von rund 2,3 Mill. RM. Auch die fälligen Garantieverpflichtungen der Deutschen Golddiskontbank (162 Millionen RM.) wurden gestundet, die Durchführung einzelner Bestimmungen dieses Abkommens der Reichsbank überlassen — ein Beweis für das Vertrauen, das von den Gläubigern der Reichsbankleitung entgegengebracht wurde. Dieses Vertrauen galt gleichzeitig der unzerstörbaren Lebenskraft des deutschen Volkes, das unter der nationalsozialistischen Regierung die Hälfte seines 6-Millionen-Arbeitslosenheeres in knapp zwei Jahren wieder in Arbeit gebracht hatte.

Freilich bedurfte und bedarf es beim Kampf um die wirtschaftliche Behauptung schwerer Opfer — auf jedem Gebiet. Die am 2. März für diesen Monat erfolgte Herabsetzung der Devisenkontingente von 50 auf 45 Prozent war ein Beispiel für den Kampf Deutschlands gegen seine Devisennot. Die nationalsozialistische Revolution hatte die undankbare Aufgabe, auch hier die Fehler früherer Mißwirtschaft (Devisenschwund) wieder gutzumachen. Man hielt sich dabei von Währungsexperimenten fern, verzichtete auf eine Herabsetzung des Außenkurses der Mark, und entschloß sich an verantwortlicher Stelle, den vielleicht schwereren, aber gesünderen Weg (über den Binnenmarkt) zu gehen.

Herabsetzung der Devisenkontingente

Dr. Schacht brachte diesen Gedanken in seiner Rede auf dem Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer (17. März) über das Auslandsschuldenproblem klar zum Ausdruck. Nachdem der

Rede Dr. Schacht beim Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer

Reichsbankpräsident festgestellt hatte, daß die politischen Schulden, die ihre Ursachen in dem Versailler Diktat und seinen Nebenabmachungen haben, nur dann voll bezahlt werden können, wenn die Gläubiger bereit sind, Waren des Schuldners in Zahlung zu nehmen (was bisher nicht der Fall war), wies er nach, daß der gesamte noch bestehende Auslandsschuldenbetrag Deutschlands genau seinem politischen Ursprung entspricht, während alle anderen kommerziellen Schulden, die nicht für Reparationen, sondern für die deutsche Wirtschaft Verwendung fanden, restlos zurückgezahlt sind. Dieser deutschen Leistung stellte Schacht die übergroße Ehrlichkeit und Zahlungswilligkeit Deutschlands bezüglich der verbliebenen Schulden zur Seite — eine Zahlungswilligkeit, die zu einem katastrophalen Verlust an Gold und Deckungsdevisen führte! „Diese Entwicklung", erklärte Schacht, „nötigt nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Weltwirtschaft zu neuen Maßnahmen." Und dann kam der deutsche Wirtschaftschef auf die weiteren bitteren Notwendigkeiten zu sprechen, die sich zwangsläufig aus der Lage ergaben. Er äußerte zu dem Thema „Autarkie":

Autarkie

> „Eine weitere Verminderung der Devisenzuteilung für Importe wird die unmittelbare Folge sein müssen. Es wird aber auch nötig sein, die Einfuhr von Rohstoffen unmittelbar zu beschränken. Deutschland wendet sich nicht der Autarkie zu, sondern es wird durch die sinnlose Schuldenpolitik in die Autarkie hineingezwungen. Deutschland kann zurzeit in der Welt keine Produkte mehr kaufen, weil man es gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die es nicht aufbringen konnte und Schulden zu zahlen, für die es niemals einen Gegenwert bekommen hat."

Weg und Ziel im wirtschaftlichen Ringen um das deutsche Lebensrecht waren also klar: Die Finanzierung der lebensnotwendigen Rohstoffeinfuhr für die wieder Brot und Arbeit gebende Industrie zwang zur Zurückhaltung bzw. Aussetzung der Transferzahlungen (d. h. die Auslandsschulden werden pünktlich in deutschem Geld weiter bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden eingezahlt!). Wurde trotzdem die Gold- und Devisendecke überbeansprucht, so mußte — neben strengsten Devisenbestimmungen — versucht werden, die nötigen Rohstoffe ersatzweise im eigenen Lande herzustellen.

Weitere Verschärfung der Devisenbestimmungen

Am 18. April wurden dann die bestehenden Devisenbeschränkungen weiter verschärft. Die allgemeine Freigrenze (pro Kalendermonat gegen Eintragung in den Reisepaß ohne besondere Genehmigung) wurde von 200 RM. auf 50 RM. herabgesetzt. Die Anbietungspflicht gegenüber der Reichsbank wurde auch auf Reichsmarkforderungen gegen Ausländer und Saarländer ausgedehnt.

Am 27. April begann die Ende Januar in Aussicht genommene Gläubigerkonferenz ihre Tagung im Gebäude der Reichsbank in Berlin. Ihr Ziel war, „für das Problem der deutschen Auslandsschulden eine konstruktive Lösung auf dauerhafter Grundlage zu finden", wie Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Tage der Konferenzeröffnung in einer Rundfunkrede erklärte, in der er das ganze Problem der deutschen Auslandsverschuldung nochmals in großen Zügen skizzierte. Er wies darauf hin, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten, Erschwerungen seiner Ausfuhr und Gefahren für seinen schwindenden Gold- und Devisenbestand „den Kreditrückzahlungswünschen bis zum Weißbluten nachgekommen ist". Es heißt weiter in der Rede:

Gläubigerkonferenz in Berlin

Rundfunkrede Dr. Schacht

„Trotz aller dieser Hemmnisse hat Deutschland bis Juni 1933 seine fälligen Verpflichtungen an das Ausland in fremden Zahlungsmitteln voll erfüllt. Von diesem Zeitpunkt ab mußten die Zahlungen herabgesetzt werden. Heute ist unsere Lage infolge der bereits geschilderten Zustände so, daß auch eine Fortsetzung der gegenwärtigen teilweisen Erfüllung in fremder Währung nicht mehr möglich ist. Um die völlige Transferunfähigkeit Deutschlands festzustellen, wäre es natürlich nicht nötig gewesen, eine internationale Konferenz zu bemühen, denn die Tatsachen liegen für jedermann klar auf der Hand.

Aufgabe der Konferenz ist es vielmehr, Abhilfemaßnahmen für die gegenwärtige Lage zu finden. Nur wenn die Konferenz sich diesem großen Problem zuwendet, wird sie ihre Aufgabe erfüllen und Ersprießliches zu leisten vermögen.

Abhilfe kann nur von zwei Seiten kommen: die eine Möglichkeit ist eine Steigerung der deutschen Ausfuhr durch Belebung des Welthandels, die andere ein Entgegenkommen der Gläubiger in der Höhe der Zinsen, der Hinausschiebung der Tilgung und ähnlichen Maßnahmen."

Englische Demarchen in Berlin

Ehe die Transferkonferenz überhaupt zu irgendwelchen Entschlüssen gekommen war, machte sich — vor allem in England — große Aufregung und Nervosität bemerkbar, die ihren Ausdruck in diplomatischen Demarchen in Berlin fand. Da es sich ja nicht um eine Frage der Schuldenzahlung, sondern um die Transferierung dieser Schulden handelte, konnte man Deutschland nicht den Vorwurf mangelnder Zahlungswilligkeit machen. Man beschränkte sich auf Gerüchte von „geheimen Devisenvorräten" und deutschen Rüstungskäufen im Ausland. Von der Haltlosigkeit all dieser oder ähnlicher Gerüchte konnten sich die Ausländsgläubiger mit eigenen Augen überzeugen. Auch daß es sich um reine Transferschwierigkeiten beim Schuldner Deutschland handelte und daß die unglückliche Devisenlage des Reiches nur durch eine Förderung seines Exports seitens der Gläubigerländer behoben werden konnte, mußte von der Gegenseite als richtig anerkannt werden. Aber in dieser gemeinsamen Einsicht von den Notwendigkeiten erschöpfte sich auch der Erfolg

der wochenlangen Beratungen. Zu einer „konstruktiven" Lösung reichte es bei der allzu geschäftlichen Einstellung der Gläubiger nicht. —

Beschluß des Reichsbankdirektoriums über vorläufige Aussetzung der Zinszahlungen an das Ausland

Es trat dann am 14. Juni zwangsläufig das ein, was nach dem sachlichen Mißerfolg der Berliner Transferkonferenz nicht zu vermeiden war: „Für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1934 findet ein Bartransfer nicht statt", heißt es in dem Beschluß des Reichsbankdirektoriums, der Zinszahlungen an das Ausland vorläufig aussetzte. Aus der Erklärung Dr. Schachts vor dem versammelten Zentralausschuß der Reichsbank zitieren wir folgende bemerkenswerte Sätze:

Erklärung Dr. Schacht vor dem Zentralausschuß der Reichsbank

„... Der sogenannte Layton-Bericht der internationalen Baseler Konferenz vom August 1931 stellt eindeutig fest, daß aus den Erlösen auswärtiger Anleihen mehr als die Hälfte, nämlich 10,5 Milliarden Reichsmark, direkt zur Bezahlung von Reparationen verwandt worden sind. Dieser angeliehene Betrag ist also bereits einmal transferiert worden und soll nun zuzüglich aller darauf liegenden Zinsen noch einmal transferiert werden.

Das deutsche Transferproblem von heute ist also wirtschaftlich nichts anderes als das Reparationsproblem von gestern.

Dieser politische Ursprung des Transferproblems hat Deutschland niemals gehindert, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Inhabern der deutschen Anleihen voll anzuerkennen.

Es ist böswillig, von einer Refüsierung der Auslandsschulden durch Deutschland zu sprechen...."

Memorandum der Reichsregierung an die Gläubigerländer

Das Memorandum der Reichsregierung an die Gläubigerländer (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika) begründete nochmals eingehend das erzwungene Moratorium (Dawes- und Younganleihe einbezogen) und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nicht Clearing-Verfahren oder ähnliche Zwangsmaßnahmen zu Gegenmaßnahmen und damit zu einer erneuten Schrumpfung des internationalen Handels führen werden. Auch an die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) in Basel richtete Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk ein entsprechendes Schreiben.

Schreiben an die BIZ

Auslandsecho

Das Auslandsecho bestand aus einem bunten Gemisch von Mißverständnis, Gehässigkeit und Uneinsichtigkeit. Vielfach wurde als Revanchemaßnahme ein Zwangsclearingverfahren gegen Deutschland beantragt, d. h., die für deutsche Exporteure bestimmten Devisen zwangsweise (für die Gläubiger) einzubehalten und die Bezahlung der Reichsregierung zu überlassen. Vor der Auslandspresse erklärte Dr. Schacht am 21. Juni dazu, daß durch solche Methoden keinesfalls der beabsichtigte Erfolg, sondern nur weitere Störungen im gesamten Welthandel herbeigeführt werden würden. Und wie auch immer die Entwicklung weitergehen werde: niemals werde die national-

Dr. Schacht vor der Auslandspresse

sozialistische deutsche Regierung es zulassen, daß eine neue Arbeitslosigkeit entsteht.

Vom 25. Juni ab nahm die Reichsbank eine vom täglichen Devisen-eingang abhängige Devisenrepartierung vor. Maßgebender Gesichtspunkt dabei war, daß der Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln in ausreichender Weise gesichert wurde. — Devisen-repartierung

Die fruchtlose Diskussion über den deutschen Entschluß vom 14. Juli führte nicht zu den angedrohten Clearing-Verfahren, sondern vielmehr am 4. Juli zu einem Deutsch-englischen Transferabkommen, in dem beide Teile Zugeständnisse machten. Wichtig ist, daß England hier anerkennt, daß Deutschland seine Schulden nur in Waren bezahlen kann, und nur dann, wenn sich in der deutschen Handelsbilanz jeweils ein erheblicher Aktivüberschuß ergibt. Gegenüber der deutschen Verpflichtung, die fälligen Raten der Dawes- und Younganleihe zu transferieren (15. Oktober und 1. Dezember 1934), fällt als weiteres entscheidendes englisches Zugeständnis ins Gewicht, daß England die einem anderen Lande gewährte günstigere Regelung (Schweiz, Holland) nur dann auch erhält, wenn es seinerseits Deutschland ähnliche Vorteile bietet wie dieses. Es handelt sich also um eine „Meistbegünstigungsklausel". — Deutsch-englisches Transfer-abkommen

Am 30. August hielt dann der Reichsbankpräsident und kommissarische Reichswirtschaftsminister Dr. Hjalmar Schacht auf der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft in Bad Eilsen eine große Rede über das Schulden- und Kreditproblem, aus der wir einige besonders bedeutungsvolle Stellen wiedergeben wollen: Rede Dr. Schacht bei der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft

> „...Die Weltwirtschaftskrise kommt von Versailles. Sie kann nur gelöst werden nach einem mehrjährigen Vollmoratorium der deutschen Schulden...
>
> .... Das Versailler Diktat hatte, wie es Adolf Hitler einmal knapp, aber erschöpfend formulierte, die Tendenz, Deutschland die Lebensmöglichkeit zu nehmen....
>
> ....Man sollte aber wenigstens ehrlich zugeben, daß beides, die Fehler der Politiker und die Ohnmacht der Wirtschaftler, zu Lasten des Auslands geht, und man sollte sich den aussichtslosen Versuch schenken, das deutsche Transferproblem damit zu erklären, daß Deutschland die Auslandskredite falsch verwendet habe....
>
> ....Heute ist Deutschlands Transferfähigkeit völlig erschöpft. Deutschland hatte seine wirtschaftlichen Schulden unter ungeheueren Opfern restlos zurückgezahlt. Die Reparationen, die heute leider nicht mehr den Regierungen, sondern gutgläubigen Privatleuten geschuldet werden, kann es nicht mehr aus eigener Kraft regulieren."

Aus der Widerlegung der verschiedenen vorgeschlagenen Gewaltlösungen sind besonders Schachts Argumente gegen eine Devalvation interessant: Gegen eine Devalvation

> „Daß eine solche im ganzen gesehen nur ungefähr auf den Punkt zurückführt, an dem die internationale Kreditkrise zum Ausbruch kam,

wurde bereits erwähnt. Für Deutschland speziell besteht noch eine Reihe anderer Gegengründe. Deutschland ist in relativ starkem Maße auf Einfuhr ausländischer Rohstoffe angewiesen. Diese würden durch eine Devalvation erheblich verteuert werden. Das hätte zur Folge einmal eine Verteuerung der Lebenshaltung, der die Löhne folgen müßten, und weiter eine Verteuerung der Rohstoffanteile in unseren Exportgütern, die angesichts des Veredlungscharakters unserer Industrie häufig einen beträchtlichen Teil des Devalvationsgewinnes wegnehmen würde. Ferner würde eine Devalvation zunächst eine Verminderung der Devisenerlöse für die einzelnen Exportwaren bedeuten, von der es fraglich ist, ob sie durch die erhoffte Steigerung der Exportmengen überhaupt voll ausgeglichen würde. Dies um so mehr, als leider anzunehmen ist, daß die Welt noch immer nicht von der verhängnisvollen Politik der Abwehrmaßnahmen abzurücken gewillt ist. Auf die psychologischen Gefahren jeder erkennbaren Währungsverschlechterung, die in Deutschland besonders groß sind, sei nur nebenbei hingewiesen."

Schacht zog dann die Konsequenzen aus den Gegebenheiten und stellte fest:

„... Die Welt steht also heute vor der Alternative, entweder in der Schuldenfrage weiter passiv zu bleiben, Deutschland als Käufer, aber auch als Schuldner abzuschreiben und die Weltwirtschaft um einige Jahrzehnte zurückzuschrauben, oder den Hebel der Kreditpolitik herumzuwerfen, an der Bereinigung des deutschen Transferproblems mitzuarbeiten und die Bahn für einen weltwirtschaftlichen Aufstieg frei zu machen...

....Es gäbe theoretisch zwei Lösungsmöglichkeiten:

1. die deutschen Waren werden von allen Erschwerungen freigestellt, oder
2. die deutschen Schulden werden gestrichen.

Praktisch sind beide Wege nicht gangbar. Der erste scheitert am Widerstand der ausländischen Industrien, der zweite am Widerstand der ausländischen Kapitalisten.

Der praktisch mögliche Weg muß daher in der Mitte liegen, und zwar in der Richtung, daß die Regierungen der Gläubigerstaaten in eine erhöhte Abnahme deutscher Warenlieferungen und die Gläubiger in eine Herabsetzung ihrer Schuldforderungen einwilligen. ...

....Aus der fast hoffnungslosen Lage kann nur ein großzügiges Eingreifen befreien. Deutschland kann seinen Schuldendienst nur unter einem vergrößerten Welthandelsvolumen leisten. In dieses vergrößerte Welthandelsvolumen kann es unter dem Druck des internationalen Deflationsprozesses nicht hineinwachsen. Es wird daher nichts anderes übrigbleiben, als ihm ein mehrjähriges Vollmoratorium zur Erholung zu gewähren. Gleichzeitig wird man die Last der Auslandsverschuldung auf ein Maß zurückführen müssen, das nach Ablauf des Moratoriums auf die Dauer getragen werden kann. Wenn ein internationales Abkommen diese beiden Voraussetzungen sicherstellt, so ist das entscheidende Hemmnis für eine Welthandelsbelebung beseitigt." —

Angesichts der notwendig gewordenen, den gesamten Zahlungs- und Warenverkehr mit dem Auslande einschränkenden Maßnahmen bei der Devisenbewirtschaftung war es erfreulich, daß am 26. September ein Zahlungsverkehrsabkommen zwischen Deutschland und Italien zustande kam, das auch eine Vereinbarung über die Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen den beiden Ländern ent-

Zahlungsverkehrsabkommen zwischen Deutschland und Italien

hielt. Auch mit anderen Ländern waren Zahlungsabkommen getroffen worden, so mit Schweden, Norwegen und Belgien. —

Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr

„Ich hoffe nicht, daß wir auch noch zu Einschränkungen im Reiseverkehr gezwungen werden", hatte Dr. Schacht im August gegenüber dem Wirtschaftsredakteur des „Ceske Slovo", Dr. Hejda, erklärt. Am 29. September sah er sich aber doch gezwungen, die bereits in einer Verordnung vom 11. September für den Warenverkehr auf 10 RM. herabgesetzte Freigrenze allgemein von 50 auf 10 RM. herabzusetzen. Nur unter besonderen Voraussetzungen (Dringlichkeitsbescheinigung) erlaubte die neue Devisenbestimmung die Mitnahme von Zusatzbeträgen, so auch bei Reisen in Länder mit Reiseverkehrs-Sonderabkommen, sofern die Bereitstellung des Mehrbetrages nicht wegen vorübergehender Schwierigkeiten unmöglich ist.

Deutsch-englisches Zahlungsabkommen

Zur Erleichterung der Zahlungen im Warenverkehr zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich wurde am 1. November ein Deutsch-englisches Zahlungsabkommen geschlossen, das die beiderseitigen Handelsstatistiken zur Grundlage hatte (englische Einfuhr nach Deutschland 55:100 im Verhältnis zur deutschen Ausfuhr nach England) und erst nach mühevollen, wochenlangen Verhandlungen in Anlehnung an die Grundsätze des Deutsch-englischen Transferabkommens vom 4. Juli zustande kam. Man hatte sich bemüht, den deutschen Aktivüberschuß auf natürliche Weise Großbritannien als Rohstofferzeuger zugute kommen zu lassen.

Der Erfolg dieser internationalen Vereinbarungen, die als logisches Ergebnis der außenwirtschaftspolitischen Bestrebungen Deutschlands angesehen werden mußten, war natürlich abzuwarten. Jedenfalls hatte die Vernunft über kleinliche unzeitgemäße Hemmungen den Sieg davongetragen. Das Gegenbeispiel lieferte Holland, als es am 2. November das Deutsch-niederländische Verrechnungsabkommen, das erst am 21. September 1934 geschlossen worden war, kündigte mit der Begründung, die Interessen des niederländischen Zwischenhandels würden durch die Tausch- und Verrechnungsgeschäfte deutscher Rohstoffimporteure geschädigt. Die Forderung, für den holländischen Zwischenhandel Bardevisen zur Verfügung zu stellen, mußte von der deutschen Regierung als einseitige Bevorzugung abgelehnt werden. —

Deutsch-niederländisches Verrechnungsabkommen

Ordnung der Außenwirtschaft

Zusammenfassend darf man feststellen, daß das neue Deutschland die Ordnung seiner Außenwirtschaft und die damit im engsten Zusammenhang stehenden Transfer- und Devisenprobleme — eines der dunkelsten Kapitel vierzehnjähriger Mißwirtschaft — mit Mut und absoluter Ehrlichkeit dem Ausland gegenüber in Angriff genommen hat. Es wird von dem als richtig erkannten Wege nicht abweichen. —

Sozialpolitisches Werden

Während so Deutschland sich politisch und wirtschaftlich dem Ausland gegenüber behauptete und sich damit zum ersten Male wieder die Achtung der Welt errang, traf es im Innern die sozialpolitischen Maßnahmen, die Voraussetzung für die Schaffung einer einigen Nation waren. Bereits das „Gesetz über Treuhänder der Arbeit" vom 19. Mai 1933 (siehe Band 1933, Seite 133) hatte auf diesem Gebiete wesentliche Vorarbeit geleistet. Jetzt wurde unter dem Datum des 20. Januar ein „**Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit**" verkündet, durch welches das alte Gesetz überholt war und das die Zuständigkeiten der Treuhänder der Arbeit wesentlich erweiterte.

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Die aus der liberalistischen Epoche der Bindungslosigkeit und Zersetzung geborene Auffassung, daß Arbeit und Kapital unüberbrückbare Gegensätze seien, war in einem nationalsozialistischen Staate nicht mehr tragbar. Sowohl der Kapitalismus wie der Marxismus — beides Spielarten des gleichen zersetzenden jüdischen Geistes — hatten dieser Anschauung des schrankenlosen Eigennutzes gehuldigt und auf dieser untragbaren Grundlage eine „Sozialverfassung" entstehen lassen, die dieser Grundlage würdig war, die durch zahllose Aussperrungen und Streiks ihr wahres Gesicht zeigte, und damit nicht nur die erbittert kämpfenden „Partner" schädigte, sondern die Wirtschaft der gesamten Nation an den Rand des Abgrunds brachte. Verbände der „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" (Worte, die im neuen Gesetz vom 20. Januar nicht mehr zu finden sind) führten einen erbitterten Kampf — auf Kosten der von ihnen „vertretenen" schaffenden Menschen, auf Kosten des gesamten Volkes — und der damalige „Staat" begnügte sich damit, zeitweilig als Vermittler (in Form der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen) aufzutreten.

Betriebsgemeinschaft

Das **Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit** geht von der Grundanschauung der schicksalsmäßigen Verbundenheit des Unternehmers mit seinen sämtlichen Mitarbeitern aus und sagt in seinem § 1:

> „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat."

Führer und Gefolgschaft sollen in einem „in der Betriebsgemeinschaft begründeten" Treueverhältnis zueinander stehen und sollen so an Stelle nicht unmittelbar verantwortlicher Verbände die Träger der Sozialverfassung sein. Der erste Abschnitt des Gesetzes behandelt in diesem Geiste das Thema „Führer des Betriebes und Vertrauens-

rat“, bestimmt die Zusammensetzung des Vertrauensrates aus Vertrauensmännern, dessen beratende Funktionen usw. Auf die Wahl der Vertrauensmänner hat die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation — siehe Band 1933, Seite 127 und 129) als nationalsozialistische Ideenträgerin in den Betrieben bestimmenden Einfluß. — Wenn der Staat hier den Unternehmer zum „Führer des Betriebes“ macht und ihm damit weitgehende Rechte einräumt, so übernimmt er gleichzeitig die Verantwortung dafür, daß diese Rechte nicht willkürlich mißbraucht werden und daß Gerechtigkeit und Standesehre die tragenden Pfeiler der Betriebsgemeinschaft bilden. Organe des Staates, die für die Wahrung dieser Grundsätze zu sorgen haben, sind die Treuhänder der Arbeit, die im zweiten Abschnitt des Gesetzes behandelt sind, und die Ehrengerichte, für die im vierten Abschnitt über „Soziale Ehrengerichtsbarkeit“ die notwendigen Regelungen getroffen sind. Der Treuhänder der Arbeit hat als höchster sozialpolitischer Vertreter der Reichsregierung in seinem Bereich vor allem die Lohngestaltung zu überwachen. Er kann Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen oder Einzelarbeitsverträgen erlassen, in Ausnahmefällen auch — für sämtliche Beteiligten rechtsverbindliche — Tarifordnungen. (Mit „Betriebsordnung und Tarifordnung“ beschäftigt sich der dritte Abschnitt.) Dem Treuhänder der Arbeit stehen ein Sachverständigenbeirat und im Einzelfall von ihm einzuberufende Sachverständigenausschüsse zu seiner Beratung zur Seite. Seine Anordnungen stehen unter dem Schutz der Strafgesetze und der „Sozialen Ehrengerichtsbarkeit“, die ein Garant für die wirkliche Zusammenarbeit in der Betriebsgemeinschaft zu sein hat. Ueber die Verfehlungen, die der Ehrengerichtsbarkeit unterliegen, sagt der Absatz 1 des § 36 des Gesetzes:

Treuhänder der Arbeit

Soziale Ehrengerichtsbarkeit

> Gröbliche Verletzungen der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten werden als Verstöße gegen die soziale Ehre von den Ehrengerichten gesühnt. Derartige Verstöße liegen vor, wenn
>
> 1. Unternehmer, Führer des Betriebes oder sonstige Aufsichtspersonen unter Mißbrauch ihrer Machtstellung im Betriebe böswillig die Arbeitskraft der Angehörigen der Gefolgschaft ausnutzen oder ihre Ehre kränken;
> 2. Angehörige der Gefolgschaft den Arbeitsfrieden im Betriebe durch böswillige Verhetzung der Gefolgschaft gefährden, sich insbesondere als Vertrauensmänner bewußt unzulässige Eingriffe in die Betriebsführung anmaßen oder den Gemeinschaftsgeist innerhalb der Betriebsgemeinschaft böswillig stören;
> 3. Angehörige der Betriebsgemeinschaft wiederholt leichtfertig unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit richten oder seinen schriftlichen Anordnungen hartnäckig zuwiderhandeln;
> 4. Mitglieder des Vertrauensrates vertrauliche Angaben, Betriebs-

oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt geworden und als solche bezeichnet worden sind, unbefugt offenbaren.

Ueber die Strafen, die verhängt werden können, gibt der § 38 Auskunft:

Die ehrengerichtlichen Strafen sind:
1. Warnung;
2. Verweis;
3. Ordnungsstrafe in Geld bis zu zehntausend Reichsmark;
4. Aberkennung der Befähigung, Führer des Betriebes zu sein (§§ 1 bis 3) oder das Amt eines Vertrauensmannes auszuüben (§§ 5 ff.);
5. Entfernung vom bisherigen Arbeitsplatz; das Ehrengericht kann dabei eine von der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist abweichende Frist vorschreiben.

Kündigungsschutz

Der fünfte Abschnitt behandelt den Kündigungsschutz in der Weise, daß der Gekündigte unmittelbar das Recht bekommt, auf Zurücknahme der Kündigung zu klagen,

„wenn diese unbillig hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist" (§ 56)

— während bisher das Arbeitsgericht nur dann hatte angerufen werden dürfen, wenn die Betriebsvertretung den Einspruch des Gekündigten für begründet erklärt hatte. — Der sechste Abschnitt behandelt „Arbeit im öffentlichen Dienst", führt aus, daß die vorstehenden Vorschriften hier keine Anwendung finden, und stellt ein besonderes Gesetz für dieses Gebiet in Aussicht. Der siebente Abschnitt bringt „Schluß- und Uebergangsvorschriften".

Dankkundgebungen für die neue Sozialverfassung

Zum erstenmal wird hier der Begriff der sozialen Ehre zur Wirklichkeit. Tausende von Kundgebungen der Betriebsführer und Gefolgschaften im gesamten Reiche gaben dem Dank der Nation für dieses bahnbrechende Gesetz Ausdruck. Bei der gewaltigen Kundgebung im Berliner Lustgarten stellte Pg. Johannes Engel fest, daß das Gesetz für jeden ein Prüfstein sein werde, welchen Wert er durch Leistung und Charakter in der Volksgemeinschaft darstelle. Und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, betonte, daß es die NSDAP gewesen sei, die die Ehre des Arbeiters wiederhergestellt, die Arbeit aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus befreit habe und durch eine neue soziale Ordnung jeden Schaffenden wieder in den Genuß seiner Arbeit und seines Fleißes bringen werde. Er sagte bei dieser Gelegenheit über die nationalsozialistische Revolution:

Rede Dr. Goebbels

„Es war eine Revolution, vom Volke und für das Volk gemacht — eine Revolution, die nicht nur die nationale Ehre, sondern auch die soziale Freiheit des Volkes wiederherstellen wollte — eine Revolution nicht nur gegen den Marxismus, sondern auch gegen die Reaktion. Und diesen Charakter der Revolution werden wir niemals verfälschen

lassen. Es war eine sozialistische Revolution, es war eine Revolution der Arbeiterbewegung, und die, die Revolution gemacht haben, sollen auch heute ihre Träger sein."

Die erste größere Auswirkung des neuen Gesetzes zeigte sich bereits einige Tage später, als Anfang Februar die Betriebsführer der Zechen des Ruhrkohlenbergbaues die Kündigungsfristen für sämtliche Arbeiter verlängerten (von bisher zwei Wochen auf einen Monat). Nach nationalsozialistischen Grundsätzen bedeutet Führung in der Wirtschaft Verantwortung für das Wohl der Geführten. Es widerspräche diesen Grundsätzen, wollte ein Betriebsführer bei den geringsten Konjunkturschwankungen Entlassungen vornehmen. Die vom Nationalsozialismus gestaltete Betriebsgemeinschaft will ein wirkliches Zusammengehörigkeitsgefühl von Führer und Gefolgschaft schaffen. — Auswirkungen des neuen Gesetzes

Wenige Tage nach dem Erlaß des so außerordentlich grundlegenden Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit — am 26. Januar — führte Pg. Dr. Ley als Führer der Deutschen Arbeitsfront eine betriebsorganische Neugliederung der Deutschen Arbeitsfront (siehe Band 1933, Seite 131 und 336) durch. In den diesbezüglichen Anordnungen heißt es u. a.: Betriebsorganische Neugliederung der Deutschen Arbeitsfront

Die seitherige Gliederung der Verbände wird aufgehoben und in eine betriebsorganische Gliederung umgewandelt. Dazu ist notwendig, daß als unterste Einheit der Betrieb angesehen wird. Jeder Betrieb besteht aus der NS-Betriebszelle und der NS-Betriebs-Gemeinschaft. NS-Betriebszelle und NS-Betriebsgemeinschaft bilden also ein Ganzes.

In den Betriebszellen sind Parteigenossen. Sie gehören der NSBO an. Die übrigen Belegschaftsmitglieder des Betriebes und der Unternehmer sind Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront und bilden ohne Unterschied des Berufes die Betriebsgemeinschaft.

Die Deutsche Arbeitsfront stellt die nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit benötigten Vertrauensmänner- und Sachverständigenbeiräte.

Alle Betriebsgemeinschaften desselben Wirtschaftszweiges bilden zusammen eine Reichsbetriebsgruppe.

Die Betriebsgruppen des Deutschen Reiches sind gegliedert in:

1. Die Reichsbetriebsgruppe,
2. die Bezirksbetriebsgruppe,
3. wo nötig, Gau-, Kreis-, bzw. Ortsbetriebsgruppen.

Das ganze Reich wird in 19 Reichsbetriebsgruppen eingeteilt. Diese sind:

1. Nahrung und Genuß, 2. Textil, 3. Bekleidung, 4. Bau, 5. Holz, 6. Eisen und Metall, 7. Chemie, 8. Druck, 9. Papier, 10. Verkehr und öffentliche Betriebe, 11. Bergbau, 12. Banken und Versicherungen, 13. Freie Berufe, 14. Landwirtschaft, 15. Leder, 16. Kunstgewerbe, 17. Stein und Erde, 18. Handel, 19. Handwerk und Gewerbe....

Die bisher von den Mitgliedern der einzelnen Verbände erworbenen rechtmäßigen Anrechte auf Leistungen an Versicherungen und Wohlfahrtseinrichtungen werden auf die Betriebsgruppen übertragen.

Da die Dienststellen der NSBO gleichzeitig die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront sind, liegt die politische Führung der ge-gesamten Deutschen Arbeitsfront in der Hand der NSBO. Die berufliche Fortbildung und soziale Betreuung der Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront liegt bei den Betriebsgruppen.

Amtswalter der Betriebsgruppen müssen Parteigenossen sein....

Außer dieser betriebsmäßigen Organisation der Deutschen Arbeitsfront gibt es bestimmte Gruppen von schaffenden Menschen, wie Chemiker und Techniker u. a., die über die Betriebsgruppen hinaus eine berufliche und fachliche Ausbildung haben wollen und müssen.

Um diesen berechtigten Ansprüchen Rechnung zu tragen, überträgt die Deutsche Arbeitsfront einigen Angestellten-Verbänden diese Aufgaben und beläßt sie in der bisherigen organisatorischen Form.

Damit schafft die Deutsche Arbeitsfront bereits heute den Rahmen für eine Organisation, die dermaleinst die geistige Fortbildung all ihrer Mitglieder über die Betriebsgruppen hinaus durchführen kann.

Die Mitglieder dieser Verbände gehören als Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront selbstverständlich in die für sie entsprechende Betriebsgruppe, damit ihre Rechte im Betrieb gewahrt sind und damit sie ihre Pflichten für die Gemeinschaft erfüllen können.

Die Deutsche Arbeitsfront gliedert sich in derselben Weise wie die Partei in Ortsgruppen, Kreise, Gaue und Bezirke.

So gliedert sich dann die mir unterstellte Organisation wie folgt:

Stabsleiter der PO, Führer der Deutschen Arbeitsfront
Stellvertreter, gleichzeitig Leiter des Führeramts

N S B O:
Amtsleiter der N S B O
Stellvertreter
Stab

Deutsche Arbeitsfront:
Organisationsamt
Schatzamt
Amt für Selbsthilfe
Sozialamt
Presse und Propaganda
Jugendamt
Heimstättenamt

NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“:
Organisationsamt
Schatzamt
Propaganda
Kulturamt
Sportamt
Reisen, Wandern und Urlaub
Würde und Schönheit der Arbeit
Jugendamt
Ausbildung
Volkstum
Selbsthilfe...

Die Aemter Organisation, Schatzamt, Jugendamt und Selbsthilfe in der Deutschen Arbeitsfront, sowie in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ sind durch Personalunion vereinigt.

Außer den Betriebsgruppen und den Verbänden zur geistigen Schulung eines Teiles ihrer Mitglieder hat die Deutsche Arbeitsfront

noch einen Verband für ihre weiblichen Mitglieder, in dem sowohl die Unternehmerinnen, Angestellten wie Arbeiterinnen in einem Verband vereinigt sind.

Darüber hinaus gehören selbstverständlich auch diese Mitglieder in die entsprechende Betriebsgruppe.

Die Deutsche Arbeitsfront ist korporatives Mitglied der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude".

Die NS-Gemeinschaft KdF kennt nur korporative Mitglieder wie den Reichsbund der Beamten, den Deutschen Gemeindetag u. a. So kann natürlich auch jeder gesetzlich anerkannte Stand als korporatives Mitglied beitreten, wie das bereits durch die Reichskulturkammer geschehen ist...

Da nun der Gauleiter der NSDAP nach Willen und Wunsch des Führers der oberste politische Leiter in seinem Gebiete ist, unterstehen ihm alle diese Organisationen in politischer und damit auch in personeller Hinsicht.

Hiermit ist die organisatorische Verbindung gegeben, die wir die Organisation des Volkes nennen und durch die wir glauben und wissen, am besten und am stärksten unsere Weltanschauung ins Volk hineintragen zu können...

Die gleichen Anordnungen gaben auch die Ernennungen zu Reichsbetriebsgruppenleitern bekannt: Die Reichsbetriebsgruppenleiter

Reichsbetriebsgruppe Nahrung und Genuß: Pg. Wolkersdörfer,
Reichsbetriebsgruppe Textil: Pg. Belding,
Reichsbetriebsgruppe Bekleidung: Pg. Neumann,
Reichsbetriebsgruppe Bau: Pg. Ullmann,
Reichsbetriebsgruppe Holz: Pg. Harpe,
Reichsbetriebsgruppe Metall: Pg. Jäzosch,
Reichsbetriebsgruppe Chemie: Pg. Karwahne,
Reichsbetriebsgruppe Druck: Pg. Coler,
Reichsbetriebsgruppe Papier: Pg. Dieckelmann,
Reichsbetriebsgruppe Verkehr und öffentliche Betriebe: Pg. Körner,
Reichsbetriebsgruppe Bergbau: Pg. Stein,
Reichsbetriebsgruppe Versicherungen und Banken: Pg. Lenzer,
Reichsbetriebsgruppe Freie Berufe: Pg. Dr. Strauß,
Reichsbetriebsgruppe Landwirtschaft: Pg. Gutsmiedl,
Reichsbetriebsgruppe Stein und Erde: Pg. Piontek,
Reichsbetriebsgruppe Kunst und Gewerbe: Pg. Speer,
Reichsbetriebsgruppe Handel: Pg. Dr. v. Renteln,
Reichsbetriebsgruppe Handwerk: Pg. Schmidt.

Die so gestaltete Arbeitsfront wurde zu einer Organisation von einzigartigem Ausmaß und riesigem Arbeitsbereich. 20 Millionen Deutsche gehörten ihrem Bereiche an, wie Pg. Dr. Ley bei einer gemeinsamen Tagung der Arbeitsfront, der Treuhänder der Arbeit und der Wirtschaftsführer am 10. April zum Ausdruck brachte. — Gemeinschaftstagung der Arbeitsfront, der Treuhänder der Arbeit und der Wirtschaftsführer

Als wesentlich muß noch hervorgehoben werden, daß dem Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront als fünfte Abteilung die „Abteilung Volksdienst" angegliedert wurde — unter Leitung des Pg. Hilgenfeldt, des Leiters der NSV (NS-Volkswohlfahrt). Damit ist Abt. Volksdienst in der DAF NS-Volkswohlfahrt

auch die Verbindung zu einem anderen großen sozialen Aufgabengebiet gegeben, dem der NSV.

Die ungeheuren Ausmaße dieses Aufgabengebietes ergaben sich aus der Tatsache, daß der Nationalsozialismus bei der Machtergreifung ein Trümmerfeld übernahm, Not und Elend in einem Umfang, wie sie selbstverständlich nicht in einem kurzen Zeitraum überwunden werden konnten. Neben der energischen Beschaffung von Arbeit und damit Brot für Millionen mußte eine Aktion einhergehen, die sofort auch denen half, die noch nicht gleich in Lohn und Brot gebracht werden konnten. Dies wurde zur Aufgabe der NSV, die das ungeheure Winterhilfswerk 1933/34 durchführte. In diesem Geiste beging der nationalsozialistische Staat auch den Tag der Revolution, den 30. Januar, als „Tag der sozialistischen Tat" (an dem 15 Millionen Lebensmittelscheine im Werte von einer Reichsmark und 6½ Millionen Kohlengutscheine über je einen Zentner zur Verteilung kamen).

Tag der sozialistischen Tat

Das Wesentliche aber war die ständige soziale Hilfe, die die NSV allen Bedürftigen leistete. Und als am 17. April die Gauführer des WHW (Winterhilfswerk), das im Rahmen der NSV durchgeführt worden war, zu einem Empfang beim Führer weilten, erklärte Adolf Hitler:

Empfang der Gauführer des WHW beim Führer

„...Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, die Sie im Dienste des WHW stehen, müssen stets das soziale Gewissen der Partei sein, das im WHW seinen immer neuen lebendigen Ausdruck findet. Die schönsten Programme nützen nichts, wenn sie nicht durch Kleinarbeit ergänzt werden. Man kann nicht nur in die Zukunft blicken, man kann nicht nur an den großen Problemen arbeiten. Auch die Sorge des Tages muß berücksichtigt werden.

Immer erneut muß der Appell an die Nation und an das sozialistische Empfinden gerichtet werden.

Das WHW soll die Not beseitigen, die durch offizielle Maßnahmen nicht beseitigt werden kann. Es soll ferner dazu beitragen, das Volk zum sozialistischen Denken zu erziehen. Man soll nicht vom Opfer reden, wenn man das, was man gibt, nicht auch selbst als Opfer empfindet.

Sie müssen klarstellen, daß es kein Opfer für einen Millionär bedeutet, wenn er fünf Mark spendet.

Ein Opfer aber ist es, wenn ein Arbeiter bei einem Monatslohn von hundert Mark fünfzig Pfennig gibt.

Wenn wir diesen Opfergedanken ins Volk tragen, dann helfen wir beim Aufbau der neuen Gemeinschaft. Es kommt auf das sozialistische Gemeinschaftsgefühl an. Im reichen Deutschland der Vorkriegszeit ist es nicht möglich gewesen, ein ähnliches Hilfswerk durchzuführen. Das Deutschland vor dem Kriege erzielte bei monatelanger intensivster Propaganda nicht mehr als 7 Millionen Mark für die Zeppelin-Spende, die eine Sache des ganzen Volkes war. Wir haben in einem einzigen Winter in dem verarmten Deutschland 320 Millionen Mark aufgebracht. Diese gewaltige Summe ist

nicht nur eine Tat an sich, sondern sie ist ein Beweis des Opfergedankens, der in unserem Volke lebt. Sie hat ihre psychologischen Wirkungen im Inland und auf das Ausland nicht verfehlt..."

18 Millionen deutscher Volksgenossen sind beim WHW 1933/34 (siehe Band 1933, Seite 246 und 354) betreut worden. 320 Millionen RM. hat das deutsche Volk geopfert, um diese Tat sozialistischen Geistes zu vollbringen. (Die Eintopfspende — siehe Band 1933, Seite 278 — hatte davon allein 24551281 RM. aufgebracht.) Die 320 Millionen sind folgendermaßen verteilt worden: Das Ergebnis des Winterhilfswerks 1933/34

Lebensmittel	130 000 000,—
Bekleidung	70 000 000,—
Kohlen	85 000 000,—
Spenden von Gutscheinen, Vergütungen und Leistungen	25 000 000,—
Freitische und Liebesgabenpakete . . .	10 000 000,—
	320 000 000,—

Die Arbeit der NSV beschränkte sich aber nicht nur auf das gewaltige Winterhilfswerk. Zahllose Aufgaben wurden von ihr bewältigt, von denen als besonders wichtig das Hilfswerk „Mutter und Kind" erwähnt sein soll. Unter dem Leitwort des Pg. Dr. Goebbels: Hilfswerk „Mutter und Kind"

„Mutter und Kind sind das Unterpfand für die Unsterblichkeit eines Volkes!"

wurde die Aufgabe in Angriff genommen und am 28. Februar der Reichsausschuß für dieses Hilfswerk gebildet. Nicht nur fand hier der Heroismus der Mutter seine öffentliche Anerkennung, nicht nur wurde hier folgerichtig die begonnene bevölkerungspolitische Aufklärung des Jahres 1933 fortgesetzt, sondern es wurde das gesamte Volk zur Hilfe für Mutter und Kind aufgerufen. Das Hilfswerk machte sich zur Aufgabe: Wirtschaftliche Hilfe für Mütter, Arbeitsplatzhilfe vor allem für die Väter kinderreicher Familien, Wohnungshilfe, Müttererholung, Mütterschulung, Hilfe für werdende Mütter, Säuglingsfürsorge, Hilfe für ledige Mütter.

„Die echte Mutterliebe ist die stärkste sittliche Macht auf unserer Erde! Nur sie verbürgt uns eine heldische Erziehung des kommenden Geschlechts. Nur sie ist imstande, unsere Jugend zu versittlichen und ihr Ehrfurcht für das Werden des Menschen und den Lebensstrom unseres Volkes einzuflößen! Rede Dr. Frick zum Muttertag

Wir befinden uns an einer Wende der Zeit! Die Rettung Deutschlands hängt nicht nur von der Begeisterung unserer männlichen Jugend für die Wiedererstarkung unseres Vaterlandes, sondern sie hängt ebensosehr von der Hingabe ab, mit der unsere Frauen und Mädchen sich wieder der Familie und dem Muttergedanken zuwenden!"

So sprach Pg. Dr. Frick, der Reichsminister des Innern, durch den Rundfunk zum deutschen Volke — am 13. Mai, dem Muttertag.

Reichsmütterdienst im Deutschen Frauenwerk

Am gleichen Tage teilte die Parteigenossin Gertrud Scholtz-Klink, die Leiterin der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerks, mit, daß ein „Reichsmütterdienst im Deutschen Frauenwerk" geschaffen worden war, der sich der NSV als Träger des Hilfswerks „Mutter und Kind" und allen behördlichen Stellen (die auf dem Gebiete der Mütterfürsorge und des Mütterschutzes arbeiten) zur Mitarbeit zur Verfügung stellte.

Tagung der NSKOV

Mitarbeit auf dem Gebiete der volksgenössischen Hilfsbereitschaft leistete — für die Kriegsopfer — in hervorragendem Maße auch die NSKOV (Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung) — unter Pg. Oberlindober, die am 19. April eine große Tagung durchführte; Pg. Oberlindober konnte bei dieser Tagung mitteilen, daß von 280000 Kriegsopfern in einem Jahre 200000 wieder in Arbeit und Lohn gekommen seien und daß bis zum Ende des Jahres 1934 1000 Siedlerstellen für Kriegsopfer errichtet würden.

Reichskommissar für das Siedlungswesen

Zur Förderung des gesamten Siedlungswerkes, das von sozial-, bevölkerungs- und ernährungspolitisch so gewaltiger Bedeutung ist, wurde am 29. März ein Reichskommissar für das Siedlungswesen eingesetzt. (Er untersteht dem Reichswirtschaftsminister, trifft seine Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsminister und bearbeitet sämtliche Siedlungsfragen, soweit sie nicht — hinsichtlich der Neubildung deutschen Bauerntums — dem Reichsernährungsminister zustehen). —

Gesetz über die Heimarbeit

Von den sozialpolitischen Maßnahmen des Frühjahrs ist noch besonders hervorzuheben das neue Heimarbeitergesetz: Das „Gesetz über die Heimarbeit" vom 23. März, das sich vor allem den Lohnschutz zur Aufgabe setzt. Durch das bereits behandelte Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit waren auch die Heimarbeiter in die neue Sozialverfassung einbezogen worden. Die Ausschaltung unsozialer Elemente, die den Heimarbeiter in egoistischer Weise ausnutzten, wurde durch das Gesetz ermöglicht. —

1. Mai: Nationalfeiertag des deutschen Volkes

So konnte Deutschland den 1. Mai, den Nationalfeiertag des deutschen Volkes, in dem Bewußtsein begehen, daß das vergangene Jahr auch sozialpolitisch Fortschritte gebracht hatte, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten undenkbar gewesen wären. Das fand seinen Ausdruck auch in dem Aufruf:

Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung

„An das deutsche Volk!

Zum ersten Male in unserer Geschichte ist der innere Bruderzwist beseitigt und die Einigkeit aller Deutschen erreicht. Was unsere Väter seit Jahrhunderten ersehnt haben, ist damit Wirklichkeit geworden.

Auf dieser Grundlage hat das deutsche Volk im letzten Jahre Großes geleistet. Mit den Waffen des Friedens sind siegreiche Schlachten gegen Not und Elend, gegen Arbeitslosigkeit und Verzweiflung geschlagen worden.

Die heutige Generation kann das stolze Gefühl haben, daß sie ihre volle Pflicht getan hat und damit vor dem Urteil der deutschen Geschichte bestehen wird. Unser Dank gilt dem ganzen deutschen Volke für diese für alle Zeiten beispielhafte Leistung. Die Nation kann ihren Nationalfeiertag am 1. Mai mit Stolz und Genugtuung begehen.

Berlin, 30. April 1934.

Der Reichspräsident
gez.: von Hindenburg
Die Reichsregierung
gez.: Adolf Hitler."

Wie am 1. Mai 1933 so wurde auch an diesem 1. Mai der Nationalfeiertag im ganzen Reich festlich begangen. Arbeiter- und Bauernführer aus allen Teilen Deutschlands kamen im Flugzeug in Berlin an, wo am Vormittag des 1. Mai wieder die Jugend zu einer Kundgebung im Lustgarten vereinigt war und begeistert dem Führer zujubelte. Mittags empfing der Führer Arbeiterabordnungen aus dem ganzen Reiche. Um 14 Uhr begann der Staatsakt in der Staatsoper, wo Pg. Dr. Goebbels eine große Kulturrede hielt.

Jugendkundgebung im Berliner Lustgarten

Bereits seit den Morgenstunden aber marschierten die Massen zum Tempelhofer Feld, wo um 16.17 Uhr Pg. Dr. Goebbels vor Millionen deutscher Volksgenossen die unerhört gewaltige Kundgebung eröffnet.

Der Führer spricht:

Die Führerrede auf dem Tempelhofer Feld

„Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen! Deutsche Männer und Frauen aus allen Gebieten des Reiches und darüber hinaus!

Millionen Deutsche, Männer und Frauen aus allen Berufsständen, sie feiern mit uns in diesen Stunden zum zweiten Male das große Frühlingsfest der Arbeit unseres Volkes.

1933 stand ich am selben Tage hier an der gleichen Stelle. Damals erfüllt vom Glauben an das Gelingen des Werkes des nationalen Wiederaufbaues unseres Volkes. Heute getragen von dem glücklichen Bewußtsein der Richtigkeit unseres Weges und ergriffen vom Gefühl des Dankes an die Vorsehung, die unser Beginnen so erfolgreich sein ließ.

Dankend aber auch unserem ganzen Volke, das in seinen Millionen arbeitenden Menschen mit uns sich diesen Erfolg selbst mehr als redlich verdiente.

Denn ganz gleich, ob man uns liebt oder ob man uns haßt, eines kann niemand leugnen: Ein neuer Geist hat das deutsche Volk erfüllt, hat es erweckt zu neuem Leben und ihm die Kraft geschenkt zu Werken der Arbeit und zu Leistungen auf allen Gebieten einer neuen Volksgestaltung, die bewunderungswürdige sind.

Wir können an diesem heutigen Tage des Festes einer emsig tätigen Volksgemeinschaft mit stolzer Zufriedenheit das eine feststellen:

Dieses Jahr der deutschen Geschichte wurde nicht vertan!

Diese zwölf Monate wird man einst nicht als vergeudet ansehen können, sie sind nicht Stillstand gewesen, sondern unerhörte Entwicklung; nach 15jähriger Verzweiflung hat ein großes Volk wieder Tritt gefaßt, entschlossen begonnen, um sein Leben zu ringen, um es aus eigener Kraft und nach eigenem Sinn und Willen neu zu gestalten.

Die Geschichte zeigt uns zahllose Beispiele an Krisen im Leben der Völker. Verlorene Kriege, Naturkatastrophen, Krankheiten und Seuchen, sie zerstörten öfter als einmal die Früchte langjährigen Fleißes und langjähriger Sparsamkeit. Und wenn die Menschen dann unter solchen Folgen zu hadern begannen und einander nicht mehr verstehen wollten oder gar konnten, dann mochte es wohl geschehen, daß sich ihrer tiefe Verzagtheit bemächtigte und sie am Ende ihrer letzten Zuversicht, ihres Glaubens und damit ihrer Tatkraft beraubte. So wie der Bauer, dem das Unwetter und der Hagel die Frucht monatelanger Arbeit zerstört, an solchen Tagen oft wie verzweifelt in die Vernichtung all seiner Arbeit, seiner Pläne und Hoffnungen stiert und von den verwüsteten Feldern in den Hof zurückkehrt, nicht wissend, was nun im Augenblick überhaupt begonnen werden soll, so geht es Völkern oft auch im Großen.

Und so ging es uns Deutschen fünfzehn Jahre lang. Wir hatten einst ein blühendes Reich. Es war nicht aufgebaut auf Eroberungen, auf fremdem Gute fremder Völker, es war nur das Ergebnis einer unendlichen Arbeit, unsäglichen Fleißes, zahlloser Mühen und Sorgen unserer eigenen Volksgenossen.

Wenn eine andere Welt glaubt, unserem Volke die Friedensliebe wegleugnen zu können, so spricht für diesen wirklichen Geist unseres Volkes nichts schlagender und gewaltiger, als das Verhältnis des Besitzes des deutschen Volkes an Lebensraum auf dieser Welt, verglichen mit dem Besitz anderer Nationen.

Siebzig Millionen Menschen lebten schon vor dem Kriege auf einer mehr als beschränkten Grundfläche.

Daß sie lebten und wie sie lebten, verdankten sie wirklich nur ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeit.

Sie allein machten uns damals zum reichen Volk, reich an jenen Gütern der menschlichen Kultur, die ihre Wurzel nicht in kriegerischen Unternehmungen, sondern ausschließlich in den Werken und Leistungen besitzen, die nur durch Fähigkeit, Arbeit und Fleiß entstehen und gelingen können.

Das deutsche Volk wollte daher auch keinen Krieg, weil es ihn nicht benötigte.

Es ist fähig genug, ohne fremde Raubgüter, Tribute, Kontributionen usw. sich sein eigenes Leben erträglich gestalten zu können. Und es hat sich dieses Leben einst gut gestaltet.

Ohne Schuld am Kriege wurde unser Volk das Opfer desselben. Fünfzehn Jahre lang standen seitdem die deutschen Menschen erschüttert und gebrochen vor den Ruinen der so mühsam in langen Jahren aufgebauten nationalen Existenz. Schlechte Ratgeber, die uns erst in das Verderben geführt hatten, fanden seitdem kein anderes Mittel zur Rettung der Nation als die Empfehlung demütiger Unterwürfigkeit, sklavischer Gesinnung und lethargischen Allesgeschehenlassens!

Fünfzehn Jahre ging es so mit unserem Volke Jahr für Jahr immer mehr nach abwärts. Das Entsetzlichste war dabei nicht die Tatsache des Zusammenbruches an sich, sondern die aus Verzweiflung und Wahnsinn geborene Willenslosigkeit, mit der unser Volk dieses Schicksal hinzunehmen sich anschickte. Jedes Jahr des fortschreitenden Verfalls schien denen recht zu geben, die die Aussichtslosigkeit aller Ver-

suche zur Wendung unseres Schicksals schon von vornherein prophezeiten.

Am 30. Januar des vergangenen Jahres erhielt endlich unsere verlästerte nationalsozialistische Bewegung die Führung des deutschen Volkes. Wenige Monate später traten wir zum ersten Male am neuen Nationalfeiertag der deutschen Arbeit vor das deutsche Volk und versicherten ihm unseren Entschluß und unbändigen Willen, diese Zeit der deutschen Not zu beenden. Und nun ist seitdem ein Jahr vergangen.

Wer aber will sich im deutschen Volk erheben und uns in das Angesicht behaupten, daß unser Wille vergeblich und die Not stärker war?

Wie oft habe ich dem deutschen Volke erklärt, daß nur ein unermeßlicher Wille, den keine Not mehr beugen kann, die Not einst wird brechen können. Heute weiß es das ganze Volk! Unser Wille war härter als die deutsche Not!

Dieser, unser Wille aber, deutsches Volk und deutscher Arbeiter, ist mit euer Wille. Es ist der ewige Wille zur Selbsterhaltung, der jedem gesunden Wesen zu eigen ist und der, wir danken es unserem Gott, auch unser deutsches Volk nicht endgültig verlassen hat. Er schlummerte und ist nunmehr erwacht.

Es gibt kaum ein Gebiet unseres öffentlichen Lebens, das in diesem letzten Jahre nicht mit einem neuen Geist erfüllt worden wäre. Eine Welt von Vorstellungen, Auffassungen und Einrichtungen wurde beseitigt und eine andere trat an ihre Stelle. Das Entscheidende aber ist:

Das deutsche Volk hat sich nach fünfzehnjähriger Verzweiflung und lethargischer Selbstaufgabe wieder selbst gefunden. Es sucht mit eigener Kraft die Wege zu einem neuen Leben, und es wird sie daher auch finden.

Die größte Not, die wir damals materiell vorfanden, war die Katastrophe unserer Arbeitslosigkeit. Bedingt und eingeleitet durch den Wahnsinn der Friedensverträge, weitergetrieben dank der Unfähigkeit und Schwäche früherer Staatsführungen, mußte sie endlich zur Zerstörung unseres Volksgefüges und damit aller Lebensvoraussetzungen führen. Ich brauche Ihnen nicht die psychologische Wirkung der Arbeitslosigkeit zu erklären. Nein, meine deutschen Volksgenossen! Ich weiß, daß in diesem Augenblick hier vor mir und weiterhin im ganzen Deutschen Reiche Millionen von Volksgenossen stehen und hören, die selbst dieser Not verfallen waren und ihre Folgen am eigenen Leibe kennenlernten.

Und ich weiß, daß leider nur zu viele in Deutschland auch jetzt noch nicht erlöst werden konnten von dieser Sorge.

Ich kann diesen allen aber das eine versichern: nicht nur sie allein haben gelitten unter dieser Sorge, ihr Leid war die größte Sorge auch für uns.

Und deshalb haben wir damals die große Arbeitsschlacht proklamiert, erfüllt von dem Entschluß, alles zurückzustellen, um in erster Linie zwei Aufgaben anzupacken und zu lösen, zwei Aufgaben, die in einem inneren Zusammenhang stehen, die Rettung des deutschen Bauerntums durch die Sicherstellung des deutschen Bauernhofes und die Rettung der deutschen Arbeiterschaft durch die Sicherstellung des Arbeitsplatzes.

Ich weiß, daß die nie zu versöhnenden Gegner auch heute nicht müde werden, mit ihrer ewig negativen Kritik zu nörgeln, allein sie können das Tatsächliche unseres Kampfes damit nicht weglügen und wegleugnen.

Wir haben diese Schlacht vor über einem Jahr begonnen, und wer

wagt es, ihren Erfolg zu bestreiten? Und wenn sie tausendmal mit ihren lächerlichen Aussetzungen kommen, so kann ich darauf nur eines zur Antwort geben:

Ihr habt früher regiert und konntet euch zu keiner Tat entschließen und habt uns damals gezwungen zu reden. Heute versucht ihr, meine verehrten Kritiker, auf einmal zu reden, während wir die Probleme angefaßt haben und trotz eurer Nörgeleien und eurer Kritik nach knapp einjähriger Arbeitsschlacht über drei Millionen Menschen wieder in die Produktion zurückbrachten.

Ihr habt längere Zeit gebraucht, die Menschen arbeitslos zu machen, als ihr uns Zeit geben wollt, sie in die Arbeit zurückzubringen, aber selbst das ist uns gelungen!

Meine Volksgenossen, wir sind nicht blind gegen die anderen Notwendigkeiten des Lebens. Wir wissen ganz genau, was alles noch zu tun übrigbleibt und was geschehen muß, allein eines weiß ich: Man wird auf dieser Welt überhaupt nichts erreichen, wenn man sich in tausend Projekten verliert und immer Neues beginnt, statt eine Aufgabe anzufassen und zäh und fanatisch um ihre Erfüllung zu ringen.

Ich bilde mir auch nicht ein, daß nach der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit etwa nichts mehr zu tun sein wird, habe nie behauptet, daß es keine sonstigen Aufgaben gäbe! Allein, ich kann unseren Kritikern versichern, wir werden nicht eher ruhen, ehe wir nicht zunächst diese eine Aufgabe gelöst haben, und ich kann ihnen weiter versichern:

Wir lösen sie nicht, um uns dann schlafen zu legen.

Im Gegenteil, dann werden wieder andere Probleme ihre Behandlung finden. Und auch hier wird unser oberster Grundsatz immer sein, die ganze Kraft auf die Erreichung eines Zieles anzusetzen...

Die Autorität der Führung der Nation steht als Souveränität über jedem. Sie schafft durch die Organisation und Führung der Volksgemeinschaft die Voraussetzungen zur Auswirkung der Fähigkeiten, Kenntnisse und Arbeitskraft der einzelnen Menschen, allein sie muß auch dafür sorgen, daß sich nicht die Pflichten und Rechte einseitig verschieben. Sie muß daher jedem Volksgenossen gegenüber, sei er, wer er wolle, die Interessen der Gesamtheit wahrnehmen und dann ihre Respektierung durchsetzen.

Sie kann vor sich nicht bevorrechtete Stände und Klassen anerkennen, sondern die gegebenen Fähigkeiten, das gegebene Können der einzelnen Menschen, und muß daraus ermessen die gegenseitig entspringenden und für die Gesamtheit nötigen Pflichten.

Nur in dieser über den einzelnen Kontrahenten des wirtschaftlichen Lebens gehaltenen Stellung der Führung der Nation kann die Quelle jenes Vertrauens liegen, das eine der wesentlichsten Voraussetzungen des wirtschaftlichen Gelingens des Wiederaufbaus ist. Wir sind daher auch nicht bereit, dieses Vertrauen von jenen böswilligen Elementen zerstören zu lassen, die glauben, daß Kritik an sich ein lebenswichtiger Beruf ist.

Der Gedanke, in der Kritik an sich einen moralischen Selbstzweck entdeckt zu haben, ist für uns unerträglich. Wir lehnen es ab, daß ein Teil der Nation die Arbeit zu leisten hat, und ein anderer nebenbei steht und die Wichtigkeit seiner Existenz ausschließlich zu beweisen versucht durch das Aufspüren von Kritikmöglichkeiten an den Leistungen der wirklich Schaffenden.

Nur der ist zur Kritik berechtigt, der eine Aufgabe besser lösen kann. Die Lösung der deutschen Aufgaben haben wir aber

besser in Angriff genommen als unsere früheren Gegner und heutigen Kritiker...

Und so wie wir uns dieser Kritiker erwehren, um das Vertrauen zu der Führung der Nation nicht erschüttern zu lassen, wollen wir aber auch unsererseits alles tun, um dieses Vertrauen zu befestigen.

Millionen von Menschen, die am Aufbau tätig sein wollen, haben wir die Hand gereicht. Millionen von einstigen Gegnern, sie stehen heute in unseren Reihen und werden von uns dank ihrer Arbeit und dank ihrem Können als Helfer am Aufbau nicht weniger geschätzt als unsere eigenen alten Parteigenossen.

Ich darf vor dem deutschen Volk bekennen, daß wir das Wesen unserer Autorität nicht in der Wirksamkeit von Kanonen und Maschinengewehren erblicken, als vielmehr in dem tatsächlichen Vertrauen, das uns entgegengebracht wird...

Es ist die blutmäßige Substanz unserer Nation, die sich in den langen Jahrhunderten immer wieder bewährt hat, die wir kannten und die auch uns deshalb nie verzweifeln ließ.

Wir lassen daher aber auch durch niemand das Vertrauen in diese Werte zerstören. Der kleingläubige Schwächling, der das große Geschehen unserer Zeit nur von der Perspektive seiner eigenen Unzulänglichkeit aus sieht, soll selbst unsertwegen ruhig jammern, aber nicht andere verwirren...

Es wird heute vielleicht mancher Arbeitgeber und Unternehmer nicht verstehen wollen, wieso wir diesen 1. Mai zu einem Feiertage proklamieren, der von dem Arbeitgeber bezahlt werden muß. Ich möchte ihnen hier die notwendige Aufklärung sagen:

Die deutsche Wirtschaft hat früher mit Hunderten an Millionen Mark jährlich den Streit und Hader der Organisationen untereinander bezahlt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zerrissen und in zwei feindliche Streiter verwandelt hatten. Der Gesamtverlust an Nationalvermögen durch Streik und Aussperrung war ein gewaltiger.

Der nationalsozialistische Staat hat diese primitiven und sinnlosen Methoden des Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen beseitigt. Die Ersparnisse, die der Wirtschaft dadurch zugute kommen, sind außerordentliche.

Es ist nur ein ganz kleines Opfer, wenn dafür die Unternehmer ihren Mitarbeitern den Tag vergüten, der ein Symbol sein soll für die Ueberwindung dieser Kämpfe und für die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft.

Wir haben in diesem letzten Jahr begonnen, diese Volksgemeinschaft aber nicht nur theoretisch einzuleiten, sondern uns bemüht, ihr auch die praktischen Voraussetzungen zu sichern. Denn es genügt noch nicht, die Arbeitslosigkeit als solche zu überwinden, neue Arbeiter auszubilden, sondern es ist notwendig, das Wesen der neuen Auffassung über die Arbeit den Millionen unserer Volksgenossen allmählich klarzumachen.

Die Nationalsozialistische Partei hat vor über einem Jahr in Deutschland gesiegt. Alle Macht und Gewalt im Staat befindet sich in den Händen dieser Organisation. Millionen von Menschen haben sich ihr freiwillig unterstellt und Millionen andere gleichgeschaltet. Allein nicht alle sind damit Nationalsozialisten geworden.

Der Sinn der nationalsozialistischen Idee, über Stände, Berufe, Klassen, Konfessionen hinweg, eine Volksgemeinschaft herzustellen, wird nicht erfüllt durch die nur äußere Anmeldung bei einer Partei.

Parteigenosse kann man durch Einschreiben werden, Natio-

nalsozialist jedoch nur durch eine Umstellung des Sinnes, nach einem eindringlichen Appell an das eigene Herz.

Die Organisation einer Bewegung ist eine formale Erscheinung, auch wenn sie noch so genial und an sich richtig ist. Den inneren Wert geben ihr erst die Menschen, die in ihrem Sinn entsprechend die Idee lebendig verkörpern.

Es ist die Aufgabe der nationalsozialistischen Revolution, den Millionen unserer Volksgenossen die Grundbedingungen klarzumachen, auf denen das Leben aller beruht.

Was dem einzelnen die Natur gegeben hat, muß er als Beitrag wieder abstatten seinem Volk. Es kann nur ein Recht in dieser Gemeinschaft geben, das erwächst aus der Erfüllung der zugewiesenen eigenen höchsten Pflicht.

Die Arbeit ist daher in keiner Form eine Schande, sondern der höchste Adel für jeden, der durch sie und mit ihr getreulich mithilft am Aufbau des gemeinsamen Lebens und damit beiträgt zur Erhaltung der Nation...

Wir haben den Arbeitsdienst eingeführt und die Zahl der Erwerbslosen um mehr als die Hälfte gesenkt.

Wir wollen aber den Arbeitsdienst nicht etwa, um dem Arbeiter einen Platz wegzunehmen, denn dies ist angesichts der Zahl der erwerbstätigen Menschen und der im Arbeitsdienst befindlichen an sich unsinnig. Nein! Wir wollen den Arbeitsdienst, um jeden jungen Deutschen einmal zu zwingen, durch seiner Hände Arbeit beizutragen am Aufbau seines Volkes.

Wir wollen vor allem aber die Deutschen aus Lebensstellungen, die keine körperliche Arbeit leisten, zwingen, die körperliche Arbeit kennenzulernen, um damit das Verständnis zu finden für jene Volksgenossen, die auf dem Acker oder irgendwo in der Fabrik oder Werkstatt stehen. Wir wollen in ihnen sinnfällig den Hochmut abtöten, mit dem leider so viele Intellektuelle auf die Handarbeit herabsehen zu müssen glauben, und wollen allerdings umgekehrt bei ihnen auch das Selbstvertrauen stärken durch das Bewußtsein, ebenfalls körperliche Arbeit leisten zu können.

Darüber hinaus aber wollen wir dadurch zur Verständigung der einzelnen Klassen beitragen, um das Band der Volksgemeinschaft zu verstärken. Wir wollen, daß sie sich gegenseitig kennenlernen, um so allmählich die natürlichsten Grundlagen einer wirklich inneren Gemeinschaft zu finden. Denn im Laufe vieler Jahrhunderte ist diese Gemeinschaft gelöst worden. Der Nationalsozialismus hat den unabänderlichen Willen, sie wieder aufs neue zu beleben.

Wir alle aber wissen, daß nicht Worte und äußere Bekenntnisse zu dieser Gemeinschaft führen, sondern nur eine innere Um- und Neuerziehung der Menschen....

Die gigantischen Organisationen unserer Bewegung, ihre politischen Einrichtungen sowohl wie die Organisationen der SA und SS, der Aufbau unserer Arbeitsfront, genau so wie die Staatsorganisationen unseres Heeres, sie sind nationale und gesellschaftliche Schmelztiegel, in denen eben doch allmählich ein neuer deutscher Mensch herangebildet wird.

Und was mit der heutigen Generation nicht gelingt, werden wir mit der kommenden vollenden. Denn genau so zäh, wie wir um den erwachsenen Mann und die erwachsene Frau kämpften und kämpfen, ringen wir um die deutsche Jugend. Und sie wächst in einer anderen Welt heran und wird erst recht mithelfen, einst eine andere Welt zu bilden. In unserer nationalsozialistischen Jugendorganisation schaffen

wir die Schule für die Erziehung des Menschen eines neuen Deutschen Reiches.

Gläubigen Herzens und starken Sinns soll diese Jugend einst ein besseres Glied der Geschlechterkette unseres Volkes sein, als wir selbst es waren und heute vielleicht sein können....

Wenn Sie das Abzeichen des heutigen Festes — das ein deutscher Künstler uns geschaffen hat — besehen, dann soll es Ihnen folgendes sagen:

Sichel und Hammer sind einst die Symbole des deutschen Bauern und des deutschen Arbeiters gewesen. Hochmut und Unvernunft eines bürgerlichen Zeitalters haben diese Symbole preisgegeben und verloren. Jüdisch-internationale Literaten stahlen endlich die Werkzeuge schaffender Menschen und waren nahe daran, deren Träger endgültig ihren Plänen und Zielen zu unterwerfen.

Der nationalsozialistische Staat wird diese unselige Entwicklung überwinden.

Der Hammer wird wieder zum Symbol des deutschen Arbeiters und die Sichel zum Zeichen des deutschen Bauern, und der Geist muß mit ihnen einen unlösbaren Bund bilden, so wie wir seit anderthalb Jahrzehnten dies predigen und propagieren.

Und so sind wir an diesem Tage nicht nur zur Feier der deutschen Arbeit, sondern damit auch eines neuen deutschen Menschen zusammengetreten.

Wir wollen, wenn schon ein ganzes Jahr in tausend Ankündigungen, in Presseartikeln und Reden der Geistesarbeiter gepriesen wird, an diesem Tage den Ruhm jener Millionenarmee mitfeiern, die als unbekannte und namenlose Soldaten der Arbeit im Schweiße ihres Angesichts getreulich mithelfen, in Stadt und Land, auf dem Acker, in der Fabrik und in der Werkstatt, die Güter zu schaffen, die unser Volk mit Recht in die Reihe der Kulturnationen der Welt hineinheben und in Ehren bestehen lassen.

Und es ist deshalb auch unser Wille, daß an diesem Tage für alle Zukunft das ganze deutsche Volk sich auf seine Gemeinsamkeit besinnt und über alle sonstigen Zwistigkeiten hinweg sich immer wieder erneut die Hände in innerer Erkenntnis zum gemeinsamen Bunde reicht, den wir deutsche Volksgemeinschaft nennen. Wir wollen aber diesen Tag auch nicht vorübergehen lassen, ohne erneut in voller Einmütigkeit vor der ganzen Welt das gemeinsame Lebensrecht von uns allen zu vertreten.

Das deutsche Volk hat, angefangen von seinem ehrwürdigen Reichspräsidenten bis zu jedem Arbeiter und jedem Bauern, nur einen einzigen Wunsch, durch seine Arbeit nach seinem Willen glücklich und selig zu werden.

Es kennt keine Rache und wünscht keine Eroberungen.

Es möchte jedem Volke die Hand zur Verständigung und zur Versöhnung reichen. Allein, es wird auch unbeirrbar sein eigenes Lebensrecht verteidigen und gegen jedermann in Schutz nehmen. Es wird vor allem niemals Verzicht darauf leisten, ein Volk mit gleichen Rechten zu sein, sowie es auch jederzeit gewillt ist, für die Erhaltung des Friedens und der Wohlfahrt auf dieser Welt nicht geringere Opfer zu bringen, als andere Nationen sie zu bringen ebenfalls bereit sind.

Wir wollen, meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen, die Sie in dieser Stunde in den Zehntausenden unserer Städte, Marktflecken und Dörfer den 1. Mai mitfeiern, aber auch nicht vergessen, demütig dem zu danken, der uns durch ein ganzes Jahr unsere Arbeit so erfolgreich

gedeihen ließ, und wollen ihn bitten, auch für die kommende Zeit unserem Volk seinen Segen nicht zu versagen.

Vor allem aber möge die Vorsehung unsere sehnlichste Hoffnung in Erfüllung gehen lassen, daß unsere deutschen Menschen sich immer mehr zusammenfinden, in gegenseitiger Nachsicht und in gegenseitigem Verstehen, um endlich das Ziel zu erreichen, für das unser Volk seit Jahrhunderten kämpfte, viele Generationen litten und Millionen sterben mußten!

Ein freies deutsches Volk in einem starken Deutschen Reiche!

Der Nationalfeiertag wurde mit einer Kundgebung im Lustgarten beendet, in der Ministerpräsident Pg. Göring sprach.

Und wenn man an diesem 1. Mai das vergangene Jahr überblickte, so konnte man mit Stolz feststellen, daß all das Tat geworden war, was vor einem Jahre als Wille und Hoffnung in uns brannte. —

Am 1. Mai trat das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit in Kraft.

2. Deutscher Arbeitskongreß der Deutschen Arbeitsfront

Die Grundsätze des sozialpolitischen Handelns des nationalsozialistischen Staates kamen auch zum Ausdruck in dem 2. Deutschen Arbeitskongreß der Deutschen Arbeitsfront am 16. Mai, wo der Führer die Worte sprach: „Der Staat ist nicht der Büttel eines Unternehmers oder eines Arbeitnehmers, sondern er steht über beiden Interessenten und sorgt für Einigkeit nach den Gesetzen der Billigkeit, des Rechtes und der Vernunft, die für uns alle gleich sind. Und wer sie nicht befolgen will, wird erfahren, daß über seinem Eigennutz der Gemeinnutz der Nation steht, der durch uns seine Repräsentation erfahren hat."

Kultur und Volk

Am Nationalfeiertag des deutschen Volkes, am 1. Mai, wurden auch die Thingplätze bei Halle (Saale) und bei Heringsdorf eingeweiht und damit symbolhaft die Verbindung von Kultur und Volk zum Ausdruck gebracht. Kulturstätten, die gewaltige Besuchermengen erfassen konnten, wurden so im ganzen Reiche geschaffen und legten Zeugnis davon ab, daß der Nationalsozialismus die Kultur in den Mittelpunkt des gesamten Volkslebens stellt und in ihr nicht nur — wie es früher geschah — die Angelegenheit einer „gehobenen Schicht" sah.

Auf dem Gebiete der Kultur hatte das Jahr 1933 den großen Rahmen geschaffen (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichskulturkammer, Schriftleitergesetz usw. — siehe Band

1933, 6. und 21. Abschnitt). In diesem Rahmen gesetzgeberisch, organisatorisch und vor allem geistig weiterzugestalten, mußte die Aufgabe der Kulturpolitik des Jahres 1934 sein. Dabei ging der Nationalsozialismus stets von der Erkenntnis aus, daß diese Kulturpolitik auf weite Sicht getrieben werden — und daß Kultur organisch wachsen muß. Man kann sie nicht durch Maßnahmen technischer Natur „erzeugen" — aber man muß ihrer gesunden Entfaltung durch solche Maßnahmen die Bahn frei machen. Kulturaufgaben des Jahres 1934

Ueber Ziel und Aufgabenbereich der Reichskulturkammer sprach Reichsminister Dr. Goebbels am 7. Februar auf einer Tagung der Präsidenten und Präsidialräte der einzelnen Fachkammern der Reichskulturkammer. — Tagung der Präsidenten und Präsidialräte der Fachkammern der Reichskulturkammer

Bereits im Januar des neuen Jahres kam der staatliche Kulturwille stark zum Ausdruck, als am 18. ein preußisches Gesetz über die Neuordnung der Verwaltung der Staatstheater bestimmte, daß die Verwaltung der Berliner Staatstheater (einschließlich Krolloper) und der ehemaligen Staatstheater in Kassel, Wiesbaden und Hannover, sowie die Fürsorge für die ausgeschiedenen Mitglieder der Staatstheater, auf den Ministerpräsidenten unmittelbar übergehen. — Am 27. März konnte Dr. Goebbels in einer Versammlung des künstlerischen und technischen Personals der Städtischen Oper (Charlottenburg) mitteilen, daß diese nunmehr als „Deutsches Opernhaus" auf das Reich übergegangen und der Führung und Verwaltung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unterstellt worden sei. (Als Intendanten berief Dr. Goebbels am 29. März den Kammersänger Rode. Die Eröffnung der neuen Reichsoper fand am 14. September in Anwesenheit des Führers mit einer glanzvollen Aufführung von Wagners „Tannhäuser" statt.) — Am 10. April teilte Dr. Goebbels weiter mit, daß die Theaterpolitik jetzt auch das „Theater des Volkes" (früher Großes Schauspielhaus), die „Volksbühne" am Horst-Wessel-Platz und das „Deutsche Theater" (in der Schumannstraße) betreuen werde. Gesetz über die Neuordnung der Verwaltung der Staatstheater; Deutsches Opernhaus; Betreuung weiterer Theater durch das Reich

Während so das Reich seinen Willen zur unmittelbaren Gestaltung eines neuen Theaters dokumentierte, sorgte es auf der anderen Seite auch für die Reinhaltung der Atmosphäre: Am 5. März wies der Reichspropagandaminister die Landesregierungen darauf hin, daß das Auftreten auf deutschen Bühnen von der Zugehörigkeit zu einem der Fachverbände der Reichstheaterkammer (siehe Band 1933, Seite 332) abhängig ist und daß regelmäßig Nichtariern die Aufnahme in diese Verbände verweigert wird. Gegen das Auftreten von Nichtariern

Die Krönung der bisher vom neuen Staate durchgeführten Theater- Theatergesetz

politik aber war das Theatergesetz vom 15. Mai, das den Fragenkomplex für das ganze Reich einheitlich regelte und das Theater der Führung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda unterstellte. Das Theater sollte nicht mehr ins Belieben privater Personen oder Gruppen gestellt, sondern — bei Wahrung der künstlerischen Freiheit — als öffentliche Aufgabe im Dienst an Volk und Staat anzusehen sein.

Finanzielle Unterstützung

Wie sehr der Staat dieser Tatsache auch materiell Rechnung trägt, ergibt sich z. B. daraus, daß er (wie Dr. Goebbels am 31. Mai vor den Mitgliedern des Deutschen Bühnenvereins erklärte) einen Zuschuß von 12 Millionen im laufenden Haushaltsjahr bewilligte, während früher kein Reichsressort einen solchen Posten im Etat gekannt hatte.

Reichsverband „Deutsche Bühne"

Die aufbauende Theaterpolitik der Regierung fand ihre Ergänzung und Unterstützung durch die große Organisation der Theaterbesucher, den von Alfred Rosenberg gegründeten und von Dr. Stang geleiteten Reichsverband „Deutsche Bühne". Der Verband entwickelte sich zu einem tragenden Pfeiler des deutschen Kulturlebens und erfaßte den gesamten regelmäßigen Theaterbesuch.

Thingplätze

Am stärksten aber kam die Einheit von Kultur und Volk in der bereits eingangs erwähnten Schaffung von Thingstätten zum Ausdruck. Das gewaltige Gemeinschaftserlebnis der Nation sprengte die Fesseln des geschlossenen Raumes. Die großen Volksfeste des neuen Staates machten Himmel und Erde zum Rahmen; — das Freilichtspiel gewann eine früher nicht geahnte Bedeutung. Bereits am 22. und 23. Januar stellte die Tagung des Reichsbundes der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele, bei der Reichsdramaturg Dr. Schlösser sprach, in Aussicht, daß das Jahr 1934 eine Besucherzahl von 3 Millionen bringen werde (gegenüber 820000 im Jahre 1933). — Für den Bereich jeder Landesstelle des Reichspropagandaministeriums wurde eine „Spielgemeinschaft für nationale Festgestaltung" vorgesehen. — Die altgermanische Thingstätte feierte auf kultureller Grundlage ihre Auferstehung im neuen Deutschland. 400 Thingplätze im ganzen Reich wurden als Plan aufgestellt. Und der Arbeitsdienst ging an die Schaffung solcher Thingplätze — unter sinnvoller Einfügung in das Landschaftsbild. Am 19. Februar nahm der Gauleiter Jordan den ersten Spatenstich zu einem Thingplatz vor — auf den Brandbergen bei Halle. Der Thingplatz wurde am 1. Mai eingeweiht, gleichzeitig der Thingplatz bei Heringsdorf. In rascher Folge wurden weitere Thingplätze im ganzen Reich in Angriff genommen. Und am 6. Juni erlebte Deutschland die erste Aufführung auf einem Thingplatz (bei Halle). —

Reichsbund der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele

Spielgemeinschaften für nationale Festgestaltung

Das vom Ministerpräsidenten Pg. Göring in Berlin geschaffene „Theater der Jugend“ gestaltete gleichzeitig die Verbindung der deutschen Jugend zur deutschen Kultur, wobei erfreulicherweise die Volksschulen in der Besucherzahl mit an erster Stelle standen.

Theater der Jugend

Große Veranstaltungen — wie die am 16. Juli eröffneten Reichsfestspiele in Heidelberg und noch mehr die Erste Reichstheaterfestwoche in Dresden vom 27. Mai bis zum 3. Juni — gaben dem Verhältnis zwischen Staat und Theater repräsentativen Ausdruck. Der Führer verlieh der Reichstheaterfestwoche durch sein persönliches Erscheinen besonderes Gepräge. Und Reichsminister Dr. Goebbels sprach im Dresdener Opernhaus vor der Aufführung von „Tristan und Isolde“:

Reichsfestspiele in Heidelberg

Erste Reichstheaterfestwoche in Dresden

> „Das neue Reich erfüllt nur eine selbstverständliche Dankespflicht tief geneigter Ehrfurcht, wenn es in Richard Wagner seinem unsterblichen Genius huldigt.“

Es ist unmöglich, die Fülle der von der Reichstheaterkammer in Angriff genommenen und durchgeführten sachlichen Arbeit im einzelnen darzustellen.

Die Arbeit der Reichstheaterkammer

Das Ordnungsprinzip zog auch in das Theaterleben ein. Eine völlige Neuordnung des Bühnennachweises beseitigte das Agentenwesen und nahm die Vermittlung zwischen Bühnenleitern und darstellenden Künstlern in die Hand.

Hervorgehoben sei auch eine neuartige Aktion, die der Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser im Zusammenwirken mit dem Deutschlandsender durchführte und in deren Verlauf von 2500 geprüften dramatischen Arbeiten die wertvollsten regelmäßig in der Reihe „Wir suchen und finden“ der deutschen Oeffentlichkeit vorgestellt wurden.

Die Arbeit des Reichsdramaturgen

Entsprechend dem Reichsdramaturgen auf dem Gebiete des Theaters wurde am 2. Februar der Schriftleiter am „Angriff“, Pg. Willi Krause, als Reichsfilmdramaturg berufen — und machte am 6. Februar vor dem Deutschlandsender Ausführungen über seine Aufgaben, die im wesentlichen in der Beratung der Filmindustrie und in der Prüfung von Manuskripten und Drehbüchern besteht.

Reichsfilmdramaturg Krause

Und am 9. Februar folgte die erste Kundgebung der Reichsfachschaft Film im Reichstagssaal der Krolloper. Das Jahr 1933 hatte wichtige Voraussetzungen (Reichsfilmkammer, Filmkreditbank usw.) geschaffen, und es konnte jetzt ein Rückblick auf die positiven Auswirkungen ebenso getan werden, wie das vor uns liegende Ziel fester ins Auge gefaßt werden mußte. Reichsminister Dr. Goebbels gab dem in seiner Rede Ausdruck, in der er die aufsteigende Linie des deutschen Films feststellte. Er erwähnte auch die starke amtliche

Erste Kundgebung der Reichsfachschaft Film

Förderung in jeder Hinsicht, und betonte gleichzeitig, daß es außer in Deutschland auf der ganzen Welt keine Regierungen gebe, deren Führer und Kultusminister sagen könnten, daß sie im ersten Jahr ihrer Machtübernahme nahezu alle Filme gesehen hätten. — Wichtig sei es vor allem, daß die deutsche Filmproduktion nun endgültig lerne, daß der Grundton ihrer Arbeit nicht auf dem Verdienst, sondern auf dem Dienst liege. — Und der deutsche Film werde die Welt nicht dadurch erobern, daß er möglichst verwaschen und farblos sei, sondern wenn er unsere deutsche Wesensart, unsere Tugenden und Schwächen, das unsterbliche Deutschland zur lebendigen Darstellung bringe. —

Lichtspielgesetz

Der 16. Februar brachte das Lichtspielgesetz, das eine einheitliche Regelung aller einschlägigen Fragen (Aufgaben des Reichsfilmdramaturgen, Vorprüfung, Filmzensur, Jugendschutzbestimmungen usw.) in nationalsozialistischem Geiste einführte.

Fördernde Maßnahmen für den Film

Von den zahlreichen fördernden Maßnahmen für den Film seien erwähnt: Die Filmkreditbank erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen und finanzierte mit 8,5 Millionen RM. 62 Spielfilme und 68 Kulturfilme. — Ein Filmnachweis schuf dem Nachwuchs Entfaltungsmöglichkeiten. — Am 30. Januar wurde ein Reichsfilmarchiv geschaffen. — Das geschäftliche und künstlerische Gebaren der Lichtspieltheater wurde durch Regelung der Eintrittspreise, Unterbindung von Lichtspieltheaterneugründungen, Aenderung der Programmgestaltung usw. in geordnete und wertvollere Bahnen gelenkt. — Die „Akademie für Deutsches Recht", über die später noch zu sprechen sein wird, bildete einen Filmrechtsausschuß. — Diskussionsabende der Reichsfilmkammer über die Richtlinien der Filmproduktion und Werkabende der Filmschriftsteller (die von der Reichsfachschaft eingerichtet wurden) wirkten belebend und befruchtend.

Vor allem aber ist hervorzuheben, daß Pg. Dr. Goebbels zu wiederholten Malen die führenden Persönlichkeiten der Filmwirtschaft und Filmkunst bei sich versammelte und ihnen geistige Richtlinien gab, Kritik übte und positive Ziele herausstellte. —

Bilanz des deutschen Films

Bilanz des deutschen Films in einem Jahre: Eine kleine Zahl hervorragender Filmleistungen, geboren aus dem Geist der nationalsozialistischen Revolution; erwähnt seien: „Flüchtlinge" (am Nationalfeiertag mit dem „Nationalpreis für das beste Filmwerk des Jahres" ausgezeichnet), die erschütternden Zöberlein-Filme „Stoßtrupp 1917" und „Um das Menschenrecht" — und der bereits im 3. Abschnitt erwähnte Film „Ich für dich — du für mich". — Außerdem brachte das Jahr auch eine ganze Reihe nicht unmittelbar zeitgestaltender Filme, die aus dem leider üblichen Durchschnitts-

niveau hervorragten, wie z. B. „Maskerade", „Der Schimmelreiter", „Peer Gynt" und andere — nicht zu vergessen der Film „Krach um Jolanthe", der als erster Film der Spielzeit 1934/35 das höchste auszeichnende Prädikat „künstlerisch besonders wertvoll" erhielt. —

Und die Zweite Internationale Filmkunstausstellung in Venedig, die am 8. August eröffnet wurde, brachte den Beweis, daß die deutsche Filmleistung von höchstem Können und neuem Geist getragen ist. — Internationale Filmkunstausstellung in Venedig

Der nationalsozialistische Staat hatte es dabei nicht notwendig, die unbefriedigenden Ergebnisse der Durchschnittsproduktion zu verschweigen, die sich noch in den alten ausgefahrenen Geleisen bewegte. Und wenn es notwendig war, griff der Staat ein, ob es sich um ausländische oder inländische Produktion handelte. Ein Exempel statuierte der Reichspropagandaminister durch das Verbot von zwei Filmen, weil sie seichte und geschmacklose Machwerke waren. Diese offizielle Kampfansage der Regierung gegen den Kitsch war von Dr. Goebbels mit einer Begründung versehen, die so aufschlußreich ist, daß sie hier in wesentlichen Teilen wiedergegeben werden soll: Vorgehen des Reichspropagandaministers gegen geschmacklose Filme

„... Leider stehen Mühe und Arbeit der zuständigen Reichs- und Kammerstellen noch in keinem Verhältnis zu dem künstlerischen und kulturellen Wert der in der letzten Saison in Deutschland geschaffenen und vorgeführten Filme. Die Schuld daran trägt die Filmindustrie selbst, die zum größten Teil glaubt, die helfende Hand des Staates übersehen oder ausschlagen zu können, und statt dessen die alten ausgefahrenen Gleise der Filmherstellung weiterfährt. Daß bei einem solchen Verfahren keine künstlerisch oder kulturell wertvollen, ja nicht einmal geschmacklich einwandfreien Filme entstehen können, liegt auf der Hand. Denn wenn von seiten gewisser Kreise der deutsche Film trotz aller Anregungen und aller Hilfe der Behörden immer noch als seichtes Amüsiermittel erachtet wird, so erscheint es zwecklos, in solchen Fällen weiterhin ernstgemeinte Ratschläge zu geben, die doch nicht befolgt werden, sondern es muß vielmehr mit schärferen Mitteln eingegriffen werden.

Aus diesem Grunde hat sich der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda entschlossen, zwei der besonders krassen Fälle der letzten Zeit herauszusuchen und diese Filme zu verbieten. Beide Filme sind nicht verboten, weil sie gegen staatspolitische Interessen verstoßen, oder weil sie Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderlaufen, sondern weil sie seichte und geschmacklose Machwerke darstellen. In beiden Fällen ist mit vollkommen phantasielosen Mitteln verfahren worden, hat man die am Film tätigen künstlerischen Kräfte (Darsteller, Musiker usw.) mißbraucht, um geschmack-, niveau- und geistlose Verblödungsware herzustellen. Die Hersteller der Filme haben die Hilfe des vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda eingesetzten Reichsfilmdramaturgen nur zensurmäßig in Anspruch genommen, haben geglaubt, bei der späteren Arbeit im Atelier sich über seine Wünsche, Anregungen und fördernden Ratschläge einfach hinwegsetzen zu können, und so Ar-

beiten zustande gebracht, die zwar zu polizeilichen und zensurmäßigen Maßnahmen keinen Anlaß gaben, aber die stärksten geschmacklichen Bedenken hervorriefen, ja ein schreiendes Aergernis für den guten Geschmack eines jeden Volksgenossen darstellen.

Beide Filme sind verboten, um den Herstellern zu zeigen, daß die Regierung nicht gewillt ist, das Geschmacksniveau des deutschen Volkes von künstlerisch gewissenlosen Filmproduzenten gewaltsam herabdrücken zu lassen. Die Aufnahme beider Filme beim Publikum hat überdies gezeigt, daß ein sogenannter „Publikumsgeschmack" für derartige Machwerke längst nicht mehr vorhanden ist, daß das deutsche Volk auch vom Film etwas Besseres erwartet, als man ihm immer noch zu bieten wagt.

Von seiten der Filmindustriellen wird immer wieder der Einwand geltend gemacht, daß nur leichte Unterhaltungsfilme Exportmöglichkeiten böten. Das trifft nicht zu. Zwischen Unterhaltung und Blödelei ist ein großer Unterschied. Aber selbst wenn wir das voraussetzen, so liegt es im Interesse des neuen Deutschland, daß dann derartige Filme lieber nicht exportiert werden und ihre Herstellung damit unterbleibt, als daß das Ausland vom künstlerischen und kulturellen Willen des neuen Deutschland ein vollkommen schiefes und verzeichnetes Bild erhält. Der deutsche Kunst- und Kulturwille kann sich auch auf dem Gebiete des Films nicht nach den Bedürfnissen gewisser dünner Publikumsschichten, die überdies auch in der öffentlichen Meinung des Auslandes keinen Einfluß besitzen, dirigieren lassen. Er muß vielmehr dem Geschmacksniveau des deutschen Volkes entsprechen, das mit Recht stolz darauf sein kann, die größte Anzahl Genies auf dem Gebiete der Kunst unter seinen Söhnen gezählt zu haben..."

Erster deutscher Komponistentag

Erste Musikerversammlung

„Kunst muß zum Volk, Volk muß zur Kunst finden" — diese Worte gelten auch hier — Worte, die der Staatssekretär Funk dem ersten deutschen Komponistentag als Motto gegeben hatte. Aus der gleichen Zeit ist noch die erste Musikerversammlung zu erwähnen, der Richard Strauß das Gepräge gab, indem er als künftige Aufgabe umriß: Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Musikerschaft, Hilfe für die Ensemblemusiker, neue Lehrpläne für die Musikerzieher, Durchführung der Reformpläne auf dem Gebiet des Urheberrechts.

Erste Arbeitstagung der Reichsmusikkammer

Außerordentlicher Sängertag in Berlin

Der 24. Februar brachte die erste Arbeitstagung der Reichsmusikkammer, der 22. April den außerordentlichen Sängertag in Berlin, der insofern von Bedeutung war, als er eine neue Bundesführung wählte. Alfred Rosenberg sprach hier als Ehrenführer des Deutschen Sängerbundes und machte die kraftvolle Weiterentwicklung des deutschen Chorwesens von der Ueberwindung des Süßlich-Sentimentalen und Schwülstigen abhängig. Unsere Zeit sei einfach, schlicht und heroisch, ihr Lebensstil auch für die Sängerschaft bestimmend.

Zweite Arbeitstagung der Reichsmusikerschaft

Anfang Mai fand unter Leitung von Professor Havemann eine zweite Arbeitstagung der Reichsmusikerschaft statt, die sich im wesentlichen mit den Existenzfragen der Musiker befaßte.

Die im Jahre 1933 geschaffene Reichsmusikkammer regelte in einer

ganzen Reihe von Anordnungen das Musikleben (Mitgliedschaft, Verbot von Neugründungen, Privatunterricht usw.). Als besonders gesunde Maßnahme mußte das Verbot vom 7. Oktober angesprochen werden, weiterhin sich ausländische oder ausländisch klingende Namen zuzulegen an Stelle des bürgerlichen Namens. —

Arbeit der Reichsmusikkammer

Festliche Veranstaltungen legten Zeugnis ab von der seelischen Kraft deutscher Musik:

Bei der Grundsteinlegung zum Richard-Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig am 6. März sprach der Führer die Worte:

Grundsteinlegung zum Richard-Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig

„... die heutige deutsche Generation sucht nach jahrzehntelangem Irren, geläutert und erzogen durch grenzenloses Leid, wieder den Weg zu ihren eigenen großen Meistern. Sie will nichts mehr gemein haben mit jener undankbaren Zeit, da man nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich über den Wunsch und Willen eines der größten Söhne unseres Volkes zur Tagesordnung übergegangen war. Sie schöpft aus der ewigen Kraft unseres Volkes, indem sie wieder zu unseren besten Geistern strebt. So findet sie auch schon im zweiten Jahre der nationalen Erhebung den Weg hierher in diese Stadt, um durch mich als den Kanzler des Reiches am Tage der Grundsteinlegung dieses Denkmals erneut den tiefsten Dank der Nation dem unsterblichen Genius dieses ihres großen Sohnes zu Füßen zu legen..."

Das Wiesbadener Tonkünstlerfest vom 5. bis 9. Juni brachte neben Höhepunkten junger deutscher Tondichtung die Gründung des „Conceil Permanent pour la Cooperation Internationale des Compositeurs" (Ständiger Rat für die internationale Zusammenarbeit der Komponisten). Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Polens, der Schweiz und der Tschechoslowakei hießen einstimmig die Bestrebungen dieses Rates gut, der auf deutsche Anregung geschaffen worden war und sich den Schutz des Urheberrechts und den internationalen künstlerischen Austausch zum Ziel setzte. Zum Präsidenten wurde einstimmig Richard Strauß gewählt.

Wiesbadener Tonkünstlerfest

Künstlerischer Höhepunkt aber und Ausdruck der übermenschlichen Größe des germanischen Mythos waren die berühmten Bayreuther Festspiele vom 23. bis zum 31. Juli, zu denen auch diesmal der Führer erschien. Durch die Uebertragung des „Ringes der Nibelungen" durch die Reichssendeleitung zählte die gesamte zivilisierte Welt zu den Zuhörern.

Bayreuther Festspiele

In der Tat kann die Musik in hervorragendem Maße völkerverbindende Kräfte entfalten, und es sei bei dieser Gelegenheit an die Konzertreise des NS-Reichssinfonieorchesters und des Münchener Lehrergesangvereins in Ungarn im Sommer erinnert. —

Deutsche Konzertreise in Ungarn

Symptom des Gegensatzes zwischen liberalistisch-artistischer Welt-

Der Fall Hindemith

betrachtung des 19. Jahrhunderts und der totalen, revolutionären Weltanschauung des Nationalsozialismus — so formulierte es Alfred Rosenberg — wurde auf dem Gebiete der Musik gegen Jahresende der Streit um den atonalen Komponisten Hindemith. Gegenüber nationalsozialistischer Ablehnung setzte sich Furtwängler für Hindemith ein — und legte am 4. Dezember seine Aemter (als Vizepräsident der Reichsmusikkammer, Leiter des Berliner Philharmonischen Orchesters, Direktor der Berliner Staatsoper) nieder. So bedauerlich dieses Ereignis in Anbetracht der Wertschätzung sein mochte, die Furtwängler als Künstler genoß, so wenig war es dem Nationalsozialismus möglich, seine grundsätzliche Einstellung gegenüber der Musik Hindemiths zu ändern, die Reichsminister Dr. Goebbels am 6. Dezember bei seiner großen Jahresrückschau im Berliner Sportpalast in die Worte zusammenfaßte:

„Gewiß können wir es uns nicht leisten, angesichts der auf der ganzen Welt herrschenden unsäglichen Armut an wahrhaft produktiven Künstlern, auf einen echten deutschen Künstler zu verzichten, aber es soll dann eben ein wirklicher Künstler sein, kein atonaler Geräuschemacher."

Und daß der Staat eine seiner vornehmsten Pflichten darin sah, die deutsche Kunst zu fördern, hat er mehr als einmal unter Beweis gestellt.

Förderung der bildenden Kunst

Als Beispiel sei hier auch der Erlaß des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an die obersten Reichsbehörden und nachgeordneten Dienststellen angeführt, der ersuchte, bei allen öffentlichen Bauvorhaben Mittel für Werke der bildenden Kunst auszuwerfen. Mit dem gleichen Wunsche trat auch die Reichskammer der bildenden Künste an die Wirtschaft heran.

Arbeit der Reichskammer der bildenden Künste

Die Reichskammer der bildenden Künste machte es sich zur Aufgabe, den Kampf gegen das Pfuschertum und gegen die Kitschhändler zu führen, den volksfremden und bindungslosen Grundsatz „l'art pour l'art" zu überwinden und die Lebensbedingungen der Künstler zu bessern — nicht durch uferlose Steigerung von Ankäufen, sondern durch Stellung von Aufgaben.

In einer Reihe von Anordnungen regelte die Kammer das Wettbewerbswesen, die Fragen der Gebrauchswerbekunst, das Gebiet des Kunst- und Antiquitätenhandels — traf sie Berufsregelungen für Gebrauchsgraphiker, die Gartengestalter, die Architekten usw. Und die Entwicklung der deutschen bildenden Kunst soll erweisen, daß aus diesen scheinbar trockenen Anweisungen kräftiges Leben erblühen wird.

Gemäß den Worten des Führers vom 12. März beim Staatsakt in den Münchener Ausstellungshallen —

„Die Hauptstadt der Kunst und unserer Bewegung ist München und wird München bleiben" —

übernahm die Reichskammer der bildenden Künste am 3. April das **Münchener Künstlerhaus** für ihre repräsentativen Veranstaltungen. Gerade der Führer hat sich stets in hervorragender Weise um Leben und Belange der deutschen Kunst gekümmert, und seine eigene unerhörte künstlerische Gestaltungskraft ist in zahlreichen gewaltigen Bauschöpfungen zur Auswirkung gekommen. Es sei hier an die Bauten des Braunen Hauses, die Reichsautobahnen, das Haus der Deutschen Kunst, die Kongreßhalle in Nürnberg und das Olympiastadion in Berlin erinnert.

Was die Arbeitsschlacht in so beglückender Weise gezeigt hatte — die Tatsache, daß Deutschland erwacht war, wieder **lebte**, schuf, gestaltete — energiegeladen und zukunftsfreudig — das zeigte sich auf **allen** Gebieten. Und zahlreiche **Ausstellungen** legten Zeugnis ab von dieser Wirklichkeit, die wir dem Führer verdanken. Erwähnt sei hier nur die große Ausstellung „**Deutsches Volk — Deutsche Arbeit**", die Reichsminister Dr. Goebbels am 21. April als „hohes Lied auf den schöpferischen Genius deutschen Werktums und auf den Friedenswillen unseres Volkes" eröffnete. —

Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit"

Erste Arbeitstagung des Reichsverbandes Deutsche Presse

Auf dem Gebiete der **Presse** arbeitete die Reichspressekammer entsprechend den im Jahre 1933 geschaffenen Richtlinien — ebenso der „**Reichsverband Deutsche Presse**", der am 20. März seine **erste Arbeitstagung** unter Leitung seines Führers, Hauptschriftleiter Wilhelm Weiß, abhielt. Im April folgte eine **Führertagung** des Reichsverbandes, in deren Verlauf Pg. Dr. **Goebbels** am 19. April im Preußenhaus eine Rede hielt, in der er die grundlegenden Wandlungen in der Presse feststellte, aber auch die heutigen Mängel offen behandelte. Er erklärte, daß — wenn die Presse kein Gesicht habe — dies nicht daran liege, daß man es ihr etwa genommen hätte, sondern **daran, daß die kein Gesicht haben, die sie schreiben**. Es müsse allmählich junges Blut in die Presse kommen — Menschen, die im Geiste des Nationalsozialismus erzogen sind und ihn im Blut haben.

Dr. Goebbels kritisiert die Presse

Reichspressetagung der NSDAP

An diese Rede mit ihrem Appell „Mehr Mut!" erinnerte Dr. Goebbels bei der **Reichspressetagung der NSDAP**, die am 8. Mai begann, und stellte gleichzeitig fest, daß sich freilich mit der Kritik auch immer die Leistung verbinden müsse. Die Tagung, die vom Reichspressechef der NSDAP, Pg. Dr. **Dietrich**, eröffnet worden war — der hervorgehoben hatte, daß der Ruf „Die nationalsozialistische Presse an die Front!" auch heute noch gelte — gestaltete sich zu einem großen Erlebnis, als der Führer selbst in anderthalbstündiger Rede mit konzentrierter Kraft und tiefer Sachkenntnis alle Probleme des deutschen Zeitungswesens umriß. —

Erste Reichspressetagung

Die erste Reichspressetagung vom 16. und 17. November fand bereits eine fortgeschrittene Sachlage vor, die Pg. Weiß in die Worte kleidete: „Die deutsche Presse lebt!" Und Pg. Dr. Goebbels konnte erklären:

„Ich habe zu meiner Freude feststellen können, daß meine Mahnungen und Warnungen bei der deutschen Presse auf einen aufnahmebereiten Boden gefallen sind. Die Presse ist mit sich selbst ins Gericht gegangen, und jeder einzelne Schriftleiter hat sich selbst Rechenschaft darüber abgelegt, wo er stand und wo er zu stehen hatte."

Die deutsche Presse habe ein positives Verhältnis zur Regierung gefunden und ihre Mission erkannt, dem deutschen Volke Mut und Selbstvertrauen zu geben.

Der Rundfunk

Seine Mission in vollem Maße erfaßt hatte der Rundfunk. Das Jahr 1933 hatte die Rundfunkeinheit geschaffen; das neue Jahr sollte die Neugestaltung des Rundfunks bringen. Und wenn vom 4. bis zum 10. Februar in Zusammenarbeit mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" eine Konzentration der deutschen Sender auf den Leitsatz „Heute ist Feierabend" mit Erfolg durchgeführt werden konnte, die die Sendetätigkeit darauf einstellte, dem schaffenden Menschen Stunden der Erholung zu bereiten — wenn diese vorbildliche Sendeaktion durch den „Tag des Rundfunks" am 11. Februar ihren fröhlichen Faschingsabschluß fand, der nicht nur die Hörer am Lautsprecher oder zum Gemeinschaftsempfang an sechzehn Stellen Berlins vereinigte, sondern außerdem 25000 Volksgenossen in den großen Hallen dieses Volksfestes — so zeigte sich hier klar, daß der Rundfunk seine Aufgaben erkannt hatte und die notwendige unlösliche Verbundenheit mit dem gesamten Volke eingegangen war. Im Gegensatz zur überwundenen Korruptionsepoche schöpfte der Rundfunk jetzt seine Kraft aus der ständigen Fühlung mit dem schaffenden Volke. Pg. Horst Dreßler-Andreß sprach am 5. Februar zu Tausenden von Arbeitern des Leunawerkes und erklärte, daß der Rundfunk die natürlichen Rechte des Arbeiters vertrete, indem er die schöpferischen Kräfte aus unserem Volkstum heraushole und zu geistigem Leben erwecke. Reichssendeleiter Pg. Hadamovski sagte Anfang Mai zu 4000 Eislebener Bergarbeitern:

Tag des Rundfunks

„Heute kommt es darauf an, daß vor allem der deutsche Arbeiter, der Träger des Hammers, der Kultur des Dritten Reiches das bestimmende Gesicht gibt!"

Und im Juli unternahm Pg. Hadamovski eine Kundgebungsreise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet und sprach vor vielen Zehntausenden in Münster, Aachen, Elberfeld, Düsseldorf über die sozialistische Mission des Rundfunks.

Technische Fortschritte

Gewaltige Fortschritte auf technischem Gebiet vervollkommneten

das Bild kraftvoller Entwicklung, das der Rundfunk bot. Verstärkungen deutscher Sender und Erneuerungsarbeiten kamen zur Durchführung. Die Eröffnung des Afrika-Richtstrahlers (1. Februar), des Asien-Richtstrahlers (3. Februar) und des Südamerika-Richtstrahlers (5. Februar) zeigte die aufsteigende Linie und diente ebensosehr der Verbundenheit mit den Volksgenossen im Ausland wie dem Verständnis anderer Völker für Deutschland.

Deutsch-polnisches Rundfunkabkommen

Der Völkerverständigung diente auch das Deutsch-polnische Rundfunkabkommen (13. Oktober), das den Programmaustausch zwischen beiden Ländern erweiterte. —

Programmgestaltung

Um das Fachdenken als liberalistisches Ueberbleibsel endgültig auszuschalten und dafür Sorge zu tragen, daß jede Sendung unterhaltend, aktuell, künstlerisch formvollendet und in ihrer Grundhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechend ist, wurden die Programmabteilungen sämtlicher Reichssender in diesem Geiste umorganisiert. Am 16. Januar stellte Reichsminister Dr. Goebbels 1000000 RM. zur Verfügung, die ausschließlich der Verbesserung der Rundfunkprogramme und der Hebung der wirtschaftlichen Lage der freien Künstlerschaft diente. Von der politischen Seite her wurde der Rundfunk durch die politischen Kurzberichte belebt. Der Musik als dem großen Magneten des Rundfunks wurde besondere Sorgfalt gewidmet — so in den Meisterkonzerten. Sendungen wie die des Berliner Reichssenders „Wir singen und musizieren", in der Hausmusik und Volksliedsingen gepflegt wurden, dienten der Aktivierung der Hörerschaft.

Wettbewerb der besten Rundfunksprecher

Ein Wettbewerb der besten Rundfunksprecher ermittelte in über 1000 Veranstaltungen aus 15000 Bewerbern einen 19jährigen Pressewart der HJ, einen 20jährigen Oberprimaner, einen jungen Angestellten, einen 33jährigen Schauspieler und einen Automechaniker als die fünf Sieger dieses Wettbewerbs, der ein Beweis der Popularität des Rundfunks und ein Sieg der Jugendkraft des Volkes war.

Schulung für den Rundfunk

Das Problem der Heranziehung junger Kräfte wurde außerdem durch systematische Schulung in Angriff genommen. (Als Beispiel sei die vom Berliner Gaupropagandaleiter Pg. Schulze-Wechsungen geschaffene Deutsche Funkschule in Tempelhof erwähnt, die am 13. Juni eröffnet wurde.) Auch die Funkwarte der Partei wurden planmäßig geschult (z. B. in einem Schulungslager bei der Funkausstellung), und am 3. Dezember konnte die Reichsrundfunkschule der Hitlerjugend mit vierzehntägigen Lehrgängen eröffnet werden. —

11. Funkausstellung

Bei einer solch zielbewußten Arbeit auf dem Gebiete des Rundfunks mußte die am 17. August eröffnete „11. Funkausstellung"

in Berlin zu einem zentralen Ereignis des deutschen Funklebens werden. Dr. Goebbels eröffnete die Ausstellung und stellte die Leistung des „Volksempfängers" in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Die Schaffung des Volksempfängers habe die Werbung nationalsozialistischer Organisationen für den Rundfunk wesentlich unterstützt. Dr. Goebbels teilte folgende aufschlußreiche Zahlen mit:

> Die Rundfunkhörerzahl stieg von 4300000 (1. 1. 1933) auf 5360000. Ueber 700000 Volksempfänger wurden in einem Jahr fabriziert. Trotz des erheblichen Rückganges der Arbeitslosigkeit ist infolge weitherziger Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Betrag an Gebührenbefreiungen von 6,6 Millionen RM. (1931/32) auf 12 Millionen RM. (1934) gestiegen. Die Zahl der Sendestunden ist gegenüber 1932 um 20 Prozent gestiegen und wird bis Ende 1934 insgesamt um 40 Prozent steigen.

Wenige Tage später konnte mitgeteilt werden, daß der Volksempfänger die Auflagezahl von einer Million erreicht hatte. —

Die Kultur und Volk verbindende Kraft des Nationalsozialismus zeigte sich deutlich auch in seinem Einsatz für das deutsche Schrifttum. Die Arbeit der „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums" (siehe Band 1933, Seite 87) wurde immer umfangreicher. Gab sie im Jahre 1933 über 2000 Bücher ihr Gutachten ab, so waren es 1934 bereits 10000. Das Ergebnis dieser gewaltigen und erfolgreichen Arbeit wurde zur Unterstützung des Schrifttums veröffentlicht. Außerdem gab die Reichsstelle ein „Verzeichnis der ersten hundert Bücher für nationalsozialistische Büchereien" heraus.

Arbeit der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums

Von wesentlicher Bedeutung vor allem wurde auch die Werbeaktion „Die sechs Bücher des Monats", die vom Juni an einsetzte, und die von der (dem Reichspropagandaministerium unterstehenden) Schrifttumsstelle durchgeführt wurde.

Schrifttumsstelle

Auf der anderen Seite war es freilich dringend notwendig, eine gewisse Art von Literaturproduktion einzudämmen: Die Flut von Konjunkturschreibereien, die das Gemeinschaftserlebnis des Jahres 1933 mißbrauchten und ohne Sachkenntnis und mit noch weniger nationalsozialistischem Geist den Nationalsozialismus, die NSDAP, den neuen Staat, die nationalsozialistische Revolution usw. „beschrieben". Eine Unsumme von Kitsch, Reaktion und Geistlosigkeit sollte hier auf Kosten des Publikums „auf den Markt geworfen" werden. Die „Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums", die vom Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, am 16. April geschaffen wurde, brachte hier die unumgänglich notwendige Abhilfe. Pg. Heß erließ damals eine Verfügung, in der es hieß:

Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums

„In letzter Zeit sind in steigendem Maße von den verschiedensten Verlagen Bücher und Schriften herausgegeben worden, die sich in der Behandlung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und allgemein weltanschaulicher Probleme, sowie in historischen, insbesondere biographischen Darstellungen führender Persönlichkeiten der NSDAP mit dem Wesen und den Zielen der nationalsozialistischen Bewegung befassen. Obwohl diese Bücher zu einem nicht unwesentlichen Teil ohne die erforderliche Sachkenntnis geschrieben sind und die Probleme und Stoffe unvollständig und unzulänglich oder auch aus nichtnationalsozialistischen Gedankengängen heraus entstellt behandeln, werden sie auf Grund ihres Titels und ihrer Aufmachung in der Oeffentlichkeit unterschiedslos als ernsthafte Beiträge zur nationalsozialistischen Literatur gewertet. Sie sind damit geeignet, ein gänzlich falsches Bild von der Entwicklung und Zielsetzung der Bewegung dem Volke zu vermitteln.

Die NSDAP hat das souveräne Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß das nationalsozialistische Ideengut nicht von Unberufenen verfälscht und in einer die breite Oeffentlichkeit irreführenden Weise geschäftlich ausgewertet wird.

Ich verfüge daher folgendes:

Mit dem heutigen Tage wird eine amtliche „Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums“ gebildet, zu deren Vorsitzenden ich den Pg. Reichsleiter Ph. Bouhler ernenne.

Die Kommission ... hat die Aufgabe, alle einschlägigen Bücher und Schriften zu prüfen. Bücher des bezeichneten Inhalts dürfen nur dann im Titel, in der Aufmachung, in Verlagsanzeigen oder auch in der Darstellung selbst als nationalsozialistisch ausgegeben werden, wenn sie der Prüfungskommission vorgelegen haben und deren Unbedenklichkeitsvermerk tragen ...“

Der Vorsitzende dieser Parteiamtlichen Prüfungskommission, Reichsleiter Pg. Bouhler, erließ die notwendigen Ausführungsbestimmungen. —

Woche des deutschen Buches

Vom 4. bis zum 11. November wurde die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf sein Schrifttum gelenkt durch die „Woche des deutschen Buches“. Und was im früheren Deutschland auch der kühnste Träumer nicht zu hoffen gewagt hätte: Bei einer großen Kundgebung für das deutsche Buch am 5. November war der Berliner Sportpalast überfüllt. Dr. Goebbels warb für das deutsche Schrifttum.

Buchausstellung „Das ewige Deutschland“

„Trotz Film und Rundfunk aber wird das deutsche Buch wieder lebendige Kräfte freimachen als Niederschlag der deutschen Seele. Das Buch ist mehr als Buchstabe. Es liegt darin niedergelegt alle Sehnsucht der Jahrhunderte, es ist Ausgang großer politischer Umwälzungen und Revolutionen, es lebt darin die Sehnsucht deutscher Geschichte vieler Jahrhunderte, es ist nicht entsprungen aus der Beschaulichkeit, sondern es ist Zeuge der großen Kämpfe des Abendlandes —“

sagte Alfred Rosenberg am 23. November in seiner Eröffnungsansprache zur Buchausstellung „Das ewige Deutschland“ in Berlin, die von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums in engster Zusammenarbeit mit der Preußischen Staatsbibliothek

geschaffen worden war und einen ehrfurchtgebietenden Ueberblick über das wesentliche deutsche Schrifttum aus fünfzehn Jahrhunderten vermittelte. —

Arbeit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"

Die Organisation, die in weitestem Umfange Kulturgüter an unzählige Volksgenossen vermittelte, war die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (siehe Band 1933, Seite 336). Sie entwickelte sich im Laufe des Jahres in derartigem Tempo und Ausmaß, daß sie aus dem deutschen Gesamtleben, besonders aber aus dem Leben des Arbeiters und Angestellten, einfach nicht mehr weggedacht werden kann. Der Arbeiter ist durch sie zu einem vollwertigen Teilhaber am geistigen Leben der Nation geworden. Hunderttausende lernten durch sie zu denkbar billigsten Preisen die Schönheiten unseres gesegneten Vaterlandes kennen. Von der Fülle der geleisteten Arbeit zeugt die Tatsache, daß allein im Gau Groß-Berlin in den ersten zwölf Monaten der Gesamtumsatz für Reisen, Eintrittskarten usw. rund 3½ Millionen RM. betrug. Von einem eigenen Führerdienst wurden in Berlin 130000 Menschen geführt. Die Abteilung für Ausbildung und Schulung hielt mit 122 Lehrern während des Halbjahres (April bis September) für 3500 Teilnehmer Kurse über Deutsch, Englisch, Französisch, kaufmännisches Rechnen, Kurzschrift, Erdkunde, Geopolitik und Geschichte mit insgesamt 4426 Unterrichtsstunden ab. Für das darauffolgende Halbjahr (Oktober bis März 1935) betrug die Zahl der Neuanmeldungen bereits über 7000. Das Sportamt zählte 35000 Berliner als Teilnehmer an den Sportkursen. An 2000 Volksgenossen wurde von der Abteilung „Siedlung und Selbsthilfe" Rat und Aufklärung erteilt.

Das Kulturamt meldete sich vor der breiten Oeffentlichkeit mit einem Preisausschreiben, bei dem je 5000 RM. für die beste Lösung folgender Aufgaben ausgeworfen wurden: 1. Entwurf für ein „Haus der Arbeit", 2. Entwurf eines Wandbildes oder Mosaiks, 3. ein Massenschauspiel, 4. ein Chorwerk — alle im Grundgedanken „Ehre der Arbeit!"

Theater des Volkes

Dieser ersten kulturfördernden Tat von größter Auswirkung folgte im März die Uebernahme des ehemaligen „Großen Schauspielhauses" als „Theater des Volkes", das am 14. März eröffnet wurde und seitdem zu den repräsentativsten Theatern Deutschlands zählt. Das Band zwischen Arbeitervolk und Theaterkultur wurde am 14. April noch enger geschlungen durch ein Abkommen zwischen dem Reichsverband „Deutsche Bühne" und der Organisationsleitung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude". Eine ganz neue Form der Verbindung von Volk und Theater schuf die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" durch den ersten Theaterzug der Welt, der am

17. November in Schlüchtern seine künstlerische Premiere unter vollem Beifall des Publikums fand.

Der Verbindung von Arbeitsfront und Rundfunk bei der Feierabendgestaltung haben wir bereits Erwähnung getan. Die produktive Wechselwirkung zwischen beiden wurde bestätigt und verstärkt durch die Ernennung des Ministerialrats Pg. Horst Dreßler-Andreß zum Amtsleiter des Amtes „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront unter gleichzeitiger Berufung in den „Kleinen Arbeitskonvent“.

Lassen wir nochmals einige Berliner Zahlen über den praktischen Kulturdienst der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ sprechen:

> Rund 150000 Volksgenossen besichtigten durch sie die Berliner Ausstellungen zu einem bis zu 50 Prozent verbilligten Eintrittspreis; rund 700000 Berliner besuchten durch sie Theater und Konzerte. Allein das „Theater des Volkes“ konnte 500000 Besucher in seinen Hallen begrüßen. Rund 70000 Berliner besuchten die Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums und der Volkskunst. Etwa 25000 Volksgenossen nahmen an eigenen Filmveranstaltungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ teil.

Zu einem Erlebnis gestaltete sich die Jahresfeier der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ am 27. November in der Montagehalle für Großmaschinenbau der AEG. Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley feierten das geleistete Werk, das kein Vorbild in allen Arbeiterorganisationen der Welt habe, als ein Zeugnis des Sozialismus der Tat, des deutschen Friedenswillens und der lebendigen Volksgemeinschaft. Pg. Ley teilte noch einige interessante Zahlen mit:

> 2168032 Arbeiter wurden auf Reisen geschickt, davon 1¾ Million auf Urlaubsreisen von 7 bis 10 Tagen. Von sämtlichen Sportämtern wurden 8500 Sportkurse mit etwa 70000 Unterrichtsstunden und 450000 Besuchern abgehalten. Das „Amt für Schönheit der Arbeit“ bearbeitete 4139 Betriebe. In 50 v. H. konnten sofortige Verbesserungen veranlaßt werden.

NS-Kulturgemeinde

Um eine planmäßige und einheitliche Erziehung aller regelmäßig am Kulturleben teilnehmenden Volksgenossen im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung durchführen zu können, verfügte Alfred Rosenberg am 6. Juni den Zusammenschluß des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ (siehe Band 1933, Seite 68) mit dem weiter oben schon behandelten Reichsverband „Deutsche Bühne“ zur „Nationalsozialistischen Kulturgemeinde“, die körperschaftlich auch der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ beitrat. Die erste Reichstagung der NS-Kulturgemeinde, zu deren Leiter Pg. Dr. Stang bestellt worden war, fand im Juli in Eisenach statt. — Der Aufschwung war ungeheuer. (Gegenüber 300000 übernommenen Mit-

gliedern zählte die NS-Kulturgemeinde beim Jahresende bereits 1,5 Millionen in 2000 Ortsgruppen.) Ihre Abteilungen für Theater, Film, Musik und bildende Kunst leisteten wesentliche kulturelle Aufbauarbeit. Und wohl der größte Gewinn war das Eindringen in bisher dem Kulturleben ferner stehende Volksschichten.

Zu fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit im Dienste einer deutschen Volkskultur vereinigten sich mit der NS-Kulturgemeinde nicht nur die Behörden, sondern auch alle großen Organisationen.

(Z. B. NS-Lehrerbund, Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Reichsbund Deutscher Beamten, NS-Studentenbund, Deutsche Studentenschaft, Studentenwerk, Verein Deutscher Ingenieure, NS-Bund Deutscher Techniker, Reichskriegerbund „Kyffhäuser", NSKOV, NS-Aerztebund, VDA usw. — ebenso Reichswehr, Polizei und Arbeitsdienst.)

In immer breiterem Strome erfaßte das Kulturleben die gesamte Nation.

Saar und Memel, Abrüstung und Kriegshetze

Wenige Tage vor der Schaffung dieses einzigartigen kulturellen Instrumentes der Nation, der NS-Kulturgemeinde, war ein erfreuliches außenpolitisches Geschehnis zu verzeichnen gewesen: Am 1. Juni wurde der Saarabstimmungstermin auf den 13. Januar 1935 festgesetzt. Bis es allerdings soweit gekommen war, hatten noch mehrere Verhandlungen stattfinden müssen. Und wenn wir den außenpolitischen Faden vom Ende des ersten Abschnitts unseres Buches wiederaufnehmen wollen, dann gestaltete sich die außenpolitische Entwicklung folgendermaßen:

Eden in Berlin

Am 19. Februar, 23.58 Uhr, traf der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lordsiegelbewahrer **Eden**, in Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, ein. Beauftragt mit der **Fortsetzung der Abrüstungsgespräche**, von Paris — der ersten Station seiner diplomatischen Rundreise — mit gemischten Gefühlen verabschiedet, von Deutschland als kluger Vermittler herzlich empfangen — so trat Anthony Eden in die Berliner Verhandlungen mit dem Führer, mit Freiherrn von **Neurath** und Reichswehrminister von **Blomberg** ein. In diesen Verhandlungen, die sich über drei Tage erstreckten, zeigte sich bald, daß der englische Makler mit leeren Händen aus Paris gekommen war. Während sowohl der englische Plan vom 29. Januar als auch der Mussolini-Plan durchaus mit den deutschen Vorschlägen in Einklang zu bringen waren und zur Verhandlungsbasis geeignet schienen, nahm die französische Regierung eine rein

negative Haltung ein. Auch Eden hat auf seiner Informationsreise, die ihn über Rom wieder nach Paris führte, feststellen müssen, daß der Zeitpunkt für eine allgemeine und gleiche Abrüstung noch nicht gekommen war. Trotzdem hat die persönliche Fühlungnahme Edens mit der Reichsregierung nicht unwesentlich zur Klärung der internationalen Lage beitragen. Das geht auch aus dem amtlichen Kommuniqué vom 22. Februar hervor:

„Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem Lordsiegelbewahrer, Herrn Eden, über die Abrüstungsfrage, gelangten heute zum Abschluß. Herr Eden hatte während seines Aufenthalts in Berlin zwei längere Besprechungen mit dem Reichskanzler, sowie verschiedene Unterhaltungen mit dem Reichsaußenminister.

Die Besprechungen wurden in einem freimütigen und freundschaftlichen Geiste geführt und zeigten, daß beide Regierungen den Wunsch haben, sobald als möglich zu einer allgemeinen Verständigung über die Abrüstungsfrage zu gelangen. Obwohl die Unterhaltungen eine endgültige Vereinbarung über den Inhalt einer Abrüstungskonvention nicht zum Gegenstand hatten, führte die gemeinsame eingehende Prüfung der Frage dazu, daß jede der beiden Parteien den Standpunkt der anderen durchaus versteht.

Es wurde beiderseits der Eindruck gewonnen, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß einer Abrüstungskonvention noch entgegenstellen, Fortschritte gemacht worden sind.“ —

Da bei den Großmächten keine sonderliche Neigung nach radikaler Abrüstung bestand, mußte Deutschland zu seinem Schutze Verteidigungswaffen fordern. Besonders kraß war die Ohnmacht, mit der es jedem Luftangriff ausgesetzt war. In einer Unterredung mit Ward Price, dem bekannten englischen Journalisten, kam Luftfahrtminister Göring auf diese brennende Frage zu sprechen. Er erklärte u. a.:

Göring-Interview mit Ward Price

„. . . Wir haben keine Militärflugzeuge und auch keine Flugzeugabwehrgeschütze. Diese Tatsache macht die Reichswehr und die kleine deutsche Küstenverteidigungsflotte so gut wie zwecklos. Denn wenn es einem unserer Nachbarn einfiele, uns anzugreifen, so könnten seine Flugzeuge unsere Bevölkerung vernichten und unser Gebiet zerstören, ohne daß er einen einzigen Soldaten über die Grenze schickt. Aus diesem Grunde verlange ich eine defensive Luftstreitmacht, die aus Kampfflugzeugen besteht, und eine angemessene Ausrüstung mit Flugzeugabwehrgeschützen. . .

Alte Typen eingeschlossen besitzt Deutschland jetzt rund 300 Zivilflugzeuge. Der Gedanke, daß sie für einen Angriff auf ein anderes Land benutzt werden könnten, das eine Luftstreitmacht besitzt, ist absurd. Vor allem kann ein Zivilflugzeug nicht schnell genug aufsteigen. Man kann einen Kraftwagen für militärische Zwecke geeignet machen, wenn man ein Maschinengewehr hineinstellt. Aber ein solcher Kraftwagen würde gegen einen regulären Panzerwagen nichts ausrichten können. Dasselbe gilt auch von den Flugzeugen. . .“

Zur Kriegsfrage bemerkte General Göring:

„Ich hoffe, es sind noch genug Menschen am Leben, die sich an den letzten Krieg erinnern und sich klarmachen, daß ein neuer Krieg, wo er

auch beginnen würde, sich ausbreiten würde, bis die europäische Zivilisation in einem allgemeinen Blutbade zugrunde ginge.“ —

Vorgehen gegen das Verbot der deutschen Flaggen in der Tschechei

Nach vielen Seiten mußte das neue Reich seine Ehre verteidigen. So gegen die dauernde Diskriminierung seiner Flaggen in der Tschechoslowakei durch ein entsprechendes Verbot der tschechoslowakischen Flaggen und Abzeichen in Deutschland (24. Februar). —

Polnische Minderheitenpolitik

Trotz des Deutsch-polnischen Verständigungspaktes vom 26. Januar hatte sich zunächst an der deutschfeindlichen Minderheitenpolitik der Polen in Ostoberschlesien, in Posen, im Korridor, in Mittel- und Ostpolen nichts geändert. Angesichts des am 24. Februar in Warschau zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem deutschen Gesandten von Moltke vorgenommenen Austausches der Ratifikations-Urkunden der Verständigungserklärung vom 26. Januar war das ein wenig erfreulicher Auftakt. Und wenn Beck bei dieser Gelegenheit äußerte: „Ich bin überzeugt, daß wir nunmehr eine bessere Epoche in den Beziehungen zu Deutschland beginnen“, so konnte man nur hoffen, daß der gute Wille zur Tat werden möchte. Optimisten erblickten in dem Kattowitzer Volksbundjugendprozeß, der an einem Tage (26. Februar) seine Erledigung fand und mit verhältnismäßig milden Urteilen endete, ein erstes Zeichen der Entspannung. Reale Bedeutung kam in jedem Falle dem bald darauf geschlossenen deutsch-polnischen Wirtschaftsfrieden zu, der an anderer Stelle näher behandelt wurde. —

Aus der Zahl der außenpolitischen Probleme, an deren Lösung in erster Linie Deutschland interessiert war, ragen zwei heraus: Die Rückgliederung des Saargebiets und die Aufrechterhaltung des Memelstatuts. Beide Probleme durchlaufen gleichmäßig das ganze Jahr, und die öffentliche Meinung verfolgte ihre zahlreichen Etappen mit wachsender Teilnahme. Die ständige Verletzung des Memelstatuts durch Litauen dauerte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Die Welle der Verfolgung, Entrechtung, Unterdrückung des memelländischen Deutschtums hatte Ende 1933 neu begonnen, sie wuchs im neuen Jahre lawinenhaft an. Wir wollen die wichtigsten Ereignisse, d. h. die krassesten Ungerechtigkeiten dieser traurigen Entwicklung in unserem Jahresrückblick festhalten:

Die litauischen Verletzungen des Memelstatuts

Nachdem am 9. Februar eine große Aktion gegen die Sozialistische Volksgemeinschaft und ihre Führer unternommen worden war, wies einen Tag später das Memeler Postamt darauf hin, daß alle Postsendungen litauische Ortsbezeichnungen zu tragen hätten, mindestens aber die litauische vor der in Klammern angegebenen deutschen zu stehen hätte. (Das Memelstatut vom 14. März

bestimmte die Gleichberechtigung von deutsch und litauisch als Amtssprache.)

Am 22. Februar meldete die Litauische Telegraphenagentur:

> „Der Untersuchungsrichter hat mit Wirkung vom 22. Februar **den beiden deutschen Parteien** im Memelgebiet, der Sozialistischen Volksgemeinschaft und der Christlich-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft **jede weitere Tätigkeit untersagt**, und zwar mit der Begründung, daß die beiden Parteien das Ziel verfolgten, das Memelgebiet Litauen auf dem Wege eines bewaffneten Aufstandes zu entreißen."

Verbot der deutschen Parteien im Memelgebiet

Das am 8. Februar in Kraft getretene litauische **„Gesetz zum Schutz von Volk und Staat"**, das sich „auch" auf das Memelgebiet erstreckte, bildete die sogenannte „gesetzliche" Grundlage für die Terrorisierung der deutschen Memelländer. Indem die Zentralregierung eine ihr nicht zustehende, eigenmächtige Regelung des Strafrechts und des Strafprozesses vornahm, schuf sie den juristischen Schein für ihr Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung, z. B. das Verbot der deutschen Parteien. Gegen dieses Gesetz zum Schutz von Volk und Staat **erhob der deutsche Gesandte in Kowno bei der litauischen Regierung am 23. Februar Einspruch.** Das hinderte aber nicht, daß der litauische Justizminister bald darauf bestimmte, daß die Entscheidung in Strafsachen wegen Vergehens gegen die Militärdienstpflicht im Memelgebiet den dortigen Gerichten zu entziehen und den benachbarten litauischen Gerichten zu übertragen sei. — Immer unverhüllter machten die litauischen Machthaber ihre Wünsche nach politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher, kultureller Alleinherrschaft im Memelgebiet geltend. Die ungesetzliche Propaganda machte dabei vor keinem Mittel halt. So zwang z. B. Anfang März die Memeler Postdirektion ihre Beamten, deutschen Zeitungen bei der Verteilung Aufrufe des **„Komitees der allitauischen Verbände"** beizulegen — **ein unerhörter Mißbrauch der Amtsgewalt!** Daß die Verschärfung der Gegensätze von Kowno aus bewußt gefördert wurde, zeigte die vorgenommene Entfernung zahlreicher gemäßigter litauischer Beamter durch „zuverlässigere", d. h. im deutsch-feindlichen Sinne aktivere.

Litauisches „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat"

Deutscher Einspruch in Kowno

Der Memelländische Landtag erkannte den systematischen Versuch Litauens, die feierlich zugesicherte Memelautonomie zu vernichten. Er forderte als Gegenmaßnahme gegen das litauische „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat" die Schaffung eines memelländischen Sonderschutzgesetzes. Aber was halfen alle Forderungen der Mehrheitsparteien, wenn der beschließende memelländische Landtag praktisch kaltgestellt wurde? — Der Präsident des Memel-Direktoriums, Dr. **Schreiber**, versah sein Amt als Wahrer und Repräsentant der

Protest des memelländischen Landtags

von England, Frankreich, Italien und Japan garantierten Autonomie in völlig loyaler Weise. Seine positive Stellung zum litauischen Staat spricht aus den Schlußworten einer Landtagsrede, die sich mit der Ungesetzlichkeit des erwähnten Staatsschutzgesetzes beschäftigte. Dr. Schreiber erklärte:

„. . . Ich kann nicht nur für meine Person, sondern für weite Kreise des Memelgebietes sprechen, wenn ich erkläre, daß der Herr Staatspräsident im Memelgebiet in viel größerem Umfange Achtung und Verehrung genießt, als das aus mancherlei Gründen zum Ausdruck kommt." —

Am 20. März wurde an Dr. Schreiber das Ansinnen gestellt, 29 Beamte vom Dienst zu suspendieren, da gegen sie oder gegen Mitglieder politischer Organisationen, denen sie angehört haben, Strafverfahren eingeleitet worden seien. Schon vorher hatte der Gouverneur des Memelgebietes, Navakas, den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß 21 Beamte der Landespolizei einer Organisation angehörten, die Vorbereitungen getroffen hätte, um Litauen gewaltsam einen Gebietsteil zu entreißen. Um die Korrektheit der beschuldigten Beamten zu beweisen, leitete Dr. Schreiber sofort ein Disziplinarverfahren ein. —

Litauische Antwort auf den deutschen Einspruch

Auf die Protestnote, die der deutsche Gesandte am 23. Februar in Kowno überreicht hatte, antwortete die litauische Regierung am 21. März ihrerseits mit einer Note an die Reichsregierung. Sie stellt darin nicht nur den offensichtlichen Generalangriff gegen die Memelautonomie, den das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat" verkörpert, in Abrede, sondern dreht auch noch den Spieß um, beschwert sich unverblümt über eine angebliche deutsche Propaganda gegen die territoriale Integrität des litauischen Staates. Am 12. April nahm Litauen dann insofern eine Beschränkung des Grenzverkehrs mit Deutschland vor, als der Untersuchungsrichter, der die Vernehmungen in Sachen der verbotenen memeldeutschen Parteien (Sozialistische Volksgemeinschaft und Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft) leitete, anordnete, daß den Mitgliedern dieser Parteien die Grenzübertrittsscheine abgenommen würden. — Der Kriegszustand schien im Memelland eine dauernde Einrichtung zu werden.

Saargebiet

Während die offene Wunde im Nordosten für absehbare Zeit keine Hoffnung auf Heilung oder wenigstens Besserung aufkommen ließ, harrte das schwergeprüfte deutsche Volk an der Saar voll gläubigen Vertrauens auf den nahen Tag der Befreiung. Noch ein Jahr galt es Disziplin zu halten. Dann war die Zeit fünfzehnjähriger materieller und kultureller Bedrückung überstanden. Vertragsgemäß

mußte 1935 die Abstimmung über das weitere Schicksal des Saargebietes entscheiden. Sie konnte nur bedeuten: Heimkehr ins Reich. Diese Volksabstimmung vorzubereiten und schließlich reibungslos durchzuführen, war Aufgabe des Völkerbundes. In den drei Sitzungen am 15. und 16. Februar konnte der Saarausschuß in Genf noch keinerlei Klärung über deren technische Durchführung erzielen. Der Präsident der Regierungskommission Knox trat für eine Besetzung des Saargebietes mit internationalen Polizeitruppen ein -- angesichts der vorbildlichen Haltung des Saarvolkes eine überflüssige Forderung. Auch über diese Frage wurde in Genf noch nicht entschieden.

Sitzungen des Saarausschusses in Genf

Die unglückliche Hand, die Knox während seiner Amtsperiode fast immer bewiesen hatte, zeigte sich besonders wieder bei seiner Polizeiverordnung vom 15. Februar, die die Aufnahme politischer Flüchtlinge ins Saargebiet regelt. Im Gegensatz zu den sonst geltenden scharfen Einreisebestimmungen billigt sie den deutschen Emigranten — um die es sich dabei ja praktisch handelt — eine bevorzugte Behandlung zu.

Präsident Knox bevorzugt Emigranten

Am 20. Februar fand der Röchling-Prozeß, der im Vorjahre soviel „peinlichen" Staub aufgewirbelt hatte (siehe Band 1933, Seite 312), seinen endgültigen Abschluß. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde vom Obersten Gerichtshof verworfen. Es blieb das unwidersprochen, was den Prozeß zum politischen Tribunal und den Hauptangeklagten, Kommerzienrat Röchling, zum Kläger werden ließ: Der Vorwurf eines unberechtigten Druckes von seiten der französischen Bergwerksverwaltung auf ihr Personal bezüglich der Domanialschulen.

Der Oberste Gerichtshof verwirft die Berufung der Staatsanwaltschaft im Röchling-Prozeß

Während die Regierungskommission es der deutschen Bevölkerung schwer machte, an die absolute Neutralität dieser Institution zu glauben, stellte die wahre Bluts- und Schicksalsgemeinschaft der Saardeutschen alles Kleinliche und Trennende zurück: Mit dem 1. März gingen alle Parteien in der „Deutschen Front" auf. Die große, einige, wirkliche Front des ganzen Saardeutschtums war geschaffen. Der neue Landesleiter Pirro veröffentlichte folgenden Aufruf:

Sämtliche Parteien des Saargebiets gehen in der „Deuschen Front" auf

> „Deutsche Männer und Frauen! Mit dem heutigen Tage geht der Wunsch in Erfüllung, dessen Verwirklichung wir Saarländer ausnahmslos ersehnten. Es ist Schluß mit allem Parteihader. Wir haben die große Pflicht und Ehre, der Welt zu sagen, was in der Stunde des Gebotes es heißt: Deutscher zu sein. Am heutigen Tage schließen wir ein Bruderbündnis.
>
> Der Katholik geht in die katholische Kirche, der Protestant in die seine — aber beide sprechen das gleiche Gebet: unser Deutschland. Der Arbeiter, der Bauer, der Unternehmer, der Beamte, jeder tut an seiner Stelle seine Pflicht, alle aber tragen sie das Gemeinsame in ihrem

Herzen: Unser Deutschland. Der Sozialdemokrat, der Kommunist, der Zentrumsmann, der Nationalsozialist, der christliche Gewerkschaftler, der freie Gewerkschaftler, jeder mag politisch anders gedacht haben, nun aber treffen sie sich alle bei dem einen Gedanken: Unser Deutschland.

Von diesem geschichtlichen Augenblick an sind wir eine eingeschworene Genossenschaft, in der einer für den anderen einsteht und keiner gegen den anderen aufsteht. Mit diesem Wollen gehen wir nun an die Arbeit! Der Sieg wird unser sein! Es lebe die Deutsche Front!

Saarbrücken, den 1. März 1934.

Der Landesleiter der Deutschen Front,
gez. Pirro."

Der bisherige Landesleiter der NSDAP des Saargebietes, Staatsrat Spaniol, legte die Führung der Landesleitung sinngemäß nieder und wurde mit der Führung der Deutschen Front im Reich (die alle außerhalb des Saargebiets wohnenden abstimmungsberechtigten Saardeutschen umfaßte) beauftragt. In einem Aufruf betont er die Selbstlosigkeit der nationalsozialistischen Kämpfer und bestimmt:

1. Die Mitgliedschaft zur NSDAP Saargebiet ruht vom heutigen Tage an mit allen an diese gebundenen geldlichen und sonstigen Verpflichtungen.

2. Der gesamte Parteiapparat der NSDAP (Amtswalter und Mitarbeiter) geht mit dem heutigen Tage nach den Richtlinien der Deutschen Front in deren Besitz über, desgleichen werden die gesamten Räumlichkeiten sowie deren Einrichtung dieser bis zum Abstimmungstage überlassen. —

Die letzten Hindernisse waren aus dem Wege geräumt, der große deutsche Bruderbund geschlossen. Für alle gab es nur ein Ziel: Das Saarland in das Reich heimzuführen. Der tiefe Eindruck, den diese Manifestation des disziplinierten saardeutschen Willens in der Weltöffentlichkeit gemacht hatte, fand in den Spalten der ausländischen Presse seinen Niederschlag. Man erkannte den alles überwindenden Drang zur Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland. — Um ganz allgemein die ausländische Presse aufzuklären, veranstaltete Reichspropagandaminister Dr. Goebbels am 28. Februar einen Empfang für die in Deutschland tätigen Vertreter der ausländischen Presse. Wir zitieren folgende Stellen aus den Ausführungen des Ministers:

Empfang der ausländischen Presse durch Dr. Goebbels

„. . . Zweck und Sinn dieser auf breitester Grundlage erfolgenden Fühlungnahme zwischen der Reichsregierung und der öffentlichen Meinung der anderen Länder ist ein besseres und fruchtbareres Sichkennenlernen, die Herbeiführung einer Möglichkeit, sich über schwebende, manchmal heftig diskutierte Fragen von Mann zu Mann auszusprechen und damit bei Ihnen ein lebendigeres Verständnis für das junge Deutschland und die ihm innewohnenden geistigen, seelischen und politischen Kräfte zu erwecken. . . .

Wir haben . . . . eine offene und ehrliche geistige Auseinandersetzung

mit der Welt nicht gescheut. Wo wir mit ihr in Disput kamen, da haben wir mit Wärme und Leidenschaft unsere neuen Ideale vertreten, ohne indes einer Gedankenwelt, die wir in Deutschland überwunden hatten, in der übrigen Welt den schuldigen Respekt zu versagen. Leider konnten wir das nicht immer feststellen in bezug auf die Kampfesweise, die man von der anderen Seite uns gegenüber anzuwenden beliebte. . . .

Es wurde zu oft betont, als daß es noch einmal wiederholt zu werden brauchte: Deutschland will den Frieden, es will in Frieden arbeiten und aufbauen, es bringt allen Völkern gleiche Achtung und gleiche Sympathie entgegen, es verlangt aber von ihnen, daß sie mit Respekt und Vorurteilslosigkeit seinem gigantischen Kampf gegen die Not gegenübertreten. Es hat Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Man muß es hören, wenn es seine Forderungen auf Gleichberechtigung unter den anderen Nationen erhebt.

Wenn Sie, meine Herren, diesem ehrlichen Bestreben Ihr Verständnis nicht versagen wollen, dann dienen Sie damit dem Lande, das Ihnen warmen Herzens Gastfreundschaft gibt, aber auch dem Lande, das Sie zu uns entsandte, um durch Sie das echte, ewige Deutschland kennenzulernen. Sie tun damit dem kommenden, besseren Europa einen Dienst von unabmeßbarem Wert." —

Die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland zu seinen südosteuropäischen Waffenkameraden aus dem großen Kriege von jeher unterhalten hatte, kamen bei dem Besuch des Königs von Bulgarien besonders zum Ausdruck. König Boris traf am 28. Februar in Berlin ein. Sein erster Gang führte ihn zum Ehrenmal Unter den Linden, wo er einen Kranz für die gefallenen deutschen Waffenbrüder niederlegte. Er stattete weiterhin Reichspräsident von Hindenburg einen Besuch ab und sprach mit dem Führer und Reichskanzler sowie verschiedenen Ministern und anderen führenden Männern des neuen Deutschland. Das bulgarische Volk, das durch den Vertrag von Neuilly eine ähnliche Diskriminierung wie das deutsche in Versailles erfahren hatte, lehnte es nach wie vor ab, einem bewußt antirevisionistischen Gebilde, wie dem kurz zuvor abgeschlossenen Balkanpakt, beizutreten. Es gab den Kampf um sein Recht nicht auf. In diesem Zusammenhang interessiert folgende Feststellung eines bulgarischen Blattes anläßlich des Königsbesuches in Deutschland: Bulgarischer Königsbesuch in Berlin

„. . . Die Bulgaren können in Deutschland viel lernen, wo man mit soviel Energie gegen die Ungerechtigkeiten der Friedensdiktate kämpft. Der Geist der Zähigkeit und der Disziplin des deutschen Volkes muß uns den Weg zeigen, der allein uns zum nationalen Glück führen kann . . " —

Selbstverständlich kamen in den Berliner Besprechungen besonders auch wirtschaftliche Fragen zur Sprache. Hat doch Deutschland als Absatzmarkt für Bulgariens Volkswirtschaft erhebliche Bedeutung. Am 3. März verließ der königliche Gast die Reichshauptstadt wieder. — Am 1. März fand ein weiterer Diplomatenabend statt, zu dem

Rosenberg-Rede vor dem Diplomatischen Korps

Reichsleiter Rosenberg, der Chef des außenpolitischen Amtes der NSDAP, das Berliner Diplomatische Korps und die ausländische Presse eingeladen hatte. Diesmal sprach der Führer der Deutschen Arbeitsfront über deren Wesen und Ziele. Dr. Ley entwickelte in großen Zügen das Werden des sozialistischen Gedankens, legte Rechenschaft ab über das bisher Geleistete und zeigte den Weg zur großen deutschen Arbeitsgemeinschaft auf.

Freilassung der bulgarischen Bolschewisten

Ein sehr günstiges Echo fand — natürlich — die Freilassung der drei bulgarischen Bolschewisten, die der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt worden waren. Zu ihrer plötzlichen Abschiebung nach Sowjetrußland erklärte die „Daily Mail":

> „Hitler weiß sein Wort zu halten. Er hat sich wieder einmal als starker und großherziger Führer erwiesen. Sein Ansehen ist in der ganzen Welt gestiegen."

Bedurfte es dazu wirklich erst der Abfahrt der Herren Dimitroff, Popoff und Taneff?

Wenden wir uns nun wieder den Ereignissen zu, die am besten durch den Wortkontrast „Abrüstung — Aufrüstung" gekennzeichnet werden. Im Mittelpunkt standen nach wie vor die vier Großmächte — im Vordergrund die Stellung Frankreichs zu den Gleichberechtigungsforderungen Deutschlands.

Europarundreise Edens

Die Europarundreise Edens, die über Berlin und Rom zur Anfangsstation Paris zurückführte, nahm den leider zu erwartenden traurigen Ausgang. Die grundsätzliche Einigkeit, die zwischen London, Berlin und Rom herrschte, der unbedingte und verständigungsbereite Wille zur Abrüstung scheiterte an der reaktionären Gesinnung von Doumergue und Barthou. Es gelang den beiden alten Franzosen, das Streben nach einer Befriedung und einem gerechten Ausgleich in Europa, dieses mühsame Werk des Aufbaues, das Hitler, Mussolini und MacDonalds Abgesandter mutig in Angriff genommen hatten, zu torpedieren.

Lordsiegelbewahrer Eden kehrte, wohlversehen mit viel schönen Reden und mit leeren Händen, aus Paris nach dem Foreign Office zurück.

Freilich versuchte die französische Diplomatie den unangenehmen Eindruck, den sie durch ihre höfliche, aber bestimmte Sabotage der englischen Bemühungen nach einem Ausgleich in Europa gemacht hatte, etwas zu verwischen. Teils durch Zucker („Die Tür ist nicht zugeschlagen"), teils durch die Peitsche („Wenn Ihr das Reich aufrüsten laßt, werden seine Bombenflugzeuge Eure Städte zerstören"). Inzwischen bereitete man die Antwort an England vor. Sie sollte abhängig gemacht werden von der Ansicht der drei Wehrminister (!).

„Die Abrüstung ist tot, es lebe die Aufrüstung!" hieß jetzt die Parole unter der Aegide Doumergue-Barthou. —

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Matin", Bossan, versuchte Dr. Goebbels dem französischen Volk die Lage Deutschlands klarzumachen: Goebbels-Interview im „Matin"

„... Ganz Deutschland ist von starken, selbstbewußten und in vollem Aufstieg begriffenen Nationen umgeben. Diesen Aufstieg begrüßen wir übrigens. Denn er kann nur in einer Entfaltung der europäischen Zivilisation zum Ausdruck kommen. Es ist jedoch klar, daß wir, im Mittelpunkt des Kontinents gelegen, im gleichen Schritt mit diesen Nationen marschieren müssen. So wird man zweifellos leichter begreifen, warum wir die Gleichberechtigung fordern, die für uns eine Frage auf Leben und Tod ist. Wir hatten gehofft, daß unsere Abrüstung von den übrigen Mächten befolgt werden würde, wie es im Versailler Vertrag vorgeschrieben ist. Muß man Deutschland die Schuld zuschreiben, wenn dies nicht geschehen ist? ..."

An der Seine will man aber scheinbar nichts lernen und nichts vergessen. Der „Petit Parisien" wärmt in Broschürenform noch einmal alte Märchen auf. Es handelt sich um das längst als Fälschung angeprangerte angebliche „Material" (interne Propagandaanweisungen für deutsche Stellen im Ausland). Auch am Quai d'Orsay liebt man Wiederholungen. Man treibt Außen- und Rüstungspolitik vom Jahre 1913.

Am 13. März wird François Poncet die Antwort der Reichsregierung auf die französische Note vom 14. Februar überreicht. Die klare und leidenschaftslose Sprache des deutschen Abrüstungsmemorandums steht in angenehmem Gegensatz zu der unsinnigen Vorkriegsstimmung der französischen Politik. In der Note werden zunächst verschiedene auf französischer Seite anscheinend vorliegende Mißverständnisse aufgeklärt. Es wird nochmals die rückhaltlose Bereitwilligkeit Deutschlands zu jeder Art der Abrüstung und Kontrolle versichert, sofern sie gleichmäßig erfolgt. Der strittige Punkt der politischen Organisationen (SA, SS), auf deren militärischen Charakter die französische Regierung hartnäckig besteht, würde am besten geklärt, wenn eine allgemeine Kontrolle zur Anwendung käme. Das Memorandum wendet sich dann der Frage der Personalstärke zu und hebt hervor, Deutsche Antwort auf die französische „Abrüstungs"-Note

„daß bei der Vergleichung der Personalstärken billigerweise auch diejenigen Ueberseetruppen mitberücksichtigt werden müßten, die zwar nicht im Mutterland selbst, aber doch so stationiert sind, daß sie jederzeit unschwer zu militärischer Verwendung in das Mutterland transportiert werden können".

Auch die ausgebildeten Reserven dürften nicht außer acht gelassen werden. Die deutsche Note fährt fort:

„... Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlangt, so hat die französische Regierung auch im Aide mémoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten. Die deutsche Regierung glaubt von einer nochmaligen Begründung ihres Standpunktes in dieser entscheidenden Frage absehen zu können."

Das Abrüstungsmemorandum der Reichsregierung kommt dann auf die bedeutsamen Vorschläge der italienischen und der englischen Regierung zu sprechen und gibt der Ueberzeugung Ausdruck,

„daß sie geeignet sind, die Verständigung zwischen ihr und der französischen Regierung zu erleichtern und zu beschleunigen".

Nachdem dann zwei Möglichkeiten einer Konvention (1. mit kürzerer Geltungsdauer bei Begrenzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand; 2. mit längerer Geltungsdauer bei Einbezug gewisser Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten) aufgezeigt worden sind, wendet sich die Note in ihrem letzten Teil den deutschen Wünschen zu:

„Daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache...

Die deutsche Regierung selbst hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung auferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen angelangt ist, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist.

Sie hat auf alle Angriffswaffen von vornherein verzichtet und hat stets erklärt, daß sie jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung akzeptieren würde, wenn dies auch seitens der anderen Mächte geschieht. Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt."

Mit dieser erfrischend optimistischen Aeußerung schließt das deutsche Abrüstungsmemorandum vom 13. März. — Am 19. März überreichte der französische Botschafter in London die Antwortnote der französischen Regierung auf die britische Abrüstungsdenkschrift. Es erübrigt sich, auf sie näher einzugehen. Stellen wir nur fest, daß sie den Gedanken einer Abrüstungskonvention der europäischen Großmächte keinen Schritt vorwärtsbrachte, daß sie vielmehr mit spitzfindiger Dialektik über die recht erfolgreichen Bemühungen der englischen Vermittlungspolitik und die grundsätzliche Einigung der britischen, italienischen und deutschen Regierung hin-

Französische Antwortnote auf die englische Abrüstungsdenkschrift

weggeht, um dort wieder zu landen, wo die französische Diplomatie Anfang 1932 stand (Tardieu-Plan). „Sicherheit", „Garantien", „Sanktionen", „Völkerbund" — das sind die charakteristischen Vokabeln der französischen „Abrüstungs"-Antwortnote an England. — Wenn die „Times" meint, die französische These vom März 1934 sei immer noch die alte These von Versailles, so gibt sie damit der allgemeinen tiefen Enttäuschung Ausdruck, die in England nach der unbefriedigenden Antwort aus Paris herrscht.

Aber die britische Regierung gibt die Hoffnung noch nicht auf und läßt in Paris eine neue Note (28. März) überreichen. Und es beleuchtet so recht die Diskrepanz zwischen der verfahrenen außenpolitischen Lage und den Erfordernissen der Zeit, wenn General Göring in diesen Tagen gegenüber dem Berliner Vertreter der Pariser Zeitung „Le Jour", Michel Bossan, erklärte:

Englische Antwort an Frankreich

Göring-Interview im „Le Jour"

„Es gibt keinen dauerhaften Frieden in Europa, wenn die deutsch-französischen Beziehungen nicht geregelt werden". —

Wie eine Bombe schlug am 21. März die Forderung Lord Rothermere's auf Rückgabe der afrikanischen Kolonien Togo, Kamerun und Tanganyika an Deutschland ein. Der Mann, der im Sommer des Vorjahres den aufsehenerregenden Artikel von der „Sieghaften Jugend" des Dritten Reiches in der „Daily Mail" veröffentlicht hatte, trat nun an gleicher Stelle für Wiedergutmachung des zugefügten kolonialen Unrechts ein. Die Bestimmungen von Versailles, konstatierte Rothermere, seien herausfordernd und dumm. Ein befriedigtes Deutschland sei auch ein friedliches. —

Rothermere fordert Rückgabe von Kolonien an Deutschland

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gab es noch aufrechte Männer, die das nationalsozialistische Deutschland mit eigenen Augen kennengelernt und erlebt hatten, die gegen die Hetzreden eines Lord Marley und gegen die Boykottpropaganda der Juden Dickstein und Untermeyer auftraten. Besonderen Dank verdient die unerschrockene Art des bekannten Neuyorker Rundfunksprechers Doug Brinkley, der auf seiner Vortragsreise durch die Hauptstädte der USA seine Landsleute über die wahren Zustände im Reich aufklärte. Das Interesse der amerikanischen Oeffentlichkeit an den Vorgängen in Deutschland findet unter anderem auch seinen Ausdruck in den zahlreichen in der amerikanischen Presse veröffentlichten Interviews mit führenden Männern des neuen Reiches. Am 3. April bekannte sich Adolf Hitler gegenüber dem Berliner Korrespondenten der „Associated Preß", Louis P. Lochner, wiederum zum Gedanken einer allgemeinen Abrüstung, lehnte es aber ab,

Das neue Deutschland in der Anschauung der Vereinigten Staaten

Führer-Interview in „Associated Preß"

Deutschland weiterhin hilflos jedem Angriff der hochgerüsteten Staaten ausgesetzt sein zu lassen. Er erklärte hierzu:

„Ein jeder Vertreter einer fremden Macht wird bei seiner Aussprache mit mir finden, daß ich mit absolutem Freimut sage, was Deutschland bereit ist, zu tun, und daß ich meine Forderungen nicht höher ansetze als nötig ist.

Wenn ich z. B. sage, daß wir eine Wehrmacht von 300000 Mann benötigen, so lasse ich mich nicht dazu herbei, nachher auf 250000 herunterzugehen. Ich will Deutschlands Wort und Unterschrift wieder zur Geltung bringen. Unter keinen Umständen werde ich mich einem Diktat unterwerfen. Wenn ich einmal überzeugt bin, daß ein bestimmter Kurs der einzige und richtige für mein Volk ist, so halte ich ihn, komme was möge. Und was **ich tue, das tue ich offen.** Ich werde mich z. B. niemals dazu verstehen, 150000 Mann als genügende Stärke nach außen hin für unsere Reichswehr zu akzeptieren und dann im geheimen weitere 150000 Mann ausrüsten." —

Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz

In Genf tagte am 10. April wieder einmal das **Präsidium** der **Abrüstungskonferenz** und debattierte über die wichtige Frage der Vertagung bzw. gelegentlichen Wiedereinberufung des Hauptausschusses. Wesentlich aktiver — wenn auch im negativen Sinne — war die **französische Diplomatie**, der es gelang, eine Anfrage im

Englische Anfrage in Berlin wegen der Erhöhung des deutschen Heeresetats

englischen Unterhaus über den deutschen Wehrhaushalt zu erreichen. Lord Tyrrell, der am Quai d'Orsay sehr beliebte englische Botschafter, leistete dabei Mittlerdienste. Sir John **Simon** mußte also **durch den britischen Botschafter in Berlin** anfragen lassen, ob die Erhöhungen des deutschen Heeres-, Marine- und Luftetats nicht die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzten. Die **Antwort der Reichsregierung**, die am 16. April

Deutsche Antwort

im Unterhaus bekanntgegeben wurde, lautete:

„Wie aus dem deutschen Haushaltsplan für das Jahr 1934/35 hervorgeht, ist der Haushalt für das Heer mit 654 Millionen Mark veranschlagt und um 172 Millionen Mark gegen das Vorjahr erhöht worden wegen der vorgesehenen Vorbereitungen für die Umwandlung des Reichsheeres in eine Armee mit kurzer Dienstzeit. Der Marinehaushalt wurde um 50 Millionen Mark auf 236 Millionen Mark erhöht, um das längst überalterte Schiffsmaterial systematisch zu erneuern. Der Haushalt des Luftfahrtministeriums ist kein Rüstungshaushalt und zerfällt in einen Luftfahrthaushalt und einen Luftschutzhaushalt. Die Ausgaben für die Luftfahrt sind von 77 Millionen Mark auf 160 Millionen Mark erhöht worden, um das veraltete Flugzeugmaterial der privaten, staatlich subventionierten Lufthansa zu erneuern und um die Flugsicherung für Nacht- und Winterverkehr, den Ueberseeluftverkehr und wissenschaftliche Zwecke zu fördern. Der Luftschutz für die Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe ist im Laufe des vergangenen Jahres erst aufgebaut worden und bedurfte daher einer Erhöhung des Voranschlages von 1,3 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark." —

In einer gleichzeitigen Note an die englische Regierung präzisierte die Reichsregierung nochmals die bekannten deutschen Minimal-Forderungen, auch bezüglich einer Verteidigungsluftflotte. —

Deutsche Note an die englische Regierung

Die mit Spannung erwartete französische Antwortnote auf die englische Anfrage vom 28. März wurde am 18. April in London veröffentlicht und mit den beiden vorgenannten deutschen Aeußerungen zu einem Weißbuch vereinigt. Sie stellte in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen die angebliche Wiederaufrüstung des Reiches, die aus der starken Erhöhung des deutschen Wehrhaushalts hervorgehe, durch die deutsche Erklärung keine Rechtfertigung erfahren habe und eine Mißachtung der Vertragsbestimmungen darstelle, die jede weitere Diskussion ausschließe und die Wiederaufnahme der Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz notwendig mache. Es war nun offenbar, auf wessen Initiative die britische Demarche in Berlin zurückzuführen war. Barthou brauchte einen Vorwand, um den ganzen lästigen Abrüstungsbesprechungen ein Ende zu bereiten. Er suchte und glaubte ihn zu finden — im deutschen Wehretat. Schuld an allem war wieder einmal Deutschland. Die Verantwortung für das Scheitern der monatelangen Besprechungen war von den Schultern der französischen Regierung abgewälzt; und auf dem Genfer Parkett konnte einem nicht viel passieren. — Wie verschroben und kurzsichtig muten diese „geschickten Schachzüge" einer solchen Diplomatie der Vorkriegsschule an! —

Französische Antwortnote auf die englische Note

Während so das große Problem der deutsch-französischen Verständigung bis auf weiteres vertagt worden war, bemühte sich Deutschland, seine sonstigen internationalen Beziehungen gut zu erhalten bzw. zu bessern. Wenn die freundschaftlichen Beziehungen, die das Reich von jeher zu Ungarn unterhalten hatte, im Jahre 1934 zeitweise eine Trübung zu erfahren schienen, so ist das ein Musterbeispiel dafür, wie es der skrupellosen Brunnenvergiftung einer verjudeten Presse gelingen kann, die öffentliche Meinung eines Volkes zu verfälschen und sie stimmungsmäßig auf deutschfeindliche politische Forderungen vorzubereiten. Nach dem Tode Dr. Bleyers, des hervorragenden und ehrlichen Vorkämpfers des dem ungarischen Vaterlande treuen Deutschtums, der Achtung, Verständnis und Billigung bei den starken Führern des ungarischen Revisionismus, Graf Bethlen, Tibor von Eckhardt, Julius Gömbös gefunden hatte, glaubten die Deutschenhasser ihre Zeit gekommen. Nachdem man lange genug auf die Gefahren der deutschen imperialistischen und pangermanischen Bestrebungen hingewiesen hatte, ging man zum Angriff über, bemächtigte sich der nationalen Namensmagyarisie-

Deutschland und Ungarn

rungsbewegung und lief damit Sturm gegen das ungarländische Deutschtum. Eine Anregung — kein Befehl — der Regierung wurde zum Anlaß einer Drangsalierung der deutschen Minderheiten und zur verstärkten Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland genommen. Es war der offensichtliche Versuch, die positive (daher auch deutschfreundliche) Politik des geschickten und sympathischen ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös zu sabotieren. —

Deutsche Schritte gegen Verunglimpfungen in der Tschechoslowakei

Nach dem notwendig gewordenen Flaggenverbot mußten am 13. April schon wieder deutsche Schritte gegen tschechische Entgleisungen unternommen werden. Auf einer Prager Karikaturenausstellung bildeten beleidigende und verunglimpfende Darstellungen führender deutscher Persönlichkeiten die Hauptattraktion. (Uebrigens wurde auch wegen herabsetzender Darstellung österreichischer, italienischer und polnischer führender Persönlichkeiten von den betreffenden Ländern in Prag Beschwerde geführt.) Der Protest des deutschen Gesandten Koch hatte erst nach Wiederholung Erfolg. Erwähnen wir demgegenüber die taktvolle Haltung der griechischen Regierung, die auf Intervention des deutschen Gesandten in Athen, Dr. Eisenlohr, sofort die Beschlagnahme des berüchtigten Braunbuches verfügte — das übrigens z. B. in der Tschechei zum festen „Hausbestand" zählt.

Deutschland und Latein-Amerika

Die guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den latein-amerikanischen Nationen kamen auf der Jahresveranstaltung des Ibero-Amerikanischen Instituts in Hamburg und einer deutsch-ibero-amerikanischen Parallel-Veranstaltung in Berlin zum Ausdruck. —

Deutschland und die Türkei

Den Verlust eines wahren Freundes hatte Deutschland am 15. April beim Ableben des türkischen Botschafters in Berlin, Kemaleddin Sami-Pascha, zu beklagen. Das Beileid des Deutschen Reiches war gleichzeitig eine eindrucksvolle Demonstration der deutsch-türkischen Freundschaft. —

Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff in Berlin

Auch die Beziehungen zu dem anderen befreundeten Balkanstaat, Bulgarien, erfuhren eine weitere Festigung. Nach dem Besuch des bulgarischen Königs traf nun auch sein Ministerpräsident Muschanoff am 19. April in Berlin ein. In erster Linie diente sein Aufenthalt wirtschaftlichen Zwecken. Er erklärte dem bulgarischen Berichterstatter Christoff gegenüber u. a.:

> „Das große Reformwerk, das in Deutschland vollzogen wurde, erweckt überall größtes Interesse und Bewunderung. Der Name Hitler ist ein Begriff geworden, ein Begriff, der unermüdlichen Fleiß, vorbildliche Kameradschaft und Disziplin verkörpert.."

Wir wollen in diesem Zusammenhang die Worte festhalten, die Knut Hamsun in einem Brief an Professor Rasmussen, Oslo, über Deutschland findet. Er schreibt u. a.:

Knut Hamsun über das neue Deutschland

„Deutschland hat jetzt Gegenwind von der Welt, aber es kreuzt tapfer weiter und wird schon den Hafen erreichen. Ich schicke meine Kinder eins nach dem anderen nach Deutschland, sie haben dort jahrelang ein Zuhause, sind dort in guter Obhut und kommen als gereifte Menschen zurück. Norwegische Kinder sollten in mehr als einem Sinne bei diesem redlichen und überlegen tüchtigen deutschen Volk in die Schule gehen. Es wird der Tag kommen, da große und kleine Nationen ihren Ton gegenüber diesem Reich in der Mitte ändern werden. Jeder Nacht folgt ein Tag."

Dieses offene und edle Bekenntnis des großen norwegischen Dichters fällt zeitlich etwa mit der Fahrt des Führers durch die norwegischen Fjorde an Bord des Panzerkreuzers „Deutschland" zusammen. —

Deutsche Ablehnung eines russischen Garantiepaktvorschlages

Am 26. April wurde amtlich mitgeteilt, daß der Vorschlag, den der russische Außenminister Litwinow dem deutschen Botschafter in Moskau am 28. März gemacht hatte — zur Besserung der deutsch-russischen Beziehungen sollte zwischen beiden Staaten ein Garantieabkommen über die Unabhängigkeit und Sicherheit der baltischen Staaten abgeschlossen werden — von der Reichsregierung als unbegründet abgelehnt worden war, da die Sicherheit dieser Staaten von Deutschland nicht bedroht sei. Es war nicht einzusehen, wieso eine Einmischung Deutschlands in eine Frage, die nur für Rußland und die baltischen Staaten (ehemals russische Gebietsteile) von Interesse sein konnte, zur Besserung der russisch-deutschen Beziehungen führen sollte. —

Ribbentrop Beauftragter für Abrüstungsfragen

Eine ziemliche Aufregung verursachte im Ausland die am 24. April erfolgte Ernennung des Pg. Joachim von Ribbentrop zum deutschen Beauftragten für Abrüstungsfragen. Es wurde damit tatsächlich keinerlei Spaltung der deutschen Außenpolitik unternommen, sondern vielmehr ein neues diplomatisches Verfahren angewendet. Auch England hatte ja mit der Berufung Edens neue Wege beschritten.

Rede von Neurath zum Stand der Abrüstungsfrage

In einer großangelegten Rede nahm Reichsaußenminister von Neurath am 27. April zum Stand der Abrüstungsfrage Stellung. Er beleuchtete nochmals den von der französischen Regierung provozierten Abbruch der Verhandlungen, die mit dem unfairen Vorwand des erhöhten deutschen Wehretats den ganzen mühseligen Besprechungen ein Ende bereitet und das Abrüstungs- und Gleichberechtigungsversprechen von Versailles bzw. Genf (11. Dezember 1932) wieder einmal gebrochen hatte. Neurath beendete seine eindrucksvolle Rede vor Vertretern der Presse mit den Worten:

„... Die Zeit der Ultimaten, der Diktate und der einseitigen Regelungen gegen Deutschland ist freilich vorbei. Aber die Wahrung der deutschen Lebensinteressen, wie wir sie verstehen und zu unserer Aufgabe gemacht haben, steht mit den gemeinsamen Interessen Europas in vollem Einklang. Nur ein gegen Angriffe gesichertes Deutschland kann die Friedensfunktion erfüllen, die ihm im Zentrum Europas obliegt. Ein wehrloses Reich müßte nach allen Gesetzen der Geschichte schließlich zu Machtkämpfen und zur Zerrüttung des Kontinents führen.

Mögen die anderen Regierungen die große Chance benutzen, die ihnen die Reichsregierung unter ihrer starken und sicheren Führung bietet. Unsere Hand bleibt auch weiterhin zur Verständigung ausgestreckt, und ich wiederhole, was ich schon öfter erklärt habe: es kommt nur auf den Entschluß der anderen Regierungen an, diese Hand zu ergreifen." —

Ausländische Urteile über den 1. Mai in Deutschland

Wenige Tage später vereinigte der 1. Mai das deutsche Volk zur großen, gemeinsamen Feier. Der überwiegende Teil der Auslandspresse sprach seine Bewunderung über die einzigartige Demonstration der deutschen Arbeit und der deutschen Volksgemeinschaft aus. Polnische und jugoslawische Journalisten, die zu Besuch in Deutschland weilten, hatten Gelegenheit, sich persönlich ein Urteil über den „Feiertag der nationalen Arbeit" zu bilden. Bei der Begrüßung durch Dr. Goebbels, von Papen und andere führende Männer, faßten sie dieses Urteil dahingehend zusammen, daß die „Armee des Friedens" auf dem Tempelhofer Feld und die weitgehend erreichte Ueberwindung des Klassenkampfes einen tiefen Eindruck gemacht hätte. (Später unternahm auch eine Gruppe lettischer Journalisten eine mehrtägige Deutschlandreise.) Und 300 italienische Gäste, die Mitte Mai einige Tage zu Besuch in Deutschland weilten, erklärten sich bei ihrem Aufenthalt in Berlin über den Aufschwung, die Ordnung und die herzliche Aufnahme in Deutschland begeistert.

Japanische Marineoffiziere in Deutschland

Auf einem Festabend zu Ehren japanischer Marineoffiziere, die zu kurzem Studienbesuch nach Deutschland gekommen waren, wurde das freundschaftliche Band, das die beiden großen Nationen umschlingt, enger geknüpft. Vizeadmiral Matsushita wies in seiner Dankrede auf das Gemeinsame, das Verständnis Erleichternde hin: Die Tüchtigkeit, Tapferkeit und Zähigkeit des japanischen und des deutschen Volkes. —

Wenden wir unser Augenmerk nun wieder den beiden Gebieten an des Reiches Grenze im Westen und Nordosten zu, für die das Jahr 1934 Hochspannung und Unterdrückung bedeutete. An Saar und Memel jagten sich die Ereignisse. Einen unglaublichen Verstoß gegen das Memelstatut ließ sich am 5. Mai der litauische Gouverneur Navakas zuschulden kommen. Er nahm die rechts-

Rechtswidrige Schließung des Memellandtages durch Litauen

widrige Schließung des Memellandtages vor, ohne die dazu notwendige Zustimmung des Präsidenten des Direktoriums, Dr. Schreiber, erhalten zu haben. Die Ursache dieses Willküraktes war die drohende Abänderung des Memelstatuts in der Schulfrage, wozu der Landtag auf Grund des Artikels 38 des Statuts berechtigt und auf Grund der falschen Auslegung des strittigen Artikels (Anmaßung des Aufsichtsrechts über die memelländischen Schulen) durch die litauische Regierung gezwungen war. Der Fall lag so klar, daß eigentlich genug Anlaß für die Signatarmächte, England, Frankreich, Italien und Japan, zum Eingreifen gegeben war. Doch sie zeigten nur eine befremdende Zurückhaltung und schienen die übernommenen Verpflichtungen vergessen zu haben. Die litauische Hetze gegen das Memeldeutschtum, besonders gegen Dr. Schreiber, nahm entsprechend der Passivität der Signatarmächte zu. —

Kundgebung im Saarland

Die Sehnsucht des Saarlandes nach der endlichen Heimkehr ins Reich fand ihren Ausdruck in großen Kundgebungen diesseits und jenseits der „Grenze". So vereinigte der „Saartag" am 6. Mai Zehntausende von Saardeutschen in Zweibrücken. Reichsminister Dr. Goebbels gab auf dieser gewaltigen Kundgebung dem Saarvolk die Gewißheit, daß ganz Deutschland zu ihm stehe und an seinem Kampf um die Rückkehr ins Reich teilnehme.

Protest der „Deutschen Front" gegen Knox

Die einseitigen Unterdrückungen, denen die „Deutsche Front" im Saargebiet durch die Regierungskommission ausgesetzt war, wurden durch den Vertreter der „Deutschen Front", Schmelzer, in der Sitzung des Saardeutschen Parlaments vom 11. Mai einmal genauer beleuchtet. Er wandte sich energisch gegen die irreführenden Berichte des Präsidenten Knox in Genf über „drohende Putschpläne", und machte ihm den Vorwurf, seine tiefgehende Abneigung gegen das deutsche Regime bei seinen amtlichen Entscheidungen mitsprechen zu lassen. Schmelzer forderte den Präsidenten auf, seinen Verpflichtungen als neutraler Treuhänder nachzukommen. In einer Denkschrift, die am 14. Mai beim Völkerbund einlief, protestierte die „Deutsche Front" gegen die Unterstellung von angeblichen Putschabsichten, Terrormethoden und dergleichen. Gleichzeitig erhob sie Beschwerde gegen die ungerechtfertigten Serien-Verbote der deutschgesinnten Presse, während die separatistischen Zeitungen ungestraft schwerste Angriffe gegen die deutschen Staatsmänner erheben durften. Am 15. Mai gab als Vertreter der in Genf weilenden Delegation der „Deutschen Front", Landesführer Pirro, Erklärungen vor der internationalen Presse ab; zusammenfassend forderte er sofortige Festlegung des Abstimmungs-

datums und sofortige Entsendung der Abstimmungskommission an Ort und Stelle; dagegen bezeichnete er eine Strafgerichtsbarkeit für das Abstimmungsgericht, sowie die Entsendung einer internationalen Polizeitruppe für überflüssig. In ähnlicher Weise äußerte sich übrigens auch das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Koßmann.

Vorbereitungsmaßnahmen zur Saarabstimmung

Baron Aloisi, der Präsident des Saar-Ausschusses beim Völkerbund, traf inzwischen in vorbildlich objektiver Weise die Vorbereitungsmaßnahmen für die Saarabstimmung. Doch gelang es Barthou, die Festsetzung des Abstimmungstermins hinauszuzögern und mindestens bis zur nächsten Ratstagung im Juni zu vertagen.

Pfingsttagung des VDA

Ganz im Zeichen der Verbundenheit der Saar mit dem Reich stand die Pfingsttagung des VDA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) vom 18.—21. Mai in Mainz und Trier. Die ursprünglich beabsichtigte Abhaltung der mehrtägigen Veranstaltung in Saarbrücken war von der Regierungskommission verboten worden. Aber auch so wurde sie zur Manifestation der unzertrennlichen Einheit von Saarland und Reichsdeutschtum. Dr. Steinacher konnte als Reichsführer des VDA unter anderem auch den Reichsinnenminister Dr. Frick begrüßen. Aus der großen Rede Dr. Fricks am 19. Mai zitieren wir folgende Stellen:

Rede Dr. Frick

„... Die deutsche Nation ist größer als die Masse der Volksgenossen, die im Kernstaat der Deutschen, im Deutschen Reiche lebt. Von den nahezu 100 Millionen Deutschen in der Welt siedeln nur 64 Millionen Volksgenossen im Reichsgebiet. Wenn man von den 10 Millionen Schweizern und Oesterreichern absieht, die in ihren eigenen Staaten leben, muß man feststellen, daß darüber hinaus noch rund 25 Millionen Deutsche als Grenz- und Auslandsdeutsche diesseits und jenseits der Meere in Staaten nichtdeutscher Herrenvölker wohnen. Diese Tatsache allein, die einmalig im Leben der großen Nationen ist, macht es begreiflich, daß sich frühzeitig Männer und Frauen zusammenfanden, die die Not der Auslandsdeutschen als ihre Not und das Leid der Volksgenossen jenseits der Grenzen als ihr Leid empfanden und versuchten, hilfebringend einzugreifen. Fernab von politischen oder gar machtpolitischen Bestrebungen entstand der VDA als Pflegestätte deutscher Kulturbeziehungen zum Auslandsdeutschtum...

Wir wissen, daß unsere Volksgenossen jenseits der Grenzen unter besonderen Lebens- und Staatsgesetzen stehen, und daß sie in überwältigender Mehrheit Bürger von Staaten sind, die unter der Herrschaft anderer Völker stehen. Das legt unseren Volksgenossen draußen in der Welt, ebenso wie uns Deutschen im Reiche, besondere Verpflichtungen auf. Die Deutschen jenseits der Grenzen sollen nicht Hindernisse, sondern die Brücken zwischen den Völkern ihrer Herbergsstaaten und dem deutschen Volkstum sein...

Der Nationalsozialismus ist der Hüter des volksdeutschen Gewissens im Reiche: darum wird kein Nationalsozialist sich den Anforderungen

entziehen, die der VDA als Mittler und Treuhänder insbesondere der Grenzlanddeutschen und der deutschen Minderheiten im Ausland an das deutsche Volk stellen muß... In der großen Familie der deutschen Nation nimmt das **Deutschtum an der Saar** gerade im gegenwärtigen Augenblick eine besondere Stellung ein. Dieser weit an der Westgrenze des Reiches vorgeschobene Grenzposten unseres Volkstums ist nach dem Versailler Diktat zwar staatsrechtlich ein Teil des Deutschen Reiches geblieben, wurde aber unter eine Auslandsregierung gestellt, die nun schon seit nahezu fünfzehn Jahren dieses deutsche Gebiet verwaltet. In zähem Kampfe hat das Saarland um sein Recht und seine Freiheit gerungen. Mancherlei Anfeindungen und mancherlei Versuchungen war der Deutsche an der Saar ausgesetzt, aber unbeirrt ist er seinen Weg gegangen. Der deutsche Bergmann an der Saar, fremdländischen Arbeitgebern unterstellt, hat bei kärglichem Auskommen einen stillen heroischen Kampf um Volkstum und Leben gekämpft und das ganze deutsche Land an der Saar hat sich in diesen harten Prüfungsjahren der Väter würdig gezeigt. Die deutsche Treue hat sich in den Herzen der Saarländer ein herrliches Denkmal erbaut und aufs neue in wunderbarster Weise bewährt...

Möge die „Saarbrücker Tagung" in Mainz und Trier ein eindringliches Zeugnis ablegen von den unlösbaren Banden, die das deutsche Volkstum durch Blut und Boden, durch Kultur und Sprache, in tausendjährigem Kampfe und Leben um alles, was deutsch ist, geschlungen hat...

In wenigen Monaten wird das deutsche Volk an der Saar vor der ganzen Welt sein Bekenntnis zum deutschen Vaterland ablegen. Es wird **erklären können, daß dieses Land, das seit tausend Jahren eine deutsche Heimat, das ein Land deutscher Arbeit und deutschen Wollens ist, seinem alten großen Vaterlande wiedergehören will...**"

Mit einem Festzug, an dem 55 000 deutsche Volksgenossen in Trier teilnahmen, schloß die Pfingsttagung des VDA. —

Göring in Belgrad und Athen

Ministerpräsident **Göring** benutzte die Pfingsttage zu einer **Balkanreise**, die privaten Charakter trug. Auf dem Fluge nach **Athen** machte er in **Belgrad** Station, wo er den **südslawischen** Staatsmännern Höflichkeitsbesuche abstattete. Am 17. Mai traf Göring, der u. a. vom preußischen Justizminister **Kerrl** begleitet war, in der griechischen Hauptstadt ein. Es fanden freundschaftliche Besprechungen mit dem griechischen Ministerpräsidenten **Tsaldaris**, Außenminister **Maximos** und Justizminister **Taliadouros** statt. Ministerpräsident Göring legte auch — im Anschluß an die Audienz beim Präsidenten der Republik **Zaimis** — einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten nieder.

Ribbentrop in Rom

Zur gleichen Zeit traf der deutsche Beauftragte von **Ribbentrop** in **Rom** ein, wo er in Fortsetzung seiner Londoner Gespräche mit **Simon** und **Eden** sich mit **Mussolini** und **Suvich** über das Abrüstungsproblem unterhielt.

Göring in Budapest

Am 24. Mai verließ **Göring** das gastliche Griechenland, um sich auf der Rückreise noch zwei Tage in **Budapest** aufzuhalten. Er

traf dabei mit dem Reichsverweser von Horthy, Ministerpräsident Gömbös und Außenminister von Kanya zusammen. —

Beratungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz

Am 29. Mai begann der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wieder mit seinen Beratungen. Den Auftakt dazu bildete die Veröffentlichung eines Blaubuches über die Abrüstungsverhandlungen durch die französische Regierung. Die unrühmliche Rolle, die die Diplomatie des Quai d'Orsay hier bis zum brüsken Abbruch gespielt hatte, bedurfte eigentlich keiner Fixierung mehr. Sir John Simon stellte in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz am 30. Mai mit erfreulicher Offenheit fest:

„. . . Wir haben zu wählen zwischen der verbleibenden Aussicht auf eine Vereinbarung in dem von mir angegebenen Rahmen (MacDonald-Plan) und einem völligen Zusammenbruch dieser umfassenden Anstrengung mit der Folge eines unbegrenzten Wettrüstens und unübersehbaren Gefahren für die Zukunft der Welt. . .

. . . . Der Völkerbundsgedanke hat schon schwer gelitten durch die Veranstaltung totgeborener Konferenzen, und das notwendige Werk des Völkerbundes kann jetzt und in Zukunft nur getan werden, wenn die Staaten und die Völker der Welt davon überzeugt sind, daß die riesige Arbeit in einem praktischen Geiste geführt werde." —

Die Erwiderung Barthou's zeichnete sich im Ton durch eine Schärfe und Unbeherrschtheit aus, die man weder in Genf noch auf sonstigen internationalen Konferenzen bisher gewohnt war. Seine Polemik richtete sich zunächst gegen Simon und dessen Ausführungen, später gegen das „preußische Deutschland". Der französische Außenminister hatte die Brücken endgültig abgebrochen, und beinahe wäre es ihm auch gelungen, die Abrüstungskonferenz zu torpedieren. Nachdem er noch einen harten Zusammenstoß mit Präsident Henderson gehabt und seine impulsiven mündlichen Aeußerungen zweimal nachträglich korrigiert hatte, lenkte er ein, und es gelang Henderson schließlich, eine durch und durch verwässerte Kompromißformel zur Annahme zu bringen. Der alte Brauch ward nicht gebrochen.... Das rettende Ziel — Vertagung — war erreicht. — Es bleibt zu erwähnen, daß Litwinow auf der Rückreise von Genf in Berlin kurz Station machte, um Reichsaußenminister von Neurath am 13. Juni einen Besuch abzustatten.

Litwinow in Berlin

Deutsch-französische Verhandlungen über die Saarabstimmung

In der Nacht zum 1. Juni fanden in Genf die Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs über die bisher ungelöst gebliebenen Fragen der Saarabstimmung ihr erfolgreiches Ende. Unter der Vermittlung des Vorsitzenden des Saarausschusses, Baron Aloisi, gelang es zunächst, den Abstimmungstermin auf den 13. Januar 1935 festzusetzen. Von der deutschen und französischen Regierung wurden am 2. Juni bezüglich der Garantiefrage gleichlautende Erklärungen abgegeben, die die

Festlegung des Abstimmungstermins

Sicherheit der Abstimmung und der Abstimmungsberechtigten gewährleisteten.

Nach dem Entwurf des Saarausschusses wurden dem Völkerbundsrat dann am 3. Juni Vorschläge über Maßnahmen zur Saarabstimmung gemacht. Es sollte danach eine dreiköpfige Abstimmungskommission und ein Sachverständiger mit der Organisierung, Leitung und Kontrolle der Abstimmung vom Völkerbund beauftragt werden (die Zusammensetzung dieser Kommission blieb einer späteren Ratstagung vorbehalten). Weiterhin sollten ein Obergericht und acht Kreisgerichte für die Abstimmung gebildet werden. Die Hinzuziehung einer internationalen Polizeitruppe war zunächst nicht beabsichtigt. Endlich wurde die Frage der Abstimmungskosten geregelt. — Dem Entwurf des Dreierausschusses unter Führung Aloisis war eine Abstimmungsordnung beigefügt. — Am 4. Juni nahm der Rat den Entschließungsentwurf ohne Abänderung einstimmig an.

Einigung über die Maßnahmen zur Saarabstimmung

Aus der Freude und dem Jubel der Saardeutschen über die Festsetzung des Datums der Abstimmung und die ernsthafte Vorbereitungsarbeit des Dreierausschusses erkannte man das tiefe Mißtrauen, das die fünfzehn Jahre mißbrauchte Bevölkerung gegen die vertraglich zugesicherte Volksbefragung gehegt hatte. Die „Neutralität" der Regierungskommission von Völkerbunds Gnaden hatte sie mißtrauisch gemacht.... —

Der Juni des vergangenen Jahres stand ganz im Zeichen zweier für Deutschlands Außenpolitik höchst bedeutsamer diplomatischer Reisen. Die Fahrt des Reichspropagandaministers nach Warschau fiel zeitlich fast mit der großen Aussprache Hitler—Mussolini in Venedig zusammen.

Dr. Goebbels in Warschau

Dr. Goebbels kam einer Einladung nach, die Professor Zielinski im Namen der polnischen Intellektuellen Union an ihn mit der Bitte gerichtet hatte, in Warschau einen Vortrag über das neue Deutschland zu halten. Am 13. Juni traf Dr. Goebbels in Warschau ein, unter anderem vom deutschen Gesandten von Moltke und dem polnischen Innenminister Pieracki begrüßt. In einem überfüllten Saal, vor einem auserwählten Auditorium (fast alle ausländischen Diplomaten und sehr viele polnische Würdenträger waren anwesend, so auch Ministerpräsident Kozlowski und Außenminister Beck) sprach Dr. Goebbels über das Thema: „Das nationalsozialistische Deutschland als Faktor des europäischen Friedens". In großen Zügen brachte er seinen Gastgebern das Phänomen des Nationalsozialismus nahe und machte ihnen die Einstellung des neuen Deutschlands zu Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, zum Judentum und zum Ausland verständlich. Wir greifen drei besonders prägnante Stellen aus den

mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen Dr. Goebbels heraus:

„. . . . Auf den Nationalsozialismus paßt das Wort, das Mussolini einmal vom Faschismus gesagt hat: „Er ist keine Exportware." Er hat lediglich innerdeutsche Aufgaben zu erfüllen. Soweit das Reich außenpolitische Beziehungen anzuknüpfen oder Weltinteressen zu vertreten hat, tut es das wie jeder andere Staat als Nation, die ihr Lebensrecht verficht. Daneben gibt es keine Außenpolitik, die der Nationalsozialismus als Idee betreibt. . ."

„. . . . Wie jede andere geistige Erscheinungsform kann auch der Nationalsozialismus das Recht für sich beanspruchen, aus sich selbst heraus verstanden und bei seiner kritischen Fixierung nicht Maßstäben unterlegt zu werden, die zwar beim prüfenden Subjekt zutreffen mögen, beim geprüften Objekt aber keineswegs angängig und tragbar erscheinen. . . ."

„. . . Wir jungen Deutschen sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß es in Europa kein Problem gibt, das einen Krieg erforderlich machen könnte. . ."

Die Rede des deutschen Ministers fand in den politischen und intellektuellen Kreisen der polnischen Hauptstadt und darüber hinaus stärkstes Echo. Obwohl die Reise privaten Charakter trug, fand sie wegen der bedeutsamen Rede eines führenden nationalsozialistischen Regierungsmitglieds eine politische Wertung — bezüglich der weiteren Förderung des deutsch-polnischen Verständnisses sicher nicht zu Unrecht. — Dr. Goebbels wurde am 14. Juni von Marschall Pilsudski empfangen, hatte Besprechungen mit Oberst Beck und anderen führenden Männern und legte am Denkmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Am 15. Juni trat er den Rückflug nach Berlin an, wobei er Krakau einen kurzen Besuch abstattete. Kurz nach der Ankunft in der Reichshauptstadt erhielt Dr. Goebbels Nachricht von dem Mordanschlag, dem Innenminister Pieracki zum Opfer gefallen war. Er übermittelte dem polnischen Ministerpräsidenten sein aufrichtiges Beileid. —

Adolf Hitlers Aussprache mit Mussolini in Venedig

Die Stadt Venedig war der Schauplatz des erstmaligen Zusammentreffens des deutschen Führers Adolf Hitler mit Mussolini. „Es trafen sich zwei Männer", schreibt Alfred Rosenberg am 14. Juni im „Völkischen Beobachter", „welche die Achse des Weltgeschehens herumgedreht haben und ein Europa, das dank demokratischer Unfähigkeit und marxistischen Zerstörungswahnes dem Abgrund entgegenraste, vor der Zertrümmerung retteten."

Die amtliche Mitteilung lautete:

„Nachdem es seit langem der Wunsch des italienischen Regierungschefs und des deutschen Reichskanzlers war, sich persönlich kennenzulernen und über die allgemeine politische Lage zu unterhalten, werden sich die beiden Staatsmänner heute am 14. Juni in Venedig treffen."

Im Flugzeug trafen der Führer, Reichsaußenminister von Neurath, Reichspressechef Dr. Dietrich mit Begleitung von München kommend, am Vormittag des 14. Juni in Venedig ein, wo Adolf Hitler zunächst von Mussolini, dann vom deutschen Botschafter in Rom, von Hassel, begrüßt wurde. Der Reichskanzler und der italienische Ministerpräsident begaben sich nach der Villa Stra, wo die erste Unterredung stattfand. Schon diese erste Fahrt wurde zu einem gewaltigen Erlebnis. Die Menge brachte in südländischer Begeisterung dem Duce und seinem hohen Gast Ovationen dar, die das Zusammentreffen der beiden Staatsmänner auch bildlich aus der Ebene kühler Höflichkeitsbesuche heraushob und es zu einem historischen Ereignis machte. Darin liegt ja die Bedeutung der Tage von Venedig: Nicht ein taktisches Manöver, nicht eine diplomatische Aktion, in der Beschlüsse gegen eine dritte Macht oder gegen Machtgruppen in Europa gefaßt wurden, war Zweck der Besprechungen, sondern das Kennenlernen, das achtungsvolle Treffen des Faschismus und des Nationalsozialismus, vertreten durch ihre Schöpfer und Führer, wobei die Idee des Friedens als Leitstern über den Unterredungen stand. Jedenfalls wäre es grundverkehrt, die später zeitweise eingetretene Trübung des deutsch-italienischen Verhältnisses in irgendeinen kausalen Zusammenhang mit der Italienfahrt des Reichskanzlers zu bringen. Von dem Scheitern einer deutsch-italienischen Uebereinkunft kann schon deshalb keine Rede sein, weil es gar nicht der Sinn von Venedig war, ein solches Abkommen zu treffen. Seine einmalige Bedeutung besteht nicht zuletzt in der sichtbaren Betonung dessen, was dem Nationalsozialismus und dem Faschismus gemeinsam ist — bei klarer Erkenntnis der Verschiedenheiten. — Zahlreiche Empfänge, Besprechungen, feierliche Veranstaltungen gaben den Tagen von Venedig das Gepräge. Der Führer hatte mit Benito Mussolini zwei eingehende Unterredungen. Von italienischer Seite nahmen an den offiziellen Zusammenkünften u. a. Unterstaatssekretär des Aeußeren Suvich, Baron Aloisi, der italienische Botschafter in Berlin Cerutti und der italienische Pressechef Graf Ciani, regen Anteil. — Vor 70000 Schwarzhemden erklärte der Duce:

„Wir haben uns zusammengetan, nicht um die Landkarte der Welt gewaltsam zu ändern, sondern um dem Frieden zu dienen. Wir wollen nicht die Schwierigkeiten des heutigen Augenblicks vermehren, sondern wir haben uns vereint, um zu versuchen, die Wolken zu zerstreuen, die den Himmel Europas umgeben. Wie ich schon früher gesagt habe, stehen wir vor der furchtbaren Alternative: Entweder findet Europa ein Minimum von einheitlichem Handeln und Verständnisbereitschaft oder es geht unwiederbringlich zugrunde."

In der Frühe des 16. Juni verließ der Führer mit seinem Gefolge Italien und traf am 17. Juni in Gera zum Abschluß des Thüringer Gauparteitages ein. In einer großen Rede nahm er auch zu den außenpolitischen Fragen Stellung. Wir bringen im folgenden diese Ausführungen, die programmatischen Charakter tragen. Der Führer erklärte:

Führerrede zum Gauparteitag in Gera

„. . . Wenn mir die Frage vorgelegt wird: „Was wollen Sie zur Befriedung der Welt tun?“, so sage ich: Wir haben das Höchste getan, indem wir ein 70-Millionen-Volk nicht nur im Geiste der Selbstachtung, sondern auch zum Geiste der Achtung der Rechte der anderen erzogen haben. Mögen auch die anderen Staatsmänner und Volksführungen den gleichen Geist vertreten, nämlich nicht nur ihr eigenes Recht wahrnehmen, sondern auch das Lebensrecht der anderen achten lernen.

Wir haben ein großes Ziel im Innern vor uns: eine gewaltige Reformarbeit an uns selbst, an unserem Leben, an unserem Zusammenleben, an unserer Wirtschaft, an unserer Kultur.

Wir haben ein großes Werk vor Augen. Dieses Werk stört nicht die andere Welt. Genau so, wie wir nicht das stören, was andere Völker bei sich tun. Wir haben in unserem Haus genug zu schaffen und möchten meinen, daß auch die anderen Völker genug im eigenen Hause zu tun haben sollten.

Ich glaube, wenn andere Staatsmänner einen Teil der Aufmerksamkeit, die sie den Vorgängen außerhalb ihrer Völker schenken, dem inneren Leben ihrer eigenen Völker widmen wollten, dann würde manches auf dieser Welt besser sein.

Wir wollen uns jedenfalls frei halten von diesen alten Menschheitsfehlern, die Splitter im Auge der anderen zu sehen und die Balken im eigenen Auge dabei zu vergessen. Wir möchten wünschen, daß die anderen sich ebenfalls um die eigenen Balken kümmern und das Herausziehen unserer Splitter unsere Sache sein lassen.

Wir Nationalsozialisten haben ein gigantisches Programm im Innern. Das verpflichtet uns, Friede und Freundschaft mit der anderen Welt zu suchen. Das verpflichtet uns aber auch, genau so dafür zu sorgen, daß die andere Welt uns in Frieden und Ruhe läßt. Denn so wenig wir die Absicht haben, jemandem auf dieser Welt ein Unrecht zuzufügen, so wenig lassen wir uns in Deutschland vergewaltigen.

Wenn jemand an uns die Frage richtet: „Was wollt ihr beitragen zur Befriedung der Welt?“, dann sagen wir: Wir sind ein Volk, das den Frieden liebt und den Frieden wünscht und das vor allem sich nicht um die Angelegenheiten anderer Völker kümmert.

Wir haben nur den Wunsch, daß die anderen denselben Weg zur Befriedung der Welt gehen. Wir sind der Meinung, daß vor allem auch die Presse aller Länder diesen Beitrag zur Befriedung der Welt liefern sollte und sich nicht Elementen zur Verfügung stellt, die ganz andere Ziele haben. Wir Nationalsozialisten kennen diese internationalen Elemente ganz genau, wir wissen, wer heute keinen Frieden will, wer fortgesetzt wühlt und fortgesetzt hetzt und die Völker vergiftet.

Was soll es heißen, wenn wir mit einem Volk den Frieden und die Verständigung wollen, und dann in dieser Presse lesen müssen, man dürfe sich nicht mit der deutschen Regierung verständigen, weil das ein Erfolg für diese Regierung wäre! So also gibt man zu, daß das

deutsche Volk glücklich wäre, wenn wir eine Verständigung bekämen, und dann wagt man trotzdem, dieses Volk vor der Welt zu verdächtigen.

Wir haben nur den einen Wunsch, daß sich bei den anderen Nationen immer mehr diejenigen durchsetzen, die in Erinnerung an die Greuel des vergangenen Krieges ebenfalls eine aufrichtige Völkerversöhnung wollen. Denn das wissen wir: Wenn diese internationale Clique von Hetzern ihre Ziele erreichen würde, dann würde man wieder die Völker, Millionen braver und anständiger Menschen, aber vermutlich keinen dieser internationalen Hetzer auf dem Schlachtfeld finden.

Wir Nationalsozialisten können nichts anderes tun, als unser Volk gegen diese Gefahr vorzubereiten. Wir sind entschlossen, uns hierbei von niemandem das Recht der Selbsterhaltung streitig machen zu lassen.

Wenn uns jemand sagt: „Wenn ihr Nationalsozialisten die Gleichberechtigung wünscht für Deutschland, dann müssen wir mehr aufrüsten", so können wir nur sagen: Unseretwegen könnt ihr das tun, denn wir haben ja nicht die Absicht, euch anzugreifen. Allein, wir wollen so stark sein, daß auch jedem anderen die Absicht vergeht, uns anzugreifen. Je mehr die Welt von Blockbildungen redet, um so klarer wird uns, daß man besorgt sein muß um die Erhaltung der eigenen Kraft.

Wir haben keine Komplotte mit anderen Völkern geschmiedet, haben aber besorgt zu sein dafür, daß nicht Komplotte anderer eines Tages das deutsche Volk vernichten und es um den Segen seiner inneren Arbeit bringen.

Da kann ich der ganzen Welt nur das eine versichern: So bedingungslos unsere Friedensliebe ist, so wenig Deutschland einen Krieg will, so fanatisch werden wir für die deutsche Freiheit und die Ehre unseres Volkes eintreten.

Die Welt muß wissen: Die Zeit der Diktate ist vorbei! So wenig wir die Absicht haben, einem anderen Volke einen Zwang aufzulegen, so sehr wehren wir uns gegen jeden Versuch, das deutsche Volk auch weiterhin unter einen dauernden Zwang zu legen.

Wir haben nicht das Gefühl, daß wir eine minderwertige Rasse sind, ein wertloses Pack auf dieser Welt, das von jedem getreten werden darf oder kann, sondern wir haben das Gefühl, daß wir ein großes Volk sind, das nur einmal sich selbst vergessen hat, das, verführt von wahnsinnigen Narren, sich selbst um seine Kraft brachte, und das aus diesem Wahnsinnstraum jetzt wieder erwacht ist." —

Unterredung Ribbentrops mit Doumergue

Einen Tag nach der Führerrede in Gera — am 18. Juni — hatte der Sonderbeauftragte des Reichskanzlers für Abrüstungsfragen, von Ribbentrop, eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue, nachdem er schon am 16. Juni mit Außenminister Barthou zusammengetroffen war. Gegenstand der Gespräche war die Abrüstungsfrage. —

Ungarnfahrt des Reichsverbandes der Deutschen Presse

Nachdem wir der Ungarnfahrt des Reichsverbandes der Deutschen Presse unter Führung von Gruppenführer Weiß (16. bis 23. Juni) gedacht haben, die wesentlich zur Wiederanknüpfung der alten herzlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland beitrug — Empfänge beim Reichsverweser von Horthy, Ministerpräsident Gömbös und Außenminister von Kanya, legten davon

Japanischer und siamesischer Besuch in Deutschland

Heß, Schmitt und von Papen vor den Vertretern der deutschen Außenhandelskammern

Zeugnis ab —, nachdem wir auch an den Deutschlandbesuch des japanischen Prinzen Tsunenori Kaya und später des siamesischen Königspaares erinnert und das Erscheinen der Reichsminister Rudolf Heß und Dr. Schmitt und des Vizekanzlers von Papen vor den Vertretern der deutschen Außenhandelskammern (28. Juni) erwähnt haben, wenden wir uns wieder der Entwicklung im Memelgebiet zu.

Litauische Amtsenthebung des memelländischen Landespräsidenten Dr. Schreiber

Neben den üblichen litauischen Schikanen gegen das Memeldeutschtum bemerkte man schon seit Beginn des Jahres ein systematisches Kesseltreiben gegen das Direktorium des Memelgebietes und seinen Präsidenten Dr. Schreiber. Am 28. Juni hatte Navakas, der litauische Gouverneur, sein Ziel erreicht: Er enthob Dr. Schreiber seines Amtes als Landespräsident und setzte ein neues, rein litauisches Direktorium unter Reizgys ein. Als fadenscheinige Begründung für diesen Gewaltstreich diente die unwahre Behauptung, Dr. Schreiber habe die antistaatliche nationalsozialistische Bewegung im Memelgebiet, die die Abtrennung von Litauen erstrebe, unterstützt. Da der Präsident des Direktoriums nur dann sein Amt aufzugeben hat, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Memellandtages besitzt (was nicht der Fall war), stellte die Amtsenthebung durch Navakas einen neuen unerhörten Rechtsbruch dar. Deutschland beantwortete diese Herausforderung am 9. Juli mit einer Note an die Signatarmächte des Memelstatuts. — Man wird Dr. Schreiber um seiner aufrechten deutschen Gesinnung und seiner unbestechlichen, gerechten Haltung willen nicht vergessen. —

Deutsche Note an die Signatarmächte des Memelstatuts

Der französische Kriegsmarineminister über die deutsche Flotte

Ehe wir auf den eindrucksvollen Appell des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Heß, vom 8. Juli näher eingehen, wollen wir nicht vergessen, den französischen Kriegsmarineminister Piétri zu zitieren, der am 30. Juni vor der französischen Kammer allen Ernstes behauptete, Deutschland werde durch seine Marineneubauten im Jahre 1937 „im Rahmen des Versailler Vertrages eine gewisse Ueberlegenheit über Frankreich haben". Ein Kommentar ist überflüssig. Der „Völkische Beobachter" bemerkt dazu:

> „Schlimmer und unritterlicher ist noch niemals in Frankreich über Deutschlands tatsächliche Schutzlosigkeit gehöhnt worden."

Rede Rudolf Heß an die Frontsoldaten der Welt

Wie anders war die Sprache, mit der sich der Stellvertreter des Führers an die Frontsoldaten der Welt und im besonderen an die französischen wandte! Er spricht zu den ehemaligen Gegnern, zu denen, die gleich ihm die Schrecken des Krieges kennen, sie um des Vaterlandes willen ertrugen. Er ruft das zu ihnen hinüber, was sie längst selbst bewegte — die Frage: Warum das

alles? Muß es immer und immer wieder völker- und kulturmordende Kriege geben? Rudolf Heß kann heute diese Frage stellen, denn im neuen Deutschland der Ehre wird niemand darin Ausdruck eines Pazifismus früherer „Prägung" sehen. Er kann es auch deshalb tun, weil die Welt sich über die fanatische Liebe des jungen Geschlechts zu seiner Heimat im klaren sein muß: „Zu einem ‚Spaziergang' in unser Land steht der Weg nicht offen", erklärt Rudolf Heß und fährt fort:

„Wie das französische Volk im großen Krieg jede Handbreit Boden mit aller Kraft verteidigt hat und jeden Tag von neuem verteidigen würde — genau so würden wir Deutsche heute es tun. Der französische Frontsoldat besonders wird uns verstehen, wenn wir jenen, die immer noch mit dem Gedanken eines Krieges spielen — den natürlich andere an der Front führen müßten als die Hetzer — zurufen:

Man soll es wagen, uns anzufallen!

Man soll es wagen, in das neue Deutschland einzumarschieren!

Dann soll die Welt den Geist des neuen Deutschlands kennenlernen!

Es würde kämpfen, wie noch kaum je ein Volk um seine Freiheit gekämpft hat!

Das französische Volk weiß, wie man den eigenen Boden verteidigt!.."

Und weiter heißt es in dem Appell an die Frontgeneration der Welt:

„... Aber wir glauben es nicht, was Brunnenvergifter der internationalen Beziehungen uns suggerieren wollen, daß irgendein Volk den Frieden Deutschlands und damit den Frieden Europas, wenn nicht der Welt, neuerdings stören wollte.

Wir glauben es insbesondere auch vom französischen Volke nicht. Denn wir wissen, daß auch dieses Volk Sehnsucht nach Frieden hat. So wie wir Frontkämpfer uns entsinnen, daß Frankreichs Bevölkerung hinter den Linien des Weltkrieges stets den Krieg als ein Unglück für sich und die ganze Welt bezeichnete. Mit aufrichtiger Sympathie hat man in Deutschland — und gerade bei den Frontkämpfern Deutschlands — Stimmen französischer Frontkämpferorganisationen vernommen, die eine ehrliche Verständigung mit Deutschland fordern. Eine Forderung, die zweifellos der Kenntnis des wirklichen Gesichts des Krieges ebenso entspricht, wie der Achtung, welche Frankreichs Frontkämpfer aus soldatischem Gefühl heraus den Leistungen der deutschen Frontkämpfer entgegenbringen."

Rudolf Heß spricht über den Gegensatz zwischen den ehrlichen Worten der Frontkämpfer und denen der interessengebundenen Parlamentarier, die nicht die Sprache des Volkes reden. Er wendet sich weiter an Louis Barthou, der doch politischen Weitblick mit persönlicher Kultur verbinde und sich selbst einen guten Kenner des deutschen Geisteslebens nenne. Heß spricht die Hoffnung aus, daß der französische Außenminister letzten Endes doch den deutschen Ver-

hältnissen Rechnung tragen und so maßgeblich an der Befriedung Europas mitarbeiten werde. Denn:

„Die Geschichte wird Männern, welche in so schweren Zeiten die Verständigung der Völker zuwege brachten, und damit die Kultur retteten, sicherlich mehr Lorbeeren flechten, als Männern, welche glauben, durch politische und militärische Angriffshandlungen Siege erringen zu können, ja, die gar wirklich Siege erringen.“

Pg. Heß spricht dann von der Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt und der Kulturgüter durch Vermeidung weiterer Kriege — Güter, die jedem einzelnen zugute kommen. Zum Schluß weist er auf die Forderung nach deutscher Gleichberechtigung hin, deren Nichterfüllung eine ernste Gefahr für den Frieden darstelle, da eine Wehrlosigkeit zu risikolosen Attacken der Nachbarn reize. Die große Rede endet mit einem aufrüttelnden Appell:

„Die Welt weiß insbesondere, daß der Frontkämpfer Adolf Hitler mit überraschender Offenheit seine wirklichen Gedanken ihr darlegt. Die Frontkämpfer in der Regierung Deutschlands wollen ehrlich Frieden und Verständigung. Ich appelliere an die Frontkämpfer in anderen Staaten, ebenso wie an die Gutwilligen in den Regierungen dieser Staaten, uns in diesem Ziele zu unterstützen.

Ich richte diesen Appell von heiliger ostpreußischer Erde her an die Frontsoldaten der Welt. Hier auf diesem deutschen Grenzlandboden begann einst das große Weltringen mit seinen furchtbaren Opfern; mit seinen Opfern, von denen noch heute die kämpfenden Nationen sich nicht erholt haben. Es möge das historische Kampfgebiet, von dem aus ich hier spreche, den ernsten Friedensruf in seiner Wirkung erhöhen. An Deutschlands Ostgrenze garantieren verständnisvolle Pakte den Frieden der Bewohner großer Nachbarstaaten. Mögen auch die Regierungen der Völker an den anderen Grenzen unseres Reiches bald eine größere Sicherheit für ihre Volksgenossen in friedlichen Verträgen des Verstehens sehen, statt in angehäuftem Kriegsmaterial, — das ist unsere Hoffnung.

Im Gedenken seiner Toten, deren viele für Ostpreußen fielen, wird in Deutschland der Wille zum Frieden stets stark und mächtig sein!

Die alten Soldaten der Front und die jungen Kämpfer für ein freies, stolzes und friedfertiges Reich grüßen den Frontkämpfer und ihren Führer Adolf Hitler. Grüßen wir alle ihn zugleich als den Kämpfer für den Frieden. Sieg Heil!“

Auslandsecho

Die Königsberger Rede erregte das Aufsehen der ganzen Welt. Wenn auch das Echo der Auslandspresse mehr objektiv als begeistert, mehr abwartend als zustimmend war und in Frankreich besonders mit dem üblichen Mißtrauen und böswilliger Verdrehung aufgenommen wurde, so war mit diesem Appell an die Frontsoldaten der Welt doch eine erste Brücke geschlagen. Und man durfte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch im Ausland die Männer finden werden, die den Mut, die Geduld und die Einsicht haben, sie zu betreten.

Staat und Jugend

Wenige Tage nach der Rede des Stellvertreters des Führers an die Frontsoldaten der Welt — am 11. Juli — erlebte Deutschland zum ersten Male den Staatsjugendtag und gab damit wieder einmal der Welt ein einzigartiges Vorbild: Die nationalsozialistische Lösung in der Zeiteinteilung der Jugenderziehung — die Lösung, die allen drei Faktoren der deutschen Jugenderziehung (Elternhaus, Hitlerjugend und Schule) gerecht wurde: Staatsjugendtag

a) Der Sonntag gehört dem Elternhaus und der Familie.

b) Der Sonnabend wird der Hitlerjugend für die ihr angehörenden Schüler als schulfreier Tag eingeräumt (Staatsjugendtag). Ebenso gehört ihr der Mittwochabend als Heimabend.

c) Die übrigen Wochentage stehen der Arbeit der Schule zur Verfügung.

Der Staatsjugendtag soll die Jugend aus dem engen Raum ins Freie führen. Er stellt nicht nur eine Schöpfung dar, die die großzügige und planvolle Arbeitsweise des Nationalsozialismus kennzeichnet. In ihm dokumentiert sich auch zum ersten Male in klarer Form die Anerkennung der Hitlerjugend als gleichberechtigter Erziehungsfaktor von seiten der Schule. Hitlerjugend

In der Tat übertrug der Staatsjugendtag der Hitlerjugend eine gewaltige Aufgabe — eine Aufgabe, die ihrer für die Zukunft so entscheidenden Zielsetzung würdig war. (Ueber Entwicklung, Organisation und Ziel der Hitlerjugend siehe Band 1933, Seite 199.)

Auf dem Reichsparteitag der NSDAP im Jahre 1934 sprach der Führer Adolf Hitler zur Hitlerjugend, seiner Jugend: Adolf Hitler über die Aufgaben der deutschen Jugend

„Alles muß erkämpft und erobert werden. Man wird dereinst nichts beherrschen, was man nicht vorher gelernt und sich selbst anerzogen hat. Und wir möchten nun, daß ihr deutsche Jungen und deutsche Mädchen, alles das aufnehmt in euch, was wir dereinst von Deutschland erhoffen, was wir in Deutschland sehen möchten.

Wir wollen ein Volk sein, und ihr, meine Jugend, sollt dieses Volk nun werden.

Wir wollen einst keine Klassen und Stände mehr sehen, und ihr dürft schon in euch diesen Klassendünkel nicht groß werden lassen!

Wir wollen einst ein Reich sehen, und ihr müßt euch dafür schon erziehen in einer Organisation!

Wir wollen einst, daß dieses Volk treu ist, und ihr müßt diese Treue lernen!

Wir wollen, daß dieses Volk einst gehorsam ist, und ihr müßt euch in Gehorsam üben!

Wir wollen, daß das Volk friedliebend, aber auch tapfer ist, und ihr müßt deshalb friedfertig sein und mutig zugleich!

Wir wollen, daß dieses Volk einst nicht verweichlicht wird, sondern, daß es hart sei, daß es den Unbilden des menschlichen Lebens Wider-

stand zu leisten vermag, und ihr müßt euch in der Jugend dafür stählen!

Ihr müßt lernen, hart zu sein, Entbehrungen auf euch zu nehmen, ohne jemals zusammenzubrechen!

Wir wollen, daß dieses Volk dereinst wieder ehrliebend wird, und ihr müßt euch schon in den jüngsten Jahren zu diesem Begriff der Ehre bekennen!

Wir wollen aber, daß ihr einst auch wieder ein stolzes Volk werdet, und ihr müßt in eurer Jugend in einem wahrhaften Stolz leben, müßt stolz sein als Junggenossen eines stolzen Volkes, auf daß dereinst euer Jugendstolz zum Stolz der Nation wird.

Alles, was wir vom Deutschland der Zukunft fordern, das, Jungen und Mädchen, verlangen wir von euch.

Das müßt ihr üben, und das müßt ihr damit der Zukunft geben. Denn was immer wir auch heute schaffen und was wir tun, wir werden vergehen.

Aber in euch wird Deutschland weiterleben, und wenn von uns nichts mehr übrig sein wird, dann werdet ihr die Fahne, die wir einst aus dem Nichts hochgezogen haben, in euren Fäusten halten müssen..."

Diese Sätze umschließen die Wucht der Verantwortung, die die kommende Generation trägt. Sie umschließen damit auch Verantwortung und hohe Aufgabe derer, denen diese Jugend anvertraut ist. Sie umreißen so Sein und Ziel der Jugend, die den Namen des Führers trägt und ihm und seinem Werk verschworen ist — der Hitlerjugend.

Fahnenweihe der Hitlerjugend in Potsdam

Und der Führer der Hitlerjugend, Reichsjugendführer Pg. Baldur von Schirach, konnte beim großen Weihetag der Hitlerjugendfahnen in Potsdam am 24. Januar mit stolzer Sicherheit und Entschlossenheit erklären:

„Diese Fahnen sollen niemals mißbraucht werden für die Idee einer Schicht; sie sind weder Fahnen einer Kaste noch einer Krone, sondern Fahnen des ganzen Volkes und des Führers, der dieses Volk zusammenschloß."

Einheit der Jugend

Aufgaben und Zukunft der vom Führer geeinigten Nation erforderten auch die Einheit der Jugend. Ihr hatten die Maßnahmen des Jahres 1933 gedient (Ernennung des Reichsjugendführers zum „Jugendführer des Deutschen Reiches", Eingliederung der Jugendbünde in die Hitlerjugend, Uebernahme des Jugendherbergswerks usw.). Und im Dezember 1933 waren auch sämtliche evangelischen Jugendorganisationen in die Hitlerjugend eingegliedert worden. Das war ein bedeutsamer Fortschritt. Konfessionelle Verschiedenheiten dürfen nicht die völkische Einheit der Jugend gefährden. Und mit Recht sagte daher der Reichsjugendführer in seiner schriftlichen Botschaft zum Appell der HJ-Führer des Gebietes Hochland (27. März):

Konfessionelle Jugendorganisationen

„Die zweite Aufgabe, die Eingliederung der katholischen Jugendverbände in die Hitlerjugend ist eine Forderung, die sich aus dem Totalitätsanspruch der nationalsozialistischen Jugendbewegung ergibt. Wenn die evangelischen Jugendverbände eingesehen haben, daß man sehr wohl konfessionelles Leben und Dienst in der Hitlerjugend miteinander verbinden kann, und dies auch durch die tatsächliche Eingliederung in die HJ zum Ausdruck bringen konnten, so ist es nicht einzusehen, warum die katholische Jugend in Deutschland eine Ausnahme machen soll und für sich einen Ausnahmezustand beanspruchen darf."

Da die ganze deutsche Jugend dies begriff, nahmen viele Führer und Mitglieder katholisch-konfessioneller Jugendorganisatinen selbständig ihren Uebertritt zur Hitlerjugend vor — wie z. B. im April zahlreiche katholische Jugendführer in Stuttgart, die ihren Schritt in einem Aufruf begründeten, in dem es u. a. heißt:

„. . . In der Erkenntnis, daß der Kanzler zu dem gigantischen Werke seines Wiederaufbaues alle Kräfte braucht, haben wir uns entschlossen, das Werden der Einheit der deutschen Jugend zu beschleunigen."

Baldur von Schirach über die Frage der konfessionellen Jugenderziehung

Auch in seinem 1934 erschienenen Buche „Die Hitlerjugend, Idee und Gestalt" nahm der Reichsjugendführer zum Problem der konfessionellen Jugendorganisationen Stellung und schrieb über die katholischen Kreise, die sich der Eingliederung in die Hitlerjugend noch widersetzten:

„. . . Anstatt die deutsche Jugend dort, wo sie einig sein kann und soll, zusammenzuführen, versuchen diese sogenannten Erzieher und Jugendführer selbst das Abkochen auf einer Wanderung als eine konfessionell bedingte Angelegenheit hinzustellen und meinen, der junge Mensch könnte Schaden an seiner Seele nehmen, wenn er erleben würde, daß außerhalb der katholischen Jugendorganisation auch noch andere Menschen leben. Die Tatsache, daß seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus rund 1½ Millionen Jugendliche aus den Lagern der katholischen Jugendverbände zur HJ übergetreten sind, spricht dafür, daß der Geist der Gefolgschaft ein besserer ist, als der der Führung und zeigt, wie auf die Dauer konfessionelles, bürokratisches Denken vor deutschem Sozialismus kapitulieren muß. . ."

Eindeutig und klar umreißt Pg. von Schirach den Standpunkt der Hitlerjugend in den Sätzen:

„. . . Zur Lösung der katholischen Jugendfrage in Deutschland gibt es nur diesen einen, für beide Teile gleich gangbaren Weg: Die katholische Jugendorganisation beschränkt sich auf ihren seelsorgerischen Bezirk und verzichtet auf den kostspieligen und unnötigen Verwaltungs- und Führungsapparat der Generalpräsides und Sekretäre. Wenn der Geistliche jedes Ortes die Jugend als Teil seiner Gemeinde kirchlich betreut, hat die Kirche ausreichend Gelegenheit, ihr religiöses Erziehungswerk auszuüben. Der Gedanke, protestantische und katholische, sogenannte Feldgeistliche oder HJ-Geistliche einzusetzen, widerspricht unserer Kameradschaft und ist daher nicht annehmbar. Wenn eine Feier der nationalsozialistischen Jugend von je einem katholischen und einem evangelischen Geistlichen bestritten wird, fühlt jeder Junge und jedes Mädchen die

Verschiedenheit des Bekenntnisses als eine Wand zwischen der Kameradschaft. Wo eben noch zwei junge deutsche Menschen Schulter an Schulter marschierten, dort geht dann ein Katholik und ein Protestant, und mit ihnen das Leid der deutschen Geschichte. . ."

Die Hitlerjugend ist die Organisation der deutschen Jugend. In ihr soll der junge Deutsche den Nationalsozialismus erleben. In ihrer Hand liegt in stärkstem Maße die geistige und willensmäßige Erziehung des deutschen Nachwuchses. Diese Tatsache fand auch sichtbaren Ausdruck in dem großen „Reichsberufswettkampf der Deutschen Jugend", der vom 9. bis zum 15. April zum erstenmal in Deutschland durchgeführt wurde und der von der Reichsjugendführung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsfront gestaltet worden war.

Reichsberufswettkampf

Der Aufruf zum Reichsberufswettkampf (1. März) lautete:

Aufruf!

Deutschland ist seit alten Zeiten das Land der Arbeit, das Land des Erfolges gewesen.

Gewissenhaftigkeit und Treue seiner Arbeiter sicherten ihm diesen Erfolg vor allen anderen Nationen der Welt.

Wenn wir heute die gesamte deutsche Jugend zur Teilnahme an dem vom 9. bis 15. April d. J. stattfindenden Reichsberufswettkampf auffordern, tun wir es in der Erwartung, daß sich Deutschlands Jugend der Größe dieses Auftrages bewußt werden möchte und sich des Erbes seiner Väter würdig zeige.

Heil Hitler!

und war vom Jugendführer des Deutschen Reiches und vom Führer der Deutschen Arbeitsfront unterzeichnet, außerdem vom Reichsinnenminister, Reichspropagandaminister, Reichswirtschaftsminister, Reichsernährungsminister und Reichsarbeitsminister.

Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierung und die Bevorzugung ungelernter Arbeitskräfte in der Industrie hatten ein inneres Verhältnis des Jungarbeiters zu einer qualifizierten und aus tiefem Ethos geborenen Berufsarbeit meist zerstört bzw. gar nicht erst entstehen lassen. Der erfolgreiche Reichsberufswettkampf trug dazu bei, diese ungesunde Entwicklung nicht nur aufzuhalten, sondern die lernende und schaffende Jugend auch wieder seelisch mit ihrer Arbeit zu verbinden. —

Sozialismus der Jugend

In der unterschiedslosen Zusammenfassung und Vereinigung der deutschen Jugend aller Stände liegt die Voraussetzung dafür, daß ein Deutschland heranwächst, dem Standesdünkel und Klassenkampf unbekannte Begriffe sind. Die Hitlerjugend wird so zum wichtigsten Garanten für die sozialistische Marschrichtung des Volkes. Ueber die sozialistische Haltung der Jugend schreibt Pg. von Schirach in seinem bereits genannten Buche:

„... Sozialismus heißt nicht, dem einen die Früchte seiner Arbeit nehmen, um allen etwas von der Arbeit des einen zu geben. Jeder soll arbeiten, aber auch jeder soll die Früchte seiner Arbeit ernten. Es soll auch nicht einer reich werden dadurch, daß Tausende für ihn Not leiden müssen. Wer seine Arbeiter ausbeutet und die Gemeinschaft ausplündert, um seine Kassen zu füllen, ist ein Feind des deutschen Volkes. Gegen ihn, den verächtlichen Ueberlebenden einer überwundenen Zeit marschiert eine neue. Millionen der Jugend stehen gegen ihn auf. Sie vertreten nicht ihre Interessen, sondern das Wohl der Nation. Der Wille des Führers ist in ihnen lebendig, der ihnen das Wort gab, nach dem sie sich richten: „Nichts für uns, alles für Deutschland!"

Die deutsche Jugend wird ein verantwortungsvolles und heiliges Erbe empfangen. Der deutsche Weg ist nicht einfach. Aber unendlich viel größer als die Schwierigkeiten dieser Zeit ist das Glück, den seit Jahrhunderten gewaltigsten geschichtlichen Umbruch miterleben und an der Gestaltung einer größeren und besseren Zukunft mit schaffen zu dürfen — ein Glück, wie es nur sehr wenigen Generationen zuteil wird. Und Alfred Rosenberg konnte daher am 27. Juni in seiner Rede an die deutsche Jugend voller Hoffnung sagen:

Rede Rosenbergs an die deutsche Jugend

„... Die Arbeit ist schwer, aber ich bin der tiefen Ueberzeugung, daß die deutsche Jugend von heute sich auch dessen bewußt ist, daß sie die Ehre hat, in einer der größten Epochen deutscher Geschichte zu leben, daß sie, wenn sie diese große Pflicht erfüllt, innerlich sicher und stark in das Leben treten und dieses Leben meistern wird."

Rundfunkrede des Reichsjugendführers an die deutschen Eltern

Ueber die gegenwärtige Aufgabe und Leistung der Hitlerjugend sprach am 30. August der Reichsjugendführer Baldur von Schirach durch den Rundfunk zu allen deutschen Eltern, denen er gleichzeitig Dank sagte für das bewiesene Vertrauen. Aus seinen Ausführungen ist unter anderem die mitgeteilte Tatsache hervorzuheben, daß allein im Juli über eine Million Jungen unter dem Zeltdach gewesen sind, daß also in bisher einzig dastehendem Ausmaße die deutsche Jugend (ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen Lage) zu gesunder und kraftvoller Erholung — fern von lichtlosen Großstadtvierteln — geführt wurde. Aus der Rede ist weiter die Mitteilung hervorzuheben, daß der Grundsatz der Freiwilligkeit in der Zugehörigkeit zur Hilterjugend nach wie vor aufrechterhalten bleibt und daß bereits 90 Prozent der Jugend sich der HJ angeschlossen haben.

Urlaub für die werktätige Jugend

Kommunalpolitische Schulungswoche der HJ

Von der Vielgestaltigkeit der Arbeit der HJ zeugte die Aktion zur Erlangung von Urlaub für minderjährige Berufstätige — die Kommunalpolitische Schulungswoche, die vom Sozialamt der Reichsjugendführung zusammen mit dem Deutschen Gemeindetag veranstaltet wurde und ab 23. Oktober die Sozialreferenten der HJ aus dem ganzen Reiche zu gemeinsamer Arbeit zusammenführte

Deutscher Landdienst — die Arbeit des „Deutschen Landdienstes" (Artamanenbewegung) in der HJ auf dem Gebiete der Landhilfe — die Auslandsarbeit der Reichsjugendführung, die eine Organisation der reichsdeutschen Jugend des Auslandes schuf — und zahlreiche andere Arbeiten auf anderen Sachgebieten. —

Auslandsarbeit der Reichsjugendführung

6 Millionen in der HJ

Und gegen Jahresende waren es sechs Millionen Jungen und Mädel, die in der Hitlerjugend ihre völkische Gemeinschaft gefunden hatten und zum Dienst an der Nation erzogen wurden. —

NS-Lehrerbund

Als Erziehungsfaktor von derartigem Ausmaß ergab sich für die Hitlerjugend zwangsläufig der natürliche Berührungspunkt mit dem „Nationalsozialistischen Lehrerbund" (siehe Band 1933, Seite 144), der die Lehrer auf nationalsozialistischer Grundlage zusammenfaßte. (So fand z. B. am 9. Februar eine Aussprache des Reichsjugendführers mit dem Reichsleiter des NS-Lehrerbundes, Pg. Staatsminister Schemm, statt, die diese Zusammenarbeit erneut festlegte.)

Zur endgültigen Klärung der organisatorischen Lage in der Lehrerschaft hatte im Januar der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Pg. Dr. Ley, eine Verfügung erlassen, in der der NS-Lehrerbund zur parteiamtlichen Organisation des Deutschen Erziehertums erklärt wurde. (Die Reichstagung des NS-Lehrerbundes in Frankfurt am Main vom 3. bis zum 6. August wurde zur größten Erziehertagung, die Deutschland je erlebt hatte. Die aus dem Blute geborene Weltanschauung war die bewußte Grundlage aller auf dieser Tagung gegebenen Richtlinien.)

Reichstagung des NS-Lehrerbundes in Frankfurt a. M.

Landjahr

Eine Jugend zu erziehen, die in körperlicher und geistiger Harmonie Unterpfand nationalsozialistischer Volksgemeinschaft ist, mußte auch vornehmste Aufgabe des Staates und der in seiner Hand liegenden Schulerziehung sein. In diesem Geiste wurde das Landjahr geschaffen, das der preußische Kultusminister Pg. Rust bereits im Januar ankündigte und das die unselige Kluft überwinden sollte, die von der Großstadt zwischen Millionen deutscher Menschen und der mütterlichen Erde aufgerissen worden war.

Das preußische „Gesetz über das Landjahr" vom 29. März bestimmte:

> Um die seelische Verbundenheit der schulentlassenen Stadtjugend mit Heimat und Volkstum und das Verständnis für den völkischen Wert gesunden Bauerntums zu vertiefen, hat das Staatsministerium das folgende Gesetz beschlossen:
>
> § 1
>
> Landjahrpflicht.
>
> Zur Teilnahme am Landjahr sind alle Kinder verpflichtet, die die Schule nach Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht verlassen und zum Landjahr einberufen werden.

§ 2

Träger des Landjahrs.

Das Landjahr ist eine Angelegenheit des Staates.

§ 3

Aufbringung der Kosten.

Die persönlichen Kosten des Landjahrs trägt der Staat Preußen. Die sächlichen Kosten tragen die Schulverbände....

§ 4

Landjahrleiter.

Die Kinder werden während des Landjahrs in Heimen von Leitern und Helfern, die der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung oder die von ihm beauftragten Behörden bestellen, betreut.

§ 5

Innere Ausgestaltung.

Während des Landjahrs werden die Kinder nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates erzogen. Ihre Gesundheit wird durch landwirtschaftliche Arbeit und durch Leibesübungen jeder Art gefördert.

§ 6

Aufsicht.

Die Aufsicht über das Landjahr obliegt dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Sie wird ausgeübt durch den zuständigen Regierungspräsidenten.

§ 7

Berufsschulpflicht.

Während der Landjahrzeit ruht die gesetzliche Berufs- und Fortbildungsschulpflicht.

§ 8

Durchführung.

Mit der Durchführung des Gesetzes wird der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beauftragt....

§ 9

Inkrafttreten.

Das Gesetz tritt am 1. April 1934 in Kraft.

Das Landjahr erfaßt so die 14- bis 15jährigen Schulentlassenen und leistet an ihnen nationalpolitische Erziehungsarbeit von stärkster Wirkung. Die mit dieser Arbeit beauftragten Leiter wurden in besonderen Lagern auf ihre Aufgaben vorbereitet. (Bereits am 11. Januar war das erste Führerschulungslager für das Landjahr im VDA-Heim Hubertushöhe bei Storkow eröffnet worden.)

Das zunächst als Probejahr durchgeführte erste Landjahr (Ostern 1934 bis Weihnachten 1934) sollte mit den hier gewonnenen Erfahrungen die Voraussetzung für die endgültige Ausgestaltung schaffen. Für dieses erste Landjahr kamen praktisch 25000 Schulentlassene in Frage.

Das Landjahr erwies sich nicht nur als eine nationalerzieherisch hervorragende Leistung, sondern gleichzeitig auch als eine fühlbare Entlastungsmaßnahme auf dem gesamten Arbeitsmarkt.

Von den jugenderzieherischen Maßnahmen in Preußen seien außerdem folgende erwähnt:

Berufs- und Fachschulen

Anfang Februar betonte ein Erlaß des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit über die staatspolitische Erziehungsarbeit an den Berufs- und Fachschulen, daß die oberste Aufgabe die Erziehung zum Dienst an Volk und Staat in nationalsozialistischem Geiste sei.

Volks- und Mittelschulen

Am 3. April brachte ein Erlaß des preußischen Kultusministers eine neue Verfassung für die Volks- und Mittelschulen, nachdem bereits ein Erlaß vom 9. Dezember 1933 sämtlichen Lehrerkonferenzen nur noch beratende Bedeutung zugesprochen hatte. Der neue Erlaß trug dem nationalsozialistischen Geiste im organisatorischen Aufbau der Volks- und Mittelschulen in der Weise Rechnung, daß er bestimmte, daß von nun an der Schulleiter (Rektor, Hauptlehrer) in vollem Umfang allein der Schulaufsichtsbehörde dafür verantwortlich ist, daß seine Schule im Sinne der behördlichen Vorschriften für die Volksgemeinschaft arbeitet und auch nach außen das Ansehen genießt, das einer deutschen Volkserziehungsanstalt gebührt. Er ist der dienstliche Vorgesetzte seiner Lehrkräfte, die seine dienstlichen Anordnungen zu befolgen haben. Durch den Besuch des Unterrichts hat er sich davon zu überzeugen, daß die Arbeit der Lehrkräfte den dienstlichen Anforderungen entspricht. Weiterhin werden die Fragen von Lehrerschaftssitzungen, Vertretungen, Beurlaubungen, Zwistigkeiten von Lehrkräften und Meinungsverschiedenheiten zwischen Lehrkräften und Eltern von Schulkindern geregelt. Der Schulleiter übernimmt mit den ihm übertragenen Rechten die Aufgabe, bei allen Dienstobliegenheiten durch strenge Pflichttreue und aufopfernde Arbeitsfreudigkeit ein erziehliches Vorbild für Lehrer und Schüler im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung zu geben. Ebenso wurde die persönliche Verantwortung des Lehrers für seine Arbeit festgelegt.

Nationalsozialistische Oberschule

(Erwähnt sei auch die Schaffung der nationalsozialistischen Oberschule „Starnberger See", die am 23. April in Feldafing eingeweiht wurde.) —

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Von besonders entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des kulturellen und erzieherischen Lebens in Deutschland wurde ein Erlaß des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vom 1. Mai, demzufolge für das gesamte Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtswesen, sowie für die Aufgaben der Wissenschaft ein Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung geschaffen wurde. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte wurde damit eine einheitliche Zentralstelle für diese Fragen errichtet. Auf Grund eines Erlasses des Reichskanzlers vom 11. Mai gingen aus dem Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern folgende Aufgaben auf das neue Reichsministerium über:

1. Wissenschaft:

Allgemeine Angelegenheiten der Wissenschaft, auch in ihren Beziehungen zum Ausland, Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Chemisch-Technische Reichsanstalt, Reichsanstalt für Erdbebenforschung, Reichswichtige wissenschaftliche Anstalten des In- und Auslandes, Wissenschaftliches Büchereiwesen, Volkskunde, Archäologisches Institut.

2. Erziehung und Unterricht:

Hochschulangelegenheiten, Studentenhilfe, Reichsfachschaftsführer der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen, Allgemeine Schulangelegenheiten, Volksschulen, Höhere Schulen, Privatschulen, Berufs- und Fachschulen, Deutsches Schulwesen im Ausland, Auslandsschulen.

3. Jugendverbände.

4. Erwachsenenbildung.

Auf den bezeichneten Gebieten ist der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für alle Aufgaben einschließlich der Gesetzgebung federführend. Für die Beteiligung der übrigen Reichsminister gelten die allgemeinen Grundsätze.

Reichserziehungsminister Rust

Zum Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde der preußische Kultusminister Rust ernannt. —

Aenderung in der Grundeinteilung des Schuljahres

Reichserziehungsminister Rust machte am 8. Juni (vor der oberbayerischen Lehrerschaft in München) Mitteilung von einer Aenderung in der Grundeinteilung des Schuljahres — eine Aenderung, die wiederum Zeugnis ablegte vom Erneuerungswillen des Nationalsozialismus: Unter Kürzung der Weihnachts- und Osterferien werden die Sommerferien um vier Wochen (also auf acht Wochen) verlängert. Pg. Rust erklärte, daß diese zusätzlichen vier Wochen der Lehrerschaft dazu dienen sollen, sich alljährlich in Gemeinschaftslagern nationalpolitisch, wissenschaftlich und körperlich zu überholen. Dadurch werde eine ständig wiederkehrende Leistungsprüfung ermöglicht, bei der sich ergeben müsse, wer als Lehrer und Erzieher für sein verantwortungsvolles Amt noch die notwendige jugendliche Spannkraft besitze, ohne die eine nationalsozialistische Erziehung einfach undenkbar sei. —

Hochschulen

Wesentlich schwieriger war die wirklich nationalsozialistische Gestaltung der Hochschulen in ihrer geistigen Struktur. Der politisch niedergerungene Liberalismus versuchte hier unter dem Deckmantel der objektiven und absoluten Wissenschaft, seine Stellung zu halten. Mehr als einmal wurden in wissenschaftlich getarnter Form Angriffe gegen die weltanschaulichen Fundamente des Nationalsozialismus gerichtet.

Hochschultagung der NSDAP

Demgegenüber nahm eine Hochschultagung der NSDAP im Braunen Haus in München (15. Januar) sehr eindeutig Stellung. Die Tagung, die in Anwesenheit des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, durchgeführt wurde, gestaltete sich zu einer scharfen Kampfansage gegen Liberalismus und Reaktion auf

den deutschen Hochschulen und betonte das **Primat** des **Nationalsozialismus als Strahlenpunkt des neuen deutschen Denkens**. Die Tagung forderte programmatisch: Vereinigung des Verfahrens zur Berufung von Hochschullehrern, Beseitigung der Vettern- und Cliquenwirtschaft im Hochschulleben, Beseitigung des Mißbrauchs mit der Verleihung von Ehrenpromotionen, Verbesserung der rechtlichen und materiellen Stellung der außerordentlichen gegenüber den ordentlichen Professoren und Aufhebung des zahlenmäßigen Mißverhältnisses zwischen diesen beiden Gruppen von Hochschullehrern. Die Tagung stellte fest, daß auf die theologische Universität des Mittelalters und die philosophisch-humanistische Universität mit kosmopolitischer Geisteshaltung die **völkisch-politische Universität des nationalsozialistischen Staates** folgen müsse.

Preußische Hochschulrektorenkonferenz

Anläßlich der **preußischen Rektorenkonferenz** in Berlin (Februar) faßten die Hochschulrektoren eine **Entschließung**, die diesem Wollen Rechnung trug, und in der es hieß:

> „... Der Nationalsozialismus ist die **einzige lebendige und schöpferische Macht**, die die Wissenschaft und die deutsche Universität befreit aus der rein spezialistischen, theoretischen und fachlichen Zersplitterung und sie hinführt **zu den tieferen Lebens- und Schicksalsfragen des deutschen Volkes**. Die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Universität bedeutet nicht Ablehnung, sondern sie entspringt aus der radikalen Forderung nach einem **neuen Sinn der Wissenschaft und der Universität**, wie er in der ganzen deutschen Geschichte noch niemals erfaßt und verwirklicht worden ist..."

Hochschulkommission der NSDAP

Dem festen nationalsozialistischen Willen, der in der weiter oben behandelten Hochschultagung der NSDAP zum Ausdruck gekommen war, wurden die organisatorischen Voraussetzungen in einer **Hochschulkommission der NSDAP** geschaffen. Die diesbezügliche Verfügung des Stellvertreters des Führers hatte folgenden Wortlaut:

> Um eine ständige Fühlungnahme zwischen der Reichsleitung der NSDAP und allen Ministerien, in deren Bereich Anordnungen, Habilitationen, Berufungen usw. weltanschaulicher Natur fallen (Universitäten, wissenschaftliche Forschungsinstitute usw.), zu ermöglichen, wird eine Kommission eingesetzt zum Zwecke der Prüfung aller aus der Bewegung und vom Führer des Deutschen Hochschulverbandes eingehenden Vorschläge, die diese dann bei positiver Bewertung den entsprechenden Ministerien befürwortend zuleitet. Ferner hat diese Stelle die Aufgabe, die Absichten in grundsätzlicher und personeller Hinsicht, die in diesen Ministerien bearbeitet werden, zur Stellungnahme entgegenzunehmen.
>
> Die Kommission untersteht mir persönlich. Mitglieder dieser Kommission sind: Der Beauftragte des Führers für die Ueberwachung der weltanschaulichen Erziehung, Pg. Alfred **Rosenberg**, und die beauftragten Hochschulreferenten des Reichsjustizkommissars, Pg. Dr. **Frank**, des Leiters des NS-Lehrerbundes, Pg. **Schemm**, und des

Leiters des Sachverständigen-Beirates für Volksgesundheit, Dr. med. **Wagner.**

gez. Rudolf **Heß.**

München, den 10. Juli 1934.

Das Wesentlichste an all diesen Fragen war ja schließlich, daß es sich hier um die Erziehung der **deutschen Hochschuljugend** handelte. — Hochschuljugend

In Fortsetzung des im Jahre 1933 beschrittenen Weges zur geschlossenen Zusammenfassung aller Studierenden in der „Deutschen Studentenschaft" (siehe Band 1933, Seite 151) **unterstellte** ein Erlaß vom 20. Januar sämtliche **studentischen Verbände** dem Führer der Deutschen Studentenschaft (DSt). Von wesentlicher Bedeutung war auch eine Erklärung des Kartellverbandes der farbentragenden katholischen Studentenverbindungen (CV) und der „katholischen Burschenschaften" vom 31. Januar, in der sie das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Revolution als Grundlage ihrer Erziehungsarbeit ablegten und die konfessionelle Schranke derart fallen ließen, daß sie künftighin **jeden** deutschen Studenten (der Mitglied der DSt ist) aufnehmen wollten. — Studentische Verbände dem Führer der Deutschen Studentenschaft unterstellt — Erklärung des CV und der katholischen Burschenschaften

Als Reichsinnenminister Dr. **Frick** am 29. Januar im Berliner Sportpalast anläßlich einer Kundgebung des „Allgemeinen Deutschen Waffenrings" und der DSt sprach, stellte er fest, daß die Korporationen der früheren Zeit ein gut Teil Schuld an der volksfremden Haltung des früheren Akademikers trügen. Lediglich mit „sozialem Verständnis" für das Volk und seine Bedürfnisse und Nöte sei noch nichts getan. Das sei die Formel, mit der die Reaktion den Sozialismus um seine Verwirklichung betrüge. — Rede Dr. Frick vor dem Waffenring in Berlin

Drei Tage vorher (26. Januar) hatte Reichsarbeitsführer Pg. **Hierl** bei einer großen Kundgebung für die studentische Arbeitsdienstpflicht in Berlin in großen Zügen das Wesen des Arbeitsdienstes als Ehrendienst am deutschen Volk und als Schule des Gemeinschaftsgeistes erklärt. — Rede Hierls vor der Studentenschaft

Und im Februar verkündete die Deutsche Studentenschaft mit Unterstützung des Reichsinnenministeriums und des Reichsarbeitsführers die **halbjährige Dienstpflicht** für alle Abiturienten, die Ostern 1934 die Hochschulreife erhielten und zum Hochschulbesuch gewillt waren. Für die Dienstpflichtigen begann am 5. Mai der Dienst, der vier Monate Arbeitsdienst und sechs Wochen SA-Lagerdienst umfaßte. — Studentische Arbeitsdienstpflicht

Um die Durchführung dieser Arbeitsdienstpflicht-Verkündigung zu gewährleisten, gab der preußische Kultusminister am 21. April einen entsprechenden Runderlaß heraus. (Ausländer und Nichtarier waren

von der Regelung ausgenommen. Auslandsdeutsche Studenten konnten am Diensthalbjahr teilnehmen.)

Führerrede zur Studentenschaft

„Die politische Führung der Nation muß die wesentlichste Unterscheidung vom übrigen Volk nicht in einem höheren Genuß suchen, sondern in einer härteren Selbstzucht!" — so sprach der Führer am 7. Februar vor der Studentenschaft in der Berliner Philharmonie, als Reichsinnenminister Dr. Frick die neuen Verfassungen der Studentenschaft verkündete. Pg. Dr. Frick trat in seiner Ansprache der Anschauung entgegen, als ob im Erlaß der neuen Verfassungen durch den Reichsinnenminister eine Verstaatlichung der Studentenschaften zum Ausdruck komme. Das Reich sichere der Studentenschaft nur den Raum und Rahmen, innerhalb dessen sie in eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten selbst verwalte. Wer sein Amt in der tiefsten Hingabe an den Nationalsozialismus versehe, werde seinen Lohn und den Dank des Volkes darin finden, daß er an besonders verantwortungsvoller Stelle seinen Teil zu dem großen und schweren Erziehungswerk beitragen dürfe, das der Führer auf sich genommen habe.

Verfassungen der Studentenschaft

Deutsche Studentenschaft

Drei Verfassungen wurden erlassen: 1. Die Verfassung der Deutschen Studentenschaft als dem Zusammenschluß aller deutschen Studenten an den Hochschulen im geschlossenen deutschen Sprachgebiet; 2. Die Verfassung der Deutschen Fachschulschaft als der Zusammenfassung aller Studierenden (Besucher, Schüler) deutscher Abstammung und Muttersprache der in das Fachschulschaftsverzeichnis eingetragenen Fachschulen; 3. die Verfassung der Reichsschaft der Studierenden als der Zusammenfassung der Deutschen Studentenschaft und der Deutschen Fachschulschaft. Diese drei Verfassungen bilden ein einheitliches Ganzes, zusammengeschmiedet durch einheitliche Aufgabe und einheitlichen Geist, wie er in der Verfassung der Deutschen Studentenschaft zum Ausdruck kommt:

Deutsche Fachschulschaft

Reichsschaft der Studierenden

Verfassung der Deutschen Studentenschaft

„Die Deutsche Studentenschaft ist die Vertretung der Gesamtheit der Studenten. Sie steht dafür ein, daß die Studenten ihre Pflichten in Hochschule, Volk und Staat erfüllen. Vor allem hat sie die Studenten durch die Verpflichtung zum SA-Dienst und Arbeitsdienst und durch politische Schulung zu ehrbewußten und wehrhaften deutschen Männern und zum verantwortungsbereiten selbstlosen Dienst in Volk und Staat zu erziehen. Durch lebendige Mitarbeit an den Aufgaben der Hochschulen sichert sie die unlösliche Verbundenheit von Volk und Hochschule und einen im Volke wurzelnden, an Leib und Seele starken und geistig tüchtigen akademischen Nachwuchs. Sie verbindet die deutschen Studenten im Reiche und jenseits der Grenzen untereinander und pflegt würdige Beziehungen zu den Studentenschaften des Auslandes und zu den ausländischen Gästen an den deutschen Hochschulen.

Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit liegt bei dem SA-Hochschulamt.

Die politische Erziehung innerhalb der Deutschen Studentenschaft ist dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund anvertraut.

Im Rahmen ihrer Aufgabe verwaltet und verantwortet die Deutsche Studentenschaft ihre Angelegenheiten selbst. Unter Ausschluß jeder, auch bekenntnismäßiger Sonderung wahrt sie die Einheit und Geschlossenheit der studentischen Arbeit."

In klarer Eindeutigkeit ist in der neuen Verfassung das Führerprinzip durchgeführt. Der Reichsminister des Innern ernennt den Reichsschaftsführer der Studierenden an den Hoch- und Fachschulen. Der Reichsschaftsführer ernennt seinerseits den Führer der Deutschen Studentenschaft und den Führer der Deutschen Fachschulschaft. Beide müssen vom Reichsinnenminister bestätigt werden. Dem Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, dessen Amtszeit in der Regel ein Jahr beträgt und dem alleinverantwortlich die Vertretung nach innen und außen obliegt, stehen, in beratender Funktion, Arbeitskreis, Kammer und Verbändebeirat zur Seite. Ständige Mitglieder des Arbeitskreises sind der Reichsführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), der Reichsführer der Deutschen Fachschulschaft, der Führer des Allgemeinen Deutschen Waffenringes, der Obmann des Verbändebeirats und die beiden Aeltesten, die nach der Verfassung des Vorjahres noch das Recht hatten, den Führer der Studentenschaft seines Amtes zu entheben, jetzt aber als frühere Reichsführer vor allem die Kontinuität der Selbstverwaltungsarbeit zu gewährleisten haben. Zu der Kammer, die aus der Reichsleitung des NSDStB und den Kreisleitern besteht, können Vertreter von Aufgabengebieten, die sich mit der Arbeit der DSt berühren, hinzugezogen werden. Die Verfassung behandelt weiter den Verbändebeirat, die einzelnen Aemter, den Deutschen Studententag als jährliche Kundgebung deutschen Studententums, die Vermögensverwaltung, den Spruchhof (für Rechtsstreitigkeiten) und den Obersten Ehrenrat (für Fragen der Amtspflichtverletzung und Unwürdigkeit).

Von weiteren staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Studentenschaft seien erwähnt:

Neuordnung des studentischen Gesundheitsdienstes

Der **Erlaß zur Neuordnung des studentischen Gesundheitsdienstes** (29. Januar) vom preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (der Erlaß regelte den gesamten Gesundheitsdienst — Pflichtuntersuchung, Krankenkasse, Krankenfürsorge, Unfallfürsorge, gesundheitspolitische Fürsorge — einheitlich und übertrug ihn den örtlichen Studentenwerken) — und die **Verordnung über die Bildung des Reichsstudentenwerkes** (2. November) vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. In der Satzung des Reichsstudentenwerks heißt es als Stück 1:

Reichsstudentenwerk

Das Reichsstudentenwerk ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sein Sitz ist Berlin. Das Reichsstudentenwerk hat die Aufgabe, jeder volksdeutschen Begabung ohne Rücksicht auf Herkommen und wirtschaftliche Kraft den Zugang zur deutschen Hochschule zu ermöglichen. Sein Ziel ist die Auslese der Tüchtigsten im Sinne nationalsozialistischer Forderungen.

Führerwechsel in der Studentenschaft

Am 19. Juli trat in der Deutschen Studentenschaft und gleichzeitig im NS-Studentenbund ein Führerwechsel ein, der gleichzeitig organisatorische Veränderungen im NS-Studentenbund nach sich zog. (Pg. Dr. Staebel trat von seinen Aemtern als Reichsschaftsführer der Studierenden und als Reichsführer des NSDStB zurück.) Reichserziehungsminister Rust ernannte zum Reichsschaftsführer den Pg. Andreas Feickert, der auch schon in früheren Jahren im nationalsozialistischen Hochschulkampf an führender Stelle gestanden hatte und der jetzt gleichzeitig die Führung der Deutschen Studentenschaft übernahm.

Reichsschaftsführer Feickert

NS-Studentenbund dem Stellvertreter des Führers unmittelbar unterstellt

Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, gab am gleichen Tage bekannt:

„. . . Der NS-Studentenbund untersteht im Einvernehmen mit dem Pg. von Schirach ab heute mir direkt.

Bis zur Ernennung eines neuen Führers des NS-Studentenbundes, die ich mir selbst vorbehalte, beauftrage ich mit der Neuorganisation desselben meinen Vertrauensmann Pg. Dr. med. Wagner, München, Braunes Haus."

Damit war der Ansatzpunkt für die weitere Neugestaltung des NS-Studentenbundes (siehe 17. Abschnitt) gegeben.

Das Reich und seine Gegner

„Der Sieg einer Partei ist ein Regierungswechsel, der Sieg einer Weltanschauung ist eine Revolution, und zwar eine Revolution, die den Zustand eines Volkes tiefinnerlich und wesenhaft umgestaltet."

Im Geiste dieser Worte, die der Führer am 20. März zu seiner Alten Garde in München sagte, gestaltete sich Volk und Reich.

Geburtstag des Führers

Und als einen Monat später — am 20. April — der Führer Adolf Hitler seinen Geburtstag beging, war sich ein geeintes Volk des Glückes bewußt, einen Großen als Führer zu besitzen. Und es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß 11 Jahre früher — am 20. April 1923 — Alfred Rosenberg einen Aufsatz mit der Ueberschrift „Deutschlands Führer" im „Völkischen Beobachter" geschrieben hatte, in dem es hieß:

„... wir können schon heute sagen, daß der Name Hitler nicht nur für uns mystischen Klang angenommen hat. Unter diesem Namen wird das deutsche Volk einmal geschieden werden in Spreu und Weizen. Dieser Name geht schon eben als Symbol durch die ganze Welt. Gehaßt und geliebt, wie alles Große ..."

Diese seherischen Worte sind Wirklichkeit geworden. Der Führer und Deutschland sind eins.

(Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß beim vorjährigen Geburtstage des Führers die Hitler-Spende ihren Anfang genommen hatte, die bis zum Sommer 1934 bereits 220000 Urlaubs-, Erholungs- und Sanatoriumsplätze an SA-Männer und bewährte Parteigenossen vergeben konnte — und die damit dem Geiste des Führers mehr entsprach als rauschende Feste, die er für seinen Geburtstag regelmäßig ablehnte.) Adolf-Hitler-Spende

Der Geist des Führers schuf den Nationalsozialismus und die NSDAP. Er schuf auch die Grundlagen des Dritten Reiches, dessen Errichtung wir erleben. Das (schon behandelte) „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" hatte die Reichsreform eingeleitet, und Reichsinnenminister Dr. Frick betonte in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder (die am 23. März im Reichsinnenministerium stattfand), die Herstellung der Reichseinheit sei eine geschichtliche Aufgabe, wie sie in Jahrtausenden nur einmal einer Nation gestellt werde. Im übrigen stellte er fest, daß eine Ueberstürzung der Reichsreform weder erforderlich noch beabsichtigt sei und daß der Neuaufbau planmäßig durchgeführt werde. Reichsreform

Im Zuge dieser Entwicklung fand auch die Uebernahme der preußischen Fachministerien durch die zuständigen Reichsminister statt, soweit dies nicht bereits geschehen war. So wurde am 22. Juni der Reichsjustizminister Dr. Gürtner mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Justizministers beauftragt. (Der bisherige preußische Justizminister Pg. Kerrl wurde zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt.) Am 23. Juni folgte die feierliche Uebergabe der Amtsgeschäfte. Personalunion der Reichs- und Preußischen Minister

Und als der Ministerpräsident Pg. Hermann Göring am 18. Juni im Preußischen Staatsrat über Preußens Aufgabe im Dritten Reich sprach, von dem territorial unbegrenzten Ethos des Preußentums, von den preußischen Arbeiten im neuen Staat (Reorganisation der Polizei, Erbhofgesetz, Forstverwaltung usw.) — und sachlich feststellte: Rede Görings im Preußischen Staatsrat über Preußens Aufgabe.

„Von der Machtergreifung an hat Preußen sich als Schrittmacher des Dritten Reiches bewährt. Man muß dabei nämlich immer bedenken, daß Preußen nun einmal drei Fünftel des Reichsgebietes

umfaßt. Daher ist die gesamte, schon in der ersten Revolutionszeit geleistete Arbeit für die große Aufgabe der Schaffung des Dritten Reiches von grundlegender Wichtigkeit gewesen. Denn die Art, wie in drei Fünfteln des Reiches gearbeitet und neugestaltet wurde, mußte selbstverständlich schon wegen des Schwergewichts der preußischen Ländermasse Wirkungen auch auf die übrigen Länder ausüben",

da konnte er gleichzeitig über Preußens Leistung mit Stolz erklären:

„Ich glaube, sagen zu können, daß wir durch nichts die Reichsreform so lebendig vorgetragen haben, als durch diese Maßnahmen. Nachdem der Führer auf dem Parteitag in Nürnberg einwandfrei seinen Willen kundgetan hat, daß endlich der tausendjährige Wunsch der deutschen Nation, zur Einheit zu kommen, Wahrheit werden soll, ist es auch für Preußen Pflicht, alles daranzusetzen und zu tun, um diesem Willen des Führers zum Durchbruch zu verhelfen." —

Der Bau des Reiches war im Werden. Die staatliche Neugestaltung hatte bereits eine erhebliche Festigung erzielt. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß z. B. die Bestimmungen über die Schutzhaft in einer diesbezüglichen Verordnung des Preußischen Ministerpräsidenten vom 12. März wesentlich eingeschränkt werden konnten. Die Staatsfeinde waren politisch besiegt, die erdrückende Mehrheit des Volkes für den Nationalsozialismus gewonnen. Der neue Staat konnte es sich auch leisten, die Bannmeile um den Reichstag und preußischen Landtag aufzuheben, die von den früheren Regierungen geschaffen worden war, um sich vor der demonstrativen „Liebe des Volkes" zu schützen. Gegnerische Demonstrationen gab es nicht mehr. Ausländische Volksverhetzer wurden an die Luft gesetzt, wenn sie zu stänkern versuchten. Das „Gesetz über Reichsverweisungen" vom 23. März schaffte die partikularistische Erscheinung der „Landesverweisungen" ab und regelte diesen Fragenkomplex endlich reichsrechtlich. Das Gesetz bestimmte unter anderem, daß Ausländer ohne weiteres ausgewiesen werden können bei staatsfeindlicher Betätigung, Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit des Staates, Gefährdung der Auslandsbeziehungen des Reiches usw. — wobei es einer gerichtlichen Verurteilung auch nicht mehr bedarf, sondern eine diesbezügliche Feststellung der Landespolizeibehörde völlig ausreicht. — Die Geheime Staatspolizei, die polizeilich wichtigste Waffe im Kampf gegen Staatsfeinde, wurde einer Neuorganisation unterzogen. Und am 20. April berief Ministerpräsident Pg. Göring den Reichsführer der SS, Pg. Himmler, als Inspekteur der Geheimen Staatspolizei, nachdem Pg. Himmler im vorhergehenden Zeitraum bereits die Geheimen Staatspolizeibehörden der außerpreußischen Länder übernommen hatte. Damit war das wichtige staatliche Instrument der Geheimen Staatspolizei in die Hand eines alten

Neuregelung der Schutzhaftbestimmungen

Aufhebung der Bannmeile

Gesetz über Reichsverweisungen

Himmler Chef der Geheimen Staatspolizei

nationalsozialistischen Kämpfers gelegt worden, in die Hand des Führers der schwarzen Garde Adolf Hitlers, deren Wahlspruch lautet „Deine Ehre heißt Treue!" Als seinen Mitarbeiter im Geheimen Staatspolizeiamt berief Pg. Himmler den SS-Gruppenführer Pg. Heydrich. — Als Leiter der Polizei-Abteilung im Reichsministerium des Innern wurde am 11. Mai der Pg. Polizeigeneral Daluege, der Gründer der Berliner SA und spätere Gruppenführer Ost der SS, eingesetzt. — Zu den gegen die Staatsfeinde gerichteten Institutionen zählt nicht zuletzt auch der Volksgerichtshof in Berlin, der durch ein Gesetz vom 24. April geschaffen wurde. Er ist in erster und letzter Instanz zuständig für die Aburteilung von Hochverrätern und Landesverrätern, für deren Straftaten nunmehr das Reichsgericht nicht mehr zuständig ist. Das Volksgericht setzt sich aus juristisch gebildeten Richtern und aus besonders erfahrenen Laien zusammen (in der Hauptverhandlung mit 5, sonst mit 3 Mitgliedern besetzt). Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Reichsjustizministers vom Reichskanzler ernannt. Das Entscheidende der geistigen Haltung des neuen Gerichts liegt in seiner Einstellung zu den abzuurteilenden Taten — sie sind Treubruch an der Volksgemeinschaft. Nicht nur die Tat ist strafwürdig, sondern in erster Linie auch die gegen die Volksgemeinschaft wirkende Gesinnung des Täters. Und das Gesetz spricht es klar aus: Wer seinem Volke die Treue bricht und den Bestand der Volksgemeinschaft durch Verrat gefährdet, hat sein Leben verwirkt! (Am 14. Juli trat der Volksgerichtshof zum erstenmal zusammen.) —

Daluege Leiter der Polizeiabteilung im Reichsinnenministerium

Volksgerichtshof

Soweit staatsfeindliche Kräfte der Zersetzung noch unter irgendeinem unpolitischen Deckmantel ihre zerstörende Tätigkeit weiter ausüben zu können glaubten, geschah dies in der Verbreitung von verlogenen Gerüchten, in unverbindlicher Kritisiererei und in sonstigen Versuchen, der Bevölkerung Mut und Freude an dem sichtbaren Neubau zu nehmen. Maß man diese Kritik an den gewaltigen Leistungen des Nationalsozialismus, so mußte sie erbärmlich und feige erscheinen. Um solchen Versuchen, die Tatkraft und den Willen des deutschen Volkes zu lähmen, von vornherein mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, führte die Reichspropagandaleitung der NSDAP eine mehrwöchige propagandistische Aktion gegen die Miesmacher und Kritikaster durch, gegen die Gerüchtemacher und Nichtskönner, gegen Saboteure und Hetzer. Die große Versammlungsaktion, die das ganze Deutsche Reich erfaßte, wurde vom Reichspropagandaleiter, Reichsminister Pg. Dr. Goebbels, selbst eröffnet mit einer Rede im Berliner Sportpalast am 11. Mai, in der er sagte:

Aktion gegen die Miesmacher und Kritikaster

„Wir wollen den Kritikern im Lande von Angesicht zu Angesicht gegenübertreten, wollen sie zur Rede stellen und sie dem Volke in ihrer ganzen verbrecherischen Haltung zeigen."

— und damit Sinn und Aufgabe der Aktion klar umriß.

Rede des Stellvertreters des Führers

In der Rede, die Pg. Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, am 25. Juni über alle deutschen Sender hielt, waren die Worte zu finden:

„Wir haben dann und wann das Gefühl, daß hier oder dort Saboteure am Werke sind. Gleich, hinter welcher Front sie sich verbergen, ob in der Wirtschaft, ob in der Beamtenschaft oder sonstwo — wir werden sie eines Tages doch zu finden wissen! Dann sollen sie den Nationalsozialismus kennenlernen! Alles wird verziehen, nur nicht das Vergehen am eigenen Volke!...

Wir wollen bei jedem Volksgenossen fürs erste immer voraussetzen, daß er nur das Beste für Volk und Vaterland will. Gleichgültig, ob er Parteigenosse ist oder nicht. Jeder, der ehrlich mithelfen will am Wiederaufbau, ist uns willkommen.

Wir verbitten uns aber die Kritik derjenigen, welche einst an Stellen standen, an denen sie hätten beweisen können, daß sie die Probleme besser zu lösen verstehen als wir, und die versagten — die den Niedergang nicht aufzuhalten vermochten. Wenn wir heute an die Lösung dieser großen Probleme gehen, kommt es nicht auf die Kritik an, sondern auf die Mitarbeit.

Wenn sich die NSDAP, ohne daß sie das ganze Kritisieren sonderlich tragisch nimmt, dennoch zum Kampf gegen Kritikaster und Nörgler entschlossen hat, dann führt sie den Kampf entsprechend dem nationalsozialistischen Grundsatz:

Wenn du schlägst, dann schlage hart!

Dieser Grundsatz hat sich in 14jähriger oppositioneller Kampfzeit tausendfach bewährt...."

Von ganz besonderer Bedeutung aber waren folgende Ausführungen des Stellvertreters des Führers:

„... Kann man nur die ewig Vorgestrigen belächeln, die glauben, der Nationalsozialismus könne durch eine Monarchie oder durch die Führung „bewährter konservativer Kräfte" abgelöst werden.

Daß weder „bewährte Konservative", noch „hoffnungsfrohe Monarchisten", noch auf die Erfolge der Wühlmäuse bauende Kommunisten Bedeutung gewinnen, davor soll uns unsere derzeitige Aktion sichern!

Zu einer besonderen Vorsicht möchte ich jene idealistischen Leichtgläubigen unter meinen Parteigenossen mahnen, die manchmal in der Erinnerung an den Heroismus und die herrliche Kameradschaft in den Kampfzeiten der Bewegung dazu neigen, sich Provokateuren zuzuwenden, die Volksgenossen gegeneinanderzuhetzen versuchen und dieses verbrecherische Spiel mit dem Ehrennamen einer „zweiten Revolution" bemänteln.

Wir wissen, daß im Laufe der langen deutschen Geschichte ausländische Mächte Deutschland immer wieder durch Deutsche bekämpfen ließen. Es ist historische Tatsache, daß der Umsturz von 1918 vorwiegend durch das Ausland finanziert und durch seine Agenten vorangetrieben wurde. Was ist näherliegend, als daß die Gegner des heutigen Deutschlands versuchen, es mit gleichen Methoden zu bekämpfen, und unter dem Namen einer „zweiten Revolution" eine Revolte gegen die nationalsozialistische Revolution inszenieren möchten....

Verantwortungsvolle wirkliche Nationalsozialisten müssen verhindern, daß unser Volk samt den wirklichen Revolutionären schwersten Schaden leidet. Denn es müßte Schaden leiden, wenn Phantasten mit Scheuklappen sich in Revolutionsspielerei ergingen....

Auch einst in jener Entwicklungszeit zur nationalsozialistischen Revolution gab es genügend Parteigenossen, die in ihrem beschränkten Verstand glaubten, es besser machen zu können als der Führer. Sie alle wurden eines Tages belehrt.

Sie alle mußten erkennen, daß der Führer das Werkzeug war eines höheren Wollens, daß er unbewußt oder bewußt den richtigen Weg gegangen ist. Und wie es war, so ist es geblieben bis heute:

Nur er allein kann vollenden, was er begonnen. Nur er allein kann uns geben, was wir alle ersehnen.

Vielleicht hält Adolf Hitler es für nötig, eines Tages die Entwicklung wieder mit revolutionären Mitteln weiterzutreiben. Immer aber darf es nur eine durch ihn gesteuerte Revolution sein. Wir stehen seines Befehles gegenwärtig — im Vertrauen, daß er seine alten Revolutionäre ruft, wenn es nötig ist, und daß er weiß, wann es nötig ist.

Wir stehen in unerschütterlichem Glauben an ihn — gleichgültig, ob er nun nach Monaten oder Jahren ruft.

Der Befehl des Führers, dem wir Treue schworen, allein hat Geltung. Wehe dem, der die Treue bricht, im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können! Armselig, die da glauben, auserwählt zu sein, durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen.

Adolf Hitler ist Revolutionär größten Stils und bleibt innerlich Revolutionär größten Stils. Er braucht keine Krücken.

Adolf Hitler ist der große Stratege der Revolution. Er kennt die Grenzen des mit den jeweiligen Mitteln und unter den jeweiligen Umständen jeweils Erreichbaren. Er handelt nach eiskaltem Abwägen — oft scheinbar nur dem Augenblicke dienend und doch weit vorausschauend im Verfolg der ferneren Ziele der Revolution.

Wehe dem, der plump zwischen die feinen Fäden seiner strategischen Pläne hineintrampelt im Wahne, es schneller machen zu können. Er ist ein Feind der Revolution — auch wenn er im besten Glauben handelt. Nutznießer wären die Feinde der Revolution, sei es im Zeichen der Reaktion, sei es im Zeichen des Kommunismus.

Keiner wacht mehr über seiner Revolution als der Führer.

Wie sollte er anders? Ist doch die Revolution sein eigenstes Kind, um dessentwillen er kämpfte und sich mühte, sich grämte, um dessentwillen er sein Leben aufs Spiel setzte, um dessentwillen er hinter Gefängnismauern sein Schicksal trug.

Wir, die wir in seiner nächsten Umgebung mit ihm stritten und litten und somit sein immer gleichbleibendes Wollen kennen, wir wachen mit über den Gang der Revolution. Wir wissen, was Unerhörtes auf vielen Gebieten erreicht wurde in einer Zeitspanne, in der wir es einst für schlechtweg unmöglich hielten.

Wir wissen aber auch so gut wie der Führer selbst, daß so unendlich viel heute noch Stückwerk ist, erst den Keim des Erstrebten in sich trägt und den Geist des Nationalsozialismus noch eingehaucht bekommen muß....

Die einen reden revolutionär, aber das Handeln derer, die in stiller Arbeit bei kargem Lohn dem revolutionären nationalsozialistischen Wollen sichtbaren Ausdruck geben, ist viel größer....

Die nationalsozialistische Revolution war nicht um ihrer selbst willen

nötig, sie war nötig, um der Taten willen, die aus ihr geboren wurden und in Zukunft geboren werden!

Wie es in der Vergangenheit war, so wird es auch in Zukunft bleiben: Es kann der Nationalsozialismus seine Aufgaben nur lösen, seine Taten nur vollbringen, wenn der deutsche Arbeiter geschlossen und treu zur nationalsozialistischen Führung steht.

Es wird sich die nationalsozialistische Revolution vollenden durch die Treue des Führers zum deutschen Arbeiter und in der Treue des deutschen Arbeiters zu Adolf Hitler.

Für euch, mit euch und durch euch wird der Führer seinen Sieg beendigen.

An der Front ist der Nationalsozialismus entstanden, aus dem Fronterleben wuchs unsere weltanschauliche Idee, die heute Deutschland beherrscht. Das Blut der für sie gefallenen Kameraden hat die Bewegung des Frontsoldaten Adolf Hitler geadelt, der Glaube an ihn ist der Glaube an euren Sieg, deutsche Arbeiter!

Ich grüße den Führer als den Führer der Frontgeneration, den ersten Soldaten der deutschen Revolution, den ersten Arbeiter der deutschen Revolution, den Betreuer des Reiches!"

Röhm-Revolte

Die in dieser Rede ausgesprochenen Warnungen waren sehr deutlich. Sie zeigten dem deutschen Volke, daß der Führer nicht gewillt war, eine „Zweite Revolution" des Ehrgeizes und Wahnsinns zu dulden. Und wenn es wenige Tage später notwendig wurde, mit einem vernichtenden Schlage die „Zweite Revolution" im Keime zu ersticken und damit die Nation vor einem Blutbad zu retten, so bewies der Führer damit seinen unbeugsamen Willen, jeden ohne Ansehen der Person zu vernichten, der die Treue bricht und sich damit an seinem Volke versündigt. Daß es der Stabschef der SA, Röhm — und mit ihm mehrere andere, unter denen mancher in verflossenen Jahren etwas geleistet hatte — war, der die Treue brach und die „Röhm-Revolte" entfesselte, war von tiefer Tragik für den Führer. Ihre Treulosigkeit löschte ihre Namen aus. Und der Führer zeigte sich vielleicht gerade in dieser bittersten Stunde der Enttäuschung am größten, als er selbst mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit den Aufstand in seinen ersten Anfängen schonungslos und gründlich niederschlug.

Die Vernichtung der Röhm-Revolte vom 30. Juni 1934 innerhalb 24 Stunden bewies gleichzeitig die Festigkeit des von Adolf Hitler geführten Staates. Die dramatische Entwicklung spiegelt sich in den amtlichen Mitteilungen jener Tage. Die Reichspressestelle der NSDAP meldete am 30. Juni:

Seit vielen Monaten wurde von einzelnen Elementen versucht, zwischen SA und Partei sowohl wie zwischen SA und Staat Keile zu treiben und Gegensätze zu erzeugen. Der Verdacht, daß diese Versuche einer beschränkten, bestimmt eingestellten Clique zuzuschreiben sind, wurde mehr und mehr bestätigt. Stabschef Röhm, der vom Führer mit seltenem Vertrauen ausgestattet worden war, trat diesen Erscheinungen nicht nur nicht entgegen, sondern förderte sie unzweifelhaft. Seine bekannte, un-

glückliche Veranlagung führte allmählich zu so unerträglichen Belastungen, daß der Führer der Bewegung und Oberste Führer der SA selbst in schwerste Gewissenskonflikte getrieben wurde. Stabschef Röhm trat ohne Wissen des Führers mit General Schleicher in Beziehungen. Er bediente sich dabei neben einem anderen SA-Führer einer von Adolf Hitler schärfstens abgelehnten, in Berlin bekannten obskuren Persönlichkeit. Da diese Verhandlungen endlich — natürlich ebenfalls ohne Wissen des Führers — zu einer auswärtigen Macht bzw. deren Vertretung sich hinerstreckten, war sowohl vom Standpunkt der Partei wie auch vom Standpunkt des Staates ein Einschreiten nicht mehr zu umgehen.

Planmäßig provozierte Zwischenfälle führten dazu, daß der Führer heute nacht um 2 Uhr nach der Besichtigung von Arbeitslagern in Westfalen von Bonn aus im Flugzeug nach München flog, um die sofortige Absetzung und Verhaftung der am schwersten belasteten Führer anzuordnen. Der Führer begab sich mit wenigen Begleitern persönlich nach Wiessee, um dort jeden Versuch eines Widerstandes im Keime zu ersticken....

Der Führer gab den Befehl zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Pestbeule. Er will in Zukunft nicht mehr dulden, daß Millionen anständiger Menschen durch einzelne krankhaft veranlagte Wesen belastet und kompromittiert werden. Der Führer gab dem Preußischen Ministerpräsidenten Göring den Befehl, in Berlin eine ähnliche Aktion durchzuführen und dort insbesondere die reaktionären Verbündeten dieses politischen Komplotts auszuheben.

Mittags 12 Uhr hielt der Führer vor den in München zusammengekommenen höheren SA-Führern eine Ansprache, in der er seine unerschütterliche Verbundenheit mit der SA betonte, zugleich jedoch den Entschluß verkündete, disziplinlose und ungehorsame Subjekte sowie asoziale oder krankhafte Elemente von jetzt ab unbarmherzig auszurotten und zu vernichten. Er wies darauf hin, daß der Dienst in der SA Ehrendienst sei, für den zehntausende brave SA-Männer die schwersten Opfer gebracht hätten. Er erwarte von dem Führer jeder SA-Einheit, daß er sich dieser Opfer selber würdig erweise und in seinem Verbande als Vorbild lebe.

Er wies weiter darauf hin, daß er jahrelang Stabschef Röhm vor schwersten Angriffen gedeckt habe, daß aber die letzte Entwicklung ihn zwinge, über jedes persönliche Empfinden das Wohl der Bewegung und damit das des Staates zu stellen, daß er vor allem jeden Versuch, in lächerlichen Zirkeln ehrgeiziger Naturen eine neue Umwälzung zu propagieren, im Keime ersticken und ausrotten werde.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz" (NSK) brachte am gleichen Tage den Bericht eines Augenzeugen, in dem es heißt:

Sobald dem Führer durch die Ereignisse und die Nachrichten der letzten Tage über das gegen ihn und die Bewegung geschmiedete Komplott Gewißheit geworden war, faßte er den Entschluß zu handeln und mit aller Schärfe durchzugreifen. Während er in Essen weilte und in den westdeutschen Gauen die Arbeitsdienstlager besichtigte, um nach außen den Eindruck absoluter Ruhe zu erwecken und die Verräter nicht zu warnen, wurde der Plan, eine gründliche Säuberung vorzunehmen, in allen Einzelheiten festgelegt. Der Führer persönlich leitete die Aktion und zögerte keinen Augenblick, selbst den Meuterern gegenüberzutreten und sie zur Rechenschaft zu ziehen. . . .

Trotzdem der Führer einige Tage lang fast ohne Nachtruhe gewesen war, befahl er heute um 2 Uhr nachts in Godesberg den Start vom

Flugplatz Hangelar bei Bonn nach München. Ueber dem milchigen Bodennebel ging im Osten die Sonne auf, als die Maschine ihre Bahn nach Süden zog. Von unerhörter Entschlossenheit war die Haltung des Führers bei diesem nächtlichen Flug ins Ungewisse. Als der Führer mit seinen Begleitern gegen 4 Uhr morgens auf dem Münchener Flugplatz landete, erhielt er die Nachricht, daß die Münchener SA während der Nacht von ihrer Obersten Führung alarmiert worden war unter der gemeinen und lügenhaften Parole: „Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns, SA, heraus auf die Straße."

Der Bayerische Innenminister Wagner hatte inzwischen aus eigenem Entschluß Obergruppenführer Schneidhuber und Gruppenführer Schmidt die SA-Formationen entzogen und diese wieder nach Hause geschickt. Während der Führer vom Flugplatz in das Innenministerium fuhr, waren nur noch die letzten Reste der schmählich getäuschten und wieder abziehenden SA-Formationen zu sehen.

Im bayerischen Innenministerium wurden Schneidhuber und Schmidt in Gegenwart des Führers verhaftet. Der Führer, der ihnen allein entgegentrat, riß ihnen selbst die Rangabzeichen von der SA-Uniform.

Mit wenigen Begleitern fuhr der Führer dann unverzüglich um ½6 Uhr nach Bad Wiessee, wo sich Röhm aufhielt.

In dem Landhaus, das Röhm bewohnte, verbrachte auch Heines die Nacht. Der Führer betrat mit seinen Begleitern das Haus, Röhm wurde in seinem Schlafzimmer vom Führer persönlich verhaftet. Röhm fügte sich wortlos ohne Widerstand der Haft...

Mit Röhm wurde auch der größte Teil seines Stabes verhaftet...

Nach dem Abtransport der Verhafteten fuhr der Führer die Straße Wiessee—München zurück, um eine Reihe weiterer schwer belasteter SA-Führer, die unterwegs zu der befohlenen Führerbesprechung waren, auf der Straße zu verhaften. Die Wagen wurden während der Fahrt angehalten und ihre Insassen, soweit sie als schuldig festgestellt wurden, von der Begleitung des Führers nach München überführt. Eine Reihe anderer an der Meuterei beteiligter SA-Führer wurde auf dem Hauptbahnhof in München aus den Zügen heraus in Haft genommen.

Nach München zurückgekehrt, begab sich der Führer zwecks kurzer Unterrichtung zum Reichsstatthalter Ritter von Epp und dann in das Innenministerium, von wo aus die weitere Aktion abgewickelt wurde. Dann sprach der Führer zu den versammelten SA-Führern im Braunen Haus.

Die Vermutung wurde hier zur Gewißheit, daß nur ein ganz verschwindend kleiner SA-Führerklüngel hinter diesen hochverräterischen Plänen stand, die Masse der SA-Führer und die gesamte SA aber wie ein Mann, wie ein geschlossener Block in Treue zu ihrem Führer steht...

Lutze Chef des Stabes

Um gleichen Tage verfügte der Führer:

„Ich habe mit dem heutigen Tage den Stabschef Röhm seiner Stellung enthoben und aus Partei und SA ausgestoßen. Ich ernenne zum Chef des Stabes Obergruppenführer Lutze.

SA-Führer und SA-Männer, die seinen Befehlen nicht nachkommen oder zuwiderhandeln, werden aus SA und Partei entfernt bzw. verhaftet und abgeurteilt.

gez. Adolf Hitler,
Oberster Partei- und SA-Führer."

Der neue Chef des Stabes der SA, Pg. Viktor Lutze, SA-Obergruppenführer und Oberpräsident in Hannover, ein alter nationalsozialistischer Kämpfer, erließ noch am selben Tage einen Aufruf an die SA.:

SA-Kameraden! Führer und Männer!

Der Führer hat mich an seine Seite als Chef des Stabes berufen. Das mir dadurch bewiesene Vertrauen muß und werde ich rechtfertigen durch unverbrüchliche Treue zum Führer und restlosen Einsatz für den Nationalsozialismus und dadurch für unser Volk.

Als ich vor etwa 12 Jahren zum erstenmal Führer einer kleinen SA war, habe ich drei Tugenden an die Spitze meines Handelns gestellt und sie von der SA gefordert. Diese drei Tugenden haben die SA groß gemacht, und heute, wo ich in schicksalsschwerer Stunde meinem Führer an hervorragender Stelle dienen darf, sollen sie erst recht Richtschnur für die ganze SA sein: Unbedingte Treue! Schärfste Disziplin! Hingebender Opfermut! So wollen wir, die wir Nationalsozialisten sind, gemeinsam marschieren. Ich bin überzeugt, dann kann es nur ein Marsch zur Freiheit werden.

Es lebe der Führer! Es lebe unser Volk!

Der weitere dramatische Ablauf des 30. Juni erhellt aus folgenden Meldungen: Das Ende der Revolte

NSK:

Im Zusammenhang mit dem aufgedeckten Komplott wurden nachstehende SA-Führer erschossen:
Obergruppenführer August Schneidhuber, München,
Obergruppenführer Edmund Heines, Schlesien,
Gruppenführer Karl Ernst, Berlin,
Gruppenführer Wilhelm Schmid, München,
Gruppenführer Hans Hayn, Sachsen,
Gruppenführer Hans Peter von Heydebreck, Pommern,
Standartenführer Hans Erwin Graf Spreti, München.

Völkischer Beobachter:

In den letzten Wochen wurde festgestellt, daß der frühere Reichswehrminister General a. D. von Schleicher mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten hat. Damit war bewiesen, daß er sich in Worten und Wirken gegen diesen Staat und seine Führung betätigt hatte. Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a. D. Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt.

— und einen Tag später:

Dem ehemaligen Stabschef Röhm ist Gelegenheit gegeben worden, die Konsequenzen aus seinem verräterischen Handeln zu ziehen. Er tat das nicht und wurde daraufhin erschossen.

Die Revolte war niedergeschlagen. Entschlossenes und blitzartiges Zupacken im ganzen Reiche hatte schweres Unheil verhütet.

Der Reichspräsident von Hindenburg telegraphierte von Neudeck aus an den Führer: Danktelegramm des Reichspräsidenten

„Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß durch Ihr entschlossenes Zugreifen und das tapfere Einsetzen Ihrer Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keim erstickt worden sind. Sie haben das deutsche Volk von einer schweren Gefahr gerettet. Ich spreche Ihnen meinen tiefempfundenen Dank und meine Anerkennung aus. Mit herzlichen Grüßen von Hindenburg, Reichspräsident."

— und an Ministerpräsident Pg. Göring:

„Für Ihr energisches und erfolgreiches Vorgehen bei der Niederschlagung des Hochverratsversuches spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung aus. Mit kameradschaftlichen Grüßen von Hindenburg, Reichspräsident."

Das Reichskabinett dankte dem Führer in einer Sitzung am 3. Juli für sein entschlossenes Eingreifen, gelobte ihm unverbrüchliche Treue — und beschloß am gleichen Tage das „Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr", das lautet:

Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr

„Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr Rechtens."

Anordnung des Führers

Am gleichen Tage (3. Juli) erließ der Führer folgende Anordnung:

„Die Maßnahmen zur Niederschlagung der Röhm-Revolte sind am 1. Juli 1934 nachts abgeschlossen worden. Wer sich auf eigene Faust — gleich aus welcher Absicht — in Verfolg dieser Aktion eine Gewalttat zuschulden kommen läßt, wird der normalen Justiz zur Verurteilung übergeben."

Die Haltung der Polizei

Reichsinnenminister Dr. Frick dankte am 7. Juli mit einem Erlaß der Polizei:

„Bei der Niederschlagung der Revolte meuternder SA-Führer hat die Polizei im Reich in allen ihren Sparten die von ihr erwarteten Aufgaben pflichtgemäß erfüllt. Sie hat damit zum erstenmal in aller Oeffentlichkeit bewiesen, daß sie in Verbundenheit zum Volk die Befehle des Führers oder der von ihm Beauftragten rückhaltlos im nationalsozialistischen Sinne zu erfüllen bereit und in der Lage ist. Ich spreche der Polizei im Reich hierfür meine volle Anerkennung aus."

Am selben Tage sprach auch Ministerpräsident Pg. Göring seinen Dank aus:

„Die Preußische Landespolizei hat in ernsten, schweren Stunden vom höchsten Vorgesetzten bis zum jüngsten Wachtmeister in unbeirrbarer Pflichtauffassung und in alter soldatischer Disziplin ihren Dienst versehen.

Sie hat wesentlich dazu beigetragen, in kameradschaftlichem Zusammenwirken mit SS, Geheimer Staatspolizei und Feldjägerkorps die geplante Revolte im Keime zu ersticken und damit ihre unverbrüchliche Treue zu unserem Führer und zum Staat bewiesen.

Ich bin stolz auf meine Landespolizei und spreche ihr meinen Dank und meine Anerkennung aus."

Und am 20. Juli erkannte der Führer Verdienst und Treue der SS und ihres Reichsführers Himmler durch folgende Verfügung an: SS dem Führer unmittelbar unterstellt

„Im Hinblick auf die großen Verdienste der SS, besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934, erhebe ich dieselbe zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP.

Der Reichsführer der SS untersteht daher gleich dem Chef des Stabes dem Obersten SA-Führer direkt. Der Chef des Stabes und der Reichsführer der SS bekleiden beide den parteimäßigen Rang eines Reichsleiters." —

Der verbrecherische Angriff auf den nationalsozialistischen Staat war an der Größe des Führers, der Geschlossenheit seiner Bewegung, der Festigkeit seines Staates, der Treue seines Volkes gescheitert. Mit wuchtigen Schlägen war der Angriff im Keim erstickt worden.

Damit das ganze deutsche Volk Klarheit über die Vorgänge bekam, sprach der Führer am 13. Juli vor dem Deutschen Reichstag über Vorgeschichte, Entstehung und Ueberwindung der Revolte. In dieser ergreifenden Rede, die das ungeheuerliche Geschehen und seine Hintergründe in erschütternder Klarheit aufzeichnete, sagte Adolf Hitler: Reichstagsrede des Führers über den 30. Juni

„... Das erst vereinzelte Geschwätz von einer neuen Revolution, von einer neuen Umwälzung, von einem neuen Aufstand wurde allmählich so intensiv, daß nur eine leichtsinnige Staatsführung darüber hätte hinwegsehen können. Man konnte nicht mehr alles das einfach als dummes Gerede abtun, was in Hunderten und endlich Tausenden von Berichten mündlich und schriftlich darüber einging. Noch vor drei Monaten war die Parteiführung überzeugt, daß es sich einfach um das leichtsinnige Geschwätz politischer Reaktionäre, marxistischer Anarchisten oder aller möglichen Müßiggänger handeln würde, dem jede tatsächliche Unterlage fehlte.

Mitte März habe ich veranlaßt, Vorbereitungen zu treffen für eine neue Propagandawelle. Sie sollte das deutsche Volk gegen den Versuch einer neuen Vergiftung immunisieren. Gleichzeitig damit aber gab ich auch an einzelne der Parteidienststellen den Befehl, den immer wieder auftauchenden Gerüchten einer neuen Revolution nachzugehen und wenn möglich, die Quellen dieser Gerüchte aufzufinden.

Es ergab sich, daß in den Reihen einiger höherer SA-Führer Tendenzen auftraten, die zu ernstesten Bedenken Anlaß geben mußten.

Es waren zunächst allgemeine Erscheinungen, deren innere Zusammenhänge nicht ohne weiteres klar waren.

1. Entgegen meinem ausdrücklichen Befehl und entgegen mir gegebenen Erklärungen durch den früheren Stabschef Röhm war eine Auffüllung der SA in einem Umfange eingetreten, die die innere Homogenität dieser einzigartigen Organisation gefährden mußte.

2. Die nationalsozialistische weltanschauliche Erziehung trat in den erwähnten Bereichen einzelner höherer SA-Dienststellen mehr und mehr zurück.

3. Das naturgegebene Verhältnis zwischen Partei und SA begann sich langsam zu lockern. Mit einer gewissen Planmäßigkeit konnten Bestrebungen festgestellt werden, die SA von der ihr von mir

gestellten Mission mehr und mehr zu entfernen, um sie anderen Aufgaben oder Interessen dienstbar zu machen.

4. Die Beförderung zu SA-Führern ließ bei Nachprüfung eine vollständig einseitige Bewertung eines rein äußeren Könnens oder oft auch nur einer vermeintlichen intellektuellen Befähigung erkennen. Die große Zahl ältester und treuester SA-Männer trat immer mehr bei Führerernennungen und Stellenbesetzung zurück, während der in der Bewegung nicht sonderlich hochgeachtete Jahrgang 1933 eine unverständliche Bevorzugung erfuhr. Eine manches Mal nur wenige Monate dauernde Zugehörigkeit zur Partei, ja, nur zur SA genügte zur Beförderung in eine höhere SA-Dienststelle, die der alte SA-Führer nicht nach Jahren erreichen konnte.

5. Das Auftreten dieser zum großen Teil mit der Bewegung überhaupt nicht verwachsenen einzelnen SA-Führer war ebenso unnationalsozialistisch wie manches Mal geradezu abstoßend. Es konnte aber nicht übersehen werden, daß gerade in diesen Kreisen eine Quelle der Beunruhigung der Bewegung auch dadurch gefunden wurde, als ihr mangelnder praktischer Nationalsozialismus sich in sehr unangebrachten neuen Revolutionsforderungen zu verschleiern versuchte.

Ich habe auf diese und eine Reihe weiterer Mißstände den Stabschef Röhm hingewiesen, ohne daß irgendeine fühlbare Abhilfe, ja auch nur ein erkennbares Eingehen auf meine Ausstellungen eingetreten wäre. Im Monat April und Mai nahmen diese Klagen ununterbrochen zu. Zum ersten Male erhielt ich in dieser Zeit aber auch aktenmäßig belegte Mitteilungen über Besprechungen, die von einzelnen höheren SA-Führern abgehalten worden waren und die nicht anders als mit „grober Ungehörigkeit“ bezeichnet werden mußten. Zum ersten Male wurde in einigen Fällen unleugbar bewiesen, daß in solchen Besprechungen Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen Revolution gegeben wurden, daß Führer die Aufforderung erhielten, sich für eine solche neue Revolution innerlich und sachlich vorzubereiten.

Stabschef Röhm versuchte, alle diese Vorgänge in ihrer Wirklichkeit abzustreiten, und erklärte sie als versteckte Angriffe gegen die SA.

Die Belegung einzelner dieser Vorfälle durch Angaben Beteiligter führte zur schwersten Mißhandlung dieser Zeugen, die meist aus den Reihen der alten SA stammten.

Schon Ende April war sich die Führung der Partei sowie eine Anzahl davon berührter staatlicher Einrichtungen im klaren darüber, daß eine bestimmte Gruppe höherer SA-Führer bewußt zur Entfremdung der SA von der Partei sowie den anderen staatlichen Institutionen beitrug oder diese zumindest nicht verhinderte. Der Versuch, auf dem normalen Dienstwege Abhilfe zu schaffen, blieb immer wieder erfolglos. Stabschef Röhm sicherte mir persönlich immer wieder Untersuchung der Fälle und Entfernung der Schuldigen bzw. deren Maßregelung zu. Eine sichtbare Wandlung trat nicht ein.

Im Monat Mai liefen bei einigen Partei- und Staatsstellen zahlreiche Anklagen über Verstöße höherer und mittlerer SA-Führer ein, die, aktenmäßig belegt, nicht abgestritten werden konnten.

Von verhetzenden Reden bis zu unerträglichen Ausschreitungen führte hier eine gerade Linie.

Ministerpräsident Göring hatte schon vorher für Preußen sich bemüht, die Autorität der nationalsozialistischen Staatsführung über den Eigenwillen einzelner Elemente zu setzen. In anderen Ländern waren bisweilen Parteidienststellen und Behörden gezwungen, gegen einzelne unerträgliche Ausschreitungen Stellung zu nehmen. Einige Verantwortliche wurden verhaftet. Ich habe früher stets betont, daß ein autoritäres

Regiment besonders hohe Verpflichtungen besitzt. Wenn vom Volke gefordert wird, daß es einer Führung blind vertraut, muß diese Führung dieses Vertrauen aber auch durch Leistung und durch besonders gute Aufführung sich verdienen. Fehler und Irrtümer mögen im einzelnen unterlaufen, sie sind auszumerzen. Schlechte Aufführung, Trunkenheitsexzesse, Belästigung friedlicher anständiger Menschen aber sind eines Führers unwürdig, nicht nationalsozialistisch und im höchsten Maße verabscheuungswürdig.

Ich habe daher auch stets gefordert, daß an das Benehmen und die Aufführung nationalsozialistischer Führer höhere Anforderungen gestellt werden als bei übrigen Volksgenossen.

Wer selbst eine höhere Achtung wünscht, muß dieser Forderung durch eine höhere Leistung entsprechen.

Das Primitivste, was von ihm gefordert werden kann, ist, daß er in seinem Leben der Mitwelt gegenüber kein schmähliches Beispiel gibt.

Ich wünsche daher auch nicht, daß Nationalsozialisten wegen solcher Delikte milder beurteilt und bestraft werden als sonstige Volksgenossen, sondern ich erwarte, daß ein Führer, der sich so vergißt, strenger bestraft wird als im gleichen Fall ein unbekannter Mann. Und ich möchte hier keinen Unterschied wissen zwischen Führern der politischen Organisationen und Führern der Formationen unserer SA, SS, Hitler-Jugend usw.

Die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, solchen Exzessen einzelner unwürdiger Elemente, die Partei und SA nur mit Schande beladen, ein Ende zu bereiten, führte zu sehr heftigen Gegenwirkungen von seiten des Stabschefs. Erste nationalsozialistische Kämpfer, die zum Teil fast 15 Jahre lang für den Sieg der Bewegung gerungen hatten und nun als hohe Staatsbeamte an führenden Stellen unseres Staates die Bewegung repräsentierten, wurden wegen ihres Vorgehens gegen solche unwürdigen Elemente zur Verantwortung gezogen, d. h. Stabschef Röhm versuchte, diese ältesten Streiter der Partei durch Ehrengerichte — die sich zum Teil aus jüngsten Parteigenossen oder sogar aus Nichtparteigenossen zusammensetzten — maßregeln zu lassen. Diese Auseinandersetzungen führten zu sehr ernsten Aussprachen zwischen dem Stabschef und mir, in denen mir zum erstenmal Zweifel in die Loyalität dieses Mannes aufstiegen. Nachdem ich viele Monate lang jeden solchen Gedanken von mir aus zurückgewiesen hatte, nachdem ich vorher jahrelang mit meiner Person diesen Mann in unerschütterlicher treuer Kameradschaft gedeckt hatte, begannen mir nun allmählich Warnungen — vor allem auch meines Stellvertreters in der Parteiführung, Rudolf Heß — Bedenken einzuflößen, die ich selbst beim besten Wollen nicht mehr zu entkräften vermochte.

Es konnte vom Monat Mai ab keinen Zweifel mehr geben, daß Stabschef Röhm sich mit ehrgeizigen Plänen beschäftigte, die im Falle ihrer Verwirklichung nur zu schwersten Erschütterungen führen konnten.

Wenn ich in diesen Monaten immer wieder zögerte, eine letzte Entscheidung zu treffen, geschah es aus zwei Gründen:

1. Ich konnte nicht so ohne weiteres mich mit dem Gedanken abfinden, daß nun ein Verhältnis, das ich auf Treue aufgebaut glaubte, nur Lüge sein sollte.

2. Ich hatte noch immer die stille Hoffnung, der Bewegung und meiner SA die Schande einer solchen Auseinandersetzung zu ersparen und die Schäden ohne schwerste Kämpfe zu beseitigen.

Allerdings brachte das Ende des Monats Mai immer bedenklichere Tatsachen an das Tageslicht.

Stabschef Röhm begann sich nicht nur innerlich, sondern auch mit seinem gesamten äußeren Leben von der Partei zu entfernen. Alle die Grundsätze, durch die wir groß geworden waren, verloren ihre Geltung.

Das Leben, das der Stabschef und mit ihm ein bestimmter Kreis zu führen begann, war für jede nationalsozialistische Auffassung unerträglich. Es war nicht nur furchtbar, daß er selbst und sein ihm zugetaner Kreis alle Gesetze von Anstand und einfacher Haltung brachen, sondern schlimmer noch, daß dieses Gift sich nunmehr in immer größeren Kreisen auszubreiten begann. Das Schlimmste aber war, daß sich allmählich aus einer bestimmten gemeinsamen Veranlagung heraus in der SA eine Sekte zu bilden begann, die den Kern einer Verschwörung nicht nur gegen die normalen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit abgab. Die im Monat Mai vorgenommenen Durchprüfungen der Beförderungen in einigen bestimmten SA-Gebieten führten zur schrecklichen Erkenntnis, daß Menschen ohne Rücksicht auf nationalsozialistische und SA-Verdienste in SA-Stellungen befördert worden waren, nur weil sie zum Kreise dieser besonders Veranlagten gehörten. Einzelne, Ihnen wohlbekannte Vorgänge, z. B. der des Standartenführers Schmidt in Breslau, enthüllten ein Bild von Zuständen, die als unerträglich angesehen werden mußten. Mein Befehl, dagegen einzuschreiten, wurde theoretisch befolgt, tatsächlich aber sabotiert.

Allmählich entwickelten sich aus der Führung der SA drei Gruppen: Eine kleine Gruppe von durch gleiche Veranlagung zusammengehaltenen Elementen, die, zu jeder Handlung fähig, sich blind in der Hand des Stabschefs Röhm befanden. Es waren dies in erster Linie die SA-Führer Ernst aus Berlin, Heines in Schlesien, Hayn in Sachsen, Heydebreck in Pommern.

Neben diesen stand eine zweite Gruppe von Führern der SA, die innerlich nicht zu diesem Kreise gehörten, allein aus einfacher soldatischer Auffassung sich dem Stabschef Röhm zum Gehorsam verpflichtet fühlten.

Und diesen gegenüber stand eine dritte Gruppe von Führern, die aus ihrer inneren Abneigung und Ablehnung kein Hehl machten, und daher zum Teil von verantwortlichen Posten entfernt worden waren, zum anderen Teil bewußt beiseite geschoben und in vieler Beziehung außer Betracht gelassen wurden.

An der Spitze dieser infolge ihrer grundsätzlichen Anständigkeit abgelehnten alten SA-Führer stand der heutige Stabschef Lutze sowie der Führer der SS Himmler.

Ohne mich jemals davon zu verständigen, und ohne daß ich es zunächst auch nur ahnte, hat Stabschef Röhm durch Vermittlung eines durch und durch korrupten Hochstaplers, eines Herrn von A., die Beziehung zu General Schleicher aufgenommen. General Schleicher war der Mann, der dem inneren Wunsche des Stabschefs Röhm den äußeren Ausdruck verlieh. Er war es, der konkret die Auffassung fixierte und vertrat, daß

1. das heutige deutsche Regiment unhaltbar sei, daß

2. vor allem die Wehrmacht und sämtliche nationalen Verbände in einer Hand zusammengefaßt werden müßten, daß

3. der dafür allein gegebene Mann nur Stabschef Röhm sein könnte, daß

4. Herr von Papen entfernt werden müßte und er bereit sein würde, die Stelle eines Vizekanzlers einzunehmen. Daß weiter auch noch andere wesentliche Veränderungen des Reichskabinetts vorgenommen werden müßten. Wie immer in solchen Fällen begann nunmehr das Suchen nach

den Männern für die neue Regierung, immer unter der Annahme, daß ich selbst in meiner Stellung, wenigstens für zunächst, belassen würde.

Die Durchführung dieser Vorschläge des Generals von Schleicher mußte schon im Punkte 2 auf meinen nie zu überwindenden Widerstand stoßen. Es wäre mir weder sachlich noch menschlich jemals möglich gewesen, meine Einwilligung zu einem Wechsel im Reichswehrministerium zu geben und die Neubesetzung durch den Stabschef Röhm vorzunehmen.

Erstens aus sachlichen Gründen:

Ich habe seit 14 Jahren unentwegt versichert, daß die Kampforganisationen der Partei politische Institutionen sind, die nichts zu tun haben mit dem Heere. Es wäre sachlich in meinen Augen eine Desavouierung dieser meiner Auffassung und 14jährigen Politik gewesen, an die Spitze des Heeres nun den Führer der SA zu berufen. Ich habe auch November 1923 an die Spitze der Armee einen Offizier vorgeschlagen und nicht meinen damaligen SA-Führer Hauptmann Göring.

Zweitens wäre es mir menschlich unmöglich gewesen, jemals in diesen Vorschlag des Generals von Schleicher einzuwilligen. Als diese Absichten mir bewußt wurden, war mein Bild über den inneren Wert des Stabschefs Röhm schon derart, daß ich ihn vor meinem Gewissen und um der Ehre der Nation wegen erst recht niemals hätte mehr für diese Stelle zulassen können.

Vor allem aber: Die Oberste Spitze der Armee ist der Generalfeldmarschall und Reichspräsident. Ich habe als Kanzler in seine Hand meinen Eid abgelegt. Seine Person ist für uns alle unantastbar. Mein ihm gegebenes Versprechen, die Armee als unpolitisches Instrument des Reiches zu bewahren, ist für mich bindend aus innerster Ueberzeugung und aus meinem gegebenen Wort.

Es wäre mir aber weiter eine solche Handlung auch menschlich unmöglich gewesen gegenüber dem Wehrminister des Reiches. Ich und wir alle sind glücklich, in ihm einen Ehrenmann sehen zu können vom Scheitel bis zur Sohle. Er hat die Armee aus innerstem Herzen versöhnt mit den Revolutionären von einst und verbunden mit ihrer Staatsführung von heute. Er hat in treuester Loyalität sich zu dem Prinzip bekannt, für das ich selbst mich bis zum letzten Atemzuge einsetzen werde.

Es gibt im Staate nur einen Waffenträger: die Wehrmacht. Und nur einen Träger des politischen Willens: dies ist die Nationalsozialistische Partei.

Jeder Gedanke eines Eingehens auf die Pläne des Generals von Schleicher wäre meinerseits aber nicht nur eine Treulosigkeit gegenüber dem Generalfeldmarschall und dem Reichswehrminister gewesen, sondern auch eine Treulosigkeit gegenüber der Armee. Denn so wie General von Blomberg als Wehrminister im nationalsozialistischen Staat im höchsten Sinne des Wortes seine Pflicht erfüllt, so tun dies auch die übrigen Offiziere und Soldaten. Ich kann von ihnen nicht fordern, daß sie im einzelnen ihre Stellung zu unserer Bewegung finden. Aber keiner von ihnen hat seine Stellung der Pflicht dem nationalsozialistischen Staat gegenüber verloren. Weiter aber könnte ich auch nicht ohne zwingendsten Grund die Männer entfernen lassen, die am 30. Januar mit mir das Versprechen zur Rettung des Reiches und Volkes gemeinsam abgegeben haben. Es gibt Pflichten der Loyalität, die man nicht verletzen darf und nicht verletzen soll. Und ich glaube, daß vor allem der Mann, der in seinem Namen die Nation zusammengeführt hat, unter keinen Umständen treulos handeln darf, wenn nicht ansonst nach innen und außen jedes Vertrauen in Treu und Glauben verschwinden müßte.

Da der Stabschef Röhm selbst unsicher war, ob Versuche in der be-

zeichneten Richtung wohl bei mir auf Widerstand stoßen würden, wurde der erste Plan festgelegt zur Erzwingung dieser Entwicklung. Die Vorbereitungen hierzu wurden umfangreich getroffen:

1. Planmäßig sollten die psychologischen Voraussetzungen für den Ausbruch einer zweiten Revolution geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde durch SA-Propagandastellen selbst in die SA die Behauptung hineinverbreitet, die Reichswehr beabsichtige eine Auflösung der SA, und später wurde ergänzt, ich sei leider für diesen Plan auch persönlich gewonnen worden. Eine ebenso traurige wie niederträchtige Lüge!

2. Die SA müßte nunmehr diesem Angriff zuvorkommen und in einer zweiten Revolution die Elemente der Reaktion einerseits und der Parteiwiderstände andererseits beseitigen, die Staatsgewalt aber der Führung der SA selbst anvertrauen.

3. Zu diesem Zwecke sollte die SA in kürzester Frist alle notwendigen sachlichen Vorbereitungen treffen. Es ist dem Stabschef Röhm gelungen, unter Verschleierungen — unter anderem der lügenhaften Angabe, soziale Hilfsmaßnahmen für die SA durchführen zu wollen — Millionenbeträge diesem Zwecke zuzuführen. Zwölf Millionen Mark sind für diese Zwecke gesammelt worden.

4. Um die entscheidendsten Schläge rücksichtslos führen zu können, wurde die Bildung bestimmter nur hierfür in Frage kommender eingeschworener Terrorgruppen unter dem Titel „Stabswachen" gebildet. Während der brave alte SA-Mann sich über ein Jahrzehnt für die Bewegung durchgehungert hatte, wurden hier besoldete Truppen gebildet, deren innerer Charakter und deren Zweckbestimmung durch nichts besser erhellt wird, als durch die geradezu furchtbaren Straflisten der darin geführten Elemente. Wie denn überhaupt der alte und treue SA-Führer und SA-Mann nunmehr schnell in den Hintergrund trat gegenüber den für solche Aktionen mehr geeigneten, politisch ungeschulten Elementen.

In bestimmten Führertagungen sowohl als bei Erholungsfahrten wurden allmählich die in Frage kommenden SA-Führer zusammengezogen und individuell behandelt. Das heißt, während die Mitglieder der inneren Sekte die eigentliche Aktion planmäßig vorbereiteten, wurden dem zweitgrößeren Kreis der SA-Führer nur allgemeine Mitteilungen gemacht des Inhalts, daß eine zweite Revolution vor der Tür stände, daß diese Revolution kein anderes Ziel besitze, als mir selbst die Handlungsfreiheit zurückzugeben, daß daher die neue und diesmal blutige Erhebung — „die Nacht der langen Messer", wie man sie grauenvoll bezeichnete —, meinem eigenen Sinn entspräche. Die Notwendigkeit des eigenen Vorgehens der SA wurde begründet mit dem Hinweis auf meine Entschlußunfähigkeit, die erst dann behoben sein würde, wenn Tatsachen geschaffen wären.

Vermutlich unter diesen unwahren Vorwänden wurde die außenpolitische Vorbereitung der Aktion Herrn von Detten übertragen. General von Schleicher nahm das außenpolitische Spiel teilweise persönlich wahr bzw. ließ es durch seinen Kurier, General von Bredow, praktisch betreiben. Gregor Strasser wurde beigezogen.

Anfangs Juni ließ ich als letzten Versuch Stabschef Röhm noch einmal kommen zu einer nahezu fünfstündigen Aussprache, die sich bis Mitternacht hinzog.

Ich teilte ihm mit, daß ich aus zahllosen Gerüchten und aus zahlreichen Versicherungen und Erklärungen alter treuer Parteigenossen und SA-Führer den Eindruck gewonnen hätte, daß von gewissenlosen Elementen eine nationalbolschewistische Aktion vorbereitet würde, die über Deutschland nur namenloses Unglück bringen könnte. Ich erklärte ihm weiter,

daß mir auch Gerüchte zu Ohren gekommen seien über die Absicht, die Armee in den Kreis dieser Pläne einzubeziehen.

Ich versicherte dem Stabschef Röhm, daß die Behauptung, die SA solle aufgelöst werden, eine niederträchtige Lüge sei, daß ich mich zur Lüge, ich selbst wolle gegen die SA vorgehen, überhaupt nicht äußern könnte, daß ich aber jeden Versuch, in Deutschland ein Chaos entstehen zu lassen, augenblicklich persönlich abwenden würde und daß jeder, der den Staat angreift, von vornherein mich zu seinen Feinden zählen müsse.

Ich beschwor ihn, zum letztenmal, von sich aus diesem Wahnsinn entgegenzutreten und seine Autorität mitanzuwenden, um eine Entwicklung zu verhindern, die nur so oder so in einer Katastrophe enden könnte. Ich führte erneut schärfste Beschwerde wegen der sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzung dieser Elemente der SA, um nicht die SA selbst, Millionen anständiger Parteigenossen und hunderttausende alter Kämpfer durch einzelne minderwertige Subjekte um ihre Ehre bringen zu lassen. Stabschef Röhm verließ diese Unterredung mit der Versicherung, die Gerüchte seien teils unwahr, teils übertrieben, er werde im übrigen alles tun, um nunmehr nach dem Rechten zu sehen.

Das Ergebnis der Unterredung aber war, daß Stabschef Röhm in der Erkenntnis, auf meine Person bei seinem geplanten Unternehmen unter keinen Umständen rechnen zu können, nunmehr die Beseitigung meiner Person selbst vorbereitete.

Zu diesem Zwecke wurde dem größeren Kreise der hinzugezogenen SA-Führer erklärt, daß ich selbst mit dem in Aussicht genommenen Unternehmen wohl einverstanden sei, aber persönlich davon nichts wissen dürfe bzw. den Wunsch hätte, zunächst auf 24 oder 48 Stunden bei Ausbruch der Erhebung in Haft genommen zu werden, um so durch die vollzogenen Tatsachen der unangenehmen Belastung enthoben zu sein, die sich im anderen Fall für mich außenpolitisch ergeben müßte. Diese Erklärung erhält ihre letzte Illustration durch die Tatsache, daß unterdes vorsorglicherweise bereits der Mann gedungen war, der meine spätere Beseitigung durchzuführen hatte:

Standartenführer Uhl gestand noch wenige Stunden vor seinem Tod die Bereitwilligkeit zur Durchführung eines solchen Befehls.

Der erste Plan zum Umsturz basierte auf dem Gedanken einer Beurlaubung der SA. In dieser Zeit sollten mangels greifbarer Verbände unfaßbare Tumulte ausbrechen nach Art der Zustände im August 1932, die mich zwingen müßten, den Stabschef, der allein in der Lage wäre, die Ordnung wiederherzustellen, zu rufen, um ihn mit der vollziehenden Gewalt zu betrauen. Nachdem sich unterdes eindeutig ergeben hatte, daß mit einer solchen Bereitwilligkeit von mir wohl unter keinen Umständen gerechnet werden konnte, wurde dieser Plan wieder verworfen und die direkte Aktion ins Auge gefaßt. Sie sollte in Berlin schlagartig einsetzen mit einem Ueberfall auf die Regierungsgebäude, mit einer Verhaftung meiner Person, um dann die weiteren Aktionen als in meinem Auftrag stattfindend, abrollen lassen zu können. Die Verschwörer rechneten damit, daß in meinem Namen an die SA gegebene Befehle im gesamten Reich die SA nicht nur sofort auf den Plan rufen würden, sondern daß damit auch eine Zersplitterung aller dagegen eingesetzten sonstigen Kräfte des Staates automatisch eintreten würde.

Sowohl Stabschef Röhm als auch Gruppenführer Ernst, Obergruppenführer Heines, Hayn und eine Reihe anderer haben vor Zeugen erklärt, daß zunächst eine mehrtägige Auseinandersetzung blutigster Art

mit ihren Widersachern stattfinden sollte. Die Frage nach der wirtschaftlichen Seite bei einer solchen Entwicklung wurde mit geradezu wahnsinnigem Leichtsinn unter dem Hinweis abgetan, daß der blutige Terror die notwendigen Mittel so oder so schaffen würde.

Ich muß mich hier auch noch mit einem Gedanken auseinandersetzen, nämlich mit dem, ob nicht jede gelungene Revolution in sich eine Rechtfertigung trage. Stabschef Röhm und seine Elemente erklärten die Notwendigkeit dieser Revolution mit dem Hinweis auf den nur damit allein gerechtfertigten Sieg des reinen Nationalsozialismus. Ich muß an dieser Stelle aber für die Gegenwart und Nachwelt die Feststellung treffen, daß diese Männer überhaupt kein Recht mehr besaßen, sich auf den Nationalsozialismus als Weltanschauung zu berufen. Ihr Leben war so schlecht geworden wie das Leben derjenigen, die wir im Jahre 1933 überwunden und abgelöst hatten. Das Auftreten dieser Männer hat es mir unmöglich gemacht, sie bei mir einzuladen oder das Haus des Stabschefs in Berlin auch nur einmal zu betreten. Was aus Deutschland im Falle eines Sieges dieser Sekte geworden wäre, ist schwerlich auszudenken.

Die Größe der Gefahr wurde aber erst recht erwiesen durch die Feststellungen, die nun vom Ausland nach Deutschland kamen. Englische und französische Zeitungen begannen immer häufiger von einer bevorstehenden Umwälzung in Deutschland zu reden, und immer mehr Mitteilungen ließen erkennen, daß von den Verschwörern eine planmäßige Bearbeitung des Auslandes in dem Sinne vorgenommen wurde, daß in Deutschland die Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten vor der Türe stünde und das bestehende Regiment nicht mehr zu handeln fähig sei. General von Bredow, der als außenpolitischer Agent des Generals von Schleicher diese Verbindungen besorgte, arbeitete nur entsprechend der Tätigkeit derjenigen reaktionären Zirkel, die, ohne mit dieser Verschwörung vielleicht direkt im Zusammenhang zu stehen — sich zum bereitwilligen unterirdischen Meldekopf für das Ausland mißbrauchen ließen.

Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, und zwar ehe noch das Blut von zehntausend Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde.

Da die Gefahr und die auf allen lastende Spannung allmählich unerträglich geworden war und gewisse Parteistellen und Staatsstellen pflichtgemäß Abwehrmaßnahmen treffen mußten, erschien mir die eigenartige plötzliche Verlängerung des Dienstes vor dem SA-Urlaub bedenklich, und ich entschloß mich daher, Samstag, den 30. Juni, den Stabschef seines Amtes zu entheben, zunächst in Verwahrung zu nehmen und eine Anzahl von SA-Führern, deren Verbrechen klar zutage lag, zu verhaften.

Da es zweifelhaft war, ob angesichts der drohenden Zuspitzung Stabschef Röhm überhaupt noch nach Berlin oder anderswo hingekommen wäre, entschloß ich mich, zu einer nach Wiessee angesetzten SA-Führerbesprechung persönlich zu fahren. Bauend auf die Autorität meiner Person und auf meine wenn notwendig immer vorhanden gewesene Entschlußkraft, wollte ich dort um 12 Uhr mittags den Stabschef seiner Stellung entheben, die hauptschuldigen SA-Führer verhaften und in einem eindringlichen Appell die übrigen zu ihrer Pflicht zurückrufen.

Im Laufe des 29. Juni erhielt ich aber so bedrohliche Nachrichten über letzte Vorbereitungen zur Aktion, daß ich mittags die Besichtigung der Arbeitslager in Westfalen abbrechen mußte, um mich für alle Fälle bereit zu halten.

Um 1 Uhr nachts erhielt ich aus Berlin und München zwei dringendste Alarmnachrichten.

Nämlich erstens, daß für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeordnet sei, daß zum Transport der eigentlichen Stoßformationen die Requisition von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei, und daß Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmäßig mit der Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte. Gruppenführer Ernst war zu dem Zweck auch nicht mehr nach Wiessee gereist, sondern zur persönlichen Führung der Aktion in Berlin zurückgeblieben. Zweitens wurde in München die Alarmierung der SA bereits für 9 Uhr abends angeordnet. Die SA-Formationen wurden nicht mehr nach Hause entlassen, sondern in die Alarmquartiere gelegt. Das ist Meuterei! Der Befehlshaber der SA bin ich und sonst niemand!

Unter diesen Umständen konnte es für mich nur noch einen einzigen Entschluß geben. Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann mußte blitzschnell gehandelt werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. Und es konnte dann keine Frage sein, daß besser hundert Meuterer, Verschwörer und Konspiratoren vernichtet wurden, als zehntausend unschuldige SA-Männer auf der einen, zehntausend ebenso Unschuldige auf der anderen Seite verbluten zu lassen. Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, waren die Folgen ja unausdenkbar! Wie das Operieren mit meinem Namen gewirkt hatte, ergab sich aus der beklemmenden Tatsache, daß es diesen Meuterern zum Beispiel gelungen war, in Berlin unter Berufung auf mich von nichtsahnenden Polizeioffizieren sich für ihre Aktion vier Panzerwagen zu sichern, und daß weiter schon vorher die Verschwörer Heines und Hayn Polizeioffiziere in Sachsen und Schlesien unsicher machten, angesichts ihrer Aufforderung, bei der kommenden Auseinandersetzung sich zwischen der SA und den Hitlerfeinden zu entscheiden. Es war mir endlich klar, daß dem Stabschef nur ein einziger Mann entgegentreten konnte und entgegentreten mußte.

Mir brach er die Treue, und ich allein mußte ihn dafür zur Verantwortung ziehen!

Um 1 Uhr nachts erhielt ich die letzten Alarmdepeschen, um 2 Uhr morgens flog ich nach München. Ministerpräsident Göring hatte unterdes von mir schon vorher den Auftrag bekommen, im Falle der Aktion der Reinigung seinerseits sofort die analogen Maßnahmen in Berlin und Preußen zu treffen. Er hat mit eiserner Faust den Angriff auf den nationalsozialistischen Staat niedergeschlagen, ehe er zur Entwicklung kam. Die Notwendigkeit dieses blitzschnellen Handelns brachte es mit sich, daß mir in dieser entscheidenden Stunde nur ganz wenige Menschen zur Verfügung standen. Im Beisein des Ministers Goebbels und des neuen Stabschefs wurde dann die Ihnen bekannte Aktion durchgeführt und in München abgeschlossen.

Wenn ich noch wenige Tage vorher zur Nachsicht bereit gewesen war, dann konnte es in dieser Stunde eine solche Rücksicht nicht mehr geben. Meutereien bricht man nach ewig gleichen eisernen Gesetzen. Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen. Nur ein Staat hat von seinen Kriegsartikeln keinen Gebrauch gemacht, und dieser Staat ist dafür auch zusammengebrochen: Deutschland. Ich wollte nicht das junge Reich dem Schicksal des alten ausliefern.

Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch. Und ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstandes der Meuterer gegen ihre Verhaftung, diese sofort mit der Waffe niederzumachen.

Die Nation muß wissen, daß ihre Existenz — und diese wird garantiert durch ihre innere Ordnung und Sicherheit — von niemandem ungestraft bedroht wird! Und es soll jeder für alle Zukunft wissen, daß, wenn er die Hand zum Schlage gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist. Und jeder Nationalsozialist muß wissen, daß kein Rang und keine Stellung ihn seiner persönlichen Verantwortung und damit seiner Strafe entzieht. Ich habe Tausende unserer früheren Gegner wegen ihrer Korruption verfolgt. Ich würde mir innere Vorwürfe machen, wenn ich gleiche Erscheinungen bei uns nun dulden würde.

Kein Volk und keine Staatsführung kann etwas dafür, wenn sich Kreaturen, wie wir sie in Deutschland als Kutisker usw. kannten, wie das französische Volk sie in einem Stavisky kennengelernt hat, und wie wir sie heute wieder erlebten, auftauchen, um sich an den Interessen einer Nation zu versündigen. Allein, jedes Volk ist selbst schuldig, wenn es nicht die Kraft findet, solche Schädlinge zu vernichten.

Wenn mir die Meinung entgegengehalten wird, daß nur ein gerichtliches Verfahren ein genaues Abwägen von Schuld und Sühne hätte ergeben können, so lege ich gegen diese Auffassung feierlich Protest ein. Wer sich gegen Deutschland erhebt, treibt Landesverrat.

Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat, sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung.

Wer sich untersteht, im Innern unter Bruch von Treue und Glauben und heiligen Versprechen, eine Meuterei anzuzetteln, kann nichts anderes erwarten, daß er selbst das erste Opfer sein wird. Ich habe nicht die Absicht, die schuldigen Kleinen erschießen zu lassen und die Großen zu schonen. Ich habe nicht zu untersuchen, ob und wem von diesen Verschwörern, Hetzern, Destrukteuren und Brunnenvergiftern der deutschen öffentlichen Meinung und im weiteren Sinne der Weltmeinung ein zu hartes Los zugefügt wurde, sondern ich habe nur darüber zu wachen, daß das Los Deutschlands getragen werden kann. Ein ausländischer Journalist, der bei uns das Gastrecht genießt, protestiert im Namen der Frauen und Kinder der Erschossenen und erwartet aus ihren Reihen die Vergeltung. Ich kann diesem Ehrenmanne nur eines zur Antwort geben: Frauen und Kinder sind stets die unschuldigen Opfer verbrecherischer Handlungen der Männer gewesen. Auch ich empfinde mit ihnen Mitleid, allein ich glaube, daß das Leid, das ihnen zugefügt worden ist durch die Schuld dieser Männer, nur ein winziger Bruchteil ist gegenüber dem Leid, das vielleicht Zehntausende an deutschen Frauen getroffen hätte, wenn diese Tat gelungen wäre. Ein ausländischer Diplomat erklärt, daß die Zusammenkunft mit Schleicher und Röhm selbstverständlich ganz harmloser Natur gewesen wäre. Ich habe mich darüber mit niemandem zu unterhalten. Die Auffassungen über das, was harmlos ist und was nicht, werden sich auf politischem Gebiet niemals decken.

Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als „dienstlich" bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse

ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, daß bei einer vor mir so verborgenen Beratung nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll.

Die Sühne für diese Verbrechen war eine schwere und harte. 19 höhere SA-Führer, 31 SA-Führer und SA-Angehörige wurden erschossen, ebenso drei SS-Führer als Mitbeteiligte am Komplott. 13 SA-Führer und Zivilpersonen, die bei der Verhaftung Widerstand versuchten, mußten dabei ihr Leben lassen. Drei weitere endeten durch Selbstmord.

Fünf Nicht-SA-Angehörige, aber Parteigenossen, wurden wegen Beteiligung erschossen.

Endlich wurden noch erschossen drei SS-Angehörige, die sich eine schändliche Mißhandlung gegenüber Schutzhäftlingen zuschulden kommen ließen.

Um zu verhindern, daß die politische Leidenschaft und Empörung an weiteren Belasteten zur Lynchjustiz greifen konnte, wurde, nachdem die Gefahr beseitigt und die Revolte als niedergebrochen gelten konnte, noch am Sonntag, dem 1. Juli, der strengste Befehl gegeben, jede weitere Vergeltung zu unterlassen. Es ist damit seit Sonntag, dem 1. Juli, nachts, der normale Zustand wiederhergestellt. Eine Anzahl von Gewalttaten, die mit dieser Aktion in keinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben.

So schwer diese Opfer auch sein mögen, sie sind dann keine vergeblichen, wenn aus ihnen einmal für immer die Ueberzeugung kommt, daß jeder Versuch eines Hoch- oder Landesverrats ohne Ansehen der Person gebrochen werden wird. Ich hoffe dabei zuversichtlich, daß, wenn mich das Schicksal zu irgendeiner Stunde von meinem Platze abberufen würde, mein Nachfolger nicht anders handelt, und, falls auch dieser den Platz räumen müßte, der Dritte hinter uns mit nicht minderer Entschlossenheit die Sicherheit von Volk und Nation wahrzunehmen bereit ist. ....

Ich muß aber an dieser Stelle auch zugleich gestehen, daß mein Vertrauen zur Bewegung und insbesondere zur SS nie gewankt hat. Und nun wurde auch das Vertrauen zu meiner SA mir wieder zurückgegeben.....

Die SA hat in diesen für sie wie für mich schwersten Tagen ihre innere Treue bewahrt. Sie hat damit zum drittenmal unter Beweis gestellt, daß sie mein ist, genau so, wie ich es jederzeit unter Beweis stellen werde, daß ich meinen SA-Männern gehöre. In wenigen Wochen wird das Braune Hemd wieder die deutschen Straßen beherrschen und jedem eindeutig zu verstehen geben, daß das nationalsozialistische Deutschland nur noch stärker lebt, indem es eine schwere Not überwand.....

So wie ich vor anderthalb Jahren unseren damaligen Gegnern die Versöhnung angeboten habe, so möchte ich auch all denen, die mitschuldig waren an dieser Wahnsinnshandlung, von jetzt ab ebenfalls das Vergessen ansagen. Mögen sie alle in sich gehen und in Erinnerung an diese traurige Not unserer neuen deutschen Geschichte sich mit aller Kraft der Wiedergutmachung widmen. Mögen sie jetzt sicherer als früher die große Aufgabe erkennen, die uns das Schicksal stellt und die nicht gelöst wird durch Bürgerkrieg und Chaos. Mögen sie sich alle verantwortlich fühlen für das kostbarste Gut, das es für das deutsche Volk geben kann: die innere Ordnung und den inneren und äußeren Frieden! So wie ich bereit bin, vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen für die 24 Stunden der bittersten Entschlüsse meines Lebens, in denen mich das Schicksal wieder

gelehrt hat, in banger Sorge mit jedem Gedanken das Teuerste zu umkrallen, das uns auf dieser Welt gegeben ist: das deutsche Volk und Deutsche Reich!

Das deutsche Volk stand in diesen schweren Tagen geschlossen hinter seinem Führer und bewies ihm in zahlreichen Kundgebungen der Treue seine Liebe und Verehrung. Und die SA war ihm nie untreu geworden. Sie hatte mit den verbrecherischen Konspirationen eines bestimmten Führerklüngels nichts zu tun. Der Geist der alten kämpferischen SA, die mit ihren Blutopfern die Bewegung geschützt und ihr den Sieg ermöglicht hatte, entsprach dem Geist des Befehls, den der Führer bei der Ernennung des Chefs des Stabes, Pg. Lutze, an die SA richtete:

Befehl des Führers an die SA

„1. Ich verlange vom SA-Führer genau so wie er vom SA-Mann blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin.

2. Ich verlange, daß jeder SA-Führer wie jeder Politische Führer sich dessen bewußt ist, daß sein Benehmen und seine Aufführung vorbildlich zu sein hat für seinen Verband, ja, für unsere gesamte Gefolgschaft.

3. Ich verlange, daß SA-Führer genau so wie die Politischen Leiter, die sich in ihrem Benehmen in der Oeffentlichkeit etwas zuschulden kommen lassen, unnachsichtlich aus der Partei und der SA entfernt werden.

4. Ich verlange insbesondere vom SA-Führer, daß er ein Vorbild in der Einfachheit und nicht im Aufwand ist. Ich wünsche nicht, daß der SA-Führer kostbare Diners gibt oder an solchen teilnimmt. Man hat uns früher hierzu nicht eingeladen, wir haben auch jetzt dort nichts zu suchen. Millionen unserer Volksgenossen fehlt auch heute noch das Notwendigste zum Leben, sie sind nicht neidisch dem, den das Glück mehr gesegnet hat, aber es ist eines Nationalsozialisten unwürdig, den Abstand zwischen Not und Glück, der ohnehin ungeheuer groß ist, noch besonders zu vergrößern. Ich verbiete insbesondere, daß Mittel der Partei, der SA oder überhaupt der Oeffentlichkeit für Festgelage und dergleichen Verwendung finden. Es ist unverantwortlich, von Geldern, die zum Teil sich aus den Groschen unserer ärmsten Mitbürger ergeben, Schlemmereien abzuhalten. Das luxuriöse Stabsquartier in Berlin, in dem, wie nunmehr festgestellt wurde, monatlich bis zu 30000 Mark für Festessen usw. ausgegeben wurden, ist sofort aufzulösen.

Ich untersage daher für alle Parteiinstanzen die Veranstaltung sogenannter Festessen und Diners aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln, und ich verbiete allen Partei- und SA-Führern die Teilnahme an solchen. Ausgenommen ist nur die Erfüllung der von Staats wegen notwendigen Verpflichtungen, für die in erster Linie der Herr Reichspräsident und dann noch der Herr Reichsaußenminister verantwortlich sind. Ich verbiete allen SA-Führern und allen Parteiführern im allgemeinen, sogenannte diplomatische Diners zu geben. Der SA-Führer hat keine Repräsentation zu üben, sondern seine Pflicht zu erfüllen.

5. Ich wünsche nicht, daß SA-Führer in kostbaren Limousinen oder Kabrioletts Dienstreisen unternehmen oder Dienstgelder für die Anschaffung derselben verwenden. Dasselbe gilt für die Leiter der Politischen Organisationen.

6. SA-Führer oder Politische Leiter, die sich vor aller Oeffentlichkeit betrinken, sind unwürdig, Führer ihres Volkes zu sein.

Das Verbot nörgelnder Kritik verpflichtet zu vorbildlicher Haltung. Fehler können jederzeit verziehen werden, schlechte Aufführung nicht. SA-Führer, die sich daher vor den Augen der Oeffentlichkeit unwürdig benehmen, randalieren oder gar Exzesse veranstalten, sind ohne Rücksicht sofort aus der SA zu entfernen. Ich mache die vorgesetzten Dienststellen verantwortlich dafür, daß durchgegriffen wird.

7. Von den staatlichen Stellen erwarte ich, daß sie in solchen Fällen das Strafmaß höher bemessen als bei Nichtnationalsozialisten. Der nationalsozialistische Führer und insbesondere der SA-Führer soll im Volke eine gehobene Stellung haben. Er hat dadurch auch erhöhte Pflichten.

8. Ich erwarte von allen SA-Führern, daß sie mithelfen, die SA-Institution zu erhalten und zu festigen. Ich möchte insbesondere, daß jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei oder Hitler-Jugend geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich oder moralisch verdorben werden. Ich wünsche daher, daß alle SA-Führer peinlichst darüber wachen, daß Verfehlungen nach § 175 mit sofortigem Ausschluß des Schuldigen aus SA und Partei beantwortet werden. Ich will Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen. Ich verlange von allen SA-Führern, daß sie meine Loyalität mit ihrer eigenen beantworten und durch ihre eigene unterstützen.

9. Ich verlange von ihnen aber besonders, daß sie ihre Stärke auf dem Gebiet suchen, das uns gegeben ist und nicht auf Gebieten, die anderen zukommen. Ich verlange vor allem von jedem SA-Führer, daß er in bedingungsloser Offenheit, Loyalität und Treue sein Benehmen gegenüber der Wehrmacht des Reiches einrichtet. Ich will, daß der SA-Mann geistig und körperlich zum geschultesten Nationalsozialisten erzogen wird. Nur in der weltanschaulichen Verankerung in der Partei liegt die einzigartige Stärke dieser Organisation.

10. Ich will, daß in ihr der Gehorsam, die Treue und die Kameradschaft als durchgehende Prinzipien herrschen. Und so, wie jeder Führer von seinen Männern Gehorsam fordert, so fordere ich von den SA-Führern Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam meinem Befehl."

Neuorganisation der SA

Im Geiste dieses Befehls wurde jetzt die SA auch neuorganisiert. Die Zahl wurde auf das notwendige Maß herabgesetzt, um der Verwässerung des alten SA-Geistes entgegenzuwirken, die Stäbe verringert, der vernachlässigten weltanschaulichen Schulung wieder der erforderliche Platz eingeräumt. Ziel mußte sein, die SA zur Lebensschule des deutschen Mannes werden zu lassen.

„Die Partei wird in Zukunft in der SA wieder das haben, was sie früher in ihr gehabt hat" —

erklärte Pg. Heß in einer Unterredung mit der NSK (6. Juli). Und am 31. Juli erließ der Chef des Stabes, Pg. Lutze, folgenden Tagesbefehl an die SA:

Beendigung des SA-Urlaubs

„Am 1. August ist der SA-Urlaub zu Ende. Mit diesem Tage setzt der volle Dienstbetrieb wieder ein, gleichzeitig entfallen alle mit dem Urlaub zusammenhängenden Einschränkungen, z. B. bezüglich der Arbeit in den Stäben, des Tragens des Dienstanzuges usw.

Damit tritt die SA in unserem Volk wieder voll in Erscheinung, um sich ihrer Aufgabe mit Entschlossenheit in vorderster Front hinzugeben.

> Allerdings in einem anderen Sinn, als das in den Urlaubsverfügungen der nunmehr beseitigten Verräter zum Ausdruck kam. Die SA will und muß zurück zu dem alten Kurs, der sie groß und stark werden ließ, und von dem sie kürzlich gegen ihren Willen abgelenkt wurde. Schlichtheit, vorbildliche Haltung in und außer Dienst, Verbundenheit mit Volk und Bewegung sind die Grundsätze der SA, in denen sie sich mit dem Führer verbunden weiß und die sie zum kraftvollen, unzerbrechlichen Instrument in seiner Hand machen.
> Es lebe der Führer, es lebe Deutschland."

Reichs- und Gauleitertagung in Flensburg

Die NSDAP fühlte sich mehr denn je mit ihrer SA verbunden. Das kam auch auf der Reichs- und Gauleitertagung der NSDAP in Flensburg (4. bis 6. Juli) zum Ausdruck, als Pg. Heß feststellte, daß die Partei jeder Beleidigung und Mißachtung der SA mit aller Schärfe entgegentreten werde. Und Pg. Dr. Ley erklärte am 10. Juli (in Frankfurt am Main):

> „Wer die SA beleidigt, trifft gleichzeitig die Partei. Denn die SA ist ein Teil der Partei, gleichwertig der PO, SS oder HJ. Sie hat ihre Aufgabe in dem ihr zugewiesenen Rahmen unter tausend Kämpfen und gegen die ungeheuerlichsten Widerstände gelöst. Ihr Ehrenschild ist rein seit der Ausmerzung der heimtückischen Verschwörer."

Auslandsecho zum 30. Juni

Die Gewitterwolken waren verschwunden, die Atmosphäre gereinigt. Und die Nation stand in Dankbarkeit zu ihrem Führer. Und das Ausland — erholte sich allmählich von den geradezu phantastischen Schauermeldungen über den 30. Juni, die ihm seine Presse mehrere Tage lang vorgesetzt hatte. Denn niemals vorher hatte die Sensations- und Skandalpresse der Welt die Möglichkeit gehabt, eine so „eindrucksvolle" (und lehrreiche!) Demonstration phantasievoller, durch keine Sachkenntnis getrübter Berichterstattung vor unseren erstaunten Augen abrollen zu lassen. Sie hat von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch gemacht!

Chronologisch sah das so aus: Zuerst Abwarten, Zurückhaltung; dann — nachdem man die Rücksichtslosigkeit, mit der der Führer die Säuberungsaktion durchführte, erkannt hatte — wilde Empörung, „Mitleid" mit den Opfern; und dann — nachdem die schlagartige, 24stündige Aktion längst abgeschlossen war — ein Verleumdungsfeldzug, der sich über Wochen hinzog und an Skrupellosigkeit der Greuelhetze anläßlich des Reichstagsbrandstifterprozesses nicht nachstand. Es wäre müßig, heute all die sich widersprechenden Lügen, die zahlreichen Gerüchte, die angeblichen „Augenzeugenberichte", die aus „gut informierter Quelle" stammenden Totenlisten und noch vieles andere „Beweismaterial" nochmals aufzuzählen. Es genügt die Feststellung, daß eine gewisse Presse im Ausland (und dazu gehörten leider auch große und angesehene Blätter, wie „Oeuvre", „Matin", „Intransigeant", „Paris Soir", „Morning Post", „Daily Mail",

„Daily Telegraph") ihre Informationen nicht von amtlichen Stellen, sondern von Revolverjournalisten und verantwortungslosen Deutschenhetzern bezogen.

Rundfunkrede Dr. Goebbels über die Weltpresse

In einer Rundfunkrede am Abend des 10. Juli charakterisierte Dr. Goebbels in glänzender Weise die sich widersprechende, verlogene Berichterstattung der „Weltpresse". Aus dem Schluß dieser Anklagerede (die natürlich eine „schlechte Presse" im Ausland hatte!) zitieren wir:

„... Man erspare mir weitere Einzelheiten. Der Ekel kommt einem hoch, wenn man sich jetzt, da die Auslandspresse insgesamt vorliegt, einen Ueberblick darüber verschafft und dann damit vergleicht, wie vornehm, nobel und anständig Vorgänge des Auslandes in der deutschen Presse behandelt werden. Dann kann man nur mit Seelenruhe ausrufen: Ach, was sind wir Wilde doch für bessere Menschen!...

Das deutsche Volk geht in Ruhe und Ordnung seiner täglichen Arbeit nach. Es hat vor allen anderen Völkern, die ein Gleiches tun, nur Achtung und Respekt. Es verfällt nicht in den Fehler, diese anderen Völker mit solchen Journalisten zu verwechseln. Es weiß auch, daß es überall anständige und saubere Pressemänner gibt, die nach bestem Wissen und Gewissen der Wahrheit dienen wollen. Von der hier geschilderten Art von Lügenfabrikanten aber wendet es sich mit Ekel und Abschen ab und quittiert ihre hysterischen und pathalogischen Wut- und Haßausbrüche nur mit einem lauten und hörbaren „Pfui-Teufel"."

Trotz aller Verdächtigungen und Verleumdungen war jedoch aus dem Chor der Auslandsstimmen ein Ton klar zu vernehmen: die fast einmütige Hochachtung vor dem Mut und der unbeugsamen Entschlossenheit des Führers und Reichskanzlers. Die Bewunderung vor der Leistung dieses Mannes, der durch seine Tat das Reich vor einem blutigen Chaos bewahrt hatte, kam in den weitaus meisten Zeitungen des Auslandes — wie sie auch sonst zu Deutschland und den Ereignissen des 30. Juni eingestellt sein mochten — zum Ausdruck. So begegnete auch die große Abrechnung Adolf Hitlers in seiner Reichstagsrede am 13. Juli im Ausland ausnahmslos starkem Interesse und überzeugte viele, die bisher der blitzschnellen Abwehraktion des Führers verständnislos gegenübergestanden hatten. Philipp Barres hob im „Matin" die Begeisterung hervor, die die Zuhörer ergriff bei der Feststellung Hitlers, daß er in diesem Augenblick der höchste Richter Deutschlands gewesen sei. Barres schilderte seinen Eindruck mit den Worten:

„Wer diese Worte nicht gehört hat, nicht den Saal sah, in dem sich Abgeordnete, Publikum, die Leute des Ordnungsdienstes, die Journalisten wie ein Mann erhoben und ihm zujubelten, der hat nichts gesehen von Deutschland." —

Göring zu den preußischen Staatsanwälten

In seiner Ansprache an die Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte Preußens erklärte Pg. Göring: „Das Recht und der Wille des Führers sind eins!"

Die österreichische Tragödie

Deutschland und Oesterreich

Wenn wir in unserem Buche genötigt sind, den Fragen um Oesterreich einen besonderen Abschnitt zu widmen, so nicht nur deshalb, weil die Angriffe der österreichischen Machthaber gegen das neue Deutschland sich ständig verschärften, sondern vor allem deshalb, weil die tragischen Ereignisse in Oesterreich sämtlichen Gegnern Deutschlands in geradezu unglaublicher Verdrehung der Tatsachen als Waffen gegen Deutschland dienten, weil die österreichischen Fragen ständig mißbraucht wurden gegen die deutsche Außen- und Innenpolitik Sturm zu laufen, weil also hier auf die genannte Art und Weise eine wichtige Frage der deutschen Außenpolitik konstruiert wurde. —

Während das Deutsche Reich unter Adolf Hitlers Führung in immer stärkerer Geschlossenheit neu gestaltet wurde, fiel Oesterreich in immer furchtbarere Zerrissenheit und führte das deutsche Brudervolk jenseits der Reichsgrenzen in blutige Bürgerkriege. Die Attacken der Regierung Dollfuß im Jahre 1933 (siehe Band 1933, Seite 177, 285 und 309) gegen das nationalsozialistische Deutschland fanden im neuen Jahre ihre entsprechende Fortsetzung.

Innenpolitische Kämpfe in Oesterreich

Im Buche der Geschichte Deutsch-Oesterreichs ist das Jahr 1934 mit Blut geschrieben.

Der Kampf politischer Doktrinen, der seit Jahren mit zunehmender Schärfe in dem kleinen Lande geführt wurde, nahm die Form brutalen Terrors und Gegenterrors an. Der politische Katholizismus im Bunde mit dem Austro-Faschismus der Heimwehr verteidigte das Regime gegen den Austro-Marxismus auf der einen und die Nationalsozialisten Oesterreichs auf der anderen Seite. Auf schmalster Basis sah sich die österreichische Regierung einer erdrückenden Opposition gegenüber. Es gab für sie nur zwei Wege: Volksbefragung (und damit Beugung unter den Willen des Volkes, der sie hinweggefegt hätte) oder rücksichtslose Diktatur — in diesem Stadium gleichbedeutend mit Entfesselung des Bürgerkrieges. Die Regierung Dollfuß hat den letzteren Weg gewählt. Sie hat damit die Verantwortung für das furchtbare Opfer besten deutschen Blutes übernommen und muß mit dieser schweren Last des Urteils der Nachwelt harren. —

Verfolgung der österreichischen Nationalsozialisten

Am Anfang des Jahres ging eine neue Welle der Verfolgungen durch das nationalsozialistische Oesterreich. Am Ballhausplatz, dem Sitz der Regierung, konzentriert man alle Kraft auf den Abwehrkampf gegen die übermächtige Volksbewegung. Fast täglich wur-

den Verhaftungen und Einlieferungen in das Konzentrationslager Wöllersdorf vorgenommen. Neue Todesopfer waren die Folge der Kampagne, und viele Verzweifelte flüchteten über die Grenzen ihres Vaterlandes. Der Schritt des niederösterreichischen Heimwehrführers Graf Alberti, der sich gegen die antinationalsozialistische Politik Starhembergs wandte, war symptomatisch für die Uneinigkeit innerhalb der „Vaterländischen Front". Der Ruf: „Der Feind steht rechts" war durchaus nicht geeignet, die restlose Geschlossenheit der regierenden Schicht (soweit man von einer „Schicht" überhaupt sprechen konnte) herzustellen.

Suvich in Wien

Der italienische Staatssekretär Suvich fand bei seinem Besuch in Wien (19./20. Januar) Gelegenheit, sich über die Position der Regierung Dollfuß und die Stimmung des österreichischen Volkes zu informieren. Er dürfte nicht die besten Eindrücke mit nach Rom genommen haben.

Deutsche Antwort auf österreichische Beschwerden

Am 1. Februar übergab Reichsaußenminister von Neurath dem österreichischen Gesandten in Berlin, Tauschitz, die Antwort der Reichsregierung auf die am 17. Januar überreichte Notiz der österreichischen Regierung, in der Beschwerden über angebliche Einmischungen Deutschlands in die inner-österreichischen Angelegenheiten erhoben worden waren. Die Antwortnote der Reichsregierung nimmt — entsprechend den ausführlichen Erklärungen des Reichskanzlers am 30. Januar zum deutsch-österreichischen Konflikt — zu den erhobenen Beschuldigungen Stellung. Es heißt darin einleitend:

„... Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solchen, der unter die von der österreichischen Regierung geltend gemachten formalen Begriffe des Völkerrechts fiele, sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergriffen und der die deutsche Bevölkerung Oesterreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legalen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Oesterreich das Gefühl völkischer Verbundenheit nicht beseitigt, und das Uebergreifen volksbeweglicher Ideen nicht aufgehalten werden kann.

Die österreichische Regierung kann nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungssystem gleichgültig gegenübersteht, das alles das entrechtet und unterdrückt, was das deutsche Volk mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Oesterreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Oesterreich seine gefühlsmäßige Rückwirkung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs

einzumischen. Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgendeine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fernliegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Befremden darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehrfachen Anlässen die deutsche Regierung verdächtigt hat, als ob sie die Unabhängigkeit Oesterreichs bedrohe."

Es heißt dann weiter in der Note, daß die Reichsregierung eine Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich begrüßen würde, daß die Schuld für die bisherige Vereitlung einer solchen Verständigung bei der Bundesregierung liege und daß die deutsche Regierung stets eine Verschärfung der Lage zu vermeiden gesucht habe (Zwischenfall Schuhmacher — siehe Band 1933, Seite 309). Es werden dann die einzelnen Beschuldigungen (die angeblich „österreichische Legion", der Schmuggel von Sprengmaterial von Deutschland nach Oesterreich, die deutsche Presse„hetze", die Rundfunkpropaganda, der „Kampfring der Deutsch-Oesterreicher im Reich" und die Reise des Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont nach Wien) widerlegt, bzw. ihre Unsinnigkeit bewiesen. Die deutsche Note schließt:

„Zusammenfassend kann die deutsche Regierung nur ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die österreichische Regierung es für angezeigt gehalten hat, schwerwiegende Vorwürfe zu erheben, obwohl sie deren Unrichtigkeit aus den ihr von der deutschen Regierung bereits bei früherer Gelegenheit gemachten Mitteilungen ohne weiteres hätte ersehen können. Das Vorgehen der österreichischen Regierung hat die deutsche Regierung um so mehr befremdet, als die österreichische Regierung, ohne das Ergebnis der deutschen Untersuchung abzuwarten, gleichzeitig mit ihrem Schritte in Berlin andere Regierungen mit der Angelegenheit befaßt hat.

Wenn die österreichische Regierung darüber hinaus erklärt, sie müsse ernstlich in Erwägung ziehen, sich an den Völkerbund zu wenden, so muß ihr die Verantwortung über einen solchen Schritt überlassen bleiben. Die deutsche Regierung ist jedenfalls nicht der Ansicht, daß das vorliegende Problem, das seine Wurzeln letzten Endes in einem rein innerpolitischen Konflikt in Oesterreich hat, der internationalen Behandlung zugänglich wäre und auf diesem Wege gelöst werden könnte."

Oesterreichische Stellungnahme zur deutschen Antwort

Die Stellung der österreichischen Regierung zu dieser deutschen Antwortnote geht aus der amtlichen Verlautbarung hervor, die über die Beratungen des Kabinetts veröffentlicht wurde:

„Die Antwort der deutschen Reichsregierung auf den österreichischen Schritt in Berlin vom 17. Januar dieses Jahres ist in den späten Abendstunden in Wien angelangt und wurde dem zu dieser Stunde noch tagenden Ministerrat zur Kenntnis gebracht. Der Ministerrat mußte aus der Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern entnehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bundesregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den beiden deutschen Staaten zu bereinigen, bei der deutschen Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung trägt

den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche Antwortnote einhellig für unbefriedigend gefunden. In dem zuversichtlichen Vertrauen auf das gute Recht und in einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist."

Der Weg, den sie weitergehen zu müssen glaubte, verlief aber insofern im Sande, als England ablehnend, Frankreich skeptisch und Italien zustimmend, aber unsicher dem beabsichtigten Appell Oesterreichs an den Völkerbund gegenüberstanden. In einem Teil der Londoner Presse kam klar zum Ausdruck, daß es die Aufgabe des Völkerbundes sei, einen Mitgliedsstaat gegen einen Angriff von außen her zu schützen, nicht aber innerhalb eines Staates eine politische Richtung gegen eine andere zu unterstützen.

Oesterreichs Appell an den Völkerbund

Während die Großmächte noch mit dem Studium des anklagenden Dollfuß-Memorandums beschäftigt waren, brach in Oesterreich der Bürgerkrieg aus. Der fast vergessene Austro-Marxismus sah die Gelegenheit für einen gewaltsamen Umsturz gekommen. Der Feind stand plötzlich links.

Marxistischer Bürgerkrieg in Oesterreich

Vom 12. bis 16. Februar tobte in Wien, in Linz, in Steyr, in Kärnten, Steiermark und Niederösterreich der Kampf auf Straßen und Plätzen, in den Elendsquartieren verhetzter deutscher Menschen und um strategisch bedeutsame öffentliche Gebäude. Generalstreik, Lebensmittelknappheit, Standrecht waren die Begleiterscheinungen der blutigen Unruhen. Hunderte mußten ihr Leben lassen. Hunderte von Existenzen wurden vernichtet.

Nach schwerem, erbittertem und verlustreichem Kampf behielt die Exekutive die Oberhand. Es gelang der Regierung Dollfuß, den marxistischen Aufstand in einem Meer von Blut zu ersticken.

Der österreichische Nationalsozialismus hielt angesichts dieser grauenvollen deutschen Tragödie Disziplin. Es mag ihm nicht leicht geworden sein, Gewehr bei Fuß zu stehen, während ringsum sinnlose Verwüstung, Selbstzerfleischung und Tod war.

Von Ward Price, dem bekannten Korrespondenten der „Daily Mail", befragt, ob die Haltung Deutschlands zu Oesterreich durch die jetzige Entwicklung beeinflußt werde, antwortete der Reichskanzler: „Keineswegs. Die Politik, die ich führe, wird nur von deutschen Interessen beherrscht." Gegenüber demselben Journalisten erklärte Dr. Goebbels zum Putsch in Oesterreich u. a.:

Deutschland zum österreichischen Bürgerkrieg

„... Nirgends ist es im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland zu einem ernsteren Zusammenstoß gekommen. Nirgends haben sich Schießereien entwickelt, nicht ein Haus mußte beschossen

werden, während in dem Lande, in dem der Nationalsozialismus auf das schärfste verfolgt wird, die Regierung sich nicht anders zu halten vermag, als dadurch, daß sie ganze Stadtteile mit allen Menschen, die darin wohnten, in Trümmer legt..

Welches Vorgehen das humanere, würdigere und letzten Endes der gesamten zivilisierten Welt besser dienende ist, das Urteil darüber kann ruhig der Weltöffentlichkeit überlassen werden. Es genügt die Feststellung, daß im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution weder die Wehrmacht überhaupt mobilisiert zu werden brauchte, noch daß irgendein Maschinengewehr oder gar irgendein Geschütz einen einzigen Schuß hat abzugeben brauchen. Das ist der Unterschied zwischen dem geistigen Aufbruch eines Volkes und einer brutalen Vergewaltigung."

Die blutige Schlacht, mit der die Regierung Dollfuß des marxistischen Aufstandes Herr geworden war, festigte wohl vorübergehend ihre Position im Innern, verscherzte ihr aber im Ausland die Sympathien all derer, die bisher an ein christliches und humanitäres Regime in Oesterreich geglaubt hatten. Der Vergleich mit der deutschen Revolution des Jahres 1933, der unblutigsten, die die Welt bisher gesehen hat, lag nahe — und er konnte nicht zugunsten der Diktatoren am Ballhausplatz ausfallen. Besonders die öffentliche Meinung in England wandte sich stark von Dr. Dollfuß und seinen Männern ab.

Dreimächte-erklärung

Trotzdem kam am 17. Februar folgende Dreimächteerklärung zustande, die gleichzeitig in Paris, London und Rom veröffentlicht wurde:

„Die österreichische Regierung hat sich an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um ihre Auffassung über die Akten einzuholen, die sie vorbereitet hat, um die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs festzustellen und die sie ihnen übermittelte. Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen hierüber stattfanden, haben zu einer übereinstimmenden Auffassung über die Notwendigkeit geführt, die Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten."

Die englische Zeitung „Daily Expreß" meint dazu:

„... Die britische Regierung vereinte sich mit den Regierungen Frankreichs und Italiens zu einer Erklärung, die die Unabhängigkeit Oesterreichs — gemeint ist natürlich gegenüber Deutschland — als notwendig betonte.

Berlin aber will ja gar nicht die Unabhängigkeit antasten. Die Nationalsozialisten sind ja Oesterreicher. Aber die englische und französische Regierung haben erklärt, daß sie keinerlei Absicht haben, sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen. So hat die ganze Erklärung überhaupt gar keinen Sinn." —

Besser kann man die Sinnlosigkeit dieses Stücks Papier, das die Unabhängigkeit Oesterreichs garantieren sollte, nicht kennzeichnen. So blieb es denn auch ein Stück Papier — und eine unfreundliche Geste gegen Deutschland.

Italien und Oeſterreich

Die italieniſche Regierung, der die unlogiſche Erklärung in erſter Linie zu verdanken war, legte ſich auch weiterhin ſtark ins Zeug — offenbar nicht nur um der „ſchönen Augen Oeſterreichs" willen. Oeſterreich und Ungarn (das mit ſeinen Reviſionswünſchen im Palazzo Chigi bisher ſtets moraliſche Unterſtützung gefunden hatte) begaben ſich unter das ſchützende Dach von Mutter Italia. Die wechſelſeitigen Freundſchaftsbeſuche in Wien, Rom und Budapeſt häuften ſich. Mitte März fanden in Rom eingehende Beſprechungen zwiſchen

Römiſche Protokolle

Muſſolini, Gömbös und Dollfuß ſtatt, die am 17. März zur Unterzeichnung der römiſchen Protokolle führten. Sie bildeten einen vorläufigen krönenden Abſchluß der italieniſch-öſterreichiſch-ungariſchen Zuſammenarbeit, einer Zuſammenarbeit übrigens, die nicht erſt vom Jahre 1934 ſtammt. Man wird daher in dem Vertragswerk auch nicht einfach den Verſuch einer Blockbildung gegen die Kleine Entente etwa (wie dies verſchiedentlich kommentiert wurde) erblicken können. Ebenſo fehlte hier jede bewußte Spitze gegen Deutſchland. Vor allem aber iſt in dem politiſchen Protokoll weder direkt noch indirekt von irgendeiner beſonderen Garantie für Oeſterreich die Rede. Die Hoffnungen des Bundeskanzlers ſind damals offenbar am geſunden politiſchen Inſtinkt Muſſolinis und des ungariſchen Miniſterpräſidenten Gömbös geſcheitert. Bezüglich der beiden wirtſchaftlichen Protokolle iſt feſtzuſtellen, daß das Ergebnis der Verhandlungen doch nicht ſo befriedigend war, wie erwartet. In Ungarn beſonders war man auch bald über die geringen Erfolge bei der praktiſchen Handhabung enttäuſcht. Die Protokolle ſelbſt enthalten keine konkreten Abmachungen.

Umbildung des öſterreichiſchen Kabinetts

Neue Verfaſſung

Das unglückliche öſterreichiſche Volk ging ſeinen Leidensweg weiter. Ihm konnte weder die Umbildung des Kabinetts Dr. Dollfuß, noch die Schaffung einer neuen Verfaſſung, die allmähliche Ueberleitung der Republik in einen Bundesſtaat, helfen. Während Hunderte und aber Hunderte in Konzentrationslagern und Gefängniſſen gehalten wurden, herrſchte in der Bevölkerung Not und Elend. Gerade die ihres Ernährers beraubten Familien befanden ſich in verzweifelter Lage. Um dieſen Aermſten zu helfen, hatte die „Reichsführung des

Kampfring der Deutſch-Oeſterreicher

Kampfringes der Deutſch-Oeſterreicher" ein Werk wahrer Hilfsbereitſchaft und Volksverbundenheit — über alle trennenden politiſchen Grenzen hinweg — in Angriff genommen. An 10000 Kinder aus ärmſten öſterreichiſchen Familien ſollten ihre Ferien im Reich verbringen, ſollten gepflegt und gekräftigt in die Heimat zurückgeſchickt werden. Zum Zeichen der völlig unpolitiſchen Geſichtspunkte, die bei dieſer Ferienaktion maßgebend waren, ſei erwähnt, daß beabſichtigt war, die Waiſen der bei den Februarunruhen erſchoſſenen

Väter in Deutschland unterzubringen. Das Werk der Nächstenliebe scheiterte an der Ausreiseverweigerung. Das Bundeskanzleramt forderte die zuständigen Stellen auf, „auf jeden Fall zu verhindern, daß Kinder österreichischer Staatsbürger im Zuge dieser Aktion nach Deutschland gelangen". — Mußte nicht die Erbitterung des Volkes lawinenhaft wachsen? Mußte diese soziale Verständnislosigkeit nicht im Verein mit politischer Unterdrückung zur Rebellion führen? Dr. Dollfuß war nicht mehr unpopulär, er war verhaßt bei den breiten Schichten des Volkes. Daß seine Haltung auch einer Besserung der gespannten deutsch-österreichischen Beziehungen nicht dienlich war,

Schandurteil von Innsbruck

liegt auf der Hand. Schon das Schandurteil von Innsbruck, das am 31. März den Mörder des Reichswehrsoldaten Schuhmacher zu einer unerheblichen Arreststrafe mit Bewährungsfrist „verurteilte", hatte in Deutschland sehr bittere Gefühle ausgelöst. Trotz allem aber gab das nationalsozialistische Deutschland seine korrekte Haltung nicht auf. Auch nicht, als am 25. Juli die österreichische

Volksaufstand in Oesterreich — Dollfuß' Tod

Tragödie ihren Höhepunkt erreichte. Der Volksaufstand brach aus. Dollfuß wurde erschossen. Tagelang dauerten die blutigen Kämpfe in Oesterreich an. . . .

Die Ereignisse dieses unglückseligen 25. Juli können auch heute noch nicht als geklärt angesehen werden. Es muß einer späteren Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben, aufzuhellen, was heute unklar bleibt. Wir beschränken uns in diesem Zusammenhang auf die Feststellung, daß von seiten der österreichischen Regierung und ihrer amtlichen Organe eine solche restlose Aufklärung der teilweise unverständlichen Zusammenhänge nicht erfolgt ist.

Abgesehen von dem Mitgefühl, das wir dem österreichischen Brudervolk entgegenbringen, interessiert uns an dem Aufstand vom 25. Juli hier nur die außenpolitische Seite, d. h. die Frage einer etwaigen Verbindung des Deutschen Reiches mit den schicksalsschweren Ereignissen dieses Tages und die Haltung seiner Regierung. Und in diesem negativen Sinne, nämlich der versuchten Belastung Deutschlands mit irgendeiner Verantwortung für den österreichischen Volksaufstand herrscht volle Klarheit.

Deutschland und der österreichische Volksaufstand

Sofort nach Eintreffen der ersten Meldungen vom Putsch in Oesterreich traf die Reichsregierung die Maßnahmen, die sie für notwendig hielt, und an deren Korrektheit und Unmißverständlichkeit kein vernünftiger Mensch zweifeln konnte.

Spannung der Lage

I. Die erste amtliche Mitteilung lautet:

> Die deutsche Reichsregierung hat bei Bekanntwerden der Unruhen in Oesterreich die deutschen Grenzen nach dorthin gesperrt, um zu verhindern, daß Reichsdeutsche oder in Deutschland weilende österreichische

Flüchtlinge die Grenzen überschreiten, um während der Unruhen dorthin zu kommen.

Diese Grenzsperre wurde später, als sie durch die Ereignisse überholt war, wieder aufgehoben.

II. Nachstehendes Beileidstelegramm richtete Reichspräsident von Hindenburg an den österreichischen Bundespräsidenten Miklas:

„Tief erschüttert durch die Nachricht, daß Herr Bundeskanzler Dollfuß einem verabscheuungswürdigen Anschlag zum Opfer gefallen ist, spreche ich Eurer Exzellenz meine herzlichste Anteilnahme aus.

Reichspräsident von Hindenburg."

Im Namen der Reichsregierung übermittelte Reichsaußenminister von Neurath der Bundesregierung sein Beileid zum Tode Dr. Dollfuß'.

III. Im Zusammenhang mit der menschlich verständlichen, von österreichischer Regierungsseite erbetenen, aber politisch inkorrekten Vermittlungsaktion des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, wurden folgende Anordnungen getroffen bzw. amtlich mitgeteilt: Abberufung Rieths

Aus Darstellungen des Wiener Rundfunks bzw. amtlicher österreichischer Nachrichtenstellen geht hervor, daß zwischen den österreichischen Aufständischen und österreichischen Regierungsstellen Abmachungen getroffen worden sind für einen freien Abzug der Aufständischen nach Deutschland. Diese Abmachungen sind für das Deutsche Reich belanglos und beinhalten für die deutsche Reichsregierung keinerlei rechtliche Verbindlichkeit.

Die deutsche Reichsregierung hat daher den Befehl gegeben, die Aufständischen im Falle einer Ueberschreitung der deutschen Grenze sofort zu verhaften. —

Der deutsche Gesandte in Wien, Rieth, hat auf Anforderung österreichischer Regierungsstellen bzw. der österreichischen Aufständischen sich bereit finden lassen, einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung bezüglich freien Geleites und Abzuges der Aufständischen nach Deutschland ohne Rückfrage bei der deutschen Reichsregierung seine Zustimmung zu geben.

Er wurde daraufhin sofort von seinem Posten abberufen. —

IV. Der Führer weilte zur Zeit der revolutionären österreichischen Ereignisse in Bayreuth, wo er an der Festspielwoche teilnahm. Er brach seinen dortigen Aufenthalt sofort ab. Die amtliche Mitteilung lautete:

Der Reichskanzler Adolf Hitler wird mit Rücksicht auf die traurigen Vorgänge in Oesterreich von einem weiteren Besuch der noch ausstehenden drei Aufführungen der Bayreuther Festspiele absehen.

V. Von der Reichsregierung wurden sofort eingehende Untersuchungen über einen etwaigen Zusammenhang irgendeiner deutschen Stelle oder Person mit dem Aufstand in Oesterreich angestellt. Der einzige Fall von Fahrlässigkeit wurde Landesinspekteur Habicht nachgewiesen, der daraufhin sofort seines Postens enthoben wurde. Abberufung Habichts

Wir geben den Wortlaut der amtlichen Verlautbarung (vom 26. Juli abends) wieder:

„Noch in der gestrigen Nacht wurden von der Reichsregierung Untersuchungen angestellt, ob sich irgendeine deutsche Stelle in Zusammenhang mit den österreichischen Vorgängen eine direkte oder indirekte Beteiligung hat zuschulden kommen lassen. Die im Laufe des heutigen Tages abgeschlossene eingehende Prüfung und Vernehmung ergab, daß keine deutsche Stelle in irgendeinem Zusammenhang mit den Ereignissen steht, sowie daß alle nach Bekanntwerden der Vorgänge erlassenen Anweisungen sofort und restlos durchgeführt wurden. Insbesondere erfolgte, um jedes unerwünschte Ueberschreiten der Grenze zu verhindern, eine durchgehende Absperrung sämtlicher Straßen nach Oesterreich, während andererseits den Insassen der Anhaltelager der österreichischen Flüchtlinge und Emigranten jedes Verlassen der Unterkünfte untersagt wurde. Es ist daher weder vor noch nachher eine Grenzüberschreitung von auch nur einer Person vorgekommen, die in Verbindung mit diesen Ereignissen gebracht werden könnte.

Bei schärfster Ueberprüfung gelang es, nur einen einzigen Fall festzustellen, bei dem durch eine nicht gründlich genug erscheinende Kontrolle von Meldungen, die aus Oesterreich kamen und weiterverbreitet wurden, ein vielleicht gegenteiliger Eindruck hätte erweckt werden können. Der für die über den Münchener Sender gegangenen Meldungen verantwortliche Landesinspekteur Habicht wurde daraufhin heute vormittag 10 Uhr seines Postens als Landesinspekteur enthoben und zur Disposition gestellt." —

Von Papens Mission in Wien

VI. Schließlich wandte sich der Führer an Vizekanzler von Papen und beauftragte ihn mit der Wahrnehmung des Wiener Gesandtschaftspostens, der durch die notwendig gewordene Abberufung Dr. Rieths frei geworden war. Die Bedeutung der schwierigen Sondermission, mit der von Papen betraut wurde, geht aus dem persönlichen Schreiben Hitlers an den bisherigen Vizekanzler hervor. Es hatte folgenden Wortlaut:

„Bayreuth, 26. Juli 1934.

Sehr geehrter Herr von Papen!

In Verfolg der Ereignisse in Wien habe ich mich gezwungen gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten die Enthebung des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, von seinem Posten vorzuschlagen, weil er auf Aufforderung österreichischer Bundesminister bzw. der österreichischen Aufständischen sich bereit finden ließ, einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung bezüglich freien Geleites und Abzug der Aufständischen nach Deutschland ohne Rückfrage bei der deutschen Reichsregierung seine Zustimmung zu geben. Der Gesandte hat damit ohne jeden Grund das Deutsche Reich in eine interne österreichische Angelegenheit hineingezogen.

Das Attentat gegen den österreichischen Bundeskanzler, das von der deutschen Reichsregierung auf das schärfste verurteilt und bedauert wird, hat die an sich schon labile politische Lage Europas ohne unsere Schuld noch weiter verschärft.

Es ist daher mein Wunsch, wenn möglich, zu einer Entspannung der Gesamtlage beizutragen und insbesondere das seit langem getrübte

Verhältnis zu dem deutsch-österreichischen Staat wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet zu sehen.

Aus diesem Grunde richte ich die Bitte an Sie, sehr verehrter Herr von Papen, sich dieser wichtigen Aufgabe zu unterziehen, gerade weil Sie seit unserer Zusammenarbeit im Kabinett mein vollstes und uneingeschränktes Vertrauen besaßen und besitzen.

Ich habe daher dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, daß Sie unter Ausscheiden aus dem Reichskabinett und Entbindung von dem Amt als Saarkommissar für eine befristete Zeit in Sondermission auf den Posten des deutschen Gesandten in Wien berufen werden. In dieser Stellung werden Sie mir unmittelbar unterstehen.

Indem ich Ihnen auch heute noch einmal danke für alles, was Sie einst für die Zusammenführung der Regierung der nationalen Erhebung und seitdem gemeinsam mit uns für Deutschland getan haben,

bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Adolf Hitler."

Im amtlichen Kommuniqué zur Ernennung hieß es:

„Im Anschluß an das von dem Herrn Reichskanzler an den Vizekanzler von Papen gerichtete Schreiben vom 26. Juli 1934 hat sich der Herr Reichspräsident einverstanden erklärt, den Vizekanzler von seinem Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers und als Saarbeauftragter zu entbinden, um ihn mit der vom Reichskanzler vorgeschlagenen wichtigen Aufgabe eines Gesandten in befristeter Sondermission in Wien zu betrauen. Das Agrement für Herrn von Papen ist heute in Wien nachgesucht worden." —

Die korrekte, klare und zielbewußte Haltung der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland fand bei den verantwortlichen Leitern der europäischen Politik im allgemeinen eine entsprechende Würdigung. Dagegen verhielt sich die Weltpresse alles andere als loyal. Während Deutschland nachgewiesen hatte, daß kein Reichsdeutscher an den Ereignissen in Oesterreich beteiligt war, während es seine Grenzen und die österreichischen Gemeinschaftslager gesperrt hatte, während österreichische Flüchtlinge beim Versuch, in deutsches Gebiet zu gelangen, sofort verhaftet wurden, begann in Frankreich, England, der Schweiz usw. eine verleumderische Pressehetze, die der des 30. Juni an Häßlichkeit und Zügellosigkeit nicht nachstand. Bedauerlicherweise beteiligten sich an diesem Feldzug auch führende, als seriös geltende faschistische Blätter, ja, sie überboten an Taktlosigkeit noch die Entgleisungen der Pariser und Londoner Zeitungen. Man schien in Italien vollkommen die Nerven verloren zu haben. Das bewiesen vor allem auch die Truppenbewegungen an der italienisch-österreichischen Grenze. — Die Betrauung von Papens wurde mit größtem Mißtrauen und maßlosen Beleidigungen quittiert. Man schien sich mit Paris einig in der Antipathie gegen jede Verständigung zwischen Berlin und Wien. — In angenehmem Gegensatz dazu stand die korrekte Haltung Jugoslawiens. —

Auslandsecho

Italienische Stellungnahme

Der Sieg des Regimes in Oesterreich

Oesterreich erlebte in diesen Tagen das zweite Blutbad in einem halben Jahre. Das Blutregiment, das die „siegreiche" Heimwehr in dem gequälten Lande errichtete, bleibt unvergessen. Die grausamen Gefangenenmißhandlungen, die zahlreichen, binnen kürzester Frist vollstreckten Bluturteile haben in der kultivierten Weltöffentlichkeit Befremden und Abscheu erregt. Anderseits hat sie durch den Bericht des bekannten Spezialkorrespondenten der „Daily Mail", Ward Price, erfahren, daß die hingerichteten Hauptangeklagten Holzweber und Planetta nicht verantwortungslose Revoluzzer und feige Mörder, sondern tapfere deutsche Männer waren. Viele teilten ihr Schicksal.

Schuschnigg Bundeskanzler

Während in Wien mit großer Geschwindigkeit die Aufräumungsarbeiten betrieben wurden — die neue Regierung wurde unter Bundeskanzler Schuschnigg gebildet —, hielt die ausländische Pressehetze gegen Deutschland noch immer an. Erst der Tod des deutschen Reichspräsidenten (siehe 14. Abschnitt unseres Buches) endete den schmutzigen Schreiberkrieg. Die Welt beugte sich vor der Gestalt des großen Toten. Hindenburgs Schreiben an von Papen, in dem er diesen selbst bittet, nach einer Besserung der deutsch-österreichischen Beziehungen zu streben, trägt seine letzte Unterschrift. Anläßlich der Erteilung des Agrements durch die österreichische Bundesregierung gab der frühere Vizekanzler gegenüber „Reuter" und „Associated Preß" folgende Erklärung ab:

Von Papen über seine Mission

„Die mir von dem Führer und Reichskanzler erteilte Aufgabe ist in seinem Schreiben vom 26. Juli 1934 an mich eindeutig und klar umrissen. Ich habe mich dieser Mission zur Verfügung gestellt, um sie dem Sinne und dem Geiste nach zu erfüllen, weil ich weiß, wieviel für die Entspannung der europäischen Lage von ihrer Verwirklichung abhängt und weil ich damit meinem Lande auch in dieser neuen Stellung dienen kann.

Die letzte Unterschrift des verewigten Feldmarschalls von Hindenburg ist unter ein Schreiben an mich gesetzt, in dem es heißt:

„Wenn ich Sie nunmehr als diplomatischen Vertreter des Reiches nach Wien entsende, so geschieht es in der aufrichtigen Hoffnung, daß es Ihnen gelingen möge, normale und herzliche Beziehungen mit dem stammverwandten österreichischen Volke herzustellen. Meine besten Wünsche begleiten Sie bei der Durchführung dieser verantwortungsvollen Aufgabe."

Dieser Befehl ist zugleich ein Vermächtnis, dem nichts hinzuzufügen ist."

Von Papen in Wien

Am 16. August überreichte Gesandter von Papen dem Bundespräsidenten Miklas sein Beglaubigungsschreiben. Auch stattete er u. a. dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Berger-Waldenegg, seinen Antrittsbesuch ab. Bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens richtete von Papen folgende Ansprache an Miklas:

„Herr Bundespräsident! Vom Herrn deutschen Reichskanzler als Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister in besonderer Mission nach Wien entsandt, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, das zugleich von der Abberufung meines Herrn Amtsvorgängers Mitteilung macht.

Indem ich das ehrenvolle Amt übernehme, die deutsche Regierung bei der österreichischen Regierung zu vertreten, bin ich mir der hohen Bedeutung und Verantwortung der Aufgaben bewußt, die dieses Amt gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen in sich schließt.

Es ist der Wunsch der Reichsregierung und zugleich das letzte Vermächtnis des verewigten Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls von Hindenburg, an mich, daß das leider getrübte Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet werde.

Mein vornehmstes Bestreben wird es daher sein, meine ganze Kraft für die Verwirklichung dieses Wunsches einzusetzen und so dazu beizutragen, daß sich in unseren staatlichen Beziehungen die Gefühle der Freundschaft wieder herstellen, wie sie unserer tausendjährigen Stammes- und Kulturgemeinschaft entsprechen.

Ich trete an diese große Aufgabe voll Zuversicht heran, weil ich des festen Glaubens bin, daß die auf Blutsverwandtschaft und gemeinsamer Geschichte beruhenden Bande zwischen unseren beiden Ländern unzerstörbar sind, und weil ferner eine Zusammenarbeit auf geistigem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet für den europäischen Wiederaufbau unerläßlich ist. Deshalb hege ich die Hoffnung, daß ich bei meiner Tätigkeit auf die hohe Unterstützung Eurer Exzellenz und die unentbehrliche Mitwirkung der österreichischen Regierung rechnen kann."

Der österreichische Bundespräsident antwortete auf Papens Ansprache mit folgenden Worten:

„Herr Gesandter! Mit Vergnügen nehme ich aus Ihren Händen das Schreiben entgegen, durch das Sie Seine Exzellenz der Herr deutsche Reichskanzler als Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches in Wien beglaubigt.

Gleichzeitig übernehme ich das Abberufungsschreiben betreffend Ihren Vorgänger, den Herrn Gesandten Dr. Kurt Rieth.

Mit Genugtuung habe ich Ihren Worten entnommen, daß Eure Exzellenz in erster Linie mit der besonderen Mission betraut sind, im Sinne Ihres nun in Gott ruhenden großen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls von Hindenburg, das Verhältnis zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich wieder zu einem normalen zu gestalten. Ich bitte Eure Exzellenz, die Versicherung entgegenzunehmen, daß es auch mein aufrichtiger Wunsch ist, unseren Beziehungen von Staat zu Staat wieder jenen freundschaftlichen Charakter zu geben, der den geschichtlichen Gegebenheiten und so vieler Gemeinsamkeiten in Sprache und Kultur unserer beiden Staaten entspricht. In dem Bestreben nach Durchführung dieser Aufgaben werden Eure Exzellenz bei mir und der Bundesregierung jederzeit die vollste Unterstützung finden.

In diesem Zusammenhang drängt es mich, auch der Hoffnung und zuversichtlichen Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiet die zwischen unseren beiden Staaten bestehenden Störungen beseitigt werden, und daß es uns gegönnt sein wird, in wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Europas zur

Ueberwindung der allgemeinen Wirtschaftskrise und zur Förderung des Wohlstandes der Völker beizutragen.

Indem ich Eure Exzellenz aufrichtig bitte, in diesem Sinne auf meine Mitwirkung zu rechnen, heiße ich Sie, Herr Gesandter, in Oesterreich freundlich willkommen.“

Mit dem Antritt des Wiener Gesandtschaftspostens durch Franz von Papen fand der offene Konflikt zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich sein vorläufiges Ende. Auf dem neuen Gesandten ruhten die Hoffnungen der Deutschen diesseits und jenseits der Grenze nach einer Befriedung der großen Brudervölker. Das Gelingen dieser Mission würde dem unglücklichen Tod des irrenden Dollfuß und den furchtbaren Blutopfern des Jahres 1934 einen versöhnenden Sinn geben können.

Und wir wollen nicht die Hoffnung aufgeben, daß die österreichische Tragödie einmal überwunden sein wird. —

Deutschland verliert Hindenburg — Adolf Hitler Führer des Deutschen Volkes und Reiches

Die dramatische Wucht des Sommers 1934 hatte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. — Am Ende des Monats Juli erfahren Deutschland und die Welt, daß der Reichspräsident schwer erkrankt ist. —

Aenderung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat und des Reichswahlgesetzes

Von den gesetzlichen Maßnahmen des Monats Juli sind noch nachzutragen: am 3. Juli eine Aenderung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, nach der der Chef des Stabes der SA nicht mehr Mitglied der Reichsregierung sein mußte — am gleichen Tage eine Aenderung des Reichswahlgesetzes, wonach bei Fortfall von Reichstagsmitgliedern nicht mehr der Listennächste nachrückt, sondern der Führer der Reichstagsfraktion von der Kandidatenliste den als Ersatzmann bestimmt, der ihm am geeignetsten und würdigsten erscheint (der Berufungsgrundsatz hat sich damit auch

Stiftung des Ehrenkreuzes für Kriegsteilnehmer

hier durchgesetzt) — insbesondere aber eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juli, in der der Reichspräsident ein Ehrenkreuz für alle Kriegsteilnehmer und für die Witwen und Eltern Gefallener, an den Folgen von Verwundung oder in Gefangenschaft gestorbener oder verschollener Kriegsteilnehmer, stiftete.

Es werden drei Arten von Ehrenkreuzen ausgeliehen:
das Frontkämpferkreuz, das Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer, das Ehrenkreuz für die Witwen und Eltern.

(Am 29. Dezember verfügte der Führer, daß das Ehrenkreuz für Frontkämpfer an allen Fahnen und Standarten des alten Heeres und der alten Marine anzubringen ist und daß diese feierliche Anbringung der Ehrenkreuze am Heldengedenktag 1935 [17. März] erfolgen soll.) —

Zwei Wochen nach der Stiftung des Ehrenkreuzes — diesem würdigen und verpflichtenden Ausdruck des Gedenkens an Opfer und Heldentum des Weltkrieges — erkrankte Reichspräsident von Hindenburg, der Generalfeldmarschall des großen Krieges. Das Volk hielt den Atem an. — Erkrankung des Reichspräsidenten

Die Meldung vom 31. Juli ließ das Schlimmste befürchten. Die Regierung hatte die völkische Pflicht, alle erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig zu treffen. Sie erfüllte diese Verpflichtung in dem entscheidenden Gesetz vom 1. August, dem „Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches": Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft.

Der Reichskanzler
Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Der Reichsminister des Auswärtigen
Der Reichsminister des Innern
Der Reichsminister der Finanzen
Der Reichsarbeitsminister
Der Reichsminister der Justiz
Der Reichswehrminister
Der Reichspostminister und Reichsverkehrsminister
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft
Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Der Reichsminister für Luftfahrt
Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Die Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Das Befinden des ehrwürdigen Reichspräsidenten in Neudeck ließ das Ernsteste voraussehen. Die behandelnden Aerzte (unter ihnen Professor Sauerbruch) gaben laufend Krankheitsberichte heraus, die von der gesamten Nation voll Anteilnahme verfolgt wurden. Noch am 31. Juli [17.15 Uhr] hatte der Bericht gelautet: Verschlechterung im Befinden des Reichspräsidenten

„Im Zustand des Herrn Reichspräsidenten ist keine Verschlechterung eingetreten. Zu Mittag erfolgte eine geringe Nahrungsaufnahme. Kein Fieber. Puls zufriedenstellend."

Die Berichte vom 1. August steigerten die Befürchtungen:

8.30 Uhr:

„Trotz ruhiger Nacht nimmt die Schwäche zu. Der Herr Reichspräsident ist bei klarem Bewußtsein und fieberfrei. Puls schwächer."

12.20 Uhr:

„Der körperliche Zustand des Herrn Reichspräsidenten ist gegenüber heute morgen unverändert. Die geistige Frische hält an. Gegen Mittag geringe Nahrungsaufnahme."

18.20 Uhr:

„Der Schwächezustand des Herrn Reichspräsidenten hat weiterhin zugenommen. Benommenheit beginnt. Die Herzkraft läßt nach."

Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg †

Der 2. August brachte die traurige Gewißheit: Am Morgen dieses Tages ging Reichspräsident von Hindenburg in die Ewigkeit ein. Um 9.25 Uhr brachen sämtliche deutschen Sender ihre Darbietungen ab, und Reichsminister Dr. Goebbels teilte dem deutschen Volke den Tod seines Reichspräsidenten mit. Nach halbstündiger Funkstille erfolgte die Bekanntgabe der neuen gesetzlichen Maßnahmen und vierzehntägiger Volkstrauer.

„Die Glocken Berlins läuten das Ende dieses Tages ein, an dem Hindenburg von uns gegangen ist. Ihr Klang dringt hinaus in das abendliche Land, über das sich die Kette des Trauergeläuts fortpflanzt, von der See bis zu den Alpen, über stille Dörfer und helle Städte. Sein Klang kündet der Welt: Deutschland trauert". —

Auslandsecho

So schrieb damals die NSK. Und mit Deutschland trauerte die ganze Welt um den großen Heerführer und treuen Ekkehard der deutschen Nation. Schon die ersten besorgniserregenden Meldungen von der ernsten Erkrankung Hindenburgs hatten im Ausland große Anteilnahme erregt. Als dann am 2. August die Befürchtungen zur traurigen Gewißheit geworden waren, als die schmerzliche Nachricht vom Ableben des Reichspräsidenten in die Welt hinausging, war ihr Echo ein starkes und ehrliches Beileid, das in unzähligen Telegrammen an den Führer und die Angehörigen des großen Toten, in warmen Nachrufen und feierlichen Kundgebungen zum Ausdruck kam. Aus allen Teilen unserer Erde bekundete man in herzlichen Worten die Teilnahme an dem Verlust, der das deutsche Volk betroffen hatte. Sieht man von den häßlichen Entgleisungen einer schwedischen Zeitung und den ekelhaften Hetzartikeln der deutschen Emigrantenpresse in Prag ab, so kann man feststellen, daß in diesen Tagen der Trauer zum ersten Male seit dem Kriege alle Nationen der Erde von jenem Lande ohne Haß sprachen, dem der heimgekehrte Feldherr ein ganzes langes Leben lang gedient hatte. Und die schlichte Größe des verewigten Reichspräsidenten hat durch die Trauer und Ehrfurcht der ganzen Welt eine eigene Weihe erhalten. —

Der Führer Adolf Hitler, der noch am 1. August am Krankenlager Hindenburgs geweilt hatte, war jetzt gemäß dem Gesetze vom 1. August das Oberhaupt des Deutschen Reiches. Am 2. August richtete er an den Reichsminister des Innern, Pg. Dr. Frick, einen Erlaß, der ein Dokument menschlicher und politischer Größe ist:

Erlaß des Führers an den Reichsinnenminister über die Volksabstimmung

„Die infolge des nationalen Unglücks, das unser Volk getroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeschiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach unser aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.

2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Fest durchdrungen von der Ueberzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen."

Beschluß des Reichskabinetts über die Volksabstimmung

Am gleichen Tage beschloß das Reichskabinett — entsprechend dem Wunsche des Führers — die Herbeiführung einer Volksabstimmung am 19. August über den § 1 des bereits weiter oben mitgeteilten „Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches".

Führer und Reichskanzler

(Die Amtsbezeichnung Adolf Hitlers lautet „Führer und Reichskanzler", im außenpolitischen Verkehr „Reichskanzler"; das bisherige „Büro des Reichspräsidenten" bleibt gemäß der Anordnung des Führers vom 22. August unter der Bezeichnung „Präsidialkanzlei" bestehen.) —

Präsidialkanzlei

Vereidigung der Wehrmacht auf den Führer

Am gleichen Tage, dem bedeutungsvollen 2. August, wurde die Wehrmacht, die nunmehr dem Befehl Adolf Hitlers unterstand, auf die Person des Führers und Reichskanzlers vereidigt. Sie leistete den Eid:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

Gesetz über das Staatsbegräbnis

Und am selben Tage beschloß die Reichsregierung das „Gesetz über das Staatsbegräbnis für den dahingeschiedenen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg". — Im Einvernehmen mit der Familie von Hindenburg ordnete der

Führer an, daß die Beisetzung des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg im Feldherrnturm des Tannenberg-Denkmals erfolgen soll, der als Gruftkapelle einzurichten ist. Auf der Walstatt seiner ruhmreichsten Schlacht sollte der greise Vater des Vaterlandes ruhen. Bedeutung und Größe seines Lebens sind nirgendwo eindringlicher zum Ausdruck gekommen als in der Gedenkrede des Führers bei der Trauersitzung des Deutschen Reichstags in der Krolloper am 6. August. Adolf Hitler sprach:

Trauersitzung des Reichstags — Gedenkrede des Führers

Herr und Frau von Hindenburg!
Verehrte Trauergemeinschaft!
Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstages!

Seit Monaten litten wir unter einer schweren Sorge. Die Kenntnis von der Erkrankung des hochehrwürdigen alten Herrn erfüllte Millionen deutscher Herzen mit innerer Bangigkeit um das Leben eines Greises, der uns mehr war als nur das Staatsoberhaupt.

Denn dieser Mann, den seit nunmehr bald 87 Jahren der Allmächtige in seinen Schutz genommen hatte, war für uns alle zum symbolischen Ausdruck der unzerstörbaren, sich stets erneuernden Lebenskraft unseres Volkes geworden.

Der schicksalhafte Wille der Vorsehung hatte ihn sichtbar emporgehoben über das Maß des Alltäglichen. Als die Nation ihre höchste Würde in seine Hände legte, wurde diese Stelle erst zur höchsten Würde gebracht. Unzertrennlich ist uns allen der deutsche Reichspräsident verbunden mit dem ehrwürdigen Namen des nunmehr Dahingeschiedenen.

Jetzt, da wir uns anschicken, dem teuren Toten die letzten Ehren zu erweisen, überfällt uns erst die Erkenntnis von dem Umfang und der Größe dieses einzigartigen Lebens. Und wir beugen uns demütig vor dem unerforschlichen Willen, der mit dem scheinbar Zufälligen oder gar Belanglosen einer Lebensgestaltung dient, die der forschende Mensch erst nachträglich in der ganzen wunderbaren Notwendigkeit der Zusammenhänge sieht und erkennt.

Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ist tot. Wenn wir uns bemühen, die Empfindungen zu erklären, die das ganze Volk im Innersten bewegen, möchten wir auf solche Art in immer neuer Dankbarkeit uns des großen Dahingeschiedenen erinnern. Indem wir aber befangen von dem Wunsche, der geschichtlichen Gerechtigkeit zu entsprechen, mit der Erforschung dieser Erscheinung beginnen, ermessen wir erst den Umfang und den Inhalt eines Menschenlebens, das in solcher Größe in Jahrhunderten nur selten wiederkehrt.

Wie hat sich das Gesicht dieser Welt verwandelt seit jenem 2. Oktober 1847, da Paul von Hindenburg geboren wurde.

Inmitten einer Revolution nahm dieses Leben seinen Anfang. Der Geist des politischen Jakobinismus ließ Europa damals nicht zur Ruhe kommen. Die Ideen einer neuen, vermeintlichen Menschlichkeit rangen gegen die Elemente und Formen einer überalterten Ordnung. Als das Jahr 1848 sein Ende nahm, schienen wohl die hellen Flammen erstickt, allein die innere Gärung war geblieben.

Die Welt kannte damals noch kein Deutsches Reich, kein Italien. In Preußen regierte Friedrich Wilhelm IV. Das Erzhaus Habsburg beherrschte nicht nur den Deutschen Bund, sondern auch Venezien und

die Lombardei. Die Balkanstaaten aber waren tributäre Provinzen des Türkischen Reiches.

Preußen selbst genau so wie die anderen Staaten des Deutschen Bundes innerlich schwach und unfähig, die Menschen mit einer wirklich tragenden Idee zu erfüllen. Die Schande von Olmütz brennt in den Herzen der wenigen wirklichen Patrioten.

Prinz Wilhelm wird König von Preußen. Der Knabe Hindenburg aber erlebt nun das große Triumvirat der politischen und militärischen Reorganisation unseres Volkes. Bismarck, Moltke und Roon treten ein in die Geschichte!

Während die amerikanische Union siegreich den Bürgerkrieg überwindet, geht Preußens Weg von den Düppeler Schanzen nach Königgrätz. In diesen Regimentern aber marschiert mit ein blutjunger Sekondeleutnant, tapfer und begeistert: Paul von Hindenburg. Ein Schrapnell zerschlägt seinen Helm und gibt dem jungen Kämpfer für des Reiches Einigkeit damit die feurige Taufe.

Vier Jahre später hat ihn das Schicksal erwählt, Zeuge zu sein in der Stunde der Geburt des Deutschen Reiches. Da Bismarck die Proklamation über des neuen Staates Kraft und Herrlichkeit und seinen Willen, sich zu mehren an den Gütern des Friedens und der Kultur, beendet hat und des neuen Reiches Kaiser zum ersten Male hochleben läßt, fährt auch der Degen des Leutnant von Hindenburg empor und kreuzt sich zum Schwur für Kaiser und Reich.

Ein Leben der Arbeit für dieses neue Reich nimmt nun seinen Anfang. Der große Kaiser stirbt, ein zweiter und dritter kommen, Bismarck wird entlassen, Roon und Moltke schließen die Augen, Deutschland aber wächst als ein Garant des Friedens und einer wirklichen europäischen Ordnung. Die Welt erhält ein neues Gesicht. Auf allen Gebieten der Menschheitsentwicklung löst eine umwälzende Erfindung die andere ab. Immer von neuem erweist sich das Bessere als des Guten Feind. Deutschland wird Großmacht.

Dem Leben dieses Reiches und unseres Volkes ununterbrochen dienend, nahm der Kommandierende General von Hindenburg am 18. März 1911 als 64jähriger Mann seinen Abschied. Damit schien sein Dienst beendet zu sein. Ein namenloser Offizier unter all den anderen zehntausend, die stets ihre Pflicht erfüllen, dem Vaterland dienen und dennoch unbekannt vergessen sind.

Als dann der Weltkrieg über Deutschland hereinbricht und das deutsche Volk in der heiligsten Ueberzeugung, unschuldig angegriffen zu sein, sich zum Widerstand erhebt, da trifft in schwerer Stunde der Ruf des Kaisers einen Mann, der, im Ruhestand lebend, an Krieg und Kriegsbeginn so unschuldig war, wie es nur irgend jemand in dieser Welt sein konnte.

Am 22. August 1914 erhielt Hindenburg den Auftrag, den Oberbefehl einer Armee in Ostpreußen zu übernehmen. Acht Tage später erfahren zum ersten Male das deutsche Volk und die Welt von dieser Ernennung und erhalten damit Kenntnis vom Namen des neuen Generalobersten.

Wolffs Telegraphisches Büro meldet amtlich:

„Unsere Truppen in Preußen, unter Führung des Generalobersten von Hindenburg, haben die vom Narew vorgegangene russische Armee in der Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavallerie-Divisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gilgenburg und Ortelsburg geschlagen und verfolgen sie jetzt über die Grenze.

Der Generalquartiermeister von Stein."

Tannenberg war geschlagen!

Von nun ab aber ist das größte Ringen der Weltgeschichte unzertrennlich verbunden mit diesem Namen. Er hat mit seinem großen Gehilfen die Krise des Jahres 1916 wieder gewendet und als Chef des deutschen Feldheeres die Nation so oft vor der Vernichtung gerettet.

Wäre die politische Führung unseres Volkes in dieser Zeit gleichwürdig der militärischen gewesen, so würde Deutschland die schwerste Demütigung vor der Geschichte erspart worden sein!

Als die November-Revolution endlich doch das Deutsche Reich und das deutsche Volk zerbrach, da wurde durch die schon geschichtlich gewordene Erscheinung des Generalfeldmarschalls wenigstens die ärgste Katastrophe vermieden.

Zum zweiten Male trat der Heerführer in den Ruhestand. Und ein zweites Mal wurde er wieder gerufen.

Am 26. April 1925 erwählte ihn das deutsche Volk zum Präsidenten des Reiches, und ohne daß man es damals ahnte, damit zum Schirmherrn der neuen nationalen Revolution.

Und hier erfülle ich nun die Pflicht einer wahrheitsgetreuen Feststellung, wenn ich vor dem deutschen Volke in ergriffener Dankbarkeit auf das unmeßbare Verdienst hinweise, das sich der Generalfeldmarschall geschichtlich erworben hat durch die in seinem Namen geschlossene Versöhnung der besten deutschen Vergangenheit mit einer heißerstrebten besseren deutschen Zukunft.

Seit der Stunde, da ich als Kanzler des Reiches in seine ehrwürdige Hand den Eid ablegen durfte, empfand ich steigend immer mehr die Gnade eines Schicksals, das uns diesen väterlich-gütigen Schirmherrn gegeben hat. Gleich einem mystischen Bogen spannte sich das Leben dieser Erscheinung von der verworrenen Revolution des Jahres 1848 über einen unfaßbar langen Weg zur nationalen Erhebung des Jahres 1933.

Das deutsche Volk kann nur beglückt sein über die Fügung einer Vorsehung, die seine deutscheste Erhebung unter den Schutz und Schirm seines ehrwürdigsten Edelmannes und Soldaten stellte. Wir, die wir nicht nur das Glück besaßen, ihn zu kennen, sondern jeder zu unserem Teil mithelfen durften am Wunder dieser neuen Auferstehung unseres Volkes, wollen in dankbarer Erinnerung das Bild dieses großen Deutschen fest in unser Herz einschließen. Wir wollen es bewahren als ein teures Vermächtnis einer großen Zeit und wollen es weitergeben an die Geschlechter, die nach uns kommen.

Wer seinem Volke so die Treue hielt, soll selbst in Treue nie vergessen sein!

Da das Schicksal uns bestimmt hat, Reich und Volk weiterzuführen, können wir nur den Allmächtigen bitten, er möge unsere Arbeit und unser Ringen zum Glück unseres Volkes gedeihen lassen. Er möge auch uns die Kraft geben, uns jederzeit einzusetzen für des Volkes Freiheit und die Ehre der deutschen Nation, und insbesondere möge er uns gnädig stets die richtigen Wege finden lassen, um unserem Volk das Glück des Friedens zu sichern und es vor dem Unglück des Krieges zu bewahren, so wie der große Verstorbene es selbst immer aufrichtig und mit ganzem Herzen gewollt hat.

Abgeordnete des Deutschen Reichstages! Männer und Frauen! Deutsches Volk!

In dieser weihevollen Stunde bitte ich alle, nunmehr vom ver-

gänglichen Augenblick in die Zukunft zu sehen. Lassen wir eine starke Erkenntnis einziehen in unser Herz:

Der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ist nicht tot, er lebt, denn, indem er starb, wandelt er nun über uns inmitten der Unsterblichen unseres Volkes, umgeben von den großen Geistern der Vergangenheit als ein ewiger Schutzherr des Deutschen Reiches und der deutschen Nation."

Der Reichstag war vollzählig zusammengetreten — in Anwesenheit der Hinterbliebenen des großen Toten, der führenden Männer von Bewegung und Staat, der Generalität der alten Armee und der Wehrmacht, der in Berlin anwesenden Diplomatischen Vertreter des Auslands. — Als der Führer geendet hat, erhebt sich der Reichstag — zur Ehrung für den Toten — zum Gelöbnis der Treue zum Führer und Kanzler. —

Um Abend des gleichen Tages — nächtliche Trauerparade der Wehrmacht in Neudeck — der Generalfeldmarschall des großen Krieges tritt seinen letzten Gang an — nach Tannenberg — seine letzte Fahrt über das Schlachtfeld. Nächtliche Trauerparade in Neudeck

Am Morgen des 7. August sind die Formationen der Nation, Reichswehr und Reichsmarine, SA und SS, Leibstandarte Adolf Hitler, Hitlerjugend, Feldjägerkorps, Polizei, Regimentsvereine usw. im und am Tannenberg-Ehrenmal bei Hohenstein in Ostpreußen angetreten. Beisetzung im Tannenberg-Ehrenmal

Und während im ganzen Reiche Trauerparaden der SA den Toten ehren, wird die Beisetzung im Tannenberg-Denkmal zu einem unvergeßlichen Erlebnis. Unter feierlichem Trommelwirbel wird der Sarkophag in das wuchtige Rund des Denkmals getragen. Der tote Feldherr hat seine letzte Fahrt von Neudeck nach Tannenberg beendet. Der Führer spricht: Weiherede des Führers

„Herr und Frau Oberst von Hindenburg!
Verehrte Trauergäste!
Generale, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht!

Zweimal in seinem Leben wird der Soldat zumeist in Ehren genannt: Nach einem Siege, nach seinem Tode.

Als der Name des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten zum erstenmal im deutschen Volke erklang, da lag hinter ihm schon ein langes abgeschlossenes Leben an Kampf und Arbeit. Als junger Offizier des großen Königs stritt der Siebzehnjährige auf dem Schlachtfeld von Königgrätz und erhielt die Weihe der ersten Verwundung. Vier Jahre später erlebt er als Zeuge die Proklamation seines Königlichen Kriegsherrn zum Deutschen Kaiser. In den Jahren darauf arbeitet er mit an der Gestaltung der Kraft des neugefügten Deutschen Reiches.

Als der Kommandierende General von Hindenburg am 18. März 1911 seinen Abschied nimmt, blickt er zurück auf die abgeschlossene Laufbahn eines preußischen Offiziers in Feld- und Friedensdienst.

Es war eine stolze Zeit. Nach jahrhundertelanger Ohnmacht, nach ewiger Wirrnis und Zersplitterung waren die deutschen Stämme durch die geniale Führung eines Mannes geeint, die deutsche Nation damit neu geschaffen worden. Das Bild der Schwäche, das die Deutschen in früheren Jahrhunderten so beschämend und oft geboten hatten, wich dem Ausdruck einer ungeahnten Kraft. Ein herrliches Gefühl, in dieser Epoche der Wiedererstehung eines Deutschen Reiches in immer gleicher Pflichterfüllung mitgeholfen zu haben, in den Stürmen der Schlachten wie in der unermeßlichen Arbeit der Erziehung und Vorbereitung im Frieden!

Und doch war der Name dieses Mannes genau so wie der unzähliger anderer Offiziere dem deutschen Volke verborgen geblieben. Ein kleiner Kreis in der Nation nur kennt diese Namenlosen der stillen Pflichterfüllung.

Als das deutsche Volk dreieinhalb Jahre später zum erstenmal den Namen des Generalobersten Paul von Hindenburg zu Gehör bekommt, da brausen die Wetter des Weltkrieges über Europa. In schlimmsten Stunden hat der Kaiser den General aus der Ruhe abberufen und ihm den Befehl über die Armee in Ostpreußen übertragen. Und sechs Tage später erdröhnten hier inmitten dieser schönen Landschaft des alten Ordenslandes die Kanonen, und drei Tage nachher läuteten es die Glocken durch Deutschland:

Die Schlacht von Tannenberg war geschlagen!

Ein Sieg war errungen worden, dem die Weltgeschichte kaum einen zweiten zur Seite stellen kann. Ungeheuer die Folgen. Ein teures deutsches Land wird der weiteren Verwüstung entrissen. In ergriffener Dankbarkeit wiederholen im ganzen Reich Millionen deutsche Menschen den Namen des Heerführers, der mit seinen Gehilfen diese wunderbare Rettung vollzog.

Welch ein Geschehen umschließen die zwanzig Jahre vom 28. August 1914 bis heute!

Ein Krieg, der alle Erinnerungen und Vorstellungen der Vergangenheit in ein Nichts vergehen läßt. Eine unerhörte Kampf- und Schlachtenfolge! Nervenzerreißende Spannungen, furchtbare Krisen und einzigartige Siege lösen einander ab. Hoffnung kämpft mit Verzagtheit, Zuversicht mit Verzweiflung. Immer wieder aber wird die Nation emporgerissen zum Schutze ihres Daseins, erfüllen in Treue und Gehorsam Millionen deutsche Männer ihre Pflicht.

Für das nächste Jahrhundert wird es das deutsche Volk nicht nötig haben, seine Waffenehre zu rehabilitieren! Niemals sind Soldaten tapferer gewesen. Niemals ausdauernder! Niemals opferbereiter als in diesen viereinhalb Jahren die Söhne unseres Volkes! Die Wunder dieser Leistungen, sie sind unbegreiflich, wenn man nicht die Kraft der Persönlichkeit abwägt und ermißt.

Eine Zaubergewalt lag im Namen des Generalfeldmarschalls, der mit seinen Armeen im damaligen Rußland die größte Militärmacht der Welt endlich doch zu Boden zwang. Und als ihn — leider zu spät — der Ruf des Kaisers an die Spitze des gesamten Feldheeres stellte, da gelang es ihm mit seinen genialen Mithelfern, nicht nur die schwerste Krise für den Augenblick zu bannen, sondern den deutschen Widerstand im Angriff noch zwei Jahre später zu unerhörten Siegen mitzureißen.

Und selbst das tragische Ende dieses größten Ringens kann geschichtlich keine Belastung dieses Feldherrn, sondern nur eine Verurteilung der Politiker sein!

In gottbegnadeter Pflichterfüllung hat der greise Generalfeldmarschall unsere Regimenter, Divisionen von Sieg zu Sieg geführt und unvergänglichen Lorbeer an ihre Fahnen geheftet.

Als der Frevel der Heimat den Widerstand zerbrach, trat ein Führer zurück in den Ruhestand, dessen Name für ewige Zeiten eingeschrieben worden war in das Buch, das Weltgeschichte heißt.

Es ist der letzte Triumph des alten Heeres, daß das nationale Deutschland im Jahre 1925 keinen besseren Repräsentanten fand als den Soldaten und Generalfeldmarschall des Weltkrieges. Und es ist eine der wundersamen Fügungen einer rätselhaften weisen Vorsehung, daß unter der Präsidentschaft dieses ersten Soldaten und Dieners unseres Volkes die Vorbereitung zur Erhebung unseres deutschen Volkes eingeleitet werden konnte, und er selbst endlich noch das Tor der deutschen Erneuerung öffnete.

In seinem Namen wurde der Bund geschlossen, der die stürmische Kraft der Erhebung einte mit dem besten Können der Vergangenheit. Als Reichspräsident wurde der Generalfeldmarschall Schirmherr der nationalsozialistischen Revolution und damit der Wiedergeburt unseres Volkes.

Vor nunmehr fast zwanzig Jahren umläuteten von dieser Stelle aus zum erstenmal in ganz Deutschland die Glocken den Namen des Generalfeldmarschalls, heute hat die Nation unter dem Läuten derselben Glocken den toten greisen Helden zurück zur großen Walstatt seines einzigartigen Sieges geführt. Hier, inmitten der schlummernden Grenadiere seiner siegreichen Regimenter, soll der müde Feldherr seine Ruhe finden, die Türme der Burg sollen trotzige Wächter sein dieses letzten Großen Hauptquartiers des Ostens.

Standarten und Fahnen halten die Parade.

Das deutsche Volk aber wird zu seinem toten Helden kommen, um sich in Zeiten der Not neue Kraft zu holen für das Leben.

Denn wenn selbst die letzte Spur dieses Leibes verweht sein sollte, wird der Name noch immer unsterblich sein!

Toter Feldherr, geh' nun ein in Walhall!" —

Der Führer hatte jetzt die ausschließliche und alleinige Verantwortung für das deutsche Schicksal übernommen. Aus Anlaß des Ueberganges der gesamten Macht auf den Führer und Reichskanzler wurde eine Amnestie erlassen, das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit" vom 7. August. Das Gesetz enthält eine allgemeine Amnestie und eine Amnestie für bestimmte Gruppen politischer Verfehlungen. Durch die allgemeine Amnestie werden alle Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 RM. erlassen, wenn der Verurteilte bei der Begehung der Tat nicht oder nur unerheblich vorbestraft war. Geldstrafen bis zu 500 RM. und Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten werden auch Vorbestraften erlassen. Unter denselben Voraussetzungen werden auch anhängige Verfahren niedergeschlagen, wenn die Tat vor dem 2. August 1934 begangen ist. Die politischen Straftaten bleiben straffrei ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe. Ausgeschlossen von der Straffreiheit politischer Verfehlungen sind jedoch Hochverrat, Landesverrat und Verrat mili-

Reichsamnestie

tärischer Geheimnisse, alle Verbrechen gegen das Leben und Sprengstoffverbrechen, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, sowie schließlich alle Handlungen, bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen. (Das Gesetz findet auch nicht auf die im Dienststrafverfahren zu ahndenden Dienstvergehen Anwendung.)

Nachprüfung sämtlicher Schutzhaftfälle — Auflösung von Konzentrationslagern

Im Zusammenhang mit der Amnestie hat der Führer und Reichskanzler durch Erlaß an die Landesregierungen die **Nachprüfung sämtlicher Schutzhaftfälle** angeordnet. Im Verlauf dieser Aktion ist eine große Anzahl von Schutzhäftlingen entlassen und u. a. auch das **Konzentrationslager Oranienburg aufgelöst** worden.

Nach der ersten Zählung in Preußen wurden 414000 Personen auf Grund des Gesetzes vom 7. August amnestiert. Die Amnestie für politische Straftaten fand bis Ende September bei 6305 Personen Anwendung.

Die Nachprüfung der Schutzhaftfälle aus der Röhm-Revolte (es handelte sich um insgesamt 1124 Personen) war bereits Mitte August abgeschlossen. 1079 Personen waren in Freiheit gesetzt worden. Lediglich 45 Personen, die am schwersten belastet waren und hinsichtlich deren Verfehlungen die Ermittlungen noch fortgesetzt werden mußten, blieben vorläufig in Schutzhaft.

Die weitgehende Amnestie, Entlassungen aus der Schutzhaft, Aufhebung von Konzentrationslagern — alle diese Maßnahmen waren ebensosehr Symptome der politischen Großmut des Nationalsozialismus wie Beweis der Geschlossenheit und Stärke des nationalsozialistischen Staates. —

Politisches Testament Hindenburgs

Am 15. August überbrachte Herr Vizekanzler a. D. **von Papen** im Auftrage des **Obersten von Hindenburg**, des Sohnes des großen Verstorbenen, dem Führer das **politische Testament des verblichenen Reichspräsidenten**, das folgenden Wortlaut hat:

> **Dem deutschen Volke und seinem Kanzler!**
>
> 1919 schrieb ich in meinem Vermächtnis an das deutsche Volk:
>
> „Wir waren am Ende! Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front. Vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu trinken. Unsere Aufgabe war es nunmehr, das Dasein der übriggebliebenen Kräfte unseres Heeres für den späteren Aufbau des Vaterlandes zu retten. Die Gegenwart war verloren. So blieb nur die Hoffnung auf die Zukunft.
>
> Heran an die Arbeit!
>
> Ich verstehe den Gedanken an Weltflucht, der sich vieler Offiziere angesichts des Zusammenbruchs alles dessen, was ihnen lieb und teuer war, bemächtigte. Die Sehnsucht „nichts mehr wissen zu wollen“ von einer Welt, in der die aufgewühlten Leidenschaften den wahren Wertkern unseres Volkes bis zur Unkenntlichkeit entstellten, ist menschlich

begreiflich und doch — ich muß es offen aussprechen, wie ich denke: Kameraden, der einst so großen stolzen deutschen Armee! Könntet ihr vom Verzagen sprechen? Denkt an die Männer, die uns vor mehr als hundert Jahren ein innerlich neues Vaterland schufen. Ihre Religion war der Glaube an sich selbst und an die Heiligkeit ihrer Sache. Sie schufen das neue Vaterland, nicht es gründend auf eine uns wesensfremde Doktrinwut, sondern es aufbauend auf den Grundlagen freier Entwicklung des einzelnen in dem Rahmen und in der Verpflichtung des Gesamtwohles! Diesen selben Weg wird auch Deutschland wieder gehen, wenn es nur erst einmal wieder zu gehen vermag.

Ich habe die feste Zuversicht, daß auch diesmal, wie in jenen Zeiten, der Zusammenhang mit unserer großen reichen Vergangenheit gewahrt, und wo er vernichtet wurde, wiederhergestellt wird. Der alte deutsche Geist wird sich wieder durchsetzen, wenn auch erst nach schwersten Läuterungen in dem Glutofen von Leiden und Leidenschaften. Unsere Gegner kannten die Kraft dieses Geistes, sie bewunderten und haßten ihn in der Werktätigkeit des Friedens, sie staunten ihn an und fürchteten ihn auf den Schlachtfeldern des großen Krieges. Sie suchten unsere Stärke mit dem leeren Worte „Organisation" ihren Völkern begreiflich zu machen. Den Geist, der sich diese Hülle schuf, in ihr lebte und wirkte, den verschwiegen sie ihnen. Mit diesem Geiste und in ihm wollen wir aber aufs neue mutvoll wiederaufbauen.

Deutschland, das Aufnahme- und Ausstrahlungszentrum so vieler unerschöpflicher Werte menschlicher Zivilisation und Kultur, wird solange nicht zugrunde gehen, als es den Glauben behält an seine große weltgeschichtliche Sendung. Ich habe das sichere Vertrauen, daß es der Gedankentiefe und der Gedankenstärke der Besten unseres Vaterlandes gelingen wird, neue Ideen mit den kostbaren Schätzen der früheren Zeit zu verschmelzen und aus ihnen vereint dauernde Werte zu prägen, zum Heil unseres Vaterlandes.

Das ist die felsenfeste Ueberzeugung mit der ich die blutige Walstatt des Völkerkampfes verließ. Ich habe das Heldenringen meines Vaterlandes gesehen und glaube nie und nimmermehr, daß es sein Todesringen gewesen ist..."

„Gegenwärtig hat eine Sturmflut wilder politischer Leidenschaften und tönender Redensarten unsere ganze frühere staatliche Auffassung unter sich vergraben, anscheinend alle heiligen Ueberlieferungen vernichtet. Aber diese Flut wird sich wieder verlaufen. Dann wird aus dem ewig bewegten Meere völkischen Lebens jener Felsen wiederauftauchen, an den sich einst die Hoffnung unserer Väter geklammert hat und auf dem fast vor einem halben Jahrhundert durch unsere Kraft des Vaterlandes Zukunft vertrauensvoll begründet wurde: Das deutsche Kaisertum!

Ist so erst der nationale Gedanke, das nationale Bewußtsein wiedererstanden, dann werden für uns aus dem großen Kriege, auf den kein Volk mit berechtigterem Stolz und reinerem Gewissen zurückblicken kann als das unsere, solange es treu war, sowie aus dem bitteren Ernst der jetzigen Tage sittlich wertvolle Früchte reifen. Das Blut aller derer, die im Glauben an Deutschlands Größe gefallen sind, ist dann nicht vergeblich geflossen.

In dieser Zuversicht lege ich die Feder aus der Hand und baue fest auf dich — du deutsche Jugend!"

Diese Worte schrieb ich in dunkelster Stunde und in dem vermeintlichen Bewußtsein, am Abschluß eines Lebens im Dienste des Vaterlandes zu stehen. Das Schicksal hatte anders über mich bestimmt. Im

Frühjahr 1925 schlug es ein neues Kapitel meines Lebens auf. Noch einmal sollte ich an dem Geschick meines Volkes mitwirken.

Nur meine feste Zuversicht zu Deutschlands unversiegbaren Quellen gab mir den Mut, die erste und zweite Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen. Dieser felsenfeste Glauben verlieh mir auch die innere Kraft, mein schweres Amt unbeirrt durchzuführen.

Der letzte Abschnitt meines Lebens ist zugleich der schwerste für mich gewesen. Viele haben mich in diesen wirren Zeiten nicht verstanden und nicht begriffen, daß meine einzige Sorge die war, das zerrissene und entmutigte deutsche Volk zur selbstbewußten Einigkeit zurückzuführen.

Ich begann und führte mein Amt in dem Bewußtsein, daß in der inneren und äußeren Politik eine entsagungsvolle Vorbereitungszeit notwendig war. Von der Osterbotschaft des Jahres 1925 an, in der ich die Nation zu Gottesfurcht und sozialer Gerechtigkeit, zu innerem Frieden und zu politischer Sauberkeit aufrief, bin ich nicht müde geworden, die innere Einheit des Volkes und die Selbstbesinnung auf seine besten Eigenschaften zu fördern. Dabei war mir bewußt, daß das Staatsgrundgesetz und die Regierungsform, welche die Nation sich in der Stunde großer Not und innerer Schwäche gegeben, nicht den wahren Bedürfnissen und Eigenschaften unseres Volkes entspreche. Die Stunde mußte reifen, wo diese Erkenntnis Allgemeingut wurde. Daher erschien es mir Pflicht, das Land durch das Tal äußerer Bedrückung und Entwürdigung, innerer Not und Selbstzerfleischung ohne Gefährdung seiner Existenz hindurchzuführen, bis diese Stunde anbrach.

Symbol und fester Halt für diesen Aufbau mußte die Hüterin des Staates, die Reichswehr, sein. In ihr mußten die altpreußischen Tugenden der selbstverständlichen Pflichttreue, der Einfachheit und Kameradschaft als festes Fundament des Staates ruhen.

Die deutsche Reichswehr hat nach dem Zusammenbruch die Fortsetzung der hohen Traditionen der alten Armee in mustergültiger Art gepflegt.

Immer und zu allen Zeiten muß die Wehrmacht ein Instrument der obersten Staatsführung bleiben, das unberührt von allen innenpolitischen Entwicklungen seiner hohen Aufgabe der Verteidigung des Landes gerecht zu werden trachtet.

Wenn ich zu meinen Kameraden dort oben, mit denen ich auf so vielen Schlachtfeldern für die Größe und Ehre der Nation gefochten habe, zurückgekehrt sein werde, dann rufe ich der jungen Generation zu:

Zeigt euch eurer Vorfahren würdig und vergeßt nie, daß, wenn ihr den Frieden und die Wohlfahrt eurer Heimat sicherstellen wollt, ihr bereit sein müßt, für diesen Frieden und die Ehre des Landes auch das letzte herzugeben. Vergeßt nie, daß auch euer Tun einmal Tradition wird.

All den Männern, die den Auf- und Ausbau der Reichswehr vollzogen haben, gilt der Dank des Feldmarschalls des Weltkrieges und ihres späteren Oberbefehlshabers.

Außenpolitisch hatte das deutsche Volk einen Passionsweg zu durchwandern. Ein furchtbarer Vertrag lastete auf ihm und drohte in seiner steigenden Auswirkung unsere Nation zum Zusammenbrechen zu bringen. Lange verstand die uns umgebende Welt nicht, daß Deutschland nicht nur um seiner selbst willen, sondern als der Fahnenträger abendländischer Kultur auch um Europas willen leben mußte.

Nur schrittweise, ohne einen übermächtigen Widerstand zu erwecken, waren daher die Fesseln, die uns umgaben, zu lockern. Wenn manche meiner alten Kameraden die Zwangsläufigkeit dieses Weges damals nicht begriffen, so wird doch die Geschichte gerechter beurteilen, wie

bitter, aber auch wie notwendig im Interesse der Aufrechterhaltung deutschen Lebens mancher von mir gezeichnete Staatsakt gewesen ist.

Im Gleichklang mit der wachsenden inneren Wiedergesundung und Erstarkung des deutschen Volkes konnte auf der Basis eigener nationaler Ehre und Würde eine fortschreitende — und so Gott will — segensreiche Mitarbeit in den ganz Europa bewegenden Fragen erstrebt bzw. erzielt werden.

Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung hat erleben lassen. Ich danke all denen, die in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werk des Wiederaufstiegs Deutschlands mitgearbeitet haben.

Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.

Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung stehe, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.

Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.

In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen.

Berlin, 11. Mai 1934. gez.: von Hindenburg.

Der Führer ließ dieses Testament am gleichen Tage dem gesamten deutschen Volke bekanntgeben. —

Vier Tage später sollte das deutsche Volk zur Volksabstimmung schreiten — seine Entscheidung zu dem Gesetz vom 1. August kundtun, das die Befugnisse des Reichspräsidenten mit denen des Reichskanzlers vereinigte und damit das Schicksal der Nation endgültig in die Hände des Führers legte. Denn der Führer erklärte:

„So logisch aber die Verbindung der beiden Funktionen ist und so verfassungsrechtlich einwandfrei das Gesetz der Reichsregierung diese Frage löst, so sehr muß ich es ablehnen, das Recht zu diesem gewaltigsten Schritt der Neuformung des Deutschen Reiches aus einer früher erteilten Vollmacht abzuleiten. — Rede des Führers im Hamburger Rathaussaal

Nein! Das Volk selbst soll darüber entscheiden!"

(Aus der Rede des Führers im großen Sitzungssaale des Hamburger Rathauses am 17. August, die durch den Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen wurde.)

Und das deutsche Volk entschied: Am 19. August wurden 38362760 Ja-Stimmen, 4294654 Nein-Stimmen und 872296 ungültige Stimmen abgegeben. 90 Prozent des deutschen Volkes bejahten freudig Werk und Weg des Führers. Der Führer hatte als Oberhaupt der deutschen Nation die von ihm gewollte Sanktion des Volkes erhalten! — Volksabstimmung

Am darauffolgenden Tage (20. August) wandte er sich in einem Aufruf an das deutsche Volk: — Aufruf des Führers an das deutsche Volk

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, deutsche Volksgenossen!

Ein 15jähriger Kampf unserer Bewegung um die Macht in Deutschland hat mit dem gestrigen Tage seinen Abschluß gefunden. Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der Nationalsozialistischen Partei. Dies ist der Lohn für eine unermeßliche Arbeit, für zahllose Opfer. Ich danke all denen, die gestern durch ihre Stimme mit beigetragen haben, die Einheit von Staat und Bewegung vor der ganzen Welt zu dokumentieren.

Meine und unser aller Aufgabe wird es sein, diese Einheit zu vertiefen und in einem ebenso genialen wie entschlossenen und beharrlichen Kampfe auch den letzten Rest unseres Volkes für die nationalsozialistische Idee und Lehre zu gewinnen.

Noch heute nacht sind die Entschlüsse für die Durchführung dieser Aktion gefaßt worden, sie selbst wird mit nationalsozialistischer Schnelligkeit und Gründlichkeit ablaufen.

Der Kampf um die Staatsgewalt ist mit dem heutigen Tage beendet. Der Kampf um unser teures Volk aber nimmt seinen Fortgang. Das Ziel steht unverrückbar fest: Es muß und es wird der Tag kommen, an dem auch der letzte Deutsche das Symbol des Reiches als Bekenntnis in seinem Herzen trägt."

Aufruf des Führers an die NSDAP

Gleichzeitig richtete er einen Aufruf an die NSDAP:

„Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Der gestrige herrliche Sieg unserer nationalsozialistischen Partei ist in erster Linie eurer Treue, eurer Opferwilligkeit und eurem Fleiße zu verdanken. Ihr habt als politische Kämpfer der Bewegung, als SA- und SS-Männer, als Mitglieder unserer Arbeiter-, Jugend- und Frauen-Organisationen Einzigartiges geleistet.

Erfüllt von grenzenlosem Vertrauen zu euch, bin ich entschlossen, den Kampf um die Seele und für die Einheit des deutschen Volkes erneut aufzunehmen und weiterzuführen. Ihr werdet in diesem neuen Ringen um unser Volk neben mir stehen wie in den 15 Jahren, die hinter uns liegen, und so, wie es uns möglich war, 90 Prozent des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus zu erobern, muß und wird es uns möglich sein, auch die letzten 10 Prozent zu gewinnen.

Dies wird die letzte Krönung unseres Sieges sein!"

Die Auslandspresse zur Volksabstimmung

Die Volksabstimmung war ein erneuter Sieg des Führers und des von ihm im Nationalsozialismus geeinten Volkes. Das fühlte und wußte in Deutschland jeder Mensch. Daran konnte nicht einmal die übelwollende Auslandspresse vorbeigehen — wenn sie auch zum Teil versuchte, durch Mißdeutungen das überwältigende Vertrauensvotum der 38,4 Millionen deutscher Männer und Frauen, durch das dem Führer und Reichskanzler eine in der Geschichte einzig dastehende Machtfülle übertragen worden war, zu verkleinern. Vielfach bemühte man sich, in dem Verlust der 5 Prozent — es waren ja diesmal „nur" 90 Prozent — seit der Wahl im November 1933 ein Zeichen für den „sinkenden Stern Adolf Hitlers" zu erblicken — wobei allerdings nur der Wunsch der Vater des Gedankens war. Ein großer Teil der ausländischen Zeitungen erkannte jedoch die geschichtliche

Bedeutung dieser Volkswahl mit ihrem eindeutigen zahlenmäßigen Ergebnis. Wir wollen hier als Beispiel das Urteil des amerikanischen Zeitungskönigs William Randolph Hearst wiedergeben, der sich (anläßlich seines Aufenthalts in München) in einer Unterredung mit Dr. Hanfstaengl, dem Auslandspressechef der NSDAP, über die Volksabstimmung u. a. äußerte:

Hearst über die Volksabstimmung

„Eigentlich kommt das Wahlresultat einer einstimmigen Willensäußerung gleich. Diese überwältigenden Majoritäten, mit denen Herr Hitler als erster die Welt in Staunen versetzt hat, und die wir jetzt gelernt haben wie Selbstverständlichkeiten hinzunehmen, eröffnen in gewissem Sinne ein neues Kapitel der modernen Geschichte....

Gelingt es Herrn Hitler, seinem Volke Frieden, Ordnung und Wege zu jener gesitteten Entfaltung zu erschließen, die der Krieg auf der ganzen Welt in weitem Umfange vernichtet hat, so tut er damit Gutes nicht allein für sein eigenes Volk, sondern für die gesamte Menschheit. Deutschland kämpft für seine Befreiung von den frevelhaften Bestimmungen des Versailler Vertrages und für seine Erlösung von der boshaften Unterdrückung und Einschnürung, denen es unterworfen worden ist, unterworfen von Völkern, die in ihrer Selbstsucht und Kurzsichtigkeit nur Feindschaft für Deutschlands Aufstieg übrig haben, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Kampf, der von allen freiheitsliebenden Völkern mit verständnisvoller Teilnahme verfolgt werden sollte." —

Und der Dekan der Journalistenschule an der Washington-Universität, Professor Vernon McKenzie, erklärte am 20. August unter dem Eindruck der Volksabstimmung (er weilte auf einer Studienfahrt in Deutschland):

„Deutschlands Zukunft liegt ganz zweifellos bei Hitler!"

Diesem Führer schwur Deutschland die Treue. Im Gegensatz zur Zeit der Verfallsjahre gab es wieder einen Treueid. Der Eid, den die Soldaten dem Führer geleistet hatten (siehe weiter oben) und der Eid der Beamten:

Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe." —

waren Eidesformeln, die im „Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht" vom 20. August ihre Prägung erfahren hatten. Das sind wirkliche Eide. Im Gegensatz zum früheren „Verfassungseid", einem seelenlosen „Eid" auf ein unfaßbares Normenbündel, wird hier aus dem Eid wieder eine unmittelbare menschliche Verpflichtung: Treue dem Führer Adolf Hitler!

In diesem Geiste wurde auch der Eid der Reichsminister und der Länderminister geprägt („Gesetz über den Eid der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen" vom 16. Oktober). So

Der Eid der Minister und der Reichsstatthalter

schwuren die Reichsminister am 16. Oktober dem Führer die Treue, so am 1. November die Reichsstatthalter.

Im Eide zeigt sich die tiefe Wandlung des Staatslebens: Der Treueid ist wieder wesentliches Element der Staats- und Volksordnung geworden! Und nicht einer Verfassung, einer Institution, einer Norm wird er geleistet, sondern dem Führer Adolf Hitler!

Gesunde Entwicklung im deutschen Sport

Gegen Ende August fand die Neuorganisation im deutschen Sport ihre organische Fortsetzung durch die Ernennung der 23 Fachamtsleiter (24. August).

Volk und Sport

Das Jahr 1933, das den großen Umbruch auf allen Gebieten gebracht hatte, war auch für das deutsche Sportwesen von entscheidender Bedeutung gewesen. Das Steuer war herumgerissen, den Leibesübungen eine neue Zielrichtung gegeben worden.

Nicht nur ein „gesunder Körper" ist das Idealbild der Leibesübungen des neuen Staates, sondern der leiblich gesunde, lebenskräftige, charakterlich gefestigte und willensstarke Mensch, der politisch bewußt sich als Glied des Volkes und als tragendes Element des Staates fühlt — so hat der zum Reichssportführer ernannte SA-Gruppenführer von Tschammer und Osten den neuen Sinn sportlicher Ertüchtigung des Volkes einmal zum Ausdruck gebracht.

Organisatorischer Neubau im deutschen Sport

Wir haben im Band 1933 (Seite 212 ff.) ausgeführt, wie, wo und warum gesäubert werden mußte. Wir haben in diesem Rahmen auch die Neuorganisation behandelt, die zur Jahreswende im Rohbau beendet war. Dieser Neubau, der hauptsächlich die Vereinheitlichung der Gebietsgrenzen und der Verwaltungsstellen betraf, fand mit der Proklamation des „Reichsbundes für Leibesübungen" und der obenerwähnten Ernennung der 23 Fachamtsleiter seine logische Fortsetzung, und mit der „Verordnung Nr. 1 des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen" vom 1. Dezember, die die Abgrenzung zwischen den Fachämtern und Verbänden grundsätzlich regelte, eine wesentliche Ergänzung.

Sportberichterstattung

Auf dem Gebiete der Sport-Berichterstattung genügte ein energisches Wort des Reichssportführers (anläßlich eines Boxgroßkampfes), um ein für allemal jede Sensationshascherei aus der deutschen Sportpresse zu verbannen. Er erklärte u. a.:

„Jede übertriebene und den Geist früherer Berichterstattung tragende Sensationspropaganda entspricht nicht den Anschauungen der Turn- und Sportbewegung des neuen Deutschland!“ —

Die Verknüpfung von Sport und Staat, die Einflußnahme der nationalsozialistischen Regierung auf die Leibesübungen ermöglichte eine wirkliche Durchdringung des Volkes. Die Reichswerbewoche „Gesunde Frauen durch Leibesübungen“ (7. bis 13. Oktober) verfolgte den in völkischer wie hygienischer Hinsicht gleich wichtigen Zweck der körperlichen Ertüchtigung der Frau. Reichswerbewoche „Gesunde Frauen durch Leibesübungen“

Von größter Tragweite war die „Hochschulsportordnung“ vom 12. Dezember, mit der Reichserziehungsminister Rust die Sportpflicht an allen deutschen Hochschulen einführte und ein Hochschulsportabzeichen schuf. Entscheidend war dabei, daß von nun an jeder deutsche Student eine dreisemestrige Grundausbildung durchmachen, daß er laufen, schwimmen und boxen können muß. Hochschulsportordnung

Ausdruck der Verbundenheit von Sport- und SA-Geist, wie sie in der Person des Reichssportführers von Tschammer und Osten verkörpert wird, war auch die Schaffung des SA-Sportabzeichens, die starken Widerhall fand. SA-Sportfeste bewiesen, wie wertvoll diese Maßnahme sich auszuwirken begann. Ueberall trat die SA mit guten sportlichen Leistungen hervor, so z. B. bei den deutschen Ski-Meisterschaften in Berchtesgaden, die unter der Schirmherrschaft Pg. Hermann Görings standen. — Der Wintersport brachte uns auch sonst im vergangenen Jahre stolze Erfolge (Bob-Weltmeisterschaft, Europameisterschaft im Eishockey). SA-Sportabzeichen Wintersport

Und damit befinden wir uns bereits bei den sportlichen Ereignissen des Jahres 1934. War 1933 das Jahr des ideenmäßigen und organisatorischen Um- und Neubaus, so sollten sich im zweiten Jahr der nationalsozialistischen Regierung die praktischen Folgen der Reform an Haupt und Gliedern zeigen. Zieht man das Fazit dieses „Probejahres“, so kann man nur voller Freude feststellen, daß die intensive Arbeit Hans von Tschammer-Ostens und seiner Helfer reiche Frucht getragen hat, daß der hinreißende, revolutionäre Schwung, der alle Gebiete des deutschen Lebens erfaßt hatte, auch in den Leistungen deutscher Sportkämpfer seinen beredten Ausdruck fand. Kurz gesagt: 1934 war ein Jahr des Erfolges. Der sportliche Erfolg des Jahres 1934

Im folgenden soll nun ein ganz kurzer Ueberblick über diese Erfolgsliste des deutschen Sports, an der fast alle Disziplinen beteiligt sind, gegeben werden:

Der Reitsport brachte mit dem Berliner Internationalen Reit- und Fahrturnier wieder pferdesportliche Glanzleistungen. Den Höhepunkt bildete der Preis der Nationen, der — in Gegenwart Reitsport

des Führers — wiederum von den deutschen Offizieren gewonnen wurde. Auch in Polen und Frankreich setzten sich unsere Vertreter siegreich durch. Weniger Glück hatten sie gegen die schweizerische und italienische Equipe in Nizza und Rom. In Freiherrn von Langen, der bei einem Sturz vom Pferde tödlich verunglückte, wurde uns einer unserer besten Turnierreiter entrissen.

An dieser Stelle sei auch der tapferen deutschen Bergsteiger Merkl, Wieland, Welzenbach und Drexel gedacht, die beim Ansturm auf den 8120 Meter hohen Nanga Parbat (Deutsche Himalaja-Expedition 1934) ihr Leben ließen. —

Fußball Am sinnfälligsten war der Anstieg der deutschen Leistungskurve im Fußball, der unbestritten der Volkssport in Deutschland ist. Die deutsche Nationalmannschaft errang Siege gegen Ungarn, Luxemburg, Belgien, Schweden, Oesterreich (womit sie für Deutschland den dritten Platz in der Weltmeisterschaft errang), Polen und Dänemark. Sie verlor nur ein Spiel gegen die Tschechoslowakei mit 1:3 Toren. Auch der innerdeutsche Spielbetrieb zeigte eine erfreuliche Leistungssteigerung. Ein Fußballtreffen zwischen einer saarländischen und einer brandenburgischen Auswahlmannschaft, das am 31. März im Rahmen einer großen sportlichen Saarkundgebung in Berlin stattfand, stärkte das Gefühl der Verbundenheit zwischen dem Reich und dem Saargebiet. Am Winterhilfswerk war der Fußballsport in hervorragendstem Maße beteiligt.

Hockey Der Hockeysport, in dem Deutschland von jeher einen guten Ruf besaß, brachte uns in den ausgetragenen Länderkämpfen (gegen Holland, Schweiz und Belgien) nur Siege.

Tennis Die Erfolge im Tennis kamen in erster Linie auf das Konto von Cramms, der die internationalen Meisterschaften von Frankreich und Deutschland gewann und auch den deutschen Weltmeister der Berufsspieler, Nüßlein, in vier Sätzen schlug. Im Kampf um den Daviscup schieden wir nach Siegen über Rumänien und Dänemark gegen Frankreich aus.

Leichtathletik In der Leichtathletik errang Deutschland die Führung in Europa. Es fällt schwer, aus der Reihe stolzer Erfolge und siegreicher Kämpfer einzelne hervorzuheben. Der großartige Weltrekord Hans-Heinrich Sieverts im Zehnkampf (mit 8790,460 Punkten) verdient es jedenfalls. Neben den sieben Siegen, die Deutschland bei den Europameisterschaften in Turin errang (und damit in der Gesamtwertung zusammen mit Finnland den ersten Platz belegte), wurden die Leichtathletikländerkämpfe gegen Frankreich, Schweiz, Finnland und Polen (Frauen) gewonnen, während die Schweden mit 102⅓ : 101⅔ Punkten (!) gegen uns die Oberhand behielten. Deutschlands Frauen

gewannen bei den Frauenweltspielen in London, wo sie mehrere Weltrekorde erzielten, zum zweiten Male den Preis der Nationen. Der große Saarstaffellauf über insgesamt 17407 Kilometer, dessen Schlußläufer am 26. August auf dem Ehrenbreitstein vom Führer durch Handschlag begrüßt wurden, war Sinnbild der Verbundenheit der deutschen Gaue mit dem noch abgetrennten Saarland — ebenso aber auch der neuen Staats- und Volksverbundenheit des deutschen Sports. —

Der Radsport brachte uns mit den Radweltmeisterschaften in Leipzig, an denen sich 18 Nationen beteiligten und die in festlichem Rahmen vor sich gingen, durch Erich Metze einen schönen Erfolg. Radsport

Der deutsche Rudersport bewies seine Weltklasse durch zwei Siege bei der berühmten Henley-Regatta. Rudersport

Das Schwimmen, eine Leibesübung, die jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau beherrschen sollte, zeigte leistungsmäßig — besonders bei den Frauen — einen erfreulichen Aufschwung. Deutschland war bei den Europa-Schwimmeisterschaften in Magdeburg Gastgeber und holte sich zum dritten Male den Europa-Pokal vor Ungarn und Frankreich. Unsere Wasserballnationalmannschaft konnte am Jahresende auf eine stolze Siegesserie (gegen Frankreich, Schweden, Holland, Italien, Belgien, Spanien und Tschechoslowakei) zurückblicken, die nur von den Ungarn unterbrochen wurde. Schwimmen

Auch in den schwerathletischen Sportarten kamen die deutschen Vertreter wieder zu schönen Erfolgen, so die Amateur-Ringer bei den Europameisterschaften in Rom und den Länderkämpfen gegen Frankreich und Ungarn, so unsere Amateurboxer gegen Ungarn, Tschechoslowakei und zweimal gegen Polen (einmal für die Winterhilfe). Es sei dabei nicht vergessen, daß die Polizeisportler hier — wie auch in anderen Sportzweigen — einen erheblichen Anteil an der führenden Stellung haben, die Deutschlands Amateurboxer heute in Europa einnehmen. Erwähnt sei schließlich der Box-Großkampftag in Hamburg am 26. August, dem 80—90000 Menschen beiwohnten — Beweis für die Popularität, die der Boxsport in Deutschland wieder genießt. Der Nationalsozialismus hat diesen echten Kampfsport bewußt gefördert und ihm in der Jugenderziehung einen besonderen Platz eingeräumt. — Schwerathletik

Die Teilnahme der ganzen Nation an großen Sportfesten kam 1934 vielleicht noch stärker zum Ausdruck als im Vorjahre. Wir denken da z. B. an das „Sportfest des deutschen Ostens“ und vor allem an die „Deutschen Kampfspiele“ 1934 in Nürnberg, das „Hochfest des deutschen Sports“, das vom 23. bis 29. Juli in Nürnberg zu einer Heerschau des deutschen Sports wurde. Im Mittelpunkt stand Deutsche Kampfspiele 1934 in Nürnberg —

Rede des Reichssportführers die große Rede des Reichssportführers auf dem 1. Kongreß des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen, in der er auf die Verbindung und enge Zusammenarbeit mit Staat und Partei (Hitlerjugend), auf Dietarbeit (weltanschauliche Erziehung) und die weiteren Aufgaben des „Reichsbundes für Leibesübungen" einging. Das höchste Ziel der erzieherischen Aufgaben des Reichsbundes erblickte von Tschammer und Osten in der Unterstützung der Rassekraft, Volkskraft und Volkstumspflege. —

Motorsport Der Motorsport stand 1934 im Brennpunkt des Interesses. Seit der Machtübernahme hatte der Führer in klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Schlüsselstellung (vergleiche Band 1933, Seite 217, 227 und 233) der Automobil- und deren Schwesterindustrien diese in großzügigster Weise gefördert. Eine solch günstige Entwicklung mußte sich auch sportlich auswirken. Wenn man weiß, wie wertvoll motorsportliche Erfolge für die Produktion der Herstellerfirma des jeweils siegreichen Fabrikats sind, daß eine bedeutsame Wechselwirkung zwischen der Förderung der Automobilindustrie und des Autosports besteht, dann wird man auch diesen Wert der überragenden Siege ermessen können, die von Hochleistungsfahrzeugen deutscher Wertarbeit gegen schärfste Konkurrenz aus aller Welt errungen wurden. Vier der sechs Großen Preise in Europa (von Deutschland, Schweiz, Italien und Spanien) wurden von deutschen Wagen (Auto-Union und Mercedes-Benz) gewonnen; dazu kamen noch viele Erfolge unserer Auto- und Motorradfahrer in anderen großen internationalen Rennen (z. B. dem Großen Preis von Europa für Motorräder und der internationalen Sechstagefahrt, für die die deutsche Dreitage-Harzfahrt eine gute Vorbereitung gewesen war). Den stolzesten Triumph für Kraftfahrsport und -industrie stellten aber zweifellos die Weltrekorde dar, die Caracciola und Stuck für Deutschland gewannen. Auch unsere

2000-km-Fahrt durch Deutschland Motorradfahrer erreichten mehrere Weltrekorde. Die „2000-km-Fahrt durch Deutschland", die einzigartige Zuverlässigkeitsprüfung des Kraftfahrsports im neuen Deutschland, die diesmal auch international stark besetzt war und unter dem Protektorat Dr. Fricks stand, hatte als Großveranstaltung (21./22. Juli), an der das ganze deutsche Volk Anteil nahm, einen noch größeren Erfolg als im Vorjahr. Sie war in ihrer glänzenden Organisation und ihrem großartigen Ergebnis Ausdruck der Stärke und Geschlossenheit, die der Kraftfahrsport unter Obergruppenführer Hühnlein im nationalsozialistischen Deutschland einnahm.

NSKK selbständig Von besonderer Bedeutung ist die in diesem Zusammenhang noch zu erwähnende Tatsache, daß im Jahre 1934 das Nationalsozialistische Kraftfahr-Korps (NSKK) unter seinem Korpsführer Hühnlein als

selbständige Gliederung neben SA und SS trat und dem Führer direkt unterstellt wurde.

Gleich der 2000-km-Fahrt des Kraftfahrsports ist der „Deutschlandflug" alljährlich ein Ereignis, das den Rahmen sonstiger sportlicher Ereignisse sprengt. Wieder wurde er (21. bis 23. Juni) bei ausgezeichneten fliegerischen Leistungen zu einer eindrucksvollen Demonstration der vorwärtsdrängenden deutschen Luftfahrt. Zur Preisverteilung war Reichsluftfahrtminister Göring erschienen, um im Kreise seiner Fliegerkameraden den Gedanken der Gemeinschaftsleistung, der diese Prüfung charakterisiert, zu feiern. — Die Teilnahme und der Sieg des Reichsministers Rudolf Heß beim Zugspitzflug 1934 (10. März) wurde mit besonderer Freude begrüßt. — Die große internationale Sportprüfung, den „Europa-Rundflug", gewannen die Polen vor Deutschland. — Nicht vergessen werden soll das Freundschaftstreffen deutscher und englischer Flieger in London, bei dem die Deutschen — meist alte Kriegsflieger — unter Führung des Präsidenten des Deutschen Luftsportverbandes, Loerzer, der Einladung um so lieber nachkamen, als sie darin wieder eine Möglichkeit erblickten, die Verständigung zwischen den Völkern zu fördern.

Deutschlandflug

Zugspitzflug

Diese Mission des Sportes findet bei den Olympischen Spielen ihren reinsten Ausdruck. Das neue Deutschland, das den Frieden und die Verständigung will, freut sich darum ganz besonders, daß es 1936 die Ehre haben wird, die Jugend der Welt bei sich gastlich aufzunehmen. Die Vorbereitungsarbeit, die schon 1933 begonnen hatte, wurde energisch fortgesetzt. Der Olympia-Kongreß, der Mitte Mai in Athen unter dem Präsidenten des Olympischen Komitees, Graf Baillet-Latour, tagte, genehmigte die deutschen Gesamtpläne zur Durchführung der XI. Olympischen Spiele. Danach werden 1936 Kanu und Fußball in das Olympiaprogramm aufgenommen werden, und auch der Segelsport wird vertreten sein. — Der Bau der großen Olympia-Sportstätte, die entsprechend den Wünschen und Anregungen Adolf Hitlers an der Stelle des früheren „Deutschen Stadions" errichtet wurde, machte weiter Fortschritte, wovon der Führer sich am 31. Oktober selber überzeugte. Auch die anderen Sportanlagen für Rudern (in Grünau), Segeln (in Kiel) und die Wintersportwettbewerbe (in Garmisch-Partenkirchen) werden nach ihrer Fertigstellung den höchsten Ansprüchen genügen. Aber die Olympiavorbereitungen, die Deutschland traf, erstreckten sich auch auf die Ausgestaltung der Spiele selbst, die nach dem Willen des nationalsozialistischen Deutschlands dem griechischen Vorbild in weit vollkommenerem Maße als bisher angeglichen werden sollen. In den Eröffnungsfeierlichkeiten soll das auch zum Ausdruck kommen. Ebenso

Vorbereitung der Olympischen Spiele 1936

ist geplant, einen gewaltigen Fackelstaffellauf Olympia—Berlin durchzuführen, an dem viele Tausende junger Männer aus Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Oesterreich, Tschechoslowakei und Deutschland beteiligt sein sollen. Dieser Lauf würde ein herrliches Sinnbild der einigenden olympischen Idee sein. — Aber auch nach innen traf Deutschland seine umfassenden Vorbereitungen. In einem gemeinsamen Aufruf erklärten die Reichsminister Dr. Frick und Dr. Goebbels, sowie der Reichssportführer: „Das kommende Jahr (1935) wird das Jahr der olympischen Schulung sein.“ Schon 1934 setzte die Auswahl und Schulung der Sportjugend ein (Olympiaprüfungswettbewerbe, Olympialehrgänge, Suche nach dem „unbekannten Sportsmann“). Und am 16. Dezember fand im ganzen Reiche die feierliche Verpflichtung der deutschen Olympia-Anwärter statt; — sie verpflichteten sich, in eiserner Selbstzucht und restloser Hingabe gemäß den Anweisungen der vom Reichssportführer eingesetzten Lehrkräfte an sich zu arbeiten, immer nur das eine Ziel vor Augen: für Deutschland!

Staat und Wirtschaft, Volk und Stand

Rede Reinhardt in der Akademie für Deutsches Recht

Der Hochsommer brachte auch auf dem Gebiete der Wirtschaft bedeutsame Ereignisse. Am 26. Juli sprach Staatssekretär Pg. Reinhardt in einer Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht über die wirtschaftlichen Segnungen der neuen Steuerpolitik und kündigte insbesondere die neue vereinheitlichende Einkommensteuergesetzgebung an, die dann im Einkommensteuergesetz (16. Oktober) Wirklichkeit wurde. (Das gleiche Datum tragen das Vermögenssteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Bürgersteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz, Reichsbewertungsgesetz, Kapitalverkehrssteuergesetz und zahlreiche andere neue Gesetze steuerrechtlichen Inhalts.) Es ist in Anbetracht des Umfanges dieses großzügigen und umfassenden Steuergesetzgebungswerks unmöglich, in dem uns hier zur Verfügung stehenden Rahmen, den Inhalt der einzelnen neuen Bestimmungen auch nur andeutungsweise wiederzugeben. Und wir wollen uns daher darauf beschränken, aus den Ausführungen des Staatssekretärs Reinhardt (über die im Reichskabinett beschlossenen Gesetze) folgende Worte zu entnehmen:

Die neue Steuergesetzgebung

> „Die neuen Gesetze stellen insbesondere eine Vereinfachung von Sprache und Darstellungsweise, eine Vereinfachung des Rechts und eine Entlastung der Verwaltung dar.....
>
> Sachlich-rechtlich stellen die Personalsteuersätze einen Umbau ins-

besondere nach bevölkerungspolitischen Grundsätzen dar. Bei der Einkommensteuer werden die Kinderermäßigungen wesentlich erhöht. Sie betragen 15 v.H. für ein Kind, 35 v.H. für zwei Kinder, 55 v.H. für drei Kinder, 75 v.H. für vier Kinder, 95 v.H. für fünf Kinder, 100 v.H. für sechs Kinder. Diese Hundertsätze werden selbstverständlich nur innerhalb bestimmter Höchstgrenzen und nur bei Jahreseinkommen bis zu 100000 Reichsmark gewährt. Die Höchstgrenzen sind gegenüber dem bisherigen Einkommensteuergesetz wesentlich erhöht worden. Auch die Mindestbeträge für Kinderermäßigungen sind gegenüber dem bisherigen Einkommensteuergesetz erhöht worden. Bisher ist die Kinderermäßigung in jedem Fall nur für Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahr gewährt worden. Dem neuen Gesetz gemäß wird sie auf Antrag auch für Kinder bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gewährt, solange die Kinder für einen Beruf ausgebildet werden, und zwar auch dann, wenn sie nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören. — Auch der steuerfreie Einkommensteil und die Steuersätze sind in Zusammenhang mit der größeren Berücksichtigung des Familienstandes neugestaltet worden.

Bei der Bürgersteuer werden Kinderermäßigungen eingeführt...."

Ueber die Steuerpolitik des nationalsozialistischen Staates kann zusammenfassend festgestellt werden, daß sie eine wesentlich sozial gerechtere und wirtschaftlich gesündere Verteilung der Steuern auf die einzelnen vornimmt, und daß sie es trotzdem fertigbringt, ein höheres Steueraufkommen zu erzielen, — sie hat das ja bereits in den Jahren 1933 und 1934 bewiesen.

Die Erhöhung des Steueraufkommens lag naturgemäß nicht zuletzt auch an der allmählich beginnenden wirtschaftlichen Gesundung, die auch in anderen Dingen ihren deutlichen Niederschlag fand: So konnte im Juni festgestellt werden, daß — hauptsächlich aus dem durch Arbeitsbeschaffung erzielten Einkommen des arbeitenden Volkes — die Spareinlagen in den deutschen Sparkassen seit der nationalsozialistischen Machtergreifung um 1,5 Milliarden (auf 11,7 Milliarden) gestiegen waren und einen Rekord der Spartätigkeit der Nachkriegszeit erreichten. Das Vertrauen, das vom deutschen Volke damit seiner Regierung gegenüber bewiesen wurde, spricht mehr, als in vielen Worten gesagt werden könnte. Hinzuzufügen wäre noch die Tatsache, daß in der gleichen Zeit die Spareinlagen in sehr vielen anderen Ländern zurück gingen, so in Frankreich (von 59,4 auf 58,7 Milliarden), in der Tschechoslowakei, in Oesterreich usw. —

Steigerung der Spareinlagen

Bezeichnend für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes sind auch folgende Zahlen: Das Gesamteinkommen von Arbeitern, Angestellten und Beamten wird vom Institut für Konjunkturforschung für das erste Vierteljahr 1934 auf 6,9 Milliarden, für das zweite auf 7,5 Milliarden errechnet. Es liegt damit um 17% über dem Tiefpunkt der deutschen Krise. — Am 1. Oktober war das Arbeitseinkommen seit dem Umschwung bereits um 30% gestiegen. Damit stiegen die Verbrauchsausgaben (24%ige Kauf-

Gesamtarbeitseinkommen

kraftsteigerung seit Anfang des Jahres); — so griff ein Zahnrad ins andere und brachte die Wirtschaft wieder in Gang.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (siehe 6. Abschnitt) spielte hier natürlich mit eine wesentliche Rolle. (In diesem Zusammenhang sei die auch sozialpolitisch sehr wesentliche Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung erwähnt, die dem Austausch der Arbeitskräfte in der Weise diente, daß möglichst ältere an Stelle von jüngeren Arbeitskräften eingestellt werden sollten. Im Einvernehmen zwischen Betriebsführern und Arbeitsämtern ist dafür Sorge zu tragen, daß die im Austausch Entlassenen andere Arbeitsplätze bekommen.) Die Arbeitsschlacht bewirkte einen ständigen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit (im September allein in Berlin um 25000). Am 30. September wurden insgesamt noch rund 2282000 Arbeitslose im Reich gezählt. Und auch das Internationale Arbeitsamt in Genf konnte nicht umhin, festzustellen: Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland beträgt im September 2,3 Millionen gegenüber 4,1 Millionen im September 1933. —

Austausch von älteren und jüngeren Arbeitskräften

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Maßnahmen zur Zinssenkung

Von weiteren Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung seien erwähnt die im Juni angekündigten Schritte zur Zinssenkung. Als erste Maßnahme wurde am 20. Juni die Kündigung der Reichsanleihe („Hilferding-Anleihe") verkündet. Der Reichsfinanzminister bot dafür den Umtausch in eine neue Anleihe (erste Anleihe des nationalsozialistischen Staates) an, die in ihrer Ausstattung den nationalsozialistischen Forderungen an einen gerechten Zins Rechnung trägt. —

Kündigung der Hilferding-Anleihe

Von der Goltz „Führer der Wirtschaft"

Im Juli trat als „Führer der Wirtschaft" an Stelle des Generaldirektors Keßler der Rechtsanwalt Pg. Graf von der Goltz. Am 11. Juli erklärte er in einer Rede über die neue Organisation der Wirtschaft (siehe 5. Abschnitt) und die Aufgaben dieser Organisation, daß das Leistungsprinzip sich restlos in der Wirtschaft durchsetzen müsse und auch vor Kartellen nicht haltmachen dürfe.

Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen

Von besonderer Bedeutung war das „Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen" vom 5. Juli, das dem Reichswirtschaftsminister sehr weitgehende Vollmachten erteilte und damit einen weiteren Schritt im Sinne des Führerprinzips darstellte. Es lautete:

§ 1

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, innerhalb seines Geschäftsbereiches alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Förderung der deutschen Wirtschaft sowie zur Verhütung und Beseitigung wirtschaftlicher Schädigungen für notwendig hält. Soweit die Maßnahmen auch in den Geschäftsbereich eines anderen Reichsministers fallen, werden sie im Einvernehmen mit diesem getroffen.

Die auf Grund des Abs. 1 getroffenen Maßnahmen können von bestehenden Gesetzen abweichen.

§ 2

Der Reichswirtschaftsminister kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihm erlassenen Vorschriften mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist nicht beschränkt.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 30. September 1934 außer Kraft.

Am 30. Juli wurde der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wegen der Erkrankung des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt kommissarisch — zunächst auf sechs Monate — mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragt. (Später erfolgte seine endgültige Beauftragung.)

Schacht kommissarischer Reichswirtschaftsminister

Ueber Schachts umfangreiche Arbeit auf dem Gebiete des Außenhandels wurde bereits berichtet. Die Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung (siehe 7. Abschnitt) und die ergänzenden Maßnahmen auf der Warenseite (Rohstoffbewirtschaftung usw.) dienten dem Ziele, die Einfuhr in sinnvoller und zweckentsprechender Weise dem vorhandenen knappen Devisenbestand anzupassen.

Außenhandelspolitik

Ohne auf alle diese Maßnahmen im einzelnen einzugehen, sei nicht vergessen, daß Deutschland der Welt gegenüber ankündigte, es werde dazu übergehen, seine Wirtschaft in verstärktem Umfange auf die Gewinnung und Verarbeitung heimischer Rohstoffe umzustellen, falls das Ausland keine ausreichenden praktischen Konsequenzen aus der Erkenntnis ziehe, daß Deutschland seine Rohstoffbezüge aus dem Ausland und seinen Schuldendienst nur durch entsprechende Warenlieferungen an das Ausland bestreiten könne. Und allmählich begriff man auch im Ausland, daß diese Mitteilung sehr ernst gemeint war. Und es klingt wie eine „Götterdämmerung" der Weltwirtschaft, wenn man im August in der Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende" liest:

Rohstofferzeugung in Deutschland

„Deutschland muß im Augenblick 60 Prozent seiner Textil-Rohstoffe einführen, und macht man sich in Deutschland nur auf diesem Gebiet vom Ausland frei, so wird man selbstverständlich die Weltwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttern."

— in einem Aufsatz, der mit den Worten schließt:

„Die Deutschen fühlen sich im Moment wie im Kriege. Sie sind bitter auf das Ausland und verletzt über dessen Kritik, und sie schieben die Schuld an ihrer Devisenschwierigkeit auf den Versailler Vertrag und die Juden. Mit ihrer wunderbaren Arbeitsintensität und ihren vortrefflichen Chemikern und Ingenieuren setzen sie jetzt alle Kräfte ein, um neue Wege zu betreten." —

Das erste Halbjahr 1934 schloß in der Außenhandelsbilanz mit einem Einfuhrüberschuß von 216 Millionen RM. ab (wofür zu einem erheblichen Teile die Schrumpfung unserer Ausfuhr nach Rußland

Außenhandelsbilanz

verantwortlich zu machen war). Im August ging die Einfuhr um 6% (gegenüber dem Vormonat) zurück, die Ausfuhr stieg um 4%. (Insbesondere hatte die Lebensmitteleinfuhr abgenommen.) Im September stieg die Einfuhr wieder etwas (3%), aber auch die Ausfuhr um 5%. Und im Oktober schloß die Handelsbilanz erstmalig wieder (seit März) mit einem **Ausfuhrüberschuß** von 16,4 Millionen RM. gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 1,9 Millionen RM. ab. —

Umsatz des Einzelhandels

Wesentlich aber war vor allem der sichtbare Aufstieg in der inneren Wirtschaft, den wir bereits an mehreren Beispielen erkannt haben und der sich — um ein weiteres Beispiel zu nennen — auch im **Umsatz des Einzelhandels** zeigte, der im August um 15% (gegenüber dem August 1933) gestiegen war. Besonders zeigte sich dieser Aufstieg aber auch bei der **Leipziger Herbstmesse** (deren Abschluß am 30. August stattfand), die noch wesentlich (teilweise um 50%) **mehr** Aufträge brachte als die Leipziger Frühjahrsmesse (siehe 5. Abschnitt).

Leipziger Herbstmesse

Jahresbericht über das Straßenwesen

Am gleichen Tage (30. August) veröffentlichte Pg. Dr. **Todt**, der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, seinen ersten **Jahresbericht** (5. Juli 1933 bis 5. Juli 1934), in dessen Mittelpunkt das Bauvorhaben der Reichsautobahnen stand und der einen Ueberblick gab über die gewaltigen Fortschritte im deutschen Straßenwesen. Diesen Ueberblick vermittelte in überzeugendster Form wenige Tage später auch der „**VII. Internationale Straßenkongreß**" in München, den der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, am 2. September vor den Vertretern von 50 Staaten mit einer Rede über die nationalsozialistische Leistung der Autobahnen eröffnete. Im Rahmen des Kongresses sprach auch Pg. Dr. **Todt** und stellte am Schluß seiner Rede fest, daß wir diese Reichsautobahnen mit tiefer Berechtigung „**Straßen Adolf Hitlers**" nennen — und daß diese Straßen **ein Werk des Friedens** sind! —

VII. Internationaler Straßenkongreß in München

Das nationalsozialistische Ordnungsprinzip hatte so auf allen Gebieten segensreiche Früchte getragen. In besonderem Maße aber mußte es Anwendung finden beim Aufbau und der Gliederung der Berufsstände — im **ständischen Aufbau**.

Ständischer Aufbau

Am 18. Februar erschien im „**Völkischen Beobachter**" unter der Ueberschrift „Auf dem Weg zur ständischen Ordnung" von Pg. Dr. **Frauendorfer**, dem Leiter des **Amtes für Ständischen Aufbau** in der NSDAP und der DAF (Deutsche Arbeitsfront), ein Aufsatz, in dem wir folgende grundsätzlich wichtigen Ausführungen lesen:

Frauendorfer über den ständischen Aufbau

„... Durch die Verfügung vom 25. Januar 1934 des Stabsleiters der PO und Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, über die Neuordnung der Deutschen Arbeitsfront ist der entscheidende Schritt in der Richtung auf die Neugestaltung nach ständischen Grundsätzen getan. Die Gliederung der Deutschen Arbeitsfront in **Betriebsgruppen**

verwirklicht zum ersten Male den ständischen Grundsatz der Organisation nach Wirtschaftsverbänden. Denn den Betriebsgruppen der Deutschen Arbeitsfront wird jeder in einem bestimmten Wirtschaftszweige beschäftigte Deutsche angehören.

Damit ist die Grundlage geschaffen für eine organische Gliederung des deutschen Volkes nach Lebensform und wirtschaftlicher Funktion. Es ist die Bildung von Wirtschaftsgruppen angebahnt, denen der nationalsozialistische Staat einst die Aufgaben der ständischen Selbstverwaltung übertragen kann und mit denen eine Wirtschaftsführung nach höchsten Gesichtspunkten für ihn möglich sein wird."

Wesentlich ist auch die Feststellung, daß eine Ständeordnung, nicht ein „Ständestaat", erreicht werden soll und daß damit der Bereich der ständischen Aufgaben bereits klar umrissen ist.

Bezüglich der in dem Aufsatz aufgeführten Deutschen Arbeitsfront sei noch hervorgehoben, daß der Führer am 24. Oktober eine Verordnung mit folgendem Wortlaut erließ: Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront

Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront. Wesen und Ziel.

§ 1

Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust.

In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen.

Die Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront wird durch die Mitgliedschaft bei einer beruflichen sozialpolitischen, wirtschaftlichen oder weltanschauliche Organisation nicht ersetzt. Der Reichskanzler kann bestimmen, daß gesetzlich anerkannte ständische Organisationen der Deutschen Arbeitsfront korporativ angehören.

§ 2

Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen.

Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 3

Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Gliederung der NSDAP im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933.

Führung und Organisation.

§ 4

Die Führung der Deutschen Arbeitsfront hat die NSDAP.

Der Stabsleiter der PO führt die Deutsche Arbeitsfront. Er wird vom Führer und Reichskanzler ernannt.

Er ernennt und enthebt die übrigen Führer der Deutschen Arbeitsfront.

Zu solchen sollen in erster Linie Mitglieder der in der NSDAP vorhandenen Gliederungen der NSBO und NS-Hago, des weiteren Angehörige der SA und der SS ernannt werden.

§ 5

Die gebietliche Gliederung der Deutschen Arbeitsfront entspricht derjenigen der NSDAP.

Für die fachliche Gliederung der Deutschen Arbeitsfront ist das im Programm der NSDAP aufgestellte Ziel einer organischen Ordnung maßgebend.

Die gebietliche und fachliche Gliederung der Deutschen Arbeitsfront wird vom Stabsleiter der PO bestimmt und im Dienstbuch der Deutschen Arbeitsfront veröffentlicht.

Er entscheidet über die Zugehörigkeit und die Aufnahme in die Deutsche Arbeitsfront.

§ 6

Die Kassenführung der Deutschen Arbeitsfront untersteht im Sinne der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 23. März 1934 der Kontrolle des Schatzmeisters der NSDAP.

§ 7

Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird.

Die Deutsche Arbeitsfront hat die Aufgabe, zwischen den berechtigten Interessen aller Beteiligten jenen Ausgleich zu finden, der den nationalsozialistischen Grundsätzen entspricht und die Anzahl der Fälle einschränkt, die nach dem Gesetz vom 20. Januar 1934 den zur Entscheidung allein zuständigen, staatlichen Organen zu überweisen sind.

Die für diesen Ausgleich notwendige Vertretung aller Beteiligten ist ausschließlich Sache der Deutschen Arbeitsfront. Die Bildung anderer Organisationen oder ihre Betätigung auf diesem Gebiet ist unzulässig.

§ 8

Die Deutsche Arbeitsfront ist die Trägerin der Nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude".

Die Deutsche Arbeitsfront hat für die Berufsschulung Sorge zu tragen.

Sie hat ferner die Aufgaben zu erfüllen, die ihr durch das Gesetz vom 20. Januar 1934 übertragen wurden.

§ 9

Das Vermögen der in § 1 dieser Verordnung genannten früheren Organisationen einschließlich ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen, Vermögensverwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmungen bildet das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront. Dieses Vermögen ist der Grundstock für die Selbsthilfe-Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront.

Durch die Selbsthilfe-Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront soll jedem ihrer Mitglieder die Erhaltung seiner Existenz im Falle der Not gewährleistet werden, um den befähigsten Volksgenossen den Aufstieg zu ebnen oder ihnen zu einer selbständigen Existenz, wenn möglich auch auf eigenem Grund und Boden, zu verhelfen.

§ 10

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die Verordnung, die Wesen, Ziel und Organisation der DAF klarlegte, stellte u. a. endlich eindeutig fest, daß die DAF nicht Rechtsnachfolger der Gewerkschaften ist. (Zur Verminderung von Härten für

Gläubiger enthält das Gesetz über Einziehung von staatsfeindlichen Vermögen eine entsprechende Billigkeitsvorschrift).

Im Rahmen der Betrachtungen über den ständischen Aufbau ist nicht zuletzt der Aufbau im **Handwerk** zu nennen. Bedeutung und historischen Weg des Handwerks haben wir bereits im Band 1933 (Seite 242) behandelt, ebenso seinen beginnenden Aufbau im Jahre 1933. Dieser Aufbau fand im neuen Jahre seine organische Fortsetzung. Bereits im Anfang des Jahres (26. Januar) wurde der alte Kämpfer Pg. **Schmidt** aus Wiesbaden als **Reichshandwerksführer** eingesetzt — ebenso erfolgte später die Einsetzung von 13 Landeshandwerksführern. Am 2. März fand der **Erste Reichskongreß der Handwerks- und Gewerbekammern** in Kassel statt. Am 16. April folgte die bisher größte **Kundgebung des Handwerks** in **Stuttgart**, wo 100000 Handwerker aufmarschierten und Pg. Schmidt seine Rede über die Aufgaben des Handwerks zur Durchführung des deutschen Sozialismus mit den Worten schloß:

Handwerk

Reichshandwerksführer Schmidt

Erster Reichskongreß der Handwerks- und Gewerbekammern

Kundgebung des Handwerks in Stuttgart

> „Ich erwarte den Tag, an dem ich Adolf Hitler die Meldung erstatten kann: Mein Führer, der deutsche Sozialismus in einer nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung ist im deutschen Handwerk praktisch verwirklicht und eingeführt."

Und am 15. Juni schuf die „**Erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks**" die erforderlichen Rechtsgrundlagen für die ständische Organisation des Handwerks. Sie gab den vorläufigen Aufbau: Reichshandwerksführer, die Landeshandwerksführer (13 Treuhänderbezirke), die Handwerkskammern, die Kreishandwerkerschaften, die Pflichtinnungen. Neben der Standesgliederung läuft die fachliche Gliederung — Reichsfachverband und Landesfachverbände, die ebenfalls dem Reichshandwerksführer unterstellt sind. Die Verordnung schafft außerdem eine Ehrengerichtsbarkeit, deren Hauptziel es — in Verbindung mit der Pflichtorganisation — sein muß, den Stand als solchen zu heben.

Erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks

Der Aufstieg des Handwerks im Rahmen der Volksgemeinschaft und seine starke kulturelle Bedeutung, die wir bereits im Bande 1933 eingehender beleuchtet haben, fand im Juli seinen symbolischen Ausdruck in der Verleihung der **Hindenburg-Kette des Deutschen Handwerks** (im Reichspräsidenten-Palais) an den Reichshandwerksführer.

Hindenburg-Kette des Deutschen Handwerks

In diesem Zusammenhang muß auch noch der Einbau des Handwerks in die gewerbliche Wirtschaft und in die Deutsche Arbeitsfront erwähnt werden: Am 13. März wurde der Reichsstand des Handwerks **Hauptwirtschaftsgruppe VIII der vorläufigen Organisation der gewerblichen Wirtschaft** unter Leitung des Reichs-

Einbau des Handwerks in die gewerbliche Wirtschaft und die Deutsche Arbeitsfront

Handwerksführers Schmidt. Am 6. Juni wurde Pg. Schmidt zum Führer der Reichsbetriebsgemeinschaft 18 in der Deutschen Arbeitsfront ernannt. Durch Personalunion wurde so eine einheitliche Führung des gesamten Handwerks geschaffen.

Wirtschaftliche Förderung des Handwerks

Aber nicht nur organisatorisch erfuhr das Handwerk eine energische Förderung, sondern auch wirtschaftlich. Und es sei hier erinnert an: die Arbeitsbeschaffungsaktion (Instandsetzungsaktion usw.), Siedlungsbauten, die allgemeine Wirtschaftsbelebung überhaupt, die Zurückdrängung handwerksschädlicher Einrichtungen (Warenhäuser, Gefängnisarbeit usw.), Schaffung von Lieferungsgenossenschaften zur Ausführung von Großaufträgen usw.

Tag des Handwerks

Und als am 29. Oktober in Braunschweig der Tag des Handwerks stattfand, als sich gleichzeitig im ganzen Reiche die Handwerksmeister, Gesellen und Lehrlinge in mehr als 18000 Versammlungen zusammenfanden, verlas der Reichshandwerksführer Schmidt die Botschaft des Führers:

„Dem deutschen Handwerk spreche ich zum heutigen Tage meine herzlichsten Grüße und Wünsche aus.

Der alljährliche Tag des Handwerks soll das deutsche Volk an die Bedeutung und Aufgabe des Handwerks erinnern und dieses selbst, Meister, Gesellen und Lehrlinge, zur höchsten Pflichterfüllung für Volk und Vaterland mahnen. Der Schutz und die Förderung des Reiches werden hierbei dem deutschen Handwerk nicht fehlen.“ —

Wenn der nationalsozialistische Staat bereit ist, weitgehendst zu fördern (wie dies am Beispiel des Handwerks zu sehen ist), so ist er aber auch auf der anderen Seite bereit, rücksichtslos einzugreifen, wenn asoziale Elemente die Gemeinschaft zu schädigen versuchen. Dies zeigte sich sehr deutlich an einem Beispiel des Jahresendes:

Erlaß gegen Preistreibereien

Als sich da und dort Preissteigerungen bemerkbar machten, für die ein zwingender Grund nicht vorlag, richtete Ministerpräsident Pg. Göring am 1. November an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten einen Erlaß gegen Preistreibereien. In diesem Erlaß wird anbefohlen, gegen nicht vom Staat genehmigte Preiserhöhungen in schärfster Form einzuschreiten. Es bestände für die Händler kein Anlaß, irgendein Risiko einzukalkulieren — und in einer Zeit, da alle Volksgenossen Opfer für die Volksgemeinschaft brächten, sei es ein Verbrechen, privatkapitalistischen Profit über das Allgemeinwohl zu stellen. Am 5. November folgte ein „Gesetz über Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung“ mit folgendem Wortlaut:

Gesetz über die Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung

§ 1

Bis zum 1. Juli 1935 werden die durch das Gesetz über die Uebertragung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 15. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I, S. 490) dem

Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft übertragenen Aufgaben und Befugnisse durch einen Reichskommissar für Preisüberwachung ausgeübt.

Die Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich auch auf Preise von Körperschaften des öffentlichen Rechts und von Verbänden, deren Bildung in Gesetzen oder Verordnungen angeordnet ist oder die auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung gebildet sind.

§ 2

Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird vom Reichskanzler ernannt. Er untersteht dem Reichskanzler und hat seinen Sitz in Berlin.

Zum Reichskommissar für Preisüberwachung wurde der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ernannt, der am 10. November über seine neue Aufgabe ausführte, er werde die Preisüberwachung nach vernünftigen wirtschaftlichen Gesetzen durchführen, werde in jedem Falle aber rücksichtslos vorgehen gegen jene, die Gesetze mißachten und der Gesamtheit Schaden zufügen. Gegen eine Preissteigerung auf dem Gebiete des Luxusbedarfs sei nichts einzuwenden, anders aber sei es bei Gegenständen der Deckung des täglichen Bedarfs. Gleichzeitig wandte er sich gegen Preisbindungen. Er erklärte sie nur dann als tragbar, wenn sie Vorteil für die Gesamtheit bedeuten. Dr. Goerdeler Preiskommissar

Und so ist und bleibt der Grundsatz auch der Wirtschaftspolitik: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Die NSDAP formt den Staat

Die Grundsätze der NSDAP mußten in immer stärkerem Maße im Staatsleben Verwirklichung finden. Der Förderung dieser Entwicklungslinie diente eine Anordnung des Führers, die am 27. Juli von der Reichspressestelle der NSDAP in folgendem Wortlaut bekanntgegeben wurde: NSDAP und Gesetzgebung

„Der Führer hat in seiner Eigenschaft als Reichskanzler zur weiteren Vereinheitlichung von Partei und Staat angeordnet, daß die Partei mehr noch als bisher dadurch zur gesetzgeberischen Arbeit herangezogen wird, daß der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, oder von ihm bestimmte Referenten das Recht erhalten, an der Bearbeitung von Gesetzentwürfen sämtlicher Reichsressorts teilzunehmen."

Der Stellvertreter des Führers und sein Stab wurden so zu wesentlichen Faktoren bei der staatlichen Gesetzesgestaltung. (Neben dem genannten Stab des Stellvertreters des Führers sei hier auch an den „Verbindungsstab" erinnert, der ebenfalls Pg. Heß untersteht Stab des Stellvertreters des Führers Verbindungsstab

und der die „Verbindung" zwischen Partei und Staat darstellt, indem alle Wünsche der Parteidienststellen an die obersten Regierungsstellen und ebenso alle Wünsche der Regierungsstellen an die Partei über diesen Stab laufen.) Die Verbindung von Partei und Staat kam auch in einer Gleichstellung der obersten NSDAP-Dienststellen mit den obersten Reichsbehörden zum Ausdruck, wie sie bereits in einer Meldung vom 17. Februar (V.B.) ausgesprochen worden war:

Gleichstellung der obersten NSDAP-Dienststellen mit den obersten Reichsbehörden

„Reichsjustizminister Dr. Gürtner gibt in einem Rundschreiben an die Landesregierungen, in dem er sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit Auskunft aus den Strafregistern über Verurteilungen zu geben ist, die der beschränkten Auskunft unterliegen, der Auffassung Ausdruck, daß die obersten Stellen der Parteileitung der NSDAP (die Reichsleitung und der Verbindungsstab) den obersten Reichsbehörden gleichzustellen sind und daher schon jetzt ein Recht auf unbeschränkte Auskunft haben..."

Einbau der Nebenorganisationen in die NSDAP

Auch die Verbindung all der nach der nationalsozialistischen Revolution geschaffenen Organisationen mit der NSDAP wurde immer fester gefügt. Eine Anordnung vom 28. März besagte, daß die einzelnen Aemter dieser Organisationen als Abteilungen der entsprechenden Aemter in der NSDAP zu gelten haben. So erfolgte organisatorisch der Einbau der großen Nebenorganisationen (Deutsche Arbeitsfront, Reichsbund der Beamten, Deutscher Gemeindetag usw.) in die NSDAP. — Am vorhergehenden Tage (27. März) war eine Vereinbarung mit dem „Stahlhelm" zustande gekommen, die seine Umgründung in den „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)" bewirkte. — Und am 19. Juli wurde die Anordnung betreffend den Einbau der Nebenorganisationen durch eine Verfügung des Stellvertreters des Führers erhärtet, in der es heißt:

Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm)

„Die Deutsche Arbeitsfront ist durch einen revolutionären Akt der Partei geschaffen worden; mit der Führung ist der Stabsleiter der PO, Dr. R. Ley, beauftragt.

Laut Dienstbuch der Deutschen Arbeitsfront sind alle Aemter der Deutschen Arbeitsfront Abteilungen der entsprechenden Aemter der PO: zum Beispiel ist das Organisationsamt der DAF eine Abteilung des Organisationsamtes der PO, das Personalamt der DAF eine Abteilung des Personalamtes der PO usw...."

Reichsschatzmeister Schwarz Generalbevollmächtigter in vermögensrechtlichen Angelegenheiten

Am 23. März war Reichsleiter Schwarz, der Reichsschatzmeister der NSDAP, durch eine Verordnung des Führers zu seinem Generalbevollmächtigten in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten der NSDAP und der angeschlossenen Verbände ernannt worden. —

Staatssekretär Bouhler

Am 28. September wurde der Reichsleiter Pg. Philipp Bouhler, der langjährige Reichsgeschäftsführer der NSDAP, vom Führer

und Reichskanzler in die Reichskanzlei berufen (und einige Zeit später zum Staatssekretär ernannt). Damit war auch zwischen NSDAP und Reichskanzlei eine sichere Verbindung geschaffen.

Das Wort „Führer" einmalig

Die immer stärkere organisatorische Geschlossenheit aller Gliederungen unter Führung Adolf Hitlers fand ihren sprachlichen Ausdruck auch in der Beseitigung des Wortes „Führer" aus allen Dienststellen. Nur der Führer Adolf Hitler selbst kann zu Recht diese Bezeichnung tragen, wie es in einer Anordnung des Pg. Dr. Ley vom 15. Oktober zum Ausdruck kam:

> „Die Bezeichnung „Der Führer" war für uns Nationalsozialisten immer ein unantastbarer Begriff.
>
> Heute ist der Führer der NSDAP der Führer des gesamten Volkes, und damit ist dieser Begriff staats- und weltpolitisch eindeutig festgelegt.
>
> Ich ordne daher für die Oberste Leitung der PO an, daß kein Politischer Leiter, ganz gleich in welcher Stellung innerhalb der Partei oder einer der angeschlossenen Organisationen er tätig ist, das Wort „Führer", auch nicht in Verbindung mit einem anderen Wort, für sich verwenden darf.
>
> Für die Deutsche Arbeitsfront ordne ich an, daß ab sofort für meine Person die Bezeichnung „Führer der Deutschen Arbeitsfront" nicht mehr gebraucht werden darf....."

Laut Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 10. November kamen übrigens auch die Worte „Oberste Leitung der PO" und „Stabsleiter der PO" in Fortfall und wurden durch die Bezeichnungen „Reichsorganisationsamt" und „Reichsleiter für das Reichsorganisationsamt" ersetzt. —

Gemeinschaftsschulen der NSDAP

In besonders starkem Maße aber kam die Einheit aller nationalsozialistischen Gliederungen zum Ausdruck, als auf Anregung des Reichsleiters Pg. Alfred Rosenberg (dessen weltanschauliche und schulungsmäßige Gesamtbeauftragung am 24. Januar wir bereits im 2. Abschnitt behandelten) folgende gemeinsame Kundgebung erfolgte:

> „Wir stimmen dem Ersuchen des Beauftragten des Führers für die Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung und Schulung der NSDAP, Pg. Alfred Rosenberg, bei, zweimal im Jahre Gemeinschaftsschulen aller Gliederungen der NSDAP einzurichten, um durch diese gemeinsame Arbeit die weltanschauliche und staatspolitische Einheit der NSDAP und die Unerschütterlichkeit des nationalsozialistischen Wollens zu dokumentieren."
>
> Berlin, im Juli 1934.
>
> gez. R. Walther Darré, Reichsbauernführer, Reichsminister.
> gez. Konstantin Hierl, Reichsführer des Arbeitsdienstes, Staatssekretär.
> gez. Heinrich Himmler, Reichsführer der SS.
> gez. Dr. Robert Ley, Stabsleiter der PO.
> gez. Viktor Lutze, Stabschef der SA.
> gez. Baldur von Schirach, Jugendführer des Deutschen Reiches.

Daß die Partei als die große Erzieherin des deutschen Volkes auf allen Gebieten ihrer eigenen Aufgabe Geltung verschaffte, zeigte sich auch in der Studentenschaft: Der Reichserziehungsminister **Rust** richtete am 14. November an den Reichsführer der Studentenschaft, Pg. **Feickert**, ein Schreiben mit folgendem Inhalt:

NS-Studentenbund mit der politischen und weltanschaulichen Erziehung der Studenten beauftragt

„Der Führer und Reichskanzler hat meinem Vorschlage einer Aenderung der studentischen Verfassung zugestimmt, die die Deutsche Studentenschaft als Gesamtvertretung der Studierenden von der bisherigen Mitverantwortung für die politisch-weltanschauliche Schulung und Erziehung entbindet und diese Aufgaben dem Nationalsozialistischen Studentenbund ausschließlich und alleinverantwortlich überläßt. Es soll damit die von mir erstrebte Schaffung einer einheitlichen weltanschaulichen und politischen Autorität für den Studenten erreicht werden. Im Hinblick auf diese kommende Neuordnung ersuche ich Sie, bereits jetzt die Führung und Richtunggebung der gesamten studentischen Erziehung, insbesondere die Lösung der Kameradschaftshaus-Frage, dem NSStB zu überlassen."

Damit war dem **NS-Studentenbund** die gesamte **politische und weltanschauliche Erziehung** in die Hand gegeben. (Die am Ende des 11. Abschnitts geschilderte Entwicklung hatte ihre Fortsetzung mit der Ernennung des Pg. **Derichsweiler** zum NS-Studentenbundsführer am 30. Juli gefunden. Gleichzeitig war die bisherige Organisation des NSDStB geändert, der Organisation der PO angeglichen, und der NS-Studentenbund — „unbeschadet seiner direkten Unterstellung unter den Stellvertreter des Führers" — in die PO und ihre Gaue eingegliedert worden.)

Pg. Derichsweiler NS-Studentenbundsführer

Es seien bei dieser Gelegenheit die im 11. Abschnitt angeschnittenen Erziehungsfragen chronologisch zu Ende geführt: Am 14. Dezember bestimmte ein „**Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung der Hochschullehrer**" u. a.:

Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung der Hochschullehrer

„Die beamteten Hochschullehrer des Deutschen Reiches werden zum Schluß des Semesters, in dem sie ihr 65. Lebensjahr vollenden, kraft Gesetzes von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden....

Die beamteten Hochschullehrer des Deutschen Reiches können auf einen ihrem Fachgebiet entsprechenden Lehrstuhl einer anderen deutschen Hochschule versetzt werden, wenn es das Reichsinteresse im Hinblick auf den Neuaufbau des deutschen Hochschulwesens erfordert...."

Dieses Gesetz, das nur ein Uebergangsgesetz war, diente dem Kampf gegen die Ueberalterung an den Hochschulen und die willkürliche Treibhausentwicklung einzelner Hochschulen bzw. einzelner Fakultäten dieser Hochschulen. Es diente damit gleichzeitig der Förderung eines guten akademischen Nachwuchses.

Der Nationalsozialismus hat **überhaupt** der Wissenschaft jede notwendige und mögliche Förderung angedeihen lassen. Und wenn liberale Kreise die „**Freiheit der Wissenschaft**" als vom nationalsozialistischen Staat bedroht hinstellten, so haben wir demgegenüber

Intellektuelle Widerstände

die völkische Pflicht, unmißverständlich festzustellen, daß allerdings ein Mißbrauch dieser Freiheit nicht mehr geduldet wird. Wenn es im verflossenen System möglich war, daß Landesverräter (wie ein Professor Gumbel in Heidelberg) als Dozenten lehren durften, so war das jetzt natürlich ein für allemal vorbei. Und wenn im Jahre 1934 ein Professor Dr. Leisegang die reaktionäre Frechheit und niederträchtige Unverschämtheit besaß, bei der Rundfunkübertragung der Beisetzungsfeierlichkeiten im Tannenberg-Denkmal zu erklären, es sei eine „Herabwürdigung Hindenburgs", daß ein „Gefreiter" dem Generalfeldmarschall die Grabrede halte, so wanderte er dafür mit vollem Recht auf sechs Monate ins Gefängnis. — So wenig also der Nationalsozialismus irgendeine destruktive Tätigkeit dulden konnte — so sehr hat er die Wissenschaft durch Leistungen gefördert, und es sei hier als Beispiel angeführt: Im Februar wurde das Neurologische Institut der Universität Breslau als einzig in der Welt dastehende Forschungsstätte ihrer Bestimmung übergeben. Ende Juni billigte Reichsminister Rust die von Professor Stark vorgelegten Pläne für einen Neubau der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in der Nähe von München mit 50 großen Instituten, 300 Laboratorien, 600 wissenschaftlichen und 600 technischen Hilfskräften. Der preußische Staatshaushaltsplan für 1934 sah umfangreiche Neubauten der wissenschaftlichen Institute in Königsberg, Greifswald, Breslau, Göttingen, Marburg, Hannover, Potsdam und Kassel vor. Die bayerische Regierung kündigte am 3. September in Nürnberg einen Fünfjahresplan für die Instandsetzung alter Kulturstätten an und nahm einen Neubau der Universitätsfrauenklinik in Würzburg mit einem Kostenaufwand von 3 Millionen RM. vor. —

Förderung der Wissenschaft

Die nationalsozialistischen Jugenderziehungsmaßnahmen führten zu unumstrittenen Erfolgen (so z. B. das bereits im 11. Abschnitt behandelte Landjahr!). Ein Erlaß des Reichserziehungsministers vom 31. Oktober schuf an Stelle des Elternbeirats die „Schulgemeinde", die sich aus sämtlichen Lehrern der Schule, den Eltern der Schüler und Beauftragten der HJ zusammensetzt. Damit erfuhr die Zusammenarbeit von Schule, Eltern und Hitlerjugend eine förderliche Neuregelung, wobei die Aufgaben der „Schulgemeinde" folgendermaßen umrissen wurden:

Schulgemeinde

> Die Erziehungsziele des neuen Staates sind darzustellen und dem Verständnis der Allgemeinheit zu erschließen. Hier sind staatliche Familienfürsorge, Rassefragen, Erblehre, Erbgesundheitspflege, Körperzucht, Arbeitsdienst und Jugendbund zu behandeln!
>
> Die freiwillige Mithilfe bei der Verbesserung von Schuleinrichtungen ist zu fördern!

Durch Veranstaltungen, wie Vortrags- und Lichtbilderabende, Schulausstellungen, Sportfeste, Schul- und Volksfeiern, Wanderungen ist die Gemeinschaft aller Erziehungsbeteiligten zu pflegen.

Erziehungskundliche Fragen sollen in der Schulgemeinde besprochen und mit Verständnis nahegebracht werden. Dabei ist kein Tätigkeitsfeld ausgeschlossen, das dem Gedeihen der völkischen Erziehung in Haus, Schule und Jugendbund dienen kann....

Nationalsozialistisches Gedankengut drang überall in die Erziehung ein, nationalsozialistische Grundsätze setzten sich im Staatsleben durch — die NSDAP formt den Staat.

Rede Rosenberg über den Ordensstaat

Aus den zahlreichen bedeutenden Reden Alfred Rosenbergs, die er im Jahre 1934 gehalten hat, sei herausgegriffen die Rede über den deutschen Ordensstaat. An geschichtlich geweihter Stätte, in der Marienburg der Deutschordensritter, sagte Rosenberg am 30. Mai:

„... Und da zeigt sich als das zweite Wunder unserer großen Zeit, daß außerhalb der alten Begriffe von Monarchie und Republik Deutschland hineinwächst in eine ganz neue Form, die wir heute in der Marienburg zugleich als uralt empfinden, in die Form eines deutschen Ordensstaates. Und das bedeutet, daß die nationalsozialistische Bewegung entschlossen ist, aus der Gesamtheit der 70 Millionen einen Kern von Menschen auszulesen und zusammenzufügen, der die besondere Aufgabe der Staatsführung übertragen erhält, dessen Mitglieder in die Gedanken einer organischen Politik von Jugend an hineinwachsen, sich in der Form der politischen Partei erproben, dann gemeinsam das anstreben, was restlos zu verwirklichen auf Erden zwar nicht in allen Einzelfällen möglich ist, was aber trotzdem unverrückbares Ziel der Gesamtheit bleiben muß:

Autorität und Volksnähe als identisch zu empfangen und Leben und Staat demgemäß zu gestalten."

— und schloß mit den Worten:

„So sehen wir heute, umwittert von den großen Geistern der Marienburg, das deutsche Schicksal sich gestalten in der Ueberzeugung, daß nicht der nüchterne Doktrinär das Leben bilden kann, sondern daß der blutechte große Träumer zugleich auch der lebensnaheste Tatsachenmensch sein kann, und daß das große Glück, einen großen Träumer und einen Tatmenschen als Führer zu sehen, nicht unbenutzt am heutigen Geschlecht vorüberziehen darf, sondern daß dieser seltene Segen von der deutschen Nation mit aller Herzenskraft ausgewertet wird, so daß der Seher die Möglichkeit einer Staatsgestaltung erhält, die, gefestigt in der Form, unerschütterlich in ihrem Weltanschauungskern, immer wieder die politische Führerauslese aus dem deutschen Volke erzieht und damit endlich einmal der jahrhundertealten Sehnsucht nach einem tausendjährigen Reich deutscher Nation als Ergebnis der großen Träumer unserer Geschichte die Erfüllung schenkt." —

Die Kraft, die „die Möglichkeit einer Staatsgestaltung" schafft, welche „gefestigt in der Form, unerschütterlich in ihrem Wesenskern, immer wieder die politische Führerauslese aus dem deutschen Volke erzieht", — ist nach dem Willen des Führers die nationalsozialistische Bewegung, die NSDAP, die sich im Jahre 1934 am wuchtigsten

und geschlossensten beim Reichsparteitag in Nürnberg vom 4. bis 10. September manifestierte. Weg und Aufbau der NSDAP (siehe Band 1933, Seite 202) stehen in der Geschichte politischer Bewegungen einzig da. Und als diese in der ganzen Welt in ihrer Vielgestaltigkeit und Konzentration einmalige Organisation im September erneut zu einem Reichsparteitag antrat, waren nicht nur die Augen des deutschen Volkes, sondern auch die des Auslandes auf Nürnberg gerichtet. Es muß vorausgeschickt werden, daß die Mauern der ehrwürdigen Stadt der Reichsparteitage nicht ausgereicht haben würden, auch nur annähernd sämtliche nationalsozialistischen Gliederungen zu fassen; nur Abordnungen aller Gliederungen wurden entsandt — und dennoch marschierten unübersehbare Heerscharen nationalsozialistischer Streiter in Nürnberg auf. — Die Presse nicht nur des Reiches — die gesamte Weltpresse war vertreten. Und nicht nur die Deutschen aus dem Reiche kamen. Deutsche Volksgenossen aus aller Welt, Auslandsdeutsche aus den verschiedensten Staaten der Erde kamen zu dieser größten Kundgebung des im Nationalsozialismus geeinten Deutschtums — 300 Mitglieder der „Auslandsorganisation der NSDAP" unter Gauleiter Pg. Bohle, über deren Aufgaben der Pressereferent Pg. Zeberer am 19. Februar in der NSK geschrieben hatte:

6. Reichsparteitag der NSDAP

Auslandsorganisation der NSDAP

„Die Aufgabe der Auslandsorganisation der NSDAP geht über den Rahmen kultureller, geselliger und ähnlicher Ziele weit hinaus: Sie will erreichen, daß der Deutsche im Ausland sich genau so in die Volksgemeinschaft eingliedert, wie es für den Volksgenossen in der Heimat selbstverständlich ist. Diese Geschlossenheit setzt natürlich die Beseitigung von Vorurteilen, des Standesdünkels, sozialer oder gesellschaftlicher Klassenunterschiede und ähnlicher im neuen Deutschland abgeschaffter Spaltungen und den glühenden Willen zur Besinnung auf die nationale Zusammengehörigkeit aller Reichsdeutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen voraus. Die Auslandsorganisation der NSDAP hat sich zum Ziele gesetzt, unermüdlich dafür zu arbeiten, daß der Zusammenschluß der Deutschen im Auslande im Geiste unbedingter Volksgemeinschaft dahin führt, daß der Deutsche im Auslande eben nicht nur seiner wirtschaftlichen oder kulturellen Tätigkeit wegen, sondern als Angehöriger des nationalbewußten neuen Deutschlands diejenige Achtung genießt, die unter nationalbewußten Völkern eine Selbstverständlichkeit ist." —

Es ist unmöglich, im Rahmen unseres Buches sämtliche Veranstaltungen des gewaltigen 6. Reichsparteitages der NSDAP auch nur anzuführen. Folgende wichtigen Augenblicke seien festgehalten, die dem Geist und der Kraft dieser leuchtenden Tage lebendigen Ausdruck verliehen:

Am 5. September eröffnete der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Pg. Rudolf Heß, den Kongreß des Reichsparteitages und erklärte:

Eröffnung des Kongresses — Rede Heß

„... Dieser Parteitag ist der erste unter der unumschränkten Herrschaft des Nationalsozialismus. Er steht im Zeichen Adolf Hitlers als oberstem und alleinigem Führer der Deutschen, im Zeichen des „Führers" als staatsrechtlich verankerter Begriff. Die Vereidigung der gesamten Wehrmacht und Beamtenschaft Deutschlands auf den Führer gibt der völligen Machtergreifung des Nationalsozialismus geschichtlichen Ausdruck.

Die Parteitage der NSDAP sind deutsche Geschichte. Sie sind Meilensteine am Wege des deutschen Wiederaufstieges. Das politische Konzil von Nürnberg ist ein kraftvoller Beweis für die Macht, die die politische Vertretung des deutschen Volkes darstellt..."

Am Schluß seiner Eröffnungsrede wandte er sich an den Führer Adolf Hitler und sprach:

„Mein Führer!

Um Sie stehen die Fahnen und Standarten dieses Nationalsozialismus — der siegreichen Freiheitsbewegung Deutschlands. Wenn ihr Tuch einst morsch sein wird, wenn spätere Generationen in heiliger Verehrung die Siegeszeichen grüßen — erst dann werden die Menschen ganz fähig sein, rückblickend die Größe unserer Zeit zu verstehen und zu begreifen, was Sie, mein Führer, für Deutschland bedeuten.

Mein Führer!

Sie gaben Millionen Menschen die Arbeit wieder. Sie gaben Deutschland den inneren Frieden wieder. Sie stellten die verlorene Ehre der Nation wieder her. Sie haben den Deutschen wieder den Glauben an sich selbst gegeben. Sie gaben den Deutschen neue Grundlagen für ihre Zukunft.

Ihnen, mein Führer, danken Deutschlands Männer, daß wieder Mannestugenden die Mannesehre bilden. Es danken Ihnen die Frauen, daß sie wieder stolz sein dürfen als Mütter, daß sie wieder geachtet — und in ihrer fraulichen Würde verehrt — und in voller Verantwortung auf ihren eigenen Lebensbezirken, die Natur und volkliche Gemeinschaft ihnen bestimmt, frei wirken können.

Es dankt Ihnen die Jugend, daß sie sich freudig wieder zu jenen Idealen bekennen kann, für die nach ihrem eigenen Empfinden zu leben und zu opfern sich lohnt.

Der Bauer dankt Ihnen die Sicherung seiner Scholle, der Arbeiter der Hand seine gleichberechtigte und gleichgeachtete Stellung als vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft. Der Arbeiter der Stirn, der Gelehrte, der Künstler, sie danken Ihnen, daß sie wieder schaffen können im Geiste ihres Volkes und für ihr Volk.

Sie haben den Opfertod der Millionen deutscher Soldaten des großen Krieges in eine lebendige Sinngebung für das deutsche Volk verwandelt. Sie errichteten die Volksgemeinschaft auf jenen Idealen, für die unsere gefallenen Frontkameraden starben.

Sie kennen den Krieg — Sie erhalten den Frieden.

Sie haben ein geschlagenes Volk aufgerichtet. Ihre Stärke gab dem Volk neuen Glauben — des Volkes Glaube macht Sie stark.

Sie sind Deutschland: Wenn Sie handeln, handelt die Nation — wenn Sie richten — richtet das Volk!

Unser Dank ist das Gelöbnis, in guten Tagen und in bösen Tagen zu Ihnen zu stehen! Zu Ihnen zu stehen, komme, was da wolle! So wie die alten Kämpfer der Bewegung zu Ihnen standen im Ringen um die Macht, gleich, ob gute oder böse Tage kamen! Dank Ihrer Führung erreichte die Bewegung ihr Ziel: Deutschland zu werden.

Dank Ihrer Führung wird Deutschland sein Ziel erreichen: Heimat zu sein für ein freies Volk der nationalen Selbstbehauptung und der sozialen Gerechtigkeit, — Heimat zu sein für alle Deutschen der Welt!

Unter den alten und neuen Fahnen marschieren wir diesem Ziel entgegen nach Ihrem Willen — Ihr Wille ist uns Befehl!

Sie waren uns der Garant des Sieges. Sie sind uns der Garant des Friedens. Dem Führer — Sieg Heil!"

Gauleiter Adolf Wagner verlas die Proklamation des Führers, die Leistung, Weg und Ziel der nationalsozialistischen Aufbauarbeit in einzigartiger Weise umriß und in welcher der eindeutige Satz enthalten ist: „In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt!" Proklamation des Führers

Die Proklamation zeichnete die Aufgabe des kommenden Jahres:

Es wird die Aufgabe des kommenden Jahres sein:

1. Die innere Ordnung der Partei und ihrer Gliederungen weiter fortzuführen. Es wird unsere Aufgabe sein, die Organisation der alten Kämpfer, der politischen Gliederungen, der SA und SS in eine einzige verschworene Gemeinschaft zu verwandeln, an die jeder stoßen soll, der es wagt, an unseren Staat zu rühren.

2. Wir wollen diese Gemeinschaft säubern von allen, die nicht in bedingungslosem Gehorsam, in unerschütterlicher Treue und Loyalität zu ihr gehören wollen, von allen, die nicht das äußere Lippenbekenntnis einer nationalsozialistischen Idee gewillt sind, in ein inneres Glaubensbekenntnis zu verwandeln.

3. Wir wollen einen neuen Angriff mobilisieren zur Gewinnung jener Volksgenossen, die dem Blute nach zu uns gehören und vielleicht nur aus Verblendung oder Unwissenheit noch nicht den Weg zur Bewegung gefunden haben. Wir wollen aber auch Front machen gegen jene, die glauben, daß die Zeit gekommen wäre, ihre alte Tätigkeit der Zerstörung und Unterminierung wieder aufnehmen zu können. Die Faust des nationalsozialistischen Staates wird sie treffen, wer immer sie auch sein mögen!

4. Wir wollen alles tun, um den Glauben und das Vertrauen unseres Volkes immer mehr zu stärken und zu festigen, und um es damit immer mehr fähig zu machen, die Größe seiner Zeit zu erkennen und an ihr die Größe der nötigen Opfer zu ermessen, um so dem Volk und Reich zu geben, was des Volkes und des Reiches ist.

Und wir wollen endlich

5. in diesem kommenden Jahr die Beharrlichkeit erwecken, um unser Volk immer mehr in den Besitz einer Tugend zu bringen, die mehr wert ist, als aufflammende Erkenntnis, schwankender Intellektualismus oder irrlichterndes Talent. Sichere Nerven und eiserne Zähigkeit sind die besten Garanten für die Erfolge auf dieser Welt.

Tausend Jahre Leben unseres Volkes liegen hinter uns. Diese ehrwürdige Stadt ist Zeuge von vielen Jahrhunderten deutschen Schaffens und deutscher Kultur. Unser Auge und unser Glaube reichen fern in die Zukunft. Unser Wille ist es, daß unser Glied der Geschlechterkette, die die Vergangenheit mit der Zukunft verbindet, hart sein möge, auf daß diese nicht an uns zerbricht. Die Nachwelt soll dereinst von uns sagen:

Niemals war die deutsche Nation stärker und nie ihre Zukunft gesicherter als in der Zeit, da das alte Heilszeichen der

germanischen Völker in Deutschland neu verjüngt Symbol des Dritten Reiches wurde!

Es lebe unser deutsches Volk, es lebe die Nationalsozialistische Partei und unser Reich!

Der Kongreß war eröffnet. Die führenden Männer der Partei sprachen hier über die ausschlaggebenden Fragen der Staats- und Volksgestaltung. Zahlreiche Sondertagungen der verschiedensten Sondergebiete und Spezialgliederungen gaben Aufschluß über den Stand der Arbeit und ihre Zielsetzungen. Eine machtvolle Zusammenfassung aller Lebensfragen der Nation, Zusammenfassung von Geist, Energie und Leistung des Nationalsozialismus — das war das Bild der Tagungen in Nürnberg. —

Rede des Führers in der Kulturtagung

Am Nachmittag fand die **Kulturtagung** statt, wo der Führer seine große weltanschauliche Kulturrede hielt:

„Die Natur liebt es, lange Zeiträume einer ruhigen Entwicklung abzulösen durch Perioden vulkanischer Unruhe und stürmischer Umwälzungen. Sie sind dann wohl auch der Abschluß eines Zeitalters und gemäß der Ewigkeit des Seins der Beginn eines neuen. Dem prüfenden Blick wird das Gesamt- und Schlußbild einer Entwicklung von Jahrmillionen oft erst bewußt durch die Katastrophe seiner Vernichtung.

Tod und Zeugung sind die Fanfarenstöße in der ewiggleichen Melodie des Lebens.

Der Aufstieg und das Wirken der Menschheit erscheint der rückblickenden Betrachtung in den Zeitläuften ihrer ruhigen aufbauenden Entwicklung nicht nur weniger interessant, sondern auch konkret weniger faßlich und übersehbar zu sein als in den Jahrzehnten und Jahrhunderten ihrer Krisen. Die Weltgeschichte ist auch heute noch immer viel weniger eine Darstellung des normalen Verlaufs und Ablaufs des Lebens der Völker, als vielmehr eine Behandlung ihrer kritischen Jahre. Friede und Krieg ist die natürliche Wechselfolge im Völkerleben. Der Krieg aber beherrscht die geschichtliche Erinnerung. Hundert Jahre stiller segensreicher Aufbauarbeit finden leider oft nicht einmal soviel Blätter im Buche der Weltgeschichte als zehn Jahre Kampf. In diesem Universum scheinen die Katastrophen Meilensteine zu sein, an denen man allein den zurückgelegten Weg sehen und messen kann.

Uns hat das Schicksal bestimmt, in der Mitte oder am Ende einer solchen Umwälzung zu leben.

Seit einigen Jahrhunderten ist die Beschaulichkeit einer in festen Traditionen erhärteten menschlichen Gesellschaftsordnung gestört und diese ins Wanken geraten. Was sich an Spannungen in dieser Ordnung im Laufe von Jahrhunderten schon durch zahlreiche Beben ankündigte, erfuhr in der französischen Revolution seinen ersten elementaren Ausbruch. Eine fast tausendjährige Ideenwelt und Ordnung der Gesellschaft wurde bis in ihre innersten Fundamente hinein erschüttert. Seitdem ist Unrast über die Erde gekommen. Fast scheint es, als ob die heutige nervöse Hast einer bis damals geruhsameren Menschheitsentwicklung im Zusammenhang stünde mit dem zunehmenden Grollen einer unruhig gewordenen Natur.

In stürmischer Ungeduld versucht seit dieser Zeitwende der Mensch die Geheimnisse der Welt und seines eigenen Seins aufzudecken. Kontinente sind erschlossen worden. In die Höhe, Breite und Tiefe begann

der menschliche Vorstoß. In die Eisfelder der Arktis wie in die Zonen der tropischen Wüsten und Wälder, über alle Meere hinweg, hinauf zu den Gipfeln ewiger Bergriesen wagt sich sein Forschungsdrang, seine Neugierde und seine Habsucht!

Die Erde wurde klein und kleiner.

In den Dienst dieser verwegenen Jagd stellt eine plötzlich wie durch Zaubermacht entfesselte Genialität Erfindungen und Entdeckungen in einer Zahl und Kühnheit, der Jahrtausende vorher nichts Vergleichbares zur Seite stellen können. Die Großmacht der Physik und der Technik kommt und reicht im Vorbeiziehen ihre Hand der nicht weniger großen Chemie. Die sich dauernd weitende Weltkenntnis erlaubt, die Schätze des Erdballs zu mobilisieren für einen Aufstieg der Menschheit, der in seinem Tempo fast beängstigend wirkt....

Tausendjährige Vorstellungen verblassen vor neuen Ideen.

Das christliche Zeitalter muß Kompromisse suchen mit den Theorien einer liberalen Demokratie und findet sie.

Eine patriarchalische Gesellschaftsordnung wird zutiefst ausgerissen; wirtschaftlich, kulturell und politisch strömen Ideen in die Völker, die negieren, was vordem unantastbar, ja heilig schien, und proklamieren, was eine tausendjährige Vergangenheit mit tiefstem Abscheu verfolgte! Kaleidoskopartig vollzieht sich ein Wandel der Auffassungen, dessen einzige Gesetzmäßigkeit nur in der Zwangsläufigkeit dieser bemerkenswerten Entwicklung liegt, denn so wie eine Lawine gelöst erscheint, wird ein Vorgang zur zwangsläufigen Voraussetzung des nächsten, eine Idee die Schrittmacherin ihrer Ablösung, ein politisches System der Wegbereiter des folgenden.

Die Weltidee eines liberalistischen Zeitalters lädt zur Nachfolge die internationale Idee des marxistischen Sozialismus ein, und dieser wieder mündet in anarchisches Chaos oder in die kommunistische Diktatur. Da die Grundsätze und die Prinzipien des Aufbaues einer tausendjährigen Völkergemeinschaft erst einmal zerbrochen sind, folgt diese Ordnung ihren Grundsätzen und Prinzipien nach.

Es ist ein grandioses, schauriges Spiel, das sich vor unseren Augen abrollt.

Der Fenris-Wolf scheint über die Welt zu rasen. In einem wilden Trieb kämpfen Völker und Rassen, ohne im einzelnen zu wissen, wofür. Revolutionen erschüttern die Staaten, und an Stelle der Verehrung des Kreuzes einer tausendjährigen Kulturepoche ertönt die Proklamation der Absetzung Gottes.

In diesem wüsten Chaos des Sterbens und Gebärens hat unser Volk die schwere Not getroffen.

Seit seinem Eintritt in die Weltgeschichte, das heißt, seit der uns heute noch feststellbaren Einflußnahme dieses Volkes auf die Geschichte der alten Welt, ist seine Geschichte mit die Weltgeschichte gewesen. Deutschland ist im Guten und Schlimmen seit bald 2000 Jahren als Volk und Raum gekettet an die Friedensarbeit einer menschlichen Entwicklung, genau so wie an ihre Katastrophen. Es hat an allem in irgendeiner Form und irgendeinem Umfange teilgenommen und teilnehmen müssen, und es stand daher auch in der Krise der letzten anderthalb Jahrhunderte fast stets in einem Brennpunkt des Geschehens.

Als im November 1918 der marxistische Stoß auch unser Volk traf, war sein Fall oder seine Standhaftigkeit entscheidend für eine Weltentwicklung von unvorstellbarem Ausmaß. Nur der Unverstand geistiger Zwerge kann sich einbilden, daß eine Bolschewisierung Deutschlands für die andere Welt keine andere Bedeutung gehabt haben würde, als daß

man dann eben statt mit Deutschen mit Kommunisten hätte sein Auskommen finden müssen.

So wie sich aber früher schon die Völker- und Rassenstöße aus dem unermeßlichen Osten in Deutschland brachen, so ist auch dieses Mal unser Volk der Wellenbrecher einer Flut geworden, die Europa, seine Wohlfahrt und seine Kultur, unter sich begraben hätte.

Wer aber will annehmen, daß ein solcher geschichtlicher Widerstand denkbar sei ohne eine innere Immunisierung gegenüber der Infektion, die, von einem Herde ausgehend, auch heute noch Völker und Staaten zu vergiften droht?

Freilich, es war das Elend und die Not einer Katastrophe erforderlich, um zu jenem atembeklemmenden Kampf zweier Welten zu führen, in dem nunmehr die unseres germanischen Geistes Siegerin geblieben ist.

Die nationalsozialistische Revolution hat, indem sie dem deutschen Leben arteigenste und damit tragende Grundlagen einerseits und eine sich daraus ableitende logische Formgestaltung andererseits gab, den Bestand und Verlauf unserer nationalen Existenz für die Zukunft gesichert und die bedrohlichen Erscheinungen der Vernichtung überwältigt und ausgerottet.

Damit wird zunächst für unser Volk die Epoche der chaotischen Verwirrung abgeschlossen und ein neuer, segensreicher Ausbau eingeleitet!

Dieser gigantische Vorgang, dessen geschichtliche Wirklichkeit uns selbst fast traumhaft erscheint, ist daher für das Leben unseres Volkes nicht nur ein negatives, sondern im höchsten Maße positives Ereignis.

Und vor allem: nicht einem blinden Zufall ist dies zu verdanken, sondern den aus richtigen Erkenntnissen gezogenen richtigen Folgerungen.

Der Beweis für diese kühne Behauptung liegt in der Tatsache, daß das, was seit dem 30. Januar des vergangenen Jahres das deutsche Leben so gewaltig bewegt und neu gestaltet, nicht als unvermuteter Zufall kam, sondern von uns — und ich darf sagen, von mir — seit fast eineinhalb Jahrzehnten unentwegt vorhergesagt und prophezeit wurde. Es ist das zwangsläufige Ergebnis des Ziehens der Konsequenzen aus natürlichen Grunderkenntnissen.

Es ist daher belanglos, mit den Unbelehrbaren über die Richtigkeit der nationalsozialistischen Theorie zu diskutieren, weil ja diese Theorie in einem einzigartigen Prozeß der Verwirklichung die geschichtliche Bestätigung ihrer Richtigkeit schon erfahren hat. Sie hat das Konglomerat verworrener Weltanschauungen und ihrer gesellschaftlich, wirtschaftlich und staatlich in Erscheinung tretenden Dissonanzen überwunden und eine einheitliche, geistig und sachlich klare Gesamtkonstruktion an deren Stelle gesetzt....

Was eben eine außenstehende Welt auch heute noch nicht begreift, haben von der ersten Stunde der Geburt der Bewegung an die ihr verschriebenen Kämpfer begriffen und erlebt.

Oder glaubt man, daß der Aufbau einer solchen neuen Weltanschauungsarmee revolutionärer Soldaten möglich war, wenn diese nicht in ihrem Innern all den fanatischen Glauben an die Möglichkeit, ja Sicherheit der Verwirklichung eines Ideals besessen hätten, das ihnen damit doch zumindest gefühlsmäßig klar gewesen sein muß?

Es waren wichtige Erkenntnisse, schärfste geistige Ueberlegung und eine unermeßliche, diesen dienstbare Arbeit, die in den fünfzehn Jahren die Voraussetzungen schufen für das geschichtliche Abrollen einer Erhebung von wenigen Monaten.

Der Ausgangspunkt dieser Erkenntnisse aber lag in einer genauen

Analyse der Zusammensetzung unseres Volkskörpers, sowie der besonderen Arten und Werte seiner einzelnen Rassenkerne.

In einer planmäßigen Durchsichtung und Würdigung dieser Werte gelang es, ihre verschiedene Bedeutung zu finden, durch eine richtig angewandte Methode der Auswahl jene Auslese zu treffen, die aus den bestimmten Lebensgebieten die höchsten Werte unseres Volkes zur Auswirkung bringen wird und bringen muß. Es ist der Gedanke einer Organisation angeborener Veranlagungen für die dafür bestimmten Gebiete. Der Beweis für die grundsätzliche Richtigkeit dieses Vorgehens liegt im Erfolg.

Wenn aber dieser Prozeß ein vollkommen neues Bild der Kraft unseres Volkes ergibt, dann kann die Auswirkung einer solchen überlegenen Organisation des Volkskörpers nicht auf einzelne Gebilde beschränkt sein, sondern muß sich allgemein zeigen. Wer zweifelt heute noch an der Größe der geistigen, seelischen, politischen und selbst wirtschaftlichen Umwälzung, die sich in Deutschland vollzogen hat? Und doch wissen wir, daß wir nur den Beginn einer Wandlung zu sehen bekommen, ihre Vollendung aber, wie jeglicher Aufbau, die Zeit von Generationen erfordert.

Denn die nationalsozialistische Revolution hat den Zug der deutschen Entwicklung in ein neues Geleise gehoben. Sie hat dem deutschen Lebensstrom eine neue Richtung gegeben. Wir alle stehen noch viel zu sehr unter dem Eindruck der Gewalt dieses Vorgangs. Seine letzte Bedeutung wird man aber erst nach Jahrhunderten festzustellen in der Lage sein, dann, wenn die Ergebnisse der neuen Wandlung sich zu einem endgültigen Gesamtbild geformt haben werden.

Wer will aber im Ernst glauben, daß dieser letzte Ausdruck einer heute eingeleiteten deutschen Zukunft sich nur im Geistig-Wissenschaftlichen, Politischen oder Wirtschaftlichen abheben wird vom Zustand und Bild der Vergangenheit?

Die nationalsozialistische Revolution wäre nie gelungen, wenn sie nicht aus weltanschaulichen Grundlagen käme. Damit aber wird sie nicht nur das äußere Lebens- und Machtbild des deutschen Volkes verändern, sondern auch seiner kulturellen Gestaltung einen neuen Ausdruck verleihen.

Wenn durch eine solche Entwicklung unser Volk den Weg zu einer selbstsicheren Ausprägung seiner politischen und sonstigen Werte gefunden hat, dann auch zur Offenbarung seiner ihm innewohnenden kulturellen Kräfte.

Seit mit dem Ausgang des Mittelalters zur nationalen Zerrissenheit der Völker noch die geistige Wirrnis kam, wurde auch der Ausdruck ihrer Kultur verworren und zerrissen. Die vom jüdischen Intellektualismus den Nationen eingeimpften oder aufoktroyierten rassisch begründeten und daher fremden Lebens- und Konstruktionsideen führten nicht nur äußerlich zu artfremden, wurzellosen Staats-, Lebens- und Gesellschaftsformen, sondern auch innerlich zu einer vollständigen Haltlosigkeit in den kulturellen Fragen.

An Stelle eines festen Lebensbildes trat die Mode. An Stelle einer gesunden, weil im eigensten inneren Wesen verankerten Kulturempfindung und Kunstauffassung der mechanisch kopierte formale Stil. Geistig und kulturell wurden die Jahrtausende einer gläubigen gesunden Menschheitsentwicklung durchgestöbert und ausgeplündert, um einer an sich selbst irregewordenen, unsicheren und damit unfruchtbaren Zeit eine ebenso oft fremde wie veränderliche kulturelle Larve vorzubinden.

Es ist beklemmend, zu sehen, wie in einem Jahrhundert in

tausend Einzelerscheinungen auch in unserem Volk sich der Genius regt und Lichter entzündet, ohne aber im Gesamten mehr als eine geschmacklose Illumination zu erreichen. Ein wildes Durcheinander von tief Empfundenem und mechanisch Kopiertem, von genial Verarbeitetem und frech Vorgetäuschtem prägt diesem Zeitalter den Stempel der Entartung auf.

Ein allgemeines Furioso der Anarchie!

Wenn der Nationalsozialismus auf gewissen Lebensgebieten so schnell zu erfolgreichen Resultaten kommen konnte, dann deshalb, weil es verhältnismäßig leicht war, den verschiedenen Kraftströmen im Körper unseres Volkes nachzuspüren, sie zu ordnen und wirksam werden zu lassen. Es ist aber unendlich schwer, eine solche methodische Untersuchung auf dem Gebiete durchzuführen, auf dem der Gesamtausdruck des kulturellen Lebens nicht einem einzelnen bestimmten Rassenkern zugeschrieben werden kann.

Wenn wir die Reihenfolge der Künste ihrem primitivsten Ursprunge nach mit Tanz, Musik, Baukunst, Plastik und Malerei annehmen wollen, dann erscheint es uns fast unmöglich, aus einer Rassenwurzel Gesetze für alle abzuleiten.

Und dennoch wird parallel der Verschmelzung dieser Rassenkerne zu einem Volk auch auf diesen Gebieten eine Verbindung und damit Uebereinstimmung sichtbar werden.

Wenn wir von einer ernsten Aufgabe unserer Kulturförderung sprechen wollen, dann kann es zunächst die sein, das zu pflegen, was schon bisher bester Ausdruck unseres Wesens oder zumindest von geschichtlich aus unserem Volk nicht wegzudenkender Bedeutung ist.

Dieser Respekt vor der Vergangenheit bedeutet nicht in allen Einzelheiten eine Identifizierung mit ihr, so wenig, als die Achtung vor den geschichtlichen Leistungen der Vorfahren in jedem Falle ihrer Billigung gleichzusetzen ist. Es ist daher schärfstens zu unterscheiden zwischen der Unterhaltung und Pflege des altehrwürdigen künstlerischen Hausrates einer Nation und der Verwendung einzelner Teile oder Elemente für den Weiterbau des kulturellen Lebens in der Zukunft.

Und hier ist zweierlei zu berücksichtigen:

Das Bild der menschlichen Kultur kann sich aufbauen auf der gänzlich unbewußten, weil rein intuitiven Erfüllung einer innerlich blutmäßig bedingten Sehnsucht und ihres Befehles! Sie kann aber weiter durch Infektionen von außen in einem Volkskörper beeinflußt und gestaltet werden, dort zu einer nicht wegzuleugnenden Bedeutung kommen, ohne innerlich mit ihm wesensverwandt zu sein. Es ist nicht leicht, nach Jahrhunderten die verschiedene Herkunft eines solchen kulturellen Gesamtgebietes zu analysieren, festzustellen, was von ihm einer eigenen Wurzel entstammt und was nur von außen eingeführt oder aufgepfropft wurde. Besonders schwierig dann, wenn eine bestimmte Kulturentwicklung in einem unlösbaren Zusammenhang mit einer geistig-weltanschaulichen Lehre steht, deren Ursprung außerhalb eines Volkes zu suchen ist, deren geschichtliche Entwicklung und Erscheinung aber, weil in einem Volke gewachsen und groß geworden und so mit ihm verbunden, von diesem schwer wegzudenken ist. Selbst die schädlichste Idee wird dann nach jahrhundertelanger Uebernahme und Verarbeitung zumindest eine gewisse äußerliche Anpassung an die Lebensbedingungen des Gastgebers vorgenommen haben, so daß es schwer fällt, sich nachträglich den Lauf der Entwicklung ohne sie zu denken.

Es ist aber klar, daß eine Idee, die wie die nationalsozialistische ihr

Gedankengut bewußt von den Bedürfnissen und Erfordernissen der gegebenen inneren Bedingtheiten eines Volkes bestimmen läßt, zum Aufbau ihres kulturellen Lebens sich aus der Vergangenheit ebenfalls nur solcher Elemente bedienen soll, die weniger aus der Welt der künstlich hineingetragenen Auffassung, als vielmehr aus der des eigensten inneren Wesenskernes stammen. Ein großer Deutscher hat einmal versucht, den Kern dieses innersten Wesens unseres Volkes dahingehend zu kennzeichnen, daß „deutsch sein, klar sein" heißt.

Wenn man auch mangels einer über allem stehenden Instanz im Worte „klar" selbst nur eine relativ zu wertende Erkenntnis oder Ansicht eines Volkes sehen wollte, dann kann doch nicht bestritten werden, daß die vorliegenden Resultate der menschlichen Tätigkeit, d. h. des menschlichen Denkens und der menschlichen Arbeit in der Verschiedenartigkeit ihrer Erfolge bis zu einem gewissen Grade sehr wohl einen Maßstab geben für das, was nun zweifellos klar ist und was absolut falsch ist.

Die Fähigkeit bestimmter Rassen, auf dem Wege einer rein intuitiven Einsicht tatsächliche Vorgänge oder Sachlagen richtig zu sehen und zu beurteilen, erfährt ihre Bestätigung durch die der fortschreitenden Menschheit auch oft erst nach Jahrhunderten gelungene wissenschaftliche Beweisführung. So kann es keinen Zweifel geben, daß die Unterschiede in der naturwissenschaftlichen Betrachtung sowie die Erklärungen natürlicher Vorgänge zwischen den primitiven Negerstämmen Afrikas und den hohen Völkern z. B. Europas eindeutig zugunsten der letzteren ausschlagen. Die Fähigkeit dieser, solche Vorgänge in ihrer Wirklichkeit zu erkennen, ist größer als die Fähigkeit der anderen. Das Bild, das sie sich von den Naturvorgängen oder Naturzuständen zu machen verstehen, gibt eine bessere Erklärung ab, als es die Vorstellung der anderen vermag. Damit aber läßt sich auch ein Maßstab finden für das, was „klar" sein im übertragenen Sinne der Kunst bedeutet.

Wenn das Griechentum für den Mann und das Weib eine bestimmte künstlerische Wiedergabe fand, dann ist dies nicht nur etwa als maniriert griechisch anzusehen, wie ungefähr die Darstellung von Mann und Weib durch einen Negerstamm vielleicht afrikanisch ist, sondern darüber hinaus noch abstrakt genommen klar, d. h. sie ist richtig. Denn in dieser Darstellung lebt sich nicht nur eine bestimmte rassisch bedingte Eigenart aus, sondern die dieser Rasse zueigene Einsicht in die absolute Richtigkeit der Gestaltung des Körpers der Frau und des Körpers des Mannes. So und nicht anders müssen sie sein, um beide schon anatomisch ihren höchsten Aufgaben zu genügen. Das Bild des Mannes ist genau so Ausdruck höchster männlicher Kraft und damit seinem Wesen und seiner von der Natur gewollten Bestimmung nach richtig, als das Bild der Frau die lebensreife und ihrem höchsten Zweck geweihte Mutter verherrlicht.

In dieser richtig gesehenen und wiedergegebenen Zweckmäßigkeit liegt ein letzter Maßstab für die Schönheit. Wenn andere Völker diese Schönheit nicht begreifen, dann nur deshalb, weil ihnen der Einblick in die höchste Zweckmäßigkeit verschlossen ist. Dem gottbegnadeten Künstler aber ist es gegeben, der abstrakten wissenschaftlichen Erkenntnis um Jahrtausende vorauseilend, intuitiv fühlend das zum Ausdruck zu bringen, was Wissenschaft und Statik nachträglich als richtig errechnen und beweisen!

Wenn daher der dadaistische Stammler Mann und Weib zu Mißgeburten degradiert, dann nur, weil ihm jeder Hauch des Geistes fehlt, die ewig geschlossene Synthese zwischen Zweckmäßigkeit und Schönheit zu finden!

Während das Genie seiner Zeit oft um Jahrtausende voraus in dem Ahnen der Naturgesetzlichkeit arbeitet und schafft, hinkt der Stümper nicht selten ebenso um Jahrtausende zurück. Ja, er bildet sich sogar noch ein, daß die in der Steinzeit tätigen Vorfahren seine Schmierereien aus einer ähnlichen geistigen Verkümmerung heraus vielleicht schon damals als gewollten Stil empfunden haben könnten. Er ahnt nicht, daß der Schnitzer vor 4000 Jahren genau so wie der Bildschneider in einem heutigen Negerstamm sich in höchster Inbrunst bemühte, die Objekte wiederzugeben, wie er sie sah, das heißt, wie er sie begriff.

Kunst verpflichtet zur Wahrhaftigkeit und diese Wahrhaftigkeit kann keine andere sein als das Streben, jenen edlen Kompromiß zu finden, zwischen der nüchtern gesehen sachlichen und der im Innersten geahnten letzten Verbesserung und Vollendung.

Es ist daher ebenso wichtig, daß der Künstler gelöst wird von den Fesseln einer beengenden Manie — sprich Stil —, um traumwandlerisch sicher der Stimme seiner tiefinnersten Erkenntnis zu folgen, der umgekehrt aber auch die Betrachter dieser inneren Offenbarung oft erst erschlossen werden müssen.

Die Aufgabe der Gestaltung des Schönen erstreckt sich auf alle Gebiete des Lebens. Allein, was uns an einer Maschine vor einhundert Jahren heute unästhetisch, ja, vielleicht lächerlich erscheint, wurde damals nicht nur von den Konstrukteuren, sondern auch von den Beschauern als gegeben empfunden. Es waren nicht nur dreißig Jahre notwendig, um die Konstrukteure der Automobile zur heutigen Formschönheit zu erziehen, sondern auch um im Publikum hierfür das Verständnis zu erwecken.

Das Fehlen einer Zweckerkennung oder der Gesetzlichkeit eines natürlichen Vorganges führt zu einer Verbildung und damit zu einem falschen Schönheitsempfinden.

Noch vor zwanzig Jahren war die künstlerische Darstellung der Schnelligkeit eines Körpers verbunden mit der Konstruktion der Spitze nach vorn und der Verdickung nach rückwärts. In zwanzig Jahren, von heute ab gerechnet, wird das Schönheitsempfinden gebieterisch die umgekehrte Tropfenform identisch finden mit der Vorstellung der Schnelligkeit. Der Künstler geht daher in der inneren Ahnung solcher Naturgesetzlichkeiten sowohl der Wissenschaft wie damit überhaupt der Menschheit stets weit voraus. Er hat die Pflicht, seine ihm von Gott gegebene Ahnung und Einsicht einer nachstrebenden Menschheit als Richtpunkt nach vorn aufzustellen und nicht diese wieder nach rückwärts zu führen.

Zu einer Mission kann man deshalb auch nie erzogen werden, wenn man nicht dafür geboren ist.

Wenn daher in einem Volke an sich die Fähigkeiten, die Formen und Vorgänge des Lebens klar zu sehen, zu den wesentlichen arteigenen Eigenschaften gehören, dann haben wir im Künstler die Inkarnation solcher Fähigkeiten zu erblicken. In ihm melden sich die inneren Werte eines Volkes in höchster Verstärkung laut und sichtbar für alle an.

Es vermittelt daher das gottbegnadete Genie in seinem Streben, den menschlichen Werken eine letzte Veredelung angedeihen zu lassen, unbewußt der Nachwelt Erkenntnisse, die diese nicht mit Unrecht als für immer fixiert empfindet und damit als zu befolgende Regel ansieht und niederlegt. Der Stil und die Stilgesetze sind die künstlerischen Krücken, auf denen der Durchschnitt der Menschheit den großen schöpferischen Geistern dann nachwandelt. Und dies ist recht so! Denn eine bereits gefundene Lösung ist besser als eine schlechte wieder nach rückwärts führende Eigenschöpfung. Entscheidend bleibt nur, daß ein Volk

sich der Ausstrahlung seiner eigenen Erbmasse bedient und nicht der einer fremden. Es ist daher falsch, beim Aufbau einer neuen Kultur Elemente zu nehmen, die einst weltanschaulich künstlich eingeführt, aber nicht blutsmäßig im eigenen Volk verankert erscheinen.

Es ist deshalb auch nur zu verständlich, daß dem wahrhaften Künstler eines Volkes, der aus einer blutsmäßigen Bedingtheit heraus schafft, die Werke des Innenlebens völkerverwandter Rassen näherliegen und mehr besagen müssen, als künstlich aufgepfropfte Produkte einer fremden weltanschaulichen Infektion im eigenen Volk. Und es ist daher auch kein Zufall, daß der Funke der hellenischen Kunst im Augenblick der Berührung mit spätnordischen Menschen sofort auf diese übersprang und nun Deutsche, Dänen, Engländer, Italiener und Franzosen usw. in einem Geiste schaffen ließ, der nur volklich geschieden, aber blutmäßig aus einer Wurzel stammt. Denn was spielen zwei- oder dreitausend Jahre in der Menschheit für eine Rolle. Völker kommen und Völker vergehen, die großen Rassenstämme aber bleiben. Die Sprache sowohl als auch staatliche Bildungen sind stets nur geeignet gewesen, Verwirrung zu stiften, die Spuren der gemeinsamen Herkunft zu verwischen und Mauern zwischen denen aufzurichten, die auch über Jahrzehntausende hinweg die Natur aus einem Stoff und in einem Geist geschaffen hat.

Und besonders das Schrifttum hat als mechanische Fixierung der Ausdruckslaute mehr als alles beigetragen, nicht nur die gemeinsamen Wurzeln der Völker unkenntlich zu machen, sondern auch die Sprachen in der phonetischen Lautbildung voneinander zu entfernen.

Es ist daher die erste Aufgabe einer neuen deutschen Kunstentwicklung, die Stilverkrampfung aufzulockern und insbesondere die Erkenntnis zu fördern, daß es nicht richtig ist, einer rein konstruktiv wirkenden künstlerischen Manie zu verfallen, sondern daß wir vielmehr die schöpferische Kraft der Nation von solchen Manieriertheiten zu befreien haben. Dies ist kein Rezept, nach dem jeder Durchschnittswurm nun großer Künstler werden kann, sondern nur die Voraussetzung, um das wirklich geborene Genie nicht im Prokrustes-Bett alter Stilgesetze verkümmern zu lassen.

Die nationalsozialistische Bewegung hat daher heute zwei Gefahren zu überstehen.

Erstens: Ihr droht es, daß sich plötzlich jene Kunstverderber in Begeisterung zur Verfügung stellen, die glauben, daß man eine neue Wahrheit nicht in bisher schon gebräuchlichen Wörtern ausdrücken darf. Das heißt ängstliche Stammler, die als einziges Motto für ihr künstlerisches Wirken nur das Gebot kennen: „Neues um jeden Preis". Da es nun keine neue Erkenntnis gibt, die sich nicht irgendwie aufbaut auf den Erfahrungen und Beiträgen der Vergangenheit, so gibt es auch keine neue Kunst ohne Zuhilfenahme der schönsten und besten Formerkenntnisse blutsmäßig gleichgearteter Vorfahren. Der Stümper wird keine moderne Kirche wie einen griechischen Tempel bauen. Der impotente, aber eitle Angsthase zittert schon bei dem Gedanken, eine Säule an einem neuen Bau zu verwenden.

Der souveräne Geist jedoch wird tief hineingreifen in die Gesamtsumme einer artgemäßen verwandten Kulturleistung der Jahrtausende und wird dennoch seinem künstlerischen Willen und Wollen geschlossenen Ausdruck verleihen.

Das ganze Kunst- und Kulturgestotter von Kubisten, Futuristen, Dadaisten usw. ist weder rassisch begründet noch volklich erträglich. Es ist höchstens als Ausdruck einer Weltanschauung zu werten, die von sich selbst zugibt, daß die Auflösung aller bestehenden Begriffe, aller

Völker und Rassen, ihre Vermischung und Verpanschung höchstes Ziel ihrer intellektuellen Urheber- und Führergilde ist. Mit der angeborenen naiven Unbekümmertheit versucht diese kulturelle Ergänzung der politischen Destruktion, als ob nichts geschehen wäre, den neuen Staat mit ihrer Steinzeitkultur zu beglücken. Es kann nicht die Aufgabe einer nationalsozialistischen Kunsterziehung sein, Genies zu züchten, die nur die Vorsehung den Völkern schenkt, als vielmehr das vorhandene Kulturgut sowie den unverdorbenen und gesunden Instinkt unserer Bewegung in Schutz zu nehmen vor diesen Räubern und Einbrechern einer fremden Staats- und Kulturauffassung, sofern es sich nicht überhaupt um Schwindler handelt. Und es muß eindeutig und klar ausgesprochen werden: nicht nur die politische, sondern auch die kulturelle Linie der Entwicklung des Dritten Reiches bestimmen die, die es geschaffen haben, und diese Scharlatane täuschen sich, wenn sie meinen, die Schöpfer des neuen Reiches wären vielleicht albern oder ängstlich genug, sich von ihrem Geschwätz benebeln oder gar einschüchtern zu lassen. Sie werden sehen, daß die vielleicht größte kulturelle und künstlerische Auftragserteilung aller Zeiten über sie so zur Tagesordnung hinweggehen wird, als ob sie nie 'existiert hätten.

Zum zweiten aber muß der nationalsozialistische Staat sich verwahren gegen das plötzliche Auftauchen jener Rückwärtse, die meinen, eine „theutsche Kunst“ aus der krausen Welt ihrer eigenen romantischen Vorstellungen der nationalsozialistischen Revolution als verpflichtendes Erbteil für die Zukunft mitgeben zu können. Sie waren niemals Nationalsozialisten gewesen. Entweder hausten sie in den Einsiedeleien einer von Juden stets als lächerlich empfundenen germanischen Traumwelt, oder sie trabten fromm und bieder inmitten der Heilsscharen einer bürgerlichen Renaissance. Sie haben es nie der Mühe wert gefunden, sich mit dem nationalsozialistischen Gedankengut vertraut zu machen. Im Gegenteil, sie pflegten von der Höhe der Sprossen ihres bürgerlichen Parteistalles nur mitleidsvoll herabzublicken auf das unangenehme, tumultose Leben und Treiben der nationalsozialistischen Unruhestifter.

So ist es ihnen ganz entgangen, daß der Nationalsozialismus auf blutmäßig fundierten Erkenntnissen und nicht auf altertümlichen Ueberlieferungen beruht.

Als sie daher nach unserem Siege eilfertig von ihren Leitern herunterstiegen, um sich der ja ohnehin nur durch Trommelwirbel mobilisierten nationalsozialistischen Bewegung als politische Köpfe und Strategen anzutragen, fehlte ihnen jede Vorstellung über die Größe der Umwälzung, die sich unterdes im deutschen Volke vollzogen hat. So offerieren sie heute Bahnhöfe in original-deutschem Renaissance-Stil, Straßenbenennungen und Maschinenschrift in echt gotischen Lettern, Liedertexte frei nach Walther von der Vogelweide, Modeschöpfungen nach Gretchen und Faust, Bilder nach Art des Trompeters von Säckingen, Bidenhänder und Armbrust, aber womöglich als Wehr und Waffen.

Sie haben keine Ahnung davon, daß deutsch sein, klar sein heißen könnte, sonst würden sie sich besser als Versteinerungen in die Museen zurückziehen, denn als aufdringliche Geister die Mitwelt erschauern zu lassen. Weil wir die Gesamtleistungen der Vergangenheit auf das tiefste respektieren, bilden sie sich ein, daß wir alles aus ihr auch für die Zukunft angewandt sehen möchten.

Nein, meine verehrten Herrschaften!

Wir wissen, daß unsere Vorfahren in ihren Zeiten schon durch ähnliche böse Geister geplagt worden sind, wie wir sie noch heute in letzten Ueberresten sehen.

So wie wir aber in unserem übrigen Leben dem deutschen Geist die freie Bahn zu seiner Entwicklung gaben, können wir auch auf dem Gebiete der Kunst nicht die Neuzeit zugunsten des Mittelalters vergewaltigen.

Eure vermeintlich gotische Verinnerlichung paßt schlecht in das Zeitalter von Stahl und Eisen, Glas und Beton, von Frauenschönheit und Männerkraft, von hochgehobenem Haupt und trotzigem Sinn.

Was tausend Jahre lang gefesselt wurde, wird zum Heile und zur Gesundheit unseres Volkes und der anderen frei. Der Adel des menschlichen Körpers ist seiner Vergewaltigung und Verkümmerung ledig geworden. Eine neue Welt der Schönheit kündigt sich an. Die Menschen aber wollen einem Gott nicht weniger dankbar sein für all das, was er geschaffen, weil sie die Herrlichkeit und ewige Weisheit seiner Werke nunmehr wieder offen vor Augen sehen.

Der Nationalsozialismus lebt nicht in der Düsterkeit eurer Vorurteile, und wir sind glücklich genug zu wissen, daß zwischen den Schriftzeichen eines Griechentums und den Runen unserer Vorfahren eine sichtbare Uebereinstimmung in der großen Stilempfindung besteht. Wir sehen wieder bewundernd auf die großen Völker des Altertums, auf ihre Leistungen auf dem Gebiete der menschlichen Kultur und insonderheit der Kunst. Als Völker sind sie uns fern, als Mitglieder der indogermanischen Rassengemeinschaft aber stehen sie uns ewig nahe.

Die Behauptung, daß solches Denken unchristlich wäre, weisen wir lachend zurück. Denn ausgehend von der antiken Kulturwelt über das romanische Zeitalter und die Gotik hinweg durchlief das Christentum Renaissance, Barock, Rokoko und predigt heute in sogenannten „modernen" Tempeln, in denen künstlerisch wir Nationalsozialisten oft nur eine Verhöhnung der ewigen Schönheit Gottes zu sehen vermögen, ohne daß dies dem Christentum ersichtlichen Abbruch getan hätte.

Nein, es gibt keine Begründung, womit diese kulturellen Museumswächter ihren Angriff gegen das heutige Reich rechtfertigen könnten. Und was für die kulturellen Bolschewisten gilt, gilt daher auch für sie. Das kommende Reich wird die Züge des Geistes derer tragen, die es schufen, und nicht jener, die es nicht erfassen und verstehen.

Das künstlerische Schaffen eines produktiven Zeitalters kennt keinen Stil. Es findet aus blutsmäßig verwandtem Alten, oder aus weltanschaulich verbundenen Zeiten und wenigem assimilierten Fremden die Brücke zu den neuen Aufgaben, zu den neuen Stoffen, den hygienischen Erfordernissen sowohl als den die Zeit bewegenden Erkenntnissen. Von Gott begnadete schöpferische Geister gestalten die Formen, um nach jahrhundertelanger solcher Entwicklung endlich zu einem Gesamtausdruck des kulturellen und künstlerischen Lebens zu führen, der dann einer späteren schöpferisch wieder impotent gewordenen Nachwelt ruhig als Stil dieser Zeit und dieses Volkes erscheinen mag.

Diese Genies aber — und sie allein sind die von der Vorsehung der Menschheit geschickten Verkünder der Schönheit und Würde — brauchen keine Bevormundung und keine Rezepte. Sie werden wachsen mit ihren Zwecken. Und unsere Pflicht im neuen nationalsozialistischen Reich ist es, dann, wenn Gottes Gnade in einem solchen Menschen sichtbar wird, sich nicht mit der Erkennt-

nis dieser Tatsache zu begnügen und weiter zu suchen, sondern dem auch die Aufträge der Nation zu geben.

Sie werden dann ihren Dank abstatten durch Werke, die unseres Wesens und Geistes würdig sind. Durch sie wird die Kunst wieder in die lebendigste Beziehung gebracht werden zum Volk, seinem Lachen, seinen Sorgen und seiner Sehnsucht. Sie werden aus dem Theater schaffen die Bühne der großen tragischen und heiteren Charakterisierung des Lebens. Sie werden uns in den Statuen die geahnte Vollendung zeigen dessen, was als Schönstes zwischen uns lebt und erstrebenswertestes Vorbild ist. Sie werden unsere Städte erlösen aus der Verworrenheit der tausendfältigen Niederschläge fremden Geistes aus Vergangenheit und Gegenwart und ihnen den gewaltigen Stempel unseres Willens und unserer Kraft aufprägen. Sie werden die Tempel Gottes und die Bauten der Gemeinschaft symbolisch erheben über den Durchschnitt der Behausungen des Individuums! Sie werden in Tönen wiederklingen lassen die Seele und in den Steinen verewigen unseren Geist.

Sie werden dann wieder singen und sagen von einer Zeit, die groß war, weil sie Größtes zu gestalten sich unterfing, und gerade, was den kleinen Geistern von heute als Aufgabe und Wollen phantastisch erscheint, wird einst mit der Liebe der Götter belohnt werden, die sich jene erringen, die tapferen Herzens das scheinbar Unmögliche fordern.

Es lebe unser deutsches Volk und unsere deutsche Kunst!"

Appell des Arbeitsdienstes

Am 6. September konnte Reichsarbeitsführer Pg. Hierl auf der Zeppelinwiese dem Führer melden: „52000 Arbeitsmänner zum Appell angetreten!" Das Heer der sozialistischen Tat, der Arbeitsdienst, war angetreten — ein unvergeßlicher Anblick. 52000 Spaten in den Fäusten junger deutscher Männer wurden zum Symbol des disziplinierten deutschen Arbeitswillens. Und der Führer sprach:

„...Durch Ihre Schule wird die ganze Nation gehen! Die Zeit wird kommen, da kein Deutscher hineinwachsen kann in die Gemeinschaft dieses Volkes, der nicht zuerst durch Ihre Gemeinschaft gegangen ist..."

Appell der Politischen Leiter

Und am darauffolgenden Tage (7. September) traten auf der gleichen Wiese 200000 Politische Leiter der NSDAP zum Appell an — und gleichzeitig im ganzen Reiche 600000 Politische Leiter. Der Führer sprach zu seinen Männern und sagte bei dieser Gelegenheit die bekannten Worte:

„...Es war die große Not unseres Volkes, die uns einst ergriffen hat, und die uns zusammenführte im Kampf und Ringen und uns groß werden ließ. Daher können das alle die nicht verstehen, die nicht die gleiche Not in ihrem Volke gelitten haben. Ihnen erscheint es rätselhaft und geheimnisvoll, was diese Hunderttausende immer zusammenführt, was sie Not, Leid und Entbehrung ertragen läßt. Sie können sich das nicht anders denken als durch einen staatlichen Befehl. Sie irren sich!

Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schufen uns unseren Staat..."

60000 Hitlerjungen marschierten am 8. September im Stadion vor ihrem Führer auf. Adolf Hitler sagte ihnen ihre Aufgabe und Verpflichtung gegenüber der deutschen Zukunft. (Teilweise Wiedergabe im 11. Abschnitt.) Appell der Hitlerjugend

Und am gleichen Tage hielt der Führer in der Kongreßhalle vor der NS-Frauenschaft eine Rede an die deutsche Frau, in der er sagte: Führerrede an die NS-Frauenschaft

„... Die nationalsozialistische Bewegung hat von der ersten Zeit ihres Bestehens an in der Frau die treueste Mithelferin nicht nur gesehen, sondern auch gefunden. Ich erinnere mich an die schweren Jahre des Kampfes der Bewegung und insonderheit an die Zeiten, in denen das Glück sich scheinbar von uns zu wenden schien, an die Zeiten, da viele von uns in den Gefängnissen waren, andere wieder auf der Flucht, in der Fremde, viele von uns verwundet in den Lazaretten lagen oder auch getötet worden sind.

Ich erinnere mich an die Zeit, in der sich so mancher von uns gewandt hat, in der Meinung, aus uns könne doch nichts werden, an die Zeit, da der Geist in Deutschland überheblich glaubte, den Problemen nur von der vernunftmäßigen Seite gegenübertreten zu können und da uns dadurch viele untreu geworden sind:

Ich weiß, damals sind es unzählige Frauen gewesen, die unerschütterlich treu zur Bewegung und zu mir gehalten haben..

Was der Mann an Opfern bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes in den einzelnen Zellen. Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für Sein oder Nichtsein ihres Volkes. Und beide müssen sich deshalb auch gegenseitig schätzen und achten, wenn sie sehen, daß jeder Teil die Aufgabe vollbringt, die ihm Natur und Vorsehung zugewiesen hat...

Wenn früher die liberalen intellektualistischen Frauenbewegungen in ihren Programmen viele, viele Punkte enthielten, die ihren Ausgang vom sogenannten Geiste nahmen, dann enthält das Programm unserer nationalsozialistischen Frauenbewegung eigentlich nur einen einzigen Punkt, und dieser Punkt heißt das Kind, dieses kleine Wesen, das werden muß und gedeihen soll, für das der ganze Lebenskampf ja überhaupt allein einen Sinn hat. Denn: zu was würden wir kämpfen und ringen, wenn nicht nach uns etwas käme, das das, was wir heute erwerben, zu seinem Nutz und Frommen anwenden und wieder weiter vererben kann? Wofür ist der ganze menschliche Kampf denn sonst? Wofür die Sorge und das Leid? Nur für eine Idee allein? Nur für eine Theorie? Nein! Dafür würde es sich nicht lohnen, durch dieses irdische Jammertal zu wandeln. Das einzige, was uns das alles überwinden läßt, ist der Blick von der Gegenwart in die Zukunft, vom eigenen Menschen auf das, was hinter uns nachwächst..."

Ein Volk im Geiste des deutschen Sozialismus zu erziehen, mußte vor allem bedeuten, die Frauen sozialistisch zu erziehen, deren Geist ja wesentlich den Geist der jungen heranwachsenden Nation bestimmt. Nicht beschränkte und engherzige Bürgerlichkeit kann der Ausgangs- Erziehung der Frau zum Sozialismus

punkt bei der Betrachtung der Frauenfragen sein. Kräftige, gesunde, tapfere und **nationalsozialische** Frauen, die **Mitstreiter auf dem Wege in die deutsche Zukunft** sind — das ist das Ziel nationalsozialistischer Frauenerziehung.

Karin Göring

Und es sei an dieser Stelle **Karin Görings** gedacht, der verstorbenen Frau und Kameradin Pg. Hermann Görings, die von Schweden, wo haßerfülltes Untermenschentum ihr Grab geschändet hatte, ins Reich überführt und am 20. Juni im Beisein des Führers bei Karin-Hall (dem Landsitz des Ministerpräsidenten Göring) in der unerhört schönen märkischen Schorfheide beigesetzt wurde. „Die edle Frau, die große Nationalsozialistin" — wie Gauleiter **Kube** sie im Namen der Kurmark begrüßte — hatte in ihrem kampf- und mühereichen Leben als Mitstreiterin ihres Mannes in Treue ausgeharrt, Opfer über Opfer gebracht. Und wenn das neue Deutschland sie am 20. Juni feierlich in deutscher Erde barg, so ehrte es in ihr gleichzeitig alle nationalsozialistischen Frauen, die in den Kampfjahren mithalfen, den Sieg zu erringen. —

Appell der SA und SS

Am 9. September marschierten 130 000 Männer der SA **und** SS in der Nürnberger Luitpoldarena auf, um vom Führer 126 neue Standarten der SA und 75 neue Standarten der SS zu empfangen. Der Höhepunkt des Reichsparteitages lag — wie auch in früheren Jahren — in diesem Geschehnis. Das braune Heer, die schwarzen Kolonnen der SS, die feierlichen Standarten und das Meer blutroter Hakenkreuzfahnen — das ist das Bild, das sich bei jedem Parteitag am tiefsten eingräbt, das man nie vergessen kann. — Und gerade diesmal hatte der Appell seine besondere Bedeutung, die in den Worten des Führers zum Ausdruck kam:

„... Vor wenigen Monaten hat sich über die Bewegung ein schwarzer Schatten erhoben. Viele Gegner glaubten, die Zeit kommen sehen zu können, in der die Macht der nationalsozialistischen Partei vielleicht ihr Ende finden würde. Ich habe Sie, meine Kameraden, hierherbefohlen, um dreierlei zu dokumentieren:

1. Die SA hat ebensowenig wie irgendeine andere Institution der Partei mit diesem Schatten etwas zu tun!
2. Um allen zu zeigen, daß mein Verhältnis zu euch, meine Kameraden, genau dasselbe ist, wie seit vierzehn Jahren, und
3. um unseren Feinden zu zeigen, daß die Partei steht, und daß ihre SA und ihre SS stehen als Garanten der nationalsozialistischen Revolution.

Sie täuschen sich alle, die da glauben, daß auch nur ein Riß in das Gefüge unserer einzigen Bewegung gekommen sei. Sie **steht fest, so wie dieser Block hier!...**"

Und unter dem Donner der Kanonen übergab der Führer die Feldzeichen — und weihte sie durch Berührung mit der Blutfahne vom 9. November 1923 — und sprach:

„So übergebe ich euch denn die neuen Feldzeichen in der Ueberzeugung, daß ich sie in die treuesten Hände gebe, die es in Deutschland gibt.“ —

Der darauffolgende Tag (10. September) erhielt sein Gepräge durch den Waffenträger der Nation. Die militärischen Vorführungen der auf der Zeppelinwiese aufmarschierten Reichswehr bewiesen nicht nur die vorbildliche Leistung der deutschen Wehrmacht, sondern vor allem auch die Verbundenheit des Heeres mit der Bewegung. — Tag des Waffenträgers der Nation

In seiner Schlußansprache vor dem Kongreß (10. September) stellte der Führer fest: Schlußansprache des Führers im Kongreß

„... Es wird stets nur ein Teil des Volkes aus wirklich aktiven Kämpfern bestehen. Sie aber sind in Deutschland die Träger des nationalsozialistischen Kampfes gewesen. Sie waren die Kämpfer der nationalsozialistischen Revolution, und sie sind die Erhalter des nationalsozialistischen Staates. Von ihnen wird mehr gefordert als von den Millionen der übrigen Volksgenossen. Für sie genügt nicht die bloße Ablegung des Bekenntnisses: „Ich glaube“, sondern der Schwur: „Ich kämpfe!“

Die Partei wird für alle Zukunft die politische Führungsauslese des deutschen Volkes sein. Sie wird einen Stab politischer Apostel und Streiter ausbilden, die dann gehorsame und pflichtgetreue Offiziere der Bewegung ihren Dienst tun. Sie wird jene große Schule sein, die Millionen unseres Volkes an sich zieht, ausbildet und wieder entläßt.

In ihr wird sich eine Tradition der Kunst der Volksführung entwickeln, die verhindern soll, daß jemals wieder fremde Geister Gehirn und Herz der deutschen Menschen verwirren.

Sie wird in ihrer Lehre unveränderlich, in ihrer Organisation stahlhart, in ihrer Taktik schmiegsam und anpassungsfähig, in ihrem Gesamtbild aber wie ein Orden sein. Sie ist für alle Zukunft das Senfkorn der nationalsozialistischen Idee. Die Lehrmeisterin der nationalsozialistischen Organisationskunst. Die Schule der nationalsozialistischen Propaganda. Das Ziel aber muß sein: Alle anständigen Deutschen sind Nationalsozialisten! Nur die besten Nationalsozialisten sind Parteigenossen!...

Und er schloß die einzigartige Tagung mit den Worten: „Es lebe die nationalsozialistische Bewegung! Es lebe Deutschland!“

Der Waffenträger der Nation

Als im Rahmen des Reichsparteitages der NSDAP die Wehrmacht aufmarschierte und im Nürnberger Stadion vor vielen Zehntausenden von Zuschauern Uebungen und Gefechtsabschnitte vorführte, die den hohen Ausbildungsstand der beteiligten Formationen bewiesen, begrüßte sie der Führer als „die herrliche ruhmreiche Armee, den alten stolzen Waffenträger des Volkes“! Und Die Wehrmacht in Nürnberg

am Abend huldigte die Truppe dem Führer mit dem großen Zapfenstreich — dem Führer, dem sie am 2. August die Treue geschworen hatte.

Wehrmacht und Nationalsozialismus

So brachte das Jahr 1934 als leuchtendes Ergebnis die feste Verbundenheit zwischen Wehrmacht und Nationalsozialismus. (Ueber die anbahnende Entwicklung im Vorjahre siehe Band 1933, S. 341.) Diese Verbundenheit mußte zutiefst im Geistigen ihre Begründung haben. Die Reichswehr hatte in den Jahren des Niederganges die Tradition der deutschen Armee bewahrt, den Geist des Wehrwillens und deutschen Soldatentums rein erhalten und in eine bessere Zukunft hinübergerettet. Diese bessere Zukunft war von der nationalsozialistischen Bewegung gestaltet worden. Der Führer hat auch in seinem jahrelangen Ringen um die Macht — mit SA und Partei — die Reichswehr nicht in den innenpolitischen Kampf hineingezogen und sie als den einheitlichen nationalen Machtfaktor bewahrt, wie es ihrer Bestimmung entspricht. Und als nach opfervollem Kampfe die nationalsozialistische Revolution am 30. Januar 1933 siegte, schuf dieser Sieg auch der **Reichswehr** die Grundlage für einen lebendigen und kraftvollen Aufbau. Die Blutopfer der SA und der gesamten nationalsozialistischen Bewegung sind auch für die ehrenvolle Gestaltung des Waffenträgers der Nation gebracht worden. Und wenn die SA auch keine militärische Ausbildung treiben konnte, so erzog sie anderseits Hunderttausende junger Deutscher im soldatischen Geiste und schuf damit im Volke die Grundlage des Wehrgedankens — die geistige Brücke der Reichswehr zum ganzen Volke, eine der notwendigsten Voraussetzungen ihrer Arbeit überhaupt.

Die soldatische und anerkennende Einstellung des Führers zur Reichswehr ist in zahlreichen seiner Reden zum Ausdruck gekommen, die wir im Band 1933 und in diesem Buche brachten. Und vor allem eins: **Der Führer hat dem deutschen Soldaten seine Ehre wiedergegeben!**

Im Unstaat der Novemberrevolte hatte die Reichswehr ihren schweren Dienst nicht nur ohne das Verständnis und die notwendige Unterstützung der Regierungsstellen tun müssen — sie durfte darüber hinaus von jedem marxistischen und pazifistischen Landesverräter in der Oeffentlichkeit ungestraft beschimpft werden — und mit ihr das Andenken von zwei Millionen im Weltkrieg für Deutschland gefallener Soldaten. Die nationalsozialistische Erhebung hatte diesem würdelosen Treiben das sofortige Ende bereitet und dem Soldaten wieder die Achtung der Nation gesichert.

Diese vom Nationalsozialismus bewirkte Wandlung zeigte sich im gesamten Leben des deutschen Volkes: Die Wiederanerkennung sol-

datischen Geistes fand insbesondere ihren Ausdruck auf allen Gebieten des kulturellen Lebens — in Literatur und Theater, Film und bildender Kunst. Der nationalsozialistische Staat stellte die Wehrmacht mitten in die sozialistische Gemeinschaft des Volkes — als den Waffenträger der Nation!

So wurde die Reichswehr in den dunklen Tagen deutscher Geschichte zum Bewahrer deutschen Wehrgeistes. So wurde der Nationalsozialismus und seine Revolution zur Voraussetzung für den wirklichen — geistigen und tatsächlichen — Wiederaufbau einer deutschen Wehrmacht. Ohne den Führer und seine nationalsozialistische Bewegung wäre diese soldatische Entwicklung nie möglich gewesen.

Im Geiste des wiedergeschaffenen deutschen Wehrwillens nahm der vom Führer ins Leben gerufene Staat den Kampf gegen die entehrenden und entrechtenden Fesseln des Versailler Diktats auf. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung

Das Versailler Diktat hatte Deutschland lediglich ein Heer von 100000 Mann mit völlig unzureichender Bewaffnung belassen und ihm sämtliche modernen Waffen — Flugzeuge, Tanks, chemische Mittel — völlig verboten. Deutschland war gänzlich wehrlos gemacht, indes die hochgerüsteten Staaten nicht nur ihr im Versailler Diktat abgegebenes Abrüstungsversprechen niemals wahr machten, sondern ständig weiter aufrüsteten. Versailler Diktat

Das nationalsozialistische Ringen um die deutsche Gleichberechtigung wurde in den außenpolitischen Abschnitten eingehend dargestellt (12. und 20. Abschnitt des Bandes 1933, 1., 10. und 20. Abschnitt des vorliegenden Bandes). Wenn die anderen Staaten glaubten, Deutschland immer noch die Gleichberechtigung vorenthalten zu können, und anderseits auch im Jahre 1934 ihr Abrüstungsversprechen nicht erfüllten, so mußten sie damit zwangsläufig den Tag herbeiführen, wo das neue Deutschland aus ihrem Vertragsbruch die notwendigen Folgerungen ziehen und die zu seiner Sicherheit erforderlichen Maßnahmen aus eigener Kraft treffen würde.

Die treibenden Kräfte des Auslands begriffen leider diese historische Zwangsläufigkeit offenbar nicht. Sie begnügten sich damit, unter dem Geschrei nach „Sicherheit“ ihre eigene ungeheure Rüstung zu verstärken, dem Deutschen Reiche auch das Mindestmaß an eigener Sicherheit zu verweigern und im übrigen über angebliche geheime Rüstungen Deutschlands zu zetern. Als Beispiel sei an die französische Kammerdebatte vom 23. November erinnert, wo Herr Archimbaud — bemerkenswerterweise auf Grund sowjetrussischer (!) „Informationen“ — u. a. folgendes über die deutschen Rüstungen „berichtete“: Französische Berichte über angebliche deutsche Rüstungen

„Im Herbst 1934 beträgt die Stärke der deutschen Streitkräfte:

a) Reichsheer	300000 Mann
b) Landespolizei	100000 Mann
c) SS und Feldjägerkorps .	80000 Mann
insgesamt	480000 Mann

Diese Zahlen werden sich bis 1935 höchstwahrscheinlich auf folgende Stärken erhöhen: Reichsheer (ausschließlich Flieger) auf mindestens 400000 Mann, SS und Feldjäger auf 100000 Mann, während die Landespolizei unverändert bleibt.... usw.

Auf der gleichen Ebene bewegen sich die französischen Ausführungen über die deutsche Luftfahrt, und es wird die kühne Behauptung aufgestellt, der Reichsluftfahrtminister Göring sei auf dem Wege, „Deutschland zur ersten Luftmacht zu gestalten". — Es ist immerhin von historischem Interesse, die Vorstellungen der Nachwelt zu überliefern, die sich manche ausländischen Kreise im Jahre 1934 über die deutschen Rüstungen machten. — Zusammengefaßt ist das vom französischen Nachrichtendienst verbreitete und auch im englischen Parlament zur Sprache gekommene Bild der „deutschen Aufrüstung" im Jahre 1934 folgendermaßen:

1. Die Reichswehr wird unter gleichzeitiger Verstärkung zu einem Rahmenheer ausgebaut; die allgemeine Rekrutenausbildung findet in den Verbänden statt.
2. Die Formationen der Exekutive werden zur Feldverwendungsfähigkeit ausgebildet.
3. Massenerzeugung von Flugzeugen und Artillerie.
4. Mobilmachung der alle Staaten übertreffenden Kriegsindustrie. — Insgesamt soll Deutschland über 5,5 Millionen Kampffähige verfügen (!), denen allein 4000 Flugzeuge zur Verfügung stehen (!!).

Dem kann mit Recht das dazu veröffentlichte Urteil eines höheren ausländischen Offiziers entgegengesetzt werden, der erklärte:

„Die Fachwelt weiß nur zu gut, daß sich in der deutschen Zwangslage bloß der bescheidenste Schutz gegen jenen strategischen Ueberfall vorbereiten läßt, dessen sich die Sieger als Zwangsmittel bisher bedienen konnten." —

Die höchste Leistung der Reichswehr in all den verflossenen schweren Jahren war die Wahrung der ruhmreichen soldatischen Tradition und des deutschen Wehrwillens. — Und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung war es in erster Linie das Verdienst des Generalobersten von Blomberg, der vom 30. Januar 1933 an als Reichswehrminister die verantwortungsvolle Arbeit der Wehrmacht übernahm, wenn der Führer am ersten Jahrestage der nationalsozialistischen Revolution hervorheben konnte:

Reichswehrminister von Blomberg

„Die Wehrmacht und ihre Führung hat in diesen zwölf Monaten in bedingungsloser Treue und Gefolgschaft zum neuen Staat gestanden und uns vor der Geschichte überhaupt erst den Erfolg unserer Arbeit ermöglicht."

General von Fritsch Chef der Heeresleitung

Am 1. Februar wurde der General der Artillerie Freiherr von Fritsch zum Chef der Heeresleitung ernannt (an Stelle des ausscheidenden Generals von Hammerstein), der bis zu diesem Zeitpunkt als Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) gewirkt hatte.

Einführung des Hoheitsabzeichens der NSDAP bei der Wehrmacht

Die Verbundenheit der Wehrmacht mit dem Nationalsozialismus fand am 17. Februar ihre äußere Dokumentierung durch die Einführung des Hoheitsabzeichens der NSDAP bei der Wehrmacht. An Rock, Mütze und Stahlhelm wurde das Hoheitszeichen angebracht — und damit symbolisch ein geschichtlicher Vorgang gekennzeichnet: an Stelle der ihm vom Versailler Diktat vorgesehenen Stellung eines Söldners tritt der deutsche Soldat seine wahre Mission an: Soldat des im Nationalsozialismus geeinten deutschen Volkes zu sein.

Weltanschauliche Erziehung in der Wehrmacht

Das kam ebenso innerlich zum Ausdruck: Mehrere Erlasse des Reichswehrministers sicherten die politische und weltanschauliche Erziehung des Soldaten und gleichzeitig seine Unterrichtung in den Tagesfragen. Damit war ein weiterer Schritt zu dem Ideal des weltanschaulich fundierten Heeres getan. Es war stets eine der wichtigsten und grundlegenden wehrpolitischen Forderungen des Nationalsozialismus gewesen, daß der deutsche Soldat insofern auch ein politischer Soldat sein müsse, als nur der Kämpfer Größtes leisten kann, der ein weltanschauliches Kampfziel vor Augen hat und vom Geiste dieser Weltanschauung zutiefst beseelt ist. — Dies kommt auch in der Verfügung des Reichswehrministers vom 9. April zum Ausdruck:

> „Das erste Jahr der nationalsozialistischen Staatsführung hat die Grundlagen für den politischen und wirtschaftlichen Neubau der Nation gelegt.
>
> Das zweite Jahr stellt die Notwendigkeit der geistigen Durchdringung der Nation mit den Leitgedanken des nationalsozialistischen Staates in den Vordergrund. Eine entsprechende Schulung ist darum auch eine wichtige Aufgabe aller den neuen Staat mit ihrem Willen tragenden Organisationen. Dies gilt im besonderen Maße für die Wehrmacht, die der Hüter und Schützer des nationalsozialistischen Deutschlands und seines Lebensraumes nach außen ist.
>
> Ich ordne daher an, daß künftig dem Unterricht über politische Tagesfragen in der Wehrmacht von allen Dienststellen erhöhte Bedeutung beizumessen und gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. Um eine einheitliche Durchführung des Unterrichts über politische Tagesfragen zu gewährleisten, wird das Reichswehrministerium künftig gedruckte „Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen“ als Anhalt herausgeben.“

„Pflichten des deutschen Soldaten“

Klar formuliert wurden die soldatischen Aufgaben in den „Pflichten des deutschen Soldaten“, die am 25. Mai verkündet wurden:

1. Die Wehrmacht ist der Waffenträger des deutschen Volkes. Sie schützt das Deutsche Reich und Vaterland, das im Nationalsozialismus

geeinte Volk und seinen Lebensraum. Die Wurzeln ihrer Kraft liegen in einer ruhmreichen Vergangenheit, in deutschem Volkstum, deutscher Erde und deutscher Arbeit.

Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst am deutschen Volk.

2. Die Ehre des Soldaten liegt im bedingungslosen Einsatz seiner Person für Volk und Vaterland bis zur Opferung seines Lebens.
3. Höchste Soldatentugend ist der kämpferische Mut. Er fordert Härte und Entschlossenheit. Feigheit ist schimpflich, Zaudern unsoldatisch.
4. Gehorsam ist die Grundlage der Wehrmacht, Vertrauen die Grundlage des Gehorsams.

   Soldatisches Führertum beruht auf Verantwortungsfreude, überlegenem Können und unermüdlicher Fürsorge.
5. Große Leistungen in Krieg und Frieden entstehen nur in unerschütterlicher Kampfgemeinschaft von Führer und Truppe.
6. Kampfgemeinschaft erfordert Kameradschaft. Sie bewährt sich besonders in Not und Gefahr.
7. Selbstbewußt und doch bescheiden, aufrecht und treu, gottesfürchtig und wahrhaft, verschwiegen und unbestechlich, soll der Soldat dem ganzen Volk ein Vorbild männlicher Kraft sein.

   Nur Leistungen berechtigen zum Stolz.
8. Größten Lohn und höchstes Glück findet der Soldat im Bewußtsein freudig erfüllter Pflicht.

   Charakter und Leistung bestimmen seinen Weg und Wert.

Telegramm des Führers zum Stapellauf des Kreuzers „Nürnberg"

Die Verbundenheit der Wehrmacht mit dem Nationalsozialismus kam auch in dem Telegramm zum Ausdruck, das der Führer zum Stapellauf des Kreuzers „Nürnberg" am 8. Dezember sandte:

„Mit dem Namen ‚Nürnberg' ist die deutsche Geschichte eng verknüpft. Nürnberg, die historische Stätte deutscher Vergangenheit, ist heute der Schauplatz der nationalsozialistischen Parteitage.

Als Träger dieses Namens verkörpert der neue Kreuzer die enge Verbundenheit der Wehrmacht mit der nationalsozialistischen Bewegung und läßt den Ruhm eines Kreuzers aus dem Weltkriege fortleben." —

Marine

Das Jahr 1934 brachte für die Marine eine wesentliche Erneuerung des veralteten Schiffsbestandes und durch diese Hebung der Kampfkraft einen verstärkten Schutz unserer Küsten, die ein Drittel der deutschen Grenze ausmachen. Unter Führung des Chefs der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, und des Flottenchefs, Vizeadmiral Förster, dient so die Flotte dem Schutze unserer Grenze, dem Schutze des deutschen Seehandels, dem Schutze der Neutralität in deutschen Gewässern. — Es ist in diesem Zusammenhang die Feststellung interessant, daß der deutsche Marinehaushalt im Jahre 1934 223 Millionen RM. betrug — gegenüber 700 Millionen des sich stets „bedroht fühlenden" Frankreichs. —

Chef der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Raeder

Führerbesuche bei der Flotte

Mehrfach besuchte der Führer selbst die Flotte, wobei er im Sommer mit dem Panzerkreuzer „Deutschland" eine Reise in die norwegischen Gewässer unternahm.

Auslandsreisen deutscher Kreuzer

Als erfolgreiche Gegenwirkung gegen die anti-deutsche Vergiftung der „öffentlichen Weltmeinung" entsandte die Marineleitung die

Kreuzer „Emden“ und „Karlsruhe“ ins Ausland, um dort vor der Welt und auch den im Ausland lebenden Deutschen den deutschen Behauptungswillen zu beweisen. (Ebenso suchten englische, französische und niederländische Kriegsschiffe mehrfach deutsche Häfen auf.) —

Kampf um Deutschlands Freiheit in der Luft

Gleichzeitig kämpfte Deutschland um seine Freiheit zur Luft, die man ihm immer noch vorenthalten wollte (siehe Band 1933, Seite 219). Und der Reichsluftfahrtminister Hermann Göring prägte das Wort: „Das deutsche Volk muß ein Volk von Fliegern werden!“ Hinsichtlich des Schutzes der Heimat vor gegnerischen Luftangriffen sei an die energisch fortgeführte und umfangreiche Arbeit des am 29. April 1933 gegründeten Reichsluftschutzbundes erinnert. —

Wehrmacht und Volk

Zurückkommend auf die deutsche Wehrmacht — muß eins noch einmal in aller Klarheit herausgestellt werden: Der Weg der Wehrmacht zur Volksverbundenheit, wie er in all den aufgeführten Geschehnissen zum Ausdruck gekommen ist, ebenso aber auch in der Beteiligung der Wehrmacht an den Feiern des 1. Mai und des 1. Oktober (Tag des deutschen Bauern) und bei anderen Gelegenheiten. Angeführt sei hier die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und dem „Reichsbund Volkstum und Heimat“ (Erlaß des Reichswehrministers vom 7. Juli).

Die Reichswehr beim Winterhilfswerk

Vor allem aber sei hier der Einsatz der Reichswehr beim Winterhilfswerk hervorgehoben. Die Truppe sammelte mit ihren Fahrzeugen Spenden ein, sammelte aber ebenso in ihren eigenen Reihen und erzielte bereits beim Winterhilfswerk 1933/34 ein Sammelergebnis in Höhe von 2½ Millionen RM. Und auch beim Winterhilfswerk wurde wieder eins bewiesen:

Wehrmacht und Volk sind im nationalsozialistischen Staat eine unlösliche Einheit geworden.

Blut und Boden

Politische und wirtschaftliche Freiheit

Wenn Deutschland um seine Gleichberechtigung auf militärischem Gebiete kämpfte, so deshalb, weil es diesen Kampf um seiner Freiheit willen führen mußte. Dieses Ringen um die politische Freiheit der Nation mußte sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete abspielen: Wirtschaftsdenken und Wirtschaftsplanen wurden vor die gewaltige Aufgabe gestellt, die Bedarfsdeckung des Volkes im eigenen Lande sicherzustellen. Denn nur das Volk ist wirklich frei, das durch keinen ausländischen wirtschaftlichen Druck in die Knie gezwungen werden kann. Den Bedarf an Lebensmitteln und Roh-

stoffen aus der eigenen Volkswirtschaft decken zu können, ist das Ziel eines solchen wirtschaftlichen Freiheitskampfes. Selbstverständlich konnte in Deutschland ein solches Ziel — vor allem hinsichtlich der Rohstoffe — nicht im Jahre 1934 voll verwirklicht werden. Es wurden aber beachtliche Fortschritte erreicht — es sei z. B. an die Holzverwertung sowohl zur Faserstoffgewinnung wie zur Treibstoffherstellung hingewiesen. (Es sei auch auf unsere außenhandelspolitischen Betrachtungen im 16. Abschnitt hingewiesen.) — Und wenn der Reichsbauernführer Pg. Darré beim zweiten Reichsbauerntag in Goslar — worüber weiter unten noch eingehender zu sprechen sein wird — die Parole „Erzeugungsschlacht" ausgab, so leitete er damit einen gigantischen Kampf um die deutsche Freiheit ein!

Schreiben des Führers und Reichskanzlers an den Reichsbauernführer

Und wenn das deutsche Bauerntum hier zu einer Schlacht aufgerufen wurde, so sei daran erinnert, daß der Führer am 29. August an den Reichsbauernführer ein Schreiben richtete, das lautete:

> „Lieber Parteigenosse Darré!
> Die Wahl vom 19. August hat erneut bewiesen, daß das deutsche Bauerntum in seiner überwältigenden Mehrheit einmütig zum nationalsozialistischen Staat steht. Dies ist mit in erster Linie Ihrer Arbeit zuzuschreiben.
> Indem ich Ihnen dafür danke, danke ich den Millionen deutscher Bauern, die nicht nur sich, sondern der ganzen Nation durch ihre Treue und Standhaftigkeit eine bessere Zukunft sichern halfen."

— und daß es in einer darauf folgenden Erklärung des Reichsbauernführers hieß:

> „Wir sind entschlossen, unsere Treue dadurch zu beweisen, daß wir lieber als freie Bauern mit Adolf Hitler für seine Staatsidee fallen, als dulden wollen, daß nochmals undeutsche Kräfte uns Bauern zu Knechten eines artfremden Herrschaftssystems in Deutschland machen."

Das Bauerntum im Jahre 1934

Das Bauerntum — durch Erbhofrecht und Marktordnung (siehe 4. Abschnitt) vor dem Kapitalismus gerettet, durch den Nationalsozialismus wieder zu einem zukunftsstarken Leben erweckt — sollte in vorderster Front diese Erzeugungsschlacht ausfechten. Und das Jahr 1934 hat bewiesen, daß der Bauer zu einem widerstandsfähigen Kämpfer geworden war — denn auf das Rekord-Erntejahr 1933 war 1934 ein dürres Jahr gefolgt, und in manchen Teilen des Reiches konnte von einer Mißernte gesprochen werden. Aber gerade diese Belastungsprobe bewies die hundertprozentige Richtigkeit der nationalsozialistischen Bauernpolitik: Die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes blieb gesichert; der deutsche Bauer blieb vor der wirtschaftlichen Katastrophe bewahrt.

Die Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 14. Juli ging über alle bisher vorhandenen Regelungen weit hinaus: Im Erntejahr 1933/34 waren die Deiche zur Rettung der Landwirtschaft vor der kapitalistischen Zerstörung errichtet worden. Das Erntejahr 1934/35 schuf, neu aufbauend, ganze Arbeit: das bereits vorhandene — auf der Autorität des Staates aufgebaute — Festpreissystem wurde jetzt durch eine neue Getreidewirtschaftsorganisation wirtschaftlich untermauert. Die vollkommene Marktregelung wurde Wirklichkeit. 19 Getreidewirtschaftsverbände wurden gebildet. Sie umfassen: Erzeuger, Be- und Verarbeiter von Getreide, Getreide- und Mehlhandel einschließlich der Genossenschaften, Bäcker und Brotfabriken. Die 19 Verbände wurden zu einer Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft zusammengefaßt — gemeinsam mit der Vereinigung der Roggen- und Weizenmühlen. Ueber das Ziel dieser Zusammenfassung sagt die Satzung: Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft

Getreidewirtschaftsorganisation

„Der Getreidewirtschaftsverband hat die Aufgabe, unter Wahrung der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls sowie der beteiligten Wirtschaftsstufen den Absatz und die Verwertung von Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) und Erzeugnissen hieraus und von Brot sowie die Preise und Preisspannen für Erzeugnisse aus Getreide und für Brot so zu regeln, daß die Versorgung der Verbraucher sichergestellt ist."

Damit waren die Pläne verwirklicht worden, die bereits in den Kampfjahren im Braunen Haus ausgearbeitet worden waren — und die jetzt die Katastrophe verhüteten. Denn ohne die neue Getreidepolitik hätte die Rekordernte des Jahres 1933 den Zusammenbruch der deutschen Getreidemärkte bedeutet. Das nationalsozialistische Festpreissystem verhinderte diesen Zusammenbruch. Statt eines Preissturzes konnte das deutsche Getreide über doppeltem Weltmarktpreis abgesetzt werden. Die Rekordernte wurde nicht sinnlos verschleudert. Der Regierung stand jetzt eine Reserve von 2 Millionen Tonnen zur Verfügung. — Und als die Ernte 1934 wesentlich schlechter ausfiel als im Vorjahre (mit 11,7 Millionen Tonnen stellte sie allerdings immerhin noch den Durchschnitt der letzten zehn Erntejahre dar), wurde der Verbraucher vor kapitalistischer Spekulation geschützt. Der Brotbedarf des Volkes war gedeckt. Die Tatsache, daß die Ernte 1934 22,8 Prozent hinter der des Vorjahres zurückgeblieben war, würde von der Spekulation in eigennütziger Weise benützt worden sein, das Volk würde durch erhebliche Brotteuerung in Elend und Hunger getrieben worden sein — wenn nicht die nationalsozialistische Getreidepolitik dies ein für allemal unmöglich gemacht hätte: Kein Spekulant hat heute mehr die Möglichkeit,

Die Ernten 1933 und 1934

Auswirkung der Festpreise

auf Kosten der Brotversorgung des Volkes mühelos Gewinne einzustecken!

So haben die Festpreise Verbraucherschaft und Bauerntum vor egoistischer Gewissenlosigkeit gerettet. Sie haben keine Verteuerung gebracht — wie man im Auslande gern behauptet —: Die Ernährungskosten sind auch heute noch die niedrigsten in den Gesamtlebenshaltungskosten.

Neuordnung in der Fettwirtschaft (Es sei in diesem Zusammenhang an die Neuordnung in der Fettwirtschaft ab 1. November erinnert, die eine Verbilligung der „Konsummargarine", Fettverbilligung für Arbeitslose und andere Erleichterungen für die Verbraucherschaft für den Winter brachte. Ab 21. November wurden endgültig Festpreise auch für die Butter festgelegt.)

Erntedankfest Die nationalsozialistische Agrarpolitik war ein Sieg des deutschen Bauerntums, ein Sieg der ganzen Nation. Und am 30. September feierte das ganze deutsche Volk zusammen mit dem Bauerntum diesen Sieg beim Erntedankfest. Im ganzen Reiche wurde der Tag feierlich begangen. Und wie im Vorjahre fand der große Staatsakt auf dem Bückeberg statt. Er wurde zum „größten Thing aller Zeiten":
Rede Darrés 700 000 waren auf dem Bückeberg versammelt. Aus der inhaltsreichen Ansprache des Reichsbauernführers an die Bauern und Bäuerinnen entnehmen wir folgende Sätze:

„. . . Der bewußte Verzicht des deutschen Bauerntums, in diesem Jahre auf eine Erhöhung der Brot- und Butterpreise hinzuwirken, kann gut und gerne veranschlagt werden mit über einer halben Milliarde Reichsmark. Dies konnte das Bauerntum jedoch nur tun, weil die Grundgesetze der nationalsozialistischen Agrarpolitik ihm unabhängig von den Gesetzen der Märkte das Dasein auf seiner Scholle sicherstellen. So haben wir auf den Lebensmittelmärkten nicht mehr einen Preis, der sich nach liberalistischen Gesichtspunkten richtet, sondern einen Preis, der den volkswirtschaftlichen Gerechtigkeiten folgt. Das deutsche Bauerntum hat damit seinen uralten Gegensatz zwischen Stadt und Land überwunden und dem deutschen Arbeitertum bewiesen, daß ihnen der nationalsozialistische Grundsatz — „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" — keine leere Phrase ist, sondern tiefe sittliche Verantwortlichkeit. Mögen manche Teile des Volkes die Maßnahmen der nationalsozialistischen Agrarpolitik auch für töricht ansehen, darüber jedoch besteht kein Zweifel, daß in dem vergangenen System der Demokratie die durch die Spekulation mit Lebensmitteln ausgelösten Härten gegenüber dem Bauern und hungernden Arbeiter weitaus größer gewesen sind.

Der Nationalsozialismus steht nun einmal auf dem Standpunkt, daß es ein Verbrechen ist, mit den Nahrungsmitteln des Volkes Wucher zu treiben. Ich glaube sagen zu dürfen, daß nur noch diejenigen Teile des deutschen Volkes diese Maßnahmen als hart empfinden, denen wir mit diesen Maßnahmen ihre Spekulationsgeschäfte verdorben haben.

Aber nicht nur preispolitisch auf dem Gebiete der Ernährung ist die nationalsozialistische Agrarpolitik vorwärtsgekommen, sondern auch an

der gewaltigen und großen, von unserem Führer befohlenen Arbeitsschlacht hat sie hervorragenden Anteil. Im vergangenen Jahr sind 200000 Mehreinstellungen vorgenommen worden. Dazu kommen 160000 bis 200000 Landhelfer...."

Dann sprach der Führer zum deutschen Bauerntum und schloß: Führerrede

„... Wer niemals seinen Acker bestellt hat, wird selbstverständlich auch niemals einen Mißerfolg erleiden.

Dafür aber ist sein Leben von vornherein nicht zum Erfolg mehr bestimmt. Wir aber wollen unser deutsches Reich bestellen, wollen in diesem Volke säen und mit Gottes gnädiger Hilfe einst auch ernten. Und wenn auch manchesmal der Hagel menschlicher Dummheit und Gemeinheit dieses oder jenes vernichtet: Es soll uns das nie wankend machen. Wenn Menschen ein richtiges Ziel ins Auge fassen und es dann tapfer und mutig unentwegt verfolgen und jede ihnen vom Himmel geschickte Prüfung mit starkem Herzen bestehen, dann wird ihnen am Ende eines Tages die allmächtige Vorsehung doch noch die Früchte ihres opfervollen Ringens geben. Denn Gott hat noch keinen auf dieser Welt verlassen, ehe er sich nicht selbst verlassen hat."

Nationalsozialistische Geisteshaltung und untätige Resignation sind elementare Gegensätze. Und die Worte des Führers gaben den gleichen Geist wieder, den er in den Anfangsjahren der Bewegung seiner kleinen Kämpferschar eingeflößt hatte — den Geist, der die nationalsozialistische Tatkraft ausmachte — den Geist, der uns die Kraft gab, trotz Tod und Terror scheinbar unüberwindliche Hindernisse zu stürmen — den Geist, der auch die Kämpfer vom 9. November 1923 beseelt hatte. Und als der Führer am 9. November 1934 in München — der elfjährigen Wiederkehr der blutig niedergeschlagenen ersten nationalsozialistischen Erhebung — im Rahmen der Feierlichkeiten zu Ehren unserer Gefallenen vor der Feldherrnhalle — der Stätte des 9. November 1923 — das Wort ergriff, sprach er vor der zur Vereidigung angetretenen Hitlerjugend: Gedenkfeier für die Gefallenen der Bewegung

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen! Ansprache des Führers

In tiefer Ergriffenheit stehen wir heute wieder an diesem Platz. Er ist die Mahnung an die ersten Toten unserer Bewegung, und es ist ein Symbol, daß auf diesem Platz die Vereidigung der Rekruten der Partei stattfindet.

Der Platz des Todes wird damit zur Schwurstätte des Lebens. Und wir können keine schönere Erinnerungsfeier an dieser Stelle abhalten, an der unsere Kameraden einst gefallen sind, als die Vereidigung derjenigen, die sich zu ihrem Werke als Jugend wieder bekennen.

Ihr werdet, ich weiß es, genau so treu sein, genau so tapfer sein, wie unsere alten Kameraden.

Und ihr werdet Kämpfer sein müssen. Denn noch sind viele, viele Gegner unserer Bewegung in Deutschland vorhanden. Sie wollen nicht, daß Deutschland stark sei. Sie wollen nicht, daß unser Volk einig sei. Sie wollen nicht, daß unser Volk seine Ehre vertritt. Sie wollen nicht, daß unser Volk frei sein soll.

Sie wollen es nicht, aber wir wollen es, und unser Wille wird

sie niederzwingen! Und euer Wille wird mit uns sein, und ihr werdet mithelfen, den Willen von damals zu erhalten und zu verewigen. Wir werden auch diese Letzten beugen unter diesen Willen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Zeit, die diese Opfer einst forderte, in Deutschland nach menschlichem Ermessen niemals wiederkehrt!

Die Partei ist heute nicht etwa am Ende ihrer Mission, sondern erst am Anfang! Sie ist erst in ihre Jugend eingetreten. Und so kommt ihr, meine deutsche Jugend, in nichts Fremdes hinein, sondern die Jugend stößt zur Bewegung der Jugend, und diese Bewegung der Jugend begrüßt euch deshalb als ihresgleichen.

Ihr habt die Aufgabe, mitzuhelfen an der Erfüllung dessen, was die Alten sich einst erhofften!

Ich habe die Ueberzeugung von euch, daß ihr, die ihr schon im Geiste dieses neuen Deutschlands gewachsen und geworden seid, diese Aufgabe erfüllen werdet, daß ihr eingedenk sein werdet unseres alten Bekenntnisses, daß es nicht wichtig ist, daß auch nur einer von uns lebt, aber notwendig, daß Deutschland lebt!"

Am gleichen Tage verfügte der Führer:

Ehrensold für die Hinterbliebenen unserer Gefallenen

„Unsere Toten haben für die Bewegung das größte Opfer gebracht. Sie haben im Dienste der nationalsozialistischen Idee und für die Eroberung des Staates ihr Leben hingegeben. Ihr Andenken zu ehren und ihren Hinterbliebenen den Dank der Bewegung in sichtbarer Form abzustatten, ist eine Ehrenaufgabe für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Ich bestimme daher unter dem 9. November 1934, dem 11. Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung in München und des großen Opfers unserer ersten Blutzeugen:

1. Aus den Mitteln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird jährlich ein Betrag von einer halben Million für die unmittelbaren Angehörigen unserer Gefallenen zur Verfügung gestellt.
2. Die Verteilung dieses Betrages erfolgt je nach Lage der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der betroffenen Familie.
3. Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsschatzmeister der NSDAP." —

Zweiter Reichsbauerntag in Goslar

Rede Darré

Das nationalsozialistische Deutschland gedachte in Ehrfurcht seiner Gefallenen — es blickte in mutiger Entschlossenheit in die Zukunft: Wenige Tage später rief der Reichsbauernführer die deutschen Bauern zur Erzeugungsschlacht auf. Beim Zweiten Reichsbauerntag in Goslar, über dem das Wort des Führers stand: „Deutschland wird ein Bauernland sein oder es wird nicht sein!" — ergriff Pg. Darré am 18. November das Wort zu einer bedeutsamen Rede, in der er weltanschauliche Grundlage, Ziel und Leistung der nationalsozialistischen Bauernpolitik umriß. Er schloß seine umfassenden Ausführungen mit den entscheidenden Sätzen:

„... Aus dieser Sachlage heraus muß ich an das deutsche Bauerntum den Appell richten, sich einzureihen in die kommende Erzeugungsschlacht. Seit Jahren betone ich, daß der Mensch nicht arbeiten kann, ohne zu essen, allerdings essen kann, ohne zu arbeiten. Da also das Essen die primitive Voraussetzung jedes menschlichen Daseins ist, ist die Steigerung des Rohertrages unserer Lebensmittelproduktion die Voraussetzung für die wirtschaftliche Behauptung des deutschen Volkes. Ich weiß, daß Gegner unseres Führers innerhalb

unseres deutschen Volkes den Versuch machen, durch Störung dieser Lebensmittelerzeugung ihm die Grundlage seiner Position zu erschüttern. Ich belasse es heute bei dem reinen Aussprechen dieser Tatsache. Die hier versammelten Bauernführer weise ich aber darauf hin, daß es ihre Aufgabe ist, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, und diese Mittel sind ihnen in Sondertagungen und Referaten auf diesem Reichsbauerntage eingehend gezeigt worden, die Erzeugung von Lebensmitteln zu steigern. Und wenn mir einer sagt, woher ich den Mut nehme, dies von ihnen zu fordern, dann muß ich ihm antworten, daß, wenn ich nicht mehr den Mut zum Handeln habe, ich mich auch nicht wundern darf, wenn meine Gegner über mich triumphieren. Vor Jahren hatten wir Nationalsozialisten den Mut, das Bauerntum aufzufordern, trotz seiner verzweifelten Lage im alten System unverändert die Ernte für das deutsche Volk zu erstellen. Wir haben damit die Voraussetzungen für die Volksernährung des Jahres 1933 überhaupt erst ermöglicht und damit eine noch wenig beachtete Voraussetzung für dieses glorreiche Jahr geschaffen. Wenn wir heute den gleichen Appell an Sie richten, dann unter Bedingungen, die sehr viel einfacher sind als damals. Weil heute sich jeder ausrechnen kann, daß, wenn der Staat Adolf Hitlers nicht bestehen bleibt, wir alle erledigt sind.

Und als letztes: Indem das deutsche Bauerntum begonnen hat, mit der Ordnung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse anzufangen, wird über kurz oder lang die übrige Wirtschaft nach den gleichen Prinzipien sich in die Front des Bauern einreihen müssen. An dieser Tatsache werden Maßnahmen und Mätzchen liberaler Gegner gar nichts ändern, weil die Frage gar nicht darum geht, welche Theorien richtig sind, sondern ausschließlich darum, ob der heutige Staat sich behauptet oder nicht. Wenn aber dieser Staat sich behaupten will, dann wird auch der landwirtschaftliche Sektor unserer Wirtschaft unseren Grundgedanken folgen müssen. Und dann wird die Wirtschaft des deutschen Volkes die erste Wirtschaft der Welt sein, die auf einer neuen Ordnung aufgebaut ist und in welcher nicht mehr die Geldsucht des Händlers, sondern das Ethos der Arbeit die Achse aller Ueberlegungen ist. Und dann, aber auch erst dann wird sich von hier aus die endgültige Ordnung der Beziehungen der Gesamtwirtschaft Deutschlands zu den Wirtschaften der anderen Länder vollziehen, wie wir sie auf unserem Gebiet schon mit manchem Erfolg eingeleitet haben. Dann wird Europa zu jener Ordnung kommen, die der einzige Garant für einen europäischen Frieden ist.

So zeichnet sich am Horizont das Bild einer neuen Ordnung ab, deren Wurzel die Idee Adolf Hitlers vom Volke ist, die vom Bauerntum als erstem Stand begriffen und durchgeführt wurde, und die in ihrem Endergebnis die alte Sehnsucht der Völker nach einem europäischen Wirtschaftsfrieden realisieren wird. Weil unser Führer uns der Garant für diese neue Idee der Wirtschaftsordnung ist, ist er letzten Endes in seiner Person auch der Garant für den Frieden in Europa. In diesem Sinne, Bauern, Heil Hitler!"

Die Erzeugungsschlacht soll Deutschland zunächst die volle Nahrungsfreiheit erobern. Der Einwand, daß dadurch die landwirtschaftliche Einfuhr als Tauschobjekt gegen entsprechende deutsche industrielle Ausfuhr (bei Handelsverträgen) in Fortfall komme, ein deutscher Export also verhindert werde, ist falsch. Das Gegenteil ist richtig: Die Lebensmitteleinfuhr ist ein zweifelhaftes Tauschobjekt für Erzeugungsschlacht

eine entsprechende deutsche Warenausfuhr, solange wir mangels eigener ausreichender Lebensmittel *gezwungen* sind, Lebensmittel einzuführen. Denn der ausländische Vertragspartner wird für eine deutsche Gegenleistung *weniger* geben, wenn er weiß, daß wir diese Gegenleistung als solche (wenn auch vielleicht an einen anderen Staat) geben *müssen*. Ist dagegen unsere Ernährungsgrundlage an sich ausreichend und bieten wir als Tauschobjekt in Handelsvertragsverhandlungen eine für uns tragbare Lebensmitteleinfuhr *zusätzlicher Art*, die für Deutschland an sich *nicht* lebensnotwendig ist, so ist ein solches ungezwungenes Angebot aus psychologischen Gründen naturgemäß *wertvoller*. Die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten werden also durch den Erfolg der Erzeugungsschlacht *nicht* beeinträchtigt. Außerdem: Soweit Devisen für die Einfuhr zur Verfügung gestellt werden können, müssen sie angesichts der Devisenknappheit (siehe 7. Abschnitt) natürlich in *erster* Linie für die *Rohstoffeinfuhr* Verwendung finden, da es natürlich in Deutschland wesentlich schwieriger ist, der restlosen Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffen näherzukommen (obwohl auch auf diesem Gebiete — wie bereits gesagt — gearbeitet wurde), als Deutschlands Nahrungsmittelfreiheit zu schaffen. Daraus bereits ergibt sich die Verpflichtung, die Einfuhrnotwendigkeit bei Lebensmitteln durch *verstärkte eigene* Erzeugung *zu beseitigen*. Diese Verstärkung belebt gleichzeitig die deutsche Landwirtschaft, damit die gesamte Volkswirtschaft, damit wieder die Arbeitsbeschaffung — so greift eins ins andere, um das Tempo der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands zu beschleunigen.

Vor allem aber: Die politische Freiheit ist undenkbar *ohne* die Nahrungsfreiheit. Die Methode, ein Volk auszuhungern, ist so alt wie die Geschichte der Kriege. Und der Weltkrieg hat in dieser Richtung Deutschland eine bittere Lehre und eine gerechte Quittung für die Vorkriegspolitik (*nach* Bismarck) erteilt. Daß die Nachkriegspolitiker diese Lehre ignorierten und die bauernvernichtende Politik verstärkt fortsetzten, bewies ihre Unfähigkeit und völlige Ideenlosigkeit. Ein in seiner Nahrung abhängiges Volk bietet für einen mächtigeren Nachbarn ebenso einen ständigen Anreiz zum Angriff wie ein militärisch wehrloses Volk. Und auch im *Frieden* ist ein solches Volk *nie* frei — weder in seiner Wirtschaftspolitik noch in anderen Maßnahmen.

Das *nationalsozialistische Deutschland*, dem Freiheit und Ehre der Nation höchste Güter sind, das dem Leben des Volkes und nicht internationalen kapitalistischen Interessen dient, muß, will und *wird* die deutsche Nahrungsfreiheit erkämpfen.

Am 15. Dezember wurden vom Stabsamte des Reichsbauern-

führers „Die 10 Gebote der Erzeugungsschlacht für den deutschen Bauern“ bekanntgegeben, in denen es u. a. heißt:

„Die 10 Gebote der Erzeugungsschlacht für den deutschen Bauern“

Nutze deinen Boden intensiv: Das raumarme Deutschland kann sich Extensität nicht leisten.

Deutschland ist arm an Raum, Deutschland ist aber reich an Volk und reich an allen Hilfsmitteln, um aus dem beschränkten Raum die Ernährung seines Volkes sicherzustellen, und zu einem erheblichen Teil gewerbliche Rohstoffe zu erzeugen. Weil das Ausland die Annahme deutscher Ausfuhrerzeugnisse verweigert und weil dadurch Deutschland die fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht einführen kann, deshalb ist das deutsche Volk für die Zukunft allein auf seine eigene Kraft und seine eigene Erzeugung angewiesen.

Erzeuge daher mehr aus deinem Boden, denn das, was du bisher erzeugt hast, reicht nicht aus, um die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.

Dünge mehr und dünge richtig! Wo mehr wachsen soll, werden auch mehr Stoffe verbraucht....

Wirtschafte vielseitig und vermeide die Einseitigkeit im Anbau; denn Vielseitigkeit ist Sicherheit, Einseitigkeit aber Unsicherheit im Ertrag für dich und das deutsche Volk.

Nur bei vielseitiger bzw. mehrseitiger Wirtschaftsweise ist auf die Dauer die Stetigkeit und Sicherheit des Gesamtertrages gewährleistet, denn das Risiko „ungünstiger Witterung“ ist nur dort untragbar, wo Einseitigkeit im Anbau herrscht...

Wirtschafte vielseitig, vermeide aber die Vergrößerung der Anbaufläche der Früchte, die das deutsche Volk nicht braucht und die in deinem Betrieb unsichere Ernten geben.

Das Volk braucht mehr Getreide: Steigere deine Erntemenge, aber nicht deine bisherige Gesamtgetreideanbaufläche, damit Raum bleibt für den Anbau anderer wichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, die das deutsche Volk braucht. . .

Deutschland braucht mehr wirtschaftseigenes Futter; steigere die Futtererzeugung auf den vorhandenen Dauerfutterflächen durch Bodenverbesserung, intensivste Düngung, richtigen Weideumtrieb, bessere Ernte- und Aufbewahrungsmethoden. Denke an den Zwischenfruchtbau.

Deutschland braucht die Erzeugnisse der Oel- und Faserpflanzen; diese Früchte sind im Anbau in den letzten Jahrzehnten so zurückgegangen, daß hier eine Ertragssteigerung nur durch stärkeren Anbau von Raps, Rübsen, Mohn, Flachs und Hanf erreicht werden kann. Es ist deine Pflicht, für die Erzielung von Höchsterträgen je Fläche zu sorgen. Kennst du die Hilfen, die die nationalsozialistische Staatsführung dir beim Anbau dieser Früchte gewährt?

Deutschland braucht mehr Kartoffeln als Grundlage seiner Schweinehaltung und als Rohstoff für Treibspiritus. Steigere daher die Erträge, du sparst Kosten für dich und Devisen für ausländisches Futtergetreide und Treibstoffe.

Handelst du danach, so ist dein Betrieb vielseitig und läuft nicht Gefahr, Früchte zu erzeugen, die die deutsche Volkswirtschaft nicht braucht. Vergiß nicht: Nur darauf besteht dein Anrecht auf Abnahme, was das Volk braucht.

Baue Grünfutter als Zwischenfrucht, so sparst du Kraftfutter und das Volk Devisen....

Verbessere deinen Boden durch Meliorationen. Wandle Oedland in Nutzland.... Verwerte sparsam, was du auf deinem Boden erzeugst....

Die Organisation des Reichsnährstandes nahm — in engster Zusammenarbeit mit der Partei und dem Agrarpolitischen Apparat der NSDAP — die Propaganda für die Erzeugungsschlacht auf. In allen Dörfern wurden in vierzehntägig stattfindenden Sprechabenden Parolen, Sinn und Durchführung der Erzeugungsschlacht klargemacht.

Staatliche Maßnahmen unterstützten die Erzeugungsschlacht (Sicherung der Düngemittel und Saatgutversorgung). —

Das bereits Errungene wurde ausgebaut.

Erfolge der Erzeugungsschlacht

(Denn schon 1933 war es nötig gewesen, durch Verminderung der Lebensmitteleinfuhr 4 Millionen RM. in Devisen zu sparen. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Einfuhr seit der nationalsozialistischen Erhebung betrug gegenüber 1932: Butter 9519 Tonnen, Käse 16300, Eier 68306, Schmalz 73074, Talg 3404, Margarine 11359, pflanzliche Oele und Fette 25907. — Die Gesundung der deutschen Landwirtschaft zeigte sich auch darin, daß der deutsche Bauer im Jahre 1934 für 350 Millionen RM. **mehr** Aufträge an die Wirtschaft erteilte als im Jahre 1932.)

Meliorationen und Gewinnung von Neuland

Der nationalsozialistische Staat ging mit bisher in Deutschland noch nicht erlebter Intensität an die **Verbesserung des Bodens und die Gewinnung von Neuland.**

Man schätzt die Fläche, die heute zwar als Kulturland verwendet wird, aber stark **entwässerungsbedürftig** ist, auf 8,5 **Millionen Hektar**, die **bewässerungsbedürftige** Fläche auf 11 **Millionen Hektar**. Dazu **kommen noch 600000 Hektar Oedland.**

Während 1932 27 Millionen RM. für Meliorationen zur Verfügung gestellt wurden, waren es 1933 **270 Millionen!** Während früher durchschnittlich 68500 Notstandsarbeiter in der Landeskultur beschäftigt wurden, waren es im März 1934 bereits 631000 **Mann.** Von den im Arbeitsdienst stehenden 230000 Arbeitsmännern wurden **190000** in der Landeskultur angesetzt. Und **18000 Hektar Oedland** wurden bereits in fruchtbare Fläche verwandelt und so der deutschen Landwirtschaft, der Ernährung des deutschen Volkes erschlossen.

Neubildung deutschen Bauerntums

Die **Neubildung deutschen Bauerntums** (siehe Band 1933, Seite 272), die im Jahre 1933 in Angriff genommen worden war, konnte dementsprechend wesentliche Fortschritte machen. In einem Jahresbericht des Reichsbauernführers über das erste Jahr (vom 23. September) heißt es:

„.... **Mit der Neubildung deutschen Bauerntums** hat das Bauernsiedlungswerk eine völlig **neue Zielsetzung** erfahren. Die damit im Reichsinteresse zu lösenden grenz-, bevölkerungs- und sozialpolitischen Aufgaben werden, **unter Einsatz der rassisch und erbgesundheitlich besten deutschen Bauernjugend** in Angriff genommen. Die jetzt gegründeten Höfe werden als **Erbhöfe** in ihrem Besitzstand auf fernste Zeiten gesichert.

Ueber 130000 Hektar Land sind in diesem Jahr für das Bauernsiedlungswerk bereitgestellt worden. Daneben hat die Entschuldung im Osthilfegebiet in diesem Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Ueber 15000 Höfe haben eine Ueberprüfung ihrer Schuldenlast erfahren. Ueber 138 Millionen RM. sind im letztverflossenen Jahr in die notleidenden Gebiete geleitet. Gerade bei der Neubildung des deutschen Bauerntums haben wir neben allem anderen auch das große Ziel im Auge, dadurch eine weitere Stärkung unserer nationalen Selbstversorgungsmöglichkeiten herbeizuführen..."

Am 1. Oktober konnte festgestellt werden: Im Jahre 1934 waren bis zu diesem Zeitpunkt 6780 Neubauernhöfe auf 554000 Morgen geschaffen (im Jahre 1933 4900 Höfe auf 310000 Morgen). —

Mit dieser ständigen Steigerung und Kräftigung des Bauerntums stärkte der nationalsozialistische Staat gleichzeitig den „Blutsquell der nordischen Rasse" — die rassische Kraft der Nation.

Bevölkerungspolitik

Der bewußte rassische Aufbau des Volkes (siehe Band 1933, 18. Abschnitt) fand im Jahre 1934 seine folgerichtige Weiterentwicklung. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen und die bevölkerungspolitische Aufklärungsaktion hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Zahl der Eheschließungen stieg. Die Geburtenziffer stieg. Bei der nationalsozialistischen Machtübernahme stand sie auf 10 bis 11 auf 1000 Einwohner pro Jahr. Ab Januar 1934 fing sie unverkennbar zu steigen an, und im April war die Geburtenhäufigkeit bereits auf 14,4 gestiegen. Wenn damit auch bei weitem noch nicht etwa von einem erreichten Ziel gesprochen werden konnte, so wurde doch klar, daß Deutschland sich auf dem Wege zur bevölkerungspolitischen Gesundung befand. Dabei kam es dem nationalsozialistischen Staat selbstverständlich nicht schlechthin auf die Zahl, sondern vor allem auch auf den den rassischen Wert des Nachwuchses an, wie seine gesetzgeberischen Maßnahmen im Jahre 1933 (Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Band 1933, Seite 268 — Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und Sittlichkeitsverbrecher, Band 1933, Seite 271) eindeutig bewiesen.

Geburtenziffer

Arbeitstagung des Sachverständigenbeirats für Volksgesundheit

Das kam auch in der am 3. März begonnenen Arbeitstagung des Sachverständigenbeirats für Volksgesundheit in München zum Ausdruck. Ministerialdirektor Dr. Gütt (Reichsinnenministerium) machte hier wichtige Ausführungen über die in Vorbereitung befindlichen Pläne: erbbiologische Bestandsaufnahme deutschen Erbgutes, Einrichtung von Abteilungen für Erb- und Rassenpflege bei den Gesundheitsämtern, Umbildung der Standesämter in Sippenämter, ausreichender Lastenausgleich für kinderreiche Familien usw.

Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege

Am 14. April fand in Dresden die Eröffnung der ersten deutschen „Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege" statt.

Ehrenpatenschaften der Stadt Berlin

Am 20. April, dem Geburtstage des Führers, traten die Bestimmungen über die Ehrenpatenschaften der Stadt Berlin in Kraft, wonach Berlin die Ehrenpatenschaft für die dritten und vierten Kinder jeder Ehe übernimmt, die den erbbiologischen Anforderungen genügen. (Die Stadt Berlin gewährt ihren Ehrenpatenkindern im ersten Lebensjahr eine monatliche Unterstützung von 30 RM., vom 2. bis zum 14. Lebensjahr 20 RM.)

Zur organisatorischen Klarstellung machte der Stellvertreter des Führers am 15. Mai bekannt:

> Um eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu vermeiden, wird folgendes verfügt:
>
> Für die gesundheitlichen Belange sämtlicher Parteiorganisationen — mit Ausnahme der SA und der SS — ist mir allein verantwortlich mein Vertrauensmann für alle Fragen der Volksgesundheit und Amtsleiter des NS-Aerztebundes, Dr. med. Wagner. Er ist berechtigt, zur Sicherung des bestmöglichen Gesundheitszustandes einheitliche, für sämtliche Parteiorganisationen verbindliche Weisungen herauszugeben.
>
> München, den 15. Mai 1934.
>
> gez. Rudolf Heß.

Rassenpolitisches Amt der NSDAP

> Das Aufklärungsamt der NSDAP für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege führt in Zukunft die Bezeichnung Rassenpolitisches Amt der NSDAP.
>
> Der Leiter dieser Dienststelle ist Pg. Dr. med. Walter Groß. In den Aufgabenkreis des Amtes fallen außer der Vereinheitlichung und Ueberwachung von Schulung und Propaganda auf den einschlägigen Gebieten auch alle sachlichen, bevölkerungs- und rassepolitischen Fragen, soweit sie von der Partei bearbeitet werden.
>
> München, den 15. Mai 1934.
>
> gez. Rudolf Heß.

Amt für Volksgesundheit

Am 22. Juni wurde bekanntgegeben, daß Pg. Dr. Wagner mit der Leitung eines neugeschaffenen Amtes für Volksgesundheit bei der Obersten Leitung der PO beauftragt worden war, und daß der „Sachverständigenbeirat für Volksgesundheit" lediglich als ihre beratende Stelle bestehen bleibt.

Die Aufgabe der Aerzte

Die Diener der Volksgesundheit, in erster Linie die Aerzte, hatten ihren Beruf nicht mehr nur vom Blickpunkt des einzelnen Patienten aus zu sehen, sondern — gemäß der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihrer rassischen Erkenntnis — in erster Linie vom Standpunkt der Gesundheit und erbbiologischen Kraft des gesamten Volkes. Dieser geistigen Umstellung zu dienen, mußte wesentliche Aufgabe der in den Jahren 1933 und 1934 auf diesem Gebiete geschaffenen Institutionen und beauftragten Männer sein. —

Verwaltungswissenschaftliche Woche für Standesbeamte

Unter dem Leitmotiv „Vom Standesamt zum Sippenamt" eröffnete Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick am 8. Oktober die Verwaltungswissenschaftliche Woche für Standesbeamte (in der Verwaltungsakademie Berlin) und stellte u. a. als Grundsatz fest:

„Der Aufstieg eines Volkes zu einer gesunden und innerlich starken Nation kann nur geschehen, wenn alle diejenigen Kräfte unwirksam geworden sind, deren Ziel und Absicht es ist, die klare Linie der Entwicklung zu zerstören und die innere Haltung der Volksgenossen zu zersetzen. Deshalb scheiden wir Blut von Blut, Art von Art, deutsches Blut vom fremden Blutseinfluß, weil wir den klaren Strom unserer rassischen Vergangenheit nicht in ein Wirrsal von ungeklärten Rassenmischungen verebben lassen wollen, weil wir die Volksgemeinschaft nicht als ein Schlagwort für die Zusammenfassung von einer Millionenzahl von Menschen gebrauchen wollen, sondern sie als Blutsgemeinschaft sehen...."

Die umfassenden Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates auf rassenpolitischem Gebiete wurden andeutungsweise bereits aus der obigen chronologischen Aneinanderreihung von Tatsachen ersichtlich (wie auch aus dem 18. Abschnitt des Bandes 1933). Um ein Bild von der Praxis dieser Arbeit zu geben, sei in großen Zügen die Tätigkeit des „Thüringischen Landesamts für Rassewesen" aufgezeichnet. Dieses Landesamt, dessen Präsident der Professor Dr. Astel ist, wird in seiner Arbeitsweise als vorbildlich anerkannt. Es wurde am 15. Juli 1933 ins Leben gerufen, und erhielt die Aufgabe, alle bevölkerungspolitisch notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen: Sicherung ausreichender Fortpflanzung erbgesunder deutscher Menschen und Befreiung des Lebensstromes des deutschen Volkes von kranken Erbanlagen. Das Landesamt für Rassewesen entfaltete eine umfangreiche Aufklärungs-, Werbe- und Schulungstätigkeit und führte in diesem Rahmen bis zum Jahresende 1934 133 vierzehntägige Kurse mit 9080 Teilnehmern durch (darunter 1921 politische Leiter der NSDAP, 384 Leiterinnen der NS-Frauenschaft, 1836 Bürgermeister, 2064 Lehrer und Lehrerinnen, 844 Juristen, 295 Polizeibeamte). In 8 mehrtägigen rassehygienischen Sonderkursen wurden 583 Aerzte geschult und 48 Juristen, aus denen sich die Erbgesundheits- und Erbgesundheitsobergerichts-Vorsitzenden rekrutierten. 311 Vorträge wurden darüber hinaus in ganz Thüringen gehalten; in 92 Orten wurden 173 Vorführungen des Volks-Lehrstücks „Erbstrom" von Dr. Dürre gegeben; ein Merkblatt „Erbstrom", das in straffer Kürze über die rassepolitischen Aufgaben unterrichtet, wurde an die gesamte Bevölkerung verteilt; eine Wanderausstellung „Thüringisches Rassewesen" konnte bisher 89000 Besucher aufweisen. — Das erbbiologische Archiv des Landesamts erfaßte in seinen Akten bereits 335000 Personen. — Auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurden bereits 2932 Sterilisierungsanträge eingereicht, 2180 bei den 18 Erbgesundheitsgerichten Thüringens bearbeitet, in 2062 Fällen auf Sterilisierung erkannt, 1166 Sterilisierungen bereits durchgeführt.

Thüringisches Landesamt für Rassewesen

— Die Sauckel-Marschler-Stiftung (von Reichsstatthalter Pg. Sauckel und Ministerpräsident Marschler gegründet) hat den Zweck, bedürftigen, kinderreichen, arischen, erbgesunden Familien Einfamilienhäuser mit Gartenland zu verschaffen. 141 solcher Heimstätten wurden bereits vergeben. — Die Kriminalbiologische Abteilung des Landesamtes verzeichnet fortlaufend die Kriminellen aller Strafanstalten, ermittelt die zur Sippschaft gehörenden Verwandten und prüft die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit rassehygienischen Eingreifens. — Sämtliche Bewerber um Einbürgerung müssen einen Unbedenklichkeitsvermerk des Landesamts beibringen. So wurden bisher 476 Einbürgerungsanträge bearbeitet. (Das Verfahren wurde vom Reichsinnenministerium als vorbildlich anerkannt.) — Das Landesamt unterhält eine kostenlose Beratungsstelle für Vererbungs- und Eheberatung. — Dem Präsidenten der Landesanstalt, Professor Astel, wurde an der Universität ein Lehrauftrag für menschliche Erbforschung und Rassenpolitik erteilt. —

Ohne damit die gesamte praktische Tätigkeit erschöpfend aufgeführt zu haben, ergibt sich bereits aus dieser nüchternen Aufzählung die ungeheuere Fülle grundsätzlicher und neuartiger Arbeit, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland eingesetzt hat. Zum ersten Male in der Geschichte der Nationen wurde bewußt an den rassischen Wiederaufbau eines Volkes herangegangen — eine Tatsache von so weitgehender historischer Bedeutung, daß auch das Ausland nicht an ihr vorübergehen konnte. Und der Kongreß der Internationalen Vereinigung Eugenischer Organisationen in Zürich (in dessen Rahmen auch Professor Astel sprach) mußte die lebenswichtige Aufbauarbeit der deutschen Rassenpolitik uneingeschränkt anerkennen. Es sei im Zusammenhang damit erwähnt, daß dieser Kongreß der Rassenhygieniker sich in erfreulicher Weise auch gegen die Kriegshetze wandte und am 21. Juli eine Resolution folgenden Inhalts annahm:

Kongreß der Internationalen Vereinigung Eugenischer Organisationen in Zürich

„Die in der letzten Zeit in vielen Staaten erfolgte Zunahme des Interesses und die Ausdehnung der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Eugenik ermutigt die Versammlung des Internationalen Verbandes Eugenischer Organisationen, an der Gelehrte und Forscher sowie Sozialpolitiker aus Dänemark, Deutschland, England, Britisch-Borneo, Frankreich, Holland, Niederländisch-Indien, Oesterreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Vereinigte Staaten von Nordamerika zugegen sind, die Aufmerksamkeit der hohen Regierungen der zivilisierten Staaten auf den Umstand zu lenken, daß die Bevölkerung vieler Staaten beunruhigt ist durch die Drohung eines neuen großen Krieges, und daß ein solcher Krieg aufs neue gerade die durchschnittlich tüchtigeren Männer in Massen dahinraffen wird, so daß angesichts der nur äußerst schwer und langsam erfolgenden Regeneration der weitere Verlust an tüchtigem Menschenmaterial für die abendländische Kultur verhängnisvoll werden kann."

Frieden und Ehre

Wenn die Rassenhygieniker sich gegen die Kriegshetze wandten, so sprachen sie das aus, was jeder gesund empfindende und klar denkende Mensch auf unserer Erde fühlen mußte. Und wenn diese Ueberzeugung sich noch nicht hatte durchsetzen können, so deshalb, weil Judenpresse, Emigrantenblätter und von der Rüstungsindustrie bezahlte Zeitungen sich bemühten, die öffentliche Meinung täglich zu vergiften. Und auch die französische Politik bewegte sich noch nach wie vor in den alten unversöhnlichen und engen Bahnen.

Englische Paktentwürfe

Am 13. Juli erschien der britische Botschafter in Berlin, Sir Erik Phipps, beim Reichsaußenminister von Neurath, um der Reichsregierung im Auftrag seiner Regierung drei Paktentwürfe vorzulegen. Es handelte sich dabei um die altbekannten französischen Vorschläge: 1. eines russisch-französischen Bündnisses, 2. eines Ostlocarno-Vertrages und 3. eines Dachvertrages („acte général"). Es war weder von der Abrüstung, noch von deutscher Gleichberechtigung die Rede. — England hatte wieder einmal Vorspanndienste für die Paktpolitik Louis Barthous verrichten müssen, was besonders erstaunlich erscheinen mußte, wenn man sich an die unfreundliche Haltung erinnert, die der Quai d'Orsay gegenüber allen englischen Vermittlungsvorschlägen im ersten Halbjahr 1934 eingenommen hatte. Paris hatte die Abrüstungsentwürfe MacDonalds und Mussolinis praktisch torpediert, hatte Edens Mission zum scheitern und im April die Abrüstungsverhandlungen endgültig zum Stillstand gebracht; auch der scharfe Angriff Barthous auf Simon in Genf war noch in frischer Erinnerung. Da fuhr nun der französische Außenminister am 9. Juli nach London — „zwecks Festigung des französisch-englischen Verhältnisses". Man möchte sagen: Er kam, sah und siegte. Mit zauberhafter Geschwindigkeit bekam der alte Mann alle Fäden in die Hand, die er zur Einkreisung Deutschlands brauchte. Das Fazit seines zweitägigen Abstechers an die Themse war die plötzliche und völlig unerwartete Aktion des englischen Botschafters in Berlin. Die gleichen Vorschläge wurden in Warschau und Rom gemacht. Und Italien, das sich wochenlang ablehnend gegenüber einem geplanten Ostpakt verhalten hatte, änderte seine Richtung plötzlich — und erklärte sich bereit zur geforderten wohlwollenden Neutralität. Man bleibt in Rom — altem Brauche folgend — im englischen Fahrwasser. Diese Haltung Englands aber mußte als unverständlich und unlogisch empfunden werden. Man kann die Rückkehr zu jener englischen Politik, die sich aus Furcht vor französischer und aus Mangel an eigener Initiative von Paris ins Schlepptau nehmen ließ, um so weniger logisch nennen,

England und Frankreich

wenn man sich der zahlreichen englischen Bemühungen um eine endliche praktische Befriedigung der deutschen Gleichberechtigungsforderung und um eine etappenweise Abrüstung in Europa erinnert. Man kann also nur konstatieren, daß die englische Politik wieder einmal umzufallen schien, und daß Barthou mit der Empfehlung und sogar Propagierung seiner Umgarnungspläne durch England einen großen persönlichen Erfolg zu verzeichnen hatte — einen Erfolg allerdings, der, politisch gesehen, einen Anachronismus darstellt. Die Rechnung „Europa" kann eben heute nicht mehr ohne den Posten „Deutschland" aufgestellt werden. Sonst ist sie nicht zu lösen. Aber das konnte Barthou leider nicht verstehen. —

General Hamilton zur Heß-Rede

Der Appell des Reichsministers Rudolf Heß war nicht ungehört verhallt. General Hamilton gab ihm als erster Antwort. In einer Versammlung des britischen Frontkämpferverbandes stimmte er den Worten des Stellvertreters des Führers aufrichtig zu und betonte, daß gerade die englischen Frontsoldaten das Herz des deutschen Volkes gut genug kennen müßten, um denen entgegenzutreten, die diesem Volke Mißgeschick wünschten. Denn mit Deutschland würde auch Europa zusammenbrechen. „Nur Sympathie zwischen früheren Feinden kann die Zivilisation retten", erklärte Sir Hamilton. Und Frankreich? Auf einer Rede in Bayonne am 15. Juli wandte sich der französische Außenminister in leidenschaftlichen Worten gegen jene „wattierte und geheimnisvolle Atmosphäre", die in Europa — lies Deutschland — herrsche und zerstört werden müsse. Barthou fand noch sehr viel mehr Worte, die der Vorkriegsideologie entlehnt und an die Feinde der „Zivilisation" — lies Deutschland — gerichtet waren. Aber der Ausfall gegen die „wattierte und geheimnisvolle Atmosphäre" stellt doch die gröbste Beleidigung dar, denn sie mußte als Replik zur Heß-Rede gewertet werden. Das offizielle Frankreich hatte es gewagt, jenes ehrliche und große Bekenntnis von Königsberg „wattiert und geheimnisvoll" zu nennen. Es war die Antwort eines Mannes, der Ehre, Gerechtigkeit und Würde stets als Attribute der französischen Politik bezeichnet hatte. — In der französischen Presse griff inzwischen eine Art „Angstpsychose" um sich. Oder was sollte man sonst dazu sagen, als die Pariser Zeitungen von einer unmittelbar bevorstehenden Neurath-Rede sprachen, ja, sich bereits intensiv mit ihrem Inhalt (Ablehnung der Paktvorschläge) beschäftigten? Man mußte schon ein sehr schlechtes Gewissen haben, um einer Rede vorzubeugen, von der man überzeugt war, daß sie sehr bald gehalten würde!

Barthou zur Heß-Rede

Englische Politik

In England versuchte man sich durch aufklärende Vorträge aus der Sackgasse wieder etwas herauszumanövrieren. Die Unterhaus-

reden Baldwins und Simons sind eine treffende Illustration der Einerseits-Andererseits-Politik. Es sei hier an das berühmt gewordene Wort Baldwins in einer Unterhausrede vom 30. Juli erinnert: Wenn man an die Verteidigung Englands denke, so denke man nicht mehr an die Kreidefelsen von Dover, sondern an den Rhein; dort liege heute die britische Grenze.

Saargebiet

Doch vergessen wir nicht den „roten Faden“, der sich durch die deutsche Außenpolitik 1934 hindurchzieht: Im Saargebiet wuchs die Erbitterung der Bevölkerung gegen das Treiben der Emigranten im Dienste der Regierungskommission von Tag zu Tag. Die Antwort auf den Protest der deutschen Blätter war das Verbot von 20 Saarzeitungen. Das Verbot von fünf weiteren Zeitungen folgte. Die Haussuchungen bei der „Deutschen Front“ — natürlich weiter unter Leitung von Emigranten — wurden fortgesetzt.

Beschlagnahme der Akten der „Deutschen Front“

Am 24. Juli erfolgte die Beschlagnahme von zahlreichen Akten bei der „Deutschen Front“, dem „Deutschen Nachrichten-Büro“ und der „Saarkorrespondenz“, was zu einer deutschen Klage gegen die ungerechtfertigten Maßnahmen führte. Am 8. August entschied der Untersuchungsrichter zugunsten der Kläger und verfügte die sofortige Aufhebung der Beschlagnahme. Was tat die Regierungskommission? Sie verweigerte die Ausführung der aufgegebenen Rückgabe. Der Willkürherrschaft gerichtlich überführt, fühlte die vom Völkerbund eingesetzte „Hohe Kommission“ sich nicht an Recht und Gesetz gebunden. Zweideutiger konnte der Welt die neutrale und objektive Haltung des Herrn Knox nicht demonstriert werden. — Der Landesleiter der „Deutschen Front“, Pirro, erhob natürlich beim Verwaltungsausschuß der Regierungskommission Klage gegen das merkwürdige Verhalten des Präsidenten. — Während so das deutsche Saarvolk von den vorgeschickten Emigrantenkommissaren provoziert und drangsaliert wurde, nahm der Marxistenterror ständig zu.

Hemsley Inspektor der Polizei im Saargebiet

Und es war damals gut, daß am 21. Juli der Engländer Hemsley zum Inspektor für die gesamten Polizei- und Landjägerkräfte des Saargebiets ernannt wurde.

Gauleiter Bürckel Saarbevollmächtigter des Reichskanzlers

Eine weitere wichtige Ernennung war die von deutscher Seite aus erfolgte Einsetzung des pfälzischen Gauleiters Bürckel als Nachfolger des nach Wien entsandten Herrn von Papen zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung (10. August). —

Deutscher Schritt bei den Signatarmächten des Memelstatuts

Im Memelgebiet wurden die Zustände immer unerträglicher. Am 10. Juli hatte der Reichsaußenminister die Berliner Botschafter der Signatarmächte des Memelstatuts, England, Frankreich, Italien und Japan, empfangen und sie darauf hingewiesen, daß die unhaltbaren Verhältnisse im Memelgebiet ein unmittelbares Eingreifen der Signatarmächte notwendig mache; und am 14. Juli waren die deutschen

Botschafter in London, Rom und Tokio angewiesen worden, die dortigen Regierungen als Signatarmächte auf die letzte litauische Verletzung des Memelstatuts (Abänderung des Gesetzes über den Staatsnotstand) aufmerksam zu machen. Vergebens: Keiner zeigte Lust, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Litauen — ein Land, kleiner als Bayern — konnte seine kulturlose Unterdrückungspolitik gegenüber dem Memeldeutschtum weiter unbehelligt fortsetzen. Deutsche Parteien (Sozialistische Volksgemeinschaft, Christlich-Sozialistische Volksgemeinschaft, Memelländische Landwirtschaftspartei) wurden aufgelöst, Beamte entlassen, das Wahlrecht stark beschnitten usw., kurz: Die Autonomie bestand nur noch dem Namen nach. Angesichts dieser absolut eindeutigen Sachlage mußte die Stellungnahme der britischen Regierung zu der deutschen Aufforderung des sofortigen Eingreifens der Signatarmächte sehr befremden. Auf eine diesbezügliche Anfrage im englischen Unterhaus (19. Juli), erklärte Lordsiegelbewahrer **Eden**, der einzige Standort der Reichsregierung in der Memelfrage resultiere aus ihrer Mitgliedschaft im Völkerbundsrat und nur diese Instanz sei für alle Beschwerden zuständig. Die englische Regierung stellte sich mit dieser französisch anmutenden „Standorttheorie" ihrerseits auf einen recht merkwürdigen „Standpunkt". Ein recht unfairer Versuch, Deutschland aus seiner Abwesenheit von Genf einen Strick zu drehen! Natürlich sahen sich Navakas, Reizgys und Konsorten jetzt weniger denn je veranlaßt, ihren hemmungslosen Kampf gegen Recht und Gesetz aufzugeben. —

Litauische Unterdrückungspolitik

Englische Stellungnahme

Führer-Interview mit Ward Price

Am 5. August gewährte der Reichskanzler wieder einmal dem sympathischen Reisekorrespondenten der Rothermerepresse, Ward Price, ein freies, d. h. völlig unvorbereitetes Interview. „Soweit es an Deutschland liegt, wird es keinen neuen Krieg geben", stellte der Führer gleich zu Beginn fest, um dann weiter seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben,

> „daß die Probleme des heutigen Deutschland nicht durch Krieg geregelt werden können. Seine dem übrigen Europa gegenüber gestellten Forderungen schließen keine Gefahr eines solchen Unglücks in sich, denn sie beschränken sich darauf, was andere Nationen als ihre elementarsten Rechte betrachten. Wir verlangen nur, daß unsere jetzigen Grenzen aufrechterhalten bleiben sollen."

Adolf Hitler wandte sich dann gegen Baldwins Ausspruch, Englands devensive Grenze liege künftig am Rhein. Deutschland würde niemals — auch nicht wegen seiner ehemaligen Kolonien — England angreifen, es müsse nur für seine notwendigste Sicherheit sorgen. Auch auf die österreichische Frage kam man zu sprechen, wobei der Reichskanzler versicherte, daß das Reich trotz der starken, nur allzu natürlichen gegenseitigen Zuneigung der beiden deutschen Völker, den

realpolitischen und korrekten Standpunkt beibehalten werde. Hitler sagte:

„... Die Frage des Anschlusses ist nicht ein Problem des heutigen Tages.... Wir wissen alle, daß dieses Ziel gegenwärtig unerreichbar ist, denn der Widerstand des übrigen Europa würde zu groß sein."

Der Reichskanzler und Price unterhielten sich dann über innerdeutsche und wirtschaftspolitische Fragen, um sich zum Schluß wieder der Außenpolitik zuzuwenden, wobei der Führer nochmals die praktische Gleichberechtigung als Voraussetzung für Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund bezeichnete und bezüglich des deutsch-englischen Verhältnisses betonte, daß gerade die beiden großen germanischen Nationen „durch die bloße Kraft des natürlichen Instinkts" Freunde sein sollten. Er erklärte: „Die nationalsozialistische Bewegung würde einen Krieg gegen England als ein Verbrechen gegen die Rasse ansehen." —

Zu den zahlreichen ausländischen Gästen, die das neue Reich im Laufe des Jahres begrüßen konnte, zählten — neben einer Anzahl amerikanischer Professoren und Studenten, die im Sommer eine von der verdienstvollen „Carl-Schurz-Vereinigung" veranstaltete vierwöchige Studienreise durch Deutschland unternahmen — eine Abordnung der ungarischen „Levente-Jugend". Die 50 Jungen aus Ungarn waren für drei Tage (14. bis 17. Juli) Gäste der Reichsjugendführung. Sie erwiderten damit den Besuch, den im Vorjahre eine Gruppe Berliner Hitlerjungen auf Einladung des Ministerpräsidenten Gömbös in Ungarn gemacht hatte. Die Gäste der befreundeten Nation hatten bei ihrem Aufenthalt in Berlin keine diplomatischen Aufgaben zu lösen. Nicht höfliche Gesten, sondern herzliche Kameradschaft war Sinn und Zweck des deutsch-ungarischen Jugendtreffens. Und wenn wir das Sich-finden europäischer Jugend im Rahmen der deutschen Außenpolitik behandeln, dann deshalb, weil wir den starken Glauben an die völkerverbindende Mission dieser Jugend haben, die die ausgetretenen Pfade der heutigen Berufsdiplomatie meidet und sich findet, weil sie sich finden muß. — Die „Leventejugend" unter Führung von Vitéz Mayor Péry, fand bei der Hitlerjugend beste Aufnahme. Sie gewann viele neue Eindrücke im nationalsozialistischen Deutschland, den stärksten aber beim Empfang durch den Führer, dem sie am 17. Juli durch Reichsjugendführer von Schirach vorgestellt wurde. Auch Ministerpräsident Göring nahm Gelegenheit, sie in Karinhall zu begrüßen. Die Leventejugend — die ungarische Staatsjugend — verließ die Reichshauptstadt mit der Gewißheit, gute Freunde und Kameraden kennengelernt zu haben.

Ungarische Levente-Jugend in Deutschland

Das über die Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Jugend

Deutsch-englisches Jugendlager

Gesagte gilt in gleicher Weise für das erste deutsch-englische Jugendlager in der Gebietsführerschule Dibbersen der HJ, wo 30 junge Engländer aller Schichten zusammen mit deutschen Jungarbeitern, -bauern und Studenten ein mehrwöchiges kameradschaftliches Lagerleben verbrachten. Der Arbeitsdienst wurde hier zu einem Mittel der engeren Verbindung zweier verwandter Völker.

Bengt Berg bei Göring

Erwähnen wir schließlich noch den Besuch des großen schwedischen Naturfreundes Bengt Berg beim Reichsjägermeister Hermann Göring, in dem Berg, der schon immer ein warmer Freund Deutschlands war, einen Mann gefunden hat,

> „der endlich die bedrohte Tierwelt unseres so unglücklich übervölkerten Erdteils in tatkräftigen Schutz nimmt". —

Ausländische Pressehetze

Aber leider auch die Stimmen berufsmäßiger Hetzer meldeten sich immer wieder in einem Teil der Auslandspresse. So mußten Mitte August die deutschen Gesandten in Prag und Stockholm scharfen Protest bei der tschechischen und schwedischen Regierung wegen unerhörter Beleidigungen führender deutscher Männer einlegen. Wobei man die bedauerliche Feststellung machen muß, daß gerade in den stammverwandten skandinavischen Ländern — besonders in Schweden und Dänemark — ein Zeitungswesen sein Unwesen treibt, das — meist in jüdischen Händen — seinen einzigen Zweck in der Schmähung und Beschimpfung des deutschen Volkes und seiner Staatsmänner sieht.

Dritte jüdische Weltkonferenz

Registrieren wir noch am Rande, daß am 23. August in Genf die dritte jüdische Weltkonferenz nach zahlreichen fruchtlosen, haßerfüllten Entschließungen gegen Deutschland (gegen Sowjetrußland kam bezeichnenderweise keine einzige zustande!) ihr Ende fand, und wenden wir unser Interesse dann wieder den Ereignissen zu, deren Ablauf Deutschland nicht gleichgültig gegenüberstehen konnte:

Während im Nordosten die Kette litauischer Verstöße gegen die „Autonomie" der Memeldeutschen keine Unterbrechung erfährt, ergeben sich im Saargebiet immer neue Gelegenheiten, um zu zeigen, wie hilflos der Sachwalter des Völkerbundes, Herr Knox, dem Treiben der kleinen Separatistengruppe gegenüber steht.

Deutscher Schritt gegen die Emigrantenhetze im Saargebiet

Am 14. August sah sich die Reichsregierung veranlaßt, gegen die schamlosen Exzesse der saarländischen Emigrantenpresse anläßlich des Ablebens des Reichspräsidenten in einer Verbalnote bei der Regierungskommission Protest einzulegen, die dann auch einigen Erfolg hatte. Traurig genug, daß es dazu erst einer Aufforderung bedurfte.

Beschwerde der Deutschen Front

— Am 17. August richtete die „Deutsche Front" eine neue Beschwerde an den Völkerbundsrat, in der — zum wievielten Mal schon? — auf die geradezu provozierende Emigrantenpolitik der Saarregierung und auf die vom Untersuchungsrichter als ungesetzlich ge-

brandmarkten Haussuchungen und Beschlagnahmen hingewiesen wurde. — Einen Tag später (18. August) erschien in der gesamten Saarpresse als Auflagenachricht eine Verordnung der Regierungskommission, die das **Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes** enthielt. Außerdem wurde eine Meldepflicht für saarländische ehemalige Angehörige des Freiwilligen Arbeitsdienstes außerhalb des Saargebiets, sowie der SA, SS, NSDAP und der „Eisernen Brigade Spaniol" innerhalb oder außerhalb des Saargebiets verfügt. Die Bestimmung der zweimaligen wöchentlichen Meldung stellte eine ausgesprochene Schikane dar. Und doch gelang es nicht, die Disziplin des Saarvolkes zu zerstören, das wußte: Am 13. Januar erwartet das deutsche Volk in seiner Gesamtheit unsere Heimkehr ins Reich. Die gewaltige **Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz** gab den Saarländern den starken moralischen Rückhalt, der sie befähigt hat, bis zum Tage der endlichen Rückkehr auszuharren. Der 26. August war ein nationaler Festtag, an dem Hunderttausende diesseits und jenseits der Saargrenze teilnahmen, um mit und durch ihren Führer das Bekenntnis zur großen, unzerstörbaren deutschen Volksgemeinschaft abzulegen. — Nach dem Besuch der Saarausstellung in Köln, die durch Reichsminister Dr. **Goebbels** eröffnet wurde, begab sich der Reichskanzler mit seiner Begleitung nach Koblenz, wo ihm die versammelten deutschen Männer und Frauen durch jubelnde Begrüßung ihre Liebe und Verehrung kundtaten. Nach Gauleiter **Simon** und Gauleiter **Bürckel** ergriff der **Führer** das Wort zu einer großen Rede: Einleitend gedenkt Adolf Hitler des verewigten Generalfeldmarschalls. Er dankt an dieser Stelle im Namen des deutschen Volkes all denen außerhalb des Reiches, die an diesem schweren Verlust Anteil genommen haben. Diesem Schmerz, so sagt der Führer weiter, stehe aber auch etwas unendlich Erhebendes gegenüber.

Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Saargebiet

Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein

Führerrede

> „Seitdem wir uns damals am Niederwalddenkmal getroffen haben, hat das deutsche Volk sich zu einer unerhörten Einheit zusammengefunden. Seit wir jener Institution den Rücken kehrten, die uns gern belastet, aber nicht gleichberechtigt sehen wollte, hat das deutsche Volk in einer Reihe von einzigartigen Kundgebungen vor der Welt das Bekenntnis abgelegt, daß es nunmehr **eins** sein will, **eins** im Geiste, **eins** im Willen und auch **eins** in der Tat. In überwältigender Weise bekennt sich damit die Nation zu den **Grundsätzen** der Innen- und Außenpolitik ihrer Führung....
>
> .... Wenn man uns in der Welt angreift, wenn internationale Cliquen, deren Einstellung Deutschland gegenüber wir alle kennen, uns Kampf ansagen, dann glauben Sie, meine Volksgenossen, nicht **deswegen**, weil wir etwa die deutschen Interessen schlecht wahrgenommen haben, **sondern weil wir sie nur zu gut wahrgenommen haben**."

Der Führer wendet sich gegen diejenigen, die in den 15 Jahren

deutscher Knechtschaft geschwiegen haben und die jetzt all das aufzählen, was dem nationalsozialistischen Deutschland das Leben schwer machen und es angeblich niederzwingen könnte. Ihnen entgegnet Adolf Hitler:

„Gar nichts wird uns jemals niederzwingen! Unter keinen Umständen werden wir kapitulieren. Je größer die Not wird, um so größer wird unser Trotz und unsere Entschlossenheit! Die Sorge einer Führung soll nicht geringer sein als die Sorgen, die Millionen einzelner auch haben. Wir schämen uns dessen nicht, denn wir sind nicht schuld daran, aber wir wissen, daß wir diese Sorge am Ende dennoch überwinden werden."

Im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 19. August heißt es in der Führerrede:

„...Was beweisen nun die von den anderen angezogenen zehn Prozent Widersacher?

Früher, meine Volksgenossen, hatten fünf Deutsche zehn verschiedene Meinungen. Heute haben unter zehn Deutschen neun dieselbe Meinung.

Ich bin dabei überzeugt, daß es uns gelingen wird, den zehnten Mann auch noch zu bekommen. Denn immerhin, man kann mir schon glauben, der Weg von den ersten sieben Mann bis zu den 38 Millionen war schwerer, als der Weg von den 38 zu den 42 Millionen sein wird."

Der letzte Teil der großen Führerrede ist der Saar und ihrer bevorstehenden Rückkehr ins Reich gewidmet. Der Reichskanzler betont immer wieder die enge brüderliche Verbundenheit Deutschlands mit dem Saarvolk. Er hebt weiter hervor, daß das Saargebiet in seinem einigen Willen, dem Vaterlande die Treue zu halten, über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinweg, ein Beispiel für 67 Millionen im übrigen Deutschland gegeben hat. Ueber die Heimkehr am 13. Januar erklärt der Führer:

„Wir werden in Ihnen keine Partei sehen, werden nicht sehen, was in Vergangenheit war, sondern werden in Ihnen die 800000 uns entrissenen Deutschen sehen, die zurückkehren zu uns, und denen wir dann die Tore öffnen, auf daß sie einziehen in ein festlich geschmücktes Haus, das Ihrer wartet."

Und über das, was nach der Abstimmung zu geschehen hat, heißt es:

„Zwei Aufgaben haben wir uns gestellt.

Die erste ist: Aussöhnung und Versöhnung, ohne Rücksicht auf die frühere Parteizugehörigkeit, im heutigen Deutschen Reich und in seiner Bewegung....

Und zweitens: Wir wollen dann die wirtschaftlichen Wunden heilen und alles tun, was getan werden kann, um dieses Gebiet nur noch fester in Deutschland aufzunehmen, noch fester an unser Deutsches Reich und Volk zu ketten..."

Es folgt der außenpolitisch bedeutsame Friedensappell an Frankreich, der in der Presse der ganzen Welt größte Beachtung fand. Adolf Hitler stellte fest:

„Aber auch aus einem anderen Grund sind wir glücklich über diesen 13. Januar. Immer noch ist das Saarproblem das Streitobjekt zwischen Frankreich und uns; wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß, wenn erst diese Frage gelöst ist, vielleicht doch auch auf der anderen Seite die Bereitwilligkeit wachsen wird, die Probleme zu sehen, wie sie sind, und mit uns einen aufrichtigen Frieden zu schließen.

Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt. Nach ihrer Lösung besteht kein sichtbarer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in alle Zukunft weiterbefehden. Vielleicht wird dann doch immer mehr auch bei unseren früheren Gegnern die Einsicht wachsen, daß die Aufgaben, die uns allen gestellt sind, so groß sind, daß wir, statt uns zu bekriegen, sie gemeinsam lösen sollten.

Und wenn auch einzelne gewissenlose internationale Hetzer, die wir kennen, und die wir keinem Volke zurechnen möchten, sich bemühen, diese beiden großen Völker in eine dauernde Feindschaft hineinzuhetzen, so vertraue ich auf die gesunde Vernunft und auf den gesunden Menschenverstand!

Ich hoffe, daß einmal doch die Vernunft siegreich hervorgehen wird und daß über dem Saargebiet und über dem 13. Januar eine Verständigung auch auf dieser größeren Ebene erfolgen kann und erfolgen wird.

Und so haben Sie am 13. Januar noch eine besondere große und friedliche Mission zu erfüllen. Wir würden glücklich sein, daß, wenn am 14. in ganz Deutschland die Glocken läuten, sie nicht nur die Rückkehr unseres verlorenen Gebiets und unserer verlorenen Deutschen, sondern die Einkehr des Friedens einläuten würden."

Neue antideutsche Verleumdungen in der Auslandspresse

Man hätte meinen sollen, daß der ehrliche Friedensappell Hitlers an Frankreich ein ebenso offenes und starkes Echo finden würde. Statt dessen antwortete die Weltpresse mit einer neuen infamen Lügenkampagne gegen das Dritte Reich. Man wußte von deutschen Geheimabkommen mit Polen und Jugoslawien zu melden, ja, sogar die plumpe Revolvernachricht „Hitler erschossen" konnte man in einer englischen Zeitung lesen. Das Stärkste, was man bisher an internationaler Brunnenvergiftung erlebt hatte, leistete sich aber die italienische Zeitung „Messagero" mit einer Kartenskizze „Großdeutschlands Schicksalsstunde 1935", auf der die deutschen Grenzen ganz Holland, Oesterreich und die Schweiz, fast ganz Belgien sowie einen großen Teil Norditaliens, des heutigen Polens und einen Teil Nordschleswigs umfassen. Es war nicht schwer, dieses plumpe und eindeutige Machwerk, das auch von belgischen Blättern — später auch von einer schwedischen Zeitung — übernommen worden war, als eine Dokumentenfälschung übelster Sorte zu entlarven. Aber — und das ist so deprimierend — diese Verleumdung eines Wahnsinnigen wurde zu einem Zeitpunkt verbreitet, an dem die Welt von den Repräsentanten des nationalsozialistischen Deutschland und vor allem von seinem Führer immer wieder über die deutsche

Politik des Friedens und der unbedingten Anerkennung fremden Volkstums aufgeklärt worden war. — Aber es gab — wenn auch vorerst nur vereinzelt — auch Stimmen der Verständigung, die den Friedensappell des Führers beantwortet wissen wollten. So der französische Abgeordnete Montagnon, der am 31. August im „Quotidien" offen und rückhaltlos für eine Aussprache mit Hitler eintrat. Aber es waren immer nur einzelne Wenige, die genug Mut, Gerechtigkeit und Klugheit besaßen, sich den gesunden Friedensstandpunkt des Führers und seines Stellvertreters zu eigen zu machen. Der weitaus überwiegende Teil der regierenden Köpfe Europas sah in Deutschland immer noch ein imperialistisches Barbarengeschlecht, dessen Politik — nach innen und außen — man mißtrauisch beobachtete. Leider muß man in diesem Zusammenhang auch die Rede des italienischen Ministerpräsidenten auf der großen Messe von Bari (6. September) nennen. Mussolini hielt es für angebracht, Deutschland auf wenig taktvolle und äußerst geschmacklose Art anzugreifen. Im Rahmen seiner Eröffnungsrede, die die stolze Vergangenheit des italienischen Volkes verherrlichte, erklärte der Duce:

Vernünftige Stimmen

Mussolini-Rede gegen Deutschland

> „3000 Jahre Geschichte erlauben es uns, mit souveränem Mitleid auf gewisse Lehren zu schauen, die jenseits der Alpen von der Nachkommenschaft von Menschen vertreten werden, die noch keine Schrift kannten, um die Geschichte ihres Landes zu Papier zu bringen, zu einer Zeit, in der Rom einen Cäsar, einen Virgil und einen Augustus hatte."

Deutsche Antwort

Die Entgegnung des offiziellen deutschen Nachrichtendienstes lautete:

> „Auf der großen Messe von Bari hielt Mussolini eine Rede, in der er gehässige Angriffe gegen Deutschland richtete. Gegen den Grundgedanken der Worte Mussolinis läßt sich vieles einwenden. Beschränken wir uns darauf, zu sagen, daß es nicht darauf ankommt, ob der Beginn eines Volkes früher oder später liegt. Das allein Entscheidende ist, was ein Volk während der Gesamtheit seiner Geschichte leistet. Auch die 3000jährige Geschichte Italiens weist nicht nur Höhepunkte, sondern auch Tiefen auf. Hierüber zu polemisieren ist fruchtlos. Jede große Nation wird nicht nur stolz sein auf ihre eigene Vergangenheit, sondern auch gerecht in der Anerkennung der Leistungen einer anderen Nation, wie unser Führer noch soeben in seiner Proklamation in Nürnberg zum Ausdruck gebracht hat."

Dem ist sachlich nichts hinzuzufügen. Es bleibt also nur die Frage, warum sich die kraftvolle Persönlichkeit des italienischen Diktators zu solch kleiner, gehässiger Polemik hinreißen lassen konnte. Soll man wirklich annehmen, daß das Motiv der Mussolinischen Entgleisungen die unverhüllte Angst um den Verlust des „Schützlings" Oesterreich war, die nicht zu bezähmende Wut über die drohende Machtergreifung einer Bewegung in Oesterreich, die den ideenmäßigen Anschluß an das Reich herstellen würde? Man kann diese Vermutung angesichts der leidenschaftlichen, undisziplinierten und unmotivierten Worte Mussolinis nicht unterdrücken. —

Am 10. September unterrichtete die Reichsregierung die an dem sogenannten Ostpakt beteiligten Regierungen (England, Frankreich, Italien, Sowjet-Union, Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland) über ihre Stellungnahme zu diesem Projekt. Sie brachte darin zum Ausdruck, daß 1. die Voraussetzung zum Beitritt Deutschlands zu einem internationalen Vertragssystem seine Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen sei, 2. die zentrale Lage Deutschlands inmitten hochgerüsteter Staaten das Reich bei allen im Osten möglichen Konflikten zum Kriegsschauplatz machen würde — die militärische Unterstützungspflicht der Paktteilnehmer müsse also abgelehnt werden, 3. der Schwerpunkt bei allen zweiseitigen (denen sie den Vorzug gibt) oder mehrseitigen Verträgen nicht auf automatische Sanktionen im Kriegsfall, sondern auf die Nichtangriffs- und Konsultationsverpflichtung gelegt werden sollte. — Das Presseecho entsprach etwa den Erwartungen: In Frankreich und seinen Vasallenstaaten große Empörung, verbunden mit Beschwörungen und Drohungen an die Adresse des „Exvasallen" Polen, doch das deutsche Manöver gegen den Ostpakt nicht mitzumachen; in Warschau verständnisvolle Aufnahme; die anderen nahmen zur Kenntnis und warteten ab.

Deutsche Stellungnahme zum Ostpakt

Presseecho

Das Interesse wandte sich wieder Genf zu, wo am 10. September die 15. Völkerbundsversammlung vom tschechischen Außenminister Benesch — einem der ausdauerndsten und glühendsten Verehrer dieser Institution — eröffnet worden war. Die Session war einerseits bemerkenswert durch die sensationelle Rede des polnischen Außenministers Beck, die eine scharfe Absage an das Minderheitenschutzsystem des Völkerbundes darstellte, und anderseits durch den unrühmlichen Einzug Sowjetrußlands in das Genfer „Haus des Friedens". Es war Barthou nach langen Verhandlungen gelungen, die notwendige Mehrheit zustandezubringen, und am 18. September konnte Litwinow dann seine Antrittsrede über das Thema „Sowjetparadies" halten. Wir wollen aber nicht unterlassen, auf die mutige und große Rede des schweizerischen Delegierten, Bundesrat Motta, hinzuweisen, der die Ablehnung der Sowjetunion durch die Schweiz eingehend begründete. Er sprach das aus, was die großen „Kultur"staaten aus taktischen Erwägungen ignorierten; er nannte den russischen Kommunismus, der auf dem Gebiete der Religion, der Moral, der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und Leben beruhte, darstelle, beim rechten Namen. Die Schweiz könne nicht auf die Idee verzichten, daß wenigstens ein Minimum von moralischer und politischer Verwandtschaft zwischen den Völkerbunds-

15. Völkerbundsversammlung

Sowjetrußlands Aufnahme in den Völkerbund

staaten bestehen sollte. Motta erinnerte auch daran, daß die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg im Jahre 1918 geplündert und einer ihrer Beamten ermordet worden sei — ohne daß man sich jemals deswegen entschuldigt habe.

Saarländische Polizeifragen

Motta war es auch, der die Aufforderung an die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, Einzelanwerbungen für die Polizei im Saargebiet zu erleichtern, abgelehnt hatte, weil die

„allgemeine politische Ueberlegung und insbesondere die strikte Einhaltung der schweizerischen Neutralität es als wenig wünschenswert erscheinen lasse, wenn Schweizer Bürger in der Zeit des Abstimmungsverfahrens der Polizei des Saargebiets angehören".

Gegenüber den Behauptungen von der Unzulänglichkeit des Saarländischen Polizeiapparates, wie sie Präsident Knox aus durchsichtigen Gründen aufgestellt hatte, stellte der Landesleiter der „Deutschen Front", Pirro, in einem Schreiben an den Völkerbundsrat fest (11. September), daß die vorhandenen Polizeikräfte bei besserer Verwendung und Beseitigung der Emigranten aus den Führerstellen durchaus allen Anforderungen gewachsen seien.

Saardenkschrift der französischen Regierung

Am 4. September traf beim Generalsekretär des Völkerbundes eine Saardenkschrift der französischen Regierung ein, die sich mit juristischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nach der Abstimmung befaßt. Abgesehen von einigen Merkwürdigkeiten in der französischen Note (der Fall einer Teilrückgliederung des Saargebiets an Frankreich wird in Betracht gezogen!) fiel der zeitliche und sachliche Zusammenhang mit einem Schreiben Knox' an den Völkerbundsrat auf (3. September). Uebrigens hatte der französische Finanzminister am 30. August von der Regierungskommission in Saarbrücken Abschied genommen.... Inzwischen wurde die von Knox geforderte Ruhe und Ordnung von separatistischer Seite systematisch zerstört. Am 17. September spielte sich ein unglaublicher politischer Entführungsversuch an einem Mitglied der „Deutschen Front" ab, an dem die saarländische Polizei maßgeblich beteiligt war, der aber „trotzdem" ungeklärt blieb (— von und für die Regierungskommission)...

Emigrantenterror im Saargebiet

Tschechoslowakei verhaftet reichsdeutsche Kinder

Und wieder einmal kam aus der Tschechoslowakei die Meldung von einem empörenden deutschfeindlichen Uebergriff. Der tschechische Staat, dessen berufene Vertreter so gern und so oft das Wort „Kultur" im Munde führen, hatte zwei reichsdeutsche Kinder im Alter von 13 und 17 Jahren in Eger verhaften und sie eine Nacht in Polizeiarrest verbringen lassen, um sie dann dem Kreisgericht vorzuführen, weil in dem Gepäck der vom Reichsparteitag in Nürnberg zurückkehrenden Geschwister zwei Uniformen der Hitlerjugend, verschiedene Zeitungen, Briefe usw. gefunden worden waren. Schritte

des deutschen Gesandten Dr. Koch beim Prager Auswärtigen Amt wurden wieder notwendig. —

Empfang des Diplomatischen Korps beim Führer

Am 12. September fand beim Reichskanzler aus Anlaß der Uebernahme des bisherigen Amtes des Reichspräsidenten ein erster Empfang des Diplomatischen Korps statt. Der Doyen des Korps, der Apostolische Nuntius Monsignore Cesare Orsenigo, richtete an den Führer die Begrüßungsansprache, auf die Adolf Hitler u. a. antwortete:

„... Es ist mein Wille, enge und aufrichtige Verbindungen zwischen Deutschland und den fremden Mächten zu erhalten und dadurch ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen zu fördern, das zur Zeit noch vielfach fehlt und das die Grundlage wechselseitiger Achtung und Anerkennung ist ...“

Am nächsten Tage stattete der Reichskanzler in Erwiderung des Besuches der Diplomatischen Vertreter ihrem Doyen Nuntius Monsignore Orsenigo einen Gegenbesuch ab.

Gespräch Rosenberg—Hearst

Etwa zur gleichen Zeit führte Reichsleiter Alfred Rosenberg mit dem amerikanischen Zeitungskönig William Randolph Hearst, der in Bad Nauheim zur Kur weilte, ein Gespräch von weltpolitischer Bedeutung, das schriftlich (in Form eines Briefwechsels) fixiert, der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Drei Fragen standen im Vordergrund: 1. ob oder inwieweit die Pressefreiheit im Interesse einer Weltfriedenspolitik noch tragbar sei, 2. ob nicht auch andere Länder ein Rasseproblem (z. B. „Schwarz-Weiß“ in Amerika) zu lösen hätten, 3. welche Aufgaben der Weltpolitik im Interesse einer wahrhaften und dauernden Friedenspolitik gestellt seien. Hearst schrieb u. a.:

„... Als der Weltkrieg ausbrach, versuchte ich, mein Land vor der Teilnahme zu bewahren. Ich fühlte, daß er uns nichts anderes bringen würde, als den Verlust von Menschenleben, den Verlust unseres Reichtums und die Feindschaft auswärtiger Nationen, mit denen wir im Frieden lebten.... Es sollte ein Reich der Vereinigten Staaten von Europa geben, in welchem alle europäischen Völker im Frieden miteinander lebten und nur bereit dazu, ihre abendländische Zivilisation gegen orientalische Invasionen zu verteidigen.... Der erste notwendige Schritt für den Frieden ist das Verlangen nach Frieden, und die Basis des Friedens muß Gerechtigkeit sein....“

Das Antwortschreiben Rosenbergs hob hervor, daß bei aller bei der Verschiedenheit des Schicksals natürlichen Verschiedenheit der Meinung in einzelnen Punkten doch Uebereinstimmung in den großen Gedanken bestehe, besonders bezüglich der Volksverbundenheit der Regierung und der Presse, und vor allem bezüglich des notwendigen Friedenswillens. Rosenberg schloß seinen Brief mit der Feststellung:

„... Erfreulich sind deshalb so energische Ausführungen, wie die Ihrigen, die sich bei ihrer Bekanntgabe ein großes Verdienst erwerben um den so notwendigen Frieden in Europa und in der Welt.

Ich habe mich außerordentlich gefreut, Ihre Bekanntschaft zu machen, und wünsche Ihnen einen guten Fortschritt in der Kur und die Möglichkeit, auch weiterhin im Sinne einer fortschreitenden Verständigung der Nationen wirken zu können." —

Deutsche Schriftleiter in Polen

Ein weiteres praktisches Beispiel der Erkenntnis, daß die Presse in erster Linie dazu berufen sein sollte, das Verständnis unter den Völkern zu erhalten und zu vertiefen, war der Gegenbesuch zehn deutscher Schriftleiter in Polen auf Einladung der polnischen Regierung (16. bis 26. September).

Reden des Reichsaußenministers

Ueber den Stand der europäischen Politik und die außenpolitische Stellung Deutschlands äußerte sich Reichsaußenminister von Neurath zweimal kurz nacheinander (am 13. September bei der Tagung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart und am 19. September auf der Schlußsitzung des VII. Internationalen Straßenkongresses in der Berliner Krolloper). Neurath stellte das Ziel und die Forderungen deutscher Außenpolitik auf. Im Rahmen seiner Ausführungen in der Krolloper legte er auch nochmals die Gründe für Deutschlands Ablehnung des Ostpaktes dar und setzte sich für eine glatte und gerechte Abwicklung der Saarabstimmung ein. Die Rede des Reichsaußenministers, die in englischer und französischer Sprache wiederholt wurde, machte auch auf das zahlreich vertretene Diplomatische Korps starken Eindruck. Die Friedensäußerungen und Forderungen nach Gerechtigkeit der deutschen Staatsmänner konnten auch auf die Dauer nicht ungehört bleiben. Auch ein Mann, wie der frühere englische Finanzminister Snowden, forderte Revision des Versailler Diktats. Lloyd George, Rothermere, Snowden — die Zahl der großen Briten, die Mut und Gerechtigkeit zur Wahrheit besaßen, wuchs. —

In Frankreich dagegen will oder kann man noch nicht begreifen. Die eindeutigen Erklärungen von Neuraths werden völlig verzerrt wiedergegeben und böswillig mißverstanden. Rudolf Heß hatte nur zu recht, wenn er in einem Interview mit Lucien Lemas, das am 19. September im „Intransigeant" erschien, feststellte:

Heß-Interview im „Intransigeant"

„Eine Verständigung mit Frankreich ist bei gutem Willen auf beiden Seiten meines Erachtens unbedingt möglich."

Das ist auch unsere Meinung. Daß auf deutscher Seite dieser gute Wille vorhanden ist, weiß die Welt. Sie wartet mit Ungeduld darauf, daß auch Frankreich diesen, seinen guten Willen, unter Beweis stellt. —

Fortgesetzter litauischer Terror im Memelgebiet

Die Not der vom Reich abgetrennten Deutschen im Memelgebiet lag wie ein Alpdruck auf Europa — ohne daß die Signatarmächte sich bemühten, diesen Alpdruck zu beseitigen. Am 14. September wandte sich der Vizepräsident des memelländischen Landtages, Schulrat Meyer, beschwerdeführend und hilfesuchend an die Unterzeichnermächte. Er begab sich selbst nach Genf, um die Aufhebung der zahl-

losen gesetzwidrigen litauischen Maßnahmen und die Wiederherstellung der Memelautonomie zu erreichen. Einer von vielen vergeblichen Versuchen, die Völkerbundsmächte zum Eingreifen zu bewegen! Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1934 rund 1000 Deutsche aus memelländischen Behördenstellen widerrechtlich entfernt worden sind, dann sieht man die praktische Arbeit, die in Genf geleistet wird, im rechten Licht. — Immerhin sahen sich die Signatarmächte jetzt veranlaßt, in Kowno „ernste Vorstellungen" zu erheben und einen juristischen Ausschuß mit der Prüfung der Memelbeschwerde zu beauftragen. Der Form war Genüge getan. Die Regierungen in London und Paris, in Rom und Tokio hatten ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben, ein zuständiges Gremium aufgetan und sanft mit dem Finger gedroht. Die Auslandspresse nahm davon mit Befriedigung Kenntnis, ehe sie sich „interessanteren" Dingen zuwandte. Auch die litauische Regierung nahm Kenntnis von der freundlichen Ermahnung und hatte nichts Eiligeres zu tun, als mit verstärktem Terror gegen das heldenhaft um seine Existenz kämpfende Deutschtum vorzugehen. Der englische Rechtsanwalt Lawrence, der sich einige Zeit im Memelgebiet aufgehalten hatte, um die Verteidigung der vielen Deutschen zu übernehmen, die seit Monaten aufs grausamste eingekerkert waren (die Verteidigung wurde Lawrence übrigens nicht gestattet), berichtete über die furchtbaren Eindrücke, die er im Memelgebiet gewonnen hatte. Man darf dem Engländer Objektivität zugute halten. Um so erschütternder wirkten seine Mitteilungen über die barbarische Behandlung der Angeklagten, die Mißhandlungen, denen sie ausgesetzt waren usw. Es war der Auftakt zum berüchtigten Memelprozeß. —

Schritt der Signatarmächte in Kowno

Und im Saargebiet? Die Disziplin der hunderttausende Männer und Frauen, die in der „Deutschen Front" vereinigt waren, wurde auf harte Proben gestellt. Es regnete Versammlungsverbote, Zeitungsverbote, Demonstrationsverbote. Dazu kamen noch andere Provokationen. Das „Weltkomitee für die Opfer des Hitler-Faschismus" sandte eine Kommission, dem u. a. Marley und Branting angehörten, ins Saargebiet, um sich von dem „steigenden Terror der Deutschen Front" zu überzeugen. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen stellte eine unerhörte Lügenhetze gegen die tapfere und geduldige deutsche Bevölkerung dar. Oder denken wir an jenen schmählichen Aufruf, den die Separatistenpresse brachte unter dem Motto: „Deutsche sprechen zu Euch!" Die „Deutschen" Gumbel, Lion Feuchtwanger, Georg Bernhard, Piscator, Schwarzschild, Rosenfeld, Heartfield — um nur einige zu nennen — traten darin gegen das „mordende, kriegslüsterne Deutschland", für den Status quo ein. Das

„Weltkomitee für die Opfer des Hitler-Faschismus" im Saargebiet

Bekenntnis dieser „Deutschen“ entbehrte nicht der Komik. Man durfte seine Propagandawirkung füglich bezweifeln. —

Saarverhandlungen des Völkerbundsrats

Ueber die Saarberatungen des Völkerbundsrats Ende September war nichts Erwähnenswertes zu berichten. Barthou beschränkte sich darauf, die Notwendigkeit einer Verstärkung der Saarpolizei hervorzuheben und sich eingehend mit dem Fall der Status quo-Lösung zu befassen. Dann war die Vertagung da. — Gegen die Forderungen Barthous, schon jetzt die Vorbereitungen für einen eventuellen Status quo-Entscheid des Saargebiets vorzunehmen, wehrte sich die „Deutsche Front“ in einem Telegramm an den französischen Außenminister. Es schloß mit den Worten:

„... Wir achten die französische Ehre und hätten auch erwartet, daß Sie die Ehre des deutschen Volkes an der Saar achten. Wir bekennen feierlich: So wenig wie wir dem französischen Volk zumuten, daß ihm ein Deutscher in seine ureigensten Belange hineinredet, so sehr wehren wir uns dagegen, daß Sie als französischer Minister unsere deutsche völkische Zukunft bestimmen wollen.“ —

Die erste Hälfte des Oktobers brachte Europa in ernste Gefahr. Die Bombe von Marseille platzte mitten hinein in eine Hochflut diplomatischer Aktionen:

Mussolini-Rede in Mailand

Mussolini hatte am 6. Oktober in Mailand neben einem Bekenntnis zum „Frieden der Gerechtigkeit“, nach dem man streben müsse, erklärt:

„Wir wiederholen mit Ueberzeugung und Nachdruck, daß der Faschismus das Vorbild der europäischen und der italienischen Zivilisation in diesem Jahrhundert sein wird!“

Reichserziehungsminister Rust in Budapest

Reichsminister Rust war am 6. Oktober in Budapest eingetroffen, wo er sich eine Woche aufhielt, um, wie der deutsche Kultusminister in einem Interview nach seiner Rückkehr mitteilte,

„Land und Leute kennenzulernen, und um die zwischen Ungarn und Deutschland bestehenden kulturellen Beziehungen weiter auszubauen... In beiden Richtungen konnte ein ersprießliches Ergebnis erzielt werden.“ (Studenten- und Professorenaustausch, Stipendienverleihung, Literaturverbreitung usw.)

Ueber die kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland sprach Rust:

„... Wir haben hier ein Volk, eine Nation kennengelernt, die mit dem deutschen Volke in geistesgeschichtlicher Hinsicht viele verwandte Züge aufweist...“

„Deutscher Tag“ in Neuyork

Zur gleichen Zeit etwa begingen in Neuyork die Deutsch-Amerikaner den „Deutschen Tag“ (7. Oktober) im Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen zweier großer Völker. —

Ermordung des jugoslawischen Königs und des französischen Außenministers in Marseille

Da kam aus Marseille die Schreckensnachricht von der Ermordung des Königs Alexander von Jugoslawien und des französischen Außenministers Barthou. Die systematische Einkreisungspolitik des französischen Außenministers sollte mit der italienisch-

jugoslawischen Aussöhnung und einem französisch-italienischen Bündnis ihren krönenden Abschluß erhalten. Der Staatsbesuch des jugoslawischen Königs stellte eine wichtige erste Etappe in diesem Programm dar. Es galt zunächst zu verhindern, daß Jugoslawien — gleich Polen — dem Einfluß des Quai d'Orsay mehr und mehr verlorenging. Die selbständige Außenpolitik König Alexanders, die trotz der „traditionellen Freundschaft zu Frankreich" sich stets volle Handlungsfreiheit bewahrt hatte — es sei an die freundschaftliche Annäherung an Deutschland erinnert — machte es dieser französischen Politik nicht gerade leicht. Barthou hatte den Besuch König Alexanders dazu ausersehen, die Einigung Jugoslawien—Frankreich—Italien herzustellen. Es ist so gut wie sicher, daß König Alexander seine Gegenforderungen gestellt hätte. — Am 9. Oktober traf der jugoslawische König auf dem Kreuzer „Dubrownik" in Marseille ein, wo er von Barthou empfangen wurde. Wenige Minuten nach der Landung wurde der Mordanschlag auf ihn verübt, dem auch der französische Außenminister zum Opfer fiel. Die ganze Welt war empört über das Verbrechen und gab ihrer Trauer über den schweren Verlust, den die südslawische und die französische Nation erlitten hatten, Ausdruck. Auch der Führer gab sein ehrliches Mitgefühl kund. Und die deutsche Presse hat in ihren Nachrichten nur Worte der Teilnahme gefunden. Sie hat alles politisch Trennende beiseite geschoben, hat der sympathischen Gestalt des südslawischen Königs dieselbe Ehre erwiesen, wie dem großen Gegner Barthou. Das deutsche Volk hat den Schmerz zweier Nationen über den herben Verlust, den ein ruchloses Verbrechen ihnen zufügte, nicht durch eine einseitig scharfe Kritik an den politischen Taten dieser Opfer entweihen wollen. Es war mehr als eine schöne Geste, wenn es der beiden Unversöhnlichen, Louis Barthou und Raymond Poincaré — der Lehrmeister starb wenige Tage nach seinem Schüler — nicht mit Haß, sondern Achtung gedachte. Das schließt allerdings nicht aus, daß man die Frage nach dem Bestand, Sinn und Wert der politischen Arbeit Poincarés und Barthous aufwirft. Ohne der Geschichte vorgreifen zu wollen, darf man der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das Werk der beiden großen Vorkriegspolitiker einer geschichtlichen Periode angehört, die abgeschlossen ist und nie wiederkehren darf, wenn die europäische Zivilisation sich nicht selbst das Grab schaufeln will. Es ist müßig, mit einem Franzosen über den Wert der deutschfeindlichen Block- und Einkreisungspolitik dieser beiden alten Männer zu streiten. Fest steht für uns ihre enge zeitlich-ideenmäßige Begrenztheit. Fest steht für uns, daß die Zeit der europäischen Selbstzerfleischung, der diplomatischen Machenschaften, der rechtlichen und

Deutschland zum Mord in Marseille

Alte und junge Politik

moralischen Ungleichheit in Europa vorbei sein muß. Was geschaffen werden muß, ist nicht die Utopie eines „Paneuropa", aber es ist ein Europa, in dem gleichberechtigte Nationen in gegenseitiger wirtschaftlicher Hilfe, in befruchtendem geisteswissenschaftlichem Austausch, im Zeichen des Friedens und der Achtung des anderen, ihren völkischen Aufgaben nachgehen. Allerdings bedarf es dazu einer Politik, die nicht mit Monaten und Jahren, auch nicht mit Jahrzehnten rechnet. Es bedarf dazu einer großen und heroischen Haltung, einer Zielsetzung, die über den Lärm des Heute und über derzeitige Opportunitätsgesichtspunkte hinweg eine Folge von Generationen in ihre Planung einbezieht. In einer Schweizer Zeitung lesen wir in einem Artikel über die Politik Deutschlands folgende abschließende Sätze:

„... Das sind Etappen auf dem Wege, der für das Deutschland von heute in eine Ferne hinausführt, die den Augen des übrigen Europas viel zu nebelhaft ist, als daß es zu folgen vermöchte. Hitler hat seine Politik auf Jahrhunderte, sogar auf ein Jahrtausend eingeteilt, wie er selbst in Nürnberg mit der Sicherheit des Mannes verkündete, der an sich und seine Mission glaubt. Seine Gegenspieler? Sie sind nur einig im Negativen. Sonst wissen sie alle miteinander nicht, was sie wollen." —

Ministerpräsident Göring bei der Trauerfeier in Belgrad

Zu der Trauerfeier anläßlich der Beisetzung König Alexanders entsandte der Führer Ministerpräsident General Göring als Sonderbevollmächtigten nach Belgrad. Dieser ehrenvolle Auftrag gab dem Pour-le-mérite-Flieger des Weltkrieges Gelegenheit, dem einstigen großen Gegner die letzten Grüße des deutschen Volkes und auch der deutschen Wehrmacht zu überbringen. Er legte am Grabe des Königs einen Kranz nieder mit der Inschrift: „Ihrem einstigen heroischen Gegner in schmerzlicher Ergriffenheit. Die Deutsche Wehrmacht." General Göring war in Belgrad Gegenstand verschiedener Ehrungen, die der Sympathie des südslawischen Volkes für das neue Deutschland Ausdruck geben sollten. Während seines Aufenthaltes in der jugoslawischen Hauptstadt traf der Bevollmächtigte des Führers mit mehreren führenden Persönlichkeiten Europas zusammen, so u. a. mit König Carol von Rumänien, Prinz Paul, Außenminister Jeftitsch und dem französischen Marschall Pétain, mit dem er eine lebhafte und herzliche Unterhaltung hatte. Göring ließ es sich auch nicht nehmen, vor der Belgrader Ortsgruppe der NSDAP zu sprechen; er sagte dort:

„... Ich bin glücklich, sagen zu können, daß ich eine aufrichtige und herzliche Sympathie des südslawischen Volkes für Deutschland feststellen konnte... Zwischen Deutschland und Südslawien bestehen keine Gegensätze, wohl aber haben wir eine Reihe gemeinsamer Interessen zu vertreten." —

Deutschland und Latein-Amerika

Das freundschaftliche Verhältnis, das Deutschland zu den lateinamerikanischen Nationen unterhält, kam erneut zum Ausdruck

auf dem Festakt im Berliner Ibero-Amerikanischen Institut, anläßlich der Feier des „Dia de la Raza“. Staatssekretär Dr. Lammers überbrachte den vereinigten Repräsentanten ihrer Länder die herzlichen Grüße des Führers. In seiner Begrüßungsansprache äußerte er:

„... Wir bekennen, stolz darauf zu sein, daß wir Deutsche sind, und wir werden jedem die Hand reichen, der sich mit dem gleichen Stolz zu seinem Volk bekennt.“ —

Ausländische Abwehr gegen die Emigranten

Man erkannte langsam auch außerhalb Deutschlands, daß die Emigranten, die „outlaws“ ehrliebender Völker, nicht zur Befriedung und Verständigung innerhalb Europas beitrugen. So wurden in der Tschechoslowakei immer mehr Stimmen laut, die eine strenge Kontrolle der deutschen Emigranten forderten, da sie ihr Asylrecht zu illegaler kommunistischer u. a. Betätigung mißbrauchten, was das gute Einvernehmen mit den Nachbarstaaten stören könnte. Wirklich widmete die Prager Polizei den unerwünschten Gästen zu deren Leidwesen etwas stärkeres Interesse.

Neue litauische Schikanen im Memelgebiet

Die Lage der Deutschen im Memelgebiet hatte sich in keiner Weise geändert. Der Oktober brachte neue Schikanen, so eine „Paßkontrolle“, die praktisch zur Ungültigkeitserklärung etwa der Hälfte aller Pässe führen mußte, so die Bestimmung, daß — entgegen Artikel 27 des Memelstatuts — alle Postsendungen mit deutschen Aufschriften nicht bestellt werden dürfen, so die rücksichtslose Entfernung in langen Jahren bewährter memeldeutscher Verwaltungsbeamter und ihre Ersetzung durch Großlitauer ohne jede fachliche Vorbildung, so auch die Einsetzung des üblen jüdischen Hetzblattes „Der Ostsee-Beobachter“, das sich der Unterstützung des Gouverneurs Navakas erfreute, als städtisches Amtsorgan an Stelle des deutschen „Memeler Dampfboots“. Anderseits bemühte sich die litauische Presse, im Ausland den Eindruck der Gesetzmäßigkeit im Memelgebiet zu erwecken. Sie plädierte scheinheilig für Einberufung des Memelländischen Landtags (wobei sie schamhaft verschwieg, daß eine ordnungsmäßige Einberufung daran scheitern mußte, daß mehreren Abgeordneten vom Gouverneur die Mandate entzogen worden waren) und wußte zu melden, daß das Direktorium Reizgys einen Protest gegen seinen Vorgänger anstrengen würde, da es die Schuld dafür trage, daß große Steuersummen noch ausständen; ein durchsichtiges Manöver. —

Stellungnahme der litauischen Presse

Das Interesse an der Entwicklung im Saargebiet wuchs von Tag zu Tag. Die Welt sah mit Spannung, Deutschland mit Ruhe, der bevorstehenden Abstimmung entgegen. Aber es standen noch

Emigranten-Verleumdungen im Saargebiet

stärkste Belastungsproben bevor. Das Treiben der Emigranten und Separatisten — die ja nicht nur in Zivil, sondern auch von Knox' Gnaden in Amtstracht die Gegend unsicher machten — nahm immer schlimmere Formen an. Sie wagten es, die mit erfreulicher Objektivität und Sachkenntnis arbeitende Abstimmungskommission anzugreifen, indem sie in der „Neuen Saarpost" die dreiste Behauptung aufstellten, bei Anfertigung der Listen zur Volksabstimmung seien bewußte Fälschungen vorgekommen. In einer Erklärung wandte sich der Präsident der Abstimmungskommission gegen diese verleumderischen Vorwürfe. Man ging zu anderen Methoden über: Die separatistischen Einspruchsfabriken arbeiteten fieberhaft; mit Vervielfältigungsapparaten suchten sie bis zum Ablauf der Einspruchsfrist eine möglichst große Zahl solcher Formulare herzustellen. Sie bemühten sich verzweifelt, die Abstimmung zu hintertreiben oder wenigstens ihre Verschiebung zu erreichen.

Saar-kundgebung in Kaiserslautern

Gauleiter **Bürckel** befaßte sich in seiner **Rede auf der Saarkundgebung von Kaiserslautern** (18. Oktober) mit den Kreisen, die für eine Verewigung des unseligen Zustandes im Saargebiet eintraten. Er rief den Franzosen zu:

> „Ein Status quo-Saargebiet — das wäre nicht der Sieg Frankreichs über Deutschland, das wäre der Sieg des internationalen Bolschewismus über alle europäischen Staaten, die als völkische und nationale Einheiten im Internationalismus der Kommunisten den Todfeind ihrer Staatsverbände sehen."

Er gab damit Antwort auf die Saardenkschrift der französischen Regierung, in der die Status quo-Lösung eingehend und mit Sympathie behandelt worden war. Die Regierungskommission steigerte die gegen sie gerichtete Ablehnung der Saarbevölkerung, indem sie

Verbot des Saar-Winterhilfswerks

die Organisation des **Saar-Winterhilfswerks verbot** — mit der Begründung,

> „sie müsse sich im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung auf den Standpunkt stellen, keine Sammlung zu einem Winterhilfswerk zu genehmigen, dessen Träger oder Mitträger eine an der Abstimmung beteiligte politische Organisation sei."

Das große karitative Werk, das — wie im Vorjahre — den Armen ohne Ansehen ihrer Gesinnung zugute kommen sollte, wurde aus **politischen** Gründen von der Saarregierung unmöglich gemacht. —

Der französische Botschafter beim Führer

Von französischer Seite wurden leider zunächst keinerlei Anstrengungen gemacht, die gespannte Atmosphäre aufzulockern. Der Empfang François Poncet's durch den Führer (24. Oktober), bei dem der französische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler für die deutscherseits gezeigte Teilnahme anläßlich der Ermordung Barthous den Dank Frankreichs aussprach, hatte keine Entspannung ge-

bracht. Ebensowenig die Unterredung, die Rudolf Heß dem Frontkämpfer und Journalisten George Suarez im Braunen Haus in München gewährt, und in der er erklärt hatte:

Unterredung Heß—Suarez

„Ich habe meine Ansichten über die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich seit meiner Königsberger Rede nicht geändert."

Schon das Terrorurteil, das das Metzer Appellationsgericht am 31. Oktober im Röchling-Spionageprozeß fällte und das für den kriegsblinden Leiter der Röchlingschen Betriebspolizei sowie vier weitere „Angeklagte" auf 2 bis 3 Jahre Gefängnis und Geldstrafen bis zu 1000 Franken lautete, löste im Saarland ungeheure Erbitterung aus. Abgesehen von der völligen Unschuld der Deutschen, die mit Spionage nicht das geringste zu tun hatten, stellte die Verurteilung des Kriegsblinden einen eklatanten Bruch des zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichneten Garantieabkommens dar, in dem sich die Regierungen verpflichtet hatten, jede strafrechtliche Verfolgung eines abstimmungsberechtigten Saarländers wegen der von ihm eingenommenen politischen Betätigung während der Abstimmungszeit zu unterlassen.

Terrorurteil im Röchling-Spionageprozeß

Gleichzeitig wurden an der französischen Grenze recht merkwürdige Vorbereitungen für die Saarabstimmung getroffen, die die deutsche Saarbevölkerung aufs höchste beunruhigen mußten. Starke französische Truppenbewegungen an der Saargrenze wurden von Paris dahin ausgelegt, daß Frankreich die Abstimmung gegen etwaige „deutsche Einfälle" in das Saargebiet oder „Putschabsichten der SA" sichern müsse, daß es sich verpflichtet fühle, auf Wunsch der Regierungskommission zu intervenieren. Im übrigen wurde zur Begründung der Truppenzusammenziehungen wieder einmal die Tatsache der „ungenügenden Zahl an Saarpolizei" angeführt. Aber es gab keinen Vertrag, keine Abmachung, auf die die französische Regierung sich berufen konnte. Weder aus dem Versailler Vertrag noch aus den von französischer Seite ebenfalls angeführten Entschließungen des Völkerbundsrats von 1925/26 (die mit der Rhein- und Ruhrräumung ihre Wirkungskraft verloren) konnte eine Rechtfertigung der von Frankreich getroffenen militärischen Vorbereitungen herangezogen werden. Die schon anläßlich der französischen Saardenkschrift auffallende kollegiale Zusammenarbeit des Quai d'Orsay mit Herrn Knox trat bei dieser unverantwortlichen Aktion noch deutlicher zutage, denn der entschuldigende Hinweis darauf, daß ein praktisches Eingreifen erst auf Wunsch des Präsidenten der Regierungskommission erfolgen werde, deutete darauf hin, daß der vom Völkerbund eingesetzte neutrale Treuhänder im Saargebiet auf die militärischen Vorbereitungen Frankreichs eingewirkt hatte. — Die

Französische Truppenzusammenziehungen an der Saargrenze

Erregung über das von übler Pressehetze begleitete Vorgehen der französischen Regierung war ungeheuer. Die offiziöse Pariser Presse sah sich daher veranlaßt, die Vorbereitungen als „rein technischer Natur“ zu bezeichnen und — um ihnen den Schein von Abwehrmaßnahmen zu geben — die angeblichen „Putschabsichten“ des Reichs in den Vordergrund zu stellen. Um dieser Verleumdung die Spitze abzubrechen, ordnete der Beauftragte des Führers, Gauleiter Bürckel, im Rahmen eines Aufrufs an die SA- und SS-Männer des Saargrenzgebiets am 2. November ein Aufmarschverbot vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 an.

SA-Aufmarschverbot im Saargrenzgebiet

In dem Aufruf hieß es:

> Ich ordne daher an:
>
> „... 1. Vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 ist innerhalb einer Zone von vierzig Kilometern längs des Saargebiets das Tragen jeder Uniform verboten.
>
> 2. Appelle, Aufmärsche oder Zusammenkünfte jeglicher Art fallen unter das gleiche Verbot....“

In Erwiderung der französischen Provokation machte die deutsche Presse auch kein Hehl daraus, daß Deutschland in einer etwaigen militärischen Intervention Frankreichs im Saargebiet eine flagrante Verletzung der Locarno-Verträge erblicken werde. Das wenig freundliche Echo in Europa und vor allem die Empörung des Reiches über die Gewaltdrohungen Frankreichs, veranlaßten die Veranstalter dieses unwürdigen Manövers, zum Rückzug zu blasen. Mit der Miene des gekränkten Biedermannes wies man den Verdacht egoistischen Handelns weit von sich. Und doch war das Kesseltreiben gegen eine ruhige und geordnete Saarabstimmung zu offensichtlich, um vertuscht zu werden. Wer allein hatte denn ein Interesse an der Verhinderung einer ordnungsgemäßen Abstimmung? Deutschland etwa, das der erdrückenden Stimmenmehrheit für die Rückgliederung sicher war? — Es war nur selbstverständlich, daß England auf seine Mitwirkung an einem französischen Saarabenteuer verzichtete. Und es war erfreulich, daß auch die meisten anderen europäischen Länder von den französischen Ambitionen abrückten. Erwähnen möchten wir in diesem Zusammenhang die loyale Haltung der Schweiz, die der Hetzpropaganda des berüchtigten Max Braun auf schweizerischem Boden ein Ende setzte, indem sie ihm weiteres Auftreten verbot. Man nahm das in Deutschland mit Genugtuung zur Kenntnis.

Die Schweiz gegen Max Braun

Saardenkschrift der Akademie für Deutsches Recht

Am 3. November veröffentlichte Reichsjustizkommissar Dr. Hans Frank als Präsident der Akademie für Deutsches Recht zusammen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Völkerrecht, Professor Dr. Viktor Bruns, eine Saardenkschrift an die Juristen der Welt,

die sich mit den Rechten und Pflichten des Völkerbundes bezüglich der Saarfrage befaßt. Es heißt da über die Maßnahmen, die der Völkerbund bis zur Volksabstimmung zu treffen hat, u. a.:

„... Daß es mit dem Grundsatz der Freiheit der Abstimmung völlig unvereinbar wäre, während der Abstimmungsperiode in das Saargebiet militärische oder polizeiliche Kräfte eines an der Abstimmung interessierten Staates hineinzuziehen, bedarf keiner Begründung."

Die Denkschrift beschäftigt sich dann mit den drei Möglichkeiten des Saarentscheids, die der Völkerbund durchzuführen hätte. Sie bemerkt dazu, daß eine vierte Möglichkeit nicht besteht:

„... Der Völkerbund wäre weder befugt, ein neues Uebergangsregime zu schaffen, noch ein neues zweites Abstimmungsverfahren vorzusehen."

Zum Fall der Rückgliederung an Deutschland trifft die Denkschrift folgende wesentlichen Feststellungen:

„Es ist die Auffassung vertreten worden, daß der Völkerbund das Recht habe, für bestimmte Teile der Abstimmungsberechtigten oder der Gebietsbewohner eine Sonderregelung zu treffen, und zwar soll er das Recht haben, entweder in seiner Entscheidung dem Souveränitätsträger Schutzverpflichtungen zu diktieren, oder seine Entscheidung selbst von der Bedingung abhängig zu machen, daß der Erwerber vorher feierlich Schutzverpflichtungen eingehe.

Diese Behauptung stellt eine vollkommen willkürliche, allen juristischen Grundregeln widersprechende Auslegung des Versailler Vertrages dar. Der Völkerbund hat nach § 35c die Pflicht, bei entsprechendem Ausfall der Volksabstimmung die Souveränität Deutschlands ohne jede Einschränkung wiederherzustellen.

Auch steht es nicht in seinem Belieben, darüber zu befinden, ob, wann und unter welchen Bedingungen er seine Entscheidung treffen will. § 35 ist nicht bloß ein Recht, die Entscheidung über das künftige Souveränitätsverhältnis zu treffen, sondern eine Pflicht des Völkerbundes, der dieses Mandat feierlich übernommen hat.

Der Völkerbundsrat muß nach dem Wortlaut des § 35 seine Entscheidung treffen (shall decide, décidera); kein Vorbehalt irgendwelcher Art berechtigt ihn zu einem anderen Verhalten. Der Völkerbundsrat hat kein Recht, seine Entscheidung von irgendeiner Bedingung abhängig zu machen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung auf solche Weise zu verzögern."

Abschließend heißt es in der Denkschrift:

„Die Rechte und Pflichten des Rates beziehen sich nur auf die Liquidierung des Zwischenregimes und die Ermöglichung der Regierungsübernahme durch den Souveränitätsinhaber. Der Rat kann sich also nur mit den Tatbeständen befassen, die während der Ausübung der Regierungsgewalt durch die Regierungskommission entstanden sind. Die Aufgaben sind gerade in dem Fall der Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierung besonders einfach. Die Lösung ergibt sich ohne Schwierigkeit unmittelbar aus dem Vertrag." —

Aufruf der „Deutschen Front" gegen den Emigrantenterror

Ebenfalls am 3. November wurde ein Aufruf des Landesleiters der „Deutschen Front", Pirro, (vom 2. November) veröffentlicht,

der den Emigrantenterror im Saargebiet anprangerte. Pirro stellte darin die Fragen:

„Ist es den verantwortlichen Stellen bekannt, daß in rückgliederungsfeindlichen Versammlungen und Zeitungen nun schon seit Monaten in maßloser und verleumderischer Weise gegen das deutsche Volk, das Deutsche Reich und seinen Führer gehetzt wird, daß in den Versammlungen der Emigranten und unserer Gegner die Verordnungen der Regierungskommission dauernd übertreten werden, daß die Emigranten planmäßig zum Bandenkrieg ausgebildet werden, daß die Emigranten das ihnen gegen den Willen der gesamten Bevölkerung gewährte Gastrecht mißbrauchen und durch Unruhestiftung und tägliche Terrorfälle die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, daß die Emigranten ihr gefährliches Spiel unter dem Schutz der Bergwerksdirektion treiben?...

Ich stelle diese Fragen nicht, um Oel ins Feuer zu gießen und die entstandene Unruhe zu erhöhen. Als Führer der „Deutschen Front" im Saargebiet bin ich vor Gott und dem deutschen Volk verpflichtet, eindeutig Klarheit in der Frage der Verantwortlichkeit zu schaffen."

Die eiserne Disziplin, die in den Reihen der „Deutschen Front" herrschte, wurde in dem Aufruf unterstrichen durch die Anordnung:

„1. Mitglieder der „Deutschen Front", die meinem Gebot zuwiderhandeln und keine Disziplin wahren, sind nicht nur aus der „Deutschen Front" sofort auszustoßen, sondern auch gegebenenfalls der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

2. Wer durch eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft nachweislich die Verurteilung eines Terroristen, der sich in die Reihen der „Deutschen Front" eingeschlichen hat, erzielt, erhält von der „Deutschen Front" eine Belohnung von 1000 Franken.

Ich treffe diese Anordnung nicht, weil ich es für nötig halte, meine Aufforderung, weiterhin Disziplin zu wahren, gleichsam durch Strafandrohung zu bekräftigen, sondern weil ich angesichts der gewissenlosen Mache unserer Gegner zu der Annahme gezwungen bin, daß man Provokateure in unsere Reihen einzuschmuggeln versucht, und diesen verbrecherischen Menschen, die mit dem Frieden spielen, muß das Handwerk gelegt werden." —

Denkschrift der saarländischen Wirtschaftsverbände

Schließlich ist noch ein drittes wichtiges Schriftstück zur Saarabstimmung erwähnenswert, und zwar eine Denkschrift der saarländischen Wirtschaftsverbände vom 7. November an den Völkerbundsrat und an den Aloisi-Ausschuß, in der eindringlich dargetan wird, daß die Saarwirtschaft ohne das Reich nicht leben kann, daß das Nichtfunktionieren des Clearingverfahrens und die Verweigerung französischer Kredite die Wirtschaft des Saargebiets in eine katastrophale Lage gebracht habe und daß die sofortige Oeffnung der deutsch-saarländischen Zollgrenze die Rettung bedeuten würde. — Das deutsche Volk an der Saar drängte heim. Es zählte die Stunden bis zur endlichen Befreiung. —

Das Reich und die deutschen Minderheiten

Das nationalsozialistische Deutschland aber wünscht normale und gute Beziehungen zu seinen Nachbarn und den anderen Staaten des

Kontinents. Es erstrebt dabei besonders in seinem Verhältnis auch zu den Ländern eine Entspannung, die seit Versailles große deutsche Volksteile in ihren Grenzen haben. Das Reich begrüßte daher jeden Versuch deutscher Minderheiten, eine vernünftige Einigung mit der Regierung ihres neuen Vaterlandes zu erzielen, so z. B. in Estland und Lettland. In diesem Zusammenhang darf man der Bemühungen des Sudetendeutschen Konrad Henlein um eine loyale Zusammenarbeit mit dem tschechischen Staat gedenken. Mit der Gründung der SHF (Sudetendeutsche Heimatfront) beabsichtigte er, über alle Parteien und Stände hinweg eine Bewegung zu schaffen, die in loyaler Treue zum tschechoslowakischen Staat steht, wenn dieser ihr die Behauptung und Pflege ihrer deutschen Kultur ermöglicht. Auf der großen Kundgebung in Böhmisch-Leipa am 21. Oktober konnte Henlein zum ersten Male vor 20000 bis 30000 seiner Anhänger sein Programm entwickeln. Er sagte dort u. a.: Sudetendeutschtum

> „Wir sind eine junge Bewegung, die mit dem ganzen Idealismus ihrer Herzen furchtlos und unbestechlich ihren Weg geht. Man kann mit uns machen, was man will, wir aber werden da bleiben. Kein vernünftiger Tscheche kann von uns verlangen, daß wir unser Volkstum verleugnen. Wir waren Deutsche, wir sind Deutsche, und wir werden in aller Zukunft Deutsche bleiben!" —

Auch die Deutschen an der Memel waren trotz aller Unterdrückungen nicht gewillt, ihr Deutschtum zu verleugnen. Schwer hatten sie zu leiden und zu kämpfen — sie, deren „Autonomie" durch ein Statut, das vier Großmächte garantierten, „gesichert" war! Eine ununterbrochene Kette von Ungesetzlichkeiten und Demütigungen kennzeichnet den Leidensweg des Memeldeutschtums. Verfolgen wir ihn also weiter bis Ende des Jahres 1934 — diesen Weg bitteren Unrechts und der Schande: Unrecht von denen, die dem unzivilisierten, verbrecherischen Treiben Litauens untätig zusahen; Schande für die Signatarmächte England, Frankreich, Italien, Japan, die wertvolle, kulturtragende deutsche Volksteile von einer rabiaten Minderheit drangsalieren ließen. — Der Engländer Sir Alexander Lawrence, der beabsichtigte, die Verteidigung mehrerer der angeklagten Deutschen im bevorstehenden Memelprozeß zu übernehmen und sich nach seinen ersten Eindrücken im Memelgebiet unverhohlen über die litauischen Unterdrückungsmethoden geäußert hatte, wirkte auf die litauische Presse wie ein rotes Tuch. Mit lächerlichen Lügen versuchte man nachzuweisen, daß Lawrence in Königsberg geboren, mit angeklagten Memelländern verwandt und als naturalisierter Engländer immer noch im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sei. Der so „Geächtete" stammte aus einem alten englischen Geschlecht, so daß

Fortsetzung des litauischen Terrors an der Memel

Memelprozeß

seine unbedingte Objektivität „unverdächtig" war. Aber als untrüglichen Beweis des schlechten Gewissens schob man ihn ab.

Weitere Maßnahmen der litauischen Machthaber: Drei memelländische Banken wurden von der Polizei gründlich durchsucht, ihre Geschäftspapiere beschlagnahmt, — und einige Tage später vom Finanzminister unter litauische Staatsaufsicht gestellt. Ein Bildersturm litauischer Studenten auf deutschsprachige Firmenschilder in Memel fand natürlich die schweigende Billigung des Gouverneurs. Der Kampf gegen die deutsche Sprache wurde überall (Kirche, Schule, Heer) mit gleicher Erbitterung geführt. Auch sonst fehlte es nicht an Schikanen. Den deutschen Bauern, die sich in großer Not befinden, wurde der Viehverkauf erschwert. Aus unerfindlichen Gründen — wenn man sich naheliegender Vermutungen enthält — wurden deutsche Bankgelder beschlagnahmt. Der Möglichkeiten, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Terror auszuüben, waren viele. Sie wurden weidlich ausgenützt. Eine neue Beschwerde des Memeldeutschtums an die Signatarmächte des Memelstatuts blieb ungehört. Die litauische Politik erfuhr auch keine Unterbrechung oder Kursänderung, als Anfang Dezember Reizgys seinen Rücktritt erklärte und an seine Stelle Bruvelaitis trat. Der neue Präsident des Memel-Direktoriums hatte nichts Eiligeres zu tun, als die letzte Verordnung seines Vorgängers veröffentlichen zu lassen (4. Dezember). Es handelte sich um eine Neuregelung der Unterrichtssprache in den memelländischen Schulen, nach der von 228 Volksschulen nicht weniger als 222 die litauische Sprache haben sollten! Eine ungeheuerliche Herausforderung angesichts der zahlreichen Beschwerden der Memelländer an die Signatarmächte. Es zeigte sich bald, daß der neue Präsident noch skrupelloser vorging, als der alte — wenn das überhaupt möglich war. Die nächste Verordnung betraf die Litauisierung der deutschen Vor- und Zunamen. Wollte man dann eines Tages behaupten, es gäbe nur noch Litauer im Memelgebiet? Es gelang dann wieder einmal, den Landtag (13. Dezember) beschlußunfähig zu machen — die Litauer waren in ihren Methoden nie wählerisch — und damit jeden Mißtrauensantrag, jeden Protest gegen die permanente Verletzung des Memelstatuts im Keime zu ersticken. Die Protesterklärung der deutschen Abgeordneten blieb ein Stück Papier.

Personalveränderung im litauischen Memel-Direktorium

Zwangslitauisierung

Beginn des Prozesses in Kowno

Am 14. Dezember begann in Kowno der Monstre-Prozeß gegen 126 Memeldeutsche, die angeklagt waren, einen „bewaffneten Aufstand" im Memelgebiet vorbereitet zu haben, um mit Terror und mit Unterstützung nationalsozialistischer Organisationen in Deutschland das Memelgebiet von Litauen abzutrennen und es mit dem Reich

wieder zu vereinigen. Nachdem die Angeklagten monatelang eingekerkert und ihnen mit mittelalterlichen Foltern Geständnisse erpreßt worden waren, nahmen die Verhandlungen — die durchweg in litauischer Sprache geführt wurden — ihren Anfang. Der Prozeß schleppte sich langsam in das neue Jahr hinüber, ohne daß es der Anklagevertretung gelungen wäre, etwas anderes offenbar werden zu lassen, als die unmenschliche Unterdrückung der deutschen Memelländer durch die litauischen „Souveräne". Die Angeklagten wurden zu Klägern, die der Welt die Augen über die wahren Zustände im Memelgebiet öffneten. So sah sich ein konservativer Abgeordneter des englischen Unterhauses veranlaßt, den britischen Außenminister um eine Mitteilung über die gegenwärtige Lage im Memelgebiet bezüglich der Einhaltung des Memelstatuts durch die litauische Regierung zu bitten. Ihm wurde von **Simon** u. a. geantwortet:

> „... Im Memelgebiet ist zurzeit ein vorläufiges Direktorium im Amt. Der Landtag trat am 13. Dezember zusammen, konnte aber mangels Beschlußfähigkeit die Tagesordnung nicht erledigen. Die Verhandlungen über die Neubildung des Direktoriums werden fortgesetzt, und der britische Geschäftsträger in Kowno, der die Vorgänge aufmerksam verfolgt und der Sitzung des Landtags beigewohnt hat, berichtete, daß die litauische Regierung sich allem Anschein nach bemühe, in Durchführung der Verfassung eine normale Lage im Memelgebiet wiederherzustellen."

Kommentar überflüssig. Litauen genoß nach wie vor das „Vertrauen" der Signatarmächte und konnte demnach nach wie vor seine „Bemühungen" um eine Wiederherstellung der „normalen Lage" fortsetzen. —

Große Rede MacDonalds im Unterhaus

Die englische Politik der letzten Jahre, der nicht nur von deutscher Seite oft der Vorwurf der Unlogik und Unklarheit gemacht worden ist, zeigte, daß dieser Vorwurf nicht ohne Berechtigung war. Auch die **große Unterhausrede**, die Ministerpräsident **MacDonald** im November gehalten hatte, zeigte das deutlich. Während er aus den Mißerfolgen der Abrüstungskonferenz und der Flottenverhandlungen die notwendigen Konsequenzen für England zog — d. h. Aufrüstung, soweit sie zur Abwehr von Angriffen erforderlich sei — beklagte er den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und stellte als einen „Prüfstein für alle deutschen Friedenserklärungen" hin, ob Deutschland willens sei, wieder reumütig nach Genf zurückzukehren. Es sollte sich doch inzwischen herumgesprochen haben, daß Deutschland Genf den Rücken gekehrt hat, weil man ihm dort die Sicherheit vor Angriffen — sei es durch Abrüstung auch der anderen oder durch militärische Gleichberechtigung — immer wieder vorenthielt. Der Entscheid des Reiches war darum nicht weniger logisch, als der MacDonalds, wenn er für **England** Sicherheit vor Angriffen forderte.

Auch über die Saarabstimmung äußerte MacDonald sich in dieser Rede. Wir zitieren wörtlich:

„... Die Zusicherungen, die veröffentlicht worden sind, müßten jetzt die verantwortlichen Behörden des Saargebiets, in deren Unparteilichkeit wir, wie es meine Pflicht ist zu erklären, volles Vertrauen haben, instandsetzen, eine friedliche Entscheidung von seiten der Wähler dieses Bezirks zu überwachen und zu registrieren."

Das Vertrauen des englischen Premierministers, das er in die Unparteilichkeit seines Landsmannes Knox setzte, war verständlich, aber leider unbegründet. Zu oft waren die Hoffnungen der Saarbevölkerung nach einem gerechten Regiment enttäuscht worden. Auch die Anklageschrift der Regierungskommission gegen die „Deutsche Front", die am 10. November vom Völkerbundssekretariat veröffentlicht und in einer Antwortdenkschrift der „Deutschen Front" vom 14. November restlos widerlegt wurde, bewies nur wieder die Einseitigkeit und Verständnislosigkeit des Herrn Knox.

Anklageschrift der Regierungskommission gegen die „Deutsche Front" im Saargebiet

Während Gauleiter Bürckel, der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, seine Verhandlungen mit dem in Rom tagenden Dreierausschuß benutzte, um darauf hinzuweisen, daß die französischen Truppenbewegungen an der Grenze des Saargebiets einerseits und das ungehinderte Treiben der Emigranten anderseits die einzigen Ursachen der Unruhe seien, bemühte sich Knox, in seinem Bericht darzutun, daß die „Deutsche Front" nur die Fortsetzung der nationalsozialistischen Partei im Saargebiet unter einem Decknamen sei, daß sie einen starken „Druck auf die Bevölkerung" ausübe und daß sie in ständiger Verbindung mit der Reichsregierung bzw. mit Reichsbehörden stehe. Der Präsident der Hohen Kommission erhob die Beschuldigungen trotz der immer wieder bewiesenen korrekten und disziplinierten Haltung des deutschen Saarvolkes. Er erhob sie zu einem Zeitpunkt, an dem die Teilmobilmachung zweier einmarschbereiter Armeekorps jenseits der französischen Grenze eine unbestrittene Tatsache war, in einem Augenblick also, der von der Saarbevölkerung ein Höchstmaß an Beherrschung forderte. Wiederum ein merkwürdiges Zusammentreffen französischer und „regierungskommissarischer" Aktivität! Man kommt jedenfalls nicht um die Feststellung herum, daß die Entspannung in der Saarfrage, die erfreulicherweise Ende des Jahres erzielt wurde, am wenigsten das Verdienst des Herrn Knox war. Man wird hier vielmehr in erster Linie den Namen des Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, weiterhin die geschickte Vermittlung Edens nennen müssen.

Deutsch-französische Verhandlungen in der Saarfrage

Man wird auch dankbar anerkennen, daß die neue französische Regierung, die nach dem Rücktritt Doumergues unter Pierre Etienne Flandin am 8. November gebildet wurde, sich bemühte,

mit der Reichsregierung eine Einigung zu erzielen. Pierre Laval, der das Erbe Barthous angetreten hatte, teilte den Wunsch der deutschen Regierung nach einer friedlichen Regelung der Saarfrage, und es gelang in zahlreichen deutsch-französischen Verhandlungen schließlich, den letzten Hemmschuh einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen.

Sohlberg-Kreis deutscher und französischer Jugend

Auch auf inoffiziellem Wege machte die deutsch-französische Verständigung damals einige Fortschritte. Auf Einladung des Sohlberg-Kreises deutscher und französischer Jugend sprach am 13. November in der Berliner Universität der bekannte französische Vorkämpfer der Verständigungsidee, der Schriftsteller und Politiker Jules Romain, vor einer begeisterten Zuhörerschaft über das Thema „Latinité et Germanisme". Seit Jahren kämpfte er gegen das „Verhängnis in der Geschichte", gegen das „Phantom zwischen den Völkern". Jules Romain gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß — abgesehen von allen praktischen Erfordernissen einer deutsch-französischen Zusammenarbeit — „eine europäische Einheit nur mit einem Frankreich und Deutschland denkbar ist, die ihr Gleichgewicht gefunden haben". Der Franzose erkannte und konstatierte die unbedingte Notwendigkeit der Lösung des Problems „Latinität und Deutschtum", was dasselbe sei wie „Frankreich und Deutschland".

Rede General Smuts

— Am Abend vorher hatte General Smuts die Welt aufgefordert, Deutschland endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Die Zeit ist reif, einen wirklichen Frieden zu schließen, einen Frieden, den wir eingestandenermaßen in Versailles nicht zustande gebracht haben", rief der südafrikanische Staatsmann seinen Landsleuten in seiner aufsehenerregenden Londoner Rede vom 12. November zu. —

Deutsche und polnische Botschaften statt Gesandtschaften

Daß man trotz mancher Differenzen und gegebener Schwierigkeiten — die beim deutsch-französischen Verhältnis nach der Saarabstimmung z. B. in weit geringerem Maße vorhanden sind — zu einem guten Verhältnis mit dem Nachbarn kommen kann, hatte das deutsch-polnische Verständigungsabkommen vom 26. Januar bewiesen. Eine weitere Etappe in der Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen stellte der Entschluß dar, die beiderseitigen Gesandtschaften vom 1. November ab zu Botschaften zu erheben. Am 14. November gaben die Botschafter Lipski und von Moltke beim Reichskanzler bzw. beim polnischen Staatspräsidenten ihr Beglaubigungsschreiben ab. Die gewechselten Reden gaben der Bedeutung des Freundschaftsaktes Ausdruck. Der Führer sagte, an Lipski gewendet, u. a.:

„... Die bisher schon erzielten Ergebnisse können uns nur bestärken in dem Willen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten unserer Beziehungen

immer mehr zu vertiefen und so in gegenseitiger Achtung und in gegenseitigem Verstehen ein festes und dauerhaftes **freundnachbarliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen** zu begründen." —

Empfang der Diplomaten beim Außenpolitischen Amt der NSDAP

Ein Empfang der Diplomaten und Korrespondenten der Auslandspresse beim Außenpolitischen Amt der NSDAP am 15. November gab Reichsminister Rust und Reichsleiter Rosenberg erneut Gelegenheit, die Brücke zwischen dem Ausland und dem nationalsozialistischen Deutschland zu schlagen. Rosenberg erklärte:

> „Die ehrlich gemeinten Angriffe und die Kritik an unserer Bewegung erscheinen uns ... nicht als ein Mangel und Unglück, sondern als ein historisch notwendiger Ausleseprozeß, dem wir uns unterwerfen, wie wir denn auch das Auslesegesetz in der Natur als eine gegebene kosmischgesetzliche Tatsache hinnehmen... Die Bewegung wird inmitten dieser Schwierigkeiten nicht zerbrechen, sondern im Bewußtsein der Notwendigkeit ihres Lebensganges nur noch härter werden..." —

Wahlsieg der nationalsozialistischen Regierung in Danzig

Die nationalsozialistische Regierung in **Danzig** erhielt bei den am 18. November in den Landkreisen Großes Werder und Danziger Niederung stattfindenden Kreistags- und Gemeindewahlen ein überwältigendes Vertrauensvotum, dessen symptomatische Bedeutung nirgends angezweifelt wurde. Die erfolgreiche Politik der Danziger Regierung änderte ihre Zielrichtung auch nicht, als der bisherige Senatspräsident Dr. **Rauschning** am 28. November seinem Vizepräsidenten **Greiser** Platz machte. Der neue Senatspräsident setzte die Politik der Verständigung fort. —

Tschechischer Angriff auf die deutsche Universität in Prag

Es war nicht Deutschlands Schuld, wenn die Beziehungen zwischen dem Reich und der **Tschechoslowakischen Republik** im Jahre 1934 eine weitere Abkühlung erfuhren. Es sei nur an den von tschechischer Seite provozierten Flaggenstreit oder an die Beschimpfung deutscher Staatsmänner in der Tschechei erinnert. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die **Angriffe gegen die Prager deutsche Universität**, die ihren Höhepunkt Ende November erreichten, als das tschechische Ministerium für Schulwesen und Volkskultur von der Deutschen Hochschule in Prag die Auslieferung der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gründungsinsignien an den Rektor der tschecho-slowakischen Universität forderte. Die Deutsche Studentenschaft bezeichnete in begreiflicher Empörung dieses Verlangen als unannehmbar, was die deutschfeindliche Presse zum willkommenen Anlaß einer maßlosen Hetze benutzte. Tschechische Studenten griffen zur Selbsthilfe und stürmten zusammen mit aufgeputschtem Pöbel gegen die ehrwürdige alma mater Pragensis. Die blutigen Exzesse lösten in ganz Deutschland und besonders auf allen deutschen und österreichischen Universitäten große Gegendemonstrationen aus. Am 26. November wurden die Universitätsinsignien der tschechischen Karls-

universität übergeben. Eine neue Demütigung war dem Deutschtum durch den tschechoslowakischen Staat zugefügt worden. Freilich konnte er sich auf ein Gesetz aus dem Jahre 1920 berufen. Indem er dieses selbstgeschaffene „Recht" für sich in Anspruch nahm, beging er einen Kulturraub, den das gesamte Deutschtum als Angriff auf seine Ehre und seine stolze Vergangenheit empfand. Man wird ihn sobald nicht vergessen. —

Reichsjuristenführer Dr. Frank in Bulgarien

Bevor wir uns nun den letzten, so wichtigen Ereignissen des Jahres, besonders der endgültigen Regelung der Saarfrage zuwenden, wollen wir noch erwähnen, daß der Reichsjuristenführer Staatsminister Dr. Frank als herzlich empfangener Gast in Bulgarien weilte, wo er in Sofia einen Vortrag über das Recht im neuen Deutschland hielt.

Unterredung des Führers mit Jean Goy

Wir wollen vor allem jener Unterredung des Reichskanzlers mit dem französischen Deputierten Jean Goy, Führer der Nationalen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, gedenken, die — als private Unterhaltung ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt — durch einen Zwischenfall in der französischen Kammer und die Verdächtigung der Pariser Presse viel Staub aufwirbelte. Die Ausführungen Adolf Hitlers deckten sich vollständig mit denen Rudolf Heß' in Königsberg und wurden zum Ausgangspunkt verschiedener weiterer Frontkämpfergespräche, die wesentlich mit zu einer deutsch-französischen Entspannung beitragen konnten. Eine lebhafte Zeitungsdebatte setzte in Frankreich ein, wobei das „Journal des Débats" — Sprachrohr der französischen Rüstungsindustrie — natürlich gegen das leichtfertige Eingehen auf die „deutschen Manöver" zeterte. —

Angriffe gegen Deutschland im englischen Unterhaus

Recht unfreundliche und vor allem ungerechte Worte richteten die Herren Churchill und Baldwin an die deutsche Adresse. In ihren Unterhausreden vom 28. November schoben sie Deutschland die Schuld am Scheitern der Abrüstungsverhandlungen zu, ohne sich der unseligen französischen Note vom 17. April zu erinnern, die den ganzen Besprechungen ein Ende bereitet hatte. Sir John Simon und vor allem Lloyd George ließen in ihren Reden den unangenehmen Eindruck ihrer Vorredner etwas vergessen. Simons Einladung an Deutschland, neue Verhandlungen über die Abrüstung in Angriff zu nehmen, fand durch die zu dieser Zeit laufenden Besprechungen von Ribbentrops mit Laval ihre Erledigung.

Letzte Sitzung des Saar-Dreier-Ausschusses

Während in Paris eine vernünftige Annäherung des französischen und deutschen Standpunktes in der Saarfrage erreicht wurde, hielt der Dreier-Ausschuß seine letzte Sitzung in Rom ab, dem auch der deutsche und französische Botschafter beiwohnten. Am 3. Dezember konnte der Präsident des Ausschusses, Baron Aloisi, feststellen, daß zwischen der französischen und der deutschen Regierung eine Einigung

in allen Fragen erzielt werden konnte. Dieser Nachricht folgte in der ganzen Welt ein befreites Aufatmen. Unmittelbar vor den Genfer Besprechungen wirkte sie sowohl sachlich als auch psychologisch äußerst günstig. Am 4. Dezember überreichten Deutschland und Frankreich Baron Aloisi die vereinbarten Garantieerklärungen. Am 5. Dezember konnte dann der Bericht der Saar-Dreier-Kommission den Mitgliedern des Völkerbundsrats zugestellt und der Oeffentlichkeit übergeben werden. Das umfangreiche Schriftstück behandelt in seinem ersten Teil:

Garantieerklärungen Deutschlands und Frankreichs

Bericht des Dreier-Ausschusses

a. Definition des durch den Vertrag geschaffenen Regimes, b. Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebiets und Optionsrecht, c. Ausdehnung der den Abstimmungsberechtigten gewährten Garantien auf die nichtabstimmungsberechtigten Einwohner des Saargebiets, d. Maßnahmen hinsichtlich der Behandlung der Einwohner nach der Errichtung des endgültigen Regimes, e. Sozialversicherungen, f. Beamte des Saargebiets.

Der zweite Teil befaßt sich mit den schwierigen finanziellen und Grubenfragen und verweist im übrigen auf das Abkommen, das die Vertreter der deutschen und französischen Regierung am 3. Dezember in Rom unterzeichnet haben und das die wichtigsten wirtschaftlichen und finanziellen Fragen unter der Annahme der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich regelt. Nach diesen Vereinbarungen hatte Deutschland eine Pauschalsumme von 900 Millionen französischer Franken für die Abfindung aller französischen Ansprüche (also auch der Eisenbahnen) zu zahlen, wobei geeignete Maßnahmen getroffen wurden, um eine Verschlechterung der deutschen Devisenlage durch die Barzahlung dieser Summe zu verhindern. Ein wesentliches Zugeständnis wird Frankreich gemacht: es darf die saarländischen Warndtgruben, deren Schächte auf französischem (!) Gebiet angelegt worden waren, auf fünf Jahre zinsfrei ausbeuten, wobei ein Jahresdurchschnitt von 2,2 Millionen Tonnen festgelegt wird. — Dem Bericht des Dreier-Ausschusses war außerdem der Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Dreier-Komitees und der deutschen und französischen Regierung über die Ausdehnung der Garantie auf die Nichtabstimmungsberechtigten und über gewisse Rechte der Saarbevölkerung nach der Rückgliederung beigefügt. Nach Annahme dieses abschließenden Berichts des Dreier-Ausschusses durch den Völkerbundsrat blieb noch die leidige Polizeifrage zu lösen. Da sowohl Frankreich wie England und Italien der Ansicht waren, daß eine einwandfreie Abwicklung der Abstimmung nur bei wesentlicher Verstärkung möglich sei, und der französische Außenminister Laval um Stellung eines stärkeren Truppenkontingents neutraler — d. h. an der Abstimmung nicht beteiligter — Staaten ersuchte, erklärte auch

Lösung der Polizeifrage

die deutsche Regierung ihr Einverständnis. Reichsaußenminister von Neurath richtete folgendes Telegramm an Aloisi:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihres Telegramms vom 5. Dezember über die Sitzung des Völkerbundsrates vom gleichen Tage zu bestätigen und Ihnen darauf namens der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung hat von den Erklärungen Kenntnis genommen, die im Völkerbundsrat zur Frage der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet während der Abstimmungsperiode abgegeben worden sind. Sie ist ihrerseits zwar der Ansicht, daß die Verhältnisse im Saargebiet eine Heranziehung auswärtiger Kräfte für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht notwendig erscheinen lassen; sie will sich aber gleichwohl damit einverstanden erklären, daß, sofern der Rat dies beschließt, neutrale internationale Kontingente in angemessener Stärke zu dem erwähnten Zweck ins Saargebiet entsandt werden."

England, Italien, Schweden und Holland sollten an der Bildung der internationalen Macht teilnehmen. —

Ein weiterer Beweis für das außerordentliche Entgegenkommen Deutschlands um der Sache des Friedens willen war auch das zum gleichen Zeitpunkt vom Saarbevollmächtigten Bürckel erlassene Einreiseverbot für SA und SS ins Saargebiet.

So war die Saarfrage praktisch liquidiert worden. Man darf rückblickend auf die Tage der entscheidenden Verhandlungen mit Genugtuung feststellen, daß besonders die Sachkenntnis und überlegene Verhandlungsführung des Barons Aloisi wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Abstimmung an der Saar in einer gereinigten und geklärten Atmosphäre stattfinden konnte. Keinesfalls aber darf man vergessen, daß die deutsch-französische Verständigung in der Saarfrage nur durch das opferbereite Entgegenkommen Deutschlands in sehr vielen strittigen Fragen möglich wurde. Die Welt hat hier einen eindrucksvollen Beweis der unbedingten deutschen Friedensliebe erhalten. —

Völkerbund und Marseiller Attentat

Auf dem Programm der Dezember-Ratstagung des Völkerbundes stand — abgesehen vom Chaco-Konflikt, auf den Genf trotz aller Bemühungen keinerlei Einfluß hatte — außer der Saarfrage noch das Attentat von Marseille. Das Verbrechen war durch eine weitverzweigte Terroristenorganisation vorbereitet und durchgeführt worden. Die Mordtat drohte schwerwiegende politische Folgen zu haben. Man brachte dem Schmerz Jugoslawiens und seiner Forderung nach Genugtuung volles Verständnis entgegen. Man wußte aber anderseits, daß der Revisionismus Ungarns, „einer tausendjährigen Nation", wie Gömbös erklärte, „deren Geschichte den politischen Mord niemals als Mittel zur Geltendmachung der Wahrheit der Nation anerkannt hat", nicht mit Terrorismus verwechselt werden durfte. Am 10. Dezember kam nach langwierigen Verhandlungen — in erster Linie dank

der Vermittlung des englischen Vertreters Eden — eine Entschließung zustande, die sowohl Jugoslawien die moralische Genugtuung (die Nachlässigkeit gewisser ungarischer Behörden hinsichtlich jugoslawischer Emigranten wurde festgestellt und deren Bestrafung von Ungarn versprochen) gewährte, als auch den guten Willen der ungarischen Regierung anerkannte. Von einem Angriff auf die Ehre des ungarischen Volkes konnte nicht die Rede sein.

So hatte der Völkerbund zum erstenmal befriedigende Arbeit geleistet. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß er seine Erfolge in der Saarfrage und im ungarisch-südslawischen Konflikt nur der Bereitwilligkeit der beteiligten Regierungen und dem Geschick und Können einzelner Männer verdankt. Einen Triumph des Völkerbundssystems und seiner Maschinerie wird man darin jedenfalls nicht sehen können. —

Ein Reich, ein Recht, ein Führer

Der außenpolitisch so ereignisreiche Oktober des Jahres 1934 brachte auch in der deutschen Innenpolitik wesentliche Vorgänge.

Reichs- und Preußisches Justizministerium

So wurden durch Verordnung vom 16. Oktober das Reichsjustizministerium und das Preußische Justizministerium zusammengelegt (mit Wirkung vom 23. Oktober). Damit wurde die am Jahresanfang mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches und dem Ersten Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich (siehe 2. Abschnitt) begonnene und am 21. Juni mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Justizministers durch den Reichsjustizminister fortgesetzte Entwicklung planmäßig weitergeführt Der Zug der Verreichlichung und Vereinheitlichung unter dem Leitgedanken „Ein Reich, ein Recht, ein Führer!" hatte mit dem Uebergang der Justizhoheit auf das Reich eingesetzt und wurde organisch weiterentwickelt. Ab 23. Oktober war nunmehr Dr. Gürtner „Reichs- und Preußischer Justizminister" und teilte die Arbeit in seinem Ministerium nach Sachgebieten auf, nicht mehr — wie bisher — nach Ländern. (In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in gleicher Weise eine Zusammenlegung der Innenministerien erfolgte und Pg. Dr. Frick „Reichs- und Preußischer Innenminister" wurde.)

Zweites Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich

Am 5. Dezember folgte das „Zweite Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich", das mit den grundlegenden Worten beginnt:

„Im nationalsozialistischen Staat ist die staatliche Justiz eine Einheit; sie steht dem Reich zu und bedarf einheitlicher Verwaltung durch das Reich. Nachdem die Justizministerien des Reichs und Preußens vereinigt sind, übernimmt deshalb das Reich in den übrigen Ländern die unmittelbare Leitung der Justizverwaltung nach Maßgabe folgender Vorschrift: ...."

Eine Gesetzgebung der Länder in Justizangelegenheiten gibt es nicht mehr. Für einzelne, bzw. mehrere Länder bestellt der Reichsjustizminister Beauftragte. Die neuen Verwaltungseinheiten sind nicht mehr „Länder", sondern heißen jetzt „Reichsjustizministerium, Abteilung ....". Vier solcher Abteilungen

— 1. Bayern, 2. Sachsen-Thüringen, 3. Württemberg-Baden, 4. Nord (für Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg, Mecklenburg) —

bildete der Reichsjustizminister — an Stelle von bisher 16 Länderjustizministerien! —

Zweite Verordnung über den Neuaufbau des Reichs

Einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zum Neuaufbau des Reiches stellte auf dem Gebiete der Verwaltung vor allem die „Zweite Verordnung über den Neuaufbau des Reichs" (27. November) dar:

§ 1

Bis zur Durchführung der Neugliederung des Reichs sind die preußischen Oberpräsidenten in den ihnen unterstellten Provinzen zugleich ständige Vertreter der Reichsregierung.

§ 2

Die Oberpräsidenten sind befugt, sich von sämtlichen Reichs- und Landesbehörden sowie von den Dienststellen der unter Aufsicht des Reichs oder Landes stehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften innerhalb der Provinz unterrichten zu lassen, sie auf die maßgebenden Gesichtspunkte und die danach erforderlichen Maßnahmen aufmerksam zu machen, sowie bei Gefahr im Verzuge einstweilige Anordnungen zu treffen. Diese Rechte können sie auf die ihnen beigegebenen Beamten nicht übertragen; ihre Vertreter können diese Rechte nur ausüben, wenn die Oberpräsidenten nicht nur vorübergehend an der Wahrnehmung der Geschäfte behindert sind.

§ 3

Die Reichsminister können bei Durchführung von Reichsaufgaben die preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten unbeschadet der Dienstaufsicht des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern unmittelbar mit Weisungen versehen.

Dieser Text bedarf keines Kommentars. Seine ausschlaggebende Bedeutung liegt klar zutage. —

Strafrechtliche Entwicklung im Jahre 1934

Bei der Behandlung der gesetzgeberischen Arbeit des Jahres 1934 ist es notwendig, insbesondere auch die strafrechtliche Entwicklung zu verfolgen. Der sozialistische Grundsatz, daß Verbrechen, die nicht gegen einzelne, sondern gegen das ganze Volk gerichtet sind, am schärfsten zu werten und dementsprechend zu bestrafen sind, kam in den Bestimmungen über Landes- und Hochverrat deutlich zum Ausdruck. Bereits das Jahr 1933 hatte hier wesentliche Vorarbeit

geleistet: Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Band 1933, Seite 41 und 350), das Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. März (gegen den Reichstagsbrandstifter van der Lubbe), das Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 4. April 1933 (Band 1933, Seite 350), das Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften vom 26. Mai 1933 (Band 1933, Seite 351), das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens vom 13. Oktober 1933 (Band 1933, Seite 351). Um eine Zusammenfassung und Ergänzung all dieser neugeschaffenen Bestimmungen zu erreichen, wurde im neuen Jahre am 24. April das „Gesetz zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens" erlassen. Hoch- und Landesverrat werden — da sie unmittelbare Angriffe gegen die Nation bedeuten — als schwerste Verbrechen gekennzeichnet und grundsätzlich mit der Todesstrafe geahndet. Außerdem werden als neue Strafarten bei Hoch- und Landesverrat eingeführt: Geldstrafen in unbegrenzter Höhe, Einziehung des gesamten Vermögens, Sicherungsverwahrung (nur bei Landesverrat), Polizeiaufsicht. Die Möglichkeit „mildernder Umstände" wird für sämtliche Hoch- und Landesverratsdelikte beseitigt — ebenso die Möglichkeit der Festungshaft. Das Jugendgericht ist für diese Delikte in keinem Falle mehr zuständig. Das Verbreiten von Lügennachrichten im Ausland wird unter Zuchthausstrafe gestellt. Bemerkenswert ist insbesondere, daß das Gesetz auch Ausländer, die im Ausland landes- oder hochverräterische Handlungen gegen das Deutsche Reich begehen, mit Strafe bedroht und damit solche Handlungen zu Weltverbrechen erklärt, während bisher Taten von Ausländern nur bestraft wurden, wenn sie im Inland begangen worden waren. Hervorzuheben ist außerdem noch die Schaffung des Volksgerichtshofs (den wir bereits im 12. Abschnitt behandelten).

Gesetz zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens

Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßnahmen der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentziehung verbunden sind

Am 14. Mai folgte die „Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßnahmen der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentziehung verbunden sind". Die durch das Preußische Strafvollzugs- und Gnadenrecht vom 1. August 1933 (Band 1933, Seite 270) eingeleitete Entwicklung fand hier ihre logische Weiterführung. An Stelle der liberalen Humanitätsduselei setzte der nationalsozialistische Staat als obersten Grundsatz den Schutz der Volksgemeinschaft! Die neue Verordnung schuf auf dieser bereits 1933 in Preußen gelegten Basis eine reichseinheitliche Regelung. Die bereits im Band 1933 ausgeführten nationalsozialistischen Gesichtspunkte fanden hier ihre reichsgesetzliche Verankerung. Und es wurde wieder dem Grundsatz Geltung ver-

schafft, daß die Strafe eine Sühne für begangenes Unrecht ist, und daß daher die Freiheitsentziehung für den Gefangenen ein empfindliches Uebel sein muß.

Hinsichtlich der strafrechtlichen Maßnahmen sei im übrigen noch auf die Neuregelung der Schutzhaftbestimmungen und das Gesetz über Reichsverweisungen (beide im 12. Abschnitt behandelt) hingewiesen.

Gesetz über den Ausgleich bürgerlicher Rechtsansprüche

Auf zivilrechtlichem Gebiet ist das wichtige „Gesetz über den Ausgleich bürgerlicher Rechtsansprüche" vom 13. Dezember hervorzuheben, das bei Schadensersatzansprüchen, die durch Vorgänge während der Revolution (vor dem 2. August 1934) entstanden sind, die Entscheidung den Gerichten abnimmt und dem Reichsinnenminister überträgt. Es bestimmt, daß die Schadenserstattung, die dem einzelnen nicht zugemutet werden kann, aus Mitteln der Allgemeinheit erfolgen kann. Bemerkenswert an diesem großzügigen und in seiner Gerechtigkeit über formale Rechtsschranken hinausgehenden Gesetz ist, daß auch Schadensersatz wegen Ehrenkränkungen vorgesehen ist und daß auch Dritte in Anspruch genommen werden können, die bisher im Prozeß nicht beteiligt waren. Bemerkenswert ist ferner, daß das Gesetz die Unterschrift des Stellvertreters des Führers trägt und seine Teilnahme an der Gestaltung der Ausführungsvorschriften vorsieht. — In der Schaffung eines solchen Gesetzes liegt gleichzeitig die Anerkennung der Tatsache, daß die bisherigen bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über die Ansprüche und den Prozeß unzulänglich sind. —

Gesetz über die Umwandlung von Kapitalsgesellschaften

Neben mehreren verwaltungsmäßigen Gesetzesänderungen auf zivilrechtlichem Gebiete ist an wesentlichen Gesetzen das „Gesetz über die Umwandlung von Kapitalsgesellschaften" vom 5. Juli zu nennen, daß ein Vorgehen gegen die Anonymität der Gesellschaften und gegen die widersinnigen „Einmann-Gesellschaften" bezweckte und u. a. Möglichkeiten für die Umwandlung von Aktiengesellschaften in offene Handelsgesellschaften schuf — ferner das „Gesetz über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften" vom 9. Oktober, das die Möglichkeit gab, lebensunfähige Kapitalsgesellschaften (bei denen ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt worden war) ohne Konkursverfahren und Liquidation im Handelsregister zu löschen, und das damit viele Täuschungen des Publikums über die Kapitalkraft von Gesellschaften unmöglich machte und dem nationalsozialistischen Streben nach Rechtsklarheit deutlichen Ausdruck verlieh.

Gesetz über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften

Reformen auf dem Gebiete des Zwangsvollstreckungsrechts

Auch auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung ist im Jahre 1934 eine Reihe von Gesetzen ergangen (Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten vom 9. März, Zweites Gesetz über weitere

Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung vom 22. März, Gesetz über die Aenderung von Vorschriften über die Zwangsvollstreckung vom 24. Oktober, vor allem das *Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten* vom 13. Dezember). Die Gesetze behandeln: 1. den Schutz unverschuldet in Not geratener Schuldner gegen Zwangsvollstreckung in bestimmten Fällen der wirtschaftlichen Notlage, 2. die Neuregelung der Vorschriften über Beschränkung bei Lohnpfändungen und die Verhinderung von „Lohnschiebungen“. Die Gesetze zeichnen sich durch ihren sozialen Geist aus — und ferner dadurch, daß sie den Richter von den Fesseln starrer Auslegung von Vorschriften befreien und ihn auch in der Zwangsvollstreckung allmählich zum Herren des Verfahrens machen, während er bisher lediglich der Diener der Parteien oder der unbeteiligte Zuschauer war. Während früher Art und Ausmaß der Zwangsvollstreckung lediglich vom Gläubiger abhingen, bestimmt jetzt mehr und mehr der Richter. — Besonders hervorzuheben ist hier das bereits obenerwähnte „*Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten*“, in dem es heißt:

Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten

> „Um der mißbräuchlichen Ausnutzung von Vollstreckungstiteln, insbesondere von solchen auf Räumung einer Wohnung, entgegenzutreten, wird folgendes angeordnet:
>
> Auf Antrag des Schuldners kann das Vollstreckungsgericht Maßnahmen der Zwangsvollstreckung — auch wenn ihnen sonstige gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen — ganz oder teilweise aufheben, untersagen oder zeitweilig aussetzen, wenn sich nach Prüfung aller Umstände des Falles, insbesondere auch eines berechtigten Schutzbedürfnisses des Gläubigers, dessen Vorgehen gegen den Schuldner als *eine gesundem Volksempfinden gröblich widersprechende Härte* darstellt.
>
> War dem Schuldner die rechtzeitige Anrufung des Vollstreckungsgerichts nicht möglich, so kann der Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung bis zur Entscheidung des Vollstreckungsgerichts aufschieben, wenn ihm das Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 1 glaubhaft gemacht wird....“

Das gesunde Volksempfinden wird vom nationalsozialistischen Staat *über formale Bestimmungen gesetzt* — das ist die beglückende Erkenntnis, die jeder aus diesem Gesetz wie aus zahlreichen anderen staatlichen Handlungen entnehmen kann.

Rechtsreform

Naturgemäß ist die Rechtsreform, die Schaffung eines neuen *deutschen Rechts* auf allen Gebieten des Lebens, eine so gewaltige und umfassende Aufgabe, daß sie nicht in einem kurzen Zeitraum zu bewältigen ist. Die *Arbeit* an dieser Aufgabe aber wurde unaufhaltsam fortgesetzt, worüber noch weiter unten zu sprechen sein wird.

Justizausbildungsordnung

Eine mindestens ebenso wichtige Aufgabe aber mußte sein die *Erziehung einer Generation von Rechtswahrern*, die einmal

fähige und begeisterte Diener dieses Deutschen Rechts sein konnten. Nicht der Buchstabe ist das wichtigste, sondern der Mensch. Nicht allein das Gesetz bestimmt das Leben des Volkes, sondern vor allem auch der Jurist, der dieses Gesetz handhabt. Ein Deutsches Recht — aus nationalsozialistischem Geiste geschaffen — ist in seiner Wirksamkeit undenkbar ohne deutsche Rechtsdiener, die in diesem Geiste erzogen sind! — Es ist daher kein Zufall, daß die Justizausbildungsordnung vom 22. Juli das erste einheitliche Verwaltungsgesetz des Reichsjustizministeriums war. Bereits im Jahre 1933 waren wesentliche Vorarbeiten auf diesem Gebiete von den einzelnen Ländern geleistet worden (Führerprinzip in den Examenskommissionen, geschichtliche Klausur, politische Prüfung, Referendarlager in Jüterbog, Arbeitsgemeinschaften der Referendare). Es muß in diesem Zusammenhange auch die Mitarbeit der Reichsgruppe Jungjuristen im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen erwähnt werden, von der wesentliche Vorschläge für die Ausbildungsreform ausgearbeitet worden waren. Bereits im Frühjahr 1933 waren entsprechende Vorschläge (vom stellvertretenden Reichsgruppenleiter Pg. Ludwig) erschienen. Im Herbst 1933 war dann auf der Grundlage dieser Vorschläge in logischer Weiterentwicklung die Denkschrift der Reichsgruppe Jungjuristen gestaltet und vom Reichsgruppenleiter Pg. Rühle dem Reichsjustizministerium übergeben worden. Bei der Neugestaltung des juristischen Ausbildungswesens mußte es sich darum handeln, an Stelle der Einpaukung lediglich toten Wissensstoffes wirkliche Erziehung zu setzen, Volksverbundenheit und Gemeinschaftsgeist zu pflegen, neben der juristischen auch für eine wirkliche Allgemeinbildung zu sorgen (wenigstens bei den kommenden Jahrgängen, die noch durch die Schulen des Novemberstaates gegangen waren) und bei der Auslese nicht nur das Wissen, sondern auch Charakter und Gesinnung des heranwachsenden Rechtsdieners entscheiden zu lassen. So sprach der § 39 der neuen Justizausbildungsordnung aus, daß die Gesamtpersönlichkeit ausschlaggebend ist. Und die Zerrissenheit der Ausbildung, wie sie sich durch die Verschiedenheit von 16 Landesjustizverwaltungen seit Jahrzehnten ergeben hatte, fand in der Justizausbildungsordnung ihr von allen Einsichtigen längst herbeigesehntes Ende. Die Einleitung zur Justizausbildungsordnung lautet:

„Ziel der Ausbildung des Juristen ist die Heranziehung eines in seinem Fach gründlich vorgebildeten, charakterlich untadelhaften Dieners des Rechts, der im Volk und mit ihm lebt und ihm bei der rechtlichen Gestaltung seines Lebens ein unbestechlicher und zielsicherer Helfer und Führer sein will und kann.

Um dies zu erreichen, muß die Ausbildung den ganzen Menschen

ergreifen, Körper und Geist zu gutem Zweiklang bringen, den Charakter festigen und den Willen stärken, die Volksgemeinschaft im jungen Menschen zu unverlierbarem Erlebnis gestalten, ihm eine umfassende Bildung vermitteln und auf dieser Grundlage ein gediegenes fachliches Können aufbauen."

Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen

Die umfassende Erziehungsarbeit des BNSDJ (Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen — siehe Band 1933, Seite 347) am Stande der Rechtswahrer — nicht nur an den Jungjuristen durch die Reichsgruppe Jungjuristen — sondern an allen Rechtswahrern, Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten, Rechtspflegern, Verwaltungsjuristen, Wirtschaftsrechtlern, juristischen und wirtschaftsrechtlichen Hochschullehrern, die bereits im Jahre 1933 eingesetzt hatte, wurde 1934 entschieden fortgesetzt. Die umfassende Bedeutung der Arbeit des BNSDJ fand ihre Unterstreichung durch die Ernennung des Reichsjuristenführers Pg. Dr. Hans Frank zum Reichsminister. Nach dem weiter oben behandelten „Zweiten Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich" vom 5. Dezember war die Gleichschaltung der Justiz beendet und damit der an Pg. Dr. Frank als Reichsjustizkommissar (siehe Band 1933, Seite 103 und 349) ergangene Auftrag erledigt. Der Führer Adolf Hitler richtete daher am 19. Dezember einen Brief an Pg. Dr. Frank:

Dr. Hans Frank Reichsminister

„Sehr geehrter Herr Minister!

Nachdem die Justizministerien des Reiches und Preußens vereinigt sind und in den übrigen Ländern das Reich durch das Gesetz vom 5. Dezember 1934 die unmittelbare Leitung der Justizverwaltung übernommen hat, ist die Aufgabe, die Justiz in den anderen Ländern gleichzuschalten, gelöst. Für die Mitarbeit bei der Erneuerung der Rechtsordnung haben Sie sich in der Akademie des Deutschen Rechts eine vorbildliche, dauernde Einrichtung geschaffen, die Sie in den Stand setzt, ohne Beschränkung auf die Justiz im engeren Sinne bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf allen Gebieten der Neugestaltung des Rechts mitzuwirken.

Indem ich Ihnen für Ihre unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit als Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung meinen wärmsten Dank und meine besondere Anerkennung ausspreche, erkläre ich hiermit den Auftrag für beendet, den Ihnen der verewigte Herr Reichspräsident von Hindenburg am 22. April 1933 erteilt hat. Gleichzeitig berufe ich Sie als Reichsminister ohne Geschäftsbereich in die Reichsregierung."

Gesetz über die Akademie für Deutsches Recht

Die in diesem Schreiben des Führers hervorgehobene „Akademie für Deutsches Recht" (siehe Band 1933, Seite 349) erhielt ihre reichsamtliche Anerkennung am 11. Juli durch das „Gesetz über die Akademie für Deutsches Recht", das ihr die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verlieh. Der § 4 des Gesetzes bestimmt, daß der Präsident der Akademie vom Führer und Reichskanzler ernannt wird. Am 9. August ernannte der Führer den Reichsjuristenführer Pg. Dr. Frank zum Präsidenten der Akademie für

Deutsches Recht. — In der reichsamtlichen Anerkennung der Akademie für Deutsches Recht lag eine Anerkennung ihrer bisher einjährigen Tätigkeit — gleichzeitig aber auch die Feststellung, daß die Rechtsreform eine vorläufig andauernde Notwendigkeit und daß zu ihrer Bearbeitung ein besonderes Institut erforderlich ist — damit die Feststellung, daß die nationalsozialistische Revolution ohne Rechtserneuerung nicht vollständig ist. Dies ist ein einzigartiger Vorgang. Und das ist es, was die nationalsozialistische Revolution aus anderen Revolutionen der Geschichte heraushebt: Sie sieht in der Machtergreifung nicht die Erfüllung ihrer Aufgabe, sondern deren Anfang!

Ueber Aufgabe und Arbeitsweise der Akademie für Deutsches Recht sagte ihr Präsident Pg. Dr. Hans Frank in einer Unterredung vor ihrer 3. Vollsitzung: Dr. Frank über die Akademie für Deutsches Recht

„Die Akademie für Deutsches Recht ist in ihrer Art erstmalig, da sie zur Behandlung von Rechtsthemen nicht nur Juristen berufen, sondern in ihren Kreis Vertreter aus allen Berufsständen und Schichten des Volkes einbezogen hat. Sie behandelt sämtliche Gebiete der Rechtserneuerung in Deutschland in einzelnen Ausschüssen, die sich vielfach in Unterausschüsse gliedern und deren Ergebnisse in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine Reihe von wertvollen Anregungen und Ausarbeitungen gebracht haben, die für die bisherige Rechtsreform vielfach maßgebend geworden sind. Die Akademie arbeitet ausschließlich von dem Grundgedanken des Reiches ausgehend. Sie kennt keine Vertreter und keine Sonderbelange von Ländern..."

Ueber die gewaltige Aufgabe der deutschen Rechtserneuerung sagte Pg. Dr. Frank bei der Eröffnungssitzung des Rechtsphilosophischen Ausschusses der Akademie für Deutsches Recht (3. Mai): Dr. Frank über die Rechtserneuerung

„... Wir im engeren Kreise unseres Ausschusses für Rechtsphilosophie wollen die Sammlung der allgemeinen Soziallehre des Nationalsozialismus als volksbetonte Autoritätslehre in der Form durchführen, daß wir die Begriffe Rasse, Staat, Führer, Blut, Autorität, Glauben, Boden, Wehr, Idealismus, alle die Bausteine des nationalsozialistischen Werdens nach den Methoden bewährter Wissenschaftlichkeit und mit dem Ernst verantwortlicher Volksführer dem Deutschen Recht als Unterlage vermitteln wollen...

Wir wünschen das Dauerrecht und nicht ein Augenblicksrecht. Wir bauen auf auf den ewigen Sätzen unserer völkischen Notwendigkeit und nicht auf den Beschlüssen einer gegenwärtigen äußeren Macht-, Wirtschafts- oder Staatslage. Die Seele unseres Rechtslebens soll wieder zurückgeführt werden auf die Gemüts- und Geistesbasis der allgemeinen deutschen Volksüberzeugung und soll sich freimachen von all den Einsplitterungen und Anhängseln übernommener Rechtsnormen fremder Rechtsordnungen..."

Und am 13. November sprach Ministerpräsident Pg. Hermann Göring vor der Akademie für Deutsches Recht: Ministerpräsident Göring vor der Akademie für Deutsches Recht

„... Auch wir Nationalsozialisten erkennen die Bedeutung des Rechtes für das im Staat geordnete Zusammenleben der Volksgenossen

durchaus an. Aber wir gehen dabei von einer natürlicheren Lebens- und Staatsauffassung aus. Das Primäre für uns ist nicht der einzelne, sondern die Gemeinschaft aller Volksgenossen. Deshalb nennen wir uns Sozialisten. Unseren Staat hat der Führer für das Volk geschaffen, damit das Volk leben kann. Unser Staat ist daher nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Der nationalsozialistische Staat erstrebt den Zusammenschluß seiner artgleichen Menschen zur völkischen Gemeinschaft, zur Volksgemeinschaft. Es gibt aber keine Lebensgemeinschaft unter Menschen ohne Recht....

Das Recht ist ebensowenig Selbstzweck wie der Staat, und kein Staat, der seinem Wesen und Zweck treu bleiben will, kann sich dazu hergeben, diejenigen in ihrem Tun zu schützen und zu unterstützen, die gegen seinen eigentlichen Grundgedanken und Grundzweck fortgesetzt handeln. Der überwundene liberalistische Staat hat das bis zur erbärmlichsten Selbstaufgabe getan, und er hat damit das Volk unglücklich gemacht und an den Rand des Abgrundes geführt. Ich lehne es ab, mich schützend vor asoziale Ausbeuter und Wucherer zu stellen, denn für sie ist kein Raum in unserer Volksgemeinschaft....

Im Kampfe gegen falsches Recht und Rechtlosigkeit hat Adolf Hitler das Dritte Reich geschaffen. Sorge jeder an seinem Platze, auf den ihn der Führer gestellt hat, dafür, daß es in die Geschichte des Reiches als das Reich der Gerechtigkeit eingeht mit dem altpreußischen Grundsatz: suum cuique — jedem das Seine!"

Das deutsche Recht hatte sich gegen asoziale Elemente im eigenen Volke zu wenden — es sei noch an ein Wort Hermann Görings erinnert:

„Schon früher, als man das Rechtsbewußtsein stärker in der Brust trug als heute, gab es so etwas, was man die Acht nannte."

— Die Akademie für Deutsches Recht trat gleichzeitig für das deutsche Recht in der Welt ein. Zahlreiche Vertreter des Auslandes waren bei ihr zu Gast. Und es sei besonders an die Saardenkschrift der Akademie für Deutsches Recht (siehe 20. Abschnitt) erinnert. —

Aufgaben des BNSDJ

An der Rechtsreform arbeitete gleichzeitig der BNSDJ mit, dessen Aufgaben damit umfaßten: Organisatorische Erfassung und Gestaltung des Rechtswahrerstandes im BNSDJ und in der Deutschen Rechtsfront, Erziehung und Schulung des Rechtswahrerstandes, Mitarbeit an der Gestaltung eines kommenden Deutschen Rechts. Zahlreiche Gautage, Führertagungen, Tagungen der Reichsfachgruppen und Entwürfe gaben nach außen hin ein Bild von seiner Arbeit. Es sei außerdem auch an die von der Reichsfachgruppe Rechtsanwälte (im BNSDJ) geschaffenen NS-Rechtsbetreuungsstellen für das ganze deutsche Volk erinnert.

NS-Rechtsbetreuungsstellen

Rundfunkrede Dr. Franks

Als Pg. Dr. Hans Frank durch den Rundfunk zum deutschen Volke sprach (20. März) erklärte er u. a.:

„Entsprechend der Einheit dieses rechtlichen Wollens auf allen Gebieten wird nunmehr seit Monaten mit Nachdruck an der großen Reform der Gesamtrechtsordnung des deutschen Staates ge-

arbeitet. Auf allen Gebieten des bürgerlichen, des öffentlichen Rechts auf dem Gebiete der materiellen Rechtsordnung ebenso wie auf dem Gebiete der Ordnung der Verfahrensgesetze wird mit allem und bestem Können dem deutschen nationalsozialistischen Volke eine Rechtsordnung gegeben werden, wie sie — das ist unser festes Ziel — mustergültig sein soll für die Entwicklung des Rechts überhaupt und allüberall....

Die revolutionäre Gestaltung des Nationalsozialismus und die revolutionäre Grundhaltung der Ideologie unserer Partei erwartet gerade von den deutschen Juristen die völlige Umformung der Rechtsordnung im Hinblick auf die Rechtssicherheit, im Hinblick auf die Rechtsschnelligkeit, auf die Rechtsklarheit und auf die Uebereinstimmung des deutschen Rechts mit den Grundhaltungen des deutschen Volkes...."

Der große leitende Gedanke aller rechtsreformatorischen Arbeit lautet: „Durch Nationalsozialismus dem Deutschen Volk das Deutsche Recht!"

Kirchenpolitische Entwicklung

Wenn das Jahr 1934 gewaltige Leistungen auf allen Gebieten brachte und der Bau des Dritten Reiches einzigartige Fortschritte machte, so muß demgegenüber am Ende des Jahres festgestellt werden, daß auf einem Gebiet eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden wurde — auf dem Gebiete, in das der nationalsozialistische Staat sich nicht „einmischte" — auf dem Gebiete der „Kirchenpolitik".

Verhältnis zur Katholischen Kirche

Während das Verhältnis zur Katholischen Kirche sich nach energischer Unterbindung getarnter Zentrumspolitik legal im Rahmen des Reichskonkordats (siehe Band 1933, Seite 251) entwickelte, erfuhren die Kirchenverhältnisse in der Evangelischen Kirche auch im neuen Jahre noch keine endgültige Klärung. Die im 17. Abschnitt des Bandes 1933 geschilderte Entwicklung fand im Jahre 1934 ihre Fortsetzung, ohne daß eine wirkliche geistige Einheit entstanden wäre. Der „Kirchenstreit" nahm im Gegenteil mitunter höchst unwürdige Formen an, und Reichsminister Pg. Dr. Goebbels mußte im November in einer Sportpalastversammlung in Berlin leider mit Recht feststellen, daß manche „Pastöre" sich benommen hätten, als lebten wir noch in der Zeit des preußisch-süddeutschen Zollvereins. Er erklärte weiter:

Lage in der Evangelischen Kirche

Der „Kirchenstreit"

Dr. Goebbels über den Kirchenstreit

„Aber wir werden jetzt unsere Finger aus diesem Streit herauslassen. Wir haben es satt, diesen Streit noch länger mit anzusehen. Die Kirchen sollen zusehen, wie sie nun selbst miteinander zurechtkommen. Aber sie sollen endlich aus den Versammlungssälen verschwinden. Ihren Streit mögen sie in ihren Kirchen, im Angesicht

ihres Gottes ausmachen! Es ist kein guter Lohn, den sie uns nach all dem, was die Bewegung für sie getan hat, abgestattet haben." —

„Deutsche Christen"

„Bekenntnisfront"

„Deutsche Glaubensbewegung"

Im „Kirchenstreit" stand gegen die Reichskirchenregierung unter dem Reichsbischof Müller — unterstützt von den „Deutschen Christen" — die „Bekenntnisfront" bzw. Bekenntniskirche, Pfarrernotbund — gestützt auf die Kirchenorthodoxie. (Außerhalb des protestantischen Kirchenstreits gewann die von Prof. Hauer und Graf Reventlow geführte „Deutsche Glaubensbewegung" vor allem in der des Kirchenstreits müden Jugend ständig an Boden. Sie kämpfte für eine lediglich auf der seelischen Grundlage des Deutschtums stehende Religion — unter Ablehnung aller aus fremdrassigen Bereichen eingeführten religiösen Elemente.)

Ohne zu dem unerquicklichen Kirchenstreit im einzelnen Stellung zu nehmen, können folgende Feststellungen gemacht werden: In den Reihen der „Bekenntnisfront" arbeiteten auch religiös getarnte reaktionäre Kräfte, die auf diese Art und Weise versuchten, dem nationalsozialistischen Aufbauwerk in den Rücken zu fallen. Die umfangreiche „Berichterstattung" der deutschfeindlichen Presse des Auslandes bewies auch in der Tat die volksschädigende Wirkung dieser „Kirchenpolitik". Wenn hier stets das „Bekenntnis" als gefährdet hingestellt wurde, so konnte man sich als Beobachter dieses Schauspiels nicht dem Eindruck verschließen, daß die „Bekenntnisfront" wohl vor allem ihre kirchlichen Führerstellen und Pfründen in Gefahr sah. Und schließlich: Wenn man schon glaubte, für das angeblich bedrohte Christentum kämpfen zu müssen, so erschien völlig unverständlich, warum man nicht diesen streitbaren Mut im Novemberstaat aufgebracht hatte, als das Christentum wirklich in Gefahr war! Mit Recht hatte daher Dr. Goebbels am 11. Mai (in seiner Rede gegen die Miesmacher und Kritikaster) in bezug auf die kirchlichen Stänkerer sämtlicher Konfessionen erklärt:

Dr. Goebbels gegen reaktionäre Kräfte im Kirchenstreit

„Wenn die uns feindliche Reaktion nun versucht, den Kampf gegen den Nationalsozialismus auf dem Umweg über die Kirchen fortzusetzen, so werden wir auch das zu verhindern wissen, wenn es eine Gefahr für uns bedeutet. Nicht die Kirchen führen diesen Kampf gegen uns, sondern ganz kleine Klüngel.

Ginge es ihnen um das Christentum, so hätten sie seit 1918 tausendfach Gelegenheit gehabt, dieses Christentum unter Beweis zu stellen.

Alle diese streitbaren Gottesmänner sind aufgefordert, mit mir zusammen einmal zu den Armen vom Wedding und von Neukölln zu gehen. Wir stellen uns dann vor diese Armen und fragen sie, was sie für christlicher halten: daß man im vergangenen Winter über Dogmen stritt, oder daß man diesen Armen Brot und Wärme gegeben hat. Diese streitbaren Gottesmänner sollen sich nicht darüber täuschen, wie das deutsche Volk über sie denkt. Das deutsche Volk ist des

Streites längst müde. Es hat nur Ingrimm für ein dogmatisches Treiben übrig, das an die Stelle politischer Wirren religiöse setzen will.

Wir werden das in Zukunft nicht mehr zulassen, denn nicht Gottes Wort wird dort verkündet, sondern das Wort des Zentrums, das dem deutschen Volk auf dem Umweg über die Kanzeln vorgeredet werden soll.

Wenn diese Diener Gottes uns unsere große geschichtliche Vergangenheit zu vergällen suchen, wenn sie behaupten, unsere Vorfahren seien geistlose Barbaren gewesen, so hat unser Volk ein Recht darauf, sich ein solches Verfahren mit Empörung zu verbitten...."

Und der preußische Ministerpräsident Pg. Göring mußte am 18. Juni in seiner Rede vor dem Preußischen Staatsrat eindeutig feststellen: Pg. Göring über den Kirchenstreit

„.... Wenn jemals der Grundsatz des Großen Friedrich gegolten hat, es möge jeder nach seiner Fasson selig werden, so soll er jetzt gelten.

Der Staat hat wohlweislich davon abgesehen, selbst in die Dinge einzugreifen. Nachdem er die Norm festgestellt hat, hat er es der Kirche überlassen, innerhalb dieser Norm ihr Eigenleben zu führen und zu einer gewissen Einheit zu kommen. Aber nicht nur für Preußen, sondern im Namen aller nationalsozialistischen Staatsführer und vor allem des Führers glaube ich sprechen zu dürfen, wenn ich feststelle, daß es uns niemals in den Sinn gekommen ist, etwa das lutherische oder das reformierte oder das unierte Bekenntnis hervorzuheben oder zur Unterdrückung der anderen zu benutzen. Für den Staat ist es ganz gleichgültig, wozu sich der einzelne bekennt. Der Staat wird diese Bekenntnisse an sich schützen. Und wenn es in der preußischen Landeskirche bisher Reformierte, Unierte und Lutheraner gab, dann muß ich feststellen, daß alle diese drei Bekenntnisse auch in der neuen Reichskirche unter allen Umständen gesichert sind, und daß der Staat niemals dulden wird, daß irgendeines dieser Bekenntnisse nicht als gleichwertig dem Staat gegenüber dasteht.

Auf der anderen Seite aber möchte ich an dieser Stelle die Geistlichen innerhalb der preußischen Landeskirche sehr ernst ermahnen, endlich zum Abschluß ihres Streites zu kommen, weil dieser Streit dazu beiträgt, Deutschland, das bisher als führendes evangelisches Land gegolten hat, von dem die Ideen und Gedanken eines Luther in die Welt geströmt sind, dieser Führung der evangelischen Kirchen zu berauben. Wir verlangen, daß endlich Ruhe und Zufriedenheit auf diesem Gebiet eintritt, daß man nicht länger auf dem Rücken des Kirchenvolkes die Streitigkeiten innerhalb der preußischen Landeskirche austoben läßt...."

Wir können daher darauf verzichten, die Entwicklung dieses unerquicklichen Kirchenstreites, der ein Dogmen- und Pfründenstreit ist, im einzelnen darzustellen, zumal er für den nationalsozialistischen Weg der Nation in die deutsche Zukunft belanglos sein dürfte und im Endergebnis höchstens dazu führen könnte, die Deutschen der evangelischen Kirche immer mehr zu entfremden. — An wesentlichen Etappen seien erwähnt:

Am 4. Januar versuchte der Reichsbischof einen radikalen Strich unter die bisherige Entwicklung zu ziehen. Durch eine Verordnung setzte er die Kirchengesetze vom 16. November 1933 und 8. De- Verordnung des Reichsbischofs vom 4. Januar

zember 1933 wieder außer Kraft, verwies die Kirchenpolitik aus dem Gotteshaus, und stellte fest u. a., daß zuwiderhandelnde kirchliche Amtsträger, die das Kirchenregiment öffentlich angreifen, sich der Verletzung ihrer Amtspflichten schuldig machen.

Verordnungen des Reichsbischofs betr. die Altpreußische Landeskirche

Verordnungen des Reichsbischofs in seiner Eigenschaft als Landesbischof der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (vom 26. Januar, 3. Februar und 5. Februar) sollten der Herstellung der Ordnung in der Altpreußischen Landeskirche dienen und ermöglichten u. a. Versetzung und Beurlaubung kirchlicher Amtsträger, ebenso ihre Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

Kirchengesetz über die Leitung der Altpreußischen Landeskirche

Am 2. März folgte das Kirchengesetz über die Leitung der Altpreußischen Landeskirche.

Der § 1 bestimmte, daß die Deutsche Evangelische Kirche unter Führung des Reichsbischofs als Landesbischof durch ihre Organe die Leitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union übernimmt. Die Einrichtung der Generalsynode wird aufgehoben, und an ihre Stelle tritt die Landessynode, die aus den gewählten altpreußischen Mitgliedern der Nationalsynode besteht. Der Reichsbischof ist befugt, die Zahl der Mitglieder durch Zuernennung auf 30 zu erhöhen. Die Gesetzgebung erfolgt im Wege der Gesetzgebung der Deutschen Evangelischen Kirche. Die Einrichtung des Kirchensenats wird aufgehoben.

Osterkundgebung des Reichsbischofs an die Pfarrer

Am Karfreitag (30. März) richtete der Reichsbischof eine Osterkundgebung an die Pfarrer, in der er sie zur Selbstbesinnung aufrief und neue Maßnahmen zur Befriedung des kirchlichen Lebens ankündigte. Er führte u. a. aus:

— Die evangelische Kirche habe sich dem ungeheuren Ansturm der nationalsozialistischen Bewegung nicht gewachsen gezeigt. Sie habe die Männer in den Arbeiter- und akademischen Kreisen verloren. Es bestehe kein Recht, von Martyrium zu reden, wenn der Totalitätsanspruch des Staates auf pastorale Zaghaftigkeit, Bedenklichkeit, Unsicherheit, schwankende Haltung oder gar versteckte Anklagen stoße. Die große Masse des Volkes stehe dem Streit der Pfarrer, je länger, je mehr, mit Erstaunen, Verachtung und Erbitterung gegenüber. Die Amnestie, um die das neue Geistliche Ministerium bei seiner Berufung bestürmt worden ist, werde durch die Kampfmethoden der Gegner der Reichskirchenregierung unmöglich gemacht. Er habe die Mitglieder des Geistlichen Ministeriums angewiesen, möglichst bald mit den Landesbischöfen und Bischöfen Verbindung aufzunehmen und zu beraten, wie weit die aus dem Dienst entlassenen, aufbauwilligen Kräfte wieder irgendwie in den Dienst gestellt werden können.

Botschaft des Reichsbischofs zur Befriedung des kirchlichen Lebens

Kurz darauf — am 14. April — erfolgte die Veröffentlichung einer Botschaft des Reichsbischofs zur Befriedung des kirchlichen Lebens:

„Die wiederhergestellte Einheit in Volk und Staat verlangt nach geordneter Einheit im äußeren Leben der evangelischen Kirche. Bekenntnisstand und Glaubensgut unserer Kirche, die uns wichtigste Verantwortung sind, werden wir um so besser und treuer pflegen können, wenn organisatorisch in der Kirche Ordnung gehalten wird. Nachdem auf der Grundlage der Neuregelung des Verhältnisses von Staat und

evangelischen Kirchen die Bahn zu weiter aufbauender Arbeit freigemacht ist, soll unter Trennendes in der Vergangenheit ein Strich gezogen werden. Es werden daher die schwebenden Verfahren, die aus kirchenpolitischen Gründen anhängig gemacht worden sind, eingestellt werden, mit Ausnahme jedoch derjenigen Verfahren, die staatspolitischen Einschlag haben. Es wird auch in eine Ueberprüfung bereits abgeschlossener Verfahren eingetreten, sobald Ruhe und Frieden in der Kirche eingekehrt sind. Wer ungeachtet des hierdurch bezeugten Willens zum Frieden dennoch in Auflehnung gegen die notwendige äußere Ordnung des Friedens stört, wird die volle Strafe des Gesetzes zu tragen haben.

Ich erwarte von den Amtsbrüdern und Beamten der Kirche volle Einfügung in die Gemeinschaft des Dienstes und ihre Vereinigung in berufsmäßiger Kameradschaft. Alle willigen Kräfte rufe ich zur Mitarbeit auf."

Kirchengesetz zur Befriedung des kirchlichen Lebens

Gleichzeitig wurde ein Kirchengesetz erlassen, das die in dieser Botschaft gemachten Zusagen gesetzlich verwirklichte.

Nationalsynode

Der Kirchenstreit war damit aber nicht beigelegt. Die Opposition der Bekenntnisfront dauerte an, trotzdem später die am 9. August in Berlin tagende Nationalsynode die Rechtmäßigkeit aller von der Reichskirchenregierung durchgeführten gesetz- und verwaltungsmäßigen Maßnahmen bestätigte. — Mehrere Gesetze wurden erlassen, darunter ein Gesetz über den Diensteid der Geistlichen und kirchlichen Beamten (der Diensteid forderte vor allem Anerkennung des Führers und des Volkstums). Insbesondere erhob die Nationalsynode die Eingliederung der Landeskirchen Bayerns und Württembergs in die Reichskirche zum Gesetz. Dagegen erhob sich starker Widerstand, und der „Kirchenstreit" wurde verstärkt fortgesetzt. Durch eine Rücksprache der betreffenden Kirchenführer mit dem Führer wurde eine Entspannung in dieser Spezialfrage geschaffen.

Kirchengesetz über den Diensteid der Geistlichen und kirchlichen Beamten

Streit um die Eingliederung der Landeskirchen Bayerns und Württembergs

Weiterentwicklung des Kirchenstreites

Der Kirchenstreit als solcher jedoch ging weiter. Und wenn es auch am 2. November in der Presse hieß:

„Kirchenamtlich wird mitgeteilt: In Weiterführung der Maßnahmen zur Klärung der kirchlichen Lage hat der Reichsbischof besondere Anordnungen getroffen. Vor allem sollen die umstrittenen Punkte in der Rechtslage der Deutschen Evangelischen Kirche einschließlich der Disziplinarfälle sofort überprüft werden. Mit maßgebenden Reichsstellen ist Verbindung aufgenommen. Ziel dieser Maßnahme ist, eine einwandfreie Rechtslage in der Deutschen Evangelischen Kirche unter allen Umständen sicherzustellen. Ferner ist vorgesehen, den Bekenntnisstand der Reichskirche eindeutig zu ordnen. Mit dem Erlaß einer Kirchengemeindeordnung, welche die Grundlage für eine Befriedung der Kirche von den Gemeinden aus schaffen soll, wird gleichfalls in kürzester Frist zu rechnen sein. Es ist der Wille der Reichskirchenregierung, durch die rasche Erledigung dieser Maßnahmen eine Entspannung der Lage herbeizuführen",

— so führte die „Bekenntnisfront" trotzdem ihren Kampf gegen das Kirchenregiment weiter. Durch diesen Kirchenstreit wurden zahlreiche

deutsche Volksgenossen sinnlos gegeneinander aufgehetzt und noch mehr deutsche Menschen dem Christentum oder mindestens der Kirche entfremdet. Der nationalsozialistische Staat hatte zunächst keine Veranlassung, in den Kirchenstreit einzugreifen, soweit es sich um angebliche „Bekenntnis"streitigkeiten handelte. Er erklärte anderseits gegen Jahresende unmißverständlich, daß er allerdings dieses Treiben nicht ins Endlose weiterlaufen lassen werde, wenn es sich weiter derart volksschädigend auswirken werde. Und es sei hier die Rede des Reichsinnenministers Pg. Dr. Frick in Stuttgart (8. Dezember) hervorgehoben, in der er das Notwendige über den Kirchenstreit sagte: „... Es mag sein, daß die Reichskirchenregierung in dem Bestreben, die 28 Landeskirchen in der Reichskirche aufgehen zu lassen, etwas zu stürmisch vorging und Anordnungen erließ, die der nötigen Rechtsgrundlage entbehrten. Dadurch entstand eine Gegenwirkung. Schließlich sah aber die Reichskirchenregierung ein, daß dieser Weg einer besseren rechtlichen Fundierung bedürfe, und sie hat da wieder angefangen zu bauen, wo die Rechtmäßigkeit absolut feststand, nämlich auf der rechtmäßig erlassenen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche. Der Staat denkt nicht daran, sich in kirchliche Dinge zu mischen. Aber es besteht der leider sehr begründete Anlaß zu der Feststellung, daß sich unter dem Deckmantel christlicher Belange hier alle möglichen staatsfeindlichen und landesverräterischen Elemente sammeln, um auf angeblich rein kirchlichem Gebiet ihre Politik zu treiben und auf diesem Wege dem Dritten Reich Schwierigkeiten zu bereiten. Ich erkläre hierzu, daß die Reichsregierung nicht gewillt ist, dieses Treiben bis ins Endlose mit anzusehen, sondern daß sie entschlossen ist, dort, wo es die politischen Notwendigkeiten erfordern, auch gegen solche Staatsfeinde und Landesverräter durchzugreifen. Das deutsche Volk hat diesen Kirchenstreit satt. Es hat gar kein Interesse an diesem Zank der Pastoren. Die Reichsregierung hat jedenfalls gar kein Interesse daran, Kirchen, die der inneren Erbauung des deutschen Menschen dienen sollen, die aber nur Zank und Streit ins Volk tragen, mit zu finanzieren."

Staat und Kirchenstreit

Rede Dr. Frick über den Kirchenstreit

Damit ist das Erforderliche zum Kirchenstreit in ausreichendem Maße gesagt. Und es seien als nationalsozialistische Stellungnahme zu den christlichen Kirchen und anderen Bekenntnissen einige Worte von Pg. Alfred Rosenberg hinzugefügt:

Rosenberg über die Stellung des Nationalsozialismus zu den Konfessionen

Am 21. August erklärte er in einer Unterredung mit Pierre Huß (dem Vertreter des „International New Service"):

„Die NSDAP steht also auf dem Standpunkt, daß die Religionsfrage der persönlichen Entscheidung des einzelnen Menschen

unterliegt. Was der Staat fordert, ist der völlige Einsatz des Menschen für sein Volk und für diesen neuen, das Volk schirmenden Staat."

Ueber die Duldsamkeit der nationalsozialistischen Revolution stellte er auf dem Westfalentag (im Münsterland am 15. September) fest:

„Das 20. Jahrhundert beansprucht seine Rechte gegenüber der Vergangenheit. Ich glaube aber, sagen zu dürfen, daß ein Kennzeichen diese Revolution besonders auszeichnet, nämlich, daß diese Revolution duldsam ist gegenüber allen echten religiösen Bekenntnissen. Daß damit eine Staatsidee ihr Ende gefunden hat, wonach es möglich sein konnte, daß wegen eines verschieden religiösen Denkens Deutsche gegeneinander zu Felde zogen."

— und zwei Tage später ebenfalls in Münster:

„Im nationalsozialistischen Deutschland wird jede Konfession von der Partei und vom Staat geschützt. Es ist nicht unsere Schuld, wenn in Deutschland heute mehr als eine Konfession besteht. Es ist auch nicht unsere Schuld, daß wir das Erbe von 2000 Jahren deutscher Geschichte zu tragen haben. Aber uns ist die Pflicht geworden, dafür zu sorgen, daß nie wieder in religiösen Glaubenskämpfen deutsche Menschen zum Schwert greifen, um einander zu befehden."

Und am 22. Januar hatte Alfred Rosenberg in Hannover ausgeführt:

„Wir achten jeden Glauben und haben dies offen erklärt, aber wir haben auch erklärt, daß die nationalsozialistische Bewegung inmitten eines Chaos als ein Eigengewächs groß geworden ist, und daß dieses Eigengewächs auch nicht etwa der weltliche Arm einer Konfession sein kann. Jede Kirche hat das Recht, Bedenken zu äußern, aber auch die andere Seite hat das Recht, zu sagen, was sie glaubt. Man kann konfessionelle Bewertungen im Namen der Kirchen abgeben, aber nicht im Namen des nationalsozialistischen Dritten Reiches. Die ganze Form der weltanschaulichen und politischen Kämpfe hat sich in ganz entscheidender Weise verschoben. Wir haben vierzehn Jahre nicht um Dogmen gestritten und werden uns auch heute nicht in einen Dogmenstreit hineinbegeben. Wir haben aber ein großes Ringen um Charakterwerte begonnen. Das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung war nicht der Appell an die Furcht, sondern der Aufruf an die Mutigsten. Dieser Appell an die Charakterkraft, an Ehre und Mut ging vierzehn Jahre lang wie ein Magnet über Deutschland hinweg und zog immer neue Menschen an, und zwar Menschen, die sich selbst zu dieser Parole des Mutes bekannten. Und so hat schließlich die nationalsozialistische Bewegung gesiegt, weil sie die Besten aus allen Lagern herausgeholt hatte.

So geht der Kampf weiter, bis der Traum vom Heiligen Deutschen Reich seine ganze Erfüllung erlangt hat."

Und wir können unsere Betrachtungen mit dem Satz schließen, den Rosenberg am gleichen Tage ausgesprochen hat: „Wenn wir das Braunhemd tragen, dann hören wir alle auf, Katholiken oder Protestanten zu sein, dann sind wir nur Deutsche!"

Das Jahresende

Winterhilfswerk

Wenn man gegenüber dem „Kirchenstreit" die nationalsozialistische Leistung des **Winterhilfswerks** betrachtet, ist die Feststellung unvermeidlich, daß der Nationalsozialismus und der von ihm geschaffene Staat sehr viel mehr „christliche Nächstenliebe" in praktischer Tat bewiesen haben, als streitende Theologen. Wenn das Winterhilfswerk 1933/34 (siehe Band 1933, Seite 246, 278 und 354) über 350 Millionen für die bedürftigen und notleidenden Volksgenossen aufgebracht hat, so ist das eine bisher in der Welt einzig dastehende Leistung sozialer Hilfsbereitschaft eines ganzen Volkes:

„Folgende Zahlen mögen die einzigartigen Leistungen des vergangenen Winterhilfswerkes bezeugen: **Das Gesamtaufkommen an Geld und Sachwerten betrug 358136040,71 RM. Davon allein an Geldspenden 184272307,57 RM.**

Der Gesamtgebrauchswert der an die Hilfsbedürftigen verteilten Sachspenden betrug 346586226,— RM.

Die Gesamtunkosten im Winterhilfswerk beliefen sich dagegen nur auf 3414129,74 RM., das ist also 0,95% seiner Gesamtleistung.

Ein Barbestand in Höhe von 8135684,97 RM. wurde als Betrag für das Winterhilfswerk 1934/35 übernommen.

Die wichtigste Aufgabe des Winterhilfswerks bestand in der Sicherstellung der Ernährungs- und Wärmehilfe.

Der Gesamtgebrauchswert der verteilten Lebensmittel betrug: 126111649,— RM.

Der Gesamtgebrauchswert der verteilten Brennmaterialien betrug: 84407544,— RM.

Der Gesamtgebrauchswert der verteilten Kleidungsstücke betrug: 78175843,— RM., davon allein für 4391975,— RM. Strick- und Wollwaren.

Aus dieser großen Menge der verschiedenartigsten Spenden, die im Winterhilfswerk 1933/34 zur Verteilung gelangten, seien noch genannt:

1657730 Paar Schuhe,
2651673 Stück Eier,
5969106 Liter Milch,
6526600 Pfund Zucker,
12333960 Brote,
15043634 Zentner Kartoffeln.

Diese Menge Kartoffeln, in Säcken der Länge nach aneinandergereiht, ergibt eine Strecke, zu deren Bewältigung der Schienenzepp mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 km 6 Tage und 6 Stunden gebrauchen würde.

Die Leistungen der Reichsbahn durch die frachtfreie Beförderung der Spenden verdienen besondere Anerkennung. Allein die zur Ausgabe gelangten 52903070 Zentner Kohlen würden 6570 Eisenbahnzüge mit je 40 10-Tonnen-Waggons beanspruchen."

Eröffnung durch den Führer

Diesen Rechenschaftsbericht über das Winterhilfswerk 1933/34 gab Reichsminister Dr. Goebbels am 9. Oktober, als der Führer in der Krolloper das **Winterhilfswerk 1934/35** eröffnete und der Reichsleiter der NS-Volkswohlfahrt, Pg. Hilgenfeldt, im Namen

aller freiwilligen Helfer und Helferinnen des deutschen Volkes dem Führer gelobte, sich mit derselben Leidenschaft und der gleichen heißen Liebe zum deutschen Volke — wie im vergangenen Jahre — einzusetzen. Geist und Ziel dieses Winterhilfswerks fanden ihre beste Darstellung in der Eröffnungsrede des Führers vom 9. Oktober: Führerrede

„Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Inmitten einer der schwersten Wirtschaftskrisen hat der Nationalsozialismus die politische Macht übernommen. Sollte der Eintritt einer Katastrophe von kaum ausdenkbarem Umfange vermieden werden, mußten die Abwehrmaßnahmen augenblicklich einsetzen. Es waren schnellste Entschlüsse zu treffen und auszuführen. Den Kampf, den wir nach der Regierungsübernahme sofort gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen haben, haben wir entschlossen ein Jahr lang durchgeführt. Er ist Ihnen bekannt. Von Monat zu Monat steigerten sich die Erfolge. Allein trotz der Gewißheit, dieser größten Gefahren Herr zu werden, erlaubte das allgemeine Elend nicht, sich ausschließlich mit dieser Lösung für die Zukunft zufrieden zu geben. Die Versicherung, das deutsche Volk wieder in Arbeit und Brot zu bringen, kann für viele eine Hoffnung sein, für manche aber ist ihre zukünftige Verwirklichung kein Trost für den Augenblick, der in seinem Elend und Unglück nach sofortiger Hilfe schreit. So haben wir deshalb ganz unabhängig von unserem Kampf der Rettung der einzelnen deutschen Berufs- und Lebensstände durch die Arbeitsbeschaffung den Entschluß gefaßt, zur Ueberwindung der drückendsten Not und ihrer Sorgen eine besondere Hilfsaktion größten Umfanges ins Leben zu rufen. Das vom Parteigenossen Dr. Goebbels organisierte Winterhilfswerk ist eine der monumentalsten Leistungen des nationalsozialistischen Regiments.

Die Absicht war, durch einen eindringlichen Appell an die Hilfsbereitschaft der deutschen Volksgenossen, die das Glück vor dem Aergsten bewahrt hat, jenen zu helfen, die dem schlimmsten Unglück ausgeliefert sind.

Denn, wenn schon in normalen Zeiten stets ein Teil der Not unverschuldet sein wird, so ist durch die grausamen Verhältnisse der letzten Jahre diese Not Millionen von Deutschen als Verhängnis zugestoßen, für das sie höchstens durch ihre frühere mangelnde Einsicht in politische Dinge und Notwendigkeiten indirekt, keinesfalls aber wirtschaftlich direkt verantwortlich gemacht werden können. Sie sind die Leidtragenden eines politischen Wahnsinns, der unser Volk auch wirtschaftlich am meisten geschlagen hat. Besonders tragisch wird diese Not, weil sie sich nicht mehr auf einzelne Menschen, sondern auf ganz große und geschlossene Siedlungsgebiete erstreckt. Was uns Deutschen seit einem Jahrhundert nur mehr in Berichten aus fremden Ländern gemeldet wurde, erlebten wir nun in der eigenen Heimat. Ganze Teile des Reiches dem Hunger und Elend ausgeliefert, ohne daß im Augenblick eine wirtschaftlich wirksame Abwehr gefunden werden konnte!

Wie groß dieses Elend ist, wissen viele Deutsche auch heute nicht. Und leider sind es besonders die Mitglieder unserer gutsituierten Gesellschaftsschichten, die kaum je einen Einblick erhalten in die Armut und die Entbehrungen, von denen unzählige unserer Volksgenossen heimgesucht sind....

Und hier haben besonders die oberen Zehntausend und die breiten bessergestellten Massen eines Volkes eine hohe Verpflichtung. Und ich möchte daher an dieser Stelle es sehr offen aussprechen, daß das

Winterhilfswerk gerade mit denen rechnet, die leichter als das breite Volk selbst in der Lage sind, ein Opfer zu bringen.

Und ich sage ausdrücklich „Opfer", denn ich finde es wenig rühmlich, wenn ein vermögender und in hohem Einkommen stehender Mann dasselbe gibt, wie ein sich selbst kaum das tägliche Brot in genügendem Umfang Verdienender. Ich halte im Gegenteil dafür, daß jeder einzelne in seinem Rahmen aber auch wirklich ein Opfer bringt, das ihm selbst als Opfer fühlbar wird. Ich spreche die starke Hoffnung aus, daß sich in diesem Jahre das nicht mehr wiederholt, was wir im vergangenen in einer Reihe von Städten feststellen konnten, daß nämlich ärmere Viertel mehr an Opfer mobilisierten als die wirtschaftlich besser gelagerten. Ich bin dafür, daß wir in solchen Fällen in Zukunft diese beschämende Tatsache der Nation ganz offen zum Bewußtsein bringen. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die im wirtschaftlichen Leben erfolgreich stehen, in jeder Sekunde daran denken sollen, daß nur durch die Arbeit und Opfer der Gesamtheit auch ihr eigener Emporstieg ermöglicht wurde. Denn die deutsche Arbeitsschlacht wird nicht geschlagen durch einzelne und ihren Einsatz, sondern durch die mobilisierte Kraft der gesamten deutschen Nation. Und vor allem aber auch durch die finanziellen Opfer des ganzen deutschen Volkes. Jeder Industrielle, dessen Fabrik heute läuft und morgen laufen wird, mag daran denken, daß es nicht allein seine Fähigkeit ist, die dieses Wunder zustande gebracht hat, sondern vielmehr noch die Willenskonzentration, die die nationalsozialistische Bewegung im deutschen Volk hervorgerufen hat und die materiellen Mittel, die die ganze deutsche Nation diesem Willensausdruck zur Verfügung stellt!

Es hat daher besonders der Reichtum nicht nur höhere Genußmöglichkeit, sondern vor allem aber auch höhere Pflichten. Die Auffassung, daß die Verwendung eines Vermögens in jedem Umfange nur Privatangelegenheit des einzelnen sei, muß im nationalsozialistischen Staat um so mehr eine Korrektur erfahren, als ohne die Mitwirkung der Gesamtheit kein einzelner sich eines solchen Vorzuges heute erfreuen könnte...

Ich glaube aber, daß es dabei notwendig ist, noch besonders auf dieses hinzuweisen: Wir haben heute auch in Deutschland ein weit ausgebautes Versicherungswesen. Gegen Brand- und Wasserschäden, gegen Diebstahl und Einbruch, gegen Hagelschlag und Dürre, gegen Krankheiten und Tod versichern sich die Menschen und geben dafür Milliardenbeträge aus. Wehe dem Volk aber, daß vergißt, daß das höchste Gut, das es versichern sollte, seine politische Vernunft ist. Jene politische Vernunft, die in der Volksgemeinschaft ihren gesunden Ausdruck findet. Das deutsche Volk kann heute glücklich sein, daß es zu dieser Vernunft wieder zurückgefunden hat. Es muß aber jeder wissen, wie ungeheuer der Nutzen für alle ist, der aus dieser gesunden politischen Entwicklung kam. Vielleicht gefällt es Ihnen, meine Volksgenossen, nur einen Augenblick von Deutschland wegzusehen und die Zustände in anderen Ländern zu überprüfen. Unruhen, Bürgerkrieg, soziale Kämpfe, wirtschaftliche Krisen lösen einander ab. Die Fackel des Aufruhrs wird überall landauf und landab getragen. Streik und Aussperrungen zerstören Milliarden an Volkswerten, und dabei ist das Elend überall fast ein gleich großes. Dies alles haben wir in Deutschland überwunden. Aber nicht etwa, weil ein paar Wirtschaftler ihre Fabriken in Gang brachten, sondern weil die durch den Nationalsozialismus geschaffene Volksgemeinschaft diesen

politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn beseitigte und damit erst den Fabriken Aufträge, den Arbeitern und Unternehmern einen Verdienst sicherte und zukommen ließ.

Wenn Sie die Schäden abwägen, die der politische Wahnsinn aber einem Volk materiell zufügen kann und auf die Dauer zufügen muß, und die er insbesondere der deutschen Wirtschaft jahrzehntelang zugefügt hat, dann werden Sie erst den Nutzen ermessen, der aus der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft für alle erwächst und schon erwachsen ist. Und dann werden die Opfer wahrlich klein erscheinen, die wir heute namens dieser Volksgemeinschaft von Ihnen fordern. Denn ich muß Ihnen wiederholen, was ich im vergangenen Jahre aussprach: An irgend etwas muß das Volk glauben können. Nehmen sie ihm den Glauben an die internationale Solidarität, dann müssen Sie ihm dafür aber den Glauben an die nationale bringen. Zerstören Sie das Vertrauen in die nationale Volksgemeinschaft, dann werden die Menschen nach einer anderen Gemeinschaft suchen und damit am Ende wieder denen zum Opfer fallen, die als internationale Parasiten und Destrukteure nur darauf lauern, das Gefüge der Völker aufzulösen, um die Welt in ein allgemeines Chaos zu verwandeln. Der Sinn einer solchen Volksgemeinschaft aber kann nur der sein, durch eine gemeinsame Führung des Lebenskampfes in Freud und Leid an Nutzen und Opfern die Erhaltung aller zu garantieren! Unser Winterhilfswerk wird gerade in diesem Jahr ein Prüfstein sein dafür, ob und inwieweit sich der Gedanke dieser Volksgemeinschaft in Deutschland weiter geläutert, erhärtet und durchgesetzt hat.

Und dann erst, wenn jeder einzelne Deutsche durch eigene und wenn notwendig schwere Opfer zur Erhaltung dieser Volksgemeinschaft beigetragen hat, wird er wieder, ohne vor sich selbst erröten zu müssen, von einem „einigen Volk von Brüdern" reden dürfen. Ansonsten aber ist dies nur Lüge und Heuchelei. Ich appelliere daher an Sie, deutsche Männer und Frauen in den Städten und auf dem Lande, und ich appelliere vor allem an dich, deutsche Jugend, daß sie alle in klarer Erkenntnis der Aufgaben, die uns gestellt sind unter Berücksichtigung der großen Not, in der sich viele unserer Volksgenossen noch immer befinden, durch eine unerhörte Opferwilligkeit im Geben und im Arbeiten für das Winterhilfswerk mithelfen am Kampf gegen diese Not und das Elend in unserem Volke. Möge jeder einzelne Deutsche sich dabei vor Augen führen, daß es vielleicht gerade sein Opfer ist — das nur einen kleinen Abzug an seinem Leben bedeutet —, das einem anderen Deutschen als Volksgenossen mithilft, das Leben zu erhalten. Ich appelliere weiter an Ihren Stolz, in derselben Zeit, da eine teuflische internationale Boykott-Clique Deutschland, d. h. das deutsche Volk, wirtschaftlich vernichten zu können glaubt, vor aller Welt die unzertrennliche Verbundenheit unseres Volkes durch ein einziges Beispiel gegenseitiger Hilfeleistung zu dokumentieren. Wenn der Haß dieser jüdisch-internationalen Boykotthetzer gegen Deutschland ein fanatischer ist, dann muß die Liebe jedes einzelnen zu seinem Volk noch zehntausendmal stärker sein. Diese unsere Feinde hoffen nun zum zweitenmal, daß das deutsche Volk unter der Not dieses Winters doch zusammenbrechen möge, und wir werden ihnen beweisen, daß der deutsche Wille und das deutsche Herz der Not dieses Winters noch weit mehr Herr werden, als im vergangenen.

In dieser selbstsicheren, starken Ueberzeugung eröffne ich das Winterhilfswerk 1934 und bitte Sie, mit der Arbeit zu beginnen!"

Verlauf des Kampfes gegen Hunger und Kälte

Damit setzte der gigantische nationalsozialistische Kampf gegen Hunger und Kälte erneut ein. Wie im Vorjahre (siehe Band 1933) nahm das Winterhilfswerk diesen Kampf auf, setzten sich sämtliche Gliederungen und Organisationen von Bewegung und Staat in diesem Ringen ein. Erneut vereinte der Eintopfsonntag die ganze Nation im sozialistischen Geist der Opferwilligkeit. Sämtliche Einrichtungen des Winterhilfswerks 1933/34 lebten in verstärktem Maße auf. Und das ganze deutsche Volk — Stadt und Land — folgte in sozialistischer Geschlossenheit der Parole des Führers.

Bereits am ersten Tage des Winterhilfswerks 1934/35 — am 9. Oktober — gingen Spenden in Höhe von 4,6 Millionen RM. ein!

Die NSDAP setzte sich mit allen ihren Gliederungen rückhaltlos für das Winterhilfswerk und sein Gelingen ein. Eine über ganz Deutschland gehende riesige Versammlungswelle rief sämtliche Volksgenossen zur Mithilfe auf.

Tag der nationalen Solidarität

Und als Symptom der in allen Lebenslagen zusammenstehenden Volksgemeinschaft sei der 8. Dezember — der „Tag der nationalen Solidarität" — hervorgehoben, der vor aller Welt dokumentierte: Niemand ist zu schade für den Ehrendienst, den Aermsten des Volkes zu dienen und durch Sammeln in Gaststätten, Häusern und auf Straßen die Not zu bekämpfen. In ganz Deutschland sammelten an diesem Tage die führenden Persönlichkeiten aller Gebiete des deutschen Lebens. Das Sammelergebnis dieses Tages war: 3,9 Millionen Reichsmark!

Tag der deutschen Polizei

Auch der „Tag der deutschen Polizei" (am 18. und 19. Dezember), zu dem der Gauleiter und Oberpräsident Kube schrieb:

„.... Polizei und Volk sind heute nicht mehr Gegensätze, sondern bilden eine Gemeinschaft, die jederzeit ihre Treue und Verbundenheit unter Beweis stellen wird....."

— war ein Dienst am Winterhilfswerk.

Stand so das Jahresende 1934 wiederum im Zeichen dieser großen sozialistischen Aktion der Hilfsbereitschaft, so ging anderseits die wirtschaftliche Aufbauarbeit ungemindert weiter. Der Winter brachte nicht wie früher Massenarbeitslosigkeit. Wo überhaupt angängig, wurden die Arbeiten energisch fortgesetzt. Als Symptom sei vom 13. Dezember das Gesetz über die Unterkunft bei Bauten angeführt, das der verstärkten Schaffung von Aufenthalts- und Schlafräumen für größere Arbeitskolonnen diente, die Außenarbeiten ausführten und deren Arbeitsplatz von ihren Wohnungen sehr weit

Gesetz über die Unterkunft bei Bauten

entfernt lag. — 30 Gemeinschaftslager für Arbeiter an den Reichsautobahnen wurden errichtet, bestehende verbessert. Auf Veranlassung des Führers stellte die „Deutsche Arbeitsfront" 2 Millionen RM. zur sofortigen Beseitigung etwa bestehender Mängel zur Verfügung. Die Unternehmer wurden verpflichtet, die Gestaltung der Lagereinrichtung, Wasser- und Lichtversorgung usw. zu übernehmen. — Das gewaltige Werk der deutschen Arbeit nahm auch im Winter seinen ungehemmten Fortgang.

Ein „Gesetz zur Erweiterung des Kündigungsschutzes" vom 30. November verstärkte den Kündigungsschutz des deutschen Arbeiters. — Um die Betriebsgemeinschaft zwischen Betriebsführer und -gefolgschaft immer mehr zu geistiger Wirklichkeit werden zu lassen, erließ am 11. Dezember Pg. Dr. Ley einen Aufruf zur Einrichtung regelmäßiger Betriebsappelle. In dem Aufruf heißt es: Gesetz zur Erweiterung des Kündigungsschutzes / Betriebsappelle

„1. Die Gemeinschaft ist nicht ein Kollektiv, ein zusammengewürfelter Haufen von Menschen, sondern sie ist ausgerichtet, jeder hat seinen Platz.

2. Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Disziplin, ausgedrückt durch die Begriffe „Führer" und „Gefolgschaft".

3. Jeder muß wissen, daß er nur soviel von der Gemeinschaft verlangen kann, als er bereit ist, der Gemeinschaft zu geben.

4. Die Gemeinschaft wird erst dann zu einer Kampfgemeinschaft, wenn sie auf ihr Ziel marschiert. Deshalb müssen wir verlangen, daß jeder, der in Deutschland Arbeit und Brot haben will, an dem Aufbau dieses Deutschlands teilnehmen muß.

5. Damit die Gemeinschaft den Kampf mit dem Schicksal bestehen kann, muß sie zur Höchstleistung erzogen werden, d. h. daß jeder einzelne in dieser Gemeinschaft zur höchsten Leistung angespornt wird."

An Maßnahmen der Organisation der Wirtschaft sind am Jahresende noch hervorzuheben:

Die „Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft" (27. November), in der die Organisation der gewerblichen Wirtschaft ihre Regelung fand. (Der Reichswirtschaftsminister berief den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Hannover, Pg. Hecker, als Leiter der Reichswirtschaftskammer, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., Pg. Luer (Leiter der Reichsgruppe Handel der gewerblichen Wirtschaft) und Reichshandwerksführer Pg. Schmidt (Leiter der Reichsgruppe Handwerk der gewerblichen Wirtschaft) als Stellvertreter). — Weiter das „Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihestockgesetz)" vom 4. Dezember, durch welches das erste Anleihestockgesetz (Gesetz über die Bildung eines Anleihestocks bei Kapitalgesellschaften — siehe 5. Abschnitt) erweitert Organisation der gewerblichen Wirtschaft / Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihestockgesetz)

wurde und auch die Gesellschaften zur Anleihestockbildung herangezogen wurden, die bisher schon mehr als 8 Prozent Dividende ausgeschüttet hatten und die nach dem ersten Anleihestockgesetz bis zur Höhe ihrer früheren Dividende von der Anleihestockbildung befreit waren. —

Reichsgesetz über das Kreditwesen

Ferner das „Reichsgesetz über das Kreditwesen" vom 5. Dezember, das zur Ausübung der Reichsaufsicht über das Bankwesen zwei Organe schaffte: das Bankenaufsichtsamt und den Reichskommissar für das Bankgewerbe. Das Gesetz entspricht im wesentlichen den Forderungen, die im Jahre 1933 in dem vom Reichsbankpräsidenten Schacht einberufenen Untersuchungsausschuß (Band 1933, Seite 233) festgestellt worden waren. Es unterstellt alle Arten von Kreditinstituten der Führung des Aufsichtsamtes und ermöglicht so eine einheitliche Kreditpolitik. Es gibt die Möglichkeit, den Kapitalstrom so zu lenken, daß er der Erfüllung unserer notwendigsten wirtschaftlichen Aufgaben zur Verfügung steht. —

Erster Bericht des Preiskommissars

Die Tätigkeit des Preiskommissars Dr. Goerdeler (siehe 16. Abschnitt) war erfolgreich, wie sich aus seinem ersten Bericht am 21. Dezember ergab. Die unsinnige Hamsterei war verschwunden — ein Beweis für die Disziplin der Kaufenden! — Gleichzeitig ging der Preiskommissar an die Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbs und erließ zu diesem Zwecke eine Verordnung, in der es heißt:

Verordnung gegen unlauteren Wettbewerb

> „Preise, die der Kaufkraft des Volkes entsprechen, entwickeln sich bei genügendem Angebot von Waren und Leistungen am sichersten und zuverlässigsten auf der Grundlage eines gesunden Wettbewerbs, der aber die Sicherung der Ernährung aus heimatlicher Scholle niemals beeinträchtigen darf. Außerdem kann Wettbewerb in Zeiten, in denen die Produktionsstätten und der Handel des Landes nicht in vollem Umfange ausgenutzt sind, die Gefahr heraufbeschwören, daß im Wettkampf Preise verlangt werden, aus denen Steuern und Löhne nicht gezahlt, die Gläubiger nicht befriedigt werden können.
>
> Um die Grundlage für einen auf Leistung und Verantwortungsbewußtsein gegründeten Wettbewerb zu schaffen und damit den für die Volkswirtschaft besten Preis nach Möglichkeit zu sichern, wird ..... verordnet:
>
> § 1. Wer unter unlauterer Ausnutzung seines Kredits oder böswilliger Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staate der Gefolgschaft seines Betriebes oder seinen Gläubigern in gemeinschädlicher Weise Güter oder Leistungen zu Preisen anbietet, die seine Selbstkosten nicht decken können und den Anforderungen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft widersprechen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft; die Strafverfolgung tritt nur ein, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat oder wenn über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist...." —

(Von den politischen Ereignissen um das Jahresende ist noch anzuführen: am 26. November die Uebernahme des Amtes der Technik

und des Vorsitzes im Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik durch Pg. Dr. **Todt**, — am 5. Dezember die Beauftragung des Gauleiters **Wagner** (Bochum) mit der Führung des Gaues Schlesien der NSDAP, kurz darauf auch seine Beauftragung mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten in Breslau.) —

Todt übernimmt die Leitung des Amtes der Technik und des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik

Wagner Gauleiter von Schlesien

Am Jahresende konnte festgestellt werden, daß 1934 ein Aufbaujahr auf allen Gebieten gewesen ist. (Als Beispiel sei angeführt, daß 300 000 neue Wohnungen geschaffen worden sind — gegenüber 200 000 im Jahre 1933. Die Verkehrsziffern waren gewaltig gestiegen. Der Aufstieg war unverkennbar.)

Wohnungsbau im Jahr 1934

Vor allem aber sei auf folgende sprechenden Zahlen hingewiesen, die Staatssekretär Pg. **Reinhardt** im Januar 1935 mitteilen konnte (NSK, 29. Januar 1935):

Statistische Zahlen über das Jahr 1934

„1. Die Zahl der statistisch erfaßten **Arbeitslosen** hat betragen:

am 31. Dezember	1932	5773000,
„ 31. „	1933	4059000,
„ 31. „	1934	2604000.

Die Zahl ist kleiner gewesen:
am 31. Dezember 1933 um 35 v.H. gegenüber 31. Dezember 1932,
am 31. Dezember 1934 um 36 v.H. gegenüber 31. Dezember 1933,
am 31. Dezember 1934 um 55 v.H. gegenüber 31. Dezember 1932.

2. Die steuerpflichtigen **Umsätze** haben betragen:

im Rechnungsjahr	1932	rd. 65	Milliarden RM.
„ „	1933	„ 75	„ „
„ „	1934	„ 95—100	„ „

Der Betrag für 1934 ist nach dem heute vorhandenen Ueberblick geschätzt.

3. Das **Volkseinkommen** hat betragen (gerechnet in Kaufkraft von 1934):

im Jahre	1932	45,4	Milliarden RM.
„ „	1933	47,7	„ „
„ „	1934	55,0	„ „

Der Betrag für 1934 ist nach dem heute vorhandenen Ueberblick geschätzt.

4. Das **Aufkommen an Steuern, Zöllen und anderen Abgaben** des Reiches hat betragen:

im Rechnungsjahr	1932	6647,0	Millionen RM.
„ „	1933	6846,1	„ „
„ „	1934	7900,0	„ „

Der Betrag für 1934 ist nach dem heute vorhandenen Ueberblick geschätzt.

5. Gewährung von 365591 **Ehestandsdarlehen** im Betrage von 200 Millionen RM. bis zum 31. Dezember 1934 auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen vom 1. Juni 1933. Auswirkung allein dieser Maßnahme:

Verminderung der **Arbeitslosenziffer** um mindestens 500000 und Verminderung des **Finanzbedarfs** der **Arbeitslosenhilfe** um etwa 250 Millionen RM.,

bedeutende **Erhöhung der Zahl der Eheschließungen und der Geburten**,

(Die Zahl der Eheschließungen ist 1933 bereits um 23,7 v.H. größer

gewesen als 1932. Für das erste Halbjahr 1934 ergibt sich das folgende Bild:

	erstes Halbjahr 1933	1934
Eheschließungen	252592	334567
Lebendgeborene	490340	576843)

bedeutende Erhöhung der Zahl der Hausstände und der Nachfrage nach Möbeln, Hausgerät und Kleinwohnungen...." —

Die Außenpolitik am Jahresende

Außenpolitisch zeigte sich gegen Jahresende eine wachsende Verständigungsbereitschaft in Kreisen des französischen Volkes. In erster Linie waren es die ehemaligen Frontkämpfer beider Länder, die den Versöhnungsgedanken vorwärtstrugen. Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, hatte nach seinem unvergeßlichen Königsberger Appell (siehe 20. Abschnitt) noch mehrmals die damals vertretenen Forderungen zum Ausdruck gebracht. Auch in seiner Rede in Bochum am 8. Dezember sagte er der Welt: „Den Frieden der Welt erhalten die anständigen Soldaten viel eher als böswillige Leitartikler!" — und äußerte über die außenpolitische Lage:

Heß-Rede in Bochum

„Wir Deutsche können mit Ruhe der außenpolitischen Entwicklung entgegensehen. Wir tun alles, um eine ruhige europäische Entwicklung mit herbeiführen zu helfen."

Und das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland beleuchtete Rudolf Heß folgendermaßen:

„... Wir Deutsche sind heute nicht mehr der Meinung, daß Frankreich — wie wir es besonders zur Zeit des Ruhreinbruchs glauben mußten — die Vernichtung unseres Landes mit allen Mitteln betreibt. Eine veränderte Stellung Frankreichs zu Deutschland hat natürlich auch eine erfreuliche Aenderung der Einstellung Deutschlands zu dem Problem „Frankreich" mit sich bringen können. Heute glauben wir, daß eine Verständigung mit Frankreich tatsächlich möglich ist, und wir werden durch die Reden und Besuche französischer Frontkämpfer und durch die Antwort von Frontkämpfern anderer Länder auf unsere Friedensparole bestärkt."

Antwort Pichots

Eine dieser erfreulichen Antworten war die des Präsidenten der „Union Fédérale", Henry Pichot, der am 13. Dezember im „Oeuvre" unter der Ueberschrift „Die Brücke über den Rhein" u. a. erklärte:

„... Was wir wollen ist, unsere moralische Sendung zu erfüllen, die Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich zu entgiften.... Wir Frontkämpfer halten geduldig an unserer soliden Arbeit fest, die darin besteht, nichts zu versprechen und dafür etwas zu bringen."

Auch von anderen Seiten wurde eine verständnisvolle, friedliche Politik gegenüber dem neuen Deutschland gefordert. So trat Lord Snowden, der frühere britische Schatzkanzler, in der „Daily Mail" für die Freundschaft mit Deutschland ein, und der südslawische Gesandte in Berlin, Balugdschitsch, wandte sich in der Belgrader „Politika" gegen das in Europa weit verbreitete Vorurteil einer

Snowden über Deutschland

Balugdschitsch über Deutschland

angeblichen „Deutschen Gefahr“ und begrüßte jede Zusammenarbeit mit Deutschland. Auch der ungarische Ministerpräsident **Gömbös** wies in der Debatte über die deutsch-ungarischen Beziehungen, die sich im Anschluß an eine Interpellation am 12. Dezember im ungarischen Abgeordnetenhaus entwickelt hatte, die deutschfeindlichen Angriffe zurück, indem er darauf hinwies, daß Deutschland Ungarn gegenüber stets eine freundschaftliche Politik verfolgt habe.

Gömbös über Deutschland

Den einsichtigen Staatsmännern Europas mußte klar sein, daß sich mit dem Dritten Reich nicht nur gute Freundschaft halten ließ, sondern daß man auch alle Ursache hatte, dem nationalsozialistischen Deutschland dankbar zu sein für die **Rettung Europas vor dem Weltkommunismus**. Denn ein kommunistisches Deutschland hätte unweigerlich zur Bolschewisierung auch der westeuropäischen Staaten geführt und schließlich den ganzen Kontinent in ein blutiges Chaos gestürzt. Diese Gefahr im akuten Stadium mit aller Kraft abgewehrt zu haben, bleibt ein welthistorisches Verdienst Adolf Hitlers und des von ihm geschaffenen Nationalsozialismus — und im besonderen auch Pg. Hermann **Görings**, der am 11. Dezember auf dem zweiten Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vor den Vertretern des Auslandes über seinen kompromißlosen Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland sprach. 34 ausländische Geschäftsträger, viele Auslandsjournalisten und zahlreiche Vertreter von Bewegung und Staat dankten dem preußischen Ministerpräsidenten für seine aufschlußreiche Rede. Wieder einmal hatte das nationalsozialistische Deutschland die Gelegenheit benutzt, internationale Beziehungen zu pflegen und auszubauen — und damit dem Frieden der Welt zu dienen. „Hitler — das ist der Krieg“ war das geflügelte Wort, das die Auslandspresse fast ausnahmslos vor der Machtergreifung für den Führer geprägt hatte. Adolf Hitler hat der Welt **bewiesen**, daß sein außenpolitisches Programm nicht „Krieg“, sondern „**Ehre und Frieden**“ heißt — allen internationalen Pressehetzern zum Trotz. —

Europas Rettung vor dem Weltkommunismus

Göring-Rede beim Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP

Frieden und Ehre

Im **Saargebiet** hatte die endgültige Regelung der Volksabstimmung durch den Aloisiausschuß und die Zustimmung des Völkerbundes zu den deutsch-französischen Abmachungen wohl beruhigend gewirkt; die Bevölkerung des gequälten Landes sah — gleichsam von einem Alpdruck befreit — hoffnungsfroh dem Tag der Heimkehr entgegen. Trotzdem fehlte es leider nicht an Spannungen und unerfreulichen Zwischenfällen. Es sei nur an die Tätigkeit eines Herrn **Rossenbeck**, eines Mittlers zwischen den saarländischen Separatisten und den „Mines domaniales françaises“, oder an den **Trutzbundprozeß**, der mit der moralischen Verurteilung des separatistischen

Saargebiet

Fall Rossenbeck

Trutzbund-Prozeß

Zwischenfall in Saarbrücken

Klägers endete, erinnert. Auch ein ernster Zwischenfall (16. Dezember) ereignete sich, der leicht folgenschwere Verwicklungen hätte nach sich ziehen können, wenn die deutsche Bevölkerung Saarbrückens nicht äußerste Zurückhaltung geübt hätte. Ein von Knox in die saarländische Polizei eingestellter englischer Offizier war in völlig betrunkenem Zustande mit seinem Auto in eine Menschenmenge hineingefahren, hatte mehrere Personen verletzt und — als er von verschiedenen Passanten zwecks Feststellung seiner Personalien durch die Polizei am Weiterfahren verhindert wurde — die Pistole gezogen und in die Gruppe der Umstehenden geschossen. Im Verfolg dieses unerhörten Vorfalls wurde der englische Major Hennessy zum Nachfolger des bisherigen Inspektors der gesamten saarländischen Polizei- und Landjägerkräfte, Hemsley, ernannt. Hennessy hat durch seine vorbildliche Haltung den schlechten Eindruck seines Vorgängers vergessen lassen.

Versammlungen der „Deutschen Front"

In zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen wandten sich die Führer der „Deutschen Front" an die saardeutschen Volksgenossen, um sie angesichts all der provozierenden Vorfälle und Ereignisse zu unbedingter Disziplin zu ermahnen — mehr noch: zu verpflichten. Denn kein Zwischenfall durfte die Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich hinauszögern. Wie notwendig die Rückgliederung auch rein wirtschaftlich war, bewies eine grundlegende Untersuchung des deutschen Konjunkturinstituts in Berlin, aus der die volkswirtschaftliche Verbundenheit des Saargebiets mit Deutschland, seine Abhängigkeit bezüglich Einfuhr und Ausfuhr einwandfrei hervorging.

Die wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebiets mit dem Reich

Man tat von deutscher Seite alles, um einen reibungslosen Verlauf der Abstimmung zu gewährleisten. In diesem Sinne war auch die Eingabe der „Deutschen Front" vom 12. Dezember an die Abstimmungskommission zu verstehen, in der gegen das vorgesehene Zählverfahren bei der Abstimmung (Transport der 850 Wahlurnen nach Saarbrücken und dortige Auszählung) Bedenken erhoben wurden. Und mit tiefer Erbitterung nahm das Saarvolk von der letzten Verordnung der Regierungskommission im alten Jahre, dem einseitigen Flaggenverbot, das nur die Fahnen des Reiches betraf, Kenntnis. Aber es bewahrte Haltung — eine Haltung, die man gegenüber den ausländischen Abstimmungstruppen (am 19. Dezember trafen die ersten englischen „Tommies" in Saarbrücken ein) sogar als freundlich bezeichnen kann. Es wußte, daß am 13. Februar 1935 die Befreiungsglocken im ganzen deutschen Vaterland läuten würden.

Eingabe der „Deutschen Front" an die Abstimmungskommission

Flaggenverbot im Saargebiet

Eintreffen der ausländischen Abstimmungstruppen

Die Auslandspresse über Deutschland

Noch immer waren sehr große Teile der Auslandspresse gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland feindselig eingestellt. Immer-

hin durfte man es als ein erfreuliches Symptom ansehen, daß der dänische Staatsminister Stauning (gleichzeitig Regierungschef und Führer der Sozialdemokratischen Partei) die Presse Dänemarks — die sich besonders häufig Deutschland gegenüber in recht gehässiger Weise geäußert hatte — zur korrekten und neutralen Auslandsberichterstattung aufforderte. Und es gab auch große Auslandsblätter, die sich des öfteren bemühten, dem neuen Reich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so die Hearst-Presse in den Vereinigten Staaten von Amerika, so die Rothermere-Presse in England. Lord Rothermere, der in seinen Zeitungen oft genug für das Deutschland Adolf Hitlers und seine Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages eingetreten war, weilte Mitte Dezember selbst einige Tage in der Reichshauptstadt, wo ihm als Vorkämpfer einer deutsch-britischen Freundschaft ein herzliches Willkommen bereitet wurde. —

Stauning an die dänische Presse

Rothermere in Berlin

Eine gewisse Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses sowohl auf offiziellem wie auch auf inoffiziellem Wege konnte festgestellt werden. Am 18. Dezember befaßte sich der französische Außenminister Laval in einer Senatsrede mit der Außenpolitik Frankreichs, von der er sagte, sie sei eine gegen kein Land gerichtete Friedenspolitik. Ueber die deutsch-französischen Beziehungen äußerte er sich u. a. wie folgt:

Laval über die deutsch-französische Verständigung

„.... Wir werden sehr bald unsere Unterhaltung mit Deutschland wieder aufnehmen. Ich habe bereits gesagt, daß Deutschland aufgefordert werde, mit uns und den übrigen Ländern unter den gleichen Bedingungen und mit gleichem Recht zu verhandeln. Die französische Regierung wird niemals etwas tun, was Deutschland zu dem Glauben berechtigt, Frankreich wolle ihm gegenüber eine Politik der Vereinsamung betreiben. Die deutsch-französische Annäherung im internationalen Rahmen ist eine wirkliche Friedensbürgschaft. Möge Deutschland davon überzeugt sein, möge es dementsprechend handeln. Und dann wird ein großer Schritt in Richtung auf die notwendige Versöhnung unserer beiden Völker getan sein."

Und es war klar, daß diese verbindlichen Worte Wahrheit werden konnten, wenn einmal Frankreich an Stelle seiner letzten Endes doch fruchtlosen Paktpolitik die gleiche Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft wie Deutschland zeigen wird. — Die deutsch-französischen Frontkämpfergespräche wurden fortgesetzt. Am 20. Dezember hatten Pichot und Randoux von der „Union Fédérale" mit dem Führer des Reichskriegsopferverbandes (NSKOV) Pg. Oberlindober in Berlin eingehende Besprechungen und wurden auch von Adolf Hitler und Rudolf Heß empfangen. Einen wichtigen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung stellte eine vom „Völkischen Beobachter" angestellte Umfrage bei einer Reihe hervorragender französischer Persönlichkeiten dar.

Französische Frontkämpfer beim Führer

Französische Politiker über das deutsch-französische Verhältnis

Zu Wort kamen:

Barthélémy Montagnon, sozialistischer Kammerabgeordneter:

(„... Handeln wir, damit das Jahr 1935, das ein furchtbares Jahr werden könnte, das Jahr der gemeinsamen Anstrengung und des wahren Friedens werde. Um dieser edlen Aufgabe willen, Franzosen und Deutsche, verständigen wir uns!")

Pierre Cot, früherer Luftfahrtminister:

(„Wie alle Frontkämpfer, wünsche ich lebhaft eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.... Eine frank und freie Aussprache zwischen den beiden Völkern würde den Frieden Europas endgültig sichern....")

Pierre Drieu la Rochelle, Schriftsteller:

(„... Als Nordfranzose und als nordischer Mensch, als der ich mich als Normanne fühle, glaube ich, daß das deutsche wie das französische Volk dazu berufen sind, zusammenzugehen und zusammen zu arbeiten, zum Besten Europas und zum Wohl der übrigen Völker....")

Marcel Bucard, Führer der „Francisten":

(„... Als einstiger Frontkämpfer gehöre ich zu denjenigen, die es sich zur Pflicht machen, alles zu tun, um über allen Haß, alles vergossene Blut hinweg und über den Grabstätten den wahren Frieden zu errichten....")

Göring über die deutsch-englischen Beziehungen

Diesen Interviews des „Völkischen Beobachters" stand ergänzend ein Interview Pg. Görings gegenüber. Ministerpräsident Göring erklärte im Dezember in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuter-Büros über die deutsch-englischen Beziehungen:

„Das deutsche Volk hat die größte Achtung und Freundschaft für das britische Volk, mit dem es durch Bande des Blutes verbunden ist. Es glaubt nicht, daß die britische Regierung oder das britische Volk irgendwelche feindseligen Gefühle gegen Deutschland hegen, und es ist sein dringender Wunsch, daß England und Deutschland in einem Verhältnis fester und ehrlicher Freundschaft verbleiben, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Und das ist auch mein Wunsch für das Jahr 1935." —

Rettung der Besatzung des norwegischen Dampfers „Sisto"

Die hohe charakterliche Stufe, auf der die junge Generation des Dritten Reiches steht, wurde in der Nacht vom 18. zum 19. Dezember bewiesen, als deutsche Seeleute vom Hapag-Dampfer „New York" südwestlich der irischen Küste die gesamte Besatzung des sinkenden norwegischen Dampfers „Sisto" retteten. Der herzliche Dank des norwegischen Volkes und seiner Regierung und zahlreiche Ehrungen wurden den tapferen deutschen Matrosen zuteil. Schönste Anerkennung aber war ihnen die Begrüßung durch den Führer, der die Rettungsmedaillen überreichte und sich mit folgenden Worten an den Kapitän der „New York" wandte:

„Herr Kommodore! Ich bin gekommen, um Ihnen im Namen der ganzen deutschen Nation den Dank für Ihre hervorragende Tat auszusprechen. Das deutsche Volk ist stolz auf Sie! Und auch der deutschen Schiffahrt haben Sie große Ehre erwiesen! Sie haben vor der Welt bekundet, daß Deutschlands Schiffsbesatzungen tapfer, furchtlos und heldenmütig sind. Sie haben aber auch der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk allezeit zu friedlicher Hilfe bereit ist.

Ich gratuliere Ihnen, Herr Kommodore, zu einer solchen Besatzung, und ich beglückwünsche das deutsche Volk zu so tapferen Männern!" —

Weihnachtsansprache Rudolf Heß an die Auslandsdeutschen und die deutschen Seefahrer

Wir verlassen die deutsche Außenpolitik des Jahres 1934 mit den Worten, mit denen Rudolf Heß in seiner Weihnachtsansprache an die Auslandsdeutschen und die deutschen Seefahrer, die opferbereiten Vorposten deutschen Volkstums, zur außenpolitischen Lage Stellung nahm:

„... Meine Volksgenossen!

Heute weiß es die Welt, und maßgebende Politiker anderer Völker haben dies erkannt, daß dem Führer allein es zu verdanken ist, wenn im letzten Jahr der europäische Frieden erhalten wurde, als dieser mehrfach schwer bedroht war. Seine vorsichtige Hand und seine die Atmosphäre entspannenden Verlautbarungen haben ihn als Staatsmann von weltpolitischer Bedeutung gezeigt. Als wirklicher Staatsmann bewies er sich auch in seinem Verhalten Frankreich gegenüber, in seinen ehrlichen Bemühungen, zur Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses beizutragen. Als Folge konnten bereits praktische Wege in diesem Bemühen beschritten werden, die in der Deutschlandreise der Führer der französischen Frontsoldaten und in ihrem Empfang durch Adolf Hitler zum Ausdruck kamen. Ich bin überzeugt, daß der Frontkämpfer Hitler nicht vergeblich mit den französischen Frontkämpfern sprach, denn beide Teile kennen den Krieg und lieben daher den Frieden. — Als Ergebnis des Verhaltens des Führers einerseits und des rechtlichen Denkens der derzeitigen französischen Regierung andererseits werden die Deutschen der Saar am 13. Januar in das Reich zurückkehren. Die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland bedeutet einen weiteren Schritt zur Sicherung des europäischen Friedens." —

Volksweihnacht der NSDAP

Das Weihnachten Deutschlands wurde zur Volksweihnacht. Die selbstverständliche Verbundenheit der nationalsozialistischen Bewegung mit allen Volksgenossen erhielt am Vorabend des Festes — am 23. Dezember — besonderen Ausdruck: Auf Straßen und Plätzen leuchteten große brennende Weihnachtsbäume. Auf weihnachtlich geschmückten Plätzen der Arbeiterviertel fanden Weihnachtsfeiern statt. An langen, weißgedeckten Tischen wurde den Kindern bedürftiger Volksgenossen vom Winterhilfswerk, der Parteiorganisation und der SA beschert.

Als der Lichterglanz deutscher Weihnachtsbäume aufleuchtete und eine geeinte Nation überstrahlte, sagte Rudolf Heß in seiner Weihnachtsansprache an die deutschen Pioniere jenseits der Reichsgrenzen: „... Wir können dieser Stunde der Gemeinschaft der Deutschen auf der Welt keinen anderen Abschluß geben, als daß wir unser Gedenken dem Manne zuwenden, den das Schicksal bestimmt hat, Schöpfer eines neuen deutschen Volkes zu sein — eines Volkes der Ehre. Das Geschenk, das wir Deutsche auf der Welt Adolf Hitler erneut zur Weihnacht bringen, ist: Vertrauen.

Wir legen ihm von neuem unser Schicksal in die Hände als Dank und Gelöbnis zugleich ..."

Zeittafel 1934

Januar

1. Januar Französisches Aide mémoire an Deutschland.
2. Januar Rosenberg-Interview im „Paris Midi".
3. Januar Beginn des deutsch-französischen Jugendtreffens in Berlin.
9. Januar Denkschrift Knox an den Völkerbund.
10. Januar Hinrichtung van der Lubbes. — Veröffentlichung des Briefwechsels Röchling—Guilleaume.
11. Januar Eröffnung des ersten Führerschulungslagers für das Landjahr (Hubertushöhe bei Storkow).
12. Januar Ernennung Darrés zum Reichsbauernführer gemäß der ersten Verordnung über den Aufbau des Reichsnährstandes.
13. Januar Gesetz über die Anpassung der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und der Grunderwerbsteuer an die seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertrückgänge.
15. Januar Rede des Führers in Lippe. — Denkschrift der „Deutschen Front" an den Völkerbund. — Hochschultagung der NSDAP im Braunen Haus.
16. Januar Erlaß Görings über die Rückwanderung von Emigranten. — Anordnung an die Landeslogen in Preußen. — Reichsminister Dr. Goebbels stellt eine Million RM. zur Verbesserung der Rundfunkprogramme und zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Künstlerschaft zur Verfügung.
17. Januar Oesterreichische Beschwerde über angebliche deutsche Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse.
18. Januar Preußisches Jagdgesetz. — Preußisches Gesetz über die Neuordnung der Verwaltung der Staatstheater.
19. Januar Deutsche Antwort auf das Aide mémoire. — Deutsche Antwort auf das englische Memorandum. — Verhandlungen über den Saarabstimmungstermin im Völkerbundsrat. — Der italienische Staatssekretär Suvich in Wien. — Weiteres Gesetz über den allgemeinen landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz.
20. Januar Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. — Erster Reichsbauerntag in Weimar. — Verlesung und Annahme des Aloisi-Berichtes. — Die studentischen Verbände werden dem Führer der Studentenschaft unterstellt.
21. Januar Rede Darré auf dem Reichsbauerntag.
22. Januar Vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Chile. — Beginn der Tagung des „Reichsbundes der Deutschen Freilicht- und Volksschauspiele".
24. Januar Beauftragung Rosenbergs mit der Ueberwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, der gleichgeschalteten Verbände und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude". — Urteil im Kairoer Judenprozeß.
25. Januar Erlaß betreffend die Landgewinnungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein.
26. Januar Deutsch-polnischer Verständigungsvertrag. — Betriebsorganische Neugliederung der Deutschen Arbeitsfront. — Pg. Schmidt Reichshandwerksführer. — Eröffnung der Grünen Woche in Berlin durch Reichsbauernführer Darré. — Rede Hierl vor der Berliner Studentenschaft über das Wesen des Arbeitsdienstes.
27. Januar Richtlinien des Reichsfinanzministers zur Veranlagung der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer.
29. Januar Englische Antwortnote an Deutschland. — Rede Dr. Frick vor dem „Allgemeinen Deutschen Waffenring" in Berlin. — Preußischer Erlaß zur Neuordnung des studentischen Gesundheitsdienstes.
30. Januar Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution. Große Rede des Führers im Reichstag. Regierungserklärung. — Gesetz über den Neuaufbau des Reiches. — Schaffung des Reichsfilmarchivs.

31. Januar Rede Dr. Frick über den Neubau des Reiches. — Rundfunkrede über den Kairoer Judenprozeß. — Veröffentlichung des italienischen Kommuniqués zur Abrüstungsfrage.

Februar

1. Februar General von Fritsch Chef der Heeresleitung. — Deutsche Antwort auf die österreichische Beschwerde. — Eröffnung des Afrika-Richtstrahlers.

2. Februar Auflösung sämtlicher monarchistischen Organisationen. — Erste Verordnung über den Neuaufbau des Reiches. — Pg. Willi Krause Reichsfilmdramaturg.

3. Februar Erlaß über die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Länderbeamten. — Eröffnung des Asien-Richtstrahlers.

5. Februar Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit. — Eröffnung des Südamerika-Richtstrahlers.

6. Februar Erlaß des Reichsjustizministers an die Landesjustizverwaltungen. — Rundfunkansprache des Reichsfilmdramaturgen. — Beginn der Debatte im englischen Unterhaus über die Abrüstung.

7. Februar Führerrede zur Studentenschaft. — Dr. Frick verkündet die Verfassungen der Studentenschaft. — Tagung der Präsidenten und Präsidialräte der Fachkammern der Reichskulturkammer.

8. Februar Litauisches „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ (Aktion gegen das Memelgebiet).

9. Februar Erste Kundgebung der Reichsfachschaft Film. — Rede Dr. Goebbels. — Litauische Aktion gegen die „Sozialistische Volksgemeinschaft“ im Memelgebiet.

11. Februar Tag des Rundfunks.

12. Februar Zusammenkunft der Länderjustizminister in Dresden. — Grundsteinlegung der Dietrich-Eckart-Siedlung durch Gauleiter und Oberpräsident Kube. — Ausbruch des marxistischen Bürgerkrieges in Oesterreich.

13. Februar Staatssekretär Reinhardt verkündet in einem Vortrag vor der Hochschule für Politik die „10 Punkte der Arbeitsschlacht“.

14. Februar Französische Antwortnote an Deutschland. — Aufhebung des Reichsrats. — Einweisung des Vorstandes des Deutschen Gemeindetages.

15. Februar Aenderung des Gesetzes über den Provinzialrat. — Beginn der erneuten Sitzungen des Saarausschusses in Genf. — Präsident Knox erleichtert die Einreise für Emigranten ins Saargebiet.

16. Februar Erstes Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich. — Lichtspielgesetz. — Viertes Stillhalteabkommen zwischen Deutschland und den englischen und amerikanischen Gläubigern. — Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ auf den Index gesetzt.

17. Februar Dreimächteerklärung Englands, Frankreichs und Italiens über die Unabhängigkeit Oesterreichs. — Einführung des Hoheitszeichens der NSDAP bei der Wehrmacht.

19. Februar Erster Spatenstich zum ersten Thingplatz (bei Halle/Saale). — Edens Verhandlungen in Berlin.

20. Februar Der Oberste Gerichtshof verwirft die Berufung der Staatsanwaltschaft im Röchling-Prozeß. — Göring-Interview mit Ward Price in der „Daily Mail“.

22. Februar Rosenbergs Rede über den Kampf um die Weltanschauung. — Verbot der deutschen Parteien im Memelgebiet.

23. Februar Deutscher Einspruch in Kowno gegen das litauische „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“.

23.-27. Februar Ehrentage der Bewegung. — Vereidigung der Politischen Leiter, HJ-Führer und BdM-Führerinnen. — Führerrede. — Heldengedenktag.

24. Februar Austausch der Ratifikationsurkunden des Deutsch-polnischen Verständigungsvertrages. — Verbot tschechischer Flaggen und Abzeichen in Deutschland (Gegenmaßnahme). — Rede Dr. Schacht vor den Bankiers. — Erste Arbeitstagung der Reichsmusikkammer. — Fahnenweihe der Hitlerjugend in Potsdam.

26. Februar Urteil im Kattowitzer Volksbundjugendprozeß.

27. Februar Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft. — Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

28. Februar Bildung des Reichsausschusses für das Hilfswerk „Mutter und Kind“. — Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung. — Empfang der ausländischen Presse durch Dr. Goebbels. — Bulgarischer Königsbesuch in Berlin.

März

1. März Sämtliche Parteien des Saargebiets gehen in der „Deutschen Front“ auf. — Rosenberg-Rede vor dem Diplomatischen Korps. — Handelsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark.

2. März Erster Reichskongreß der Handwerks- und Gewerbekammern. — Kirchengesetz über die Leitung der Altpreußischen Landeskirche. — Herabsetzung der Devisenkontingente.

3. März Beginn der Arbeitstagung des Sachverständigenbeirats für Volksgesundheit in München.

5. März Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse durch Dr. Goebbels.

6. März Grundsteinlegung zum Richard-Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig.

8. März Eröffnung der Automobilausstellung durch den Führer. — Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen.

9. März Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen aus öffentlichen Grundstückslasten.

11. März Eröffnung des Tages der Deutschen Technik.

12. März Neuregelung der Schutzhaftbestimmungen. — Staatsakt in den Münchener Ausstellungshallen.

13. März Deutsche Antwortnote auf die französische „Abrüstungs“-Note. — Reichsstand des Handwerks und Hauptwirtschaftsgruppe VIII der gewerblichen Wirtschaft.

14. März Rede des Reichswirtschaftsministers über das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft. — Theater des Volkes eröffnet.

16. März Eröffnung des 2. Umschulungslagers in Rathsdemnitz (Ostpommern).

17. März Rede Dr. Schacht beim Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer. — Römische Protokolle (zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn).

19. März Französische Antwortnote auf die englische Abrüstungsdenkschrift.

20. März Rundfunkrede des Reichsjuristenführers Pg. Dr. Hans Frank. — Erste Arbeitstagung des Reichsverbandes Deutsche Presse.

21. März Beginn der Frühjahrsoffensive in der Arbeitsschlacht (erster Jahrestag des Staatsaktes von Potsdam). Führerrede an der Baustelle Unterhaching. Arbeitsaufnahme an 22 Baustellen der Reichsautobahn. Inbetriebnahme des Schiffshebewerks Niederfinow. — Litauische Antwortnote auf den deutschen Einspruch vom 28. 2. — Lord Rothermere fordert Rückgabe von Kolonien an Deutschland.

22. März Verabschiedung des Reichshaushaltsplans. — Zweites Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung. — Verlängerung der Fristen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. — Sitzung der Reichsstatthalter in Berlin.

23. März Gesetz über Reichsverweisungen. — Gesetz über die Heimarbeit. — Aufhebung des Reichswirtschaftsrats. — Sitzung der Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder. — Rede Dr. Frick über die Reichsreform. — Ernennung des Reichsschatzmeisters Schwarz zum Generalbevollmächtigten des Führers in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten der NSDAP.

24. März Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft. — Gesetz über die Erhebung einer Abgabe von Aufsichtsratsmitgliedern. — Deutsch-finnischer Handelsvertrag.

26. März Rede des Reichsfinanzministers über „Oeffentliche Finanzen und Wirtschaft“ in Münster.

27. März Die Städtische Oper Charlottenburg wird Deutsches Opernhaus. — Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm).

28. März Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben des Staatskommissars der Hauptstadt Berlin. — Gesetz zur Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. — Seldte, Reinhardt, Funk und Posse sprechen zur Auslandspresse über die Arbeitsschlacht. — Englische Note an Frankreich (betr. Abrüstung). — Russischer Garantiepaktvorschlag an Deutschland über die Unabhängigkeit der baltischen Staaten. — Einbau der großen Nebenorganisationen in die NSDAP.

29. März Einsetzung eines Reichskommissars für das Siedlungswesen. — Gesetz über die Bildung eines Anleihestocks bei Kapitalgesellschaften. — Preußisches Gesetz über das Landjahr. — Rode als Intendant des Deutschen Opernhauses berufen.

30. März Osterkundgebung des Reichsbischofs an die Pfarrer.

31. März Schandurteil von Innsbruck (gegen den Mörder des Reichswehrsoldaten Schuhmacher).

April

1. April Aufruf zum Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend. — Preußische Straßenordnung.
3. April Führer-Interview für „Associated Preß". — Erlaß des preußischen Kultusministers über die Volks- und Mittelschulen.
5. April Beginn des Wiesbadener Tonkünstlerfestes. — Gründung des „Ständigen Rates für die internationale Zusammenarbeit der Komponisten".
9. April Beginn des Reichsberufswettkampfes der deutschen Jugend. — Verfügung des Reichswehrministers über „Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen".
10. April Gemeinschaftstagung der Deutschen Arbeitsfront, der Treuhänder der Arbeit und der Wirtschaftsführer. — Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz in Genf.
12. April Arbeitstagung der deutschen Außenhandelsstellen in Bremen. — Rede Darré. — Litauen entzieht den Angehörigen der deutschen Parteien im Memelgebiet die Grenzübertrittsscheine.
13. April Deutsche Schritte gegen eine verunglimpfende Karikaturenausstellung in Prag.
14. April Eröffnung der ersten deutschen „Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege" in Dresden. — Botschaft des Reichsbischofs und neues Kirchengesetz zur Befriedung des kirchlichen Lebens.
15. April Tod des türkischen Botschafters in Berlin.
16. April Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums gegründet. — Kundgebung des Handwerks in Stuttgart. — Deutsche Antwort auf die englische Anfrage wegen der Erhöhung des deutschen Heeresetats im Unterhaus bekanntgegeben.
17. April Empfang der Gauführer des WHW beim Führer.
18. April Weitere Verschärfung der Devisenbestimmungen. — Veröffentlichung der französischen Antwortnote auf die englische Note vom 28. 3. 1934.
19. April Rede Reinhardt beim Richtefest der Mustersiedlung Rammersdorf (bei München). — Tagung der NSKOV. — Dr. Goebbels kritisiert die Presse. — Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff in Berlin.
20. April Geburtstag des Führers. — Die Bestimmungen über die Ehrenpatenschaften der Stadt Berlin treten in Kraft. — Himmler Chef der Geheimen Staatspolizei.
21. April Eröffnung der Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit" durch Dr. Goebbels.
22. April Außerordentlicher Sängertag in Berlin.
23. April Eröffnung der Nationalsozialistischen Oberschule in Feldafing.
24. April Pg. von Ribbentrop Beauftragter für Abrüstungsfragen. — Schaffung des Volksgerichtshofs. — Gesetz zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens.
26. April Deutsche Ablehnung des russischen Vorschlags vom 28. 3. 1934.
27. April Beginn der Gläubigerkonferenz in Berlin. — Rundfunkrede Dr. Schacht. — Rede von Neurath zum Stand der Abrüstungsfrage.
30. April Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Nationalfeiertag.

Mai

1. Mai Nationalfeiertag des deutschen Volkes. — Führerrede auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. — Einweihung der Thingplätze bei Halle (Saale) und Heringsdorf. — Rust Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. — Handelsvertrag zwischen Deutschland und Jugoslawien.
3. Mai Grundsteinlegung des Erweiterungsbaues der Reichsbank. Rede Dr. Schacht.
5. Mai Beginn der halbjährigen studentischen Arbeitsdienstpflicht. — Rechtswidrige Schließung des Memellandtages durch Litauen.
6. Mai Saartag in Zweibrücken. — Goebbels-Rede.
8. Mai Beginn der Reichspressetagung der NSDAP.
11. Mai Dr. Goebbels eröffnet im Berliner Sportpalast die Aktion gegen die Miesmacher und Kritikaster. — Daluege Leiter der Polizeiabteilung im Reichsinnenministerium.
12. Mai Rede Darré über den Großgrundbesitz.
13. Mai Muttertag — Rundfunkrede des Reichsinnenministers Dr. Frick. — Bildung des „Reichsmütterdienstes im Deutschen Frauenwerk".

14. Mai	Die „Deutsche Front" des Saargebiets protestiert in einer Denkschrift beim Völkerbund gegen die Unterstellungen der Regierungskommission. — Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßnahmen der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentziehung verbunden sind.
15. Mai	Gesetz über die Regelung des Arbeitseinsatzes. — Theatergesetz. — Saardeutsche Erklärungen vor der internationalen Presse in Genf.
16. Mai	Zweiter Deutscher Arbeitskongreß der Deutschen Arbeitsfront. — Führerrede. — Göring in Belgrad.
17. Mai	Göring-Plan. — Göring in Athen. — Ribbentrop in Rom.
18. Mai	Beginn der Pfingsttagung des VDA in Mainz und Trier.
19. Mai	Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick beim VDA.
25. Mai	Göring in Budapest. — Verkündigung der „Pflichten des deutschen Soldaten".
27. Mai	Beginn der Reichstheaterfestwoche in Dresden.
28. Mai	Reichsstraßenverkehrsordnung.
29. Mai	Wiederbeginn der Beratungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz.
30. Mai	Rede Sir John Simon in Genf. — Antwort Barthou's.
31. Mai	Rede Rosenberg in der Marienburg über den Ordensstaat. — Deutsch-französische Verhandlungen in Genf über die Saarabstimmung.

Juni

1. Juni	Festsetzung des Saarabstimmungstermins auf den 13. 1. 1935.
2. Juni	Gleichlautende Erklärungen Deutschlands und Frankreichs über die Garantierung der Sicherheit der Saarabstimmung.
3. Juni	Der Saarausschuß legt dem Völkerbund seine Vorschläge über die Maßnahme zur Saarabstimmung vor.
4. Juni	Der Völkerbundsrat nimmt die Vorschläge des Saarausschusses einstimmig an.
6. Juni	Gründung der NS-Kulturgemeinde — Erste Aufführung auf einem Thingplatz (bei Halle/Saale). — Reichshandwerksführer Schmidt Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft XVIII in der deutschen Arbeitsfront.
8. Juni	Reichserziehungsminister Rust teilt eine Aenderung in der Grundeinteilung des Schuljahres mit.
13. Juni	Dr. Goebbels in Warschau. — Litwinow in Berlin. — Eröffnung der Deutschen Funkschule in Berlin-Tempelhof.
14. Juni	Beginn der Aussprache Adolf Hitlers mit Mussolini in Venedig. — Beschluß des Reichsbankdirektoriums über vorläufige Aussetzung der Zinszahlungen an das Ausland. — Memorandum der Reichsregierung an die Gläubigerländer. — Internationaler Landwirtschaftskongreß in Budapest.
15. Juni	Erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks. — Ermordung des polnischen Innenministers Pieracki.
16. Juni	Unterredung Ribbentrops mit Barthou. — Beginn der Ungarnfahrt des Reichsverbandes der Deutschen Presse.
17. Juni	Führerrede zum Gauparteitag in Gera.
18. Juni	Sitzung des Preußischen Staatsrats. — Ministerpräsident Göring spricht über Preußens Aufgabe und die Reichsreform. — Unterredung Ribbentrops mit Doumergue.
20. Juni	Beisetzung Karin Görings in der Schorfheide. — Kündigung der Hilferding-Anleihe.
21. Juni	Beginn des Deutschlandfluges. — Dr. Schacht spricht zur Auslandspresse.
22. Juni	Dr. Gürtner Reichs- und Preußischer Justizminister. — Kerrl Reichsminister ohne Geschäftsbereich.
25. Juni	Rundfunkrede des Stellvertreters des Führers. — Einführung der Devisenrepartierung.
27. Juni	Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft. — Rede Rosenberg an die deutsche Jugend. — Ratifizierung des deutsch-polnischen Verständigungsvertrags.
28. Juni	Heß, von Papen und Dr. Schmitt sprechen vor den Vertretern der deutschen Außenhandelskammern. — Litauische Amtsenthebung des memelländischen Landespräsidenten Dr. Schreiber.
30. Juni	Niederwerfung der Röhm-Revolte durch den Führer. — Lutze Chef des Stabes. — Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin. — Rundfunkrede des Reichsjugendführers Pg. von Schirach an die deutschen Eltern.

Juli

3. Juli Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr. — Aenderung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat. — Aenderung des Reichswahlgesetzes. — Reichsjagdgesetz. — Gesetz zur Ueberleitung des Forst- und Jagdwesens auf das Reich. — Beginn der Reichs- und Gauleitertagung in Flensburg. — Deutsch-englisches Transferabkommen.

5. Juli Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen. — Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften.

7. Juli Erlaß des Reichswehrministers über die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

8. Juli Rede Rudolf Heß an die Frontsoldaten der Welt.

9. Juli Deutsche Note an die Signatarmächte des Memelstatuts. — Barthou in London.

10. Juli Deutscher Schritt bei den Signatarmächten des Memelstatuts wegen der litauischen Uebergriffe. — Rundfunkrede Dr. Goebbels über die Weltpresse. — Einsetzung einer Hochschulkommission der NSDAP durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Heß.

11. Juli Erster Staatsjugendtag. — Rede von der Goltz über die Organisation der Wirtschaft. — Gesetz über die Akademie für Deutsches Recht.

13. Juli Reichstagsrede des Führers über den 30. Juni. — Ueberreichung englischer Paktentwürfe in Berlin.

14. Juli Stiftung des Ehrenkreuzes für Kriegsteilnehmer. — Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft. — Erste Sitzung des Volksgerichtshofs. — Eintreffen ungarischer Levente-Jugend in Deutschland.

16. Juli Beginn der Reichsfestspiele in Heidelberg.

17. Juli Empfang der ungarischen Levente-Jugend durch den Führer.

19. Juli NS-Studentenbund dem Stellvertreter des Führers unmittelbar unterstellt. — Führerwechsel in der Studentenschaft. — Feickert Reichsschaftsführer und Führer der Deutschen Studentenschaft. — Ausweichende englische Stellungnahme zur Memelfrage im britischen Unterhaus.

20. Juli Der Führer unterstellt sich die SS unmittelbar.

21. Juli Beginn der 2000-Kilometer-Fahrt durch Deutschland. — Resolution des Internationalen Kongresses der Rassenhygieniker in Zürich gegen die Kriegshetze.

22. Juli Justizausbildungsordnung.

23. Juli Beginn der Bayreuther Festspiele. — Beginn der Deutschen Kampfspiele 1934 in Nürnberg. — Rede des Reichssportführers.

24. Juli Beschlagnahme der Akten der „Deutschen Front“ im Saargebiet.

25. Juli Beginn des Volksaufstandes in Oesterreich. — Dollfuß' Tod. — Sperrung der deutschen Grenze. — Abberufung des deutschen Gesandten in Oesterreich.

26. Juli von Papens Beauftragung mit dem Gesandtschaftsposten in Wien. — Rede Reinhardt in der Akademie für Deutsches Recht über die kommende Steuergesetzgebung.

27. Juli Der Führer ordnet an, daß der Stellvertreter des Führers an der gesetzgeberischen Arbeit zu beteiligen ist.

30. Juli Reichsbankpräsident Dr. Schacht kommissarisch mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragt. — Simon-Rede im englischen Unterhaus (Baldwin: „Die britische Grenze liegt am Rhein!“) — Derichsweiler NS-Studentenbundsführer.

31. Juli Beendigung des SA-Urlaubs. — Reichspräsident von Hindenburg schwer erkrankt.

August

1. August Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches. — Adolf Hitler am Krankenlager des Reichspräsidenten.

2. August Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg †. — Erlaß des Führers an den Reichsinnenminister. — Das Reichskabinett beschließt die Herbeiführung einer Volksabstimmung am 19. 8. 1934. — Vereidigung der Wehrmacht auf den Führer. — Gesetz über das Staatsbegräbnis für den dahingeschiedenen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg.

3. August Beginn der Reichstagung des NS-Lehrerbundes in Frankfurt a. M.

5. August Führer-Interview mit Ward Price.

6. August Trauersitzung des Reichtags. — Gedenkrede des Führers. — Nächtliche Trauerparade in Neudeck. — Ueberführung nach Tannenberg.

7. August Beisetzung des verstorbenen Reichspräsidenten und Generalfeld-

marschalls im Tannenberg-Denkmal. — Weiherede des Führers. — Trauerparade der SA im ganzen Reich. — Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit.

8. August Gerichtliche Feststellung, daß die Beschlagnahmungen bei der „Deutschen Front" ungerechtfertigt waren. — Beginn der Zweiten Internationalen Filmkunstausstellung in Venedig.

9. August Reichsjuristenführer Dr. Hans Frank zum Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht ernannt. — Tagung der Nationalsynode in Berlin. — Kirchengesetz über den Diensteid der Geistlichen und kirchlichen Beamten. — Beginn des Streites um die Eingliederung der Landeskirchen Bayerns und Württembergs.

10. August Gauleiter Bürckel Saarbevollmächtigter des Reichskanzlers.

14. August Deutscher Schritt gegen die saarländische Emigrantenpresse.

15. August Uebergabe des Politischen Testaments Hindenburgs an den Führer.

16. August von Papen überreicht sein Beglaubigungsschreiben in Wien.

17. August Rede des Führers im Hamburger Rathaussaal. — Eröffnung der 11. Funkausstellung durch Dr. Goebbels. — Beschwerde der „Deutschen Front" gegen die Emigrantenpolitik der Regierungskommission.

18. August Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Saargebiet.

19. August Volksabstimmung (90% Ja-Stimmen).

20. August Aufruf des Führers an das deutsche Volk. — Aufruf des Führers an die NSDAP. — Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht.

22. August Anordnung des Führers über die „Präsidialkanzlei".

23. August Ende der 3. Jüdischen Weltkonferenz in Genf.

24. August Rede Gertrud Scholtz-Klink über den Frauenarbeitsdienst (5. Internationaler Kongreß für Hauswirtschaftsunterricht in Berlin). — Ernennung der 28 Fachamtsleiter im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen.

26. August Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz. — Führerrede.

30. August Rede Dr. Schacht bei der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft in Bad Eilsen. — Abschluß der Leipziger Herbstmesse. — Erster Jahresbericht des Generalinspekteurs für das deutsche Straßenwesen.

September

2. September Pg. Heß eröffnet den 7. Internationalen Straßenkongreß in München.

3. September Rede Pg. Dr. Todt auf dem Internationalen Straßenbaukongreß. — Ankündigung eines 5-Jahresplans zur Instandsetzung alter Kulturstätten (in Bayern).

4. September Beginn des 6. Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg. — Saardenkschrift der französischen Regierung.

5. September Pg. Heß eröffnet den Kongreß des Reichsparteitages. — Proklamation des Führers. — Führerrede bei der Kulturtagung.

6. September Appell des Arbeitsdienstes in Nürnberg. — Mussolini-Rede gegen Deutschland (in Bari).

7. September Appell der Politischen Leiter in Nürnberg.

8. September Appell der Hitlerjugend in Nürnberg. — Führerrede an die NS-Frauenschaft.

9. September Appell der SA und SS in Nürnberg.

10. September Tag des Waffenträgers der Nation in Nürnberg. — Schlußkongreß. — Führerrede. — Stellungnahme der Reichsregierung zum Ostpakt. — Benesch eröffnet die 15. Völkerbundsversammlung in Genf.

11. September Weitere Devisenbeschränkungen im Warenverkehr. — Schreiben der „Deutschen Front" an den Völkerbund gegen die Emigrantenpolizei im Saargebiet.

12. September Empfang des Diplomatischen Korps beim Führer anläßlich der Uebernahme der Befugnisse des Reichspräsidenten.

13. September Tagung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart. — Neurath-Rede.

14. September Beschwerde des Vizepräsidenten des Memel-Landtags an die Signatarmächte. — Eröffnung des Deutschen Opernhauses.

16. September Deutsche Schriftleiter reisen nach Polen.

18. September Litwinow hält nach der Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund seine Antrittsrede in Genf.

19. September Schlußsitzung des Internationalen Straßenbaukongresses. — Neurath-Rede. — Heß-Interview im „Intransigeant".

21. September Deutsch-niederländisches Verrechnungsabkommen.

26. September Zahlungsverkehrsabkommen zwischen Deutschland und Italien.
28. September Reichsleiter Bouhler in die Reichskanzlei berufen. — Einige Zeit später Ernennung zum Staatssekretär.
29. September Weitere Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr.
30. September Erntedankfest auf dem Bückeberg. — Führerrede.

Oktober

6. Oktober Vereinbarung zwischen PO, Arbeitsfront und Arbeitsdienst. — Reichserziehungsminister Rust in Budapest. — Mussolini-Rede in Mailand.
7. Oktober Verbot der Reichsmusikkammer, sich ausländisch klingende Namen zuzulegen. — Beginn der Reichswerbewoche „Gesunde Frauen durch Leibesübungen". — Deutscher Tag in Neuyork.
8. Oktober Dr. Frick eröffnet die „Verwaltungswissenschaftliche Woche für Standesbeamte" in Berlin.
9. Oktober Ermordung des jugoslawischen Königs und des französischen Außenministers in Marseille. — Der Führer eröffnet das Winterhilfswerk 1934/35. — Gesetz über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften.
13. Oktober Deutsch-polnisches Rundfunkabkommen.
16. Oktober Gesetz über den Eid der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen. — Vereidigung der Reichsminister. — Einkommensteuergesetz. — Vermögensteuergesetz. — Umsatzsteuergesetz. — Bürgersteuergesetz. — Körperschaftssteuergesetz. — Reichsbewertungsgesetz. — Kapitalverkehrssteuergesetz. — Zahlreiche weitere Steuergesetze. — Zusammenlegung des Reichs- und Preußischen Justizministeriums.
18. Oktober Saarkundgebung in Kaiserslautern. — Bürckel-Rede.
21. Oktober Erste Kundgebung der „Sudetendeutschen Heimatfront" (in Böhmisch-Leipa).
23. Oktober Eröffnung der Kommunalpolitischen Schulungswoche der HJ.
24. Oktober Der französische Botschafter beim Führer. — Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront. — Gesetz über die Aenderung von Vorschriften über die Zwangsvollstreckung.
29. Oktober Tag des Handwerks in Braunschweig.
31. Oktober Schaffung der Schulgemeinde an Stelle des Elternbeirats. — Terrorurteil im Röchling-Spionageprozeß in Metz.

November

1. November Erlaß des Ministerpräsidenten Göring gegen Preistreibereien. — Vereidigung der Reichsstatthalter. — Neuordnung in der Fettwirtschaft. — Entschluß Deutschlands und Polens, ihre beiderseitigen Gesandtschaften zu Botschaften zu erheben. — Deutsch-englisches Zahlungsabkommen.
2. November Bürckel ordnet SA-Aufmarschverbot im Saargebiet (10. 1. bis 10. 2. 1935) an, um den französischen Putschverleumdungen entgegenzutreten, die zur Begründung der französischen Truppenzusammenziehungen an der Saargrenze erhoben worden waren. — Aufruf der „Deutschen Front" gegen den Emigrantenterror. — Kündigung des deutsch-niederländischen Verrechnungsabkommens. — Verordnung über die Bildung des Reichsstudentenwerks.
3. November Dr. Frank veröffentlicht die Saardenkschrift der Akademie für Deutsches Recht.
4. November Beginn der „Woche des deutschen Buches".
5. November Gesetz über die Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung. — Dr. Goerdeler Reichskommissar.
7. November Denkschrift der saarländischen Wirtschaftsverbände an den Völkerbundsrat.
9. November Gedenkfeier für die Gefallenen der Bewegung in München. — Vereidigung der Hitlerjugend. — Führerrede. — Einführung eines Ehrensoldes für die Hinterbliebenen der nationalsozialistischen Gefallenen.
13. November Görings Rede vor der Akademie für Deutsches Recht.
14. November NS-Studentenbund mit der alleinigen politischen und weltanschaulichen Erziehung der Studenten beauftragt. — Der deutsche Botschafter in Warschau und der polnische Botschafter in Berlin übergeben ihre Beglaubigungsschreiben.
15. November Empfang der Diplomaten beim Außenpolitischen Amt der NSDAP.
16. November Beginn der Reichspressetagung.

17. November Erste Aufführung des Theaterzuges der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (in Schlüchtern).

18. November Rede Darré auf dem 2. Reichsbauerntag in Goslar. — Eröffnung der Erzeugungsschlacht. — Wahlsieg der nationalsozialistischen Regierung in Danzig (in 2 Landkreisen).

23. November Eröffnung der Buchausstellung „Das ewige Deutschland" durch Rosenberg. — Bericht über angebliche deutsche Rüstungen in der französischen Kammer — auf Grund sowjetrussischer „Informationen".

26. November Tschechischer Raub der Insignien der deutschen Universität in Prag. — Todt übernimmt die Leitung des Amtes der Technik und des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik.

27. November Zweite Verordnung über den Neuaufbau des Reiches. — Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft. — Jahresfeier der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude".

28. November Greiser Senatspräsident in Danzig. — Angriffe gegen Deutschland im englischen Unterhaus (Churchill und Baldwin).

29. November Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda statuiert ein Exempel durch das Verbot von zwei geschmacklosen Filmen.

30. November Gesetz zur Erweiterung des Kündigungsschutzes.

Dezember

1. Dezember Verordnung Nr. 1 des deutschen Reichsbundes für Leibesübungen.

3. Dezember Eröffnung der Reichsrundfunkschule der HJ.

4. Dezember Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihestockgesetz). — Furtwängler legt seine Aemter nieder. — Garantieerklärungen Deutschlands und Frankreichs in der Saarfrage. — Litauische Anordnung, daß von 228 Volksschulen im Memelgebiet 222 die litauische Sprache haben sollen.

5. Dezember Reichsgesetz über das Kreditwesen. — Zweites Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich. — Wagner Gauleiter von Schlesien. — Bericht des Saar-Dreier-Ausschusses.

6. Dezember Jahresrückschau Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast.

8. Dezember Tag der nationalen Solidarität. — Heß-Rede in Bochum über die deutsch-französische Verständigung. — Rede Dr. Frick (in Stuttgart) über den Kirchenstreit.

10. Dezember Veröffentlichung der Anklageschrift der saarländischen Regierungskommission gegen die „Deutsche Front". — Beilegung des jugoslawisch-ungarischen Konflikts wegen des Marseiller Attentats.

11. Dezember Dr. Ley erläßt einen Aufruf zur Einrichtung von Betriebsappellen. — Göring-Rede beim zweiten Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP.

12. Dezember Hochschulsportordnung. — Eingabe der „Deutschen Front" an die Abstimmungskommission (betr. das Zählverfahren bei der Abstimmung).

13. Dezember Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten. — Gesetz über die Unterkunft bei Bauten. — Gesetz über den Ausgleich bürgerlicher Rechtsansprüche. — Antwort Pichot's auf die Bochumer Heß-Rede. — Jules Romain spricht in Berlin vor dem Sohlberg-Kreis deutscher und französischer Jugend.

14. Dezember Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung der Hochschullehrer. — Antwort der „Deutschen Front" im Saargebiet auf die Anklageschrift der Regierungskommission. — Beginn des Memelprozesses in Kowno.

15. Dezember Bekanntgabe der „10 Gebote der Erzeugungsschlacht für den deutschen Bauern".

16. Dezember Zwischenfall in Saarbrücken: Englischer Polizeioffizier schießt in die Menge. — Feierliche Verpflichtung der deutschen Olympia-Anwärter.

18. Dezember Beginn des „Tages der deutschen Polizei". — Rettung der Besatzung des norwegischen Dampfers „Sisto".

19. Dezember Erstes Eintreffen ausländischer Abstimmungstruppen im Saargebiet. — Dr. Hans Frank Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

20. Dezember Französische Frontkämpfer beim Führer.

21. Dezember Erster Bericht des Preiskommissars Dr. Goerdeler.

23. Dezember Volksweihnacht der NSDAP.

24. Dezember Weihnachtsansprache Rudolf Heß an die Auslandsdeutschen und an die deutschen Seefahrer.

29. Dezember Der Führer verfügt, daß am 17. März 1935 das Ehrenkreuz der Frontkämpfer an allen Fahnen des alten Heeres anzubringen ist.

Berliner Ausgabe / Ausgabe A
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
215. Ausg. ★ 47. Jahrg. ★ Einzelpreis 15 Pf.

Freiheit und Brot!

Ausgabe A / Berliner Ausgabe
Weiterverkauf durch Abonnenten unzulässig
Berlin, Freitag, 3. August 1934

VÖLKISCHER BEOBACHTER





Gesetz über den Neuaufbau des Reichs.

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind.

Artikel 1

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2

(1) Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.

(2) Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel 3

Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Artikel 4

Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Artikel

Artikel 5

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Januar 1934

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Erklärung

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Überzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen 6 Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Für die Deutsche Regierung: **C. Freiherr von Neurath**

Für die Polnische Regierung: **Józef Lipski**

Deutscher Text

Deutsch-Polnischer Verständigungsvertrag

1934 Reichsgesetzblatt Teil II
Ausgegeben zu Berlin, den 24. März 1934
Nr. 15
115

Deklaracja

Rząd Niemiecki i Rząd Polski uważają, że nastąpił momen w stosunkach politycznych niemiecko-polskich przez bezpośrednie państwa z drugiem. Wobec tego zdecydowały się one przez niniejsz stawę dla przyszłego kształtowania się tych stosunków.

Oba Rządy wychodzą przytem z założenia, że utrzymanie i utrwa pomiędzy ich krajami stanowi istotny warunek dla powszechnego pokoju w tego są one zdecydowane opierać swoje wzajemne stosunki na zasadach zaw Paryskim z dnia 27 sierpnia 1928 r. i pragną określić bliżej zastosowanie ty chodzi o stosunki niemiecko-polskie.

Przytem każdy z obu Rządów stwierdza, że przyjęte przezeń dotychczas w st innych zobowiązania międzynarodowe nie stoją na przeszkodzie pokojowemu rozwoj wzajemnych stosunków, nie są w sprzeczności z niniejszą Deklaracją i przez tę Deklara są naruszone. Pozatem oba Rządy stwierdzają, że niniejsza Deklaracja nie dotyczy takich za nień, które, zgodnie z prawem międzynarodowem, należy uważać za należące wyłącznie do spra wewnętrznych jednego z obu państw.

Oba Rządy oświadczają, że jest ich zamiarem porozumiewać się bezpośrednio we wszelkiego rodzaju zagadnieniach, dotyczących ich wzajemnych stosunków. W razie gdyby wynikły pomiędzy nimi kwestje sporne, którychby się nie dało załatwić w drodze bezpośrednich rokowań, oba Rządy będą szukały tych rozwiązań w każdym poszczególnym wypadku we wzajemnem porozumieniu przy pomocy innych sposobów pokojowych, przyczem, w razie potrzeby, nie uchybia to możności zastosowania tych rodzajów postępowania, które są przewidziane dla takiego wypadku w innych obowiązujących je wzajemnie porozumieniach. W żadnym jednak wypadku nie będą się one uciekały do stosowania przemocy w celu załatwienia tego rodzaju spraw spornych.

Stworzona na powyższych zasadach gwarancja pokoju ułatwi obu Rządom doniosłe zadanie znajdywania dla zagadnień politycznych, gospodarczych i kulturalnych rozwiązań opartych na sprawiedliwem i słusznem wyrównaniu obustronnych interesów.

Oba Rządy są przeświadczone, że stosunki pomiędzy ich krajami będą się w ten sposób owocnie rozwijały i doprowadzą do ugruntowania dobrego sąsiedzkiego pożycia, co nietylko dla ich obu krajów, ale i dla pozostałych narodów Europy będzie miało zbawienne następstwa.

Niniejsza Deklaracja będzie ratyfikowana i dokumenty ratyfikacyjne zostaną możliwie szybko wymienione w Warszawie. Deklaracja pozostanie w mocy w ciągu okresu dziesięciu lat, licząc od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych. W razie, jeżeli żaden z Rządów nie wymówi jej na sześć miesięcy przed upływem tego okresu czasu, zachowa ona w dalszym ciągu moc; potem jednak każdy Rząd będzie mógł ją wymówić w każdym czasie z terminem sześciomiesięcznym.

Sporządzono w dwóch egzemplarzach w języku niemieckim i polskim.

Berlin, dnia 26 stycznia 1934 r.

Za Rząd Niemiecki:
C. Freiherr von Neurath

Za Rząd Polski:
Józef Lipski

Polnischer Text

Trauerkundgebung des Reichstags

für den

verstorbenen Herrn Reichspräsidenten

am

Montag, dem 6. August 1934,

mittags 12 Uhr pünktlich,

im Sitzungssaal des Krollgebäudes

Berlin, den 2. August 1934

Der Präsident des Reichstags

Göring

Trauerfeier

für den verewigten Reichspräsidenten
und Generalfeldmarschall

Paul von Beneckendorff und von Hindenburg

am Dienstag, dem 7. August 1934, vormittags 11 Uhr,
im Tannenberg-National-Denkmal

---

1. Trauermarsch aus der „Eroika" von L. van Beethoven
2. Ansprache des Feldbischofs D. Dohrmann
3. Gemeinsamer Gesang „Ein' feste Burg"
4. Ansprache des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler
5. „Ich hatt' einen Kameraden" – Trauersalut
6. Nationalhymnen – Überführung des Sarges in den Feldherrnturm des Denkmals
7. Parademarsch des 3. Garde-Regiments zu Fuß

Die Reichsregierung

beehrt sich,

Sie als Mitglied des Reichstags zu der am Dienstag, dem 7. August 1934, 11 Uhr vormittags, im Ehrenhof des Tannenberg-National-Denkmals bei Hohenstein (Ostpr.) stattfindenden Trauerfeier für den verewigten

Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall

Paul von Beneckendorff und von Hindenburg

einzuladen.

Für die Beförderung der Teilnehmer von Berlin nach Hohenstein ist ein Schlafwagensonderzug, für die Fahrt vom Bahnhof Hohenstein nach dem Denkmal werden Kraftwagen bereitgestellt. Nähere Mitteilung über Fahrplan und Platzverteilung wird nach Eingang der Zusage erfolgen.

Anzug: Uniform bzw. Frack mit schwarzer Weste und hohem Hut.

Umgehende Antwort telegraphisch oder fernmündlich an das Büro des Reichspräsidenten, Berlin W 8, Wilhelmstr. 73, erbeten. Fernruf A 1 Jäger 6191.

Beschluss der Reichsregierung zur Herbeiführung einer Volksabstimmung.
Vom 2. August 1934.

R. M. d. J. -- 2 AUG 1934 Nm.

Entsprechend dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers beschließt die Reichsregierung, am Sonntag, dem 19. August 1934, eine Volksabstimmung über das Reichsgesetz vom 1. August 1934 herbeizuführen:

„Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter."

und beauftragt den Reichsminister des Innern mit der Durchführung dieses Beschlusses.

Berlin, den 2. August 1934.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
v. Papen

Der Reichsminister des Auswärtigen
Frhr. von Neurath

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Der Reichsarbeitsminister
Franz Seldte

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Reichswehrminister
v. Blomberg

Der Reichspostminister und Reichsverkehrsminister
Frhr. v. Eltz

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft
R. Walther Darré

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels

Der Reichsminister der Luftfahrt
Göring

Der Reichsminister ohne Geschäftsbereich
Kerrl

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Rust

Der Reichsminister ohne Geschäftsbereich
Heß

Der Reichswirtschaftsminister
mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
Hjalmar Schacht

I.

Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs vom 1. August 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 747).

Vom 2. August 1934.

Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglückes, das unser Volk getroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeschiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach unser Aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.

2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Fest durchdrungen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934.

Der Reichskanzler.
Adolf Hitler.

II.

Beschluß der Reichsregierung zur Herbeiführung einer Volksabstimmung.

Vom 2. August 1934.

Entsprechend dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers beschließt die Reichsregierung, am Sonntag, dem 19. August 1934, eine Volksabstimmung über das Reichsgesetz vom 1. August 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 747) herbeizuführen

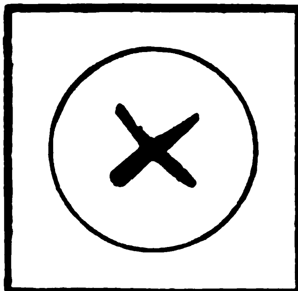
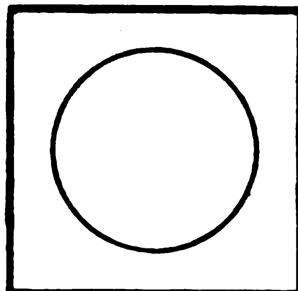
„Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter."

und beauftragt den Reichsminister des Innern mit der Durchführung dieses Beschlusses.

Berlin, den 2. August 1934.

Die Reichsregierung.

Stimmst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, der in diesem Gesetz getroffenen Regelung zu?

Ja	Nein
	

Stimmzettel zur Volksabstimmung

„Wir Deutschen, in der Mitte Europas gelegen, müssen mehr zusammenhalten als andere Nationen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. Wir haben keinen natürlichen Schutz und müssen Rücken an Rücken stehen, wenn nicht alle Opfer der Vergangenheit für uns verloren sein sollen."

Der Führer hat dieses prophetische Wort Bismarcks wahr gemacht.

Ihm gilt unsere Treue und unsere Gefolgschaft.

Ein ganzes Volk sagt am 19. August: Ja

Werbeplakat zur Volksabstimmung

9 Gebote für den Berliner Arbeitskampf (Göring-Plan)

1. Für alle:

2. Dem deutschen Jüngling:

3. Dem deutschen Mädel:

4. Dem Arbeitsmann:

5. Der Frau im Beruf:

6. Den Führern der Betriebe:

7. Unseren Hausfrauen:

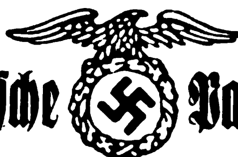
8. Den Bauern:

9.

Alles in allem: Nur ein bißchen anpacken!

Göring-Plan

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz



NSK

Pressedienst der NSDAP

Brief- und Drahtanschrift der Schriftleitung: Berlin SW 68, Zimmerstr. 90, III. Fernruf A 1 Jäger 0022. Verlag: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., Zentralverlag der N.S.D.A.P., München-Berlin

Versand: Eher-Verlag, Berlin SW 68, Zimmerstraße 88 – Alle Zahlungen sind nach München (Postscheckkonto München 11346) zu richten

Mit der Herausgabe beauftragt: Wilhelm Weiß; für die Mitteilungen der Reichspressestelle verantwortlich: Dr. Otto Dietrich, Reichspressechef der N.S.D.A.P. Für den übrigen Gesamtinhalt verantwortlicher Hauptschriftleiter: Helmut Sündermann. Stellvertreter: Gerhard Krüger. Sämtlich in Berlin

NSK Folge 194 | Blatt 1 | 21. August 1934

Aufruf des Führers an das Deutsche Volk und die N.S.D.A.P.

NSK Der Führer hat die folgenden Aufrufe an das deutsche Volk und die N.S.D.A.P. erlassen:

Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, deutsche Volksgenossen!

Ein 15jähriger Kampf unserer Bewegung um die Macht in Deutschland hat mit dem gestrigen Tage seinen Abschluß gefunden. Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der nationalsozialistischen Partei. Dies ist der Lohn, für eine unermeßliche Arbeit, für zahllose Opfer. Ich danke all denen, die gestern durch ihre Stimme mitbeigetragen haben, die Einheit von Staat und Bewegung vor der ganzen Welt zu dokumentieren.

Meine und unser aller Aufgabe wird es sein, diese Einheit zu vertiefen und in einem ebenso genialen wie entschlossenen und beharrlichen Kampfe auch den letzten Rest unseres Volkes für die nationalsozialistische Idee und Lehre zu gewinnen.

Noch heute nacht sind die Entschlüsse für die Durchführung dieser Aktion gefaßt worden, sie selbst wird mit nationalsozialistischer Schnelligkeit und Gründlichkeit ablaufen. Der Kampf um die Staatsgewalt ist mit dem heutigen Tage beendet. Der Kampf um unser teures Volk aber nimmt seinen Fortgang. Das Ziel steht unverrückbar fest: Es muß und es wird der Tag kommen, an dem auch der letzte Deutsche das Symbol des Reiches als Bekenntnis in seinem Herzen trägt.

Berlin, 20. August 1934.

gez.: Adolf Hitler.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Der gestrige herrliche Sieg unserer nationalsozialistischen Partei ist in erster Linie euerer Treue, euerer Opferwilligkeit und eurem Fleiße zu verdanken. Ihr habt als politische Kämpfer der Bewegung, als S.A.- und S.S.-Männer, als Mitglieder unserer Arbeiter-, Jugend- und Frauen-Organisationen Einzigartiges geleistet. Erfüllt vom grenzenlosen Vertrauen zu euch bin ich entschlossen, den Kampf um die Seele und für die Einheit des deutschen Volkes erneut aufzunehmen und weiterzuführen. Ihr werdet in diesem neuen Ringen um unser Volk neben mir stehen wie in den 15 Jahren, die hinter uns liegen, und so, wie es uns möglich war, 90 Prozent des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus zu erobern, muß und wird es uns möglich sein, auch die letzten 10 Prozent zu gewinnen. Dies wird die letzte Krönung unseres Sieges sein.

Berlin, den 20. August 1934.

gez.: Adolf Hitler.

Der Führer an Generaloberst von Blomberg

NSK Der Führer hat heute an den Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg das folgende Schreiben gerichtet:

Berlin, den 20. August 1934.

An den
Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg,
Berlin.

Herr Generaloberst!

Heute nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 3. August durch das deutsche Volk will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als ihren Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueid. So,

Berliner Ausgabe

228. Ausg. • 47. Jahrg. • Einzelpreis 15 Pf. • Auswärts 20 Pf.



Berliner Ausgabe

Berlin, Donnerstag, 16. August 1934

VÖLKISCHER BE[illegible]CHTER

JB Illustrierter Beobachter heute neu

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung [illegible]deutschlands

Hindenburgs politisches Vermächtnis

der Verteidigung des Landes gerecht zu werden trachtet.

Wenn ich zu meinen Kameraden, dort oben, mit denen ich auf so vielen Schlachtfeldern für die Größe und Ehre der Nation gefochten habe, zurückgekehrt sein werde, dann rufe ich der jungen Generation zu:

Zeigt euch euerer Vorfahren würdig und vergeßt nie, daß, wenn ihr den Frieden und die Wohlfahrt euerer Heimat sicherstellen wollt, ihr bereit sein müßt, für diesen Frieden und die Ehre des Landes auch das Letzte herzugeben. Vergeßt nie, daß auch euer Tun einmal Tradition wird.

All den Männern, die den Auf- und Ausbau der Reichswehr vollzogen haben, gilt der Dank des Feldmarschalls des Weltkrieges und ihres späteren Oberbefehlshabers.

Außenpolitisch hatte das deutsche Volk einen Passionsweg zu durchwandern. Ein furchtbarer Vertrag lastete auf ihm und drohte in seiner steigenden Auswirkung unsere Nation zum Zusammenbrechen zu bringen. Lange verstand die uns umgebende Welt nicht, daß Deutschland nicht nur um seiner selbst willen, sondern als der Fahnenträger abendländischer Kultur auch um Europas willen leben mußte.

Nur schrittweise, ohne einen übermächtigen Widerstand zu erwecken, waren daher die Fesseln, die uns umgaben, zu lockern. Wenn manche meiner alten Kameraden die Zwangsläufigkeit dieses Weges damals nicht begriffen, so wird doch die Geschichte gerechter beurteilen, wie bitter, aber auch wie notwendig im Interesse der Aufrechterhaltung deutschen Lebens mancher von mir gezeichnete Staatsakt gewesen ist.

Im Gleichklang mit der wachsenden inneren Wiedergesundung und Erstarkung des deutschen Volkes konnte auf der Basis eigener nationaler Ehre und Würde eine fortschreitende — und so Gott will — segensreiche Mitarbeit in den ganz Europa bewegenden Fragen erstrebt bzw. erzielt werden.

Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung hat erleben lassen. Ich danke all denen, die in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werke des Wiederaufstiegs Deutschlands mitge[illegible]

Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.

Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung stehe, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.

Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.

In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen.

Berlin, 11. Mai 1934.

gez.: von Hindenburg.

Arbeitsschlacht des Jahres 1934



Einstellungen durch das Arbeitsamt



Den Mitkämpfern gewidmet vom Präsidenten
des Landesarbeitsamts Brandenburg

Gedenkblatt an die Arbeitsschlacht 1934



Wer unter diesem Zeichen
diente, hat bewiesen,
daß er bereit ist, zu wirken
für den Wiederaufbau
unseres Vaterlandes!

Arbeitspaß Nr. 1758

Wagner — Hermann
Familien-Name — Vornamen

Geburts- Jahr: 1913 — Monat: XII. — Tag: 14.
Ort: Berlin
Bez.: Brandenburg
Staat: Preußen

Beruf: Bäcker — ledig / verh. (1) / gesch. — Religion: evang.

Vater:	Mutter:
Name: Wagner Karl	Name: Frieda geb.
Stand: Arbeiter	geborene: Schulz

Anschrift /1/2/3 (bei Minderjährigen des Erziehungsberechtigten):
Name: Wagner Karl — Ort: Berlin — Straße: Müllerstr.

Eigenhändige Unterschrift (des Paßinhabers) — Personen- und Schriftgleichheit ausgewiesen durch:

Eingestellt am 1. X. 33
als Dienstgrad: — für Abtlg. Nr. 2/6 — Standort: — durch:

Beförderung = B / Versetzung = V / Kommandierung = K

am — am — am

Ausgeschieden am

Nach: (Ort) — als Dienstgrad
Grund:
Führung:
Eignung:

Merkmale

Körperlänge: 173 cm

„Besondere Kennzeichen"

a) in Kleidung sichtbar: Narbe an der rechten Stirn

b) in Kleidung unsichtbar: keine

Raum für Lichtbild

Als Personalausweis nur gültig mit „Merkmalen" und behördlich gestempeltem Lichtbild

Arbeitsdienstpaß



Besitzurkunde

zum Tragen des

Ehrenzeichens

der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Mitglieds-Nummer

694

wird unterm heutigen das Ehrenzeichen der N-S-D-A-P verliehen. Das Recht zum Tragen des Ehrenzeichens erlischt mit dem Tage des Ausscheidens des Inhabers aus der Partei

München, den 12. Dezember 1933.

Reichsschatzmeister



Das SA-Sportabzeichen



Das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP



Gott mit uns!

Meisterbrief

aus geboren am
zu hat heute vor dem unterzeichneten Prüfungsausschuß nach den bestehenden Prüfungsvorschriften gemäß Reichsgewerbeordnung § 133 die Meisterprüfung im

bestanden. Zum Ausweis hierüber wird dieser Meisterbrief ausgestellt.

Der Meisterprüfungsausschuß der Handwerkskammer zu Berlin
für das
chemigraphische Gewerbe.

Vorsitzer

Beisitzer Beisitzer

Handwerkskammer zu Berlin

Meisterbrief



Hindenburgkette des Deutschen Handwerks
Abzeichen der Deutschen Handwerksmeister (in der Mitte)

Diese Karte gilt als Ausweis!

Landesverband Berlin
im Reichsverband der Deutschen Presse.

Sie sind endgültig in die Berufsliste der Schriftleiter und damit
in den

Reichsverband der Deutschen Presse

aufgenommen worden und zwar ohne Beschränkung
~~mit Beschränkung auf~~ ……………………………
al~~s Schriftleiter in der Ausbildun~~g.

Li 19

Landesverband Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse Berlin W 10

Leiter des Landesverbandes Berlin.

Berlin W 10,
den 29/5 1934.

Zulassung zur Schriftleiterliste

Als Landhelfer(in) eingestellt am: ……………
bei ……………
in ……………
……………
Ausgeschieden am: ……………
Führung und Eignung: ……………

den …………… 19……

(Unterschrift)

Der Präsident
der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung
und Arbeitslosenversicherung
verleiht diesen
Landhelfer-Brief
den Landhelfern und Landhelferinnen,
die mindestens 6 Monate
beim Bauern gearbeitet haben.

Nr. …………… / ……………

Der Landhelfer-Brief
ist bei allen Bewerbungen um einen Arbeitsplatz — besonders in der Landwirtschaft — bei der Anmeldung für landwirtschaftliche Schulen, bei der Bewerbung um Siedlerstellen und bei ähnlichen Anlässen vorzulegen.

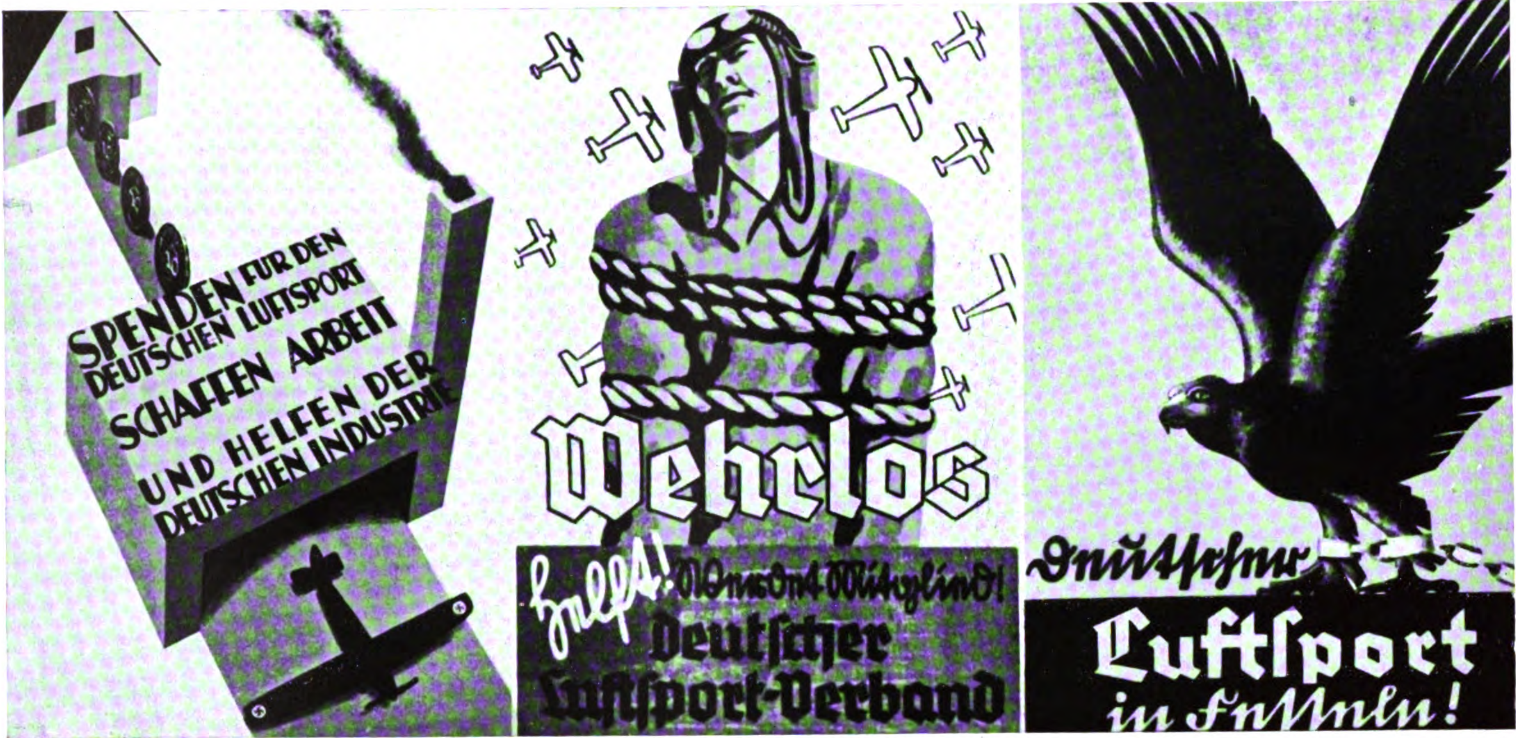
Landhelfer-Brief

LH

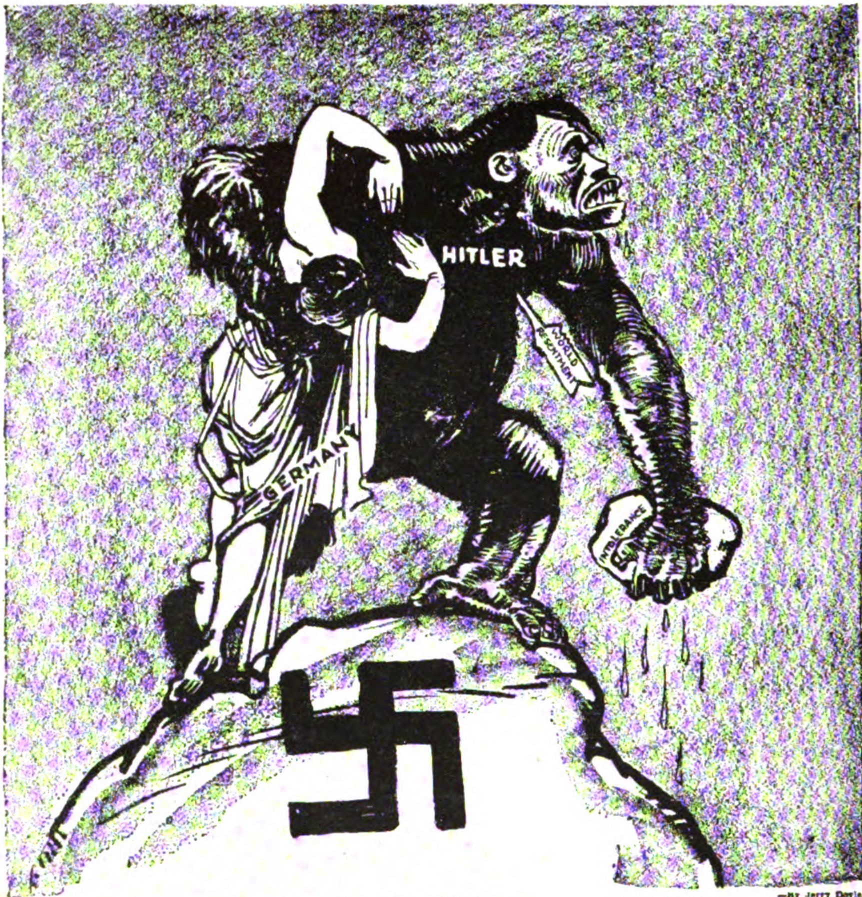
Vergeßt nie, daß das heiligste Recht auf dieser Welt das Recht auf Erde ist, die man selbst bebauen will, und das heiligste Opfer das Blut, das man für diese Erde vergießt.

Adolf Hitler: „Mein Kampf".

Landjahr-Ausweis der Hitler-Jugend



Werbeplakate des Deutschen Luftsportverbandes



"I SAVED THE REICH"

„Ich rettete das Reich"

Abb. 90
„Philadelphia Record" Philadelphia,
den 20. August 1934

126

Karikaturen über die Regierung Hitlers in der deutsch
losen Haß wie die geschmacklose Verlogen

Aus dem mit ausdrücklicher Ermächtigung des Führers
erschienenen Buche „Hitler in der Karikatur" Band II,
„Tat gegen Tinte" von Dr. E. Hanfstaengl,
Verlag Braune Bücher, Carl Rentsch, Berlin W 35



Erzwungener freiwilliger Umzug.

Inschriften: von links nach rechts:

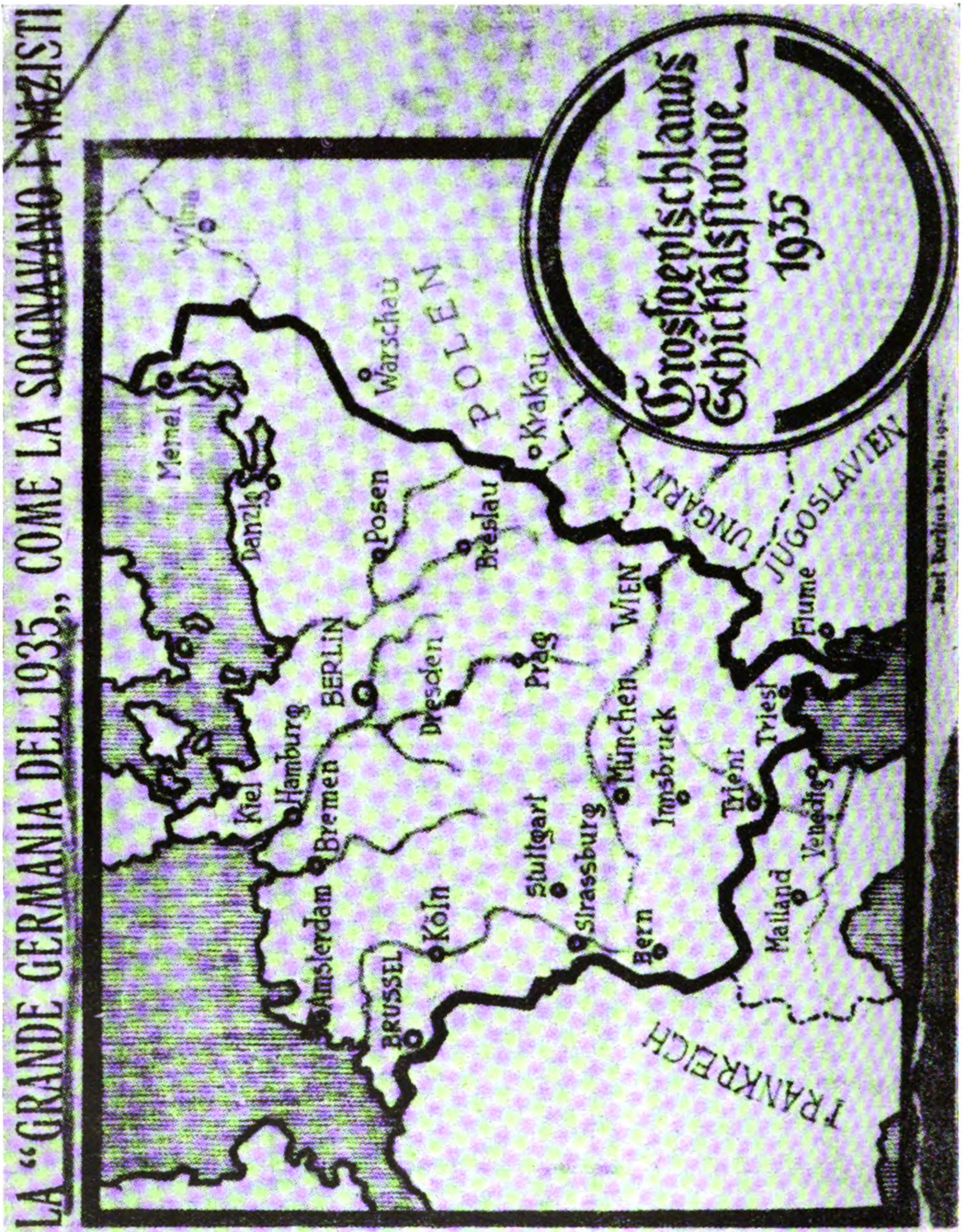
Strafe für fehlende Begeisterung RM 20.—
Strafe für mangelnden Jubel RM 20.—
Strafe für Miesmacher RM 20.—
Heil unserm Führer! Strafe für Nichtrufer 3 Monate Gefängnis.
Buße für den, der nicht freudig dabei ist RM 20.—
Dankumzug, Strafe für Abwesenheit RM 20.—

Untere Inschrift: Zeit: erster Mai; Ort der Handlung: irgendein faschistisches Land.
„Niemand kann sagen, daß der Führer nicht das Beste tut um das Volk glücklich zu machen."

Abb. 108
„The Evening Standard" London,
den 1. Mai 1934

153

feindlichen ausländischen Presse, die ebenso den Hemmungs-
heit der deutschfeindlichen Hetze beweisen



Eine ausländische Fälschung

Angeblich in Deutschland verbreitete Karte der geplanten deutschen Gebietserweiterungen, — veröffentlicht in italienischen und belgischen Zeitungen. (Wie plump der Schwindel ist, ergibt die Tatsache, daß der Fälscher sich nicht einmal über die Schreibweise „Großdeutschland" im klaren war. Die als Hersteller angegebene Firma existiert nicht.)

Volksstimme

Organ der Sozialdemokrat. Partei für das Saargebiet

Nr. 216 — Saarbrücken, Freitag, 21. September 1934 — 26. Jahrgang

Deutsche sprechen zu Euch!

Saarländer!

Wollt Ihr ein Teil sein der faschistischen Barbarei?

Wollt Ihr den Tod der Geistesfreiheit?

Wollt Ihr Euer Leben verbringen hinter dem Stacheldrahtzaun des riesigen Konzentrationslagers, das sich Hitlerdeutschland nennt?

Wollt Ihr, daß Eure Frauen und Töchter aus Brot und Arbeit vertrieben werden?

Wollt Ihr, daß Euren Söhnen bis zum 25. Lebensjahr der Zutritt zur Arbeit verboten wird?

Wollt Ihr einbezogen werden in Hitlers Wirtschaftskatastrophe?

Wollt Ihr, daß Eure Religion verhöhnt und Eure Geistlichen ins Konzentrationslager geschleppt werden?

Wollt Ihr mitschuldig sein an Mord, Mißhandlungen und grausamer Verfolgung?

Wollt Ihr einen neuen furchtbaren Krieg, schlimmer noch als das letzte Weltgemetzel, das Millionen Tote gekostet hat?

Nein, deutsche Saarländer, das wollt Ihr nicht!

Ihr wollt, daß das Saargebiet auch weiterhin ein Brückenkopf des Freiheitskampfes für Deutschland bleibt!

Ihr wollt Euer Selbstbestimmungsrecht wahren und frei entscheiden über Eure Vereinigung mit dem von Hitler befreiten Deutschland!

Deutsche Saarländer, Männer und Frauen, Arbeiter, Intellektuelle, Angestellte, Bauern und Gewerbetreibende, Ihr wollt den Frieden!

Darum gegen die Auslieferung der Saar an Hitler-Deutschland!

Stimmt für den Status quo!

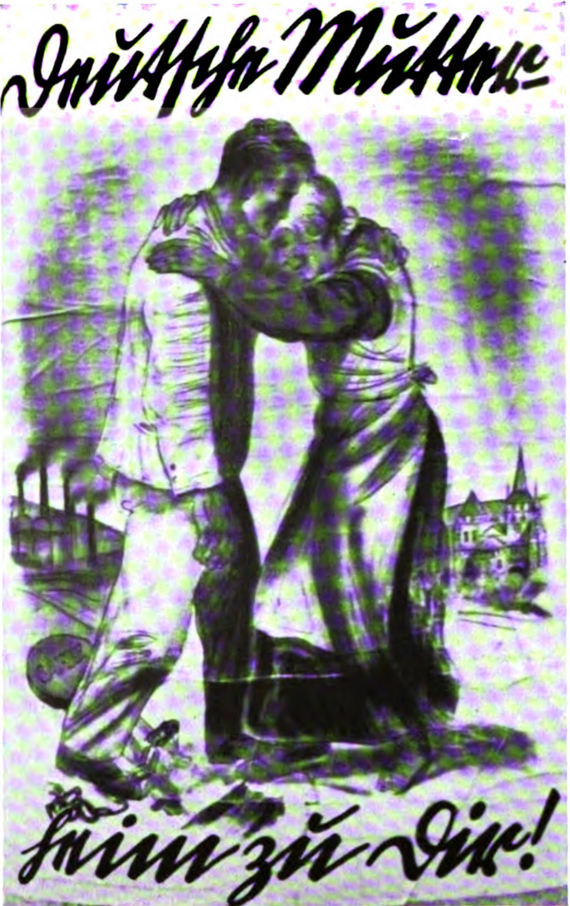
Heinrich Mann
Lion Feuchtwanger
Professor E. J. Gumbel
Leonhard Frank
Alfred Kerr
Johannes R. Becher
Oskar Maria Graf
Prof. Georg Bernhard

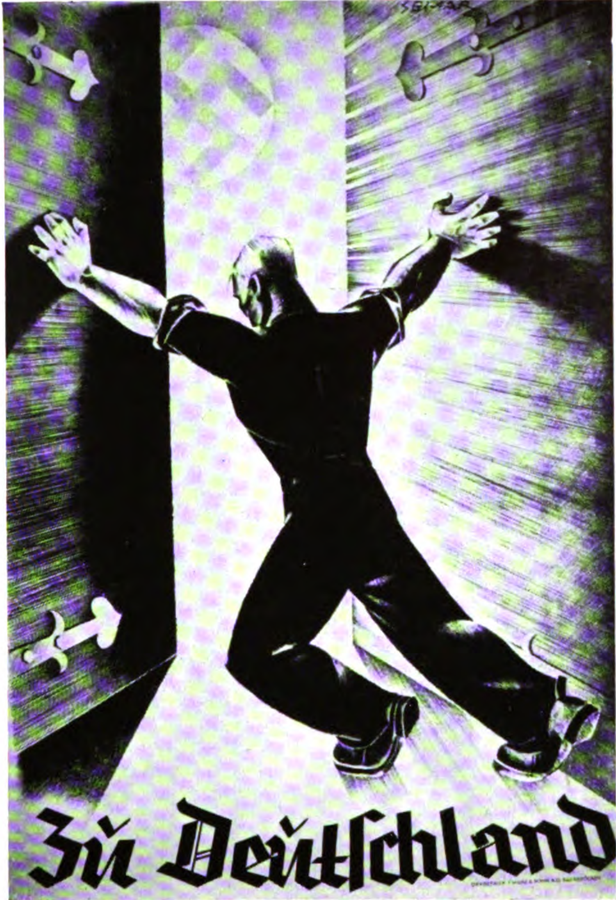
Ernst Toller
Balder Olden
Anna Seghers
Theodor Plivier
Erwin Piscator
Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg

Carola Neher
Leopold Schwarzschild
Gustav von Wangenheim
Klaus Mann
Gustav Regler
Erich Weinert

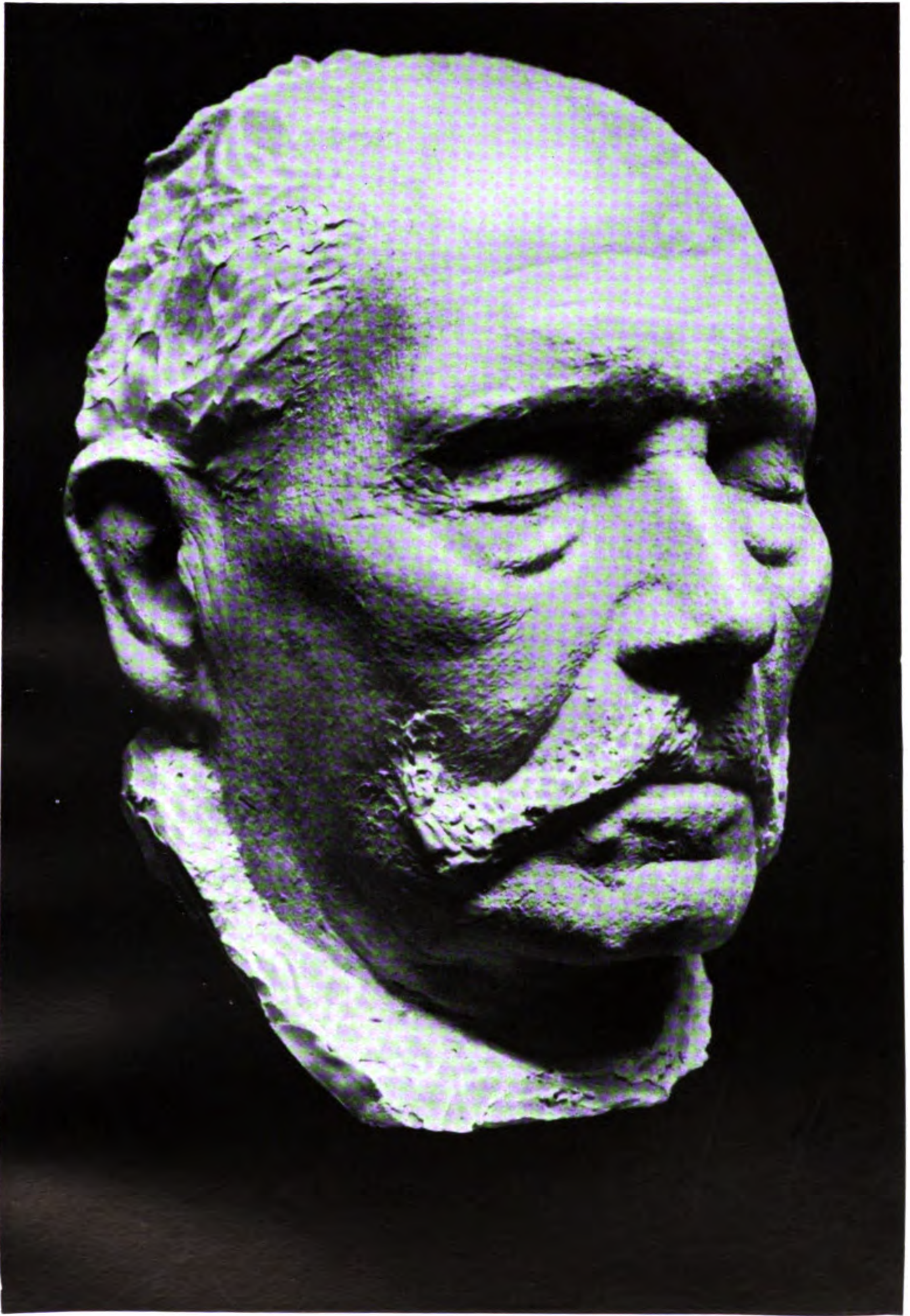
Ernst Ottwalt
Dr. Kurt Rosenfeld
Bodo Uhse
John Heartfield
Walter Schönstedt
Alfred Kantorowicz
Willi Bredel
Peter Maslowski

Aufruf „deutscher" Emigranten zur Saarabstimmung





Deutsche Werbeplakate zur Saarabstimmung



Hindenburgs Totenmaske



Preußischer Ministerpräsident Hermann Göring
Reichsminister der Luftfahrt



Der Stellvertreter des Führers Reichsminister Rudolf Heß



Viktor Lutze, der Stabschef der SA



Reichsminister
Dr. Hans Frank



Reichsminister Hanns Kerrl



Dr. Hjalmar Schacht
Kommissarischer Reichswirtschaftsminister



Bernhard Rust
Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung



Reichsleiter Alfred Rosenberg
Beauftragter des Führers
für die weltanschauliche Schulung



Joachim von Ribbentrop
der Sonderbeauftragte des Führers
für Abrüstungsfragen



Reichsleiter Philipp Bouhler
Chef der Kanzlei des Führers und Leiter
der Prüfungskommission zum Schutze
des NS-Schrifttums



Gauleiter Josef Bürckel
Saarbevollmächtigter



Dr. Max Frauendorfer
Leiter des Amtes für ständischen Aufbau



Dr. Walter Groß
Leiter des Aufklärungsamtes
für Bevölkerungspolitik



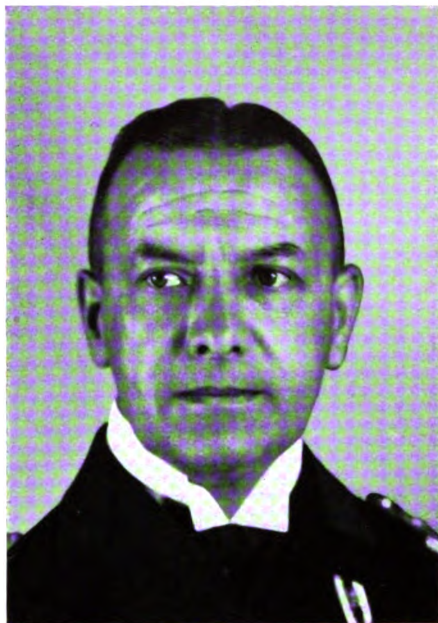
Gertrud Scholz-Klink
Leiterin der NS-Frauenschaft
und des Deutschen Frauenwerkes



Josef Wagner
Kommissarischer Gauleiter
und Oberpräsident in Schlesien



Ernst Bohle
Gauleiter der Auslandsorganisation
der NSDAP



Chef der Marineleitung
Admiral Raeder



Staatssekretär in der Reichskanzlei
Lammers



Präsident der Reichsmusikkammer
Richard Strauß



W. G. Schmidt
Reichshandwerksführer



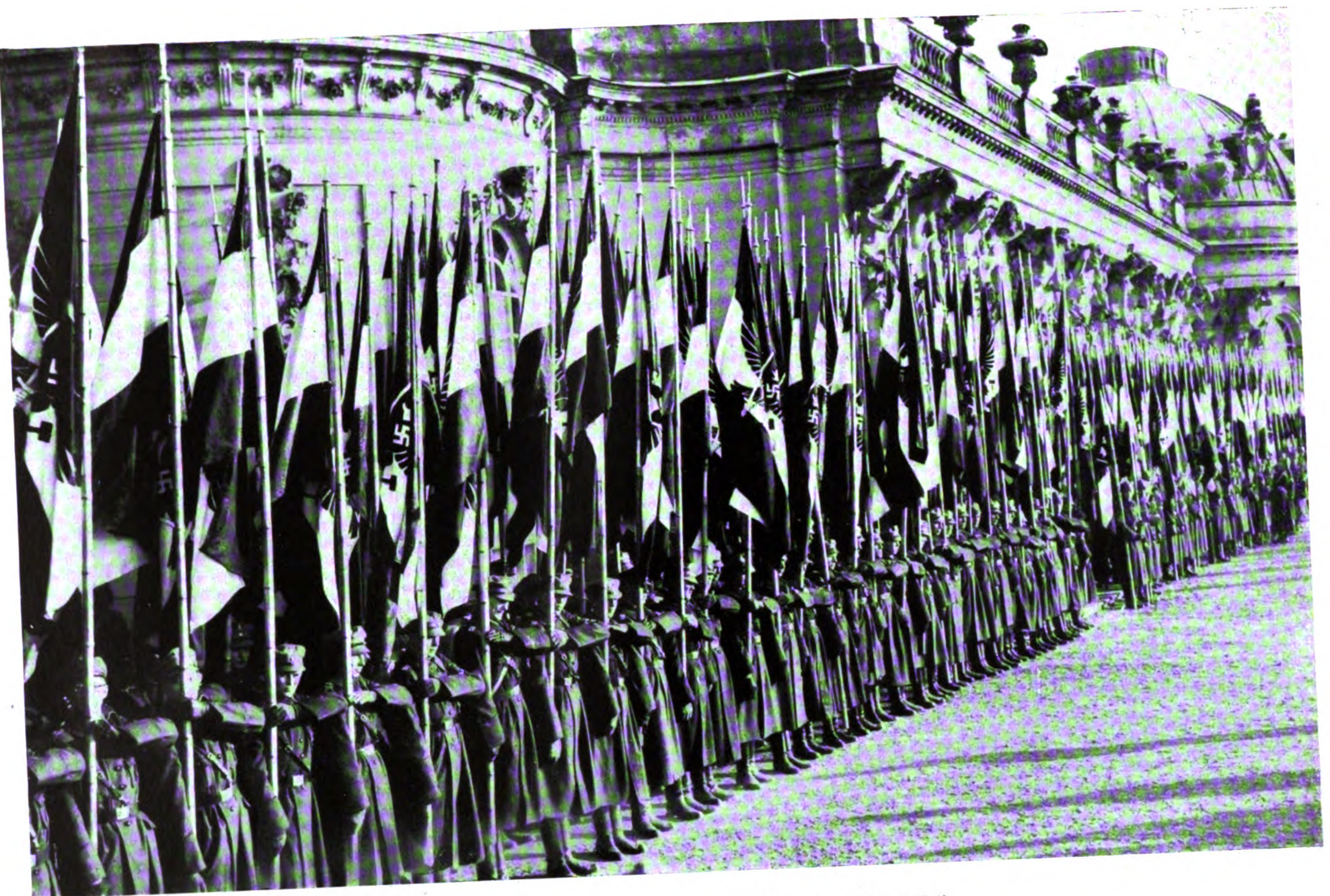
Dr. Adrian von Renteln
Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront



Claus Selzner
Leiter des Organisationsamtes
der Deutschen Arbeitsfront



Dr. Goerdeler
Reichskommissar für Preisüberwachung



Fahnenweihe der Hitler-Jugend in Potsdam (24. 2. 34)



Kundgebung der NSBO im Lustgarten anläßlich der Verkündung des Gesetzes zur Ordnung der Nationalen Arbeit (20. 1. 34)



Reichsminister Kerrl eröffnet das Landeserbhofgericht in Celle



Vereidigung von 60 000 Amtswaltern im Berliner Lustgarten



Der Führer spricht im Münchner Hofbräuhaus

Vereidigung der politischen Leiter auf Adolf Hitler (25. 2. 34)



Grundsteinlegung zum Richard-Wagner-Nationaldenkmal durch den Führer in Leipzig (6. 3. 34)



Erste Arbeitstagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse. Dr. Goebbels spricht (20.3.34)



Internationale Automobilausstellung in Berlin (8. 3. 34)



Eröffnung der Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit"
durch Reichspropagandaminister Dr. Goebbels (21. 4. 34)



Hitler spricht in Unterhaching (Baustelle der Reichsautobahn)



Der Führer besichtigt die Baustelle

Beginn der Arbeitsschlacht (21. 3. 34)



Arbeiterkolonnen auf der Autobahn München—Salzburg



Fertige Strecke der Reichsautobahn

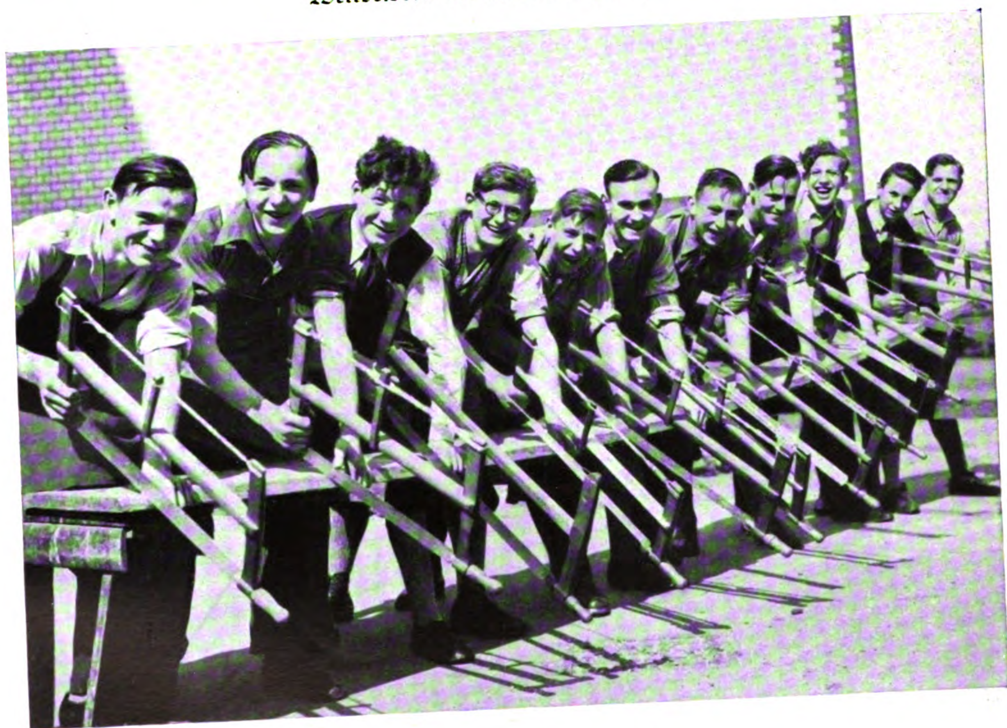


Inbetriebnahme des Schiffshebewerkes Niederfinow (21. 3. 34)





Wettbewerb der Maurerlehrlinge



Wettbewerb der Tischlerlehrlinge

Reichsberufswettkampf (9. 4. 34)



Fliegerjugendwettbewerb in der Rhön



Landjahr der Stadtjugend



Reichsminister Dr. Goebbels spricht im Berliner Lustgarten zur deutschen Jugend



Eintreffen des Führers bei der Jugendkundgebung

Tag der Nationalen Arbeit (1. 5. 34)



Der Staatsakt auf dem Tempelhofer Feld in Berlin



Die Schlußkundgebung im Lustgarten



Amerikanische Frontkämpferkapelle in Berlin



Lord Rothermere in Berlin
(links neben ihm von Ribbentrop)



Reichsminister Dr. Goebbels in Warschau (13. 6. 34)
von links nach rechts: Deutscher Botschafter von Moltke, Marschall Pilsudski, Dr. Goebbels, polnischer Außenminister Beck



Ministerpräsident Göring bei der Beisetzung des Königs Alexander in Belgrad (18. 10. 34)



Der Führer in Venedig (14.6.34)
(rechts vom Führer der italienische Staatschef Mussolini)





Deutschlandflug (21. 6. 34)



Der Führer verleiht den Rettern der Sisto-Besatzung die Rettungsmedaille (18. 12. 34)



Bau von Stadtrandsiedlungen



Deichbauten
in Schleswig

Kinderverschickung
durch die NSV





„Kraft durch Freude Urlauber“ in den Bergen



Bundesheer riegelt die Innenstadt ab

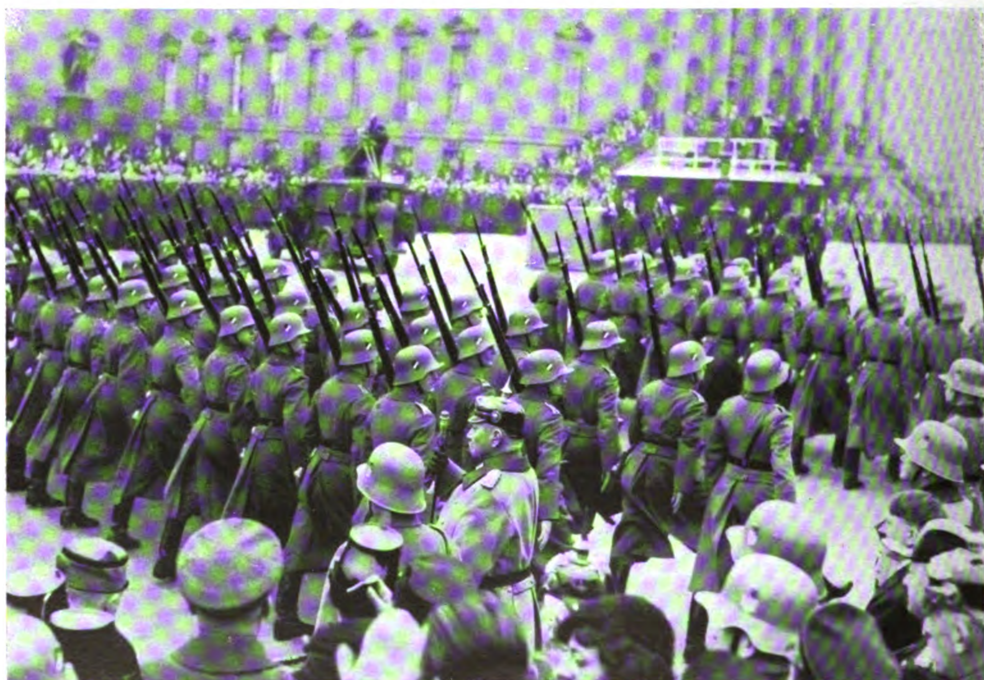


Polizei und Heimwehr stürmen das Gebäude der Ravag (Rundfunkhaus)

Volksaufstand in Wien (25. 7. 34)



Besuch des Führers in Neudeck (Frühjahr 1934)



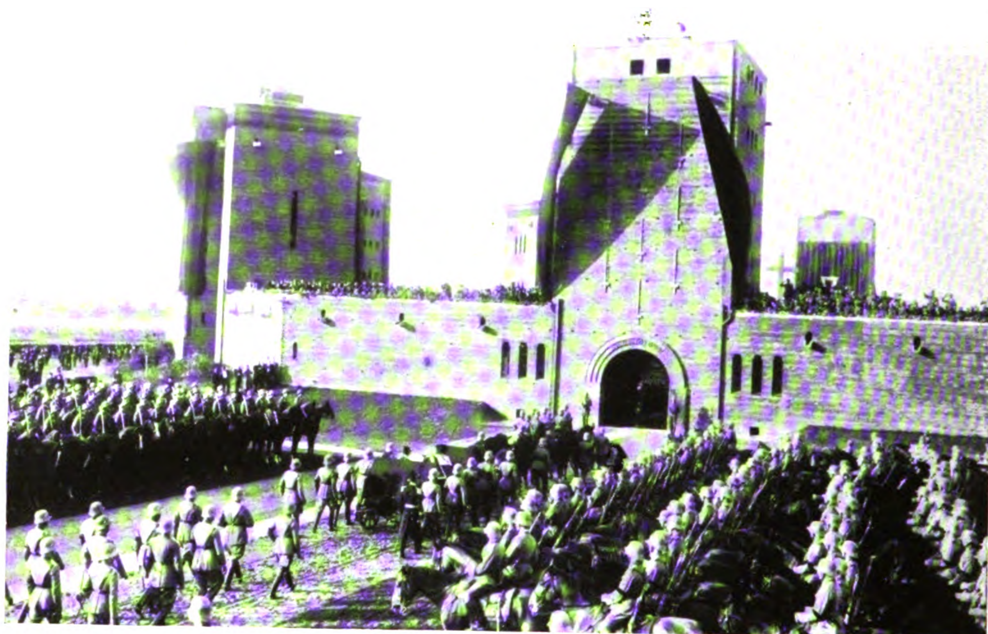
Hindenburg nimmt die Parade am Volkstrauertag 1934 ab



Aufbahrung des toten Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg (5./6.8.34)



Die nächtliche Ueberführung des Sarges nach dem Tannenberg-Denkmal (6./7. 8. 34)



Der Trauerkondukt erreicht das Tannenberg-Denkmal (7. 8. 34)



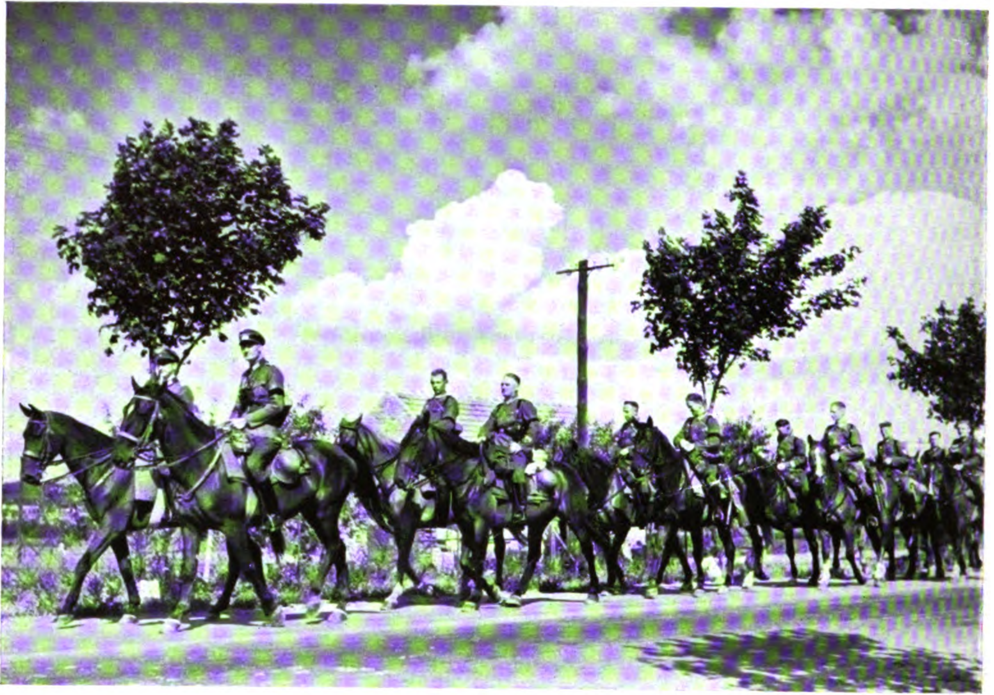
Die Abschiedsworte des Führers



Die Siemensbelegschaft hört die Uebertragung der Trauerfeier (7. 8. 34)



Vereidigung der Reichswehr auf den Führer (2. 8. 34)



Kavallerie im Marsch



Infanterie beim Parademarsch



Kavallerie im Gelände



Der Chef der Heeresleitung
General Fritsch
im Manövergelände



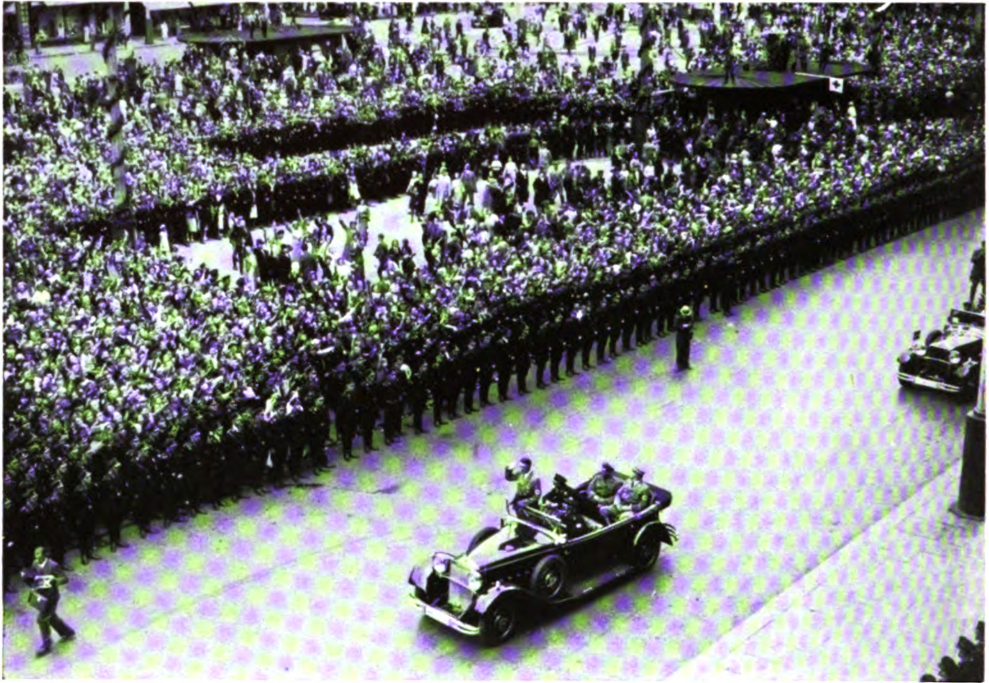
Einheiten der Reichsmarine im Kieler Hafen



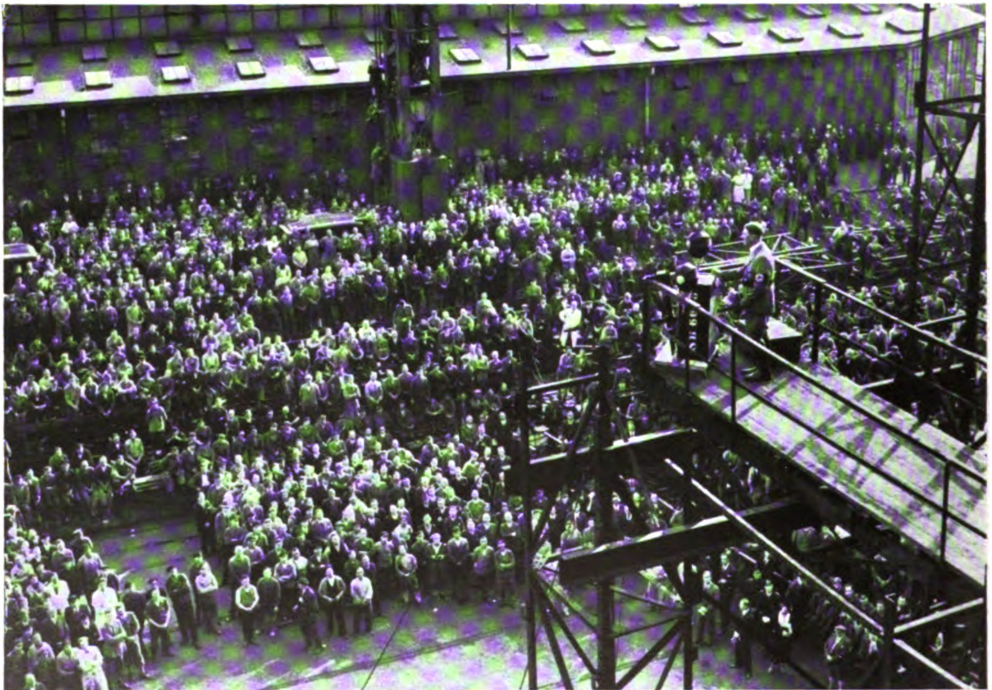
Eine Torpedoboots-Halbflottille



Nächtliche Schießübung einer Küstenabwehr-Batterie



Auf der Fahrt zum Hafen



Der Führer spricht zu den Arbeitern von Blohm & Voß

Adolf Hitler in Hamburg (17. 8. 34)

Besuch des Führers auf dem Linienschiff „Schleswig-Holstein“





Der Führer schreitet die Front der Ehrenkompanie ab

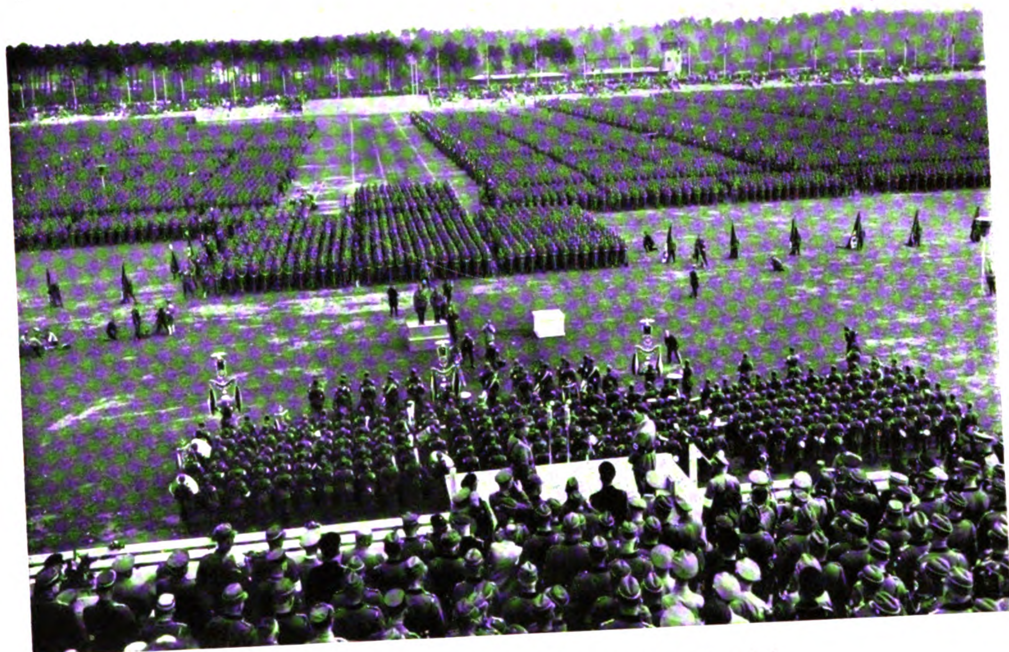


Adolf Hitler
spricht zu den politischen Leitern



Der Kongreß des Reichsparteitages

Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (5.—10. 9. 34)



Appell des Arbeitsdienstes auf der Zeppelinwiese



Vorbeimarsch des Arbeitsdienstes vor dem Führer



Eintreffen des Führers



Der Führer begrüßt den Reichsjugendführer Pg. von Schirach

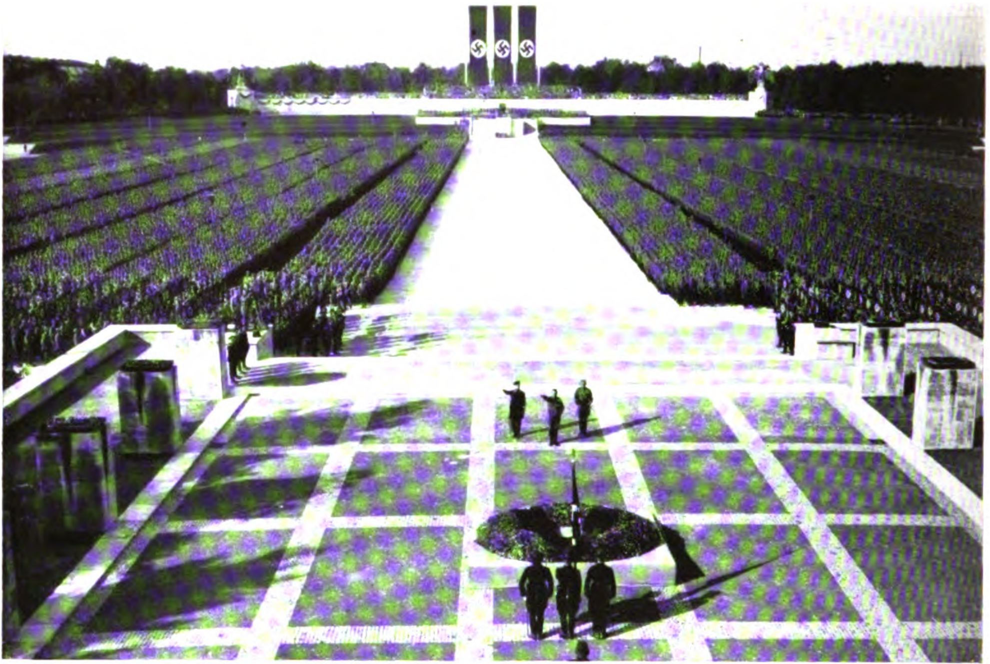
Appell der Hitler-Jugend auf der Zeppelinwiese

Der Appell
der Hitler-Jugend

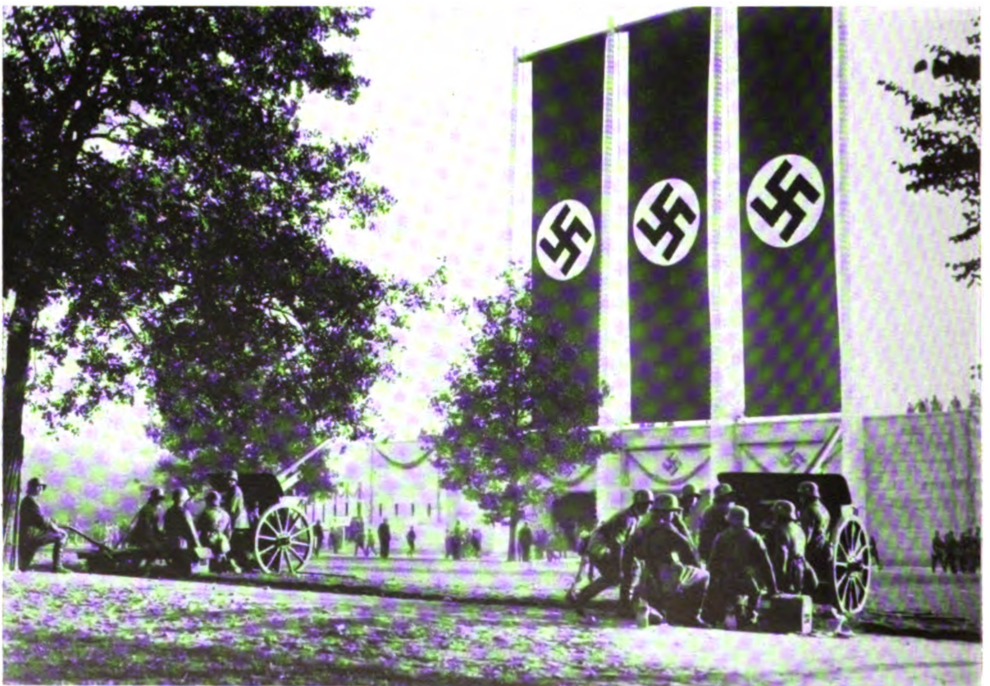




Zeltlager der Hitler-Jugend

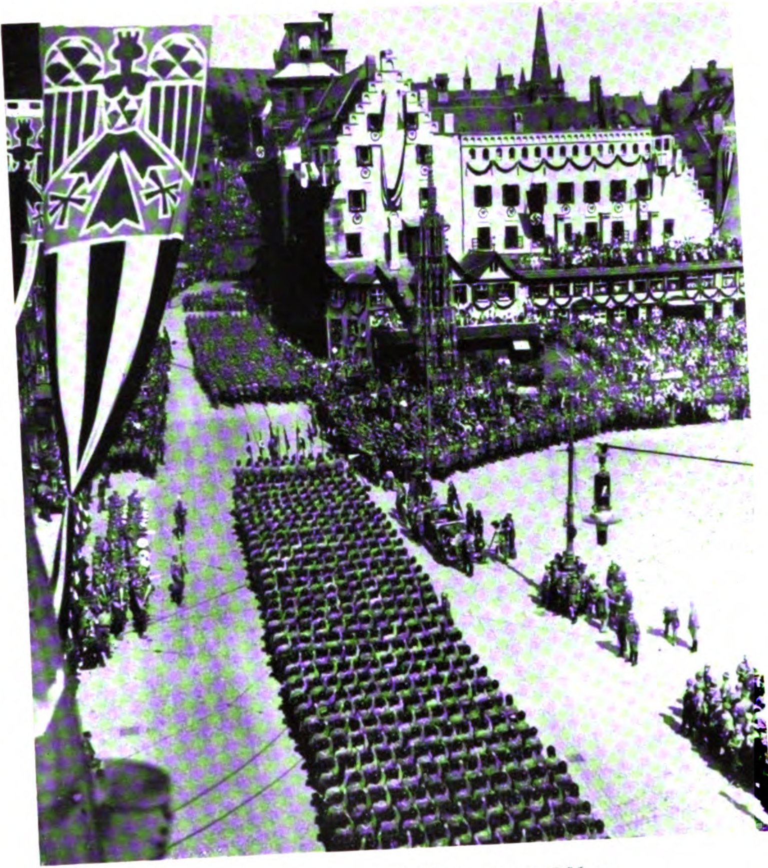


Gefallenen-Ehrung

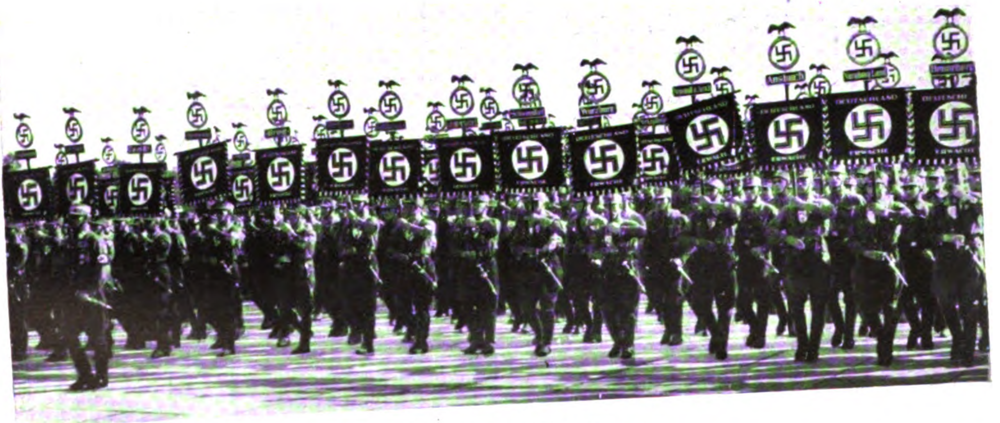


Ehrensalut

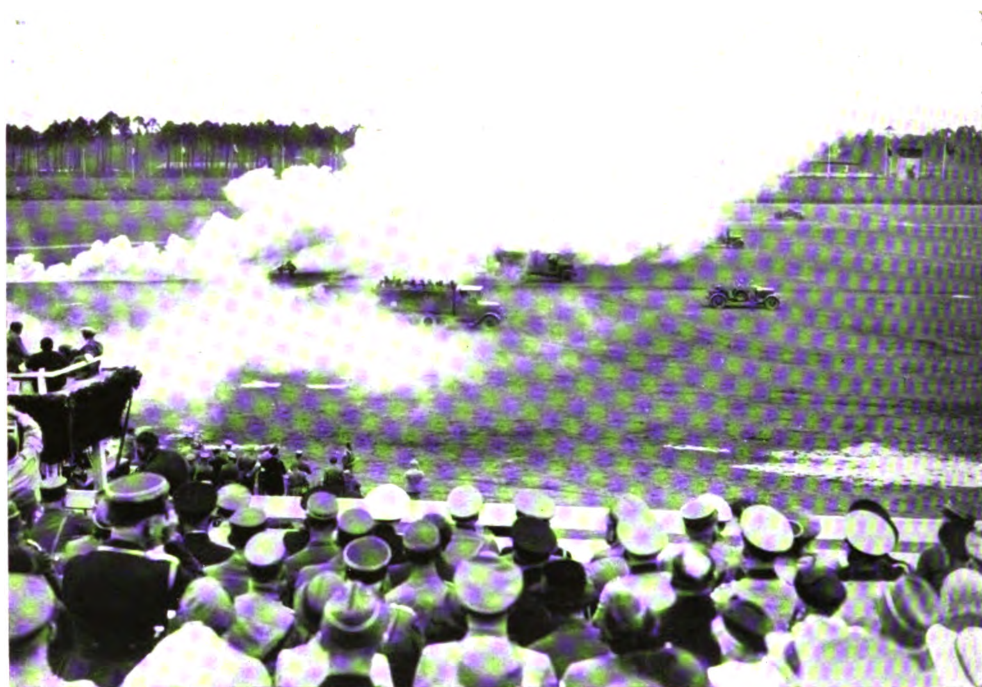
Appell der SA und SS im Luitpoldhain



Vorbeimarsch der SA vor dem Führer



Aufmarsch der Standarten





Gefechtsübung des Reichsheeres



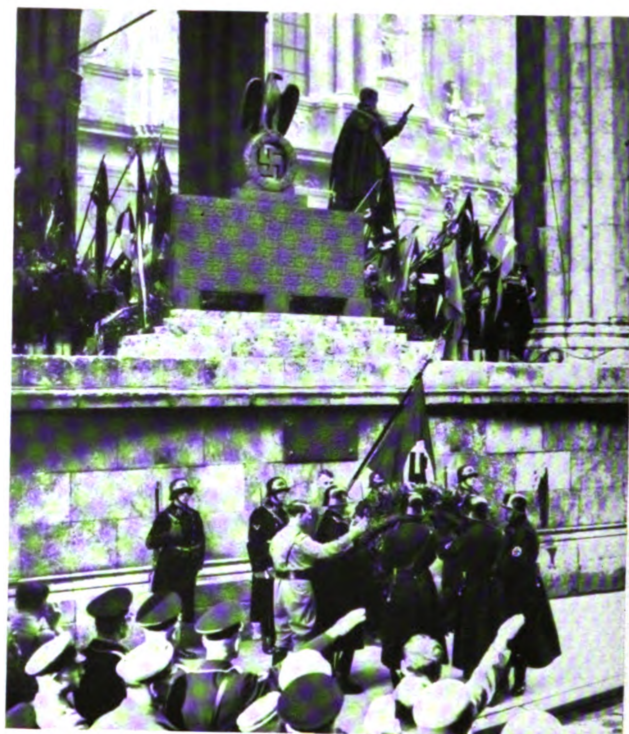
Die Feier auf dem Bückeberg

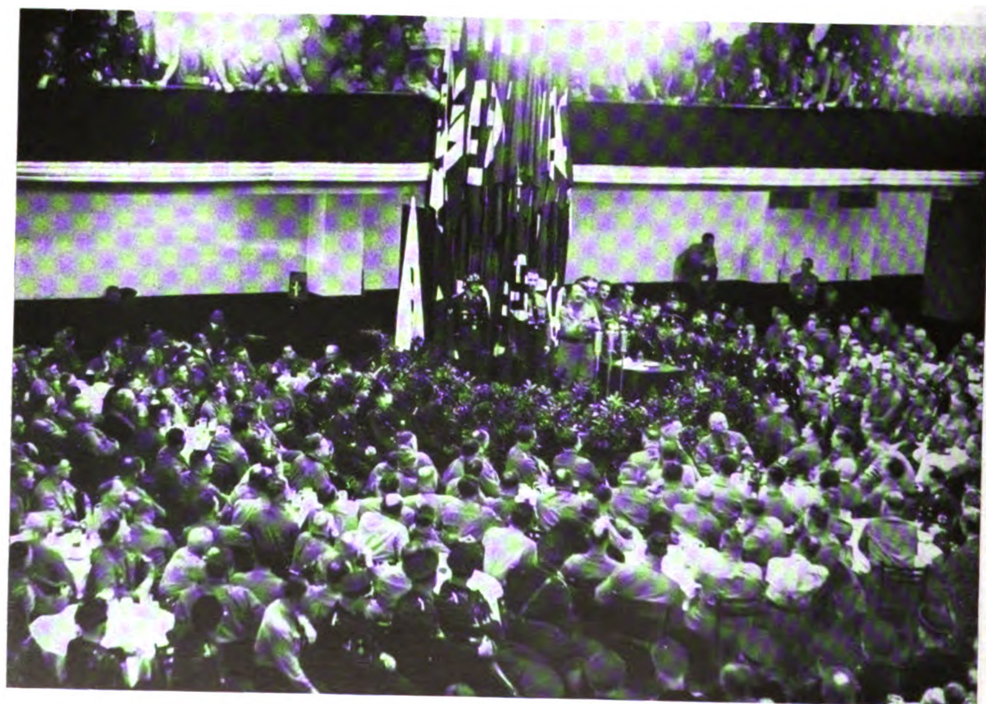


Arbeitsdienst baut die Barrieren auf dem Bückeberg

Erntedankfest (30. 9. 34)

Kranzniederlegung an der Feldherrnhalle durch den Führer





Feierstunde der alten Garde im Bürgerbräukeller. Der Führer spricht

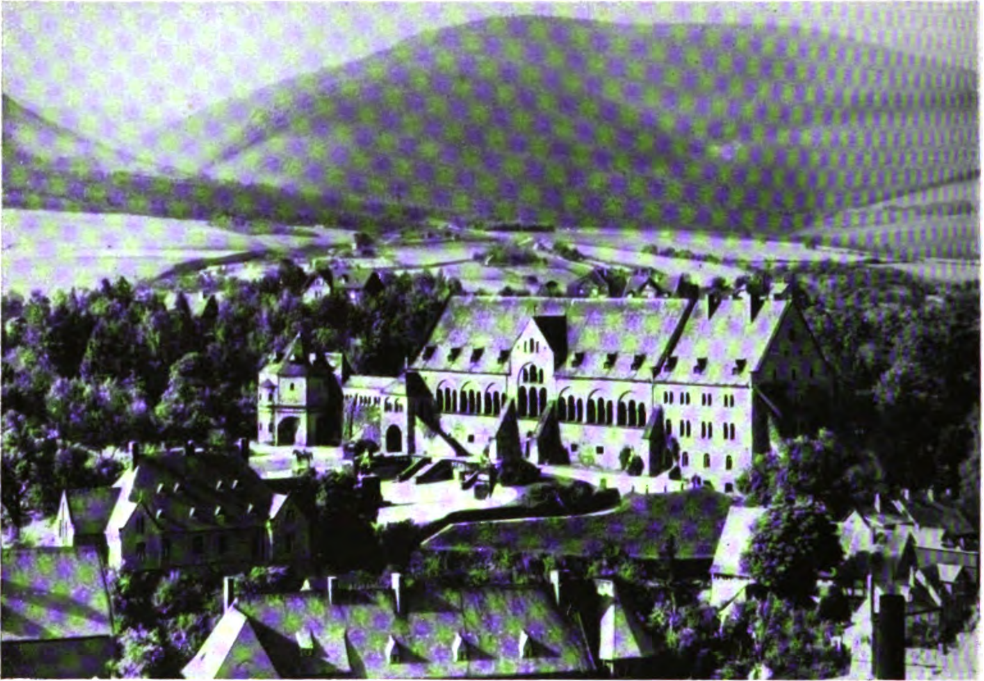
Gedenkfeier am 9. November 1934 in München



Rede Dr. Schachts auf dem Tag des Handwerks in Braunschweig (29. 10. 34)



Rede Görings vor der Akademie für Deutsches Recht (13. 11. 34)



Die Kaiserpfalz in Goslar



Der Führer schreitet die Front der Ehrenkompanie ab

Zweiter Reichsbauerntag in Goslar (11.—18. 11. 34)



Tagung des Bauernthings



Herzliche Begrüßung des Führers durch die Bevölkerung

Rosenberg spricht in Lübeck zur Nordischen Gesellschaft (1. 6. 34)

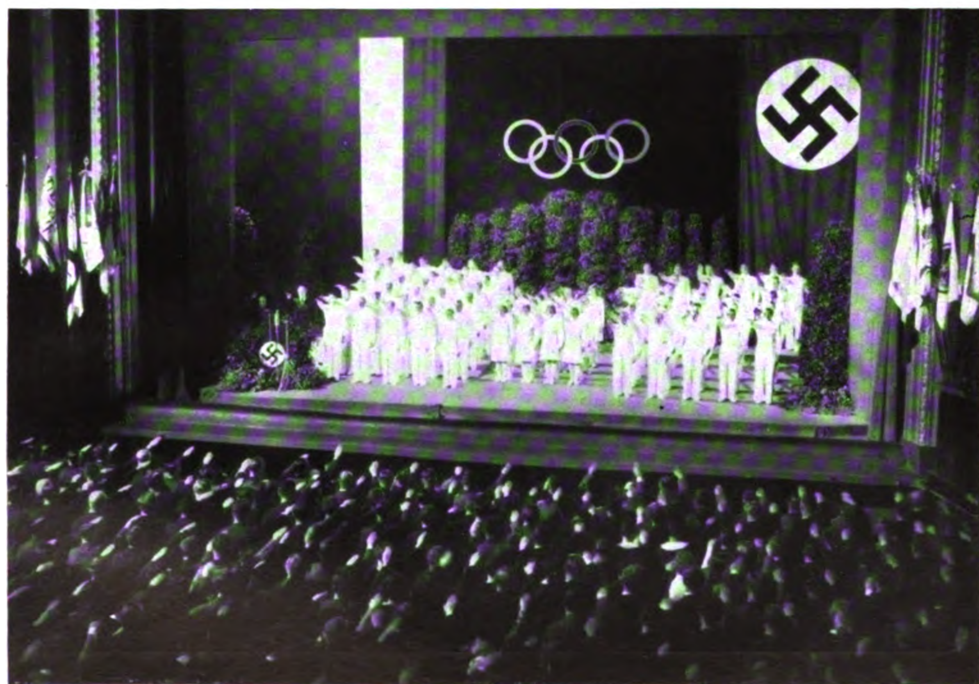




Rede Heß' zur Jahresfeier der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude vor den Arbeitern der AEG in Berlin (27. 11. 34)



Der deutsche
Weltrekordmann Sievert



Vereidigung der deutschen Olympia-Kandidaten im Deutschen Opernhaus, Berlin
(16. 12. 34)



Der Zeppelin nach der Zurücklegung des millionsten Kilometers auf der Fahrt nach Südamerika (17. 12. 34)



Eröffnung des Winterhilfswerkes 1934/35 durch Adolf Hitler (9. 10. 34)





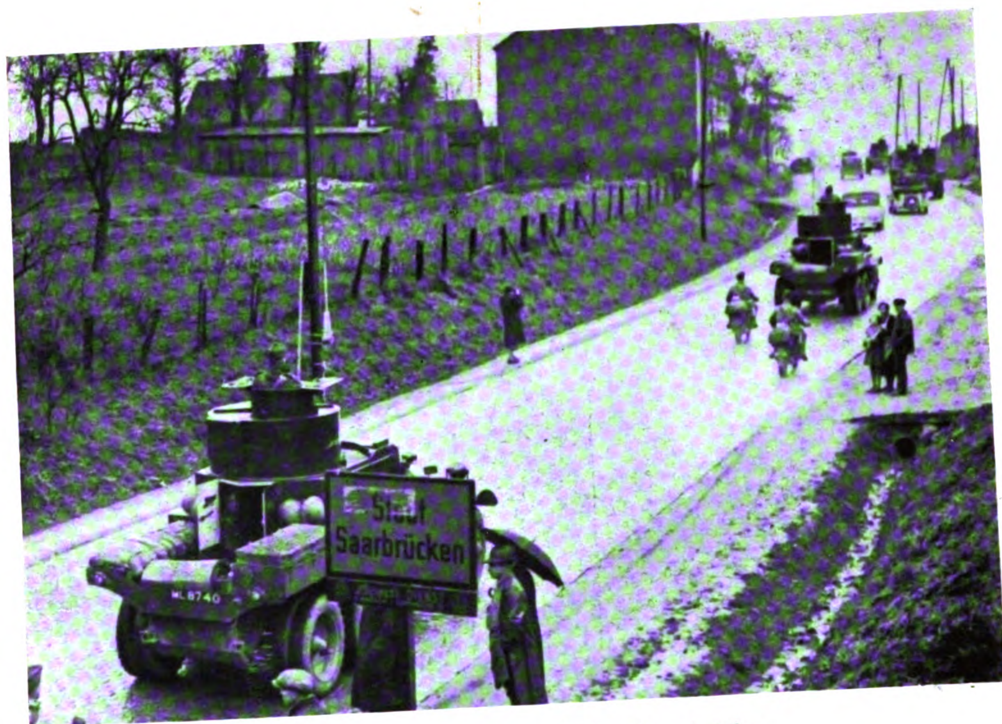
Tag der Nationalen Solidarität (8. 12. 34)
(links Pg. Göring, rechts Pg. Dr. Goebbels)



Kartoffelverteilung durch das WHW



Verteilung von Schuhen durch das WHW

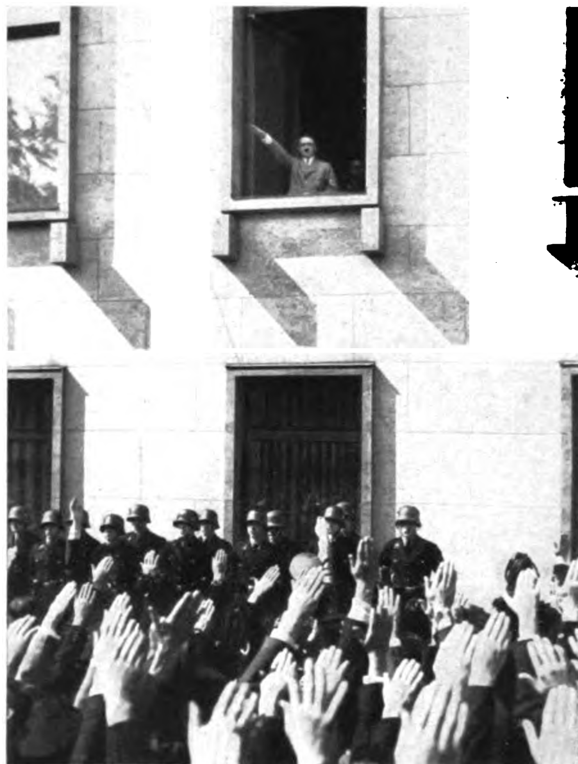


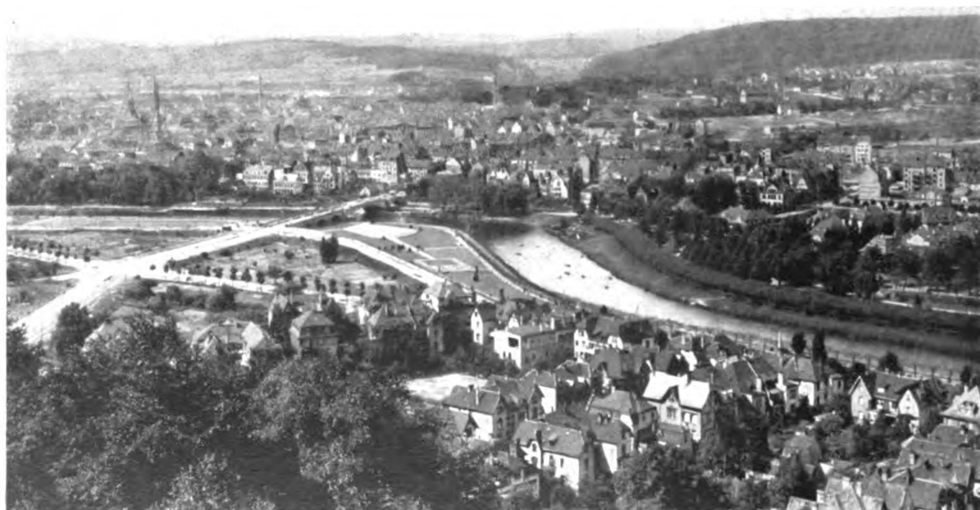
Eintreffen englischer Tanks in Saarbrücken



Der Präsident der Völkerbundskommission Knox bei der Besichtigung englischer Truppen

Kundgebung
saardeutscher Volksgenossen
vor der Reichskanzlei





Saarbrücken

Sachregister
